Annegret Schüle



BWS Sömmerda

Die wechselvolle Geschichte eines Industriestandortes in Thüringen 1816 - 1995

Dreyse & Collenbusch

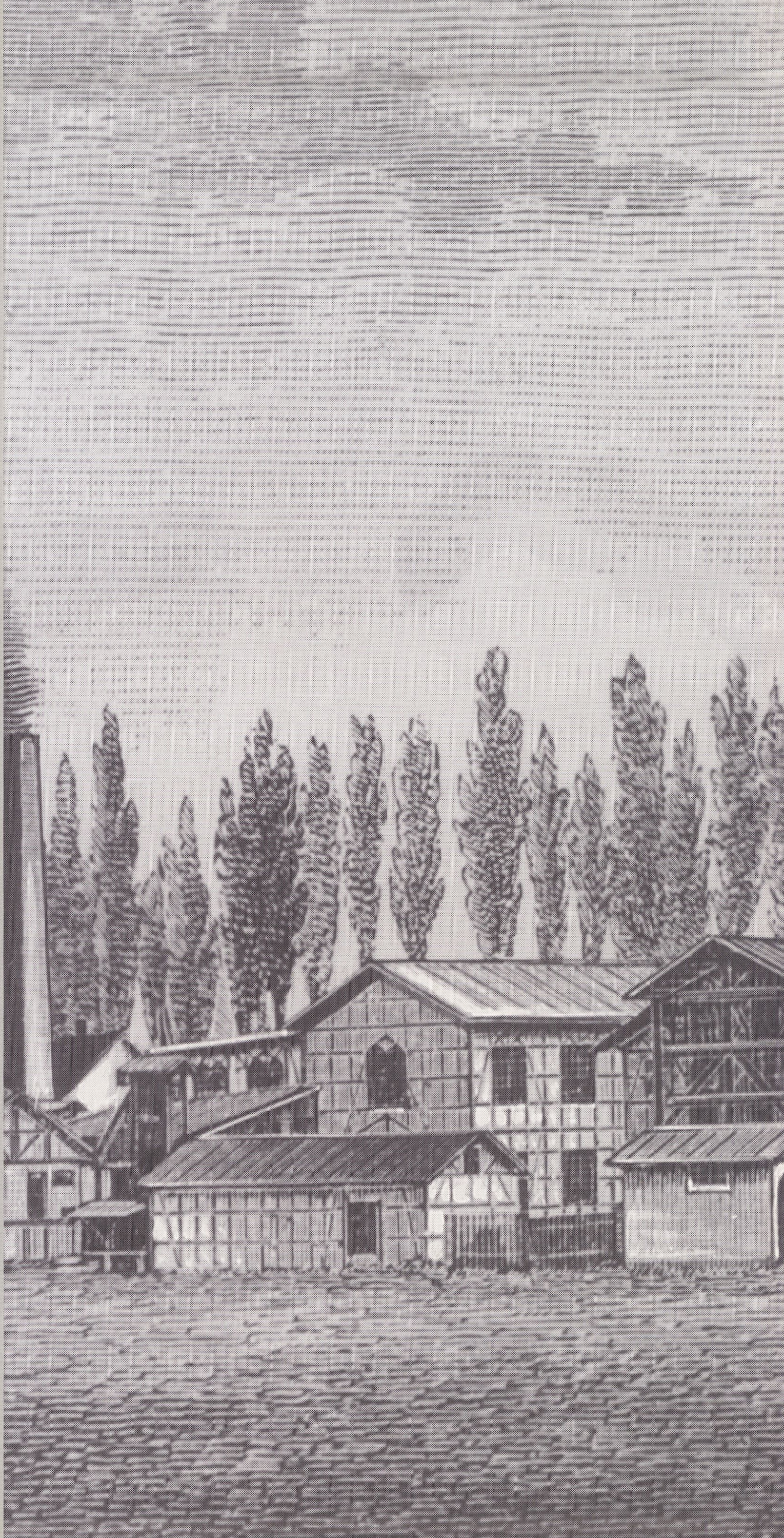
Rheinmetall

Büromaschinenwerk

Die Geschichte des Büromaschinenwerks Sömmerda (BWS) in Thüringen reicht bis zum Anfang des vorigen Jahrhunderts zurück. In seinem wechselvollen Schicksal spiegeln sich nahezu zwei Jahrhunderte deutsche Geschichte und gleichzeitig hat es selbst Geschichte geschrieben.

1816/17 gründete der Schlosser Nikolaus Dreyse mit einem Geschäftspartner die Dreyse & Kronbiegel Metallwarenfabrik in Sömmerda, einer Kleinstadt nördlich von Erfurt. Aus dieser Manufaktur wurde ein Großbetrieb, der über 175 Jahre das Schicksal der Stadt wie der Region bestimmte. Erfindergeist und Kreativität trafen sich mit den jeweiligen staatspolitischen Interessen, seien es die der preußischen Monarchie, der nationalsozialistischen Führung oder der DDR-Regierung. Die größte Ausweitung erfuhr der Betrieb in den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges und dann wieder in der DDR der 70er Jahre, als rund 14.000 Menschen dort arbeiteten.

Die Autorin schildert die Brüche und Kontinuitäten in der Geschichte des Werks, das mehrere Gesellschaftssysteme überlebte. Sie beschreibt anschaulich und auch für Laien verständlich die technischen Neuerungen und ihre Bedeutung sowie die Produktionsabläufe. Die Rolle, die ein Großbetrieb im jeweiligen gesellschaftspolitischen Kontext spielte, wird exemplarisch beleuchtet. Besonderes Augenmerk wird auf die Erfahrungen und das Handeln der Menschen gerichtet, deren Leben mit dem Werk verbunden war.





Annegret Schüle

BWS Sömmerda

Annegret Schüle

BWS
Sömmerda

Die wechselvolle Geschichte eines Industriestandortes in Thüringen 1816 - 1995

Dreyse & Collenbusch
Rheinmetall
Büromaschinenwerk

Vorsatzbild: Werksansicht 1891 (Archiv der Historischen Sammlung der Robotron Büromaschinenwerk AG i.L. Sömmerda)
Nachsatzbild: Luftaufnahme des Werkes 1990 (Foto: Peter Radtke, Sömmerda)

© DESOTRON Verlagsgesellschaft Dr. Günter Hartmann & Partner GbR
Erfurt 1995
Satz: DESOTRON Verlagsgesellschaft
Layout: Renate Reitz-Schiwek, Leipzig
Digitale Bildverarbeitung: DESOTRON Design Software Elektronik GmbH Sömmerda
Druck: Gutenberg Druckerei GmbH Weimar
Buchbinderische Verarbeitung: Kunst- und Verlagsbuchbinderei GmbH Leipzig
Printed in Germany
ISBN: 3-9803931-1-9

Grußwort

Mit der Schließung eines traditionellen deutschen Unternehmens muß nicht zwangsläufig für alle Zeiten die Aufgabe der Produktion, der Verlust aller Arbeitsplätze und der Niedergang einer Stadt verbunden sein.

Das Buch über die wechselvolle Geschichte eines Industriestandortes in Thüringen zeigt einerseits die historischen Zusammenhänge um das Auf und Nieder im Wandel der Zeiten und andererseits die stetige Kraft im Neubeginn und in der Wertschöpfung zu neuen Produkten.

Es ist die politische Aufgabe in einem vereinigten Gesamtdeutschland, solche Standorte mit neuem Leben zu erfüllen. Am Beispiel des Standortes des ehemaligen Büromaschinenwerkes Sömmerda zeigt die Wirklichkeit werdende integrierte Standortentwicklung, welche Willenskraft und welcher Ideenreichtum in allen Beteiligten steckt.

Der vorliegende geschichtliche Abriß ist ein kleiner Baustein dieses Engagements, die Geschichte würdevoll fortzusetzen.

Ich wünsche allen Lesern in diesem Sinne Erbaulichkeit und Freude.

Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident des Freistaates Thüringen

November 1995

V[illegible]

Nachsatzbild: Luftaufnahme des Werkes 1990 (Foto: Peter Radke, [illegible]

© DESOTRON Verlagsgesellschaft Dr. Günter Hartmann & Partner GbR
Erfurt 1995
Satz: DESOTRON Verlagsgesellschaft
Layout: Renate Reitz-Schwerk, Leipzig
Digitale Bildverarbeitung: DESOTRON Design Software Elektronik GmbH Sömmerda
Druck: Gutenberg Druckerei GmbH Weimar
Buchbinderische Verarbeitung: Kunst- und Verlagsbuchbinderei GmbH Leipzig
Printed in Germany
ISBN: 3-9803931-4-9

Vorwort

Als ich im Juni 1994 mit den Recherchen für dieses Buch begann, stellten sich für mich viele Fragen. Wie kann man die Geschichte eines Betriebes, die sich über 180 Jahre erstreckt, wahrheitsgetreu, interessant und lesbar wiedergeben? Wie wird aus dem Studium von Aktenbergen und zahlreichen Darstellungen, aus vielen Gesprächen und eigenen Eindrücken eine authentische, unverwechselbare Geschichte, die den Kern des Geschehens trifft? Das Berichten über Vergangenes heißt, eine Auswahl zu treffen. Woher weiß ich, daß ich das Wesentliche erfaßt habe? Für viele Leserinnen und Leser dieses Buches ist die Geschichte des Büromaschinenwerkes ein Teil ihrer eigenen Geschichte. Werden die Menschen in Sömmerda den Blick einer Außenstehenden akzeptieren? Werden sich überhaupt noch viele für die Geschichte des Werkes interessieren, jetzt, da mit der Abwicklung ein wichtiger Teil ihres bisherigen Umfeldes und ihrer Lebensperspektive verloren gegangen ist?

Ich bin das Wagnis eingegangen. Ich habe es nicht bereut. Das Ergebnis meiner Arbeit ist viel mehr als eine lokalgeschichtlich interessante Abhandlung. In der Geschichte des Büromaschinenwerkes Sömmerda verbinden sich herausragende technische Erfindungen mit weitreichenden gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Die Stadt mit ihren 23.000 Einwohnern bekam durch das Werk eine Bedeutung, die weit über die zahlenmäßig vergleichbarer Städte hinausging.

Vielen ehemaligen Werksangehörigen ist die Betriebsgeschichte aus der DDR-Zeit vertraut. Bei manchen Aspekten, so zum Beispiel beim politischen Engagement der Belegschaft, brachte ein erneuter Blick auf die Quellen neue Erkenntnisse.

In der Geschichte dieses Werkes wechseln Erfolg und Mißerfolg, Niedergang und Aufschwung, Zerstörung und Fortschritt. Oftmals wurden die Weichen außerhalb des Werkes gestellt. Dennoch haben die Menschen im Werk durch ihre Arbeit, ihre Kompetenz, ihr Engagement und ihre Entscheidungen die Entwicklung mit geprägt.

Mir hat die Beschäftigung mit der Geschichte des Sömmerdaer Büromaschinenwerkes neue Erkenntnisse und interessante Erfahrungen gebracht. Ich hoffe, mit diesem Buch davon etwas weitergeben zu können.

Herzlich bedanken möchte ich mich bei all den Menschen, ohne deren Initiative und tatkräftige Unterstützung dieses Buchprojekt nicht gelungen wäre. Mein Dank gilt Dr. Harald Hess,

Hans-Joachim Ruhland und Dr. Georg Lemke, die als Vorstand und Direktoren der BWS AG i. L. diese Arbeit anregten und Informationen zur Verfügung stellten. Danken möchte ich außerdem Karin Ehrhardt, die als Betreuerin der Historischen Sammlung im Büromaschinenwerk unermüdlich die Akten bearbeitete und meine vielen Fragen beantwortete. Dietrich Wolf und Gerd Leuthäusser erwiesen sich als sehr gute Kenner der Betriebsgeschichte. Ulrich von Dreyse, Renate Biermann-Ernst und Hartmut Sieckmann, Nachfahren von Nikolaus von Dreyse, gaben mir wichtige Hinweise bzw. stellten mir Unterlagen zur Verfügung. Danken möchte ich auch Anton Fabry, der mir das Rheinmetall-Archiv in Düsseldorf zugänglich machte. Dr. Frank Boblenz gab mir aus seiner eigenen Forschungsarbeit wertvolle Hinweise für das erste Kapitel. Frank Havers, der sich in seiner Magisterarbeit an der Universität Bochum mit dem Anarchosyndikalismus in Sömmerda befaßt, unterstützte mich mit Quellenhinweisen, die für das dritte Kapitel hilfreich waren. Karl Schwabach, Walter Stadel, Heinz Skolaude, Karl-Heinz Schenke und Hans Schmidt stellten sich als Zeitzeugen zur Verfügung. Hinweise bekam ich auch von Bärbel Albold und Bernd Körber von der Lokaldirektion der «Thüringer Allgemeinen».
Die Bildredaktion lag in den Händen von Dietrich Wolf. Die unerläßliche Arbeit des Korrekturlesens und Setzens leisteten Bertram Maroldt und Gundula Böhm. Maria Schwarz danke ich für die kritische Durchsicht des Manuskripts. Weiter danke ich allen, die außerdem zum Gelingen meiner Arbeit beigetragen haben und hier nicht genannt werden können.

Ich widme dieses Buch allen ehemaligen Angehörigen des Werkes.

Annegret Schüle

Im Dezember 1995

Inhaltsverzeichnis

Erstes Kapitel 1816 - 1917

Wie alles anfing 11

Die Zündhütchen 26

Der erste Zündnadel-Hinterlader 42

Die «Geheimwaffe» wurde bekannt 53

Der «Zündnadelkrieg»
gegen Österreich 1866 60

Der Niedergang 64

Zweites Kapitel 1901 - 1918

Ein neuer Mann betrat die Bühne 69

Rheinmetall-Zünder aus Sömmerda 76

Das Werk im ersten Weltkrieg 89

Arbeiteraktionen
vor und während des Krieges 96

Der Arbeiterrat bei Rheinmetall 104

Drittes Kapitel 1919 - 1932

Mit der Schreibmaschine begann
die Büromaschinenproduktion 113

Die Rechenmaschine kam dazu 121

Zünder und Kardanwellen 131

Die Belegschaft im Kapp-Putsch 141

Akkordabzüge und Lohnkämpfe 147

Viertes Kapitel 1933 - 1945

Neue Büromaschinen und
ungehinderte Rüstungsproduktion 155

Widerspenstige «Gefolgschaft» 182

«Der Front die Mittel zum Sieg geben» ... 187

Amerikanisches Zwischenspiel 201

Fünftes Kapitel 1946 - 1968

Zivile Produktion
unter militärischem Kommando 205

Sowjetische Aktiengesellschaft 215

Nachkriegsalltag und Arbeitervertretung . . . 232

Massenentlassung, Streik und
Konsumgüterproduktion 252

Die Büromaschinen
wurden elektronisch 269

Sechstes Kapitel 1969 - 1991

Im Kombinat (Zentronik und Robotron) . . 289

Versorgungszentrum einer Stadt 307

«Hauptstadt der Computer» 318

Rettungsversuche 339

Siebtes Kapitel 1992 - 1995

Industriepark Sömmerda
von Dr. Harald Hess 345

Anhang

Politische Strömungen und
Entwicklungen in der Belegschaft
nach dem 1. Weltkrieg 365

Vom Umgang mit der Geschichte 376

Beschäftigten- und Einwohnerstatistik 380

Erzeugnisstatistik 387

Quellen und Literaturverzeichnis 393

Lesehilfe für die Anmerkungen 395

Beilage: 7 Lagepläne

Erstes Kapitel

1816 - 1900

Wie alles anfing

Die Wurzeln des Büromaschinenwerks Sömmerda reichen bis in die Anfänge des letzten Jahrhunderts zurück. Als Geburtsstunde galt bisher in der Literatur der 15. Oktober 1817. An diesem Tag soll der Sömmerdaer Schlossermeister Nikolaus Dreyse gemeinsam mit seinem Erfurter Geschäftspartner Friedrich Kronbiegel die «Dreyse & Kronbiegel - Metallwarenfabrik» gegründet haben. Mit dem Anfang dieser Geschichte beginnen auch die Schwierigkeiten, sie zu schreiben. Die Geschichte von Nikolaus Dreyse ist nicht zu selten, sondern eher zu oft und dann immer ein bißchen anders erzählt worden. Weder dieser Gründungstag noch der Ort, an dem die Fabrik eingerichtet wurde, sind eindeutig durch Quellen belegt. Bevor ich auf diese Fragen zurückkomme, möchte ich einen Blick in die Zeit zuvor werfen. Sömmerda, eine Ackerbürgerstadt in der fruchtbaren Unstrutebene nördlich von Erfurt, hatte 1817 rund zweitausend Einwohner.[1] Die vorausgegangenen zwei Jahrhunderte waren für die Sömmerdaer sehr schwer gewesen. Die Einwohnerzahl hatte Ende des 16. Jahrhunderts schon einmal zweitausend erreicht[2] und hatte sich dann durch Kriegsfolgen, Brände und Epidemien bis auf fast ein Drittel dezimiert. Insbesondere der dreißigjährige und der siebenjährige Krieg hatten mit ihren Zwangsabgaben, Einquartierungen, Plünderungen und Mißhandlungen große Not über die Bevölkerung gebracht.[3]



Nikolaus Dreyse

Als Nikolaus Dreyse[4] am 20. November 1787 als Sohn des Schlossers Johann Christian Dreyse und seiner Frau Susanne in Sömmerda in der heutigen Langen Straße 2 geboren wurde, war die Stadt dabei, sich langsam zu erholen. Vier Jahre nach Nikolaus' Geburt schrieb der bekannte Pädagoge Christian Gotthilf Salzmann in seiner Zeit-

schrift «Der Bote aus Thüringen»: *«In Sömmerda hatten der Rath und die Bürger, durch allerhand vortrefliche Einrichtungen, alles so verbessert, daß diese Stadt, die sonst bis zur größten Armuth herabgesunken war, und wo man nichts als Wehklagen hörete, sich in dem blühendsten Zustande befindet, sich täglich mehr verschönert, und überflüßige Nahrung hat.»*[5] 1802 berichtete der «Bote» von weiteren Fortschritten in Sömmerda: *«Sonst guckte fast aus allem Fenstern der bittere Hunger heraus, itzo sahe man nichts als Wohlhabenheit.»*[6] Die Kindheit des kleinen Nikolaus fiel in eine jahrzehntelange Friedensperiode zwischen dem siebenjährigen Krieg und den napoleonischen Kriegen. Handwerk und Handel konnten neben der vorherrschenden Landwirtschaft Träger einer soliden wirtschaftlichen Entwicklung werden.

Als Nikolaus 15 Jahre alt war, ging die Herrschaft über Sömmerda vom Kurfürstentum Mainz[7] an die preußische Krone über. Dort blieb sie, unterbrochen von der französischen Besatzung 1806 bis 1813, bis zum Ende der preußischen Monarchie 1918. Die Verbindung zu Preußen sollte noch eine wichtige Rolle im späteren Leben des Nikolaus Dreyse spielen. Der Junge lernte in der Schlosserwerkstatt seines Vaters und setzte damit die Familientradition fort. Sein Ururgroßvater hatte im 17. Jahrhundert als Schmied in Ruhla, einem traditionellen Zentrum der thüringischen Waffenschmiederei, gelebt. Sein Urgroßvater, ebenfalls Waffenschmied, war nach Greußen übergesiedelt und sein Großvater nach Sömmerda. Der Großvater heiratete die Tochter eines Kaufmanns und arbeitete selbst in diesem Beruf. Nikolaus' Vater war wieder Handwerker, er arbeitete als Schlosser. Seine Mutter war die Tochter eines Chirurgen.[8] Nebenbei betrieben sie noch eine kleine Landwirtschaft.

Mit 19 Jahren begab sich Nikolaus auf Wanderschaft. Seine Abreise fiel, so erzählen uns die überlieferten Berichte,[9] in die Tage nach der großen Schlacht von Jena und Auerstedt am 14. Oktober 1806. In dieser Doppelschlacht war die preußisch-sächsische Armee von Napoleons Truppen vernichtend geschlagen worden. Dreyse soll aus

1 Ein Ackerbürger ist ein Stadtbürger mit Landbesitz in der Stadtgemarkung, den er selber nutzt. 1816 lebten 1933 Menschen in Sömmerda, vgl. Boblenz, Frank: Geschichte der Stadt Sömmerda bis zur Errichtung der St.-Franziskus-Kirche im Überblick, in: 1893-1993. 100 Jahre Katholische Pfarrkirche Sömmerda, hg. von der Kath. Kirchengemeinde, Sömmerda, S. 81.

2 In den 80er und Anfang der 90er Jahre des 16. Jahrhunderts erreichte das Bevölkerungswachstum seinen Höhepunkt mit 374 Geschoßpflichtigen, was ungefähr 1800-2000 Einwohnern entsprach. Vgl. ebd., S. 77.

3 Hesse, O.: Aus Sömmerdas Vergangenheit und Gegenwart, Versuch einer Zusammenstellung der geschichtlichen Begebenheiten, Erfurt 1898, im folgenden abgekürzt als: Hesse 1898, S. 21ff. Bei ihm heißt es auf S. 37: *«Vor dem Krieg befanden sich 310 Häuser in Sömmerda, wovon 1639 noch 130 bewohnt wurden»*.

4 Sicher ist, daß er sich selbst zunächst Nicolaus Dreise schrieb. Vgl. z. B. Sömmerdaer Heimat- und Geschichtsverein Mappe 41, Dreyse, Dreyse-Kronbiegel, Dreyse-Collenbusch, Dokument 5, im folgenden abgekürzt als: SHGV 41, Dok. 5. Zur Vereinheitlichung wurde die heute übliche Schreibweise Nikolaus Dreyse gewählt. Auch zuvor hatte sich über die Jahrhunderte hinweg die Schreibweise des Familiennamens geändert. Renate Kutzner, Ururenkelin des Nikolaus von Dreyse, vermutet zu Unrecht, daß die Schreibweise Dreyse erst nach der Verleihung des Adelstitels 1864 eingeführt wurde. Vgl. Johann Nikolaus von Dreyse. Erfinder des Zündnadelgewehrs. 1787-1867. Sein Leben und Wirken, zusammengestellt von Renate Kutzner, geb. Tuchen, Darmstadt 1982, im folgenden abgekürzt als: Kutzner 1982. Eine Originalunterschrift «Nikolaus Dreyse» findet sich bereits in einem handschriftlichen Text von 1843. Vgl. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, im folgenden abgekürzt als: ThHStAW, Dreyse & Collenbusch 66.

5 Das Zitat ist eingebunden in «Herrn Constants Lebensgeschichte», die Salzmann den Boten in einer 1791 erschienen Nummer erzählen läßt. Zitiert nach: Boblenz, Frank: Der Bote aus Thüringen - Aspekte der Beziehungen von Christian Gotthilf Salzmann zu seiner Geburtsstadt Sömmerda und ihrem Umland, in Sömmerdaer Heimatheft 6, 1994, S. 13.

6 Zitiert nach ebd., S. 101f.

7 Die Stadt Sömmerda war seit 1418 im Besitz der Stadt Erfurt und kam mit ihr 1664 unter die Herrschaft des Kurfürstentums Mainz. Zur territorialen Zugehörigkeit von Sömmerda und seinem Umland siehe: Boblenz, Frank : Überblick über die Territorialgeschichte des Landkreises Sömmerda vom Ende des 14. Jahrhunderts bis 1994, Sömmerdaer Heimatheft Nr. 5, 1993, S. 9-49.

Sömmerdaer Marktplatz um 1800



Angst davor, zum Kriegsdienst in die französische Armee gezwungen zu werden, Sömmerda fluchtartig verlassen haben.[10] Das paßt zu den Ergebnissen der Forschung, wonach preußische und sächsische Soldaten am Morgen des 15. Oktober *«völlig demoralisiert»* in *«Erfurt, Sömmerda, Buttelstedt und anderen thüringischen Orten»* eintrafen, die französischen Verfolger dicht auf den Fersen. [11]

Diese Schlacht, mit der Napoleon seinen Siegeszug über Europa fortsetzte, muß den jungen Dreyse stark beeindruckt haben. Er selbst erzählt uns die Geschichte folgendermaßen. Er habe ein einziges Mal in seinem Leben ein Schlachtfeld gesehen, das bei Jena: *«Und auf diesem Schlachtfelde kam mir die erste Idee, daß die preußische Schießwaffe verbessert werden müsse, wenn Preußen überhaupt auf seine Militärmacht etwas rechnen wollte. Ich war damals ein reisender Handwerksbursche, - Sie wissen, ich war Schlosser - und mit dem Ränzel auf dem Rücken durchreiste ich Deutschland und suchte in der unglücklichen Zeit nach Frankreich zu kommen - dem einzigen Lande, wo man damals in meinem Handwerke etwas lernen konnte! So kam ich am 15. Oktober 1806 durch Jena und sah die langen Reihen Todter auf den Feldern und die abgeschnittenen Zöpfe daneben! Ich kann Ihnen nicht sagen, welch einen grausigen Eindruck meine Seele empfing. Ich nahm ein Gewehr auf und prüfte es. Hören Sie, ich weiß nicht, ob der Witz: «um die Ecke schießen» schon damals existierte, aber er konnte nur auf die preußischen Gewehre von damals sich beziehen!»*[12] Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Aussage, die von einem Reporter der Zeitschrift «Daheim» 1866 berichtet wurde und später oft wiederholt und ausgeschmückt wurde, sind angebracht. Wie konnte der waffentechnisch ungebildete und kriegsunerfahrene 19-jährige die Qualität einer Waffe erkennen, indem er einen Blick darauf warf? Es ist möglich, daß der junge Dreyse das Schlachtfeld gesehen hat. Und bestimmt wußte er vom Sieg der Franzosen. Aber wahrscheinlich vermischte sich in der Geschichte, die einem Zeitungsinterview mit dem hochbetagten Dreyse entstammt, seine spätere Kennt-

[8] Frühe Hinweise zu den Vorfahren Dreyses finden sich in SHGV, Mappe 41a, Dreyse, Dreyse-Kronbiegel, Dreyse-Collenbusch, im folgenden abgekürzt als: SHGV 41a, Dok. 32/1. Außerdem bei Kutzner 1982 und in: Rund um die Dreyse-Stadt. Heimatblätter der Sömmerdaer Zeitung. April 1939, ThHStAW, Dreyse und Collenbusch 100, und in: Nicolaus von Dreyse. Sein Leben und Wirken und seine Werke in Sömmerda. Manuskript, 90 Bl., verfaßt von Waldemar Kleinschmidt und Kurt Ziegler, SHGV, im folgenden abgekürzt als: Kleinschmidt/Ziegler, Bl 2.

[9] Vgl. Clauss, Otto: Sömmerda. Des Kreises Industriestadt, in: Beiträge zur Kultur- und Wirtschaftsgeschichte des Kreises Weißensee-Thüringen, hg. unter Mitwirkung des Kreisbauamtes Weißensee von Redakteur Schramm, Erfurt 1930, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Clauss 1930, S. 27.

[10] Fünfundsiebzig Jahre «Sömmerdaer Zeitung». Erinnerungsausgabe Nr. 78, 1. April 1939, ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG 01/106, im folgenden abgekürzt als: Sömmerdaer Zeitung 1939.

[11] Thüringen. Blätter zur Landeskunde. Die Schlachten bei Jena und Auerstedt, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, 1994.

[12] Das Zitat entstammt einem Interview, das Dreyse 1866 nach der mit dem Zündnadelgewehr gewonnenen Schlacht bei Königgrätz, also auf dem Höhepunkt seines Ruhms, gab. Vgl. Daheim. Ein deutsches Familienblatt mit Illustrationen, Nr. 45, 1866, Privatarchiv Gerd Leuthäusser, im folgenden abgekürzt als: Daheim 1866, S. 658. Die Sömmerdaer Zeitung vom 1. April 1939 baute diese Episode in ihren Bericht ein und schmückte sie weiter aus. Danach hätte Dreyse auf diesem Schlachtfeld bereits erkannt, daß man ein Gewehr konstruieren muß, das *« im Liegen zu laden ist»*. Sömmerdaer Zeitung 1939.

[13] Kutzner 1982, S. 1. Einen weiteren Hinweis dafür, daß Nikolaus Dreyse noch nicht die Absicht haben konnte, nach Paris zu wandern, gab mir Frank Boblenz. Da sich Preußen mit Frankreich im Krieg befand, hätte Dreyse vermutlich die nötige Reiselegitimation nicht erhalten.

[14] In ihrer Darstellung ist sein Arbeitgeber in Altenburg erst der Vetter Beck, und dann der Onkel. Vgl. Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 4f.

[15] Zweite Beilage zu den Berlinischen Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen, Nr. 172, Sonnabend, den 28. Juli 1866, ThHStAW, Dreyse und Collenbusch 100, im folgenden abgekürzt als: Nachrichten 1866. Dies widerspricht einer Aussage der Sömmerdaer Zeitung vom 1. April 1939, daß der Vater nach Gerüchten in der Stadt die *«große französische Revolution angeblich begünstigte»*. Diesselbe Zeitungsausgabe schreibt in einem weiteren Artikel auch Nikolaus *«freigeistige Ideen»* zu, die ihn nach Paris getrieben hätten.

nis vom Niveau der französischen Waffentechnik mit diesem einschneidenden Erlebnis aus der Jugendzeit.

Mit Sicherheit wissen wir, daß der junge Dreyse nicht auf dem Weg nach Paris war, sondern nach Altenburg bei Leipzig, um bei seinem Vetter Beck, einem Wagenbauer, seine Ausbildung fortzusetzen. Ob er damals schon, fasziniert von der technischen Entwicklung in Frankreich, eigentlich nach Paris wollte oder ob dieser Plan erst langsam in ihm reifte, können wir nicht sicher sagen. Eine Möglichkeit, wie es sich zugetragen haben könnte, beschreibt seine Ururenkelin Renate Kutzner. Sie sagt, daß sich Nikolaus in Altenburg einen Katalog der staatlichen Waffenfabriken von Paris beschaffte und daraufhin dorthin wollte.[13] Auch Waldemar Kleinschmidt und Kurt Ziegler, zwei Mitarbeiter der Sömmerdaer Arbeitsgruppe Stadtgeschichte in den 70er Jahren, gingen von dieser Version aus und ergänzten, daß ihm sein Altenburger Verwandter[14] die dafür nötigen Mittel zunächst verweigerte und erst später, nach der Erlaubnis des Vaters, der Reise zustimmte. Es ist jedoch eindeutig, daß er 1809, nach den Lehrjahren bei Vetter Beck und einem weiteren Aufenthalt bei einem Schlosser in Dresden, den Plan in die Tat umsetzte und nach Paris ging. Die «Berlinischen Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen» von 1866 sahen in dieser Frage von Beginn an einen Vater-Sohn-Konflikt. Der Sohn Nikolaus habe schon 1806 an den Rhein und nach Paris gewollt, der Vater habe es ihm seinerzeit allerdings mit folgenden Worten verboten: «*Nichts davon, nach Paris, in das moderne Babel, von woher unserem Volke immer nur Unheil und böses Beispiel gekommen, darfst du mir nicht.(...) nach Frankreich, oder wo in Deutschland der Bonaparte gebietet, dahin darfst du mir nicht; denn da waltet nicht mehr deutsche Treue und*

Französische Truppen am 16. Oktober 1806 in Sömmerda



Biederkeit, sondern welscher Lug und Trug, und von dem sollst du mir nicht angesteckt werden, so wahr ich Christian Dreyse heiße und meines Vaters Sohn bin!»[15] Als er drei Jahre später, wie uns die Berlinischen Nachrichten weiter erzählen, die Erlaubnis des Vaters bekam, sollten sich die väterlichen Befürchtungen keinesfalls bewahrheiten: «*Hier (in Paris) suchte er die besten Werkstätten zu seiner technischen Ausbildung zu benutzen, und ließ es sich besonders angelegen sein, auch seine wissenschaftlichen Kenntnisse zu erweitern, namentlich im Zeichnen und in der französischen Sprache sich zu vervollkommnen. Es gelang ihm, in mehreren größeren mechanischen Werkstätten, u.a. in der Gewehrfabrik von Pauli*[16], *in optischen Anstalten und in verschiedenen, zu jener Zeit berühmten Wagen-Fabriken Beschäftigung zu finden.*»[17] Alle uns vorliegenden Quellen bestätigen, daß der junge Schlosser seinen Paris-Aufenthalt konsequent nutzte, um sich weiterzubilden. Es ist in der Tat erstaunlich, wie gut

er sich nach anfänglichen Schwierigkeiten in der fremden Weltstadt behauptete und wie konsequent er seine theoretische [18] und praktische Ausbildung betrieb.

Besonders die Arbeit in der Gewehrfabrik des schweizerischen Offiziers Pauli gab dem jungen Dreyse wesentliche Anregungen. Die wichtigste Erfahrung war für ihn die Arbeit Paulis an der Umstellung vom Vorder- zum Hinterladergewehr.[19] Die Geschichte der Handfeuerwaffen war zu diesem Zeitpunkt zwar schon 500 Jahre alt, Zündtechnik und Treffsicherheit jedoch noch wenig entwickelt. Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts waren die Waffen über eine außen angebrachte Lunte gezündet worden, was Nachteile wie Auslöschen bei Regenwetter oder Sichtbarkeit in der Nacht mit sich brachte. Danach verbreiteten sich das Rad- und dann das Steinschloß, bei denen die durch Reibung von Stahl und Stein erzeugte Energie das Zündmittel zündete. Wie zuvor schon beim Luntenschloß ließ die Zündflamme das als Treibmittel verwendete Schießpulver explodieren. Wenn der junge Dreyse 1806 auf dem Schlachtfeld bei Jena gewesen war, hat er dort Steinschloßgewehre gesehen. Auch sie mußten wie ihre Vorgänger Kugel für Kugel von vorne nachgeladen werden. Der Soldat mußte sich dazu aufrichten und verlor so Zeit und die vielleicht lebensnotwendige Deckung. Die Treffsicherheit war so gering, daß die Soldaten nur in Reih und Glied und ausschließlich in Salven auf Kommando feuerten. Durch die Entwicklung des Hinterladers sollte Ladegeschwindigkeit, Zündungs- und Treffsicherheit erhöht werden. Sie versprach die Möglichkeit, die starre Schlachtordnung aufzulösen und sich mit der Bewegung der Truppenteile flexibel den örtlichen Gegebenheiten und taktischen Notwendigkeiten anpassen zu können.

Die verbreitete Darstellung, daß Paulis Arbeiten durch einen Wettbewerb Napoleons ausgelöst worden seien, ist sehr umstritten. Auch die Aussage Dreyses in dem bereits zitierten Interview mit der Zeitschrift «Daheim», daß Napoleon Pauli beauftragt habe, den Hinterlader zu konstruieren, ist zweifelhaft.[20] Ganz sicher ins Reich der Legenden gehört die von der Sömmerdaer Zeitung 1939 erzählte Geschichte, daß Dreyse damals in Paris ausgewählt wurde, den Hinterlader zu konstruieren. Vermutlich ebenfalls erfunden ist die Geschichte, daß Pauli Dreyse seinen Landsitz kostenlos zur Erholung anbot, um ihn in Paris zu halten.[21] Nachdem Pauli den jungen Gesellen nicht zum Bleiben habe überreden können, so die Sömmerdaer Zeitung, sei Kaiser Napoleon persönlich in die Gewehrfabrik gekommen, um Dreyse den Befehl zu erteilen: *«„Schaffen Sie mir ein Gewehr, das im Liegen und von rückwärts zu*

[16] In der Literatur findet sich auch die Schreibweise «Pauly». Dreyse selbst schrieb «Pauli».

[17] Nachrichten 1866. Die verschiedenen Beschäftigungen Dreyses in Paris wurden später ausgeschmückt. Dreyse soll am Kinderwagen für den Sohn Napoleons und an einem Staatswagen für den König von Spanien gearbeitet haben. Clauss 1930, S. 27.

[18] In Mathematik, Mechanik und Chemie. Vgl. Wir über uns. 1817-1945, hg. vom VEB Robotron-Büromaschinenwerk «Ernst Thälmann» Sömmerda, 1989, im folgenden abgekürzt als: Wir über uns 1989, S. 7.

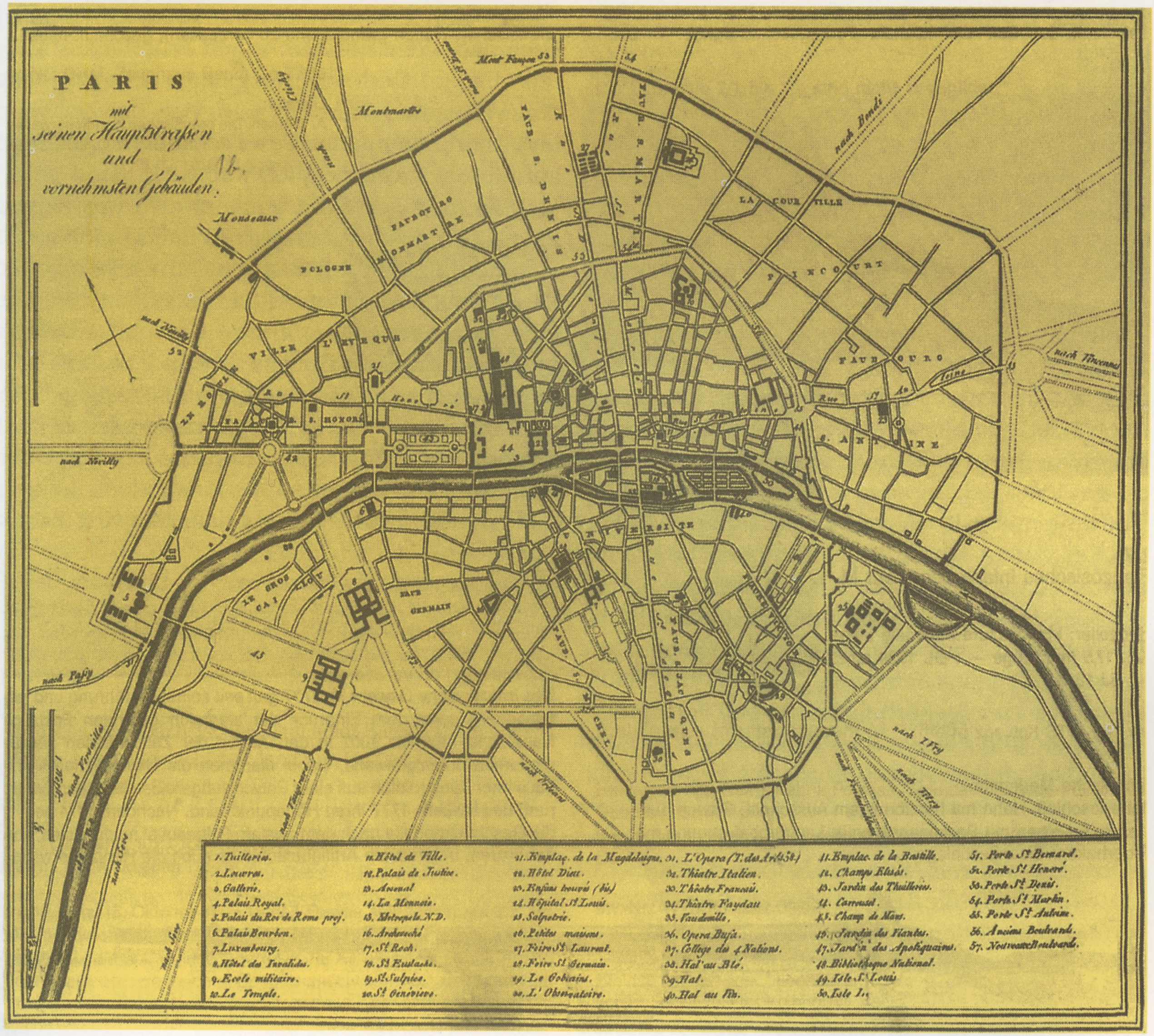
[19] Eine umfassende und gut recherchierte Darstellung der waffentechnischen Erfindertätigkeit von Nikolaus Dreyse findet sich im von einem Team von Militärhistorikern um Rolf Wirtgen erstellten Katalog zu einer Ausstellung über das Zündnadelgewehr: Wirtgen, Rolf (Bearbeiter) u.a.: Das Zündnadelgewehr. Eine militärtechnische Revolution im 19. Jahrhundert. Katalog zur gemeinsamen Ausstellung von Wehrtechnischer Studiensammlung Koblenz, Militärhistorischem Museum Dresden, Wehrgeschichtlichem Museum Rastatt und Deutschem Historischem Museum (Zeughaus Berlin), hg. von der Wehrtechnischen Studiensammlung des Bundesamts für Wehrtechnik und Beschaffung in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und Förderer der WTS Koblenz e.V., Herford und Bonn 1991, im folgenden abgekürzt als: Wirtgen 1991.

[20] Daheim 1866, S. 659.

[21] Diese Darstellung findet sich bei Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 8.

[22] Nach Wirtgen 1991, S. 52f.

Pariser Stadtplan von 1814.
Die Werkstatt Paulis befand sich im Nordwesten in der Rue de Trois Frères im Viertel Montmarte [22]



laden ist", sagt Napoleon, schlägt scharf mit der Reitgerte auf den Arbeitstisch. Geht.»[23] Der junge Sömmerdaer, so die Legende weiter, weigerte sich, dem Kaiser zu gehorchen und kehrte zurück in seine Heimat, denn ihr sollte seine zukünftige Erfindung zur Verfügung stehen.

Belegt ist vielmehr,[24] daß Napoleon über die Erfindung des Hinterladers erst 1813 informiert wurde, ein Jahr, nachdem Paulis Gewehrkonstruktion von den Pariser Behörden patentiert worden war. Pauli hatte es zwar geschafft, einen Hinterlader zu konstruieren, doch dieser war zu kompliziert und deshalb nicht gefechtsfähig. Neu war die Zentralfeuerpatrone aus Metall, die Geschoß, Zünd- und Treibmittel enthielt und deshalb als Urtyp der Einheitspatrone gelten kann. Bei der Zentralfeuerpatrone saß das Zündmittel in der Mitte des Patronenbodens. An dieser Stelle traf der Schlagbolzen auf. Diese Patrone ersetzte mehrere Arbeitsgänge, die der Soldat zuvor hatte ausführen müssen: das schwer entzündbare Schießpulver als Treibmittel in den Lauf füllen, die Kugel meist mit Hilfe des Ladestockes darauf setzen und, wie oben beschrieben, von außen zünden. Neben Konstruktionsschwächen hatte der Paulische Hinterlader den Nachteil, daß sowohl Zünd- als auch Treibmittel aus dem hochentzündlichen Chloratpulver bestanden, was das Sicherheitsrisiko bei Fertigung, Transport und Einsatz stark erhöhte. Ein großes Manko bestand außerdem darin, daß die von Pauli verwendete Metallpatrone damals noch nicht serienmäßig hergestellt werden konnte und deshalb zu teuer war. Erst ein halbes Jahrhundert später erreichte die Technologie der Metallverarbeitung das dafür notwendige Niveau. Außerdem gab es noch keine ausreichende Lösung des Problems, wie die Hülse nach dem Schuß aus dem Patronenlager zu entfernen sei. Das war der Grund, warum man noch Jahrzehnte nach der Paulischen Metallpatrone Hüllen aus Papier fertigte, die im Lauf verbrannten. Pauli scheiterte daran, daß er mit seinen Lösungen seiner Zeit zu weit voraus war. Für Dreyse war Paulis Arbeit ein wichtiger Impuls. Gerade die noch offenen Fragen der technischen Umsetzung der neuen Hinterladeridee müssen seinen Erfindergeist gereizt haben. Und sicher erfuhr er, daß man mit der Waffenmodernisierung am Puls der Zeit war und Anerkennung und gesellschaftlicher Aufstieg auf diesem Wege möglich waren.

1814, nach dem Zusammenbruch des napoleonischen Reiches, kehrte Nikolaus Dreyse nach Sömmerda zurück. Er hatte nicht nur Erfolge in Paris erlebt. Bei einem Arbeitsunfall hatte er sich eine Augenverletzung zugezogen und Wochen in Krankheit und Armut verbracht. Dies soll bei feinmechanischen Arbeiten am Reflexspiegel für den Leuchtturm von Le Havre passiert sein.[25] Das angeeignete Wissen und den erweiterten Erfahrungshorizont konnte ihm jedoch keiner mehr nehmen. Als er sich auf den Heimweg mach-

[23] Sömmerdaer Zeitung 1939.

[24] Wirtgen 1991, S. 19f. Zur Paulischen Erfindung vgl. auch: Lugs, Jaroslav: Handfeuerwaffen. Systematischer Überblick über die Handfeuerwaffen und ihre Geschichte, Bd.1, Militärverlag der DDR, Berlin 1986, S. 79f, und: Alte Handfeuerwaffen, Text von Jan Durdick u.a., Praha 1980, S. 86.

[25] Die Augenverletzung ist in verschiedenen Quellen erwähnt. Vgl. z. B. Clauss 1930, S. 27. Nach Kutzner 1982, S. 2 soll er für 15 Wochen blind gewesen sein, was vermutlich übertrieben ist.

[26] Kutzner 1982, Anhang.

[27] SHGV 41, Dok. 9.

[28] Vgl. eine Betriebsgeschichte, die Anfang der 80er Jahre von einem Journalisten im Auftrag der Betriebsparteiorganisation der SED erarbeitet und nicht veröffentlicht wurde: Betriebsgeschichte des VEB Robotron Büromaschinenwerk «Ernst Thälmann» Sömmerda, Teil 1, Zeitabschnitt von 1817 - 1900, o. J, unveröffentlichtes Manuskript, im folgenden abgekürzt als: Betriebsgeschichte 1, Archiv der historischen Sammlung der Robotron Büromaschinenwerk AG i. L. Sömmerda, im folgenden abgekürzt als: Historische Sammlung, S. 1f.

[29] SHGV 41a, Dok. 11.

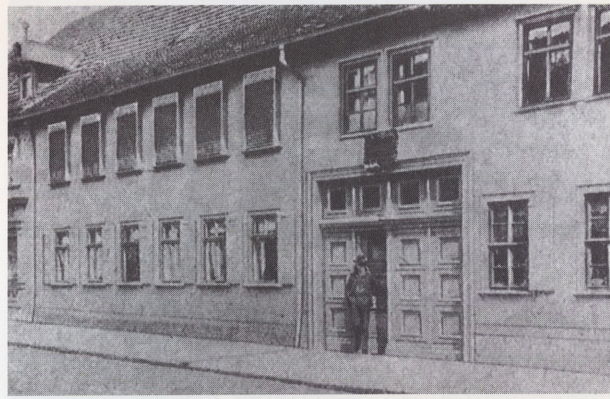
te, nahm er in seinem geistigen Gepäck eine Frage mit, deren Antwort ihn später zu einem berühmten Mann machen sollte: die Konstruktion eines einsatzfähigen Hinterladers. Zu Hause legte er die Meisterprüfung ab und übernahm 1815 nach dem Tod des Vaters die Werkstatt in der heutigen Langen Straße 2.

Er war nun das älteste männliche Familienmitglied und hatte damit auch Verantwortung für seine jüngeren Geschwister, zwei Schwestern und ein Bruder.[26]

Die hochfliegenden Pläne des knapp 30jährigen Dreyse müssen im schroffen Gegensatz zu den provinziellen Verhältnissen seiner Heimat, den vorindustriellen Produktionsbedingungen und seinen eigenen begrenzten Finanzmitteln gestanden haben. Gleichzeitig paßte die unpolitische und strebsame Persönlichkeit Dreyses gut zum Zeitgeist. Der Wiener Kongreß restaurierte 1815 die alte Ordnung in Europa. Er begrub damit die Hoffnung auf revolutionäre Veränderungen, insbesondere die Schaffung eines Nationalstaates in Deutschland. Diese Hoffnung war zuvor durch den Kampf gegen die napoleonische Fremdherrschaft genährt worden. Stattdessen blieben jetzt die deutschen Fürsten an der Macht. Die Enge der deutschen Kleinstaaterei wurde nicht überwunden. Obrigkeitstreue und wirtschaftliche Tüchtigkeit galten als erste Tugenden.

Dreyses Erfindergeist ermüdete nicht. Bei der Konstruktion von Werkzeug- und Antriebsmaschinen zeigte er hohe technische Kreativität. Er baute eine Dampfmaschine, die später patentiert wurde,[27] und konstruierte als erster Maschinen, mit denen Metall verformt werden konnte, ohne es zuvor zu erwärmen. Darunter war zum Beispiel eine Knopfpresse, die nicht nur wie bisher einen, sondern gleichzeitig sechs Knöpfe fertigte.

**Lange Str. 2,
Nikolaus Dreyses Geburtshaus und der Ort der Schlosserwerkstatt, die er von seinem Vater übernahm.**



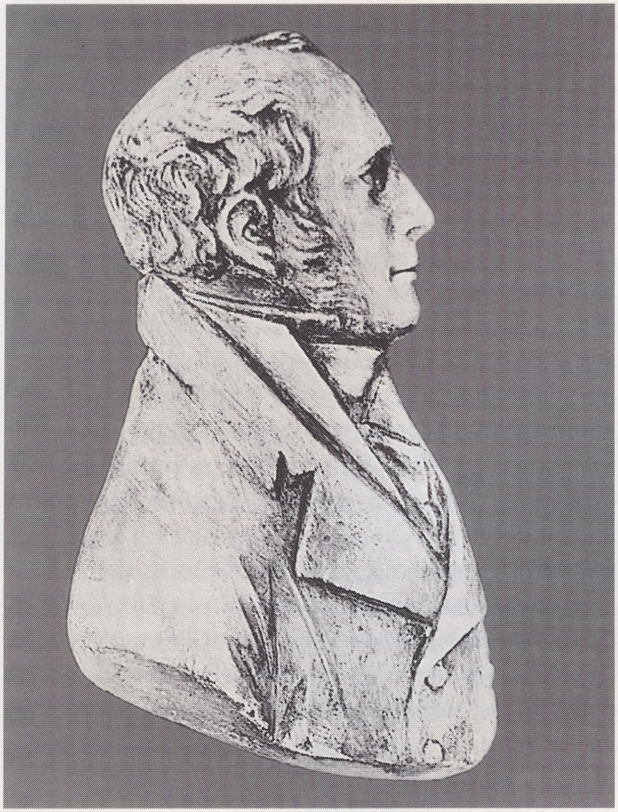
Diese Erfindung kam gerade zur rechten Zeit. Zum einen förderte die Entwicklung der Tuchherstellung die Nachfrage nach Knöpfen.[28] Zum anderen war der vorwiegend militärische Bedarf durch den Krieg gegen Napoleon gesteigert worden.[29] Die Knopfpresse, so wurde bisher in den Veröffentlichungen berichtet, ließen den Geschäftsreisenden Carl Collenbusch auf Dreyse aufmerksam werden. Er soll den Kontakt zwischen Dreyse und seinem Arbeitgeber, dem Knopffabrikanten Friedrich Kronbiegel aus Erfurt, hergestellt haben. Diese Darstellung ist vermutlich eine Legende, da Carl Collenbusch zwar seit 1814 als Geschäftsführer der Knopffabrik Kronbiegel in Erfurt tätig war, als Reisender der Firma in den Quellen jedoch ein Adam Collenbusch erwähnt wird. Belegt ist, daß die Beziehungen zwischen der Familie Dreyse in Sömmerda und der Metallknopffabrik in Erfurt, die Friedrich Kronbiegel im Sommer 1808 gegründet hatte und in der er Messingwaren aller Art vor allem für die

preußische und französische Armee herstellen ließ,[30] mindestens bis 1813 zurückgingen. Im Januar 1813 machte Friedrich Kronbiegel Geschäfte mit Johann Michael Dreyse, dem Onkel, und im Januar 1815 mit Johann Christian Dreyse, dem Vater von Nikolaus. Ab 1816 kam es dann zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Kronbiegel und Nikolaus Dreyse, die in der Gründung einer gemeinsamen Firma mündete, die «Dreyse & Kronbiegel Metallwarenfabrik» in Sömmerda. Auch wenn sowohl Kronbiegel als auch Dreyse schon vor diesem Zeitpunkt Besitzer einer Fabrik bzw. zumindest einer Werkstatt waren, so gehe ich doch - in Übereinstimmung mit der Literatur - von der Gründung des gemeinsamen Betriebs als dem Beginn unserer Betriebsgeschichte aus. Ohne Dreyse hätte Kronbiegel und später seinem Nachfolger Collenbusch das technische Genie und die Waffenleidenschaft gefehlt. Und ohne Kronbiegel wäre Dreyse vielleicht aus Geldmangel ein gewöhnlicher Dorfschlosser geblieben. Die Kombination Dreyse & Kronbiegel und dann Dreyse & Collenbusch war der Beginn dessen, worum es hier geht.

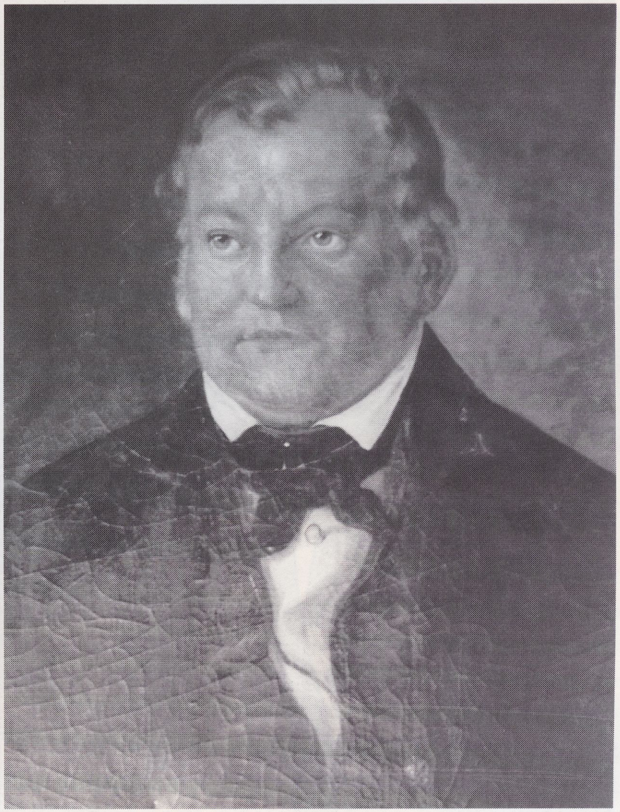
Wann diese Gründung nun genau war, darüber streiten sich die Geister. Wie zu Anfang erwähnt, ging die bisherige Geschichtsschreibung vom 15. Oktober 1817 aus.[31] Nach bisher nicht berücksichtigten Quellen könnte die Gründung allerdings bereits bis ins Jahr 1816 zurückreichen. Dazu gibt es mehrere Hinweise. Zum einen wurde nach den Forschungen von Frank Boblenz seit Juli 1816 eine gemeinsame Fabrik zur maschinellen Fertigung von Nägeln in Sömmerda betrieben. Er sieht das dadurch belegt, daß Dreyse 1820 seinem Compagnon für den Zeitraum vom Juli 1816 bis Juli 1817 *«für (die) Benutzung seiner Werkzeuge beym Maschinenbau und für seine Bemühungen»* 300 Reichstaler berechnete. Ab 1817 kam zu diesem Posten noch die *«Hausmiethe des Geschäfts»*. Und in einem Brief an einen Geschäftspartner vom 20. Juli 1817 sprach Kronbiegel bereits *«von meinem Associe Herrn Nicolaus Dreysse aus Sömmerda (...). Alles was Hr. Dreysse jetzt mit ihnen unterhandelt und künftig unter der Firma Dreysse & Kronbiegel mit ihnen unterhandeln wird, genehmige ich ganz»*. Zum anderen bestätigt auch ein Lebenslaufentwurf, den Carl Collenbusch am 16. September 1843 verfaßt hat, daß die Anfänge der gemeinsamen Fabrik bis 1816 zurückreichen: *«Nach Errichtung des neuen Zollgesetzes, wodurch Erfurt außer dem Bereich der Zollinie kam, konnte ich mit meinem hochbesteuerten Metallwaren die Konkurrenz anderer Fabriken des Inlandes nicht aushalten; dies veranlaßte mich, das zwischen Wapler & mir gemeinschaftlich betriebene Geschäft (da derselbe wegen Familienverhältnisse Erfurt nicht verlassen wollte) durch freundschaftliche Auseinandersetzungen aufzulösen. Da in der Zeit, 1820, mein früherer Prinzipal Friedrich Kronbiegel, welcher 1816 - 17 mit dem Mechanikus Nic. Dreyse in Sömmerda eine Fabrik, (kleine Eisenwaren auf kaltem Wege) errichtet hatte, - starb und ich demselben auf dem Krankenbett versprochen, mich, wenn ihn Gott abberufen sollte, seines Weibes, seines 7- Monate alten Sohnes und des in der Kindheit begriffenen Geschäfts anzunehmen, so entschloß ich mich, mein Geschäft & Wohnsitz nach Sömmerda zu verlegen.»*[32] Die Zeitangabe 1816 wird zudem unterstützt von einem Bericht des Paul Kronbiegel-Collenbusch, einem Urenkel des Betriebsgründers Friedrich Kronbiegel. Er notierte 1903, daß Kronbiegel Dreyse 1816 in die Fa-

[30] SHGV 41a, Dok. 49-54, Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 9f und 14.
[31] SHGV 41a.
[32] Ebd., Dok. 37.
[33] Ebd., Dok. 11.
[34] Ebd., Dok. 32/1, S. 1.

Friedrich Kronbiegel

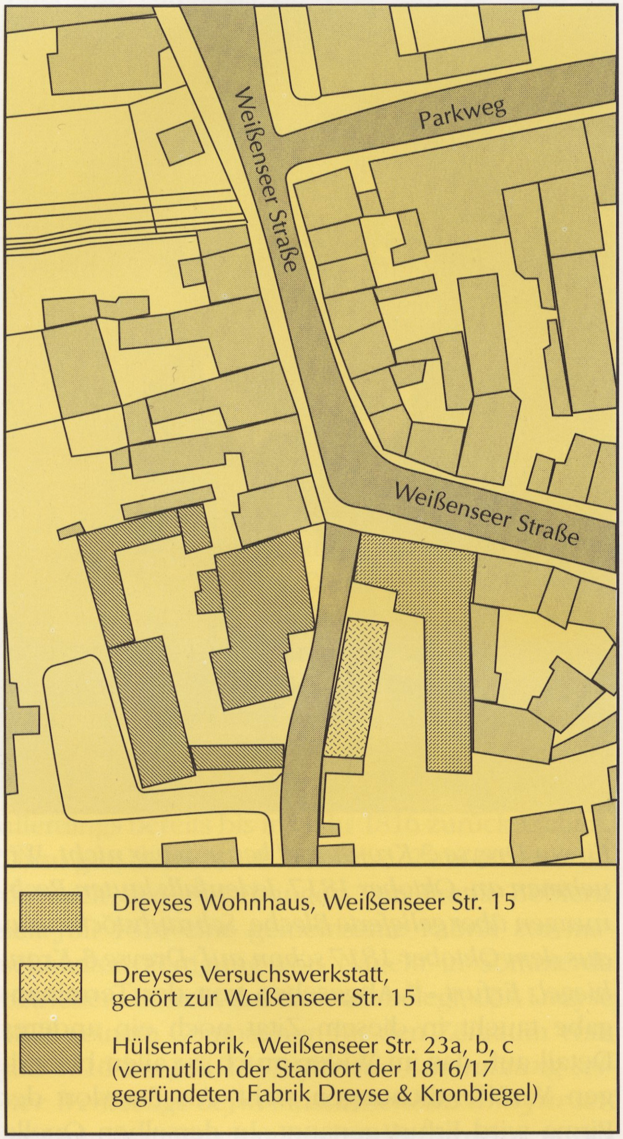


Carl Collenbusch



brik als Gesellschafter aufgenommen habe und damit *«eine zweite Fabrik unter der Firma Kronbiegel & Dreyse»* in Sömmerda gegründet habe.[33] Vermutlich ebenfalls von Paul Kronbiegel-Collenbusch stammt ein späteres Dokument, in dem wiederum dazu in Widerspruch stehende Angaben zur Betriebsgründung gemacht wurden und ein Argument für den Oktober 1817 geliefert wurde: *«Den genauen Termin der Gründung der Firma Dreyse & Kronbiegel kennen wir nicht. Wir nehmen an: Oktober 1817. Jedenfalls lauten Rechnungen über gelieferte Bleche, Schraubstöcke usw. aus dem Oktober 1817 schon auf «Dreyse & Kronbiegel, Erfurt.»*[34] Abgesehen von der Terminangabe taucht in diesem Zitat noch ein anderes Detail auf, das im Widerspruch zu allen bisherigen Veröffentlichungen steht. Als Standort der Firma wird Erfurt genannt. In derselben Quelle

Lageplan mit Dreyses Wohn- und Werkstatt



gibt es weitere Hinweise zu dieser Frage. Der Lieferant der Bleche, die Dreyse und Kronbiegel für die Einrichtung ihres Betriebs brauchten, wandte sich am 7. Oktober 1817 an *«Dreyse & Kronbiegel in Erfurt»*. Am 11. November fragte er unter derselben Adresse an, *«ob die in Arbeit befindlichen Bleche nach Erfurt oder nach Sömmerda geliefert werden sollen.»* Und die Quelle weiter: *«Bereits in den ersten Januartagen 1818 bestätigen Geschäftsfreunde Friedrich Kronbiegels diesem die Mitteilung, daß er sich mit Herrn Dreyse in Sömmerda «etabliert» hätte.»*[35] Das Puzzle, das aus all diesen widersprüchlichen Hinweisen zu Datum und Ort gelegt werden kann, könnte folgendermaßen aussehen. Die Gründung des gemeinsamen Betriebes von Dreyse und Kronbiegel zog sich über die Jahre 1816 und 1817 hin. Der Betrieb hatte zwei Standorte, Erfurt und Sömmerda. Bis zuletzt gingen die Beteiligten davon aus, daß der Betrieb seinen Standort in Erfurt nicht aufgeben soll. Im Oktober/November 1817 fiel die Entscheidung, den Betrieb ganz nach Sömmerda zu verlegen. Die Gründe dafür werden weiter unten diskutiert. Ende 1817/Anfang 1818 war der Betrieb in Sömmerda etabliert. Die Quellen stimmen darin überein, daß Friedrich Kronbiegel sein Engagement in Erfurt am 1. März

[35] Ebd., S. 3.
[36] Ebd. S. 4 und in derselben Mappe, Dok. 11.
[37] Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 38 und 50. Sie beschreiben den Standort der Hülsenbude, bezeichnen ihn aber fälschlicherweise als jetzige Weißenseer Str. 16a,b,c.
[38] Wir über uns 1989, S. 8.
[39] Dies vermutet der Sömmerdaer Historiker und Archivar Frank Boblenz.
[40] SHGV 41a, Dok. 32/1., S. 3. Dieser Ausschnitt wird auch zitiert in: Überblick über die Geschichte des Betriebes, o. Titel, o. J., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Überblick, S. 1. Denselben Paragraphen zitieren Kleinschmidt/Ziegler Bl. 10.
[41] Davon geht auch die Betriebsgeschichte 1, S. 2 aus. Diese Betriebsgeschichte hat u.a. das große methodische Defizit, daß jegliche Quellenhinweise fehlen.

1818 ganz einstellte. An diesem Tag verkaufte er die Erfurter Knopffabrik an Carl Collenbusch, der sie, wie schon vorn aus seinem Lebenslauf zitiert, mit einem Carl Wapler unter der Firma «Collenbusch & Wapler» weiterführte.[36]

Zum Ort, an dem die «Dreyse & Kronbiegel-Metallwarenfabrik» dann in Sömmerda eingerichtet wurde, existieren ebenfalls zwei sich widersprechende Versionen. Kleinschmidt und Ziegler gingen davon aus, daß die Fabrik an der jetzigen Weißenseer Straße 23a, b und c, also neben Dreyses Wohnhaus (heute Weißenseer Straße 15), stand,[37] das Dreyse 1827 erwarb.

Die Autoren einer vom VEB Robotron Büromaschinenwerk im Herbst 1989 herausgegebenen Betriebsgeschichte waren der Meinung, daß diese Fabrik in der heutigen Weißenseer Straße 26 und 26a gegründet wurde.[38] Die erste Version scheint mir schlüssiger zu sein. Beweisen kann ich sie nicht. Denn amtliche Unterlagen im Kataster- oder Grundbuchamt existieren aus dieser Zeit nicht.

Ob die aufstrebende Entwicklung der Stadt Sömmerda den Ausschlag für den alleinigen Standort Sömmerda gab[39] oder ob man vor allem aus Erfurt wegwollte, kann anhand der Quellenlage nicht eindeutig geklärt werden. In Anmerkungen, die wahrscheinlich von dem bereits erwähnten Paul Kronbiegel-Collenbusch, dem Urenkel von Friedrich Kronbiegel, in der ersten Hälfte unseres Jahrhundert verfaßt wurden, wurde der Vertragsentwurf zwischen Dreyse und Kronbiegel zitiert: *«Sollte das Geschäft wider Erwarten von einer hohen Obrigkeit und in der ersten Zeit mit allzu hohen Abgaben belegt werden und dem Geschäft durch fernere Schwierigkeiten Nachteil gelegt werden, so versteht sich, daß man einen schicklicheren Ort als Erfurt, besonders in Hinsicht der Teuerung wählte.»*[40] Das heißt

Heutige Ansicht der Gebäude der damaligen Hülsenfabrik



vermutlich, daß Betriebskosten wie Miete, Löhne usw. in Sömmerda geringer waren.[41]

Erzählt wird, daß die Bedingungen für Dreyse recht günstig gewesen sein sollen. Er lieferte das technische Wissen und die Erfahrungen und Kronbiegel das Kapital. Aus demselben Vertragsentwurf wurde in den eben erwähnten Anmerkungen weiter zitiert, daß Kronbiegel die Verzinsung des Kapitals mit 5 % verlangte. Dreyse, dem 4 % lieber gewesen wären, willigte unter folgenden Bedingungen ein: *«1. Muß Kronbiegel seinem Compagnon für die ersten 6 Monate und zwar pro Monat einen kleinen Barbetrag von 10 Thaler auszahlen, der nicht der Compagnie, sondern dem Privatkonto Kronbiegels zur Last geschrieben wird. 2. Bis sich das Betriebskapital auf 10.000 Thaler erhöht hat, darf keiner der beiden Contrahenten mehr als 400 Thaler pro Jahr aus dem Geschäft nehmen. Sind 10.000 Thaler bei-*

sammen, so erhält jeder der beiden Contrahenten jährlich 600 Thaler bis zur gestiegenen Summe von 15.000 Thalern. Von da an wird der Jahresverdienst voll geteilt, es sei denn, daß mehr als 2000 Taler pro Jahr verdient werden. Für diesen Fall sollen zwischen den Compagnons neue Bestimmungen vereinbart werden. 3. Für den Fall, daß das Geschäft durch widrige Fälle entweder keinen hinreichenden Absatz oder in Untätigkeit geraten sollte, so soll Dreyse nicht verpflichtet sein, den hierdurch zu erwartenden Schaden mit zu tragen, ausgenommen, es wäre erwiesen, daß derselbe durch Nachläßigkeit etwas zum Schaden beigetragen. Ist schon Gewinn vorhanden, so soll dieser natürlich mit heran gezogen werden.»[42] Danach war Dreyse nur am Gewinn und nicht am Risiko beteiligt. Produziert wurden Eisenwaren wie Knöpfe, Nägel, Striegel, Fensterbeschläge und Lanzenspitzen.[43] Die technische Leitung übernahm Dreyse, die kaufmännische ein gewisser Rupprecht.[44] Die Fabrik soll zunächst drei und dann 17 Beschäftigte gehabt haben.[45] Andere Quellen sprechen von 9 bzw. 19 Beschäftigten zu Beginn.[46]

Friedrich Kronbiegel starb am 20. Juni 1820 unerwartet. Zu diesem Zeitpunkt steckte die Sömmerdaer Metallwarenfabrik wenige Jahre nach ihrer Gründung in Schwierigkeiten. Daß Kronbiegel zum Zeitpunkt seines Todes sogar ruiniert gewesen wäre, behauptete eine unveröffentlichte Betriebsgeschichte. Dreyse wurde dafür verantwortlich gemacht: *«Da Dreyse es ablehnte, eigene Mittel in das Unternehmen zu investieren, geraten Hab und Gut des Kompagnons unter den Hammer.»*[47] Diese Behauptung war möglicherweise der Dreyse-feindlichen Orientierung des Textes geschuldet. Doch auch andere Texte sprachen von der finanziellen Krise. In einem vielleicht von einem Nachkommen der Familie Kronbiegel-Collenbusch 1938 verfaßten Bericht hieß es: *«Das Geschäft in Sömmerda bringt nichts ein und verschlingt nur Mittel und zwar derart, daß, als Kronbiegel bereits 1820 stirbt, nicht nur er selbst pleite, sondern auch die Firma Dreyse & Collenbusch am Ende ist. Dreyse erkennt in einem Brief an die Witwe Kronbiegel an, daß sämtliche Sachwerte der Firma Besitz der Witwe Kronbiegels sind, während er selbst nur Schulden an die Firma hat. Trotz der traurigen Lage rät er dringend zur Fortführung des Geschäftes, wozu sich die Witwe auch entschließt.»*[48] Nun schaltete sich Carl Collenbusch, der ehemalige Geschäftsführer Kronbiegels, ein. Aus seinem oben zitierten Lebenslauf geht hervor, daß er Kronbiegel auf dem Sterbebett versprochen hatte, sich um dessen Frau, Sohn und Firma zu kümmern. Bereits eine Woche nach dem Tod seines ehemaligen Chefs, am 27. Juni 1820, trennte sich Collenbusch von Wapler und stieg in die Sömmerdaer Firma ein.[49] Am 18. August informierte er das Kriegsministerium in Berlin davon und versuchte, die Aufträge aus Berlin nach Sömmerda umzulenken.[50]

[42] SHGV 41a, Dok. 32/1, S. 2f. Von 20 Talern monatlich in der ersten Zeit ist in einer unveröffentlichten Betriebsgeschichte von 1956 die Rede. Vgl. Böttger, P., 3. Januar 1956, unveröffentl. Manuskript, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Böttger 1956, S. 2. Daß Kronbiegel Dreyse einen monatlichen Lohn zahlte, behauptete auch die Sömmerdaer Zeitung 1939.

[43] SHGV 41a, Dok. 32/1, S. 4.

[44] Ebd.

[45] Kutzner 1982, S. 2.

[46] 9 Beschäftigte nimmt die Betriebsgeschichte 1, S. 7 an. Von 19 Beschäftigten spricht eine Broschüre über Sömmerda, o. T. o. J., Kopie in Historische Sammlung.

[47] Betriebsgeschichte 1, S. 7.

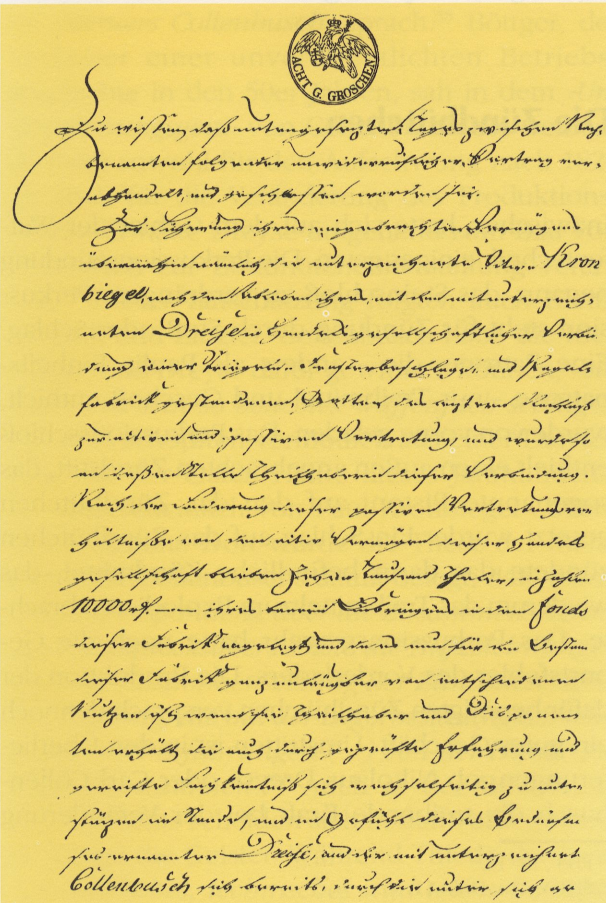
[48] Für die Konvention, Januar 1938, Historische Sammlung. Von ausbleibendem finanziellen Erfolg spricht auch Böttger 1956, S. 2. Vgl. auch Kleinschmidt/Ziegler Bl. 10. Auch SHGV 41a, Dok. 32/1, S. 5.

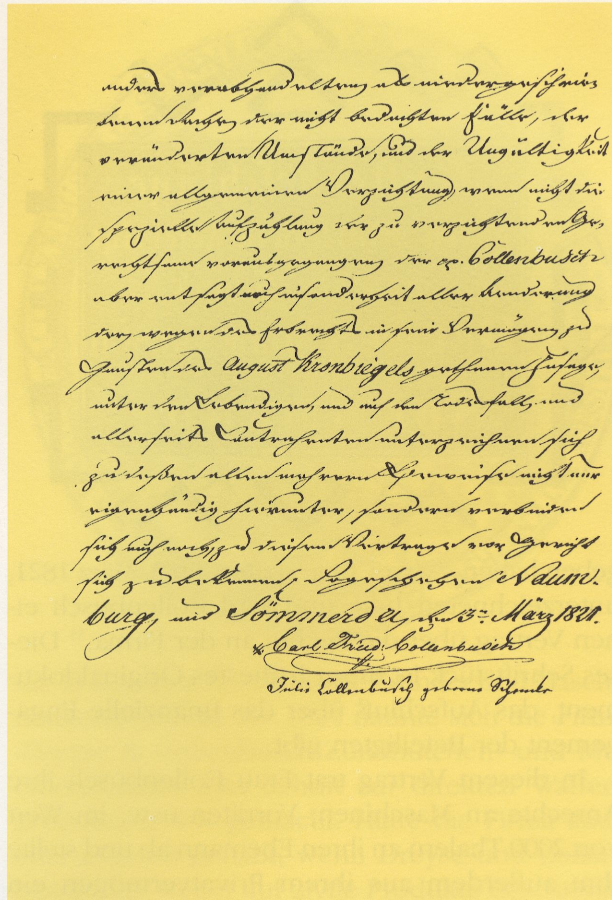
[49] SHGV 41a, Dok. 49-51.

[50] SHGV 41, Dok. 4.

[51] Kleinschmidt/Ziegler Bl. 13.

Auszüge aus dem Vertrag zwischen Julie und Carl Collenbusch vom 3. März 1821





Auf diesen Brief erhielt Collenbusch eine abschlägige Antwort. Das Ministerium wollte bei Wapler in Erfurt bleiben und angesichts des ohnehin sehr geringen Bedarfs den Kreis der Lieferanten nicht ausdehnen.[51] Collenbusch ließ sich nicht beirren. Dank seiner Hartnäckigkeit schaffte er es schließlich, wieder an Heeresbestellungen beteiligt zu werden.[52] Am 1. März 1821 heiratete er die Witwe Kronbiegel.[53] Noch am Tag der Hochzeit soll Julie ihrem Ehemann die in den Büchern der Firma Dreyse & Kronbiegel verzeichneten Guthaben in Höhe von 9.445 Thalern über-

Werbeschild der Firma Dreyse & Collenbusch



geben haben.[54] Zwei Tage später, am 3. März 1821, unterzeichneten Julie und Carl Collenbusch einen Vertrag über die Rechte an der Firma.[55] Dieses Schriftstück ist unser frühestes Originaldokument, das Aufschluß über das finanzielle Engagement der Beteiligten gibt.

In diesem Vertrag trat Frau Collenbusch ihre Anrechte an Maschinen, Vorräten usw. im Wert von 2000 Thalern an ihren Ehemann ab und stellte ihm außerdem aus ihrem Privatvermögen ein Kapital von 10.000 Thalern zur Verfügung. Mit diesem Geld wurde Collenbusch Teilhaber der jetzt umbenannten «Dreyse & Collenbusch - Metallwarenfabrik» und übernahm die Geschäftsleitung.[56] Privat verpflichtete er sich, für August, den Sohn Julies aus der Ehe mit Kronbiegel, zu sorgen. Der Widerspruch zwischen den zwei finanziellen Transaktionen zwischen Julie und ihrem Mann, 9.445 Thaler am Tag der Hochzeit aus dem Betriebsvermögen und 10.000 Thaler zwei Tage danach aus dem Privatvermögen, kann heute wohl kaum mehr aufgeklärt werden. Sicher ist der Vertrag die glaubwürdigere Quelle.

Die Zündhütchen

Inzwischen hatte sich auf dem Gebiet der Waffentechnik einiges getan. Die Perkussionszündung begann, das Steinschloß zu verdrängen. Perkussion steht für Zündung durch Stoß oder Schlag. Eine Patrone, die - anders als Paulis Einheitspatrone - nur Treibmittel und Geschoß enthielt, wurde von vorne geladen. Das Perkussionsschloß enthielt einen außen angebrachten Zündstift, das sogenannte Piston, auf den das Zündhütchen gesetzt wurde. Ein Schlag auf das Zündhütchen zündete das darin befindliche Zündmittel, das wiederum das Treibmittel zum Explodieren brachte. Das Perkussionsgewehr hatte noch die Geburtsfehler des Vorderladers. Die Produktion der dafür benötigten Zündhütchen versprach dennoch ein gutes Geschäft. Umstritten ist in den Überlieferungen, ob Nikolaus Dreyse oder Carl Collenbusch die treibende Kraft bei der Veränderung

[52] Ebd., Bl. 15.
[53] SHGV 41a, Dok. 11.
[54] Handschriftliche Notiz, SHGV 41a, Dok. 38.
[55] SHGV 41, Dok. 5. Vgl. auch Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 15.
[56] Vgl. auch SHGV 41a, Dok. 32/1, S. 5.
[57] Sömmerdaer Zeitung 1939.
[58] Wirtgen 1991, S. 21.
[59] Böttger 1956, S. 2f.
[60] Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 17.
[61] SHGV 41a, Dok. 32/1, S. 5f.
[62] Wirtgen 1991, S. 21.
[63] Wir über uns 1989, S. 8.

des Produktionsprofils ihrer Fabrik war. Die Sömmerdaer Zeitung vom 1. April 1939 führte die Aufnahme der Zündhütchenproduktion auf Dreyses Einfluß zurück,[57] während der Militärhistoriker Günter Thiede von der *«Risikobereitschaft Dreyses und seines geschäftstüchtigen neuen Partners Collenbusch»* sprach.[58] Böttger, der Verfasser einer unveröffentlichten Betriebsgeschichte in den 50er Jahren, sah in dem *«Unternehmungsgeist»* von Collenbusch die treibende Kraft sowohl für den Aufschwung nach 1820 als auch für die Veränderung des Produktionsprofils. Er hätte Dreyse umgehend zum Bau von Maschinen zur Zündhütchenherstellung veranlaßt.[59] Dieser Einschätzung folgten auch Kleinschmidt und Ziegler. Collenbusch habe die Idee gehabt und Dreyse dafür gewinnen können, *«zumal es in sein so beliebtes Waffenfach schlug»*.[60] Alle drei schöpften vermutlich aus einer Darstellung aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, die wahrscheinlich von Paul Kronbiegel-Collenbusch stammt. Dort wurde die These der Initiatorenrolle Collenbuschs damit belegt, daß *«sämtliche Korrespondenz über die Zusammensetzung des Knallquecksilbers sowie die Aufzeichnungen über die Zusammensetzung der Zündsätze, über die Wirkung, die mit der Lagerbeständigkeit usw. gemachten Erfahrungen (...) von der Hand Collenbusch stammen»*.[61] Auch in der Bewertung dieses Schritts scheiden sich in den vorliegenden Berichten die Geister. Während Thiede darin ein *«geschäftliches, technisches und technologisches Abenteuer»* sieht,[62] unterstellte eine vom VEB Robotron veröffentlichte Betriebsgeschichte Dreyse die Erkenntnis, *«daß sich mit der Einführung des Perkussionsgewehrs ein gewinnbringender Absatzmarkt eröffnete»*.[63] Auf jeden Fall wurde die Umorientierung gemeinsam und arbeitsteilig vollzogen: hier der geschäftstüchtige Kaufmann, dort

Vignette der Firma Dreyse & Collenbusch



der in Feuerwaffen vernarrte Erfinder und Maschinenkonstrukteur. Ab 1824 nannte sich die Firma «Dreyse & Collenbusch-Zündhütchen- und Munitionsfabrik». Der Schritt zur direkten Waffenproduktion war gemacht. Hätte die Firma auch eine Zukunft gehabt, wenn Dreyse und Collenbusch sich weiter auf zivile Produkte beschränkt hätten? In Firmenschreiben der ersten Hälfte der 20er Jahre war mehrfach von einer schlechten wirtschaftlichen Lage die Rede. Ob es andere Alternativen gab, wie z. B. das Angebot des Handelsministeriums, eine Holzschraubenfabrik zu errichten, von dem Kleinschmidt und Ziegler berichteten, kann heute nicht mehr geklärt werden.[64]

Dreyse waren Experimente mit chemischen Verbindungen, die sich als Zündmittel eigneten, schon aus Paris vertraut. Nun stellte er mit Unterstützung des Sömmerdaer Apothekers Baudius von der Löwen-Apotheke, vor allem aber mit dem Apotheker Johann Carl Gottlob Fischer aus Kahla [65] eine verbesserte Zündmischung her und veränderte die Konstruktion des Hütchens. Vermutlich angeregt durch Beschwerden der Kunden, die mit Papier bedeckten Zündhütchen seien durch Feuchtigkeit unbrauchbar geworden, versiegelte er sie durch ein dünnes Metallblättchen. 1824 stellten Dreyse und Collenbusch bei der königlich-preußischen Regierung den Antrag, das so modernisierte Zündhütchen zu patentieren. Erst zwei Jahre später wurde der Antrag befürwortet und die Firma nahm dies zum Anlaß, eine große Werbekampagne zu organisieren.

Im selben Jahr wurde auch die Verarbeitung des Zündpulvers verbessert. Es wurde mit Gummiwasser vermischt und zu sogenannten Zündpillen, die in die Hütchen eingebracht wurden, geformt.[66]

Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten. Im Oktober 1825 überschritten die Lohnkosten der Zündhütchenproduktion (238 Reichstaler 12 Groschen 6 Pfennig) erstmals die noch weitergeführte Eisenwaren- und Nägelproduktion (228 Reichstaler 17 Groschen 1 Pfennig). 1828 beschäftigte die Firma bereits 50 Männer und 32 Frauen.[67] Einen Einblick in das damalige Verhältnis von Fabrikant und Arbeiterschaft geben die «Gesetze für die Arbeiter in der Fabrik Dreyse & Collenbusch zu Sömmerda», die Dreyse und Collenbusch 1828 erließen. Darin waren nicht nur Arbeitsvorschriften enthalten, sondern auch strikte Regeln für das Verhalten der Arbeiterinnen und Arbeiter während der Arbeitszeit und danach. Zuwiderhandlungen wurden mit Geldstrafen geahndet. Die «Gesetze» vermitteln den Eindruck eines patriarchalen Erziehungsprogramms. Der Arbeitgeber regelte wie ein autoritärer Familienvater selbst private und intime Angelegenheiten seiner Arbeiter und Arbeiterinnen wie Gasthausbesuche, Körperpflege oder Liebesbeziehungen zum anderen Geschlecht. Die gesamte Lebensführung sollte auf die Nutzung der Arbeitskraft ausgerichtet werden. Dreyse fühlte sich für Moral und Sittlichkeit seiner Belegschaft verantwortlich. Er wollte stolz auf sie sein. Die Arbeiterinnen und Arbeiter kamen mehrheitlich aus Sömmerda und den umliegenden Dörfern. Dreyses Anliegen war es, daß sie persönlich und als Stand Ansehen genossen und nicht als landlose *«Fabriker»* Verachtung erfuhren, wie es damals üblich war. Dreyse und Collenbusch, nach der zunehmenden Größe ihrer Fabrik Kapitalisten, bevor man überhaupt generell von einer kapitalistischen Entwicklung sprechen kann, behielten in den Beziehungen zu ihren Arbeitern das Verhältnis bei, das die vorindustriellen Betriebe prägte, *«wo oft Fabrikherr und Arbeiter nebeneinander aufgewachsen sind und durch den unmittelbaren Verkehr ein persönliches Verhältnis entstanden ist»*, wie es in einer zeitgenössischen Quelle hieß.[68] Sie sorgten für ihre Beschäftigten.

[64] Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 17.

[65] Hinweis von Frank Boblenz. In anderen Überlieferungen werden noch der Apotheker Kahleis von der Sömmerdaer Adler-Apotheke und der Weimarer Büchsenmacher Burckard genannt. Z. B. Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 18.

[66] SHGV, Mappe 13, Nachlaß Kronbiegel, im folgenden abgekürzt als: SHGV 13, Akte 2.

[67] Gesetze für die Arbeiter in der Fabrik Dreyse & Collenbusch zu Sömmerda, 1. März 1828, Nachdruck, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Gesetze 1828.

[68] Jahresbericht der Handelskammer Gera 1872, zitiert nach: Heß, Ulrich: Geschichte Thüringens 1866-1914, aus dem Nachlaß herausgegeben von Volker Wahl, Weimar 1991, im folgenden abgekürzt als: Heß 1991, S. 145.

Eine solche Anzeige schalteten Dreyse & Collenbusch in zahlreichen Zeitungen, so in Trier, Münster, Magdeburg, Berlin, Frankfurt/Oder, Stettin, Breslau, Danzig und Königsberg.

Amts-Blatt

der

Königlichen Preußischen Regierung

zu Frankfurth an der Oder.

No. 18.

Ausgegeben den 3ten Mai 1826.

Von Einem Hohen Ministerio des Innern ist uns unterm 5. März d. J. auf sechs nacheinander folgende Jahre, und für den Umfang der ganzen Preuß. Monarchie, ein Patent

auf die alleinige Anfertigung, Anwendung und den alleinigen Verkauf der im Innern mit einer besondern Metalldecke versehenen Zündhütchen mit metallener Hülse, für Perkussionsgewehre, wie wir solche bei Einem Hohen Ministerio vorgelegt haben, gnädigst ertheilt worden.

Vorschriftsmäßig bringen wir dieses zur öffentlichen Kenntniß, mit dem Bemerken, daß die patentirten Zündhütchen zur Unterscheidung vor den andern folgende Kennzeichen haben:

jede Schachtel à 500 Stück ist mit einem Adler, unter welchem sich die Buchstaben D. & C. befinden, versiegelt, und ist jedem Hütchen ein Adler auf dem Kopfe eingeprägt. Jede Schachtel hat eine Vignette mit dem Königl. Preußischem Wappen. Wir halten davon Lager in Berlin und Potsdam bei Hrn. J. Ravenē Söhne, in Stettin bei Hrn. G. E. Meister's Wittwe & Komp. Sömmerda, Regierungsbezirk Erfurt, im April 1826.

Dreyse & Collenbusch.

Gesetze für die Arbeiter in der Fabrik Dreyse & Collenbusch zu Sömmerda (Auszüge)

Da der Zweck unserer Fabrikanstalt nicht allein dahin wirken soll, um denen darin beschäftigten Menschen einen guten Verdienst zu verschaffen, sondern auch sie, solange sie in unserer Arbeit sind, zu tüchtigen, brauchbaren und ordnungsliebenden Menschen zu bilden, welche sich durch sittliches Betragen auszeichnen sollen; damit das Vorurteil entfernt wird, wie viele geglaubt haben, daß bloß liederliche Menschen und Trunkenbolde in der Fabrik aufgenommen würden. Leider hat oft die Erfahrung gelehrt, daß das Publikum jede hier in Sömmerda vorgefallene Unart für Werke der Fabrikarbeiter ausschreit. (...) Bedenkt, daß der größte Theil unserer Arbeiter beweibt sind, daß ihr auch mehr Pflichten zu erfüllen habt, deren fernere treue Pflichterfüllung wir aufs Strengste fordern. (...) Ihr habt alle einen Beruf und Verdienst, wodurch Ihr Euch und Eure Familie anständig ernähren könnt. Benutzt die Zeit, die jeden Arbeiter durch die billigen Preise aller Lebensmittel sehr günstig macht, seit thätig und ordentlich in den Euch angewiesenen Arbeiten, verschwendet nichts unnötig und bleibt bey Euren Freuden in den Schranken der Anständigkeit, damit Ihr geachtet, von jeden in jeder Gesellschaft gern gesehen werdet. Erfüllt Ihr diese Wünsche, so werdet Ihr uns stets gegen Euch gut geneigt finden. Um den Zweck zu erreichen, bloß thätige, ehrliche, ordentliche und gesittete Menschen unter die Zahl unserer Arbeiter zu zählen, und ein jeder wünschen muß, als solcher bedrachtet und behandelt zu werden; so habt Ihr Euch folgenden Gesetzen zu unterwerfen.

Ohne ihre Unterschrift unter diese Gesetze konnten die Beschäftigten ihr Arbeitsverhältnis nicht antreten. Die Krankenkasse, die Dreyse und Collenbusch vermutlich zeitgleich mit den Gesetzen für die Belegschaft 1828 einrichteten, war in dieser Zeit eine Pionierleistung.[69] Für die ersten Jahre nach der Gründung sind die Beiträge und Leistungen nicht bekannt. Ein von 1858 stammendes Statut der «Fabrikarbeiter-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse» in der Gewehrfabrik Dreyses bezifferte die monatlichen Beiträge für Arbeiter auf 60 Pf und für Arbeiterinnen auf 30 Pf. Dafür erhielten die Kranken freie ärztliche Behandlung und freie Medikamente. Die tägliche Unterstützung im Krankheitsfall war von den bereits entrichteten Beiträgen abhängig. Sie lag zwischen 20 und 80 Pfennig in den ersten drei Monaten und betrug danach die Hälfte. Die Unterstützung im Sterbefall lag bei 18 Mark für einen Arbeiter und 9 Mark für eine Arbeiterin.[70] 1858 kam zur Krankenkasse noch eine «Fabrikarbeiter-Alters-Witwen und Waisen-Pensions-Unterstützungskasse» hinzu.[71] Daß die Belegschaft diese zwei von der Fabrikleitung eingerichteten Kassen als nicht ausreichend ansah, kann man daraus schließen, daß Arbeiter 1858 zusätzlich den «Concordia-Verein» gründeten. Der Verein hatte *«den Zweck, seinen Mitgliedern bei Krankheits- und Todesfällen Unterstützung zu gewähren. Während der Krankheit erhielt ein Mitglied auf die Dauer eines Jahres pro Tag 0,50 Mk ausge-*

[69] Einen Hinweis auf die Existenz der Krankenkasse geben die von Dreyse und Collenbusch 1828 für die Arbeiterschaft erlassenen Gesetze mit der Festlegung: *«Sämtliche eingehenden Strafen fließen zu der Krankenkasse»*, vgl. Gesetze 1828, S. 9.

[70] Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 36.

[71] Ebd., Bl. 30a.

Gesetze für die Arbeiter (Fortsetzung)

1. Ihr gelobt an, die strengste Gewissenhaftigkeit bey dem Euch anvertrauten Guthe zu beobachten (...)
13. Bescheidenes und höfliches Betragen wird zur strengsten Pflicht gemacht. Kein Arbeiter darf die gebührende Achtung gegen andere als auch gegen die Fabrickherren außer Augen lassen. (...)
14. Wenn der Arbeiter grob oder unhöflich ist, verfällt er in eine Strafe von Zwoelf g Groschen (...)
17. Streitigkeiten unter den Arbeitern selbst, so wohl in als außer den Arbeitsstunden dürfen durchaus nicht vorfallen (...). Dieses Betragen soll auch entfernt werden, wenn sie nicht in der Arbeit sind. Jeder Arbeiter soll sich bey Tanz und Spiel als gesitteter Mensch betragen, nie Veranlassung zu Streitigkeiten geben noch weniger sich schlagen, widrigenfalls er in obenerwähnte Strafe verfällt (1 Thaler).
18. Wer sich während der Arbeitsstunden besäuft, wird mit Acht g Groschen bestraft, desgleichen wer außer den Arbeitsstunden betrunken erscheint.
20. Das zu lange, bis spät in die Nacht herumtreiben, darf nicht geschehen, 10 Uhr gehört jeder ordentliche Mensch in seine Wohnung. (...)
23. Der Arbeitssaal links ist für weibliche und der Arbeitssaal rechts für männliche Arbeiter bestimmt. Kein männlicher Arbeiter darf bey einer Strafe von 8 g Groschen in den weiblichen Arbeitssaal. (...) Unsittliche Reden oder wohl gar handgreifliche Liebeserklärungen werden ohne Widerrede mit Einem Thaler bestraft.
25. Mädchen von üblem Ruf werden nicht geduldet, läßt sich ein Mädchen in unerlaubtem Umgang mit einem Arbeiter ein, so wird selbige augeblicklich entfernt.
26. Das Nachhausegehen geschieht in Abteilungen. Die Mädchen verlassen zu erst das Arbeitslokal und gehen ruhig ihren Weg; 1/4 Stunde später gehen die Arbeiter, damit jedes Zusammentreffen vermiethen wird, sucht dieses eines von beyden Geschlechtern absichtlich, so ist eine Strafe von Zwoelf g Groschen verwirkt.
27. Die alten Arbeiter sind angewiesen, die jüngeren bey jeder Gelegenheit in Ordnung zu halten (...).
28. Die jüngeren Arbeiter gehören gar nicht in die Zechhäuser, noch weniger am Spieltisch, wollen sie des Sonntags ein Glas Bier trinken, so mögen sie es ruhig thun ist aber 10 Uhr einer von ihnen noch im Zechhause anzutreffen, so zahlt derselbe Acht g Groschen Strafe. Sich unter die Tanzenden zu mischen paßt für dieselben nicht und besser ist es überhaupt sie bleiben zu Hause. (...)
32. Jeder Arbeiter und Arbeiterin werden angehalten, alle Sonntage wenn nicht besondere Gründe sie davon abhält, den Gottesdienst zu besuchen, und wenigstens jährlich einmal das heilige Abendmahl zu empfangen (...).
33. Jeder Arbeiter muß jede Woche die Leibwäsche wenigstens einmal wechseln und jeden Tag gewaschen und die Haare rein ausgekämmt erscheinen (...).

Sömmerda, den 1. März 1828, Dreyse & Collenbusch.

zahlt. An Begräbnisgeld beim Tode eines Mannes werden 30,00 Mk und bei einer Frau werden 20,00 Mk ausgezahlt. Bis zum Jahre 1900 wurden ca. 10.000 Mk ausbezahlt.»[72] Wurde der Wert der Frauen, ob krank oder tot, in der Betriebskrankenkasse auf 50 % des Wertes der Männer festgelegt, so steigerte er sich beim Concordia-Verein immerhin auf zwei Drittel.

Die Zündhütchen aus Sömmerda wurden in den kommenden Jahren an sämtliche deutsche und die meisten europäischen Armeen geliefert. Belegt sind Lieferungen nach Frankreich, Amerika, Rußland und der Schweiz.[73] Durch den betrieblichen Aufschwung eröffneten sich für Dreyse neue Möglichkeiten. Er hatte jetzt den finanziellen Spielraum, sich wieder seinen alten Träumen zu widmen. Neue Nahrung bekamen sie durch die dynamische Entwicklung der Handfeuerwaffentechnik, über die Dreyse durch seine zahlreichen Geschäftsbeziehungen zu Kriegsministerien und deren Bewaffnungsämtern vermutlich gut informiert war. Dreyse selbst datierte in seinem Patentersuchen vom 10. Juli 1827 die Wiederaufnahme seiner Gewehrexperimente auf Ende 1826: *«Erst im letzten Viertel des vorigen Jahres, wo mir als Teilnehmer der Geschäftsfirma Dreyse & Collenbusch einige Muße blieb, erregte die Erfindung der Perkussions-Gewehre, wo einige Staaten Comissionen zur Prüfung ernannten, meine Aufmerksamkeit und der Wunsch, meinem Vaterlande nützlich zu werden, feuerte mich an, die früheren Versuche mit allem Eifer fortzusetzen ...»*[74] Dieses Patentersuchen gibt uns Aufschluß über die Tatsache, daß Dreyse nach längerer Pause und nach nur einem dreiviertel Jahr erneuter erfinderischer Praxis mehrere Gewehrvarianten zur Patentierung einreichte. Darunter befand sich ein Vorderlader, bereits mit Zündnadel und Einheitspatrone aus Papier, nicht aus Metall wie bei Pauli, sowie ein Hinterlader, dessen Zündungsmechanismus nicht überliefert ist, jedoch vermutlich wie bei Pauli durch eine Art Schlagbolzen ausgelöst wurde.[75] Die Bausteine, die später in der Kombination seinen berühmten Zündnadel-Hinterlader ergeben sollten, hatte er damit 1827 schon verwandt. Daß es noch Jahre dauerte, bis sich diese Erfindung durchsetzte, lag sicher am Konservatismus der Militärs, ihren Vorurteilen gegenüber einem Zivilisten und der Trägheit der preußischen Bürokratie. Aber es lag auch daran, daß Dreyses Waffen noch nicht ausgereift waren und erst nach jahrelangem Tüfteln, Erproben und Verbessern die Gefechtsfähigkeit erreichten. Der Zündnadel-Vorderlader hatte vor allem eine Schwachstelle, die schon Pauli angekreidet worden war: die Verwendung eines leicht entzündlichen Chloratpulvers als Zünd- wie als Treibmittel. Dreyse selbst verletzte sich bei der Vorführung erheblich an der Hand, als das Pulver durch den Druck des Ladestocks vorzeitig explodierte.[76] Dem frühen Hinterlader wurde, wohl auch von Dreyse selbst, kaum Bedeutung zugemessen. Er war zu diesem Zeitpunkt nicht weiter als sein Lehrer Pauli. Mit einem Unterschied: er begann dort, wo Pauli aufgehört hatte. Seinen späteren Erfolg verdankte er ganz offensichtlich neben seiner technischen und erfinderischen Intelligenz sowie seinem in Paris erworbenen Wissen seiner Lernfähigkeit, seiner Zielstrebigkeit, seiner Willenskraft und seinem Selbstbewußtsein.

[72] Chronistische Aufzeichnungen über Sömmerda. Nach amtlichen Unterlagen, o. J., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Chronistische Aufzeichnungen, S. 41. Vgl. auch Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 52.

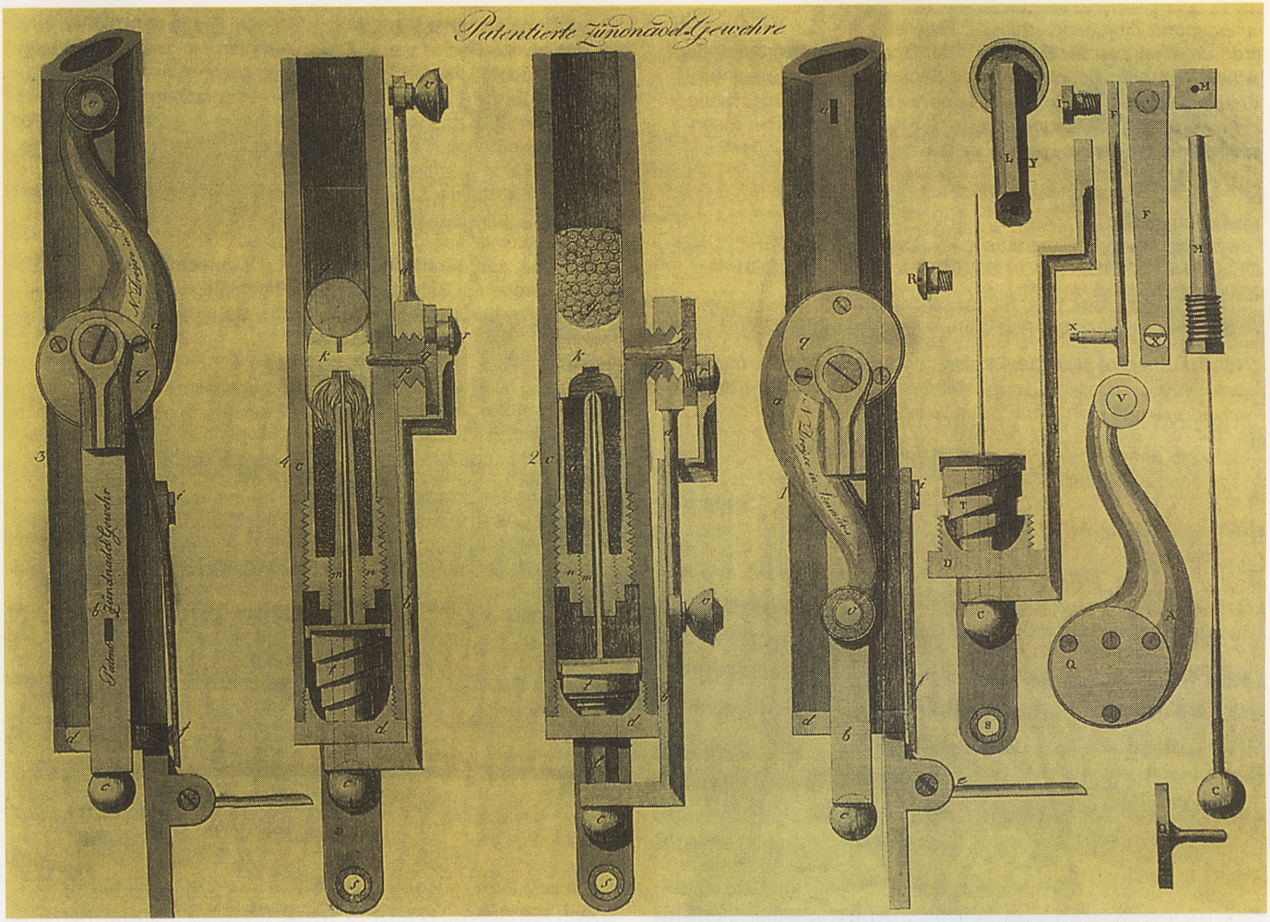
[73] SHGV 13, Akte 5.

[74] Zitiert nach Wirtgen 1991, S. 25. Böttger 1956 spricht auf S. 4 auch davon, daß Dreyse 1814-1817 bereits Gewehrversuche unternahm, sie dann aus Geldnot jedoch aufgeben mußte.

[75] Wirtgen 1991, S. 29f.

[76] Ebd., S. 30.

Zeitgenössische Darstellung des Zündnadelgewehrs



In einem dem damaligen Patentantrag von 1827 beigefügten Unterstützungsschreiben wurde dann auch mehr als die Erfindung der Erfinder gelobt, der *«zu den seltenen Menschen (gehört), welche mit ausgezeichneten Fähigkeiten von der Natur begabt, unermüdlichen Fleiß und Erfindsamkeit, wissenschaftliche Kenntnis (die er sich ohne alle Mitwirkung äußerer Umstände selbst erworben) und mechanische Geschicklichkeit verbinden. Dabei ist er sehr lernbegierig und bescheiden und Gelegenheit, seine Einsichten zu erweitern und seine Erfindungen unter hoher Leistung zu ver-*

vollkommnen, würde sicher ihm nicht fruchtlos dargeboten werden».[77]

Auch um die Entdeckung des Zündnadelmechanismus rankt sich eine Geschichte. Erzählt wurde sie 1939 von der «Sömmerdaer Zeitung» in der Erinnerungsausgabe zu ihrem fünfundsiebzigjährigen Bestehen: *«Auf dem Grundstück der Zündhütchenfabik, ganz hinten im Hof, steht ein Schuppen. «Explosionsgefahr» warnt ein Schild an der Tür. Es ist still im Schuppen. Dreyse arbeitet. Ein Zündhütchen entfällt seiner Hand. Er ergreift eine Nadel, das winzige Ding aufzunehmen. Spießt hinein. Ein scharfer Knall zerreißt die Luft. Flammen umzucken seine Hand. Das Zündhütchen ist explodiert. Dreyse stürzt ins Freie. «Die Nadel!» ruft er. «Die Nadel! Wir haben die Zündung für das neue Gewehr» Arbeiter stürzen herbei, stehen starr. Dreyse hält die Nadel. Er achtet nicht auf das Blut, das von seiner zerfetzten Hand langsam zu Boden tropft. Die «Zündnadel» hält er zwischen den Fingern».*[78] Vielleicht hat es sich so zugetragen. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß Dreyse durch systematische Versuche auf diese Entdeckung gekommen ist.[79]

Unstrittig in der Literatur ist,[80] daß die Zündnadel Dreyses eigene Idee war, anders als Hinterlader und Einheitspatrone. Beides hatte Dreyse schon bei Pauli gesehen. Doch gilt auch für die Zündnadel eine Einschränkung. Ihr Mechanismus wirkte ähnlich wie der Schlagbolzen, den Pauli verwandte. In beiden Fällen wird die Zündmischung durch die Bewegung eines vorschnellenden Stahlkörpers gezündet, wobei die Nadel effektiver ist, da die pro Flächeneinheit wirkende Energie aufgrund der Spitze sehr groß und der erforderliche Kraftaufwand deshalb geringer ist. Festzuhalten bleibt, daß Dreyse die Durchsetzung dieses Prinzips in der Praxis erreichte. Dreyses Gewehre, der Zündnadelvorderlader wie der Hinterlader, wurden 1828 patentiert, aber gleichzeitig vom Kriegsministerium als gefechtsuntauglich abgelehnt.

Dreyse bot den neuen Zündnadelmechanismus auch im Ausland mit einigem Erfolg an. Österreich, der spätere Verlierer im Zündnadelkrieg gegen Preußen 1866, soll mit der Begründung abgelehnt haben, *«sie hätten auch in Wien gescheite Leute».*[81]

Dreyse gab in seinen Bemühungen gegenüber dem preußischen Kriegsministerium nicht auf. Zunächst konzentrierte er sich auf die Weiterentwicklung des Zündnadel-Vorderladers. Wirtschaftlich verwertete er die Patente beim Bau von Jagdwaffen, werbewirksam begleitet durch eine

[77] Ebd., vollständige Abschrift des Empfehlungsschreibens in: Böttger 1956, S. 6ff.

[78] Sömmerdaer Zeitung 1939.

[79] Vgl. SHGV 41a, 32/1, S. 7.

[80] Die Literatur ist hier eindeutig. Widerspruch legte eine Zeitung ein, die 1937 behauptete, daß Christian Brecht, Sohn einer Weimarer Büchsenmacherfamilie und angeblich mit Nikolaus Dreyse gemeinsam auf Wanderschaft, den Zündnadelvorderlader erfunden habe und die Erfindung dann Dreyse geschenkt habe. Vgl. ThHStAW, Dreyse und Collenbusch 100. Diese Darstellung ist schon deshalb unstimmig, weil Christian Brecht nach den Angaben des Artikels 1804 geboren wurde und deshalb zu dem Zeitpunkt, als Nikolaus Dreyse auf Wanderschaft ging, zwei Jahre alt gewesen sein muß. Dem widerspricht auch ein Schreiben vom Juni 1827, in dem der Weimarer Großherzog Dreyse um ein Zündnadelvorderlader als Leihgabe bat, um es von einem Büchsenmacher Brecht nachbauen zu lassen. Dreyse lehnte dies ab und baute das Modell für den Großherzog selbst. Vgl. Kleinschmidt/Ziegler Bl. 23f.

[81] Kutzner 1982, S. 3f.

[82] Damit ist diese Broschüre die erste Veröffentlichung über das neue Zündnadel-Prinzip. Laut Katalog zur Zündnadelgewehr-Ausstellung befindet sich ein Exemplar in der Sächsischen Landesbibliothek Dresden Inv.-Nr.: 37 8° 7169. Vgl. Wirtgen 1991, S. 55.

[83] Kutzner 1982, S. 4.

[84] Die preußischen Könige und deutschen Kaiser während und nach Dreyse's Leben: 1797-1840 König Friedrich Wilhelm III.; 1840-1861 König Friedrich Wilhelm IV.; 1861-1888 König Wilhelm I., seit 1858 Regent für Friedrich Wilhelm IV.; 1871-1888 König Wilhelm I. wird erster deutscher Kaiser; 1888 Kaiser Friedrich III. stirbt nach kurzer Regierungszeit; 1888-1918 Wilhelm II, zweiter und letzter deutscher Kaiser.

[85] Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 30a.

[86] Ebd., Bl. 21f und 24.

[87] Ebd., Bl. 24ff.

[88] Ebd., Bl. 37.

«Abhandlung über die von des Königs Majestät von Preußen allergnädigst patentirten Zündnadelgewehre, erfunden von Nicolaus Dreyse, Associè der Fabrik Dreyse und Collenbusch in Sömmerda», die er 1830 im Nachbarort Weissensee als Broschüre drucken ließ.[82]

Gleichzeitig wurde er immer wieder beim Kriegsministerium in Berlin vorstellig, warb für seine Erfindungen und reagierte auf die Einwände mit neuen Verbesserungen. Insgesamt 678mal soll er seinen Vorderlader umgestaltet haben.[83] Dreyse gewann einflußreiche Förderer. Bei zwei wichtigen Begegnungen führte der Zufall Regie. Kronprinz Wilhelm, der spätere preußische König Wilhelm I. und erster deutscher Kaiser[84] kam im Herbst 1828 bei seinem Schwiegervater, dem Weimarer Großherzog, mit einem Dreyseschen Jagdgewehr in Berührung.[85] Die Unterstützung durch den Großherzog hatte bereits Tradition. Im Jahr zuvor hatte er die Fabrik und Dreyses Gewehrmodelle in Sömmerda besichtigt und Dreyse hatte für ihn eine Waffe gebaut.[86] Ebenfalls 1827 hatten Dreyse und Collenbusch in einer Auseinandersetzung mit dem Zündhütchen-Konkurrenten Sellier und Bellot in Prag Unterstützung vom Großherzoglichen Hof erhalten.[87] Und Hauptmann Priem, später einer der führenden preußischen Militärs, wurde 1830 bei einem Herbstmanöver in Thüringen zufällig in Sömmerda einquartiert und lernte dort ebenfalls ein Dreyse-Jagdgewehr kennen. Er informierte General von Thiele, Adjutant des Preußischen Königs. Durch diesen wurde wiederum General von Witzleben, der spätere preußische Kriegsminister, zum Unterstützer Dreyses.[88] Erste Früchte trug diese Förderung 1832 mit einem Versorgungsversprechen, das Dreyse vom preußischen König Friedrich Wilhelm III. gemacht wurde.

Der König hielt sein Versprechen. 1834 wurde Dreyse mit einem jährlichen Gehalt von 1200 Ta-

Dreyses Veröffentlichung zur Patenterteilung auf seine Erfindungen Dampfmaschine und Gewehr

(1316) Patent:Ertheilung. Ein Königliches Hohes Ministerium des Innern hat mir unter'm 22. April d. J. zwei Patente, und zwar:

1) ein Patent auf die alleinige Anfertigung und Benutzung einer von mir erfundenen Dampfmaschine, nach der in einer zu den Acten des Hohen Ministeriums des Innern niedergelegter Beschreibung und einem Modell angegebenen Construction, so weit dieselbe als neu erkannt ist.

für den Zeitraum von Zehn nach einander folgenden Jahren und der ganzen Umfang des Staates;

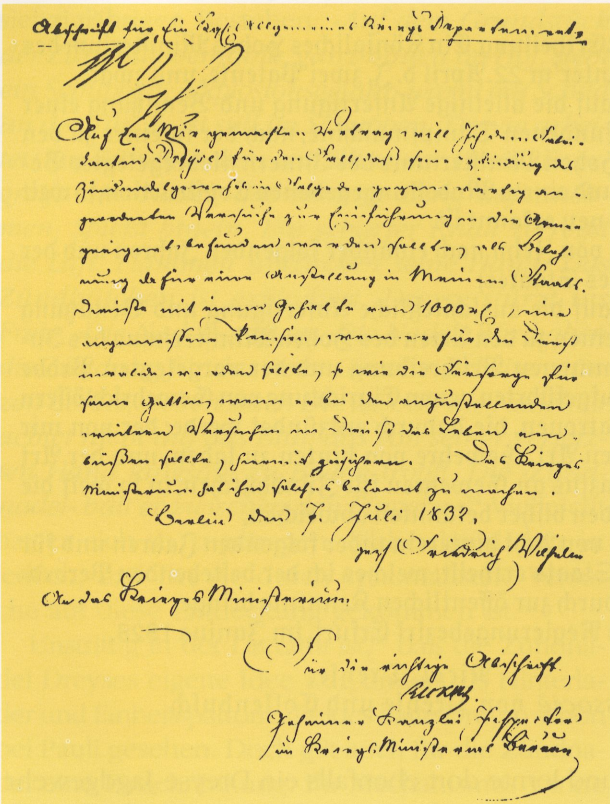
2) ein Patent auf die ausschließliche Anfertigung und Benutzung der nach meiner, zu den Acten des Hohen Ministeriums des Innern genommenen Beschreibung und der vorgelegten Probe Gewehre aufgeführten neuen Einrichtung von Gewehrschlössern und von Patronen, die dadurch entzündet werde; der von mir angegebenen Art, Gewehre von hinten zu laden, und der Art eines Magazins an Gewehren für Zündhütchen, in so weit die letzten von den bisher bekannten abweichen,

für den Zeitraum von Acht hintereinander folgenden Jahren und für den Umfang des Staats ertheilt; welches ich der bestehenden Verordnung gemäß hierdurch zur öffentlichen Kenntnis bringe.

Sömmerda im Regierungsbezirk Erfurt, im Junius 1828.

Nicol. Dreyse,
Associè von Dreyse und Collenbusch.

Versorgungsversprechen des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III.[89]



Auf den Mir gemachten Vortrag will Ich dem Fabrikanten Dreyse für den Fall, daß seine Erfindung des Zündnadelgewehrs in Folge der gegenwärtig angeordneten Versuche zur Einführung in die Armee geeignet befunden werden sollte, als Belohnung dafür eine Anstellung in Meinem Staatsdienste mit einem Gehalte von 1000 Talern, eine angemessene Kaution, wenn er für den Dienst invalid werden sollte, so wie die Fürsorge für seine Gattin, wenn er bei den anzustellenden weiteren Versuchen im Dienst das Leben einbüßen sollte, hiermit zusichern.

Das Kriegsministerium hat ihm solches bekannt zu machen.

Berlin, den 7. Juli 1832

gez. Friedrich Wilhelm

An das Kriegsministerium

Für die richtige Abschrift

Unterschrift

Geheimer

KanzleiJustitiar

im KriegsMinisterialBureau

lern im Staatsdienst eingestellt. Der erste wichtige Schritt auf der Karriereleiter im preußischen Staat war damit getan. Soziale Absicherung und staatliche Anerkennung lösten die unsichere Existenz eines Erfinders auf eigene Rechnung ab.

Der Anstellung im Staatsdienst war eine jahrelange Zusammenarbeit mit dem preußischen Kriegsministerium vorangegangen, die immer wieder zu Bestellungen einiger Versuchswaffen geführt

[89] ThHStAW, Dreyse & Collenbusch 68.

[90] Rudolf hatte in der staatlichen Gewehrfabrik in Erfurt Erfahrungen in der Gewehrherstellung erworben. Vgl. Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 39.

[91] Das sogenannte Traubengewehr.

[92] Für diese Zeit sind heute keine Bautätigkeiten von Collenbusch belegt.

[93] Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 50. In anderen Quellen heißt es, daß Collenbusch bereits ab Ende der 30er Jahre die neuen Fabrikgebäude auf der anderen Seite der Weißenseer Straße baute, was genauso zutreffen könnte. Vgl. Wirtgen 1991, S. 54.

[94] Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 70.

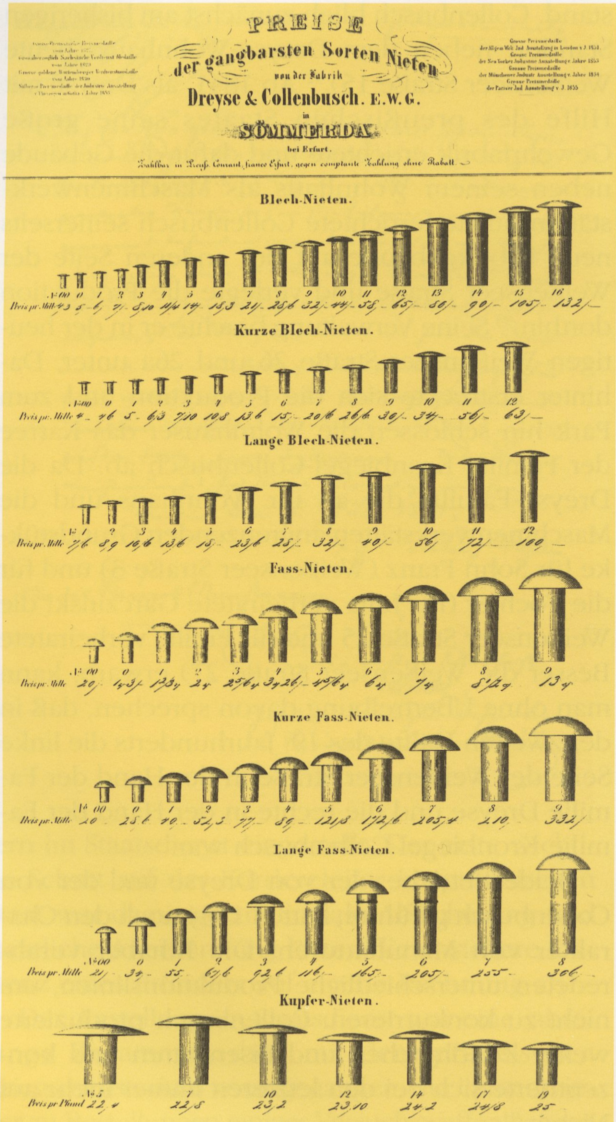
hatte. 1833 konnte Dreyse dabei einen wichtigen Erfolg verbuchen. Während Rudolf Dreyse, Nikolaus' um zehn Jahre jüngerer Bruder und sein Vertrauter,[90] die Vorführung der Gewehre in vom Kriegsministerium angeordneten Schießversuchen in Berlin bestritt, hatte Nikolaus zu Hause weiterexperimentiert. Als Ergebnis legte er einen in Feuerfrequenz und Handhabung erheblich verbesserten Vorderlader[91] vor, der mit 1100 Stück zum bisher größten Auftrag des Kriegsministeriums führte. Eine nochmals nachgebesserte Variante legte Dreyse ein halbes Jahr später mit dem Zylinderschloßvorderlader vor. Das Modell besaß den großen Vorteil, daß der Zylinder mit Nadelbolzen, Nadel und Spiralfeder ohne Werkzeug von der Waffe gelöst werden konnte. Mit dem Zylinderschloß, daß Dreyse bei seinem späteren Zündnadelhinterlader übernahm, hat er ein Prinzip entwickelt, das Geschichte machte und bis heute Verwendung findet.

Die Jahre 1833 und 1834 brachten somit einen entscheidenden Rückschlag für die Anti-Dreyse-Fraktion innerhalb der Armee. Ihr führender Mann war General Braun, als Generalinspekteur der Gewehrfabriken ein einflußreicher Mann. Die von den Gegnern beschworene Gefahr zu hohen Munitionsverbrauchs aufgrund der höheren Schußfrequenz spielte eine Rolle in den Diskussionen. Die Einführung des Zündnadelgewehrs wurde durch sie gebremst, verhindert werden konnte sie nicht. Die innermilitärische Opposition hätte Dreyse ohne einflußreiche Freunde wie Priem oder Witzleben nicht überwinden können. Man darf jedoch nicht vergessen, daß sich Dreyse ihre Unterstützung durch jahrzehntelanges Experimentieren und Verbessern hart erarbeitete.

Nach der Übernahme in den Staatsdienst trennte sich Dreyse von seinem Partner Collenbusch. Collenbusch blieb Inhaber der «Dreyse und Collenbusch-Zündhütchen- und Munitionsfabrik». Dreyse kaufte die vor dem Weißenseer Tor gelegene alte Leimsiederei und baute dort, am späteren Standort des Büromaschinenwerks, eine Gewehrfabrik auf. Das erste Gebäude dieser Fabrik befand sich an der Stelle, an der bis vor einiger Zeit noch das sogenannte «alte Meisterhaus» stand. Collenbusch blieb zunächst am bisherigen Standort neben dem Dreyse-Wohnhaus (heute Weißenseer Straße 15).[92] Ab 1841, als Dreyse mit Hilfe des preußischen Staates seine große Gewehrfabrik errichtete und dafür die Gebäude neben seinem Wohnhaus als Maschinenwerkstätten nutzte, errichtete Collenbusch seinerseits neue Fabrikgebäude auf der anderen Seite der Weißenseer Straße und verlegte die Produktion dorthin.[93] Seine Verwaltung brachte er in der heutigen Weißenseer Straße 26 und 26a unter. Dahinter erstreckte sich die Produktion und zum Park hin schlossen die Wohnhäuser das Karree der Familie Kronbiegel-Collenbusch ab. Da die Dreyse-Familie die an ihr Wohnhaus und die Maschinenwerkstätten angrenzenden Grundstükke für Sohn Franz (Weißenseer Straße 3) und für die Töchter (für Julia verheiratete Garczinski die Weißenseer Straße 25 und für Emilie verheiratete Besser die Weißenseer Straße 27) erwarb, kann man ohne Übertreibung davon sprechen, daß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die linke Seite der Weißenseer Straße in der Hand der Familie Dreyse und die rechte in der Hand der Familie Kronbiegel-Collenbusch war.

Beide Betriebe, der von Dreyse und der von Collenbusch geführte, hatten 1834 noch den Charakter von Manufakturen. Die Inhaber verabredeten unterschiedliche Produktionslinien, um nicht zu konkurrieren. Collenbusch produzierte weiter Zündhütchen und Eisenwaren und konzentrierte sich bei den letzteren immer mehr auf Nieten.[94]

Auszug aus einer Preisliste für Nieten der Firma Dreyse & Collenbusch



Dreyse stellte Gewehre, Treibspiegel[95] und die Munition für seine Gewehre her.[96] Dreyses Betrieb sollte über anderthalb Jahrhunderte hinweg zum dominierenden Faktor in der Region werden. Doch auch der andere Zweig, die von Karl Collenbusch weitergeführte «Dreyse und Collenbusch Munitions-, Zündhütchen- und Nietenfabrik» hat eine bis 1945 reichende Geschichte. Sie soll der Vollständigkeit halber an dieser Stelle in aller Kürze vorweggenommen werden. Die Firma gehörte zu den drei großen Betrieben, neben der Dreyse-Gewehrfabrik und dem Martini-Dachziegelwerk, die für die Industrialisierung Sömmerdas stehen. Als Carl Collenbusch 1849 starb, übernahmen sein Stiefsohn August Kronbiegel und seine leiblichen Söhne Adolph und Carl Collenbusch die Firma. August hatte bereits 1844 einen Teil der Firma, das Eisenwarengeschäft, in alleiniger Verantwortung übernommen.[97] Carl schied 1854 aus, Adolph verstarb 1865. Damit war die Firma wieder im alleinigen Besitz von August, dem Sohn des Fabrikgründers Friedrich Kronbiegel.[98] August, der seinen Vater be-

95 Der Treib- oder Zündspiegel war ein Teil der Papierpatrone, wie sie Dreyse für seine Hinterlader verwandte. Dieser Spiegel bestand aus einem aufgewickelten und verklebten Papierband. Die so entstandene, dicke, kleine Pappscheibe hatte in der Mitte eine Vertiefung, auf der die Kugel saß. Darunter, am Boden der Pappscheibe, war die Zündmischung angebracht, auch Zündpille genannt. Hinter dem Treibspiegel, also im hinteren Teil der Patrone war das Schwarzpulver, das als Treibmittel fungierte. Unter dem Druck der Pulvergase spreizte sich der Treibspiegel, paßte sich dem Profil der Laufwandung an und verbesserte dadurch die Führung der Kugel. Herstellung und Zusammensetzung des Zündspiegels und der Zündpille waren die Teile des Zündnadelmechanismus, die der absoluten Geheimhaltung unterlagen. Vgl. Wirtgen 1991, S. 40.

96 Kleinschmidt/Ziegler Bl. 46. Auch SHGV 41a, Dok. 32/1, S. 7.

97 SHGV 41, Dok. 24.

98 Die Stadt Sömmerda im Wandel der Zeiten, Sömmerda 1931, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Die Stadt Sömmerda 1931, S. 26. Vgl. auch Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 71.

99 Hesse 1898, S. 143.

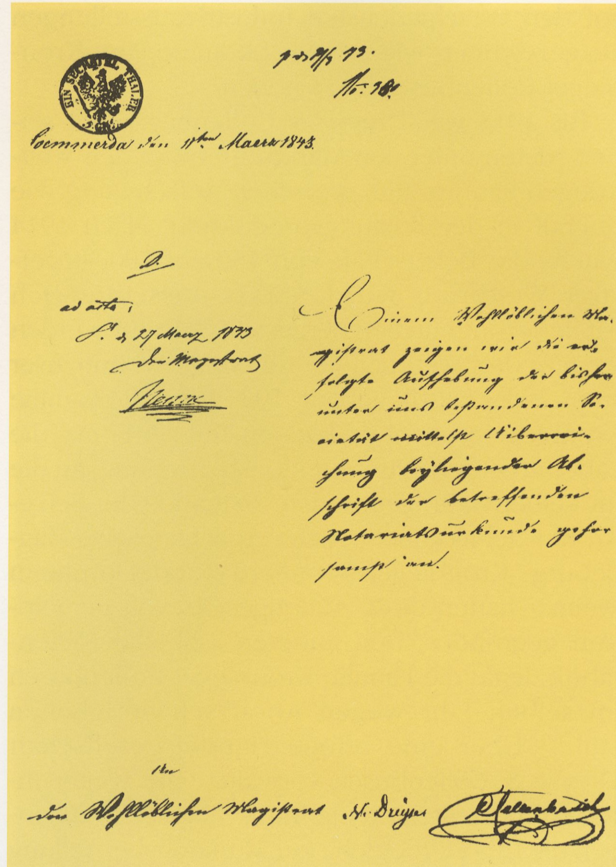
100 Historische Sammlung.

101 ThHStAW, Dreyse & Collenbusch 66.

reits im Säuglingsalter verloren hatte, nahm kurz vor dem Tod des Stiefvaters dessen Namen an und nannte sich seit 1848 Kronbiegel-Collenbusch. Bis in die 20er Jahre unseres Jahrhunderts blieb die Firma im Besitz dieser Familie. Genauso lange blieb der Name Dreyse Bestandteil der Firmenbezeichnung, obwohl Dreyse sich ab 1834 auf seinen eigenen Betrieb konzentrierte. Ab diesem Zeitpunkt waren Dreyse und Collenbusch jeweils nur noch stille Teilhaber in der Firma des anderen. Der Vertrag zur Auflösung dieser Geschäftspartnerschaft datierte vom 11. März 1843, die Bekanntmachung erfolgte kurz darauf.

In dem Trennungsvertrag wurde die oben beschriebene Abgrenzung der Produktionslinien noch einmal vertraglich festgeschrieben. Extra wurde festgehalten, daß Collenbusch zur Geheimhaltung der *«Construction und Fabrikationsweise»* des Zündnadelgewehrs verpflichtet ist. Die enge Zusammenarbeit zwischen Collenbusch und seinem Stiefsohn August Kronbiegel wurde daran deutlich, daß August sich explizit den Rechten und Verpflichtungen von Collenbusch anschloß. Die Firma «Dreyse & Collenbusch» war immer zu wesentlichen Teilen ein Rüstungsbetrieb. 1875 produzierten dort 155 Arbeiterinnen und 48 Arbeiter Zündhütchen, Patronenhülsen, Munitionsartikel, Nieten und Striegel, *«die nach allen Weltteilen abgesetzt wurden»*, wie O. Hesse in seiner Sömmerdaer Chronik 1898 schrieb.[99] Daß Frauen fast Dreiviertel der Belegschaft ausmachten, ist erneut ein Hinweis darauf, daß die recht gefährliche Munitionsherstellung zur traditionellen Frauenarbeit geworden war. In einem noch vorhandenen Hinweisschild mit Sicherheitsvorschriften [100] wird neben der Gefährlichkeit des Materials durch die Erwähnung von «Aufsichtsbeamtinnen» auch deutlich, welch große Rolle die Frauen nicht nur auf der Ebene der Arbeiterinnen spielten. Der

Schreiben von Dreyse und Collenbusch an den Magistrat über die Auflösung ihrer «Sozietät». [101]
Die Originalunterschriften, die von Dreyse schlicht und streng und die von Collenbusch schwungvoll und voller Schnörkel, weisen auf interessante Unterschiede im Charakter der Beiden hin.



Betrieb wurde 1897 vergrößert und modernisiert. Seit dieser Zeit war der Standort der Munitionsherstellung ebenfalls an den Rand der Stadt verlegt worden. Sie befand sich nun nordwestlich von der Dreyseschen Gewehrfabrik, auf der anderen Seite der Unstrut. War «Dreyse & Collenbusch» nach der Gewehrfabrik auch der zweite

große Rüstungsbetrieb am Ort, so machten seine Beschäftigten doch immer nur ein Bruchteil der dominierenden «großen Schwester» aus.[102] Trotzdem nahmen die Produkte eine wichtige Rolle ein. Von 1827 bis 1867 wurden sie mit elf der höchsten in- und ausländischen Preismedaillen auf den verschiedensten Industrieausstellungen ausgezeichnet, wie der Nachkomme Paul Kronbiegel-Collenbusch 1903 notierte.[103]

Bis 1913 war Dreyse & Collenbusch mit seinen Nieten unter den Marktführern. In den Weltkriegen kam es zum typischen Aufschwung wie überall in der Rüstungsproduktion. Nach 1914 wuchs die Belegschaft von 150 auf 700. Im ersten Weltkrieg wurden fast ausschließlich Artilleriezündhütchen hergestellt.[104] Dafür wurden weitere drei Werkhallen und einige Wohnhäuser südlich der Fabrik gebaut. 1924 hatte die Familie Kronbiegel-Collenbusch einen Teil der Firma, die Laborierbetriebe zur Munitionsherstellung, an die im selben Jahr gegründete Selkado, die Selve-Kronbiegel-Dornheim A.G. verpachtet. Selve Magdeburg, Kronbiegel Sömmerda und Dornheim Weimar hatten diese Aktiengesellschaft gemeinsam gegründet. Den anderen Teil, die Nietenfabrik, legte die Familie Kronbiegel-Collenbusch im selben Jahr wegen Absatzschwierigkeiten still.[105] Über eine offene Handelsgesellschaft Dreyse & Collenbusch verwaltete sie weiter ihren Grundbesitz und die Immobilien.[106] 1929 gingen die Laborierbetriebe zur Munitionsherstellung ganz in den Besitz der Selkado über. Die Kronbiegel-Collenbusch-Nachkommen Carl-Otto und Paul schieden aus der Firmenleitung aus. Den *«Jahren der Stagnation»*, wie der Historiker Dieter Schumann für die Zwischenkriegszeit schrieb,[107] folgte eine Steigerung im zweiten Weltkrieg auf *«schätzungsweise 2000 Menschen»*. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Selkado Sömmerda völlig demontiert und fast alle Gebäude gesprengt. Übriggeblieben ist das Gebäude, indem noch heute die Berufsschule untergebracht ist. Während der ganzen Zeit hatte die Fabrik davon profitiert, daß Sömmerda durch die Gewehrfabrik Dreyses und später durch Rheinmetall als Standort für Rüstungsproduktion bekannt war. Auch die dadurch geförderte und finanzierte Infrastruktur, wie die in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts gebauten Eisenbahnlinien,[108] kamen der Munitionsfabrik zugute. Für die West-Ost-Linie zwischen Straußfurt und Großheringen, die sogenannte *«Saal-Unstrut-Bahn»* ist das finanzielle Engagement der Familien Dreyse und Kronbiegel-Collenbusch aktenkundig. Franz von Dreyse und August Kronbiegel zeichneten 1868 je 5000 Thaler Aktien, die zwei Schwestern von Franz je 3000 Thaler, um den Bau zu finanzieren.[109] Betrieblich dominierte die Familie Dreyse. Privat war das nicht so eindeutig. Beide Familien gehörten natürlich zu den Honoratioren, den angesehenen und wohlhabenden Bürgern am Ort. Doch noch heute können wir spüren, daß die Familie Kronbiegel-Collenbusch erheblich mehr Wert auf großbürgerlich-repräsentative Lebenskultur als die

[102] Bis 1867 waren dies 10-20 %, danach mehr aufgrund des Niedergangs der Dreyse-Fabrik. Vgl. Akten des Stadtarchivs Sömmerda, im folgenden abgekürzt als SAS, B 39.

[103] SHGV 41a, Dok. 11.

[104] Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 73.

[105] Sömmerda gestern-heute, Erfurt 1994, S. 5. Auch SHGV 41a, Dok. 32/2, S. 1.

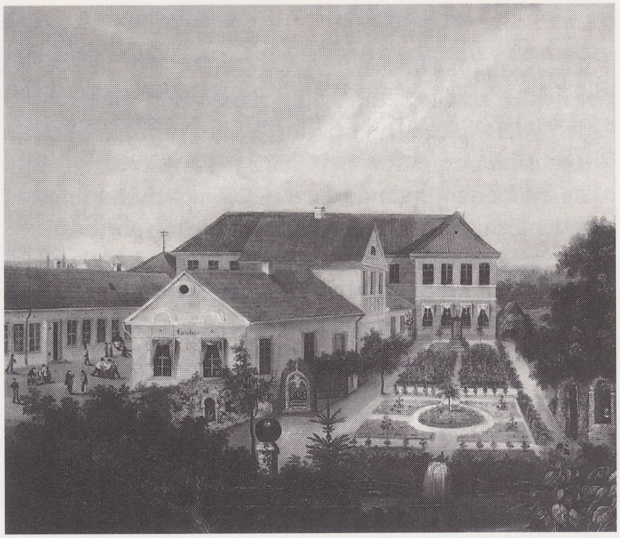
[106] Die Stadt Sömmerda 1931, S. 27f.

[107] Schumann, Dieter: Städte im nordöstlichen Thüringer Becken und ihr Umland. Ein geographischer Beitrag zur Stadt- und Gebietsforschung und -planung. Dissertation an der Historisch-Philologischen Fakultät der Pädagogischen Hochschule Potsdam, 1961, Historische Sammlung, S. 51. Auch die anderen Daten zur Munitionsfabrik Dreyse & Collenbusch sind weitgehend diesem Band entnommen.

[108] Sömmerda liegt an einem Kreuz zweier Eisenbahnlinien, die Nord-Süd-Linie Erfurt-Sangerhausen und die West-Ost-Linie Straußfurt-Großheringen.

[109] ThHStAW, Dreyse & Collenbusch 101.

Fabrikanlage Firma Dreyse & Collenbusch 1843



Familie Dreyse legte. Natürlich kann man auch den zunehmenden Wohlstand in der Dreyse-Familie beim Vergleich der Wohnhäuser von Nikolaus (heute Weißenseer Straße 15) und Sohn Franz (heute Weißenseer Straße 3) gut verfolgen.

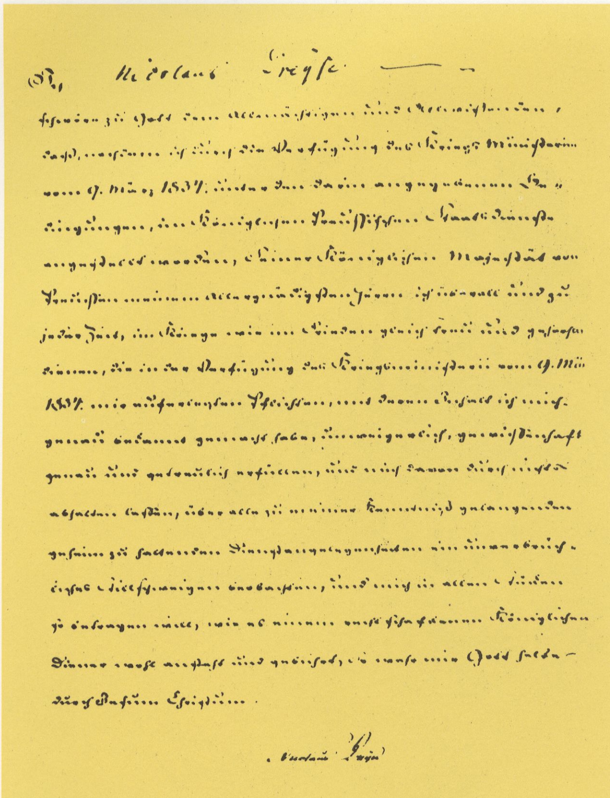
Aber einen Privatpark wie den der Familie Kronbiegel-Collenbusch, der sich heute noch als öffentliche Parkanlage östlich an die St.-Franziskus-Kirche anschließt, suchen wir bei Dreyse vergeblich. Ein weiteres Beispiel sind die Grabstätten auf dem Friedhof an der Frohndorfer Straße, die bei der Familie Dreyse erheblich schlichter als bei der Familie Kronbiegel-Collenbusch ausgefallen sind. Nach diesem Exkurs in die Geschichte der Kronbiegel-Collenbuschs nun zurück ins Jahr 1834 zur gerade gegründeten Gewehrfabrik Dreyses. Ermutigt und finanziell abgesi-

Deckblatt einer Preisliste der Firma Dreyse & Collenbusch



chert durch die Staatsanstellung widmete sich Dreyse völlig der Produktion und Weiterentwicklung seiner Gewehre. 1835 beschäftigte er in seiner Gewehrfabrik bereits 51 Männer und 33 Frauen.[110]

Treueeid von Nikolaus von Dreyse nach seiner Aufnahme in den Staatsdienst 1834[111]



Ich, Nicolaus Dreyse,
schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß nachdem ich durch die Verfügung des Kriegsministeriums vom 9. März 1834 unter den darin angegebenen Bedingungen im Königlichen Preußischen Staatsdienste angestellt wurde, Seiner Königlichen Majestät von Preußen meinem allergnädgsten Herrn ich überall und zu jeder Zeit, im Kriege wie im Frieden, gleich treu und gehorsam dienen, die in der Verfügung des Kriegsministerium vom 9. März 1834 mir aufgezeigten Pflichten, mit deren Inhalt ich mich genau bekannt gemacht habe, unweigerlich, gewissenhaft, genau und getreulich erfüllen, und mich davon durch nichts davon abhalten lassen, über alle zu meiner Kenntnis gelangenden geheimzuhaltenden Dienstangelegenheiten ein unverbrüchliches Stillschweigen beobachten, und mich in allen Stunden so betragen will, wie es einem rechtschaffenen Königlichen Diener wohl ansteht und gebietet, so wahr mir Gott helfe - durch Jesum Christum.

Nicolaus Dreyse.

Der erste Zündnadel-Hinterlader

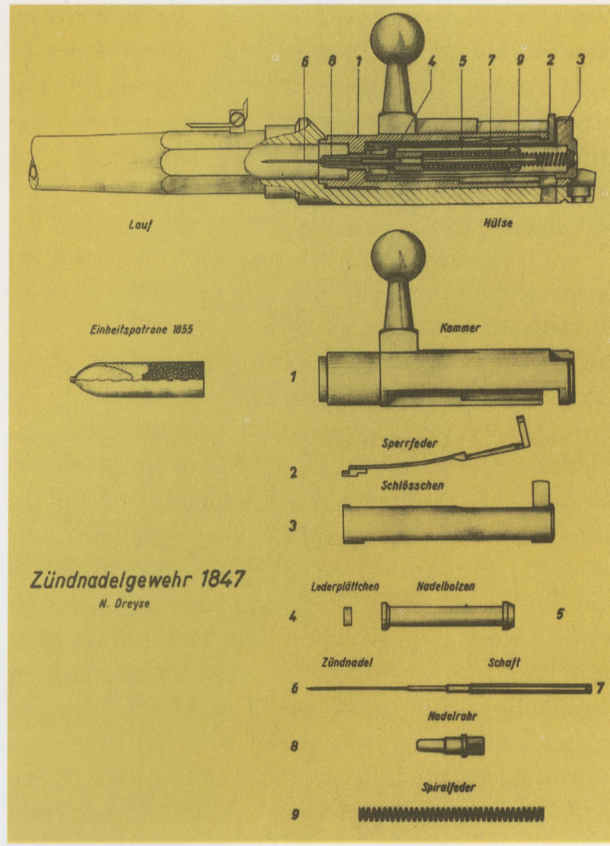
In allen Armeen Europas arbeitete man damals an der weiteren Verbesserung der Treffgenauigkeit der Gewehre. Die Methode, die Kugel durch Einschnitte in der inneren Laufwand beim Schuß zu führen, war unter dem Namen «gezogener Lauf»

110 Kleinschmidt und Ziegler, Bl. 35.
111 ThHStAW, Dreyse & Collenbusch 68.
112 Wirtgen 1991, S. 42.
113 Aptieren bedeutet die Anpassung eines alten Systems an neue Anforderungen. Da die Zündnadelgewehre neu hergestellt werden mußten, war ein Exemplar 30 % teurer als die Aptierung eines Steinschloßgewehres. Vgl. Wirtgen 1991, S. 69.
114 Wir über uns 1989, S. 14

bereits bekannt. Da bei Vorderladern mit gezogenem Lauf die Anwendung des Ladestocks unvermeidlich war, erhöhte sich die Gefahr, daß sich die hochsensible Zündmischung in der Patrone vorzeitig entzündete. Die zweite Schwachstelle des Zündnadelvorderladers war die Nadel selbst. Vergaß der Schütze im Gefecht, das Schloß zu spannen und damit die Zündnadel aus dem Bereich des Patronenlagers zu entfernen, so fiel die Patrone beim Nachladen auf die Nadel und es kam ebenfalls zur Havarie. Beide Probleme löste Dreyse, indem er an seine alte Idee anknüpfte und sie mit dem aktuellen Entwicklungsstand verband. 1835 legte er den ersten Zündnadel-Hinterlader vor, 1836 eine weitere verbesserte Version, das sogenannte «Scharfschützengewehr». *«Mit dem «Scharfschützengewehr» entstand ein gezogener Zündnadelhinterlader, der aufgrund seiner einfachen Handhabbarkeit und seiner hervorragenden schießtechnischen Parameter alle Bedingungen erfüllte, die zu jener Zeit an eine Ordonnanzwaffe der Infanterie gestellt wurden»*, urteilte der Historiker Thiede vom Militärhistorischen Museum Dresden.[112] Mit diesem Scharfschützengewehr hatte Dreyse 24 Jahre nach dem Paulischen Patent sein Ziel erreicht. Der gefechtsfähige Hinterlader existierte - ein Zylinderschloßgewehr mit Zündnadelmechanismus und Papiereinheitspatrone.

Dennoch dauerte es noch vier Jahre, bis diese Waffe in der preußischen Armee eingesetzt wurde. Die stärkste Konkurrenz war das parallel erprobte Perkussionsgewehr, das aus dem veralteten Steinschloßgewehr aptiert[113] werden konnte und dadurch geringere Anschaffungskosten verursachte. Das Ergebnis war zwar «nur» ein Kompromiß, aber er bedeutete in der Karriere des Zündnadel-Hinterladers den Wendepunkt. Zum einen wurden alle gebrauchsfähigen Steinschloßgewehre aptiert und jährlich 30.000 neue Perkussionsgewehre gebaut. Zum anderen befahl König Friedrich Wilhelm IV. mit der Kabinettsorder vom 4. Dezember 1840 erstmals die serienmäßige Produktion der Zündnadelhinterlader. Die 60.000 *«von hinten zu ladenden Zündnadel-Infanteriegewehre»* sollten vor allem von Elitetruppen wie Jäger und Schützen eingesetzt wer-

Das Prinzip des Hinterladergewehrs[114]



den. Für Dreyse persönlich war es der langersehnte und hartnäckig verfolgte Durchbruch. In der Geschichte des Gewehrs begann damit die Moderne. Zum ersten Mal wurde eine Armee mit einer Waffe ausgerüstet, in der der Zündungsprozeß nach innen verlegt war. Das Dreysesche Zündnadelgewehr ist der Urtyp des modernen Hinterladers mit Schlagbolzen, wie er heute in allen Armeen der Welt eingesetzt wird. Für die bisher von Handarbeit geprägte Gewehrherstellung begann die industrielle Fertigung. Und für die Gefechtstaktik eröffneten sich ganz neue Möglichkeiten, die Major Priem schon 1838 im Gespräch mit Kronprinz Friedrich Wilhelm so dargestellt haben soll: *«Königliche Hoheit, 60.000 mit diesem Gewehre bewaffnete Mann unter Führung eines talentvollen Generals und Se. Majestät der König werden bestimmen können, wo Preußens Grenze gehen soll.»* [115] Mit dem königlichen Befehl wendete sich das Blatt für Sömmerda. Bisher herrschte dort der gemächliche Rhythmus ländlichen Lebens. Wie ihre Vorfahren verrichteten die Menschen alltäglich ihre Arbeit in Landwirtschaft, Handwerk und Haushalt. Oft hatten die Herren gewechselt. Die Untertanen blieben. Weit weg waren die Entscheidungszentralen politischer und ökonomischer Macht. Nur in Kriegszeiten brachen Gewalt und Not wie eine Naturkatastrophe über den Ort herein. Mit einem Schlag wurde die Stadt nun von der industriellen Revolution gepackt. 10.000 Gewehre mit je 500 Patronen sollten jährlich gebaut werden. Dafür fehlten die Facharbeiter, die Maschinen, die Räume. Mit einem 90.000 Taler-Kredit aus der Staatskasse wurde der Bau der neuen Fabrikanlage finanziert. 10.000 Taler erhielt der Erfinder privat als Belohnung.[116] Einen Einblick in die Kosten, die der Aufbau einer Fabrik damals verursachte, gibt eine Zwischenabrechnung vom 28. Juli 1841.[117] Dreyse schickte diese Aufstellung an die «Königlich Hochlöbliche Gewehr-Revisions-Kommission». Er wollte dadurch das Kriegsministerium informieren, daß er schon mehr als die bisher erhaltene Rate von 15.000 Taler ausgeben mußte und die nächste Rate von 20.000 Talern dringend benötigte.

In Windeseile kaufte Dreyse Land zusammen und ließ die Gebäude errichten. Er baute die schon 1834 errichtete Gewehrfabrik vor dem Weißenseer Tor zum Zentrum der neuen Großproduktion aus. Dort sollten die Feinteile für das Gewehr produziert und die Waffen zusammengebaut werden. Am selben Standort entstand auf der anderen Seite der Unstrut vermutlich 1842 die Munitionsfabrik, in der die Patronen für die Zündnadelgewehre hergestellt wurden. Es ist naheliegend, daß für diese Tätigkeit, die geschickte Finger verlangte, aber auch sehr riskant war, vor allem Frauen eingesetzt wurden. Über die Gefährlichkeit des Umgangs mit dem Zündmittel kann man in einer zeitgenössischen Quelle lesen: *«Wegen der furchtbaren Wirksamkeit und ungeheuern Empfindlichkeit des Knallsilbers kann die Masse nur in geringen Quantitäten unter Anwendung der größten Vorsichtsmaßregeln - unter Verhütung von Stößen, Druck, Erwärmung, Sonnenstrahlen, Feuer - und auch dann nur auf feuchtem Wege bereitet und eingepreßt werden.»* [118] In der Nähe wurden zwei Schießstände angelegt. Ein Pulverturm wurde errichtet.[119] Bis zu den 60er Jahren unseres Jahr-

115 Zitiert nach Wirtgen 1991, S. 45.

116 Wirtgen 1991, S. 76.

117 Entnommen aus: Rund um die Dreyse-Stadt. Heimatblätter der Sömmerdaer Zeitung, Februar 1938, Historische Sammlung.

118 Illustrierte Zeitung, 13. April 1850, ThHStAW, Dreyse und Collenbusch 100, im folgenden abgekürzt als: Illustrierte 1850, S. 236. Von schweren Unfällen liest man in den Quellen entweder im Zusammenhang mit der Munitionsherstellung oder mit Schießübungen.

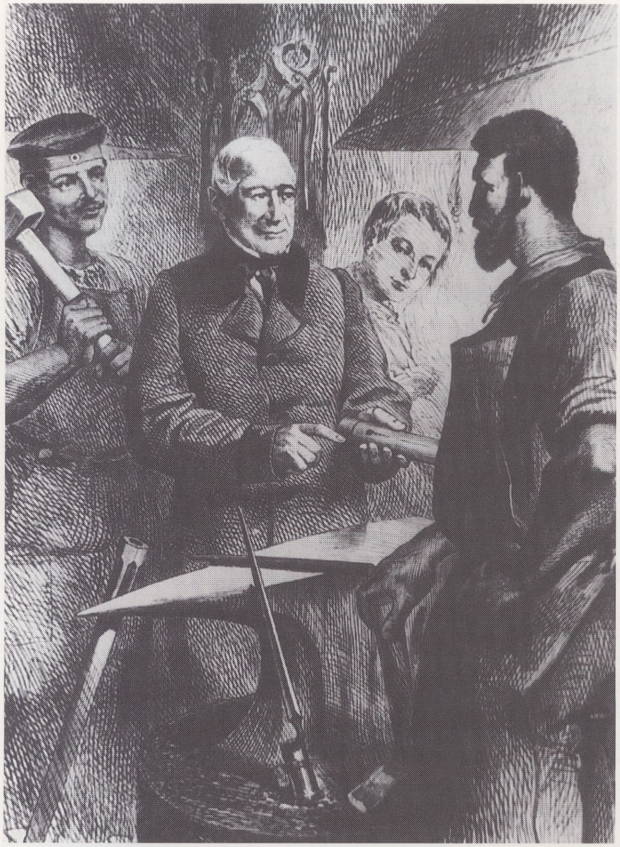
Zwischenabrechnung des Kostenaufwandes für den Fabrikaufbau vom 28. Juli 1841

Uebersicht 28. Juli 1841.

des Kostenaufwandes zur Begründung des Etablissements einer Gewehrfabrik zu Sömmerda zur Anfertigung leichter Perkussionsgewehre.

Lfd. Nr.	Nähere Angabe	Veranschlagter Kosten-Bedarf	Bereits verwendete Kosten	Noch zu bestreitender Kosten-Bedarf
		Thaler	Thaler	Thaler
1.	Zur Acquisition des Grund und Bodens für das Etablissement	2.130	2.130	
2.	Zur Beschaffung einer Wassertriebkraft, durch den Ankauf der Sömmerdaer Unstruts-Mühlen und den damit vorzunehmenden Wehr-Grundwerb- und Einrichtungsbauten	14.000	3.821	10.179
3.	Zum Aufbau einer Militär-Handwerker-Wohnung	6.700	3.703	2.997
4.	Zum Aufbau des Revisions- und Fabrikationsgebäudes von 118 Fuß Länge	2.550	1.700	850
5.	Zum Aufbau für das Fabrikationsgebäude von 238 Fuß Länge	5.200	3.200	2.000
6.	Zum Aufbau eines Munitions-Fabrikationsgebäudes von 86 Fuß Länge	1.900	1.000	900
7.	Zum Aufbau der Schmiedewerkstätten von 86 Fuß Länge	1.900	1.000	900
8.	Zur Herstellung eines geschlossenen Schießstandes mit einer Schießbahn von circa 400 Schritt Länge, welche zur Sicherung gegen Gefahren größten Theils mit geschlossenen Seitenwänden aufzuführen wäre	800		800
9.	Zur Herstellung eines Magazins für Pulver, Zündpillen und fertiger Munition	200		200
10.	Zur Herstellung eines Laboratoriums	300		300
		37.070	17.544	19.526
		36.670		19.126
	Transport von Neben in Thalern	36.670	17.544	19.126
11.	Zum Aufbau eines Magazin- und Fabrikbeamten-Wohngebäudes	4.800		4.800
12.	Zur Beschaffung der Oefen und dergleichen Gegenstände in sämtlichen Gebäuden, in den obigen Anschlagssummen noch nicht enthalten	1.100		1.100
13.	Für drei bedeckte Unterfahrten	225	200	25
14.	Für die Umwaltung der Gebäude gegen das Austreten des Unstrutflusses und für die Trotoirs im Fabrikgehöfte	400		400
	Summa	43.195	17.744	25.451
15.	Für die Utensilien der Militärhandwerker-Wohnung	2.325		2.325
16.	Zur Einrichtung der Werkstätten für 180 Arbeiter und zwar a) zu 90 Stück Dreh- und Ziehbänke und zugehörige Werkzeug-Ausrüstung für jeden Arbeiter à 78 Thaler = 7020 Thaler b) Werkbänken mit 90 Stück Schraubstöcken und zugehörigem Handwerkszeuge à 22 Thaler = 1980 Thaler c) Für die Anlage der Herde, Essen und Ausrüstung der Schmiede-Werkstätten zu 8 Feuern à 100 Thaler = 800 Thaler	9.800		9.800
	In Summa	55.320	17.744	37.576

Nikolaus Dreyse mit Mitarbeitern beim Bearbeiten von Gewehrläufen (Gemälde)



hunderts, als der Flußverlauf geändert wurde, floß die Unstrut mitten durch das Betriebsgelände. Danach wurde sie nordwestlich am Büromaschinenwerk vorbeigeführt. Auch der vermutliche Standort der 1816/1817 gegründeten Metallwarenfabrik und späteren Zündhütchenfabrik (heute Weißenseer Straße 23a, b und c) gegenüber von Dreyses Wohnhaus (heute Weißenseer Straße 15), wurde Teil der Fabrik. Dort wurden die Maschinen für die Gewehrproduktion hergestellt. Eine dieser Werkstätten befand sich im Hof des Dreyseschen Wohnhauses. Sie diente vor allem als Versuchswerkstatt für den Meister selbst. Auf der anderen Seite des heutigen Durchgangs Weißenseer Straße zum Kindergarten arbeiteten in einer weiteren Werkstatt *«Dreyses Lieblinge, die geschicktesten Schlosser, Feiler und Dreher»*, wie es in einem Bericht hieß.[120]

Nur neun Monate, nachdem der Bau der Gewehrfabrik vertraglich zwischen Kriegsministerium und Dreyse geregelt worden war, liefen am 15. Oktober 1841 die Maschinen an. Um den Produktionsbeginn gab es Auseinandersetzungen, da das Kriegsministerium ihn bereits am 1. Juni 1841 erwartete.[121] Diese Konflikte zeigen Dreyse als selbstbewußten Partner, dem Unterwürfigkeit gegenüber dem Auftraggeber und Finanzier fremd war.[122]

So begann kurz vor seinem 54. Geburtstag die zweite Karriere des Erfinders, die des Großindustriellen. Sein Vater starb in diesem Alter, sein Großvater hatte wie viele Menschen seiner Zeit sogar nur das 40. Lebensjahr erreicht. Vielleicht hat Nikolaus Dreyse seine Vitalität, die ihm bis ins hohe Alter geistige und körperliche Gesundheit schenkte, von seiner Mutter geerbt. Susanne

[119] Kutzner 1982, S. 5

[120] Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 50.

[121] Rund um die Dreyse-Stadt, Heimatblätter der Sömmerdaer Zeitung, Januar 1938, ThHStAW, Dreyse & Collenbusch 100.

[122] Wirtgen 1991, S. 76f.

[123] Der Termin der Hochzeit wird bestätigt durch eine heute noch existierende Glückwunschkarte zur Silberhochzeit am 11. 2. 1846, *«ehrerbietigst gewidmet von den Beamten und Meistern der Dreyse'schen Gewehrfabrik»*, SAS B 4775. Vgl. auch Kutzner 1982, Anhang.

[124] Aus: Rund um die Dreyse-Stadt. Heimatblätter der Sömmerdaer Zeitung, Januar 1938. ThHStAW, Dreyse & Collenbusch 100.

[125] Kutzner 1982, S. 7.

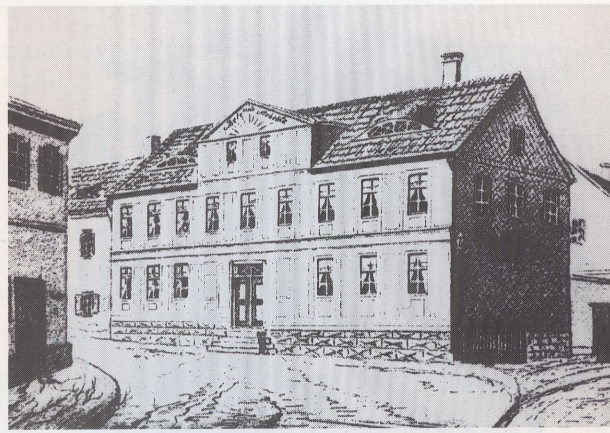
[126] Nachrichten 1866.

Dreyse geborene Fleischmann überlebte ihren Mann um 28 Jahre und starb 1843 mit 76 Jahren, zwei Jahre nach der Eröffnung der Zündnadelhinterladerfabrik.

Die bisherige umfangreiche Dreyse-Geschichtsschreibung hat die Frauen der Familie weitgehend ausgespart. Um dem Menschen Dreyse in seinen Denk- und Handlungsmustern näher zu kommen, ist zum Beispiel die Tatsache von Bedeutung, daß er die Tochter eines evangelischen Katecheten, das heißt eines Religionslehrers und Predigers, heiratete. Die vierzehn Jahre jüngere Dorothea Louise Ramann wurde am 11. Februar 1821 seine Frau, nachdem er als Meister und Inhaber einer Schlosserwerkstatt seine berufliche Existenz gesichert hatte.[123] Gemeinsam hatten sie drei Kinder. Franz wurde 1822, Emilie 1828 und Julia 1831 geboren. Nikolaus und Louise führten eine in der damaligen Zeit übliche Ehe. Der Mann war erwerbstätig, die Frau führte das Haus und war für die Kindererziehung verantwortlich. Vermutlich galt sein Wort wie im Betrieb auch in der Familie.

Der Erfolg und die Lebensweise von Nikolaus Dreyse mit der rastlosen Erfindertätigkeit und den häufigen geschäftsbedingten Reisen deuten darauf hin, daß Louise eine Ehefrau gewesen sein muß, die ihn unterstützte, ihm für seine Arbeit den Rücken freihielt und deren negative Seiten wie zum Beispiel die hohe Unfallgefahr ertrug. Sie war die Gastgeberin bei den Besuchen hoher Militärs, auf deren Fürsprache beim Hof ihr Gatte angewiesen war. Mit ihrer Erziehung legte sie den Grundstein für die Karrieren ihrer Kinder. Beide Töchter heirateten Offiziere aus Adelsfamilien. Louise erlebte diesen gesellschaftlichen Aufstieg ihrer Töchter nicht mehr. Sie starb zwei Tage nach ihrem 48. Geburtstag. Der Beginn der beruflichen Karriere ihres ältesten Kindes, des

Weißenseer Str. 15, das Haus, in dem Louise und Nikolaus Dreyse mit ihren drei Kindern wohnten. [124]



Sohnes Franz, lag dagegen noch vor ihrem Tod. Er trat 19jährig mit der Inbetriebnahme der neuen Gewehrfabrik dort ein.[125] Er hatte bei seinem Vater gelernt, wie dieser schon bei seinem Vater gelernt hatte. Aus ihm wurde der engste Mitarbeiter des alten Dreyse. Eine wichtige Quelle für Dreyses Erfolg ist in seiner Religiosität zu suchen. Von seinen Eltern wäre der kleine Nikolaus in der *«christlichen Zucht und strengen Sitte jener Zeit»* erzogen worden, schrieben die Berlinischen Nachrichten 1866.[126] Durch die Ehe mit einer Frau aus einer Katechetenfamilie ist diese Frömmigkeit, die vermutlich eine Ursache seiner hohen Arbeitsmoral war, sicher noch bestärkt worden. Selbstgewähltes Motto für sein Leben war *«Bete und arbeite»*. Diese Worte ließ er an seinem Wohnhaus in der Weißenseer Straße anbringen. In ihrer lateinischen Form *«Ora et labora»* gehen sie zurück auf Benedikt von Nursia, den Begründer des Mönchtums im 6. Jahrhundert. Im 16. Jahr-

Das Wappen der Familie Dreyse



hundert faßte Martin Luther den Sinn von «Arbeite» weiter. Jede, auch die praktische Arbeit hatte für ihn generell die Bedeutung von Berufung, von Tätigkeit im Auftrag Gottes. Diese lutherische Tradition wird bei Dreyse deutlich, insbesondere nachdem er seinen Wahlspruch nach der Erhebung in den Adelsstand noch präzisierte. *«Bete und arbeite für König und Vaterland»* zierte sein Wappen.

Dabei stellte für Dreyse der durch Arbeit errungene Wohlstand keinen Widerspruch zur christlichen Lehre dar. Materieller Gewinn war für ihn nicht Selbstzweck zur Anhäufung von Vermögen, sondern gerechte Belohnung für erbrachte Leistung. Zu dieser Einstellung paßte auch, daß sein persönlicher Lebensstil eher puritanisch war und er auch in Zeiten des Wohlstands keinen großen persönlichen Aufwand betrieb. Im Kern sagen das auch die Überlieferungen, wenn man von der Überhöhung einmal absieht: *«Reichtum und Ansehen haben an dem bescheidenen Wesen Dreyses nichts geändert. Er blieb auch in hoher Lebensstellung ein Mann treuer Pflichterfüllung, tiefer Frömmigkeit, geräuschloser Wohltätigkeit und ersten Bürgersinns (...).»* [127] Eine weitere Nuance in der Persönlichkeit Dreyses erfaßt man, wenn man das Verhältnis zu Carl Collenbusch beleuchtet. In den Jahren zwischen 1820 und 1834, als Dreyse den Grundstein für seine spätere Erfinder- und Industriellenkarriere legte, war Collenbusch sein Partner. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit wurde offensichtlich durch keine wesentlichen Konflikte getrübt. Überliefert ist, daß Collenbusch zumindest in den letzten Jahren seines Lebens Mitglied in einer Erfurter Freimaurerloge war und sich damit den Zielen eines aufklärerischen und weltbürgerlichen Humanismus verpflichtete.[129] Zwischen diesen Ideen und Dreyses Vorstellungen einer christlichen Zucht lassen sich schwer Berührungspunkte denken. Wenn es auch sein könnte, daß sich Collenbusch erst in den Jahren nach der Trennung von Dreyse stärker in diese Richtung orientierte, so ist die

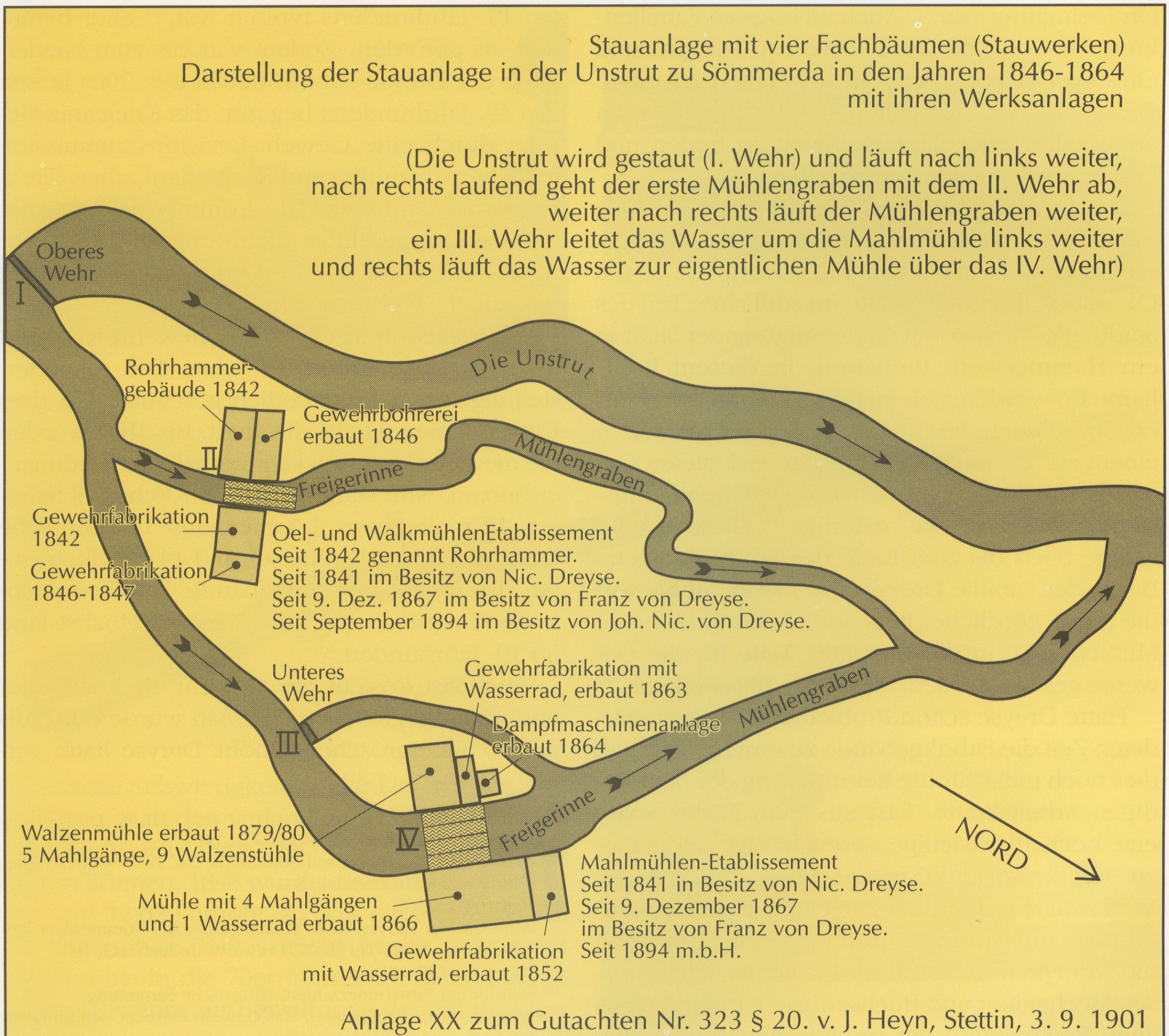
[127] Hübschmann, Siegfried und Eckardt, Werner: Nikolaus von Dreyse. Mitteldeutsche Lebensbilder Bd.1, hg. von der historischen Kommission für die Provinz Sachsen und für Anhalt, Magdeburg 1926, S. 113.

[128] Der Aufnahmeantrag muß 1843 erfolgt sein. SHGV 41a, Dok. 37.

[129] Auskunft von Gerd Leuthäusser. Im ehemaligen Wohnhaus der Garczinkis in der Weißenseer Str. 25 finden sich noch Symbole der Freimaurer, ebenso in der Kapelle, die für Garczinski von seinen Angehörigen auf dem Friedhof an der Frohndorfer Straße errichtet wurde.

[130] ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG 01/60.

Nutzung der beiden Sömmerdaer Mühlen in der Zeit, als sie im Besitz der Familie Dreyse waren [130]



Beziehung zwischen Dreyse und Collenbusch doch sicher ein Hinweis auf den Pragmatismus von Dreyse. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß der Schwiegersohn Dreyses, der im preußisch-österreichischen Krieg 1866 umgekommene Hauptmann von Garczinski, ebenfalls ein Freimaurer war.[130] Auch im engsten Familienkreis war von Nikolaus Dreyse also Toleranz und Offenheit in weltanschaulichen Fragen gefordert. Diese Eigenschaften halfen ihm, Verbündete auch außerhalb seiner Gedankenwelt zu finden und dadurch seine Ziele zu erreichen.

Schon 1842 wurde das Werk erweitert. Dreyse hatte 1841 die beiden Mühlen am Mühlgraben, einem Nebenarm der Unstrut, erworben. Die alte Öl- und Walkmühle (heute im südlichen Teil des Stadtparks) ließ er mit Genehmigung der Stadt in ein Hammerwerk umbauen. In diesem Rohrhammer wurden von mit Wasserkraft betriebenen Maschinen die Gewehrläufe geschmiedet. In einem auf der anderen Flußseite errichteten Gebäude wurden die groben Teile wie Reinigungsstöcke, Bajonette etc. gefertigt.[131] Diese Fabrikanlage blieb bis zum Ende des Jahrhunderts im Besitz der Familie Dreyse. Die zweite Mühle war die etwas nördlicher liegende Mahlmühle (heute Mühlencafé), in der ebenfalls Teile für die Gewehre gebaut wurden. Sie wurde 1894 verkauft.[132]

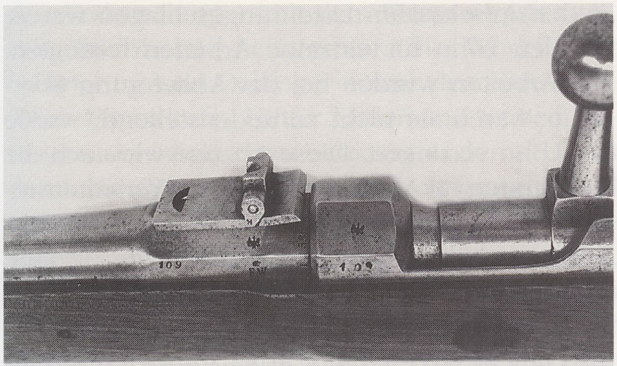
Hatte Dreyse schon Probleme, in der verabredeten Zeit die Fabrikgebäude zu errichten, so galt dies noch mehr für die Rekrutierung der notwendigen Arbeitskräfte. Fast aus dem Nichts sollte eine hoch arbeitsteilige, serienmäßige und nahezu autarke Produktion entstehen, die von der Werkzeugmaschine bis zur Patrone den gesamten Fertigungsprozeß umschloß. Hilfe kam auch hier vom preußischen Staat. 136 der besten Schlosser, Mechaniker und Büchsenmacher wurden aus allen Regimentern der preußischen Armee ausgewählt und als Militärarbeitskompanie nach Sömmerda abkommandiert.[133] Die Anwesenheit einer Facharbeiterelite in der Fabrik, die militärischer Disziplin unterworfen war, hat dort vermutlich die Entstehung einer Arbeiterorganisation, wie sie gerade in den thüringischen Betrieben des späten 19. Jahrhunderts typisch war,[134] eher behindert als gefördert. Zudem war bis zum Niedergang der Dreyse-Fabrik, der in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts begann, das Kriegsministerium durch eine Gewehr-Revisionskommission mit Unterstützungs- und Kontrollaufgaben direkt im Betrieb vertreten. Die Kommission hatte dafür von Dreyse einige Räume in der Fabrik vor dem Weißenseer Tor und im Gebäudekomplex bei seinem Wohnhaus angemietet.[135]

Der Staatsauftrag der 60.000 Gewehre samt Munition sicherte Arbeit für Jahre. Die Alleinherstellung war patentrechtlich geschützt. Mit dem Unternehmen wuchs die Stadt. Bis 1851 wurden die meisten Grundstücke innerhalb der Stadtmauer bebaut. Nun standen dort: 3 Kirchen, 3 Schulen, 1 Krankenhaus, 1 Armenhaus, 13 öffentliche Gebäude, 632 Privathäuser und 14 Fabrikgebäude, also insgesamt 667 Gebäude.[136] 1875 erreichte die Einwohnerzahl mit 5912 ihren Höchststand im 19. Jahrhundert.[137]

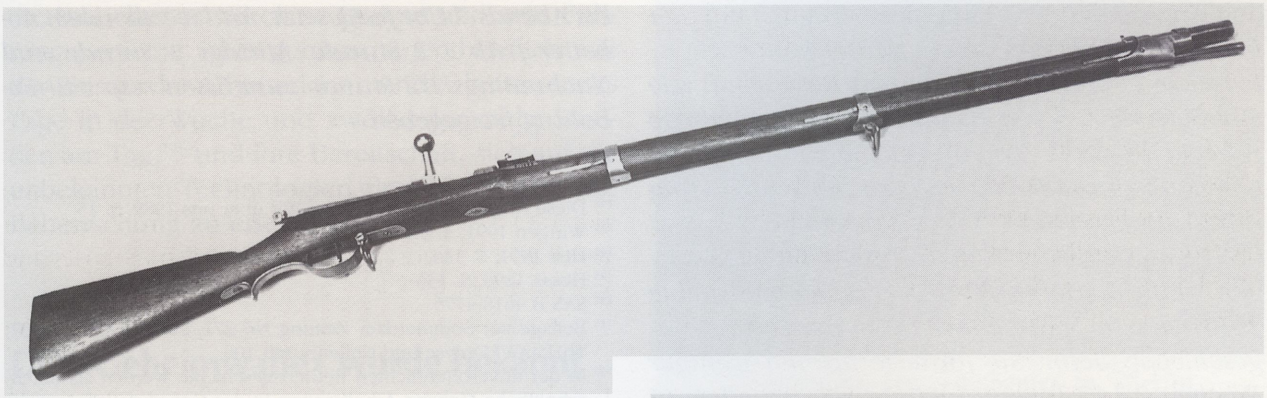
Zunächst kostete ein Gewehr 13 Reichstaler und 15 Silbergroschen, ab 1846 wurde der Preis um 10 Silbergroschen erhöht. Dreyse hatte ver-

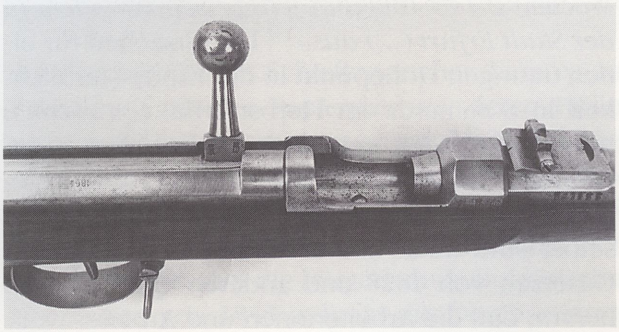
[131] Wirtgen 1991, S. 77.
[132] ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG 01/60.
[133] Dieses Arbeitsbataillon soll Sömmerda erst 1849 wieder verlassen haben. Vgl. Überblick, S. 1.
[134] Heß 1991, S. 59ff.
[135] Rund um die Dreyse-Stadt. Heimatblätter der Sömmerdaer Zeitung, Januar 1938, ThHStAW, Dreyse & Collenbusch 100.
[136] Wie Anm. 135, Bl. 42.
[137] Statistik der Einwohnerzahlen, Historische Sammlung.
[138] Privatarchiv G. Leuthäusser. Das Gewehr befindet sich im Besitz des Sömmerdaer Schützenvereins.

In Sömmerda nach 1841 produziertes Zündnadelgewehr [138]









ständliche Schwierigkeiten, die Lieferfristen einzuhalten. Statt den verlangten 60.000 hatte er bis zum Ende des Jahres 1847 nur 39.200 Gewehre liefern können. 1848 wurde die jährliche Produktion auf 12.000 erhöht, so daß die ersten 60.000 im September 1849 erreicht waren. Insgesamt wurden bis in die 70er Jahre eine halbe Million dieser Gewehre zur Bewaffnung der preußischen und anderer Armeen in Sömmerda produziert.[139]

Wenig ist über die Menschen aus dem beruflichen Umfeld Nikolaus Dreyses überliefert. Die beschwerlichen, oft von Armut und Krankheit geprägten Lebens- und Arbeitsbedingungen der einfachen Menschen wurden damals sowieso selten dokumentiert. Über die Arbeiterinnen und Arbeiter haben wir nicht viel mehr als die Zahlen in der Belegschaftsstatistik. Wir wissen lediglich, daß der Arbeitsverdienst eines Fabrikarbeiters ohne technische Ausbildung jährlich 110 Taler betragen haben soll und eine 5-6-köpfige Familie mit einem einzigen Verdienst davon 65 Taler für Nahrung, 15 Taler für Wohnung, 8 Taler für Brennmaterial, 15 Taler für Kleidung und Wäsche, 4 Taler für Hausrat und Werkzeug und 3 Taler für Abgaben ausgegeben haben soll.[140] Einen kleinen Einblick in die Lebens- und Arbeitsbedingungen erhält man zudem, wenn man z.B. über den Anfang der 30er Jahre liest: *«Täglich mit den Unzulänglichkeiten seiner Mittel konfrontiert, arbeitete Dreyse mit der kleinen Belegschaft wie ein Berserker. Seine Bemühungen, zusätzliche Arbeiter aus Suhl, Zella und Gotha zu bekommen, scheiterten an der allgemeinen Verunsicherung durch die Cholera.»* [141] Noch Jahrzehnte später drohte immer wieder ein Ausbruch dieser Krankheit. *«Eine letzte große Choleraepidemie suchte Thüringen im Spätsommer 1866, von Leipzig eingeschleppt, heim. Sie forderte binnen weniger Wochen 2.149 Tote und wirkte sich vor allem in der Stadt Erfurt (...) aus.»* [142] Die Ursachen für einen traurigen Höhepunkt in der Kindersterblichkeit in Sömmerda im Herbst 1851 *(«... starben sehr viele Kinder, manchen wurden drei, manchen vier durch den Tod entrissen»)* sind dagegen nicht benannt.[143] Die Arbeitsbedingungen selbst sind auch kaum beschrieben. Aus den Gesetzen von 1828 und anderen Quellen geht hervor, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter weitgehend rechtlos waren. Ein aus dem letzten Jahrhundert stammendes Formular für Arbeitsverträge der Firma Dreyse & Collenbusch [144] verlangte den *«unbedingten Gehorsam»* gegenüber *«den Fabrikherren»* als auch anderen *«vorgesetzten Personen»*. Aus diesem Vertrag geht auch hervor, daß in den Arbeitssälen Listen angeschlagen waren, die den Lohn für einzelne Arbeiten festlegten. Die Arbeiten wurden bei der Ablieferung überprüft. Waren sie nicht zufriedenstellend, wurde der Lohn verringert. Diese Abzüge wie auch die Geldstrafen für Verstöße gegen die Verhaltensregeln wurden an die Krankenkasse abgeführt. Das Arbeitsverhältnis galt auf jeden Fall für ein Jahr, das die Beschäftigten *«unter allen Umständen (...) aushalten»* mußten. Der Arbeitsvertrag legte auch die tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden fest: *«Die Dauer der Arbeitsstunden ist von Morgens 5 Uhr bis Abends 7 Uhr festgesetzt, und werden dem Arbeiter früh 1/2 Stunde, Mittags 1 Stunde und Nachmittags 1/2 Stunde zum Essen resp. zur Erholung freigegeben.»*

139 Wirtgen 1991, S. 78.
140 Diese Angaben finden sich in: Wir über uns 1989, S. 15.
141 Wirtgen 1991, S. 37.
142 Heß 1991, S. 144.
143 Hesse 1898, S. 133.
144 SAS B 4618-4775.
145 Beilage zur Sömmerdaer Zeitung Nr. 271, 20. November 1937, ThHStAW, Dreyse und Collenbusch 100.
146 In der unveröffentlichten Betriebsgeschichte werden als durchschnittliche tägliche Arbeitszeiten in der Gewehrfabrik angegeben: Um 1800: 10-12 Stunden, um 1820: 11-14 Stunden, um 1860: 14-16 Stunden. Vgl. Betriebsgeschichte 1, S. 7. In einem undatierten und unsignierten Manuskript, das vermutlich in der Frühzeit der Betriebsgeschichtskommission entstanden ist, heißt es zu den Arbeitsbedingungen: «Die Arbeitszeit betrug 14 Stunden und mehr. Die Löhne waren sehr niedrig, 15 Pf und etwas mehr waren die Spitze. Werkzeuge wurden von den Arbeitern gestellt bzw. wurden vom Lohn wieder abgezogen. Vgl. Das Werk Sömmerda seit der Gründung bis 1945, o. J., unveröffentl. Manuskript, Historische Sammlung, 8 Bl., im folgenden abgekürzt als: Werk bis 1945, Bl. 2.
147 Historische Sammlung.
148 Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 49.

Auch über die Mitarbeiter Dreyses in der Leitung der Fabrik ist kaum etwas bekannt. Die Sömmerdaer Zeitung von 1937[145] benannte in ihrer Jubiläumsschrift zum 150. Geburtstag von Nikolaus Dreyse den Bruder Rudolf Dreyse, der wichtige Mann bei den Gewehrvorführungen und in den Verhandlungen mit dem Kriegsministerium, den Buchhalter Schweitzer, die Werkführer Schwiering und Dallinger sowie den Vizewerkführer Bayerdörfer. Hinter Zahlen und Namen verbergen sich viele Einzelschicksale, deren Leben durch die Fabrik bestimmt und oft grundlegend verändert wurde. Das Engagement dieser Menschen, ihre Konflikte und ihre Zusammenarbeit, müssen mitgedacht werden, wenn man sich ein Bild von den damaligen Verhältnissen in der Gewehrfabrik machen möchte. Damit aus dem Landstädtchen die Industriestadt Sömmerda wurde, brauchte es Nikolaus Dreyse und sein Führungspersonal. Aber genauso unentbehrlich war der Einsatz der Arbeiterinnen und Arbeiter, sechs Tage in der Woche und zwölf oder mehr Stunden am Tag,[146] und ihre Bereitschaft, sich auf die unbekannten Technologien einzulassen und ihre Beherrschung zu erlernen.

Sturm auf das Zeughaus in Berlin 1848[147]





Die «Geheimwaffe» wurde bekannt

Die Produktion des Zündnadelhinterladers stand unter Geheimhaltung. Deshalb wurde das Gewehr mit dem irreführenden Namen «Leichtes Perkussionsgewehr» bezeichnet. Die Waffen wurden in den Zeughäusern von Berlin und Magdeburg eingelagert. Trotz Massenherstellung schreckten Kriegs- und Finanzministerium immer noch vor einer Umrüstung der Armee zurück. Bei den ständig durchgeführten Schießversuchen kam es zu Problemen mit der Papierpatrone, deren Hülle nicht vollständig verbrannte, und der Nadel, die abbrechen konnte oder sich verbog.[148] Noch immer war der weiterentwickelte Perkussionsvorderlader ein ernsthafter Konkurrent. Ironie der Geschichte ist, daß die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848 indirekt die Durchsetzung

des Zündnadel-Hinterladers beschleunigte. Am 18. und 19. März 1848 hatte die aufständische Berliner Bevölkerung durch eine Barrikadenschlacht den Abzug des Heers aus Berlin erreicht. Das Selbstbewußtsein der Militärs war empfindlich getroffen. Psychologische Aufrüstung war nötig. Dafür bot sich die Ausgabe des Zündnadelgewehrs an, das den Ruf einer «Geheimwaffe» hatte. Nur einen Monat nach den Barrikadenkämpfen, am 15. April 1848,[149] befahl der König die vorzeitige Ausrüstung von Teilen der Armee mit dieser Waffe, um die Moral wieder zu stärken und die Soldaten auf zukünftige militärische Auseinandersetzungen einzustimmen. Für die Verbreitung sorgten auch die Aufständischen selbst, die am 14. Juni das Zeughaus stürmten, um sich mit Waffen zu versorgen.

Sie griffen zur Selbsthilfe, weil der König unter dem Druck der Barrikadenkämpfe die allgemeine Volksbewaffnung zwar zugestanden, sie jedoch nur durch die Aufstellung von Bürgerwehren realisiert hatte, von denen die Arbeiter ausgeschlossen waren. Die tausend erbeuteten Zündnadelgewehre waren wegen fehlender Munition nicht einsatzfähig und wurden deshalb von der armen Stadtbevölkerung für 2-3 Taler zum Verkauf angeboten. Offiziere in Zivil kauften sie bis auf 30 Stück wieder zurück. Einige Exemplare haben in diesem Zusammenhang ihren Weg ins Ausland, zum Beispiel zur belgischen, zur französischen und zur russischen Armee gefunden.[150]

Die Erschütterung durch die Berliner Barrikadenkämpfe war selbst in Sömmerda zu spüren. Otto Hesse berichtete: *«Als die Revolution am 18. März in Berlin ausbrach, sah man in unserer Stadt den Vorgängen auch mit Besorgnis entgegen. Sömmerdas Bürger waren aber viel zu königstreu, als daß sie sich mit Gedanken des Umsturzes getragen hätten. Trotzdem entstanden mannigfache Unruhen, verursacht durch sich hier aufhaltende zweifelhafte Personen, die am Tag und in der Nacht umherstreiften, die Bürgerschaft belästigten und Erpressungen ausübten. Um dem kräftig entgegentreten zu können, vereinigten sich die Bürger und stifteten die «Sömmerdaer Bürgerwehr», die als ihren Hauptmann Beyer erwählte. Damit sie auch fähig waren, im Ernstfalle etwas zu leisten, wurde sehr fleissig exerziert und geschossen; als Banner dieser «kleinen Volksmiliz» wurde eine Fahne beschafft, hergestellt aus weißer und blauer Seide, mit der Inschrift: «Der*

149 Ebd.

150 Zwei Exemplare, die damals nach Frankreich gelangten, sollen das Vorbild für das spätere Chassepot-Gewehr gewesen sein. Vgl. Wochenpost 3/88, Berlin, S. 11.

151 Hesse 1898, S. 132. Tatsächlich kam es am 8. April 1848 zu Versammlungen und Demonstrationen in Sömmerda, die durch die Schützenkompanie unterdrückt wurden. Mehrere Personen wurden verhaftet. In der Nacht vom 19. zum 20. November wurde die Schützenkompanie erneut eingesetzt, als ein Überfall unter der Führung von Dr. Stockmann befürchtet wurde. Vgl. Frank Boblenz, Schützenverein «Nikolaus von Dreyse», Thüringer Allgemeine, 22. September 1990.

152 Winter, Alfred: Nationales Dokument und das Büromaschinenwerk Sömmerda. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung, unveröffentlichtes Manuskript, o. J. (1962), Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Winter 1962, S. 17ff.

153 Trifft diese hohe Zahl zu, so müssen fast alle Menschen in dieser Region auf den Beinen gewesen sein. Daß mit *«überall stattfindenden Versammlungen (...) die Massen ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen suchten»* und es zu *«heftigen Ausschreitungen (...) in den ländlichen Gegenden des preußischen Teiles Thüringens»* kam, sagt auch die neuere Forschung. Vgl. Thüringen. Blätter zur Landeskunde. Thüringen in der Deutschen Revolution 1848/49, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Erfurt 1994, S. 3.

154 Laut Alfred Winter war die Wahl von Dr. Carl O. Stockmann aus Bad Bibra als Abgeordneter des Kreises Eckartsberga in die Frankfurter Nationalsversammlung aus formalen Gründen für ungültig erklärt worden. An seine Stelle trat Rektor Herold aus Bad Bibra. Vgl. Winter 1962, S. 17.

155 Diese Zahlen stammen aus dem Personalregister von 1850, das ausgewertet wurde in: Die Entwicklung der Rheinmetall bis 1945. Manuskript (Handschrift.), im folgenden abgekürzt als: Rheinmetall bis 1945, Historische Sammlung, Bl. 2 und 4f.

156 Die Namen verdanke ich Frank Boblenz. Vgl. auch Wir über uns 1989, S. 13. Die Berufsbezeichnungen geben einen Hinweis auf die bereits erfolgte Spezialisierung innerhalb der Facharbeiterschaft.

Bürgerwehr zu Sömmerda 1848». Aufregende Tage hatte Sömmerda, als sich das Gerücht verbreitete, Dr. Stockmann, ein Arzt, wolle aus der Gegend von Cölleda mit vieler Mannschaft kommen und die Waffenvorräte aus der Dreyseschen Fabrik entführen. Überall stellte man Sicherheitsposten aus; was man erwartete, geschah indes nicht, die Bürger gingen darum wieder ihren Geschäften nach und vergassen sogar einen der ausgestellten Posten abzurufen, was viel Heiterkeit erregte.»[151] Was aus der Feder Hesses am Ende zur Posse geriet, hatte einen durchaus ernsten Hintergrund. Die *«zweifelhaften Gesellen»* stehen nach anderen Quellen für eine breite Bewegung in der Bevölkerung, die auch Sömmerda erfaßte. In den Nachbargemeinden Kölleda und Ostramondra hatte, so notierte ein Betriebsangehöriger des Büromaschinenwerkes in den 60er Jahren dieses Jahrhunderts,[152] eine Volksbewegung die Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die Bauern und Tagelöhner erzwungen. Am 22. September 1848 kam es auf dem Backlebener Feld in Kölleda zu einer Volksversammlung, an der sich 15.000 Menschen aus Kölleda, Sömmerda und den umliegenden Dörfern beteiligt haben sollen.[153] Dr. Stockmann, gewählter Abgeordneter des Kreises Eckartsberga in der Frankfurter Nationalversammlung,[154] hatte eine führende Rolle in dieser Volkserhebung. Er wurde nach deren Niederschlagung verhaftet und zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt. Über 70 Bürger aus der Region teilten sein Schicksal. Um die Ausweitung dieser Bewegung auf die Gewehrfabrikarbeiter zu verhindern, wurden, so der Bericht, elf Offiziere und 55 Unteroffiziere sowie Soldaten nach Sömmerda abkommandiert. Konflikte zwischen Arbeitern und Betriebsleitung in der Gewehrfabrik können nur indirekt aus den Quellen geschlossen werden. Daß nach der Revolution 54 Arbeiter der Gewehr-

Erinnerungszeichnung von einer Schulung zum Zündnadelgewehr, 1. Reihe von unten: Mitte Nikolaus Dreyse, rechts Besser, 2. Reihe: Mitte Priem, 3. Reihe: rechts Rudolf Dreyse



fabrik nach Rußland, Amerika, Österreich, Dänemark und Bayern ausgewandert sind,[155] könnte einen politischen Hintergrund haben. Konjunkturbedingte Entlassungen erfolgten in dieser Zeit guter Aufträge sicher nicht. Aus den Akten wird das repressive Klima im Betrieb in den folgenden Jahren deutlich. Im Oktober und November 1851 wurden mehrere Arbeiter, darunter der Schlosser und Feiler Friedrich Heidenreich, der Büchsenmacher und Feiler August Reuhmann und der Schmied und Rohrgarnierer Karl Müller wegen aufrührerischer Umtriebe entlassen.[156] Karl Müller soll sich zum Beispiel mit einem Unterof-

fizier geschlagen haben. Entlassungsgründe waren *«Betheiligung an einer Fabrikrevolte»* und *«Aufwiegelung der Arbeiter»*. Ein Arbeiter wurde sogar von der Polizei der Stadt verwiesen, allerdings ohne direkten politischen Hintergrund, sondern *«wegen Besuch der Waschfrau zur mitternächtlichen Stunde»*.[157] Daß 1854 der erste Arbeiterstreik unter Dreyse stattfand, wie es in einer Darstellung hieß, ist nicht belegt.[158]

Obrigkeitstreue Haltung wurde dagegen belohnt. *«Aufgrund des Erlasses König Friedrich Wilhelm IV (...), wonach solchen Schützen-Gilden und Veteranen-Vereinen, welche in den Jahren 1848 und 1849 zur Bekämpfung von Insurgenten ausgerückt waren und auch im übrigen sich politisch tadellos verhalten hatten»*, wurde der Schützenkompanie in Sömmerda 1853 das hohenzollernsche Ordensband verliehen. Als Zeichen des *«landesväterlichen Wohlwollens»* erhielt sie 1855 vom König eine neue Fahne, in die Stadtwappen und Zündnadelgewehr eingestickt waren.[159]

Mit der Ausgabe des Zündnadelgewehrs an die Armee erweiterte sich Sömmerdas Beziehung zum preußischen Heer um eine Facette. Seit Sommer 1848 fanden nun direkt vor Ort vierwöchige Schulungen für den Umgang mit dem Zündnadelgewehr statt, zu denen Lehrkommandos aus Offizieren, Unteroffizieren und Büchsenmachern abkommandiert wurden.

Darunter war Hauptmann von Besser, der spätere Mann der älteren Dreyse-Tochter Emilie. General Priem wohnte das ganze Jahr 1848 in Sömmerda. Er wurde im Herbst dieses Jahres Ehrenbürger der Stadt.[160]

Im April 1849 lehnte der preußische König Friedrich Wilhelm IV. den Vorschlag der Nationalversammlung ab, einen parlamentarisch-monarchistischen Verfassungsstaat mit ihm als Kaiser zu schaffen. Er provozierte durch die Abberufung der preußischen Abgeordneten die Selbstauflösung der Nationalversammlung. Erhebungen in Dresden und Iserlohn sowie in Baden und der Pfalz zwischen Mai und Juli 1849, die die Einführung der Reichsverfassung dennoch durchsetzen wollten, wurden mit Waffengewalt niedergeschlagen. In diesen Bürgerkriegssituationen kam die Dreyse-Waffe zum ersten Mal zum Einsatz.[161] Nikolaus Dreyse wurde für seine Verdienste um die preußische Monarchie hoch geehrt.[162] 1846 oder 1847[163] wurde er zum Kommissionsrat und 1854 zum Geheimen Kommissionsrat ernannt.

1864 wurde er sogar in den erblichen Adelsstand erhoben.[164] Seinem Freund und Förderer, dem General Priem, war diese Ehre für das glei-

157 Rheinmetall bis 1945, Bl. 4.

158 Übersicht über die Stadtgeschichte, o. T., o. J., Manuskript, 1 Bl., Stadt- und Kreisbibliothek Sömmerda.

159 Vgl. Boblenz Frank: Zur Geschichte der Fahnen der Sömmerdaer Schützenkompanie in: Thüringer Schützenzeitung, Heft 1, 7/1994.

160 Ebd.

161 Wirtgen 1991, S. 82f. In einer zeitgenössischen Quelle ist von den *«fabelhaften Gerüchten»* die Rede, *«welche nach dem sächsischen und badischen Aufstande über die Schußgeschwindigkeit und Tragweite dieser Waffe im Umlauf waren.»* Vgl. Illustrierte 1850, S. 235.

162 Eine Liste der Orden und Auszeichnungen Dreyses findet sich bei Kutzner 1982, S. 6 und bei Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 57f.

163 Daß Dreyse 1846 zum Kommissionsrat ernannt wurde, wird in den frühen Quellen und in der Literatur behauptet, z. B. Publizist, Nr. 297, Beilage, Donnerstag, 19. Dezember 1867, ThHStAW, Dreyse und Collenbusch 100, im folgenden abgekürzt als: Publizist 1867, und Hesse 1898, S. 140. Im Thüringischen Hauptstaatsarchiv findet sich allerdings ein handschriftliches Dankschreiben von Nikolaus von Dreyse an das Königliche Kriegsministerium für seine Ernennung zum Königlichen Kommissionsrat, das vom 21. Juli 1847 datiert ist. Es scheint unwahrscheinlich, daß sich Dreyse erst im darauffolgenden Jahr für seine Ernennung bedankte. Vgl. ThHStAW, Dreyse & Collenbusch 68. Noch unwahrscheinlicher ist allerdings die Behauptung bei Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 49, daß die Ernennung 1848 erfolgte.

164 Hesse 1898, S. 140. Die Erhebung Dreyses in den erblichen Adelsstand erfolgte am 22. 3.1864 und wurde am 24.3.1864 im Staatsanzeiger veröffentlicht. Stadtanzeiger Nr. 71 vom 24. März 1864 (Abschrift). ThHStAW, Dreyse & Collenbusch 68.

165 ThHStAW, Dreyse & Collenbusch 68.

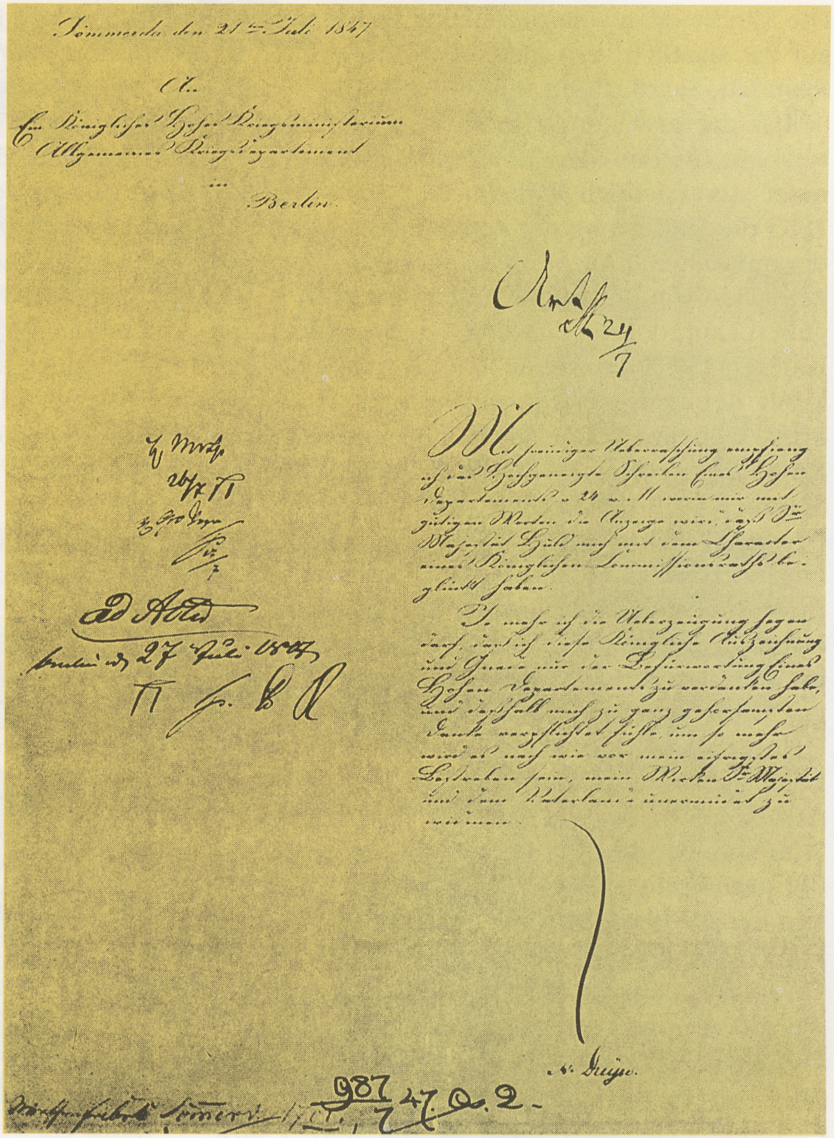
Dankschreiben von Nikolaus von Dreyse für seine Ernennung zum Königlichen Kommissionsrat vom 21. Juli 1847[165]

An
Ein Königliches Hohes
Kriegsministerium
Allgemeines Kriegsdepartement
in
Berlin

Mit freudiger Überraschung empfing ich das Hochgeneigte Schreiben Eines Hohen Departements v. 24. v. Monats worin mir mit gütigen Worten die Anzeige wird, daß Seine Majestät Huld mich mit dem Charakter eines Königlichen Kommissionsrates beglückt haben.

Je mehr ich die Überzeugung sagen darf, daß ich diese Königliche Auszeichnung und Gnade nur der Befürwortung Eines Hohen Departements zu verdanken habe, und deshalb mich zu ganz gehorsamsten Dank verpflichtet fühle, um so mehr wird es nach wie vor mein eifrigstes Bestreben sein, mein Wirken Seiner Majestät und dem Vaterlande unermüdet zu widmen.

N. Dreyse



che Verdienst - die Verbesserung der preußischen Heeresbewaffnung - allerdings schon sieben Jahre früher erwiesen worden.[166]

Auch wenn die Dreyseschen Werke für die damaligen Verhältnisse *«riesig»* waren,[167] so konnten sie doch alleine den Bedarf nicht decken. Die Zündnadelgewehrproduktion wurde deshalb auf die staatlich verwalteten Gewehrfabriken in Spandau, Saarn, Erfurt und Danzig ausgeweitet. Selbst die erweiterten Produktionskapazitäten reichten für den Bedarf im Mobilmachungsfall nicht aus. Friedrich Wilhelm IV. befahl deshalb 1855 die Umrüstung der vorhandenen Vorderlader mit glattem Lauf. Sie erhielten einen vom französischen Hauptmann Minié entwickelten gezogenen Lauf, der die Führung des Geschosses im Lauf erheblich verbesserte. Wieder schien die Zukunft der Dreyse-Waffe gefährdet.[168] Doch als Prinz Wilhelm, Bruder des Königs und seit Jahrzehnten Verfechter des Zündnadelhinterladers, im Sommer 1858 die Regentschaft von seinem lebensgefährlich erkrankten Bruder übernahm, befahl er in einer seiner ersten Amtshandlungen die Bewaffnung der Infanterie mit diesem Gewehr. Damit wurde der Zündnadelhinterlader in der preußischen Armee zur unumkehrbaren Realität. Die Waffe hatte sich durchgesetzt. An seinem 70. Geburtstag, dem 20. November 1857, übergab Nikolaus von Dreyse die Leitung der Fabrik an seinen Sohn Franz und widmete sich ganz der Waffenentwicklung.[169] Im selben Jahr wurde in der preußischen Kavallerie, in der bisher vor allem mit der blanken Waffe gekämpft wurde, der von Dreyse entwickelte Zündnadelkarabiner, ein Gewehr mit kürzerem Lauf, eingeführt. Im Zuge der Heeresreform, durch die König Wilhelm I. ab 1860 das preußische Heer verjüngte und vergrößerte, wurde zusätzlich ein Zündnadel-Füsiliergewehr verwendet. Es war kürzer und leichter als das Zündnadel-Infanteriegewehr, das ebenfalls verbessert wurde. Auch von Dreyse entwickelte Zündnadelstandbüchsen oder Amüsetten, kleine, leicht transportierbare Geschütze, kamen in die Erprobungsphase, jedoch nicht zur allgemeinen Einführung in der preußischen Armee. Die von ihm konstruierte Zündnadelpistole kam dort ebenfalls nicht zur Verwendung. Zum Kriegseinsatz kamen die Dreyseschen Zündnadelwallbüchsen, lange, schwere und großkalibrige Gewehre für den Festungskrieg. Diese und weitere Zündnadelwaffen entwickelte der Erfinder zwischen 1850 und Anfang 1860. Gleichzeitig verbesserte er unermüdlich die schon vorhandenen Typen. Der Militärhistoriker Rolf Wirtgen sah in dieser Zeit die *«kreativste Phase des älteren Dreyse»* und verglich sie mit der Dekade zwischen 1827 und 1838, als Dreyse mit dem Zündnadelhinterladersystem seine neuen Prinzipienlösungen entwickelte.[170]

[166] Wirtgen 1991, S. 68.

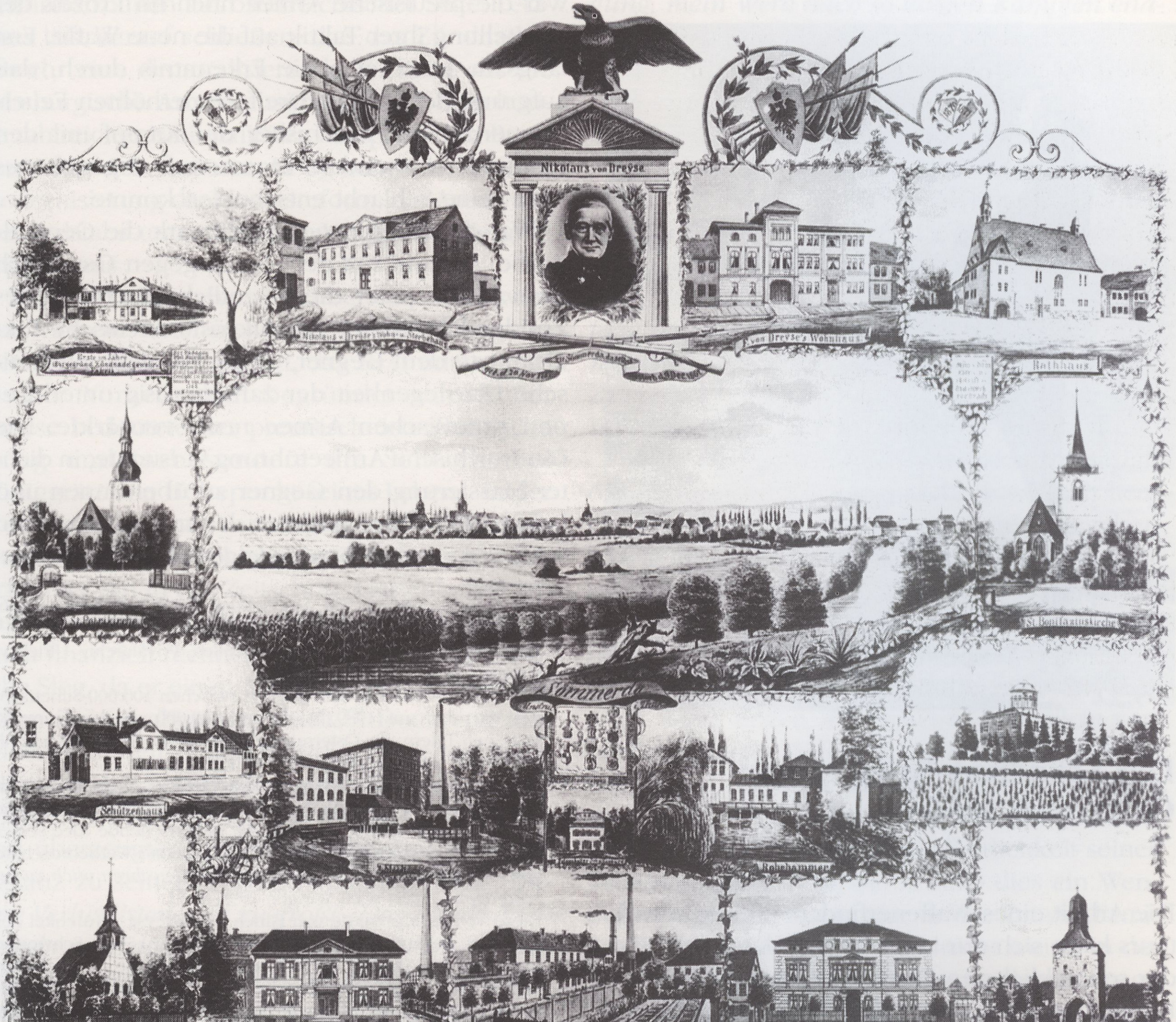
[167] Heinrich Ehrhardt, dessen Firma Rheinmetall 1901 die Sömmerdaer Fabrik übernahm, hatte dort bereits mit 19 Jahren als Geselle gearbeitet. Über diese Zeit bei Dreyse von 1860 bis 1863 schrieb er: *«In Sömmerda machte ich die erste Bekanntschaft mit der Waffenindustrie, die später in meinem Leben eine bedeutende Rolle spielen sollte. Dort befanden sich die für die damaligen Verhältnisse riesigen Dreyseschen Werke, in denen das Zündnadelgewehr von A bis Z hergestellt wurde. Auch die hierzu erforderlichen Maschinen und Werkzeuge wurden ausnahmslos in den eigenen Werkstätten gefertigt.»* Vgl. Ehrhardt, H., Hammerschläge, Leipzig 1923, S. 18.

[168] Trotz seiner Berühmtheit wurde die Überlegenheit des Zündnadelgewehrs in den 50er Jahren immer wieder bezweifelt. 1850 wurde sogar in den Zeitungen verbreitet, daß *«die preußische Regierung (...) die Anfertigung der Zündnadelgewehre (...) einstweilen eingestellt hat»*. Vgl. Illustrierte 1850, S. 235.

[169] Wirtgen 1991, S. 79.

[170] Ebd., S. 155.

Ansichten von Sömmerda um 1890



Karikatur des Franzosen Honoré Daumier auf Nikolaus von Dreyse: «Der Traum des Erfinders des Zündnadelgewehrs am Allerheiligentag»



Der «Zündnadelkrieg» gegen Österreich 1866

Die Arbeit eines Waffenerfinders und -konstrukteurs kann sich nur im Zusammenhang mit einer der schrecklichsten Geißel der Menschheit, dem Krieg, beweisen. Für Dreyse war das 1864 und 1866 der Fall. Im Krieg gegen Dänemark 1864 deuteten sich die neuen Möglichkeiten des Zündnadelgewehrs erst an. In den vielen Einzelgefechten mit guter Deckung konnte - ein Glück für manchen Dänen - weder die Überlegenheit des Hinterladers in der Treffsicherheit noch die hohe Schußfrequenz ausgespielt werden. Zudem war die preußische Armee noch im Prozeß der Umstellung ihrer Taktik auf die neue Waffe. Erst langsam setzte sich die Erkenntnis durch, daß aufgrund der auf das Dreifache erhöhten Feuerfrequenz nicht wie bisher der Kampf mit den Blankwaffen, sondern massenhaft abgegebenes Feuer eine Schlacht entscheiden konnte.

War der Krieg gegen Dänemark die Generalprobe, so fand mit dem Krieg gegen Österreich zwei Jahre später die eigentliche Premiere des Zündnadelgewehrs statt. Die österreichische Taktik nutzte dem Gegner, da sie die waffentechnische Überlegenheit der zahlenmäßig unterlegenen preußischen Armee noch verstärkte. Die österreichische Armeeführung versuchte, in dichter Massierung den Gegner zu überrennen und lieferte damit ihre Soldaten den treffsicheren und schnellfeuernden Zündnadelgewehren hoffnungs-

171 Vgl. Daheim 1866, S. 658, Dorfzeitung Nr. 217, 4. August 1866, o. O. (Sömmerda), Historische Sammlung.

172 Le Franc Tireur 18. 11. 1866, Bruxelles, Privatarchiv Ulrich v. Dreyse.

173 Die Höhe differiert in den Quellen zwischen 100.000 Silbertaler, vgl. Wir über uns 1989, S. 15, und 400.000 von insgesamt 40 Millionen Talern, die Österreich als Kriegsentschädigung gezahlt haben soll, vgl. Betriebsgeschichte 1, S. 35.

174 Daheim 1866, S. 660. Nikolaus von Dreyses Äußerungen und sein Handeln belegen, daß die Erfindung und Herstellung von Gewehren und anderen Waffen die beherrschende Idee seines Lebens war. So schrieb er bereits 1828 in seiner Werbebroschüre von *«meiner Lieblingsbeschäftigung, mit Gewehren mich zu beschäftigen»*. Zitiert nach Wirtgen 1991, S. 31.

175 Diese Vermutung wurde von Ulrich von Dreyse, Ururenkel des Erfinders, gegenüber der Verfasserin geäußert. Seine Schwester, Irmingard von Dreyse, verweist ebenfalls auf die ambivalenten Erfahrungen Nikolaus von Dreyses im preußisch-österreichischen Krieg, wenn sie mit Blick auf den Tod seines Schwiegersohns sagt: *«Doch der größte Triumph bedeutete für meinen Vorfahren einen schmerzlichen Verlust»*. Vgl. Westfalenblatt, 30. Juli 1991, Bielefeld.

los aus. Bei der kriegsentscheidenden Schlacht bei Königgrätz 1866 waren die österreichischen Verluste am höchsten. Insgesamt überstiegen sie die der preußischen Armee um das Fünffache. Darin enthalten sind hohe Gefangenen- und Vermißtenzahlen auf österreichischer Seite. Letzteres läßt darauf schließen, daß das Zündnadelgewehr eine demoralisierende Wirkung auf die habsburgische Armee ausübte, in der Angehörige zahlreicher Nationalitäten kämpften. Für Preußen zahlte sich in diesem Krieg neben der Waffenmodernisierung die Heeresreform, die Arbeit des Generalstabs unter Führung Moltkes sowie gute Logistik aus.

Mit dem preußischen Sieg über Österreich wurden 1866 die Weichen für die Herausbildung des Deutschen Reiches gestellt, das 1871 unter preußischer Vorherrschaft begründet wurde. Für Dreyse bedeutete der preußisch-österreichische Krieg und insbesondere die Schlacht bei Königgrätz den Höhepunkt seines Lebens. In der Presse wurde er als Patriot gefeiert.[171] Er erregte international Aufmerksamkeit. So wurde ein Bericht über ihn in der Zeitschrift «Gartenlaube» sogar auszugsweise im Ausland veröffentlicht.[172] Auch finanziell rechnete sich für ihn der preußische Sieg, da er einen Anteil aus den österreichischen Zwangsabgaben erhielt.[173] Doch von ihm selbst ist in dem schon mehrfach zitierten Interview mit der Zeitschrift «Daheim» eine Aussage überliefert, die nach all den Jahren unbeirrbarer und überzeugter Erfindertätigkeit eine kritische Distanz zu seinem Produkt anklingen ließ: *«Unsere Verlustlisten sind zu groß! - Das Zündnadelgewehr muß doch nicht so gewirkt haben, wie ich es mir vorstellte, besonders bei einer solchen einsichtsvollen Führung. Freilich, ich habe mir nie eine richtige Vorstellung machen können und kann es auch noch nicht, was es heißt, eine Armee von beinahe zweimalhunderttausend Mann auf einem mehrere Meilen großen Terrain mit Zündnadeln operieren zu sehen. Ich muß mich daher an Zahlen halten, und diese Zahlen, ich wiederhole es Ihnen, haben die gerechte Befriedigung, mein Werk nach so langen Kämpfen endlich anerkannt zu sehen, tief herabgestimmt! - Auch einen persönlichen Grund habe ich leider Gottes!» fuhr er seufzend fort, indem er auf ein kleines schwarzgekleidetes Mädchen zeigte, das so eben eintrat, - «mein Tochterkind; ihr Vater fiel bei Königgrätz an der Spitze seiner Compagnie! Ja, Herr Doctor, wir haben Kämpfe gehabt, in denen die Österreicher nicht mehr Todte und Verwundete hatten, wie wir, und wenn auch vielfach die Stellungen, welche unsere Gegner einnahmen, dieses hervorbrachten, so darf sich die Zündnadel doch nicht so etwas nachsagen lassen!»* [174]

Auch wenn berücksichtigt werden muß, daß der Interviewer die Aussagen Dreyses nach dem Gespräch aus dem Gedächtnis wiedergegeben hat, so könnte der Sinn authentisch sein. Die Zahlen der österreichischen Toten und Verwundeten waren für Dreyse nur Maßstab für den Erfolg seines Gewehrs und nicht Menschenschicksale. An den preußischen Verlusten erschütterte ihn, daß seine Waffe siegen, aber eigene Opfer nicht vermeiden konnte. Vielleicht war der Tod des Mannes seiner jüngeren Tochter Julia, des Hauptmanns von Garczinski, tatsächlich ein traumatisches Ereignis, das ihm die Gefährlichkeit seines Metiers vor Augen führte. Könnte dies ein Wendepunkt gewesen sein, der in der Dreyse-Familie die Einstellung reifen ließ, nicht weiter in der Konkurrenz der Militärwaffenmodernisierung mithalten zu wollen? Das wird von heute lebenden Nachkommen angenommen.[175] Für Nikolaus Dreyse, der eineinhalb Jahre nach der Schlacht

Gedicht über Nicolaus von Dreyse aus seinem Nachruf (Hervorhebungen im Original) [176]

Den Manen des Herrn Geheimen Commissionsrathes

Nicolaus von Dreyse
des Erfinders des Zündnadelgewehrs

Wie die Sonne noch die hellsten Strahlen
Sende über Berge, Wald und Thal,
Eh sie tauchet in des Westens Meere
Und die Gipfel überglänzt ihr Strahl;
Also leuchtend von der Welt hinieden
Still, erhaben ist der Greis geschieden.

Weithin schattet diese Trauerkunde
Und mit Wehmuth denken nah' und fern
Alle, die erfreute seine Güte,
An den alten hochgesinnten Herrn;
In den Herzen wird sein Bildniß leben.
Von der Liebe Immergrün umgeben.

Droben an des schlichten Hauses Giebel
Bleibt sein gold'ner Spruch für späte Zeit:
«Bete und arbeit`!» = Treu dem edlen Vater
Nachzustreben ist der Sohn bereit;
Treulich wird die Heimath, der zum Segen
Er gewirkt, den theuren Namen hegen. =

Ausgehaucht, entrückt ist seine Seele,
Doch sein Schaffen ohne Rast noch Ruh',
Seine Werke, die schon schön gelungen,
Decket nicht der Grabeshügel zu,
Und sein Name ist der Welt geblieben,
In des Ruhmes Tafeln eingeschrieben.

Wie vom Boden auf mit Heldenmuthe
Sein so kühner Geist und Schaffensdrang,
Sein Erfinden, seines Fleißes Dauer
Sich empor zur Höhe mächtig schwang:
Voll Bewunderung, sinnend wir erwägen
Dieses thät'gen Lebens Gottessegen.

Wie sein Werk, als neues viel bezweifelt
Endlich doch so hohe Geltung fand,
Daß ihm dann, dem treuen Patrioten,
Stolze Siege dankt sein Vaterland,
Wie sein König hochgeehrt den Treuen:
Das muß immer seinen Ruhm erneuen.

Ja, ein Vorbild ist hinzugekommen
Zu den Männern preuß'scher Tüchtigkeit
Neben Scharnhorst der die Sieger schulte,
Sei auch ihm ein Ehrenplatz geweiht!
Scharnhorst hat ein neues Heer geschaffen,
Dreyse schuf für Königgrätz die Waffen.

Durch den Sieg, den Preußen dort errungen,
Ward der Deutschen Einheit Grund gelegt;
Als Gewinn des Sieges hat dem Greise
Noch die Hoffnung tief das Herz bewegt:
Daß nun bald im festen Bund zu sehen
Alle Deutschen und Zusammengehen!

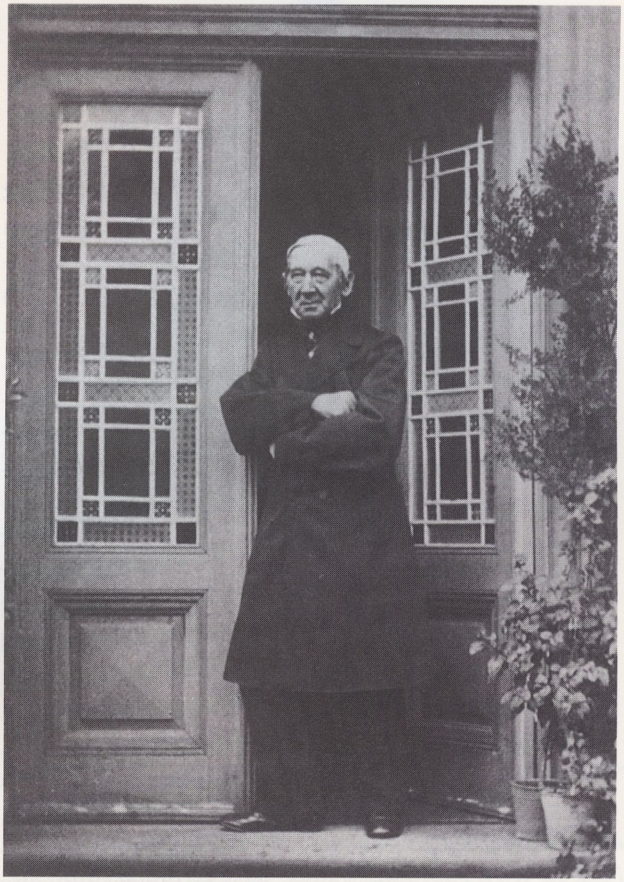
Ob kein Leeres Trugbild ihn umgaukelt?
Nein, o nein, es wird und muß geschehn!
Jener mark'ge Geist, er wird's vollbringen,
Und ein Deutsches Reich wird neu erstehn!
Heller strahlt dann **seines** Namens Ehre!
Der zum Sieg verhalf dem Preußenheere!

bei Königgrätz, am 9. Dezember 1867, in Sömmerda starb, können wir einen solchen Meinungsumschwung im Handeln nicht mehr nachweisen. Er sprach in dem Interview mit dem «Daheim»-Reporter davon, daß er die ihm verbleibende Lebenszeit dafür nutzen will, *seine «Erfahrungen der Verbesserung der preußischen Waffen zu widmen»*.[177]

Daß ein fast 80jähriger Mann auf der Höhe seines Ruhms öffentlich sein Lebenswerk in Frage stellt, ist zudem wenig wahrscheinlich. Dreyse selbst empfand den Ruhm als *«gerechte Befriedigung»*, relativierte die Bedeutung des Zündnadelgewehrs angesichts der preußischen Verluste jedoch selbst. Nach seinem Tod galten solche Zweifel nichts mehr. Das Werk Dreyses wurde mit vaterländischem Pathos verklärt und endgültig für preußisch-nationale Interessen vereinnahmt. Einen Eindruck davon gibt ein Gedicht, das als Teil des Nachrufs zehn Tage nach seinem Tod veröffentlicht wurde.

Solche Nachrufe finden sich in großer Zahl, gereimt und ungereimt,[178] so zum Beispiel in der Zeitschrift «Der Publizist»: *«Mit den höchsten Ehren geschmückt, von drei Preußischen Königen ausgezeichnet und mit Gunstbezeugungen überschüttet, aber dennoch ein schlichter Bürger seines Heimathsortes, zugleich Wohlthäter und Förderer aller, hat er bis zum letzten Athemzuge unermüdlich an seinen Plänen und Entwürfen fortgearbeitet. Ihm folgt die unbegrenzte Bewunderung aller nach, die nicht nur seinen Namen, sondern auch ihn selbst genauer kannten. Sömmerda verlor an ihm nicht nur seinen berühmtesten, sondern auch den beliebtesten Bürger, sein Vaterland den eifrigsten und thätigsten Patrioten und einen der wichtigsten Förderer der Größe und Macht seines siegreichen Heeres.»* [179] Das «Allgemeine Wochenblatt» veröffentlichte am 19. Dezember: *«Überall herrscht Trauer um den Verlust des theuren Mannes, der so Vielen ein edeler Wohlthäter, der Allen ein treuer, wohlwollender Freund, Allen ein Vorbild in Königstreue und Vaterlandsliebe, Allen ein Muster an Tugend und Sitte und ein nachahmungswürdiges Beispiel in jeder Hinsicht gewesen ist»*.[180] Einfachere Worte

Nikolaus von Dreyse vor seinem Wohnhaus



fand König Wilhelm I, der in einem Beileidstelegramm von seiner *«wahrhaften Trauer»* sprach und davon, daß Dreyses *«praktischer Erfindergeist indirekt zum Umschwung größter Verhältnisse beitrug»*.[181]

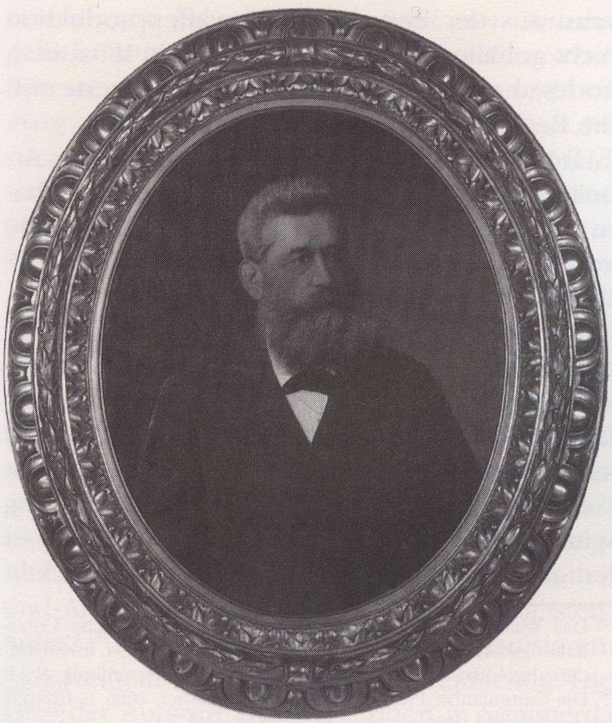
Der Niedergang

Der «Zündnadelhinterlader»-Sieg bei Königgrätz führte auch in den anderen deutschen Staaten zur Einführung dieses Gewehrtyps. Im europäischen Ausland löste er Initiativen zur Konstruktion von Hinterladern aus, die zur ernsthaften Konkurrenz wurden. Zu einem unterschätzten Gegner des preußischen Zündnadelhinterladers entwickelte sich insbesondere das französische Chassepot-Gewehr. Es war leichter, kürzer, einfacher zu bedienen und besser abgedichtet. Seine Schußweite war mit 1000 Meter fast doppelt so groß. Da das Zündmittel unten am Boden der Patrone plaziert war, mußte die Zündnadel nicht mehr die gesamte Pulverladung durchdringen und war nach dem Schuß nicht mehr in voller Länge den heißen Gasen der Treibladung ausgeliefert. Das war bei den Dreyseschen Patronen der Fall, da dort das Zündmittel zum besseren Schutz in der Mitte, zwischen Pulverladung und Geschoß, angebracht war. Um den Vorsprung der französischen Waffe zu verringern, plante die preußische Armeeführung, die vorhandenen Zündnadelhinterlader nach Vorschlägen von Johannes Beck, Mitarbeiter der Spandauer Gewehrfabrik, zu aptieren. Ein gasdichter Verschluß sollte das Entweichen von Pulvergas verhindern und damit die Schußweite erhöhen. Das Geschoß wurde verkleinert und leichter gemacht, die Handhabung des Gewehrs vereinfacht. Die Aptierung hatte kaum begonnen, als im Juli 1870 der deutsch-französische Krieg ausbrach. Die preußische Armee siegte trotz ihrer veralteten Zündnadelhinterlader, aber mit großen Verlusten. Danach, zwischen 1871 und 1873, wurde der größte Teil der preußischen Gewehre umgerüstet. Die Zeit der Zündnadelhinterlader nach Dreyse war abgelaufen.

Bereits 1871 fällte die preußische Armeeführung zudem die Grundsatzentscheidung, die Armeebewaffnung auf einen ganz neuen Gewehrtyp umzustellen. Die Wahl fiel auf das schwäbische Mausergewehr. Das Neue daran war die Metallpatrone, das kleine Kaliber von 11 mm, das Schloß mit Selbstspannung und neuartiger Sicherung und die Schlagbolzenzündung. Mit der Metallpatrone folgten die Militärs in Berlin einer Entwicklung, die sich im Ausland bereits durchgesetzt hatte, nachdem die serienmäßige Herstellung durch amerikanische Fortschritte in der Metallverarbeitung möglich geworden war. Die Prinzipien des Mausergewehrs, eine Weiterentwicklung der Dreyse-Lösungen, finden bis heute in der Handfeuerwaffentechnik Anwendung. Von Franz von Dreyse, wie sein Vater ein begabter Erfinder und Waffeningenieur, sind eigenständige Konstruktionen bekannt, in denen er auf die

[176] Wochenblatt 1867.
[177] Daheim 1866, S. 660.
[178] Eine ganze Reihe haben auch Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 58ff zusammengetragen.
[179] Publizist 1867.
[180] Allgemeines Wochenblatt Nr. 100, Donnerstag, 19. Dezember 1867, ThHStAW, Dreyse und Collenbusch 100, im folgenden abgekürzt als: Wochenblatt 1867.
[181] Festschrift zur Enthüllungsfeier des Dreyse-Kriegerdenkmals in Sömmerda am 20. November 1909, Verfaßt von O. Hesse, SHGV 41a.
[182] Sammlung H. Sieckmann, Weimar.
[183] Wirtgen 1991, S. 258ff. und Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 68.
[184] Kutzner 1982, Anhang. Auch ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG 01/6.
[185] Wirtgen 1991, S. 260.

Franz von Dreyse[182]



Renate von Dreyse, geb. Salzmann



neuen Anforderungen in der Heeresbewaffnung reagierte. Sie wurden bei der Auswahl im Kriegsministerium nicht berücksichtigt.[183] Über die Gründe für seinen Mißerfolg gibt es nur Spekulationen. Von heute lebenden Mitgliedern der Familie wird vermutet, daß er keine rechte Lust mehr hatte, Militärwaffen herzustellen. Zu dieser Vermutung könnte passen, daß Franz 1846 Luise Adamine Renate Salzmann, eine Großnichte des aufklärerischen Pädagogen Christian Gotthilf Salzmann, geheiratet hatte.[184] Möglicherweise übte Luise eher einen pazifistisch-humanistischen Einfluß auf Franz aus.

Daß er zu lange der Zündnadel-Idee nachhing, die zum Lebensinhalt seines Vaters geworden war, und zu spät auf die neuen Herausforderungen reagierte, vermutete der Militärhistoriker Klaus Hilbert.[185] Daß einer ähnlichen, sogar überlegenen Konstruktion aus der Werkstatt Franz von Dreyses das Mausergewehr ungerechtfertigterweise vorgezogen wurde, nahm eine zeitgenössische Jägerzeitung an.[186] Und von ganz persönli-

chen Gründen, die im Charakter von Franz von Dreyse zu suchen sind, sprach eine zeitgenössische Quelle. Franz soll ein *«hochgebildeter, leider aber etwas unzugänglicher Mann»*[187] gewesen sein. Ein Nachruf an Franz von Dreyse vom 15. November 1894 wurde noch deutlicher. Daß Franz anders als sein Vater keine Freunde unter hohen Militärs und Ministern hatte, wäre auch zu einem gewissen Teil seine Schuld gewesen: *«Er war eine streng in sich selbst abgeschlossene Natur von starkem, oft bis zum Eigensinn entwikkelten Selbstgefühl. (...) Jedes Heraustreten in einen größeren Kreis und in die Öffentlichkeit war ihm verhaßt (...) Hierzu kam seine Unzugänglichkeit gegen Ratschläge anderer. Selbst wollte er alles machen und durchführen, jeder Einwurf bei seinen Konstruktionsideen verletzte seine Empfindlichkeit und verleidete ihm die Sache selbst.»*[188] Vielleicht hatten sich auch die Beziehungen zum preußischen Kriegsministerium verschlechtert, als Franz von Dreyse es nach dem Tod des Vaters ablehnte, die Fabrik an den Staat zu verkaufen.[189] Vermutlich war die Erweiterung der seit 1858 in Erfurt bestehenden Königlichen Gewehrfabrik zu einem der größten Industriebetriebe Thüringens die direkte Reaktion auf die Absage von Franz von Dreyse. Auf staatliche Gewehrfabriken hatte das Kriegsministerium direkten Zugriff und ungehinderten Einfluß. Ein eigenwilliger privater Gewehrfabrikant kam da nicht so gelegen.

Unter Franz profilierte sich die Fabrik mit hochwertigen Jagdwaffen. Er war gleichzeitig wendig genug, außerhalb der Waffenherstellung neue Märkte zu suchen. Er begann mit der Herstellung von Brücken (z.B. die Lange Brücke, die am Standort des Büromaschinenwerks über die Unstrut führte), landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, Werkzeugmaschinen, Einrichtungen für die Eisenbahn, Müllereimaschinen und Fahrrädern.[190] Dafür erweiterte er das Unternehmen um eine Maschinenfabrik und eine Eisengießerei,[191] die er auf dem Gelände der Mahlmühle (jetzt Dreyse-Mühle und Mühlencafé) errichten ließ. Trotz dieser Anstrengungen konnte das ehemals mit Staatsaufträgen finanzierte Beschäftigungsniveau aus der Zeit der Militärwaffenproduktion nicht gehalten werden. Von 1875 bis 1894, dem Todesjahr von Franz von Dreyse, verringerte sich die Beschäftigtenzahl von 1500 auf 300.

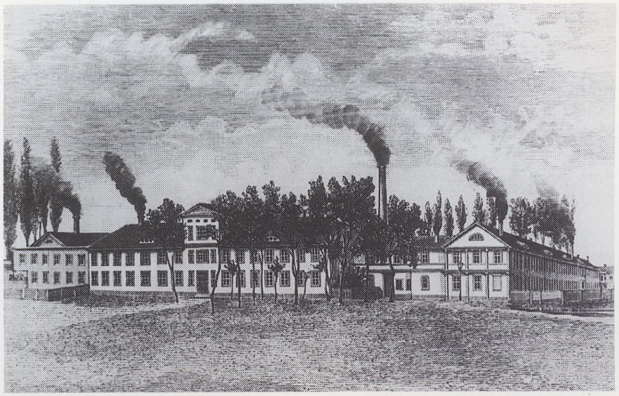
Der Niedergang des bei weitem größten Arbeitgebers in Stadt und Region hatte unmittelbare Auswirkungen auf den Ort. Von 1875 bis 1880 verließ ein Fünftel der Einwohner Sömmerda.[192] In der Regel kehrten junge, qualifizierte Facharbeiter, die woanders Anstellungschancen hatten, der Stadt zuerst den Rücken. Zurück blieben diejenigen, die Grund und Boden besaßen und zur Landwirtschaft zurückgehen konnten. Das erklärt auch, warum es in einer Zeit, als Thüringen zur Geburtsstätte der deutschen Arbeiterbewegung wurde, in Sömmerda relativ ruhig blieb. Es ist lediglich belegt, daß von 1873 bis zur gerichtli-

[186] Das Waidwerk in Wort und Bild. Illustrierte jagdliche Unterhaltungsblätter, Neudamm, Nr. 4, 15. November 1894, im folgenden abgekürzt als: Waidwerk 1894, Historische Sammlung, S. 44.
[187] Die Gartenlaube, Preußens militärischer Luther, 1866, S. 628-631 und 640-643, Privatarchiv Gerd Leuthäusser
[188] Das Waidwerk 1894 S. 45.
[189] Wirtgen 1991, S. 260.
[190] Wir über uns 1989, S. 16.
[191] Kleinschmidt/Ziegler, Bl. 68.
[192] Ebd., S. 261.
[193] SAS B 3161, Kopie in Historische Sammlung. Im Stadtarchiv selbst ist diese Akte nicht mehr auffindbar.
[194] Auszug aus einer Akte der Polizeiverwaltung zu Sömmerda, Historische Sammlung.
[195] Ebd.
[196] Das bis 1890 geltende Sozialistengesetz illegalisierte die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Ihre Presse wurde verboten, ihre Organisation unterdrückt, ihre Agitatoren verhaftet oder ausgewiesen.
[197] Wie Anm. 193
[198] ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG 01/6.
[199] Ebd.

chen Auflösung 1875 in Sömmerda eine Abteilung des Vereins der Holzarbeiter existierte, die in der Gewehrfabrik Mitglieder hatte.[193] Die Sömmerdaer Polizei berichtete 1878 an den Landrat *«gehorsamst, daß am hiesigen Orte im Allgemeinen ein guter lokaler Sinn herrscht. Wenn auch vor einigen Jahren eine Anzahl von Gewehrfabrikarbeitern sich einem sozialdemokratischen Verein, dem sogen. Holzarbeiterverein in Hamburg angeschlossen hatte, so zerfiel der hiesige Anhang, nachdem der hiesige Agitator Kohlschmidt nach Erfurt verzog (...). Seit jener Zeit sind uns keine sozialdemokratischen Bewegungen zur Kenntnis gekommen. Auf hohe Verfügung vom 17. v. Mts. haben wir jedoch nicht verfehlt, die hiesigen Fabrikbesitzer auf die Überwachung ihrer Arbeiter aufmerksam gemacht und Ihnen aufgegeben, etwaige Vorkommnisse zur Anzeige zu bringen.»* [194] Der in diesem Bericht erwähnte Kohlschmidt gilt als Initiator der Holzarbeitergewerkschaft und soll im Zuchthaus durch Mißhandlungen zu Tode gekommen sein.[195] Die Obrigkeit machte es den Sömmerdaer Arbeiterinnen und Arbeitern schon lange vor dem Sozialistengesetz [196] von 1878 schwer, sich zu organisieren. Jede freiheitliche Regung galt als verdächtig. Die Liste der Autoren, deren Schriften in Sömmerda in den 40er bis 60er Jahren beschlagnahmt wurden, ist lang: sie reicht von führenden Persönlichkeiten aus der frühen Arbeiterbewegung wie zum Beispiel Marx, Lassalle, Herwegh und Freiligrath bis zu Dichtern wie Heine, Wieland und Lessing.[197]

Am 17. August 1894 starb Franz von Dreyse. Der Vertrag,[198] in dem seine Witwe und seine fünf Kinder festlegten, wer das Unternehmen erben soll, gibt uns Auskunft über die betriebliche Situation. Danach gehörten zum Erbe *«unter anderem zwei Fabrik- und Handels-Etablissements in*

Gewehrfabrik vor dem Weißenseer Tor, vermutlich in der Zeit unter Franz von Dreyse



der Stadt Sömmerda, welche in das Handels-Einzeln-Firmen-Register unter folgenden Firmen: 1. N. v. Dreyse in Sömmerda mit einer Zweigniederlassung in Berlin, 2. Maschinenfabrik und Eisengiesserei F. v. Dreyse eingetragen sind». Die Kinder einigten sich darauf, daß Nikolaus von Dreyse, Leutnant a. D., beide Firmen übernahm. Er war in der Geschwisterfolge der dritte und ältester Sohn. Die älteste Tochter Franziska hatte einen Hauptmann a. D. Georg Koch und die zweite Tochter Hedwig einen Domainenrat Otto Hicketier geheiratet. Franz, der vierte, war zu diesem Zeitpunkt bereits Königlicher Landrat in Köln und Georg, der fünfte, Rittergutsbesitzer. Aus dem Vertrag geht hervor, daß Georg zu diesem Zeitpunkt in Sömmerda lebte und früher das Rittergut Wilhelmsglücksbrunn besaß. Aus anderer Quelle wissen wir, daß spätestens im Jahr 1900 dieses Gut in den Besitz seines Bruders Nikolaus überging.[199] Zu den beiden Firmen, um die es in dem Vertrag ging, gehörten über 60 Wohn- und

Fabrikgebäude. Der Wert beider Unternehmen *«einschließlich aller Aussenstände und Vorräte und sonstiger Zubehörungen»* wurde auf 250.000 Mark geschätzt, die auf den Erbteil von Nikolaus von Dreyse angerechnet wurden. Damit gibt dieser Betrag eine Vorstellung von der Höhe des Gesamtvermögens, das Franz von Dreyse hinterließ. Mit dieser Generation brach die Erfinder- und Ingenieurtradition in der Familie wie in der Betriebsleitung ab. Nikolaus lebte in Berlin und hatte keine persönliche Beziehung zur Firma. Vermutlich war es für ihn deshalb kein allzu großer Einschnitt, als der Betrieb im Januar 1899 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde.[200] Ob und wie der Ruin, vor dem die neugegründete «Munitions- und Waffen-Fabriken Aktiengesellschaft vormals von Dreyse» schon ein Jahr später stand, hätte verhindert werden können, ist bis heute umstritten.[201] Nikolaus von Dreyse, der Enkel des Fabrikgründers, stimmte jedenfalls zu, die Aktiengesellschaft zu verkaufen. Damit verschwand der Name des Betriebsgründers endgültig aus der Firmenbezeichnung. Mit dem 19. Jahrhundert war die Dreyse-Ära in Sömmerda zu Ende.

[200] Eine persönliche Betrachtung von Bernhard Schmied. ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 01/100, S. 2.

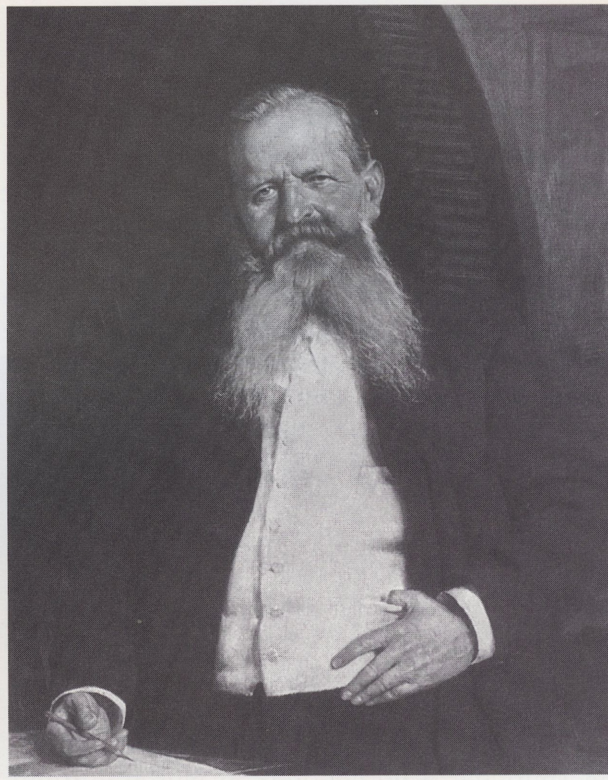
[201] Bis heute existieren Gerüchte unter den ehemaligen Werksangehörigen, daß Heinrich Ehrhardt, der ab 1899 dem Aufsichtsrat der AG vorstand, den Betrieb absichtlich in den Ruin geführt hätte, um ihn dann übernehmen zu können. Zur Rolle von Ehrhardt und der von ihm geführten Firma Rheinmetall siehe nächstes Kapitel.

Zweites Kapitel 1901 - 1918

Ein neuer Mann betrat die Bühne

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts überschritt die Einwohnerzahl der Stadt Sömmerda zum zweiten Mal die 5000er-Grenze. In der Spitzenzeit der Dreyseschen Gewehrproduktion in den 60er Jahren hatte sie diese Zahl schon einmal weit hinter sich gelassen. Der dann durch das Ende der preußischen Rüstungsaufträge 1871 provozierte und fast bis Ende des 19. Jahrhunderts anhaltende Bevölkerungsschwund in Sömmerda war der Gesamttendenz im Reich vollkommen entgegengesetzt. Die unter preußischer Vorherrschaft erreichte nationale Einheit hatte die letzten politischen Hindernisse für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft beseitigt. Die Industrialisierung ging in Riesenschritten voran. In den entscheidenden Bereichen Eisen und Stahl wurde das Deutsche Reich zum produktionsstärksten Land Europas. Die Gesamtbevölkerung wuchs von 41 Millionen 1871 auf 56,4 Millionen 1901.[1] Nur in Sömmerda, das seinen schnellen Aufschwung der Gewehrproduktion für Preußens Militärmacht verdankte, beherrschte Niedergang das Bild.

Das Blatt wendete sich erneut, als der Betrieb am 19. Januar 1899 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde.[2] Denn nun war die Bühne frei für einen anderen Mann, der die Geschicke des Betriebs und damit der Region zu Beginn des 20. Jahrhunderts in einem Maße bestimmen sollte, wie es nur Nikolaus von Dreyse ein halbes Jahrhundert vor ihm getan hatte. Die Rede ist von



Heinrich Ehrhardt

Heinrich Ehrhardt. In der bisherigen Betriebsgeschichtsschreibung über Sömmerda wurde Ehrhardt meist erst 1901 eingeführt, als seine Firma Rheinmetall Düsseldorf die in Konkurs geratene Sömmerdaer Aktiengesellschaft kaufte. Beim genaueren Hinsehen wird jedoch deutlich, daß Ehrhardts Einfluß bereits 1899 vor der Umwandlung in die Aktiengesellschaft begann. Damals

war Heinrich Ehrhardt bereits 58 Jahre alt und Aufsichtsratsvorsitzender der Rheinischen Metallwaaren- und Maschinenfabrik AG Düsseldorf-Derendorf.

Wer war dieser Heinrich Ehrhardt? Wie wurde er zum Chef eines der mächtigen deutschen Rüstungskonzerne, durch den die kleine Stadt Sömmerda erneut in den Strudel der großen Geschichte hineingezogen wurde? Heinrich Ehrhardts Berufsbiographie weist verblüffend viele Parallelen zu der des alten Nikolaus von Dreyse auf. Beide haben sich als Handwerker von der Pike auf unermüdlich hochgearbeitet. Beide waren begabte Ingenieure und Maschinenkonstrukteure. Beide waren nie Soldat und investierten ihr großes Erfindertalent dennoch in die Waffenentwicklung. Beide mußten lange Zeit gegen große Konkurrenz (bei Dreyse war es das Perkussionsgewehr, bei Ehrhardt der Krupp-Konzern) um Anerkennung kämpfen. Beide wurden schließlich durch staatliche Rüstungsaufträge Leiter großer Fabriken und berühmte und reiche Männer. Nur ging bei Ehrhardt - als der Durchbruch einmal geschafft war - alles schneller, wurde größer und brachte ein umfangreicheres Vernichtungspotential hervor.

Heinrich Ehrhardt wurde am 17. November 1840 in Zella St. Blasii, dem späteren Zella-Mehlis, im Thüringer Wald geboren. Er wurde in frühester Kindheit Waise und wuchs bei seiner Großmutter in armen Verhältnissen auf. Zella-Mehlis und das benachbarte Suhl haben eine lange Tradition im Schmiedehandwerk und infolgedessen auch in der Waffenproduktion, die bis heute fortexistiert. Der junge Heinrich verließ mit 14 Jahren die Volksschule und absolvierte bei seinem Vetter, einem Schmied und Mechaniker, eine Lehre. Er schrieb selbst in hohem Alter über diese Zeit: *«Während meiner vierjährigen Lehrzeit habe ich viel gesehen und gelernt; ich mußte allerdings von früh fünf Uhr bis abends nach acht Uhr und oft noch länger angestrengt arbeiten, es hat mir aber nichts geschadet. (...) Ich erinnere mich lebhaft der Zeit, in der mein Meister ein Zündnadelgewehr konstruierte, das damals für die kleine päpstliche Truppe in Rom ausgeführt wurde. Wir haben die ganze Lieferung selbst angefertigt.»* [3] Hier berührten sich die Lebensinhalte von Dreyse und Ehrhardt zum ersten Mal. Die Dreysesche Erfindung hinterließ offensichtlich einen bleibenden Eindruck bei dem Jugendlichen. Kurz vor Ende der Lehrzeit hielt es Heinrich bei seinem unerträglich autoritären und groben Vetter trotz dessen großer Fachlichkeit nicht mehr aus. Nach einem Streit verließ er überstürzt die Stadt und kam in einer mechanischen Werkstatt in der näheren Umgebung unter. Dort baute er seine erste Maschine, ein Gerät zur Herstellung von Holzschrauben für die Gewehrfabrikation. Über Erfurt, wo er unter anderem in einer Eisenbahnwerkstätte tätig war und nebenbei Privatunterricht in Mathematik und Konstruktionszeichnen

1 Görtemaker, Manfred: Deutschland im 19. Jahrhundert, Opladen 1983, S. 302f.

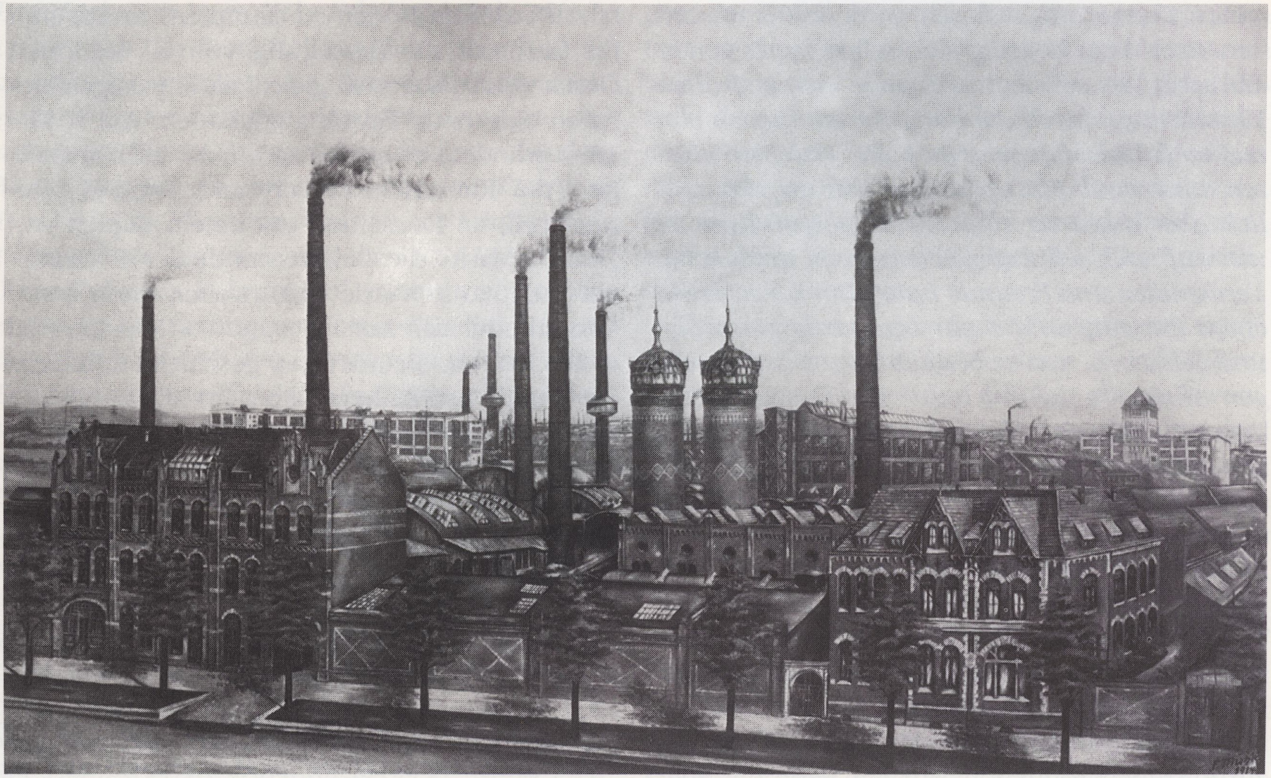
2 Die Sekundärquellen wiedersprechen sich in den Angaben zum Gründungsdatum der Aktiengesellschaft. Ältere Berichte sprechen vom 19. Januar 1899. Der älteste Bericht stammt von einem Zeitzeugen und datiert vermutlich von 1927, vgl.: Eine persönliche Betrachtung von Bernhard Schmied. ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG 01/100, im folgenden abgekürzt als: Schmied 1927. Ebenfalls den 19. 1. 1899 nennt P. Böttger in einer Betriebsgeschichte vom 3. Januar 1956, in der er als Quellen *«Originalunterlagen»* angibt. Historische Sammlung. Im Widerspruch dazu gibt die letzte Veröffentlichung aus der DDR-Zeit den 18. Januar 1897 als Gründungsdatum der Aktiengesellschaft an. Wir über uns 1989, S. 16. Dieselbe wahrscheinlich falsche Zahl taucht auch in einer unveröffentlichten Betriebsgeschichte auf, die in den 80er Jahren im Auftrag der Betriebsparteileitung geschrieben wurde. Betriebsgeschichte 1, Historische Sammlung, S. 44.

3 Ehrhardt, Heinrich: Erinnerungen eines 89jährigen Mannes und Erfinders, Zella-Mehlis 1928, im folgenden abgekürzt als: Ehrhardt 1928, S. 7f.

4 Ebd., S. 14.

Gesamtansicht des Hauptwerks Düsseldorf-Derendorf der Rheinischen Metallwaaren- und Maschinenfabrik 1914

Firmensignet von Rheinmetall



nahm, kam er als 20jähriger für dreieinhalb Jahre, von 1860 bis 1863, nach Sömmerda in die Dreysesche Gewehrfabrik. Auch dort arbeitete er wieder in der Abteilung, die Maschinen und Werkzeuge für die Gewehrproduktion herstellte.[4] Danach hatte Ehrhardt zahlreiche Stellen inne. In Gotha baute er Gewehrlauf-Doppelbohrmaschinen für die Suhler und Zellaer Gewehrindustrie, in Chemnitz arbeitete er als Zeichner und Techniker. Nach seiner Heirat 1866 machte er sich in seiner Heimatstadt Zella-Mehlis mit einem Maschinenbetrieb selbständig, scheiterte jedoch an den konjunkturbedingten Zahlungsschwierigkeiten seiner Geschäftspartner. Danach arbeitete er als Werkmeister und dann als Ingenieur an verschiedenen Orten, bis er sich 1873 als freiberuflicher Ingenieur, als sogenannter Zivilingenieur, in Düsseldorf niederließ. Dieser Lebensweg weist auf eine Persönlichkeit hin, die technisch hochbegabt und gleichzeitig willensstark

und stolz genug war, sich auch in Krisensituationen immer wieder auf das eigene, in der Praxis hart erarbeitete Können zu verlassen und dabei nicht davor zurückscheute, das ganze Leben diesem beruflichen Fortkommen unterzuordnen. Was ihn seine Karriere gekostet haben mag, klingt in seinen Erinnerungen durch, in denen er ansonsten eher dazu beitrug, sich selbst zur Legende «Ehrhardt» zu stilisieren: *«Infolge meiner frühen Verwaisung, durch die harte Arbeit, die ich von meiner frühesten Jugend an habe verrichten müssen, und durch Entbehrungen aller Art, namentlich aber dadurch, daß ich immer und immer nur auf mich selbst angewiesen war, auch keine Verwandten und Freunde hatte,*[5] *bin ich vielleicht etwas einseitig und sogar eigenartig geworden und geblieben, was wohl auch zu gewissen strengen Ansichten geführt hat.»*[6] In Düsseldorf bekam er lukrative Aufträge zur Konstruktion von Maschinen, unter anderem von Krupp und Borsig, so daß er 1878 genügend Kapital zusammenhatte, um erneut eine Werkzeugmaschinenfabrik in Zella-Mehlis zu gründen.

Auch wenn sich der Ehrhardtsche Betrieb in Thüringen durch die Erfindung und den Bau zahlreicher Spezialwerkzeugmaschinen insbesondere für den Eisenbahnbau rasch einen Namen machte, kam der Durchbruch bei der Rückkehr zur Rüstungsproduktion. Für ein Ende der 80er Jahre neu eingeführtes Infanteriegewehr brauchte das Heer neue Geschosse, das Mantelgeschoß M 88 mit einer Hülle aus Messing oder Stahl. Der Milliardenbedarf konnte nicht in den staatlichen Fabriken allein gedeckt werden und so gab die Heeresverwaltung 1888 einen Auftrag über 60 Millionen Mantelgeschosse an einen Privatbetrieb, den Hörder Bergwerks- und Hüttenverein. Der Hüttenverein, in dessen Produktionsprofil diese Bestellung nicht paßte, reichte den Auftrag an Ehrhardt weiter. Als Gegenleistung erhielt der Hüttenverein eine Provision von 1% und das Monopol auf die Zulieferung von Stahl und Eisenblech.[7] So wie für Dreyse die Bestellung von 60.000 Zündnadelgewehren 1840 der Anlaß gewesen war, in wenigen Monaten eine Gewehrfabrik aus dem Boden zu stampfen, so war nun für Ehrhardt die Bestellung von 60 Millionen Geschossen der Grund, gleichfalls in wenigen Monaten eine neue Fabrik aufzubauen. Am 7. Mai 1889 gründete er gemeinsam mit Geschäftspartnern die «Rheinische Metallwaaren- und Maschinenfabrik» in Düsseldorf mit einem Kapital von 700.000 Mark - die Geburtsstunde der «Rheinmetall».[8] Ehrhardt wurde erst zweiter, dann erster Vorsitzender des Aufsichtsrats. Vor allem waren es die Frauen, die mit ihren geschickten Fingern die Munitionsteile herstellten. Im März 1890 beschäftigte das Düsseldorfer Werk bereits 1100 Arbeiterinnen und 300 Arbeiter, die in Tag- und

[5] An anderer Stelle sprach er in diesen Erinnerungen allerdings davon, Unterstützung durch Verwandte erfahren zu haben.

[6] Wie Anm. 3, S. 21.

[7] 50 Jahre Rheinmetall Düsseldorf 1889-1939, hg. von der Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft 1939, Düsseldorf, Rheinmetall Archiv, im folgenden abgekürzt als: 50 Jahre Rheinmetall 1939, S. 10ff.

[8] Das ist der Termin der Eintragung ins Handelsregister. Der Beschluß zur Gründung wurde am 13. April 1889 gefaßt. Vgl. Zum 25jährigen Bestehen der Rheinischen Metallwaaren- und Maschinenfabrik Düsseldorf-Derendorf, den 7. Mai 1914, Rheinmetall Archiv, im folgenden abgekürzt als: 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 5. Deshalb taucht dieser Termin auch als Gründungstermin auf, z. B. in: Rheinmetall Borsig AG 1943, Typoskript, 18 Bl., Privatarchiv Gerd Leuthäusser.

[9] 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 6.

[10] Rheinmetall-Borsig Werkzeitschrift, 1. Jg., Dezember 1937, Rheinmetall-Archiv HO 121.

[11] Ebd., S. 14. In der unveröffentlichten Literatur existiert auch die Version, daß ein Meister in der Fabrik Ehrhardts in Zella-Mehlis diese Erfindung machte und Ehrhardt sie widerrechtlich als seine ausgab. Vgl. Winter, Alfred: Nationales Dokument und das Büromaschinenwerk Sömmerda. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung, unveröffentlichtes Typoskript, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Winter 1962, Abschnitt 1, S. 19.

Nachtschichtarbeit bis zu 800.000 Geschosse täglich herstellten.[9] Daß die Frauen als industrielle Reservearmee angesehen wurden, geht aus den Erinnerungen von August Siebrasse, eines Werksangehörigen hervor,[10] der die Rheinmetall-Gründung miterlebt hatte und selbst *«20 Mädchen zu beaufsichtigen»* hatte. Er berichtete, daß die *«Mädchen»* nach der Fertigstellung des ersten Auftrages wieder entlassen wurden und dann nach Bedarf wieder befristet eingestellt wurden: *«Sie arbeiteten für die Folgezeit nur etwa zwei bis drei Monate im Jahr, wenn das Heer seine «Eisernen Bestände» an Munition ergänzte und dafür Aufträge an die Industrie vergeben wurden.»* Auch über Ehrhardts Führungsstil erfahren wir etwas in diesen Erinnerungen: *«Ehrhardt selbst ging jeden Morgen durch den Betrieb und sah vor allen Dingen nach, wieviel Ausschuß gemacht worden war. Er konnte sehr aufbrausen, wenn etwas nicht stimmte, einmal jagte er einen Dreher, der im Betrieb gehetzt hatte, eigenhändig mit geschwungenem Stock hinaus. Im allgemeinen war er aber mit den Arbeitern gut Freund und auch beliebt, er betonte immer wieder, daß er selbst Arbeiter gewesen und eben durch seine Erfindungen zu Geld gekommen sei.»* Dem ersten Auftrag folgte ein zweiter. Ende 1891 hatte Rheinmetall 120 Millionen Mantelgeschosse hergestellt. Damit war der Heeresbedarf vorläufig gedeckt. Neue Produktions- und Gewinnmöglichkeiten mußten nach diesem Schnellstart gefunden werden.

Parallel zum Aufbau der Fabrik in Düsseldorf experimentierte Ehrhardt in seiner Fabrik in Zella-Mehlis an der Herstellung nahtloser Hohlkörper aus Stahl. Die wachsende Industrie brauchte in zunehmendem Maße Röhren, Kessel und andere Hohlkörper aus Stahl. Bis dahin konnte man solche Behälter nur unter großer Mühe durch Schweißen herstellen und die Schweißnaht beeinträchtigte die Widerstandskraft gegen Wasser, Dampf, Säuren, Gase etc. Ehrhardt versuchte zunächst, in einen erwärmten zylindrischen Stahlblock, der in einer Form mit gleichem Durchmesser steckte, einen Dorn hineinzutreiben. Die Masse ließ sich jedoch nicht nach hinten verdrängen. Per Zufall, so wurde berichtet, experimentierte er eines Tages mit einem warmen Vierkantblock in einer runden Form.[11] Diesmal gab der Stahl dem Dorn nach, da die Masse in die Hohlräume an den Seiten ausweichen konnte. Das «Ehrhardtsche Preßverfahren», das einen weltweiten Siegeszug antreten sollte und dadurch zur eigentlichen Basis des Erfolges von Rheinmetall wurde, war entdeckt.

Das noch heute verwandte Firmensignet zeigt dieses Verfahren im Querschnitt in stilisierter Form. Durch Kombination mit dem ebenfalls von Ehrhardt entwickelten Ziehverfahren, bei dem der warme gelochte Stahlblock durch eine Reihe von Ringen gezogen wird, konnten Durchschnitt, Wandstärke und Länge des Hohlkörpers je nach Bedarf verändert werden. Ehrhardt selbst bilanzierte 1920 im Rückblick: *«Im Jahre 1889 gelang es mir, in meinem Preßverfahren zur Herstellung nahtloser Hohlkörper eine Erfindung zu machen (...). Dieses Verfahren gestattet sowohl die Herstellung dünnwandiger, wie dickwandiger Hohlkörper der verschiedensten Art. Die ersteren fanden u.a. eine behördlicherseits bevorzugte Verwendung als Lokomotiv-Kesselröhren. Die dickwandigen Hohlkörper aber haben bei der Fabrikation von Artilleriegeschossen eine Bedeutung erlangt, die von geradezu maßgebendem Einfluß auf die im letzten Kriege notwendig gewordene Massenbeschaffung von Munition geworden ist. (...) Mein Preßverfahren hat auch bei der Herstellung von Geschützrohren und Stahlflaschen für hochgespannte Gase Anwendung gefunden*

(...).»[12] Er betonte damit, welche Bedeutung seine Erfindung für die Waffentechnik hatte.

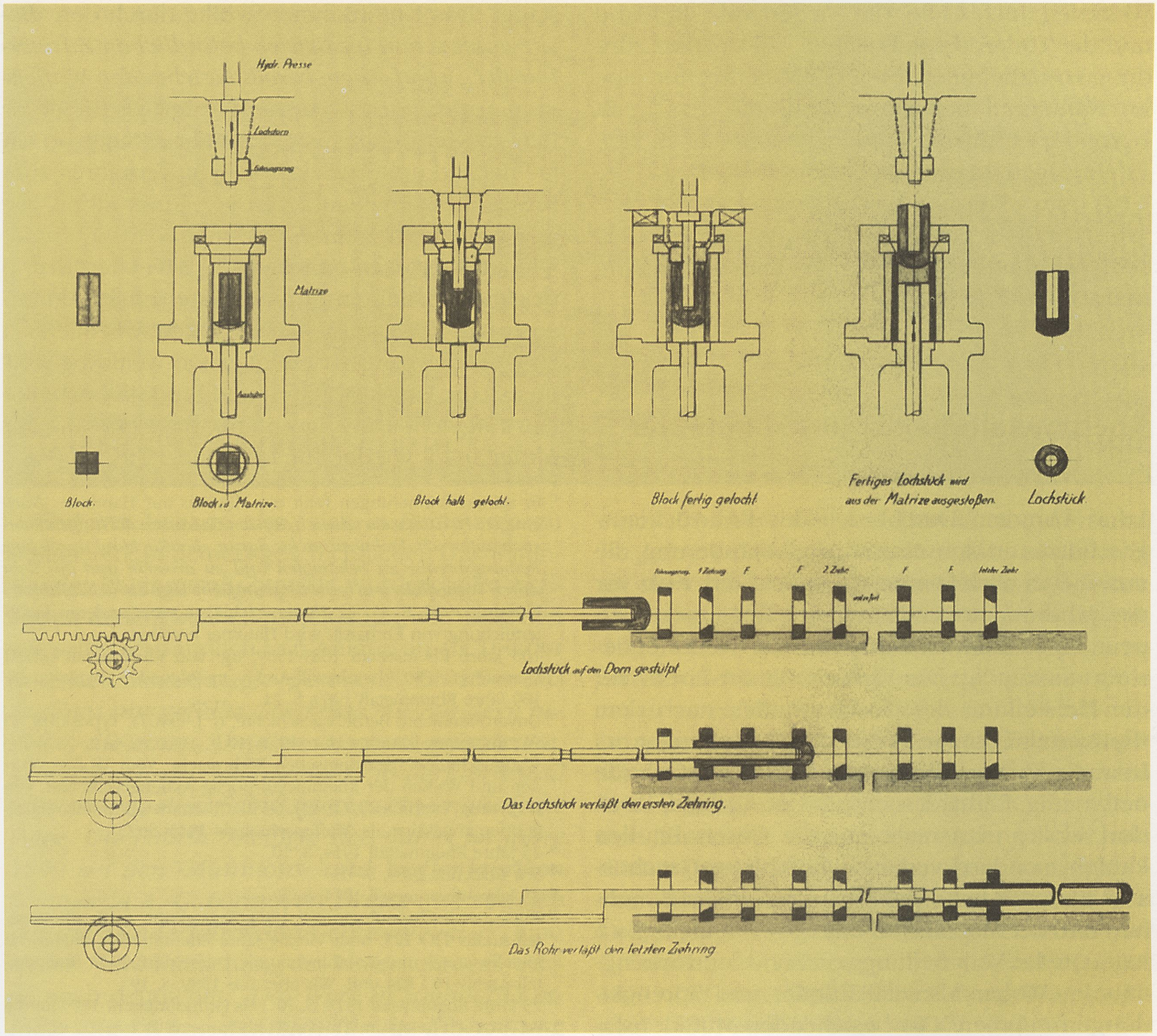
Zum ersten Großauftrag der Heeresverwaltung kam es 1893. Für eine neue Geschützmunition, das Feldschrapnell C/91, brauchte man besonders widerstandsfähige Geschoßhüllen. Ehrhardt, den die Heeresverwaltung an den Versuchen nicht beteiligt hatte, entwickelte aus eigener Initiative eine Stahlgeschoßhülle nach seinem Preßverfahren und schlug damit alle Konkurrenten aus dem Feld. Er bekam den Auftrag über 100.000 Feldschrapnelle. Mehr noch, die Heeresverwaltung verfügte, daß zukünftig alle Geschosse für das Heer nach dem Ehrhardtschen Preßverfahren herzustellen seien und zwang damit alle anderen Hersteller, von Ehrhardt die Lizenz für dieses Verfahren zu kaufen.[13] Ehrhardts Aufstieg wurde damit unaufhaltsam. Die nahtlosen Hohlkörper fanden Absatz bei der Heeres- und Marineverwaltung, der Industrie, der Eisenbahnverwaltung, den Schiffsgesellschaften und den Energie- und Wasserwerken.

Eine zweite wichtige Erfindung, diesmal rein waffentechnischer Natur, begründete schließlich den Ruf von Rheinmetall als «deutsche Waffenschmiede»: das Rohrrücklaufgeschütz. 1895 begann Ehrhardt mit Versuchen, auch Geschützrohre nach dem Preßverfahren herzustellen.[14] Seit dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 hatte vor allem Ehrhardts Konkurrent Krupp in die Geschützentwicklung investiert. Ein offenes Problem war die Erhöhung der Feuergeschwindigkeit. Durch den unvermeidlichen Rückstoß wurde das Geschütz zurückgeschleudert und mußte vor dem nächsten Schuß erst wieder in Stellung gebracht werden. Haußner, Konstrukteur bei Krupp, kam auf die Idee, ein Gestell mit langer Gleitschiene zu bauen, auf der das Geschützrohr zurücklaufen konnte, dabei hydraulisch abgebremst und durch eine Feder oder gepreßte Luft wieder nach vorn geholt wurde. Nachdem die Firma Krupp Haußners Konstruktion mehrfach abgelehnt hatte, wandte sich dieser 1895 an Ehrhardt, der die Idee aufgriff. Durch zahlreiche, in Zella-Mehlis durchgeführte Versuche kam er 1898 zu einer kriegstauglichen Version. Da das Kriegministerium jedoch das starre Geschütz C/96 von Krupp vorzog, war die aufwendige Entwicklung zahlreicher Geschützvarianten, die Ehrhardt dennoch weiterbetrieb, zunächst mehrere Jahre ein Verlustgeschäft. Nur im Ausland hatten sie einigen Erfolg. So kaufte England für den Burenkrieg (1899-1902) 18 komplette Batterien Rohrrücklauf-Feldgeschütze mit Munition und Munitionswagen.[15] Geschütze bzw. die Rechte am Geschützbau wurden zudem nach Norwegen, in die USA, nach Österreich-Ungarn, Portugal, Ecuador, Kolumbien, Venezuela und China verkauft. Verwendet wurden sie unter anderem in den afrikanischen Kolonien Portugals.[16]

Erst Jahre später, ab 1904, zollte das deutsche Kriegsministerium dem Rohrrücklauf-System zunehmend Anerkennung. Es erteilte Rheinmetall Aufträge zum Umbau des Krupp-Geschützes C/96. Kaiser Wilhelm II verlieh dem Geheimen Baurat Dr. Ing. Heinrich Ehrhardt den Kronenorden II. Klasse. Der Geschützbau in Düsseldorf begann, Gewinn abzuwerfen. Er wurde zum Rückgrat des Unternehmens und brachte dem Vorsitzenden den Spitznamen «Kanonen-Ehrhardt» ein. Das Rohrrücklaufgeschütz ging als Ehrhardtsches und nicht als Haußnersches System in die

[12] Ehrhardt 1928, S. 37.
[13] 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 8.
[14] Ebd., S. 10.
[15] Ebd., S. 11.
[16] Vierzig Jahre «Rheinmetall», Rheinische Metallwaaaren- und Maschinenfabrik, Düsseldorf 1929, Rheinmetall Archiv HO 324. Und: 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 14.

Darstellung des Ehrhardtschen Preß- und Ziehverfahrens



Geschichte ein. Ehrhardt verwandte die nichtgeschützten Verfahren Haußners für seine Patentanmeldungen.[17] In den folgenden Jahren entwikkelte Rheinmetall zahlreiche Varianten dieses Rohrrücklaufgeschützes. Neben den oben aufgeführten Ländern wurden nun bis zum ersten Weltkrieg auch Chile, die Niederlande, Rußland und die Türkei damit beliefert.[18] Ganz die Erfindung von Rheinmetall war der Minenwerfer, eine im Nahkampf besonders wirksame, das heißt besonders tödliche Waffe. Er wurde nach den Erfahrungen im russisch-japanischen Krieg 1904-1905 entwickelt und bis 1914 geheimgehalten.[19] Zum Schluß des ersten Weltkrieges waren 15.924 schwere, mittlere und leichte Minenwerfer im Einsatz.[20]

Rheinmetall-Zünder aus Sömmerda

Jahre vor dem Durchbruch des Rohrrücklaufgeschützes erfolgte eine andere Veränderung, die uns wieder nach Sömmerda zurückführt. Kurz vor der Jahrhundertwende war bei Rheinmetall erneut eine unternehmenspolitische Neuorientierung notwendig. Die Verbreitung der Lizenz für die Herstellung der Geschoßhüllen nach dem Preßverfahren hatte Preise und Bestellungen im Inland reduziert. Ein neuer Absatzmarkt wurde notwendig. Ehrhardt suchte ihn im Ausland. Doch dort wollte man nicht nur die Geschoßhüllen kaufen, sondern verlangte komplette Geschosse.[21] Ehrhardt hatte viel Erfahrung im Maschinenbau und der Metallverarbeitung gesammelt, doch keine in der Verarbeitung von Zünd- und Sprengmitteln. Woher also die Zünder und Sprengladungen nehmen? Die bestehenden Munitionsfabriken, so hieß es in der von einem Betriebsangehörigen des VEB Büromaschinenwerks 1988/89 verfaßten Betriebsgeschichte, hätten sich unter dem Einfluß des Krupp-Konzerns geweigert, die Ehrhardtschen Geschoßhüllen fertigzumachen.[22] Diese Version wurde durch Rheinmetall selbst bestätigt. Das Unternehmen wollte durch den *«Besitz einer schon im Betrieb befindlichen Zünderfabrik (...) von einem bereits bestehenden Waffenring unabhängig»* werden, hieß es in einer Betriebsveröffentlichung.[23] An dieser Stelle sei ein kleiner Exkurs über das weitere Verhältnis zum Krupp-Konzern erlaubt, da diese Konkurrenz, wie gerade gezeigt wurde, Sömmerda für Ehrhardt wieder interessant machte. Ab 1904 stieg Krupp bei Rheinmetall ein und steigerte seinen Aktienanteil auf 40 % (1909), 45 % (1921) und schließlich 50 % (1924). Lange vor dem ersten Weltkrieg wurden so die Einflußsphären und Produktionsbereiche aufgeteilt und abgestimmt. Bis 1936 sank der Aktienanteil wieder auf 14 % und 1938 auf 0 %.[24]

[17] In seinen Erinnerungen fehlt ein Hinweis auf Haußner: *«Nach einigem Herumtasten kam ich auf den Gedanken des langen Rohrrücklaufes; ich dachte zunächst daran, den Rücklauf durch eine Reibungsbremse zu bekämpfen und zu drosseln und das Rohr durch Vorholfedern in seine ursprüngliche Lage zurückzuführen.»* Ehrhardt 1928, S. 41. In «Hammerschläge», einer anderen Veröffentlichung von Ehrhardt, wird Haußner erwähnt.

[18] 100 Jahre Rheinmetall 1889-1989, hg. von Rheinmetall GmbH Düsseldorf, 1989, Rheinmetall-Archiv, im folgenden abgekürzt als: 100 Jahre Rheinmetall 1989, S. 21.

[19] Unveröffentlichte Betriebsgeschichte, o. J. (1967), Typoskript, 45 Bl., Rheinmetall Archiv HO 312, S. 10.

[20] Waffenschmiede der deutschen Wehrmacht. Vom Wollen, Werden und Wirken der Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft, von H. J. Krug, Berlin, o. J. (1943), 68 Bl., Rheinmetall-Archiv, im folgenden abgekürzt als: Waffenschmiede 1943, S. 25.

[21] 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 10.

[22] Wir über uns 1989, S. 18.

[23] 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 22.

[24] Rheinmetall-Chronologie seit 1889, Typoskript, 4 Bl., Rheinmetall-Archiv HO 121, und: Vierzig Jahre «Rheinmetall», Rheinische Metallwaaren- und Maschinenfabrik, Düsseldorf, 1929, Rheinmetall-Archiv HO 324 und: Wir über uns 1989, S. 19.

[25] 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 10. Das Gründungsjahr 1899 für die AG ist auch belegt in: ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG 01/6.

Hauptwerk der Abteilung Sömmerda
der Rheinischen Metallwaaren- und Maschinenfabrik 1901



Ehrhardt begann also, sich in Sömmerda zu engagieren. In betriebsgeschichtlichen Darstellungen der Rheinmetall-Zentrale wurden seine Aktivitäten in dem kleinen mitteldeutschen Städtchen wie selbstverständlich von Anfang an als Teil der Unternehmensstrategie gesehen: *«Da aber das Ausland nur gefüllte Geschosse mit Zündern bestellte, die einen Abnahmebeschuss erforderten, so war die Hinzuziehung einer Zünderfabrik und Einrichtung eines Schiessplatzes eine natürliche Folge. Die Fabrik beteiligte sich daher im Jahre 1899 bei den «Munitions- und Waffenfabriken Sömmerda A.-G. vorm. von Dreyse», welche sich auf die Zünderfabrikation einrichteten.»* [25] Eine spätere Veröffentlichung des Unternehmens wurde noch deutlicher: *«Das Werk in Sömmerda erfüllte alle Voraussetzungen für die Einrichtung einer Zünderfabrik. (...) Deshalb trat Ehrhardt im Jahre 1899 dafür ein, daß Rheinmetall sich an der (...) neugegründeten Gesellschaft finanziell maßgeblich beteiligte. Zwei Jahre später, 1901, erwarb Rheinmetall die Gesellschaft ganz, um den Betrieb frei von fremden Einflüssen technisch vervollkommnen und sein Fabrikationsprogramm den Bedürfnissen des Düsseldorfer Werkes ganz anpassen zu können.»* [26] Wir wissen heute, daß Ehrhardt nicht nur in den ersten beiden Jahren der Sömmerdaer Aktiengesellschaft, die mit dem Konkurs endeten, bereits maßgeblichen Einfluß hatte. Er pflegte zu Nikolaus von Dreyse, dem Enkel des Erfinders, schon vor der Gründung der Aktiengesellschaft am 19. Januar 1899 eine enge Geschäftsbeziehung. Vom 3. Januar 1899, also 16 Tage vor der Gründung der

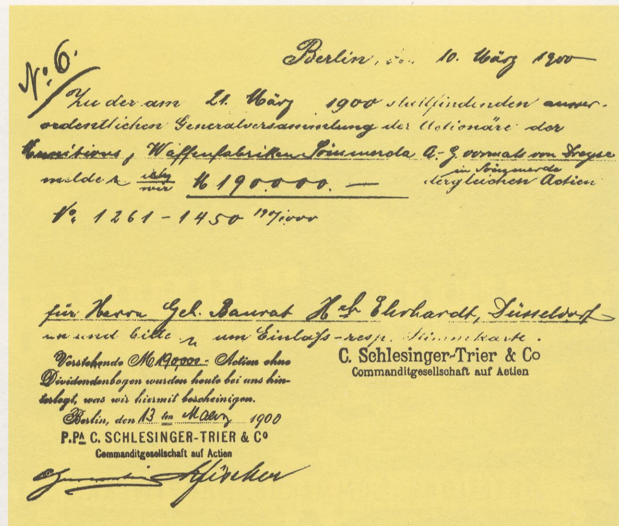
Aktiengesellschaft, datiert ein Vertrag zwischen der Ehrhardt-Firma in Düsseldorf und Zella St. Blasii, der Rheinmetall, der Firma Nikolaus von Dreyse in Sömmerda und der Westfälisch-Anhaltinischen Sprengstoff-Actiengesellschaft zu Coswig i. A.[27] Die drei erstgenannten Firmen verpflichteten sich in diesem Vertrag, ihren gesamten Bedarf an Pulver und Sprengladungen bis 100.000 Kilo jährlich von der Sprengstoff-Actiengesellschaft zu beziehen. Durch diesen Vertrag wurde die Dreyse-Firma in die Ehrhardtschen Geschäftsbeziehungen eingebunden. Eindeutig sprach auch der Rheinmetall Geschäftsbericht von 1899/1900 davon, daß die *«Munitions- und Waffenfabriken Sömmerda AG vorm. von Dreyse»*, wie die neugegründete Aktiengesellschaft jetzt hieß, *«unter unserer Mitwirkung»* gegründet wurde. Der Einfluß Ehrhardts zeigte sich klar bei der Aktienverteilung. Auskunft geben uns die Unterlagen der außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre am 21. März 1900: [28]

von Dreyse, Rittergut Wilhelmsglücksbrunn bei Creuzburg a. d. Werra	500.000 Mark
Trinkaus, Düsseldorf	190.000 Mark
von Erlanger & Söhne, Frankfurt a. M.	190.000 Mark
Gebr. Sulzbach, Frankfurt a. M.	190.000 Mark
Schlesinger-Trier & Co., Berlin	190.000 Mark
Ehrhardt, Düsseldorf	190.000 Mark
Rheinische Metallwaaren- und Maschinenfabrik, Düsseldorf	150.000 Mark

Damit hielt Ehrhardt als Privatmann und durch die Firma Rheinmetall 21,25 % der Aktien, die sich insgesamt auf 1,6 Millionen Mark summierten.

Zudem waren die anderen Gesellschafter außer Nikolaus von Dreyse überwiegend Bankiers und damit «nur» Geldgeber, so daß es naheliegt, daß Ehrhardt das Produktionsprofil bestimmte.[29] Dafür spricht auch, daß er von Beginn an den Vorsitz des Aufsichtsrates in Sömmerda innehatte. Seine Handschrift wird sowohl in den Modernisierungsmaßnahmen als auch in der Orientierung auf die Rüstungsproduktion deutlich. Bereits im Januar 1900 erhielt die Firma die Genehmigung zur Produktion von Artilleriezündern, ein

Originalbescheinigung über den Aktienbesitz von Ehrhardt an der Sömmerdaer Firma



No. 6

Berlin, den 10. März 1900

Zu der am 21. März 1900 stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung der Actionäre der Munitions- & Waffenfabriken Sömmerda A.-G. vormals von Dreyse in Sömmerda melde ich/wir M 190000.— dergleichen Actien No. 1261–1450

für Herrn Geh. Baurat H. Ehrhardt, Düsseldorf an und bitte um Einlaß- resp. Stimmkarte.

C. Schlesinger-Trier & Co
Commanditgesellschaft auf Actien

Vorstehende M 190000 Actien ohne Dividendenbogen wurden heute bei uns hinterlegt, was wir hiermit bescheinigen.
Berlin, den 13ten März 1900
P.Pa C. SCHLESINGER-TRIER & Co
Commanditgesellschaft auf Actien

[26] 50 Jahre Rheinmetall 1939, S. 23.

[27] ThHStAW Dreyse & Collenbusch 1-4.

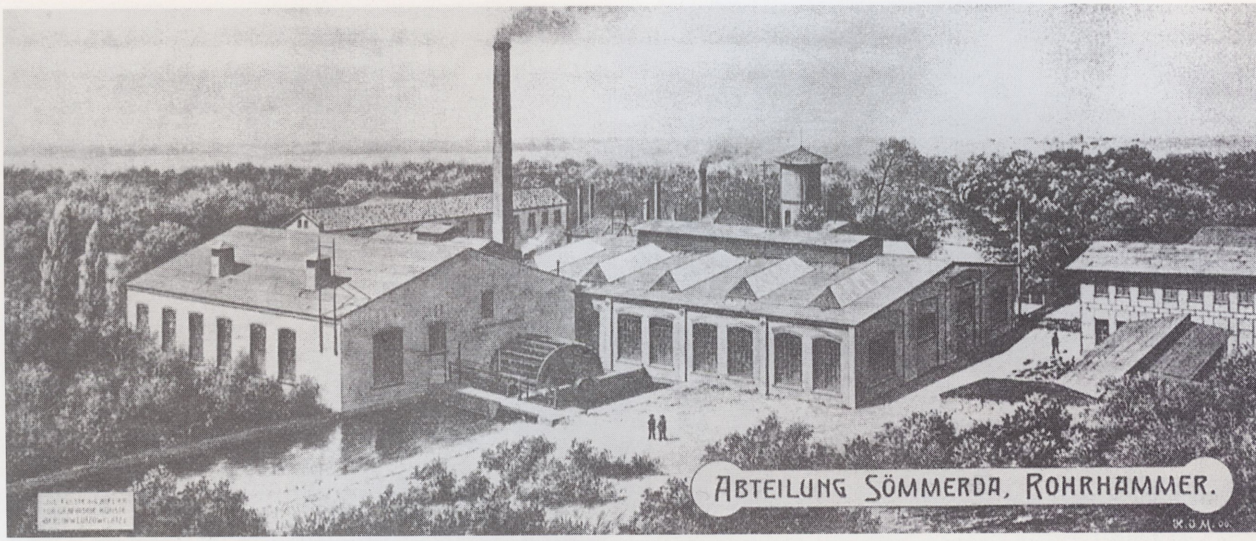
[28] ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/6.

[29] Der Autor einer unveröffentlichten Betriebsgeschichte weist Trinkaus, von Erlanger und Söhne und Gebrüder Sulzbach als Bankhäuser aus. Betriebsgeschichte 1, S. 44. Die Firma Trinkaus Düsseldorf besteht heute noch als Privatbank.

[30] Schmied 1927, Bl. 2f. Die nachfolgenden, nicht extra gekennzeichneten Zitate, entstammen ebenfalls dieser Quelle.

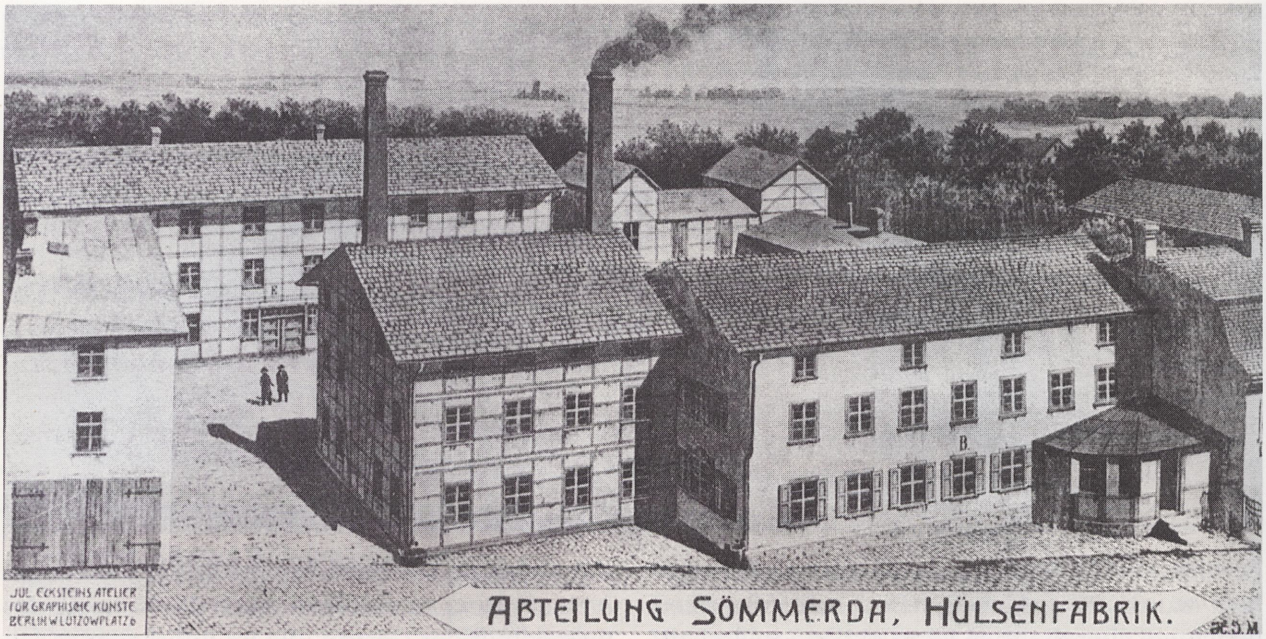
[31] Deutsche Industrie. Deutsche Kultur. hg. von Ecksteins Biographischer Verlag Berlin, Nr. 15, Jg. 4, o. J. (1914), Rheinmetall-Archiv, im folgenden abgekürzt als: Deutsche Industrie 1914, S. 5.

Rohrhammer der Abteilung Sömmerda 1901



Bereich, der in der Rheinmetall-Zeit stark ausgebaut wurde. Der damalige Buchhalter Schmied berichtete über die zwei Jahre Aktiengesellschaft, die mit der Übernahme durch Rheinmetall endeten: [30] *«Die Fahrradfabrikation mußte sofort eingestellt werden, weil die Schwesterfirma «Fahrzeugfabrik Eisenach»* (1896 von Ehrhardt gegründet, um Infanterie-Patronenwagen und Artillerie-Munitionswagen zu bauen,[31] d. Verf.) *auch Fahrräder baute. Man hatte die Jagdgewehrfabrikation in größerem Stil aufgenommen, und die Arbeiterzahl wuchs von 300 auf 600 Mann. Auch wollte man wieder Infanterie-Gewehre fabrizieren, (...) aber Aufträge haben wir nicht erhalten. (...) Die alten Gebäude waren in einem sehr schlechten Zustand, und es war notwendig, mehrere 100.000 Mark dazu zu verwenden, um die Gebäude als Betriebswerkstätten wieder gebrauchsfähig zu machen».* Auch die Nutzung der Wasserkraft der Unstrut, die im Rohrhammer seit 1842 die Maschinen angetrieben hatte, wurde wieder zum Thema. Ganz auf der Höhe der Zeit fing man an, den abgebrannten Rohrhammer wieder aufzubauen und dort ein modernes Elektrizitätswerk zu errichten, das Werk und Stadt versorgen sollte. Zum Streitfall, der vor Gericht endete, wurde allerdings die Teilung der Wasserkraft mit der kurz dahinter gelegenen Mühle, die vom selben Unstrutarm mit Wasser versorgt wurde. Unter Franz von Dreyse, der Rohrhammer und Mühle besessen hatte, war mittels Schleuse diejenige Einrichtung mit mehr Wasser versorgt worden, die den größeren Bedarf hatte. Jetzt fürchtete die Mühle um ihren Anteil: *«Gleich nach-*

Munitionsfabrik der Abteilung Sömmerda 1901,
im Volksmund «Hülsenfabrik» oder «Hülsenbude»[32] in der heutigen Weißenseer Str. 24a, b und c.
Das Gebäudeviereck wurde zwischen 1918 und 1920 in Arbeiterwohnungen umgebaut.[33]



dem die Rohrhammeranlage betriebsfertig war und wir die Wasserkraft benutzen wollten, bekamen wir einen Prozeß mit den Mühlenwerken hier. (...) Da den Mühlen laut bestehender Gesetze besondere Wasserrechte zugesprochen waren, haben wir den Prozeß verloren, der der Firma damals viel Geld gekostet hat», so der Buchhalter. Im Jahre 1900 war der Betrieb rekonstruiert, modernisiert, mit elektrischer Energie ausgestattet und pleite. *«Das Aktienkapital war unterdessen aufgebraucht, auch hatten wir Bankschulden von mehreren 100.000 Mark»*, bilanzierte Buchhalter Schmied. Überliefert ist aus dieser Zeit ein Detail aus dem Arbeitsalltag der Beschäftigten, das der Zeitzeuge Albert Schönemann 1957 berichtete: *«Um 1900 mußten die Lehrjungen das Waschwasser in Eimern herbeischaffen, in denen sich die Arbeiter wuschen. Das Trinkwasser mußte von ihnen vom Marktplatz geholt werden. Die Toiletten befanden sich hinten an der Unstrut und waren zweistöckig gebaut, die Arbeiter mußten fünf Minuten laufen, wenn sie aus dem hintersten Winkel kommend, ihre Notdurft verrichten wollten.»*[34] Auch die Arbeitszeiten um die Jahr-

[32] Aus: Deutsche Industrie 1914, S. 25.
[33] Bauamt der Stadtverwaltung Sömmerda, Akte 231.
[34] Aussprache mit Arbeiterveteranen 1957, Historische Sammlung.
[35] Alle Arbeitsordnungen in Historische Sammlung.

Altes Verwaltungsgebäude mit den Beamten



Belegschaft im Jahre 1906



hundertwende sind bekannt. Legte die Arbeitsordnung von 1899 fest, daß täglich 10-12 Stunden gearbeitet wurde und Arbeitsbeginn 7 Uhr war, so sah die Arbeitsordnung vom 30. September 1901 vor, daß täglich 10-11 Stunden gearbeitet wurde und um 6 Uhr begonnen wurde. Üblich war damals die 6-Tage-Woche. In beiden Arbeitsordnungen war außerdem geregelt, daß die Beschäftigten an Sonn- und Feiertagen auf Verlangen in den gesetzlich zulässigen Fällen arbeiten mußten. Nach der Arbeitsordnung von 1901 hatten die Frauen an Sonnabenden sowie vor Festtagen spätestens 16 Uhr 30 Schluß. Jugendliche von 14 bis 16 Jahren durften nicht über 10 Stunden täglich beschäftigt werden.[35]

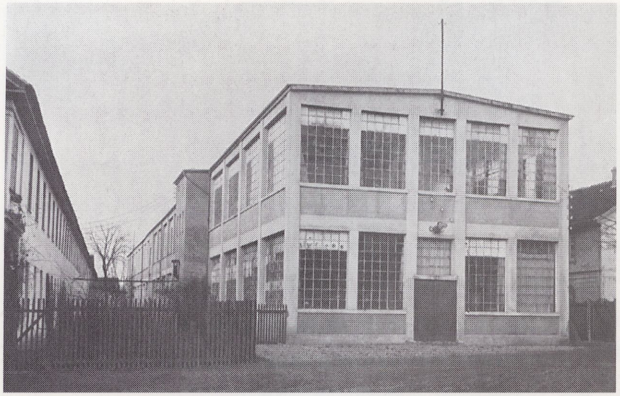
Trotz dieser langen Arbeitszeiten war froh, wer noch in der Fabrik Arbeit fand. Unter den fast 500 Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden, die das Verzeichnis der städtischen Verwaltungsbehörde Sömmerda um die Jahrhundertwende aufwies, waren sicher etliche unter Franz oder Nikolaus von Dreyse arbeitslos gewordene Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Werk.[36]

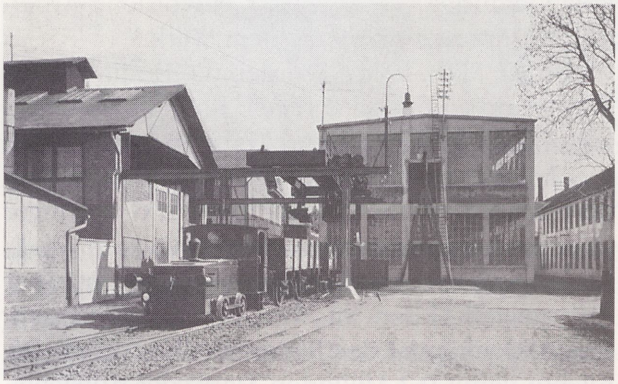
Am 30. März 1901[37] wurden die Besitzverhältnisse dann eindeutig geregelt. Rheinmetall übernahm die «Munitions- und Waffenfabriken Sömmerda A.G. vormals von Dreyse» samt Vermögen und Schulden. Die Sömmerdaer A.G. verfügte über ein Aktienkapital von 1,6 Millionen Mark. Als Gegenwert erhielten die bisherigen Inhaber Rheinmetall-Aktien im Wert von 1,2 Millionen. Das Aktienkapital des Rheinmetall-Konzerns erreichte damit 9,2 Millionen Mark, der Aufsichtsrat wurde für Nikolaus von Dreyse um einen Sitz auf 8 erweitert.[38] Noch 13 Jahre später war er dort Mitglied.[39]

Mit der Übernahme der Sömmerdaer Firma hatte Ehrhardt zu Anfang unseres Jahrhunderts sein Rüstungsimperium abgerundet. *«Um Kriegsmaterial aller Art vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat in eigenen Werkstätten herstellen zu können»*, wie eine Firmenveröffentlichung von 1903

Waffen- und Richtmittelwerkstatt 1912

Verladestation





schrieb,[40] kontrollierte Ehrhardt jetzt folgende Firmen: Sein wichtigster und größter Betrieb war die Rheinische Metallwaaren- und Maschinenfabrik, Düsseldorf. Dessen Zentrale war in Düsseldorf-Derendorf, wo auch Geschütze und Munition hergestellt wurden. Das dazugehörige hochmoderne Stahlwerk befand sich in Düsseldorf-Rath und war seit 1896 Abteilung von Rheinmetall. Die Fabrik Sömmerda gehörte seit 1901 dazu und der Schießplatz in Unterlüß nördlich von Celle seit 1899. Neben Rheinmetall gehörte die 1898 gegründete Press- und Walzwerk-Actiengesellschaft in Düsseldorf-Reisholz zu seiner Firmengruppe. Seit 1896 gehörte Ehrhardt außerdem die Fahrzeugfabrik Eisenach in Eisenach, die er später wieder verkaufte. Das vierte Unternehmen der «Ehrhardt-Gruppe» war die als erste von ihm selbst 1878 gegründete Fabrik Heinrich Ehrhardt in Zella St. Bl. und Düsseldorf. Produziert wurden in diesen Unternehmen hauptsächlich Kanonen, Lafetten, Fahrzeuge, Geschosse, Zündungen, Gewehre und Gewehrmunition, sowie Maschinen zur Herstellung dieser Produkte.[41] In Düsseldorf und Eisenach ließ Ehrhardt auch zivile Metallwaren herstellen. In der Rheinmetall-Abteilung Sömmerda dagegen wurde die Produktion jetzt vollständig auf Zünder und die Herstellung von Maschinen und Werkzeugen für die Zünderfabrikation umgestellt. *«Wir waren mit dem Einrichten noch nicht ganz fertig, da erhielten wir durch Düsseldorf für die Türkei schon den ersten Auftrag auf*

[36] Aus dem 2. Teil der Betriebsgeschichte, die Anfang der 80er Jahre von einer Journalistin im Auftrag der Betriebsparteiorganisation der SED erarbeitet und nicht veröffentlicht wurde: Betriebsgeschichte des VEB Robotron Büromaschinenwerk «Ernst Thälmann» Sömmerda, Teil 2, Zeitabschnitt von 1900-1945, o. J., Typoskript, 72 Bl., im folgenden abgekürzt als: Betriebsgeschichte 2, Historische Sammlung, S. 2.

[37] Von diesem Tag stammt der Fusionsvertrag. Vgl. ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/6. Wir über uns 1989, S. 18 nennt fälschlicherweise den 31. März 1901.

[38] Es existieren noch eine Abschrift des Fusionsvertrags vom 13./18. März 1901, notariell beurkundet in der Urkunde Nr. 507 des Not. Reg. Jg. 1901 vom 4. 4. 1901, sowie ein Protokoll über die Rheinmetall-Generalversammlung vom 30. 3. 1901. (Notarielle Urkunde Nr. 510 des Not. Reg. Jg. 1901), ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/6. Vgl. auch: Entwicklung des Betriebes bis 1945, Bl. 8.

[39] 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 16 und Schmied 1927, Bl. 3.

[40] Die Rheinische Metallwaaren- und Maschinenfabrik Düsseldorf und die mit ihr liierten Werke, o. J. (1903), Betriebsarchiv Rheinmetall H 052, im folgenden abgekürzt als: Rheinmetall 1903, S. 2.

[41] Ebd. Außerdem: 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 9f.

[42] 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 32ff.

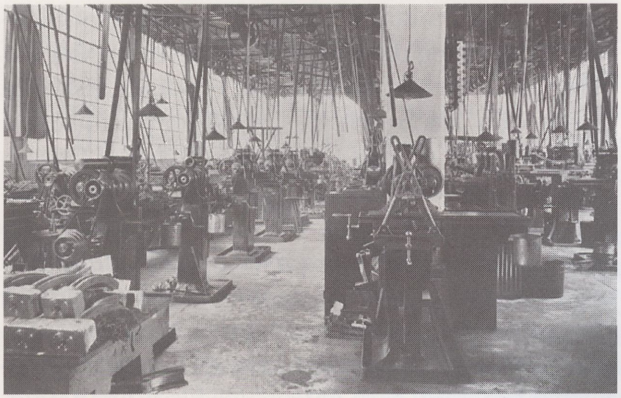
[43] Schmied 1927, Bl. 3.

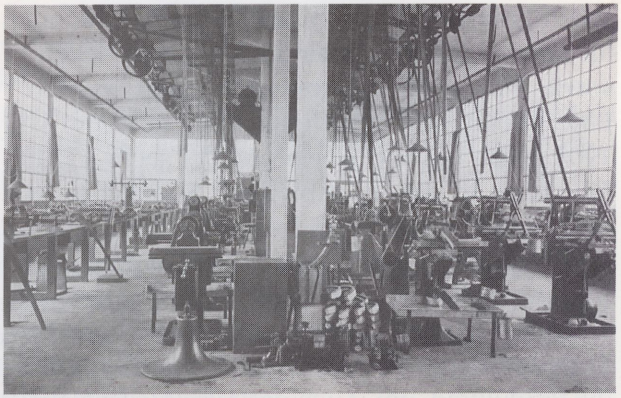
Richtmittelabteilung

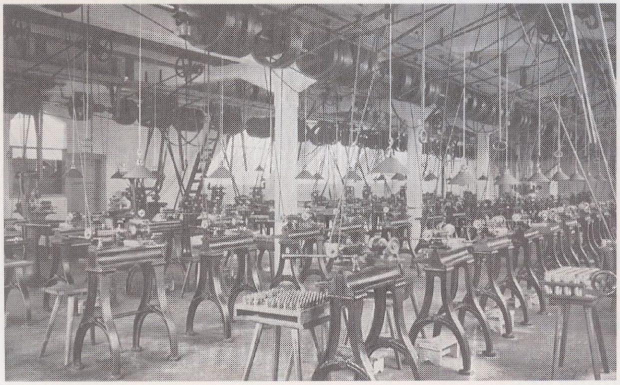
Zünderfabrik

Fräßerei der Waffenabteilung

Laborierabteilung[42]









50.000 Arilleriezünder», notierte der Buchhalter. *«Diese 50.000 Zünder wurden bis Genua per Bahn befördert und sollten von da aus per Schiff nach Konstantinopel weiter geleitet werden. Zum Glück für uns, da die ersten fabrizierten Zünder doch noch nicht so einwandfrei waren, weil die Arbeitskräfte auch für diese Fabrikation erst geschult werden mußten, ging das Schiff unter. Die Sendung war gut versichert und wir konnten anschließend gleich die zweiten Artilleriezünder in Auftrag nehmen.»*[43]

Die Rechnung von Rheinmetall, durch Sömmerda die Produktion im Geschoßbau zu komplettieren und dadurch den Auslandsmarkt zu erobern, ging zunächst auf. Zünder aus Sömmerda gingen in die Türkei, Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Serbien, Schweden, Norwegen, England, Amerika und Portugal. In Serbien und

Portugal errichteten Spezialisten aus Sömmerda zudem komplette Geschoß- und Zünderfabriken. Eingesetzt waren dort der Betriebsinspektor Dartsch, Obermeister Lompe,[44] Meister H. Wölke und Meister Korn.[45] Sömmerda wurde 1902 außerdem um eine Richtmittelabteilung mit 150 Beschäftigten erweitert, in der Visiereinrichtungen für Kanonen, Zünderstellmaschinen und -schlüssel sowie Stative für Richtmittel gefertigt wurden.[46] Eine Rheinmetall-Veröffentlichung aus dem Jahr 1903 zeigte die Spezialisierung der sechs «Hauptfabriken», in die die Abteilung Sömmerda jetzt aufgeteilt war (siehe nächste Seite).[47]

Der Modernisierungsschub hatte in der Zeit der Aktiengesellschaft (1899-1901) begonnen und wurde nach dem Kauf durch Rheinmetall verstärkt. Er strukturierte nicht nur das Innere der Fabrik, die Produktion, um. Auch das Äußere, die Gebäude, veränderten sich völlig. Schon 1902 seien alle Fabrikgebäude neu gewesen, so Obermeister Minkler, der in diesem Jahr bei Rheinmetall in Sömmerda anfing. Nur *«das Gebäude (...), in dem Geheimrat Ehrhardt als Schlosser gearbeitet hatte»*, sei von den alten Häusern noch übriggeblieben.[48] Bei der Übernahme durch Rheinmetall 1901 betrug die Grundfläche der Fabrikgebäude 6500 m^2. Durch die weitere Bautätigkeit zwischen 1901 und 1914 wurde die Fläche um 10.300 m^2 erweitert. Gebaut wurde ganz modern in Eisenbeton.[49] Platz war genug vorhanden. 1901 hatte das Werksgelände bereits einen Umfang von 554.333 m^2.[50] Offensichtlich war von Anfang an eine starke Ausweitung der Produktion geplant. Direkt auf dem Gelände des Hauptwerkes wurde ein neues Elektrizitätswerk errichtet. Die Maschinenkraft wurde bis 1914 durch zwei neue Dieselmotoren auf ca. 1000 PS verdoppelt.[51] Der Rohrhammer wurde nur noch als Reserve und für den Bedarf der Stadt eingesetzt.[52]

Zurück zur Entwicklung der Produktion. Die starke Ausrichtung auf die Zünderproduktion rächte sich bereits 1901, als keine Aufträge in diesem Produktionszweig mehr eingingen. Die Beschäftigtenzahl wurde wieder auf 300 Arbeiter und 30 Beamte reduziert. Gearbeitet wurde nur vormittags, nachmittags war der Betrieb geschlossen.[53] 1903 stieg die Beschäftigtenzahl wieder auf 500.[54] Steil nach oben ging die Produktionskurve durch den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges 1904: *«...und wir bekamen durch Düsseldorf für die Russische Armee 500.000 Aluminium-Zünder in Auftrag, nun war uns wieder geholfen. Wir stellten sofort wieder 1000 Menschen ein und die Zünderfabrik wie Maschinenfabrik waren wieder vollauf beschäftigt. Bei den früheren Aufträgen haben wir die Zünderkörper gegossen bezogen. Nun wurde der Beschluß gefaßt, selbst eine Metallgießerei einzurichten (...) wir haben an diesem Auftrag verschiedene Millionen Reingewinn erzielt.»*[55] Soweit der Buchhalter. Mit dem Gewinn aus der Zünderproduktion konnte nun sogar ein Teil der Verluste aus der Geschützentwicklung ausgeglichen werden. In der Sömmerdaer Waffenabteilung wurde 1906 eine automatische Pistole, die «Dreyse-Pistole», neu ins Sortiment aufgenommen, die unter anderem in den Polizeiverwaltungen, so in Berlin und Sachsen, guten Absatz fand.[56] Jahre später, 1912, sollte noch

[44] Schmied 1927 Bl. 4, in weiteren Abschriften des Textes wurde er auch Lumpe genannt, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/101.
[45] Ebd., Bl. 4.
[46] 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 22.
[47] Rheinmetall 1903, S. 5ff.
[48] ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/101.
[49] 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 22.
[50] Rheinmetall-Archiv HO 327.
[51] Rheinmetall-Archiv HO 327.
[52] 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 24.
[53] Schmied 1927, Bl. 6.
[54] Rheinmetall 1903, S. 7.
[55] Schmied 1927, Bl. 6.

Übersicht über die sechs Hauptfabriken der Abteilung Sömmerda 1903

In der in grossem Umfange und nach neuestem Stile eingerichteten

Zünderfabrik

werden Aufschlagzünder, Zeitzünder, Doppelzünder, Schlagröhren, Schlagzündschrauben, Kartuschzünder, Frictionszündschrauben für Centralzündung, electrische Zündungen, Leuchtpatronen etc. angefertigt. Leistungsfähigkeit bei zehnstündiger Arbeitszeit: 1500 Zünder, in den kleineren Artikeln entsprechend mehr.

Die Gewehrfabrik

ist eingerichtet zur Anfertigung von Militärgewehren bis zu einer Leistung von 250 St. pro Tag, sowie zur Herstellung verschiedener Arten von modernen Jagdgewehren. Ferner werden sämmtliche Handfeuer-Kurzwaffen, wie Mehr- und Einladepistolen, sowie automatische Pistolen und Karabiner hergestellt. Gleichzeitig werden auch Seitengewehre für Infanterie und Stahlrohrlanzen für Cavallerie-Bewaffnung, Geschütz-Aufsätze aller Geschützsysteme, gefraiste Theile etc. gefertigt.

Specialfabrik für Gewehrläufe

Nach den bewährten Patenten des Herrn Geheimen Bauraths Ehrhardt werden hier sämmtliche Läufe für lange und kurze Handfeuerwaffen für die verschiedensten Kaliber hergestellt. Das Verfahren, welches Bohren und die bisherige schwierige Bearbeitung der Gewehrläufe gänzlich beseitigt, garantirt eine bis jetzt noch von keiner anderen Fabrik erzielte Veredelung des Stahls in Bezug auf seine Zähigkeit und Festigkeit und hat in der Gewehrlauffrage eine vollkommene Umwälzung herbeigeführt.

Die Munitionsfabrik

fabriziert Muniton und Munitionstheile aller Art. Sie ist hauptsächlich für Metallpatronen sämmtlicher moderner Kaliber und Geschossarten eingerichtet. Ihre Leistungsfähgikeit beläuft sich auf ca. 100 000 fertige Patronen pro Tag.

Die Maschinenfabrik

stellt Drehbänke und Bohrmaschinen verschiedenster Art, sowie Maschinen für Geschosszünder, Geschützhülsen und Patronenfabrikation her.

Die Eisengiesserei

erzeugt jährlich 1 Million kg. Grauguss.

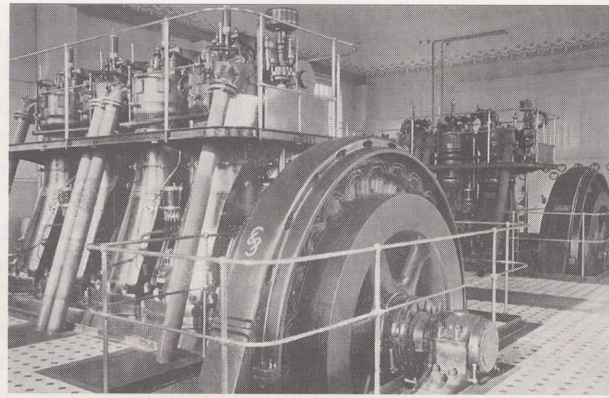
Die Ballistische Versuchs- und Beschussanstalt für Handfeuerwaffen

gestattet eine staatliche Prüfung der rohen und fertigen Läufe, sowie die Untersuchung sämmtlicher Waffen- und Munitionssorten auf ihre Leistungsfähigkeit. Sie besteht aus einem Schiessplatz für Jagdgewehre und Munition. An Messapparaten sind vorhanden: Flugzeitenmesser, Gasdruckmesser, Endgeschwindigkeitsmesser, Rückstossmesser.

Elektrische Zentrale



Generatoren mit Dieselantrieb



die Produktion von Maschinengewehren dazukommen.

1908 trat erneut eine Flaute in der Zünderproduktion ein. 1909 wurde die Produktion der Schrapnellzünder zum größten Teil nach Düsseldorf verlegt. Die immer noch umfangreiche Granatzünderproduktion blieb in Sömmerda.[57] Erst ab 1910 kam wieder ein Aufschwung. Nachdem die Betriebsleitung in Sömmerda seit 1901 mehrfach gewechselt hatte, wurde am 1. Februar 1911 Regierungsbaumeister Gustav Wesemann zum Betriebsdirektor bestellt.[58] Er hatte diese Stelle fast 10 Jahre inne und sollte in der Revolution 1918 zum wichtigsten Gegenspieler der Arbeiter werden. Wesemann gehörte wie schon Carl Collenbusch und Hauptmann von Garczinski, Schwiegersohn des Erfinders Nikolaus von Dreyse, einer Freimauerloge an.[59] Auch andere führende Persönlichkeiten der Stadt, wie ein Sohn der Unternehmerfamilie Martini,[60] ein Schuldirektor, ein Stadtrat und ein Arzt waren dort Mitglied.[61]

Zunächst war es Wesemanns Aufgabe, wieder einmal genügend Facharbeiter zu finden, die sich in Sömmerda ansiedelten, um bei Rheinmetall zu arbeiten. Das war diesmal schwieriger, da überall Facharbeitermangel herrschte. Die größeren Städte konnten mit einer besseren sozialen und kulturellen Infrastruktur aufwarten. In einer Stellungnahme des Rates des Kreises von 1962 heißt

[56] Ebd. Bl. 3 und 5.
[57] 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 23.
[58] Schmied 1927, Bl. 6 und Bl. 11.
[59] Dies geht aus den Erinnerungen von Albin Weiß, in den 20er Jahren Betriebsratsvorsitzender bei Rheinmetall, hervor. ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG 01/101.
[60] Besitzer der Ziegelei, nach Rheinmetall und Dreyse & Collenbusch die dritte große Sömmerdaer Fabrik.
[61] Auskunft von Gerd Leuthäusser am 13. Juli 1995.
[62] Probleme der Stadt Sömmerda, o. J. (1962), Typoskript, 10 Bl., Historische Sammlung, S. 2.
[63] 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 25.
[64] Vgl. Clauss, Otto: Sömmerda. Des Kreises Industriestadt, in: Beiträge zur Kultur- und Wirtschaftsgeschichte des Kreises Weißensee-Thüringen, hg. unter Mitwirkung des Kreisbauamtes Weißensee von Redakteur Schramm, Erfurt 1930, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als Clauss 1930, S. 29.

es über die damalige Situation in Sömmerda: *«Die Einrichtungen des Handels und der Dienstleistungen verhielten sich während der ganzen Industrialisierung sehr konservativ. Nur vereinzelt wurden neue Geschäfte eingerichtet, die geeignet waren, den steigenden Ansprüchen des Industriearbeiters und vor allen Dingen der wachsenden Einwohnerzahl sowie auch der Pendler gerecht zu werden. Die Geschäftsleute beschränkten sich darauf, an den Zahltagen der Industrie Stoßgeschäfte mit Massenbedarfsartikeln zu tätigen.»*[62] Wuchs schon das Angebot im Konsumbereich nicht in ausreichendem Maß mit der Industrie mit, so mußte zumindest der Wohnungsmangel in Sömmerda gemildert werden, um die notwendige Vergrößerung der Belegschaft zu erreichen. Wie die Betriebsleitung selbst feststellte, kamen angesichts der schlechten Wohnsituation nur *«jüngere, ledige Leute, die bei der ersten passenden Gelegenheit in die an Vergnügungen mehr bietenden Großstädte»* abwanderten. Um diese Fluktuation einzudämmen und wieder eine Stammbelegschaft herauszubilden, versuchte die Betriebsleitung *«ältere, die Abwechslung weniger liebende Familienväter nach Sömmerda zu ziehen».*[63] Dafür brauchte sie familiengerechten Wohnraum. 1911 begann Rheinmetall in Sömmerda deshalb mit dem Bau der ersten Arbeiterwohnhaus-Kolonie. Bis 1914 waren 30 Familienwohnungen in freistehenden Doppelhäusern mit je 3-5 Zimmern, Wasserleitung, Spülklosett, elektrischem Strom und Garten fertig. Von dieser Kolonie, die nordöstlich an das Betriebsgelände anschloß und später bis auf 2 Häuser durch Fabrikbauten ersetzt wurde, erhielt die erste Straße den Namen Ehrhardtstraße (heute Franz-Mehring-Straße). 1913 begann die Firma auf dem Werksgelände mit dem Bau eines «Erholungsheims», in dem eine Speiseanstalt, eine Kaffeeküche, Einzel-

Selbstlade-Pistole Dreyse

Maschinengewehr Dreyse





räume für die Angestellten und eine Badeanstalt untergebracht waren.[64] Diese Badeanstalt mit Wannen- und Brausebädern war die erste Einrichtung dieser Art in Sömmerda. Eine «Flußbadeanstalt» oder ein anderes öffentliches Bad gab es damals noch nicht. Das «Erholungsheim»

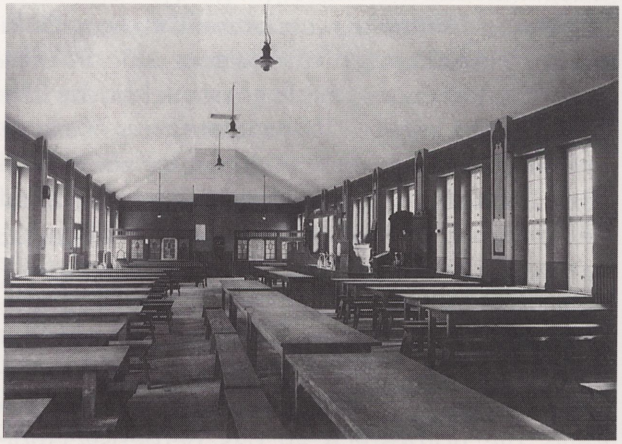
Arbeitersiedlung Ehrhardtstraße



Erholungsheim 1917



Blick in den Speisesaal des Erholungsheims



stand rechts von der Stelle, an der heute das Arbeitsamt und die AOK untergebracht sind.[65] Es wurde *«geselligen Vereinen für ihre Festlichkeiten gerne überlassen»*, wie es in einer Jubiläumsschrift hieß. Gleichzeitig wurde ausdrücklich betont, wer dort nichts zu suchen hatte: *«Hingegen*

[65] Vgl. auch 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 26ff und Wir über uns 1989, S. 25.
[66] 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 27.
[67] Schmied 1927, Bl. 7.
[68] 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 2.
[69] Betriebsgeschichte 2, Bl. 2.
[70] Schmied 1927, Bl. 7.

ist die Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten politischer und gewerkschaftlicher Organisationen aus prinzipiellen Gründen nicht erlaubt.» [66]

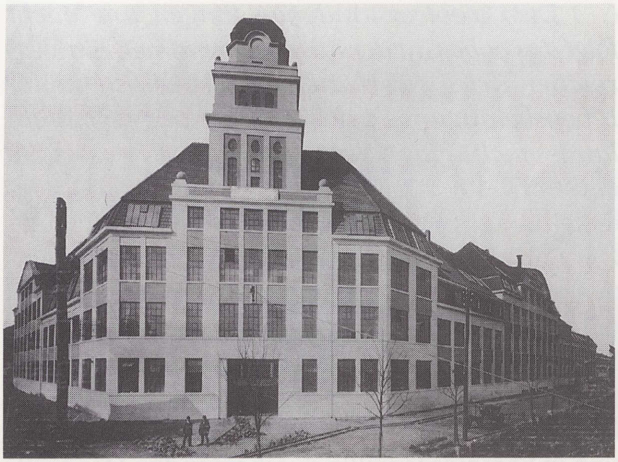
Die Geschäfte insbesondere mit dem Ausland gingen im letzten Jahr vor dem Krieg glänzend. Die Waffenfabrik spielte mit einer Beschäftigenzahl von 1200 Arbeiterinnen und Arbeitern und 50 Beamten erneut die dominierende Rolle im Städtchen wie in den besten Zeiten unter dem Erfinder Nikolaus von Dreyse.[67]

Das Werk im ersten Weltkrieg

Am 1. August 1914 erklärte das deutsche Reich Rußland den Krieg. Die Mobilmachung der Armee setzte ein. Vor dem Krieg hatte Rheinmetall seine Waffenprodukte vor allem an die späteren deutschen Kriegsgegner verkauft. In der Jubiläumsschrift «Zum 25jährigen Bestehen der Rheinischen Metallwaaren- und Maschinenfabrik Düsseldorf-Derendorf», die am 7. Mai 1914, drei Monate vor Kriegsausbruch, erschien, spiegelte sich die allgemeine Kriegsbegeisterung, verbunden mit der Verbreitung einer kriegsverklärenden und rassistisch-nationalistischen Ideologie, wider: *«Diesen Aufgaben, Pflichten und Sorgen wird eine Waffenfabrik auf die Dauer nur dann in freudigem Schaffen gewachsen sein, wenn Vorstand und Beamte von dem ethischen Bewußtsein durchdrungen sind, durch ihre Mitarbeit am Rüstungswerk dem Interesse der nationalen Verteidigung wie der Kulturentfaltung zu dienen. Es kann nicht scharf genug ausgesprochen werden, daß in der Rüstungsfähigkeit eines Volkes ein Gradmesser für seine Kraft und Entwicklungsfähigkeit beruht, wie im Kriege selbst ein Schutzmittel gegen die Entartung der Rasse gegeben ist. (...) Die Entwicklungsgeschichte vieler Völker zeigt, daß ein überlanger Friede mancherlei Gefahren für das nationale Gedeihen, für die physische und moralische Gesundheit des Volkes in sich schließt. (...) Dem wohlverstandenen Ringen um Macht folgt das hohe Gut der Rassengesundheit. Ein siegreicher Krieg führt zu einer Hochflut neuer Lebensbetätigung, wie die Entfaltung Deutschlands nach seinem letzten großen Kriege es beweist.»* [68] Gut gerüstet für diesen Krieg war Rheinmetall auch mit seinen Produktionskapazitäten. Die Ehrhardtschen Unternehmen waren sorgfältig aufeinander abgestimmt, die Anlagen auf dem neuesten Stand. Alles war vorbereitet, um auf der Woge des ersten Weltkrieges ganz oben zu schwimmen.

Doch zunächst brachte der Krieg die Produktion in Sömmerda völlig durcheinander. Der größte Produktionszweig, die Zünderfabrikation, mußte auf Befehl des Kriegsministeriums sofort eingestellt werden, weil die bisherigen Auftraggeber nun faktische oder potentielle Kriegsgegner geworden waren. Die Abnahmekommandos der ausländischen Regierungen, die sich in Sömmerda aufhielten, wurden aus dem Reich ausgewiesen. In den ersten drei Tagen der Mobilmachung wurden alle wehrfähigen Arbeiter eingezogen, darunter sämtliche Betriebsleiter, Meister und fast alle Facharbeiter.[69] Um die ausrückende Armee zu bewaffnen, wurde das Lager, insbesondere der Pistolenvorrat von 6000 Stück, innerhalb von 8 Tagen geräumt. Der weitere Bedarf konnte von den zurückgebliebenen Jugendlichen und alten Arbeitern nur in Überstunden befriedigt werden.[70] Zwei Monate später hatte sich das Chaos des Kriegsbeginns gelegt. Die Kriegsmaschinerie war ins Laufen gekommen, die «geregelte» Kriegs-

Vorderansicht V-Bau / Waffenabteilung 1915



Rückansicht V-Bau / Zünderfabrik 1915

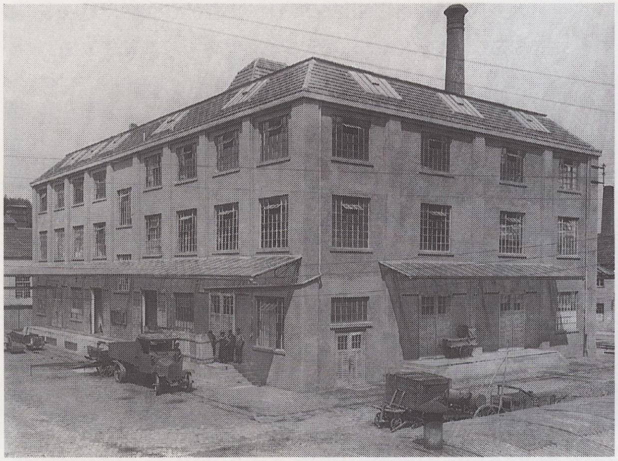


produktion begann. Buchhalter Schmied notierte:[71] *«Anfang Oktober gingen nun die Staatsaufträge in Zündern, Richtmitteln, Pistolen und Maschinengewehren ein. Wir haben bei Eingang der Aufträge gleich zur Bedingung gemacht, daß unser ganzes Personal, das wir listenmäßig eingereicht haben, sofort vom Felde wieder zurückbeordert wird. Dies ist auch geschehen und nun wurde Sonn- und Feiertage wie Wochentag Tag und Nacht gearbeitet und die Arbeiterzahl stieg auf 3000. (...) wir waren nun gezwungen, sofort mit dem Neubau der ganzen Fabrik zu beginnen. Wir bekamen sofort 200 Kriegsgefangene, Russen und Franzosen (...). Inzwischen wurden tausende von Maschinen bestellt, Einrichtungen angeschafft, tausende von Kleiderschränken und Waschanlagen angelegt, Feilen, Hämmer usw. waggonweise bezogen.»* In dieser Phase hektischer Betriebserweiterung entstand in mehreren Etappen der sogenannte V-Bau, der später mehrfach erweitert und umgebaut wurde und 1995 bis auf einen Teil des späteren Kulturhauses gesprengt wurde. Im ersten Bauabschnitt entstand 1913 eine neue Zünderfabrik, 1915 kam die Pistolenabteilung dazu und 1917 die Maschinengewehrabteilung.[72]

Da Betriebsdirektor Wesemann noch bis Februar 1915 im Krieg war, reiste Rheinmetall-Generaldirektor Müller jede Woche für 2-3 Tage an, um die Geschäfte zu leiten.[73] Auch das eigene Elektrizitätswerk war durch die fieberhafte Produktionssteigerung nach nur 15 Jahren bereits zu klein. Man beschloß deshalb, den gesamten Bedarf an Strom vom Kraftwerk Thüringen in Gispersleben zu beziehen und die eigene Anlage

[71] Ebd., Bl. 7-9. Die nachfolgenden, nicht extra gekennzeichneten Zitate, entstammen ebenfalls dieser Quelle.
[72] Übersicht über die Bautätigkeit des Betriebs, Historische Sammlung.

Magazin (Bürohaus) im Ursprungszustand 1917



Richtmittelbau (Schreibmaschine Altbau) 1917



Innenansicht Fräßerei



nur als Reserve zu betrachten. Die für die rasch wachsende Produktion benötigten Arbeitskräfte wurden aus der Armee nach Sömmerda abkommandiert. Der Buchhalter: *«Unsere Arbeiterzahl ist inzwischen auf 8000 gestiegen (halb Männer, halb Frauen) und da diese Menschen hier nicht alle untergebracht werden konnten, wurden die ganzen umliegenden Dörfer belegt. Ferner hat die Eisenbahndirektion morgens und abends 4 Arbeiterzüge eingesetzt. (...) Wir haben über 10 Wohnbaracken in Auftrag gegeben, die zu beiden Seiten der Straße nach der Unstrutbrücke aufgestellt wurden. In jeder Schlafzelle standen 4 Betten, jedesmal 2 übereinander, auf diese Weise waren ca. 200 Arbeiter untergebracht.»* Die Lager reichten nicht, erneut mußte eine Arbeiterkolonie gebaut werden. Der Buchhalter weiter: *«Dadurch, daß wir ca. 200.000,- RM für Straßenbauten pp. an die Siedlungsgesellschaft direkt gezahlt und jedem Werksangehörigen, der ein Rentengut erwarb, eine Hypothek von RM 1000,- bis RM 4000,- gegeben haben, war es möglich, die Kolonie so auszubauen, daß sie eine der größten von Deutschland geworden ist».* So entstand die





Siedlung «Auf dem Gartenberg», der erste ganze Stadtteil, der auf Initiative des Werkes gebaut wurde. Im Gegensatz zu der werkseigenen Siedlung an der Ehrhardtstraße wurde der Gartenberg von der Siedlungsgesellschaft «Sachsenland» gebaut und vom Werk finanziert.[74] Die Häuser gingen zumeist in den Besitz der Arbeiterfamilien über. Diese Gartenstadt wurde städteplanerisch und architektonisch als Einheit konzipiert. Sie bot für die damalige Zeit hohe Wohnqualität und eine gelungene Ergänzung des Stadtbildes. Nach einer der vielen unveröffentlichten Betriebsgeschichten finden sich an manchen Gartenberg-Häusern Bourbon-Lilien, das Zeichen des französischen Königsgeschlechts. Diese Zeichen sollen die französischen Kriegsgefangenen, die im wesentlichen diese Häuser bauten, aus Protest an den Dachgiebeln eingemauert haben.[75]

Für die vielen jungen Arbeiterinnen war die Wohnungsnot besonders schlimm. Sie kamen in großer Zahl von außerhalb nach Sömmerda, ohne daß ihre Unterbringung geregelt war. In einem Schreiben an die Kriegsamtsstelle Cassel vom April 1917,[76] durch das die Werksleitung die Verbesserung der Wohnungssituation der Arbeiterinnen erreichen wollte, sind das Ausmaß und die Folgen des kriegsbedingten Wachstums beschrieben. Die Belegschaft hätte sich versiebenfacht, heißt es da. Die Konsequenz: *«Einem derartigen plötzlichen Menschenzustrom waren natürlich die hiesigen Unterkunftsmöglichkeiten in keiner Weise gewachsen und es war unausbleiblich, daß die Wohnungsverhältnisse hier die denkbar schlech-*

[73] Wie Anm. 70, Bl. 8.
[74] Vgl. Clauss 1930, S. 29.
[75] VEB Robotron Büromaschinenwerk Sömmerda. Geschichte des Betriebs, Typoskript, 18 Bl., Historische Sammlung, Bl. 5.
[76] ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/15.
[77] Im Laborierwerk erfolgte eine Teilfertigung der Zünder. Es wurden dort mechanische Arbeiten ausgeführt und das Zündpulver angebracht. Beschreibung der Arbeitsvorgänge im Laboriergebäude, Typoskript, Historische Sammlung.

Ledigenheim in der Bahnhofstraße



Innenansicht Wohnraum



testen wurden und noch sind». Zur Untermauerung wurde eine Umfrage angeführt, die die Betriebsleitung in zwei Abteilungen hatte durchführen lassen, in denen vor allem Frauen beschäftigt waren: im Laborierwerk [77] und im Zünderbau. 2500 Frauen wurden befragt. Dabei kamen 790 Fälle zutage, in denen zwei Mädchen in der Stadt Sömmerda ein Bett gemeinsam benutzten. In 120 Fällen war dies außerdem auf den Dörfern der Fall. Der Bericht weiter: *«In 35 Fällen benutzen 1 Bett je 2 Mädchen der Tag- und Nachtschicht.»* Das heißt, daß zwei in der Tagschicht Arbeitende dort zusammen nachts schliefen und zwei in der Nachtschicht Arbeitende dasselbe Bett dann am Tag nutzten. Weiter: *«In 1 Fall, von dem wir zufällig Kenntnis haben, beherbergt 1 Dachstube 6 Mädchen der Tag- und Nachtschicht in 1 Bett. Es wäre uns ein Leichtes, mehrere ähnliche zum Teil noch unglaublichere Fälle in der hiesigen Wohnungsstatistik nachzuweisen»*. Von sich ausbreitenden Haut- und Infektionskrankheiten wurde gesprochen und daß in heißen Sommern durch *«allgemeine Unterernährung»* und eine *«derartige Wohnungsnot»* gar das Auftreten von Epidemien zu befürchten wäre. Wenn diese Menschenmassen auch das Leben der Einheimischen massiv beeinträchtigten, so versuchten doch manche von ihnen gleichzeitig, daraus Vorteile zu ziehen: *«Jeder irgendwie entbehrliche und mehr oder weniger geeignete Raum»* wäre als Schlafstelle vermietet, so der Bericht. Was die Versorgung anging, ist von einer *«horrenten Preissteigerung»* in den völlig unzureichenden und fast ständig ausverkauften Geschäften die Rede. Der Werksleitung gelang mit diesem Schreiben die Genehmigung für die Fertigstellung einiger Wohnhäuser und eines im Bau befindlichen «Ledigenheimes für Frauen und Mädchen». *«Um die vielen jungen Mädchen unterzubringen, wurde auch ein Ledigenheim in der Bahnhofstraße gebaut. Dieses Heim wurde mustergültig ausgestattet mit Speisesaal, Lesezimmer, Badeeinrichtungen, Wasch-, Bügel- und Nähräumen und beherbergte mit den Baracken über 250 Mädchen. Dieses Heim wurde von Damen der sozialen Fürsorge von sämtli-*

Konsum in der Bahnhofstraße



Verkaufsraum



chen Generalkommandos in Augenschein genommen und überall haben wir über diese Einrichtung volles Lob geerntet», berichtete Buchhalter Schmied[78] stolz nach der Fertigstellung über den Bau, der heute noch steht und mittlerweile das Landratsamt beherbergt.

Sicher waren diese Baumaßnahmen für die damalige Zeit sehr fortschrittlich und für alle, die einziehen konnten, eine entscheidende Verbesserung. Doch angesichts der katastrophalen Lage, in der sich die Masse der Arbeitskräfte befand, war es nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Nicht vergessen bei den Baumaßnahmen wurden die leitenden Mitarbeiter, die Beamten:[79] *«Die Beamtenschaft wurde auch größer und es mußte auch dafür gesorgt werden, daß auch diese Wohnungen bekommen und so wurden 1917/1918 die Beamtenwohnhäuser Goethe- und Schillerstraße gebaut»*, notierte Schmied.

Die neuen Aufgaben, die der Krieg mit sich brachte und die weit über die Produktion hinausgingen, ließen die Macht und Bedeutung der Waffenfabrik in der Stadt und Region immer mehr anwachsen. Neben der Finanzierung von Straßen, Wohnungen, sozialen Einrichtungen und Dienstleistungen übernahm das Werk auch, wie in der kriegswichtigen Produktion üblich, die Lebensmittelverteilung. Lebensmittel gab es nur auf Karten und die Belegschaft erhielt Zusatzkarten, *«da wir eine kriegsliefernde[80] Firma waren und die Arbeiterschaft in Schwer- und*

[78] Schmied 1927, Bl. 10. Weitere, nicht extra gekennzeichnete Zitate entstammen ebenfalls dieser Quelle.

[79] Die damaligen Beamten entsprechen den heutigen leitenden Angestellten.

[80] Gemeint war: Kriegsmaterial liefernd.

[81] Protokollbuch zu den Werkssitzungen ab 15. 6. 1917, Sitzung vom 24. September 1917, ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG, Werksdirektion 01/17.

Schwerstarbeiter eingeteilt wurden», so der Buchhalter. Und weiter: *«Wir haben für die Lebensmittelabteilung extra ein Büro eingerichtet unter Vorsitz eines neutralen Mannes, dem Pastor Hellhoff* (Der «neutrale» Pastor nahm an den vertraulichen Sitzungen der Werksleitung teil,[81] die Verf.). *Die Lebensmittel bekamen wir von einer amtlichen Stelle von Halle zugeteilt und wir mußten auch die kriegsliefernden Werke in Erfurt, Sangerhausen, Nordhausen, Gotha und Mühlhausen versorgen. Da die Baracke, in der die Verteilung vorgenommen worden ist, nicht mehr zureichte, wurde das Konsumgebäude in der Bahnhofstraße gebaut. Auch bei der Hindenburgspende, die aus Wurst und Speck bestand, mußte die Verteilung durch uns vorgenommen werden. Das Personal, 1 Verwalter, 1 Fleischermeister, mehrere Verkäufer und Verkäuferinnen, wurde von uns gestellt».*

Firmen-Briefkopf



RHEINISCHE
METALLWAAREN- UND MASCHINENFABRIK

GIRO-KONTO
BEI DER REICHSBANK DÜSSELDORF
POSTSCHECKKONTO: LEIPZIG Nr. 5038
TELEGRAMM-ADRESSE: ZÜNDNADEL
TELEPHON Nr. 2

ABTEILUNG SÖMMERDA
FRÜHER MUNITIONS- UND WAFFEN-FABRIKEN A.-G. VORM. VON DREYSE
STAMMHAUS: DÜSSELDORF-DERENDORF

AUSSTELLUNG DÜSSELDORF 1902
GOLDENE STAATSMEDAILLE UND
GOLDENE AUSSTELLUNGS-MEDAILLE

Fabrik-Marke

Sömmerda, den 27. Febr. 1913

Fabrikation von
automatischen Handfeuerwaffen
neuester, bester Konstruktionen.

Spezialität:
Selbstladepistolen „Dreyse"
Kal. 6,35, 7,65 und 9 mm und
Karabiner „Dreyse", Kal. 7,65 mm

Maschinengewehre
„Dreyse"
denkbar einfachste Konstruktion.

Gewehrläufe
für Jagdgewehre aus bestem Spezialstahl, von größter Haltbarkeit, nach dem Patent Ehrhardt.

Sämtliche Sorten
Messing- und Patronenhülsen
für Kugel- und Schrotgewehre, sowie für Revolver usw.

Munition jeder Art
für Jagd- und Militärgewehre, sowie für Revolver, Pistolen und
von Dreyse'sche Zündnadelgewehre usw.

Maschinenfabrik
für Herstellung von Spezialmaschinen der Waffen- und Munitionsbranche besonders Spezial-Fräsmaschinen und Revolverdrehbänke für Waffenfabrikation in verschiedenen Modellen.

Eisen- und Metallgießerei
zur Anfertigung aller Art Maschinen- und Bauguß sowie Massenartikel nach eigenen und fremden Modellen in bester Ausführung.

Verlor das Unternehmen im Krieg durch den hohen Arbeitskräftebedarf die Möglichkeit, die Beschäftigten durch drohenden Arbeitsplatzverlust gefügig zu machen, so brachte ihnen die stark erweiterte soziale Funktion neue Abhängigkeiten. Mit dem Wohnungsbau und der Eigenheimfinanzierung verfolgte die Rheinmetall-Führung das Ziel, anknüpfend an die Ackerbürgertradition in Sömmerda, die Arbeiter seßhaft zu machen: *«Man wollte den im Kampf ums Dasein aus der Heimat Ausgewanderten eine neue, vielleicht freundlichere Heimat gründen, um ein Gefühl der Verlassenheit und den Wunsch nach großstädtischen Genüssen in ihnen nicht aufkommen zu lassen. Jede Familie sollte daher*

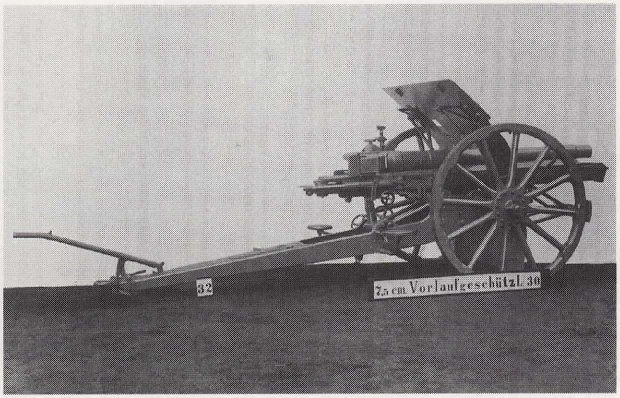
auch ihren Garten haben. Das Heimatgefühl des Industriearbeiters und sein Familiensinn werden gestärkt und vertieft, wenn er ein Stückchen Land bewirtschaften kann, das er sein eigen nennt», erläuterte eine Rheinmetall-Jubiläumsschrift.[82] Daß dies auch zum Problem für die Beschäftigten werden konnte, deren Mobilität begrenzt wurde, sollte sich in den Kämpfen von 1918 und 1920 zeigen.

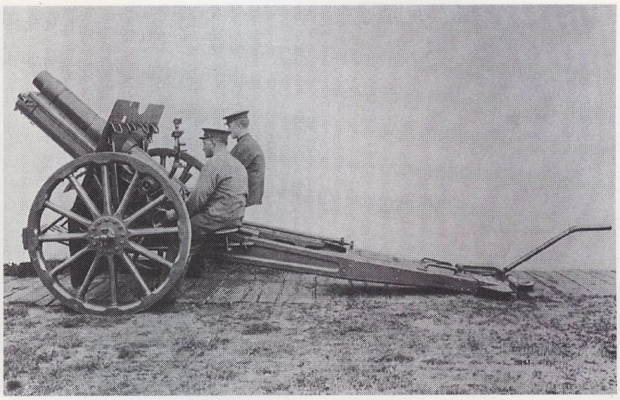
Nicht nur in der Abteilung Sömmerda, sondern im gesamten Rheinmetall-Werk explodierten durch den Krieg die Beschäftigtenzahlen, Produktionsziffern und die Gewinne. Vor dem Krieg hatte das gesamte Werk mit allen Einzelbetrieben insgesamt 8000 Arbeitskräfte beschäftigt,[83] im Oktober 1918 waren es 48.000, darunter 9000 Frauen.[84] Ungefähr die Hälfte dieser Frauen arbeitete in Sömmerda. Nach Betriebsveröffentlichungen wurden durch den Rüstungskonzern für den ersten Weltkrieg 4000 Kanonen, Haubitzen und sonstige Geschütze, 62.500 Minenwerfer und 746 Millionen Munition und Munitionsteile hergestellt.[85] Der Anteil an diesem Vernichtungspotential aus Sömmerda bestand in Geschützaufsätzen, Pistolen, Maschinengewehren und täglich 50.000 Zündern, produziert von 10.000 Arbeiterinnen und Arbeitern. Im Laufe der Kriegsjahre steigerte sich der Gewinn massiv, der in den Geschäftsberichten der Rheinmetall verbucht werden konnte.[86] Er kletterte von 9.876.619,13 Reichsmark im Geschäftsjahr 1914/15 auf 15.303.675,47 Reichsmark im Geschäftsjahr 1915/16 und erreichte 1916/17 immerhin noch 14.870.067,61 Reichsmark.

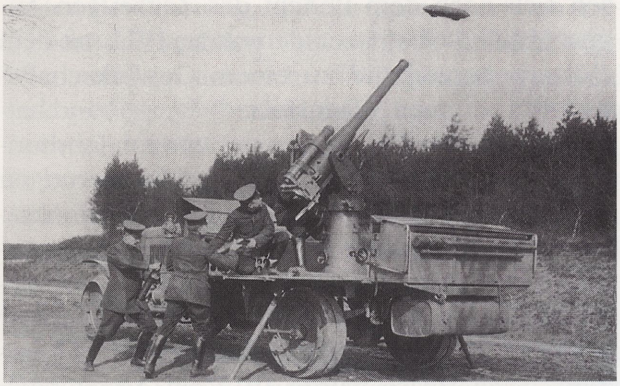
Arbeiteraktionen vor und während des Krieges

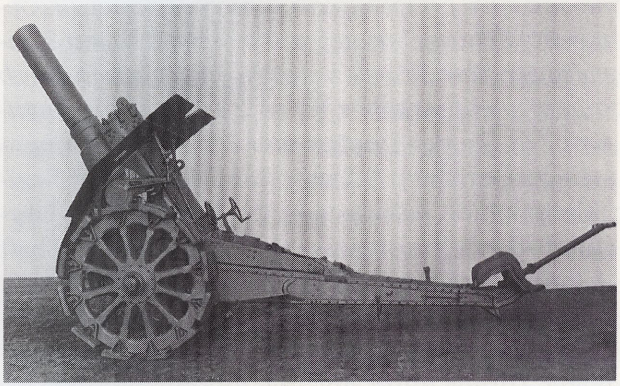
Die großen Schwankungen in den Beschäftigtenzahlen der Waffenfabrik Sömmerda von der Übernahme durch Rheinmetall bis zum 1. Weltkrieg wirkten hemmend und fördernd auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Der Belegschaftsabbau trieb junge, engagierte Arbeiter aus der Stadt. Umgekehrt bewirkte die hastige Einstellung von Zugereisten bei guter Auftragslage, daß mit ihnen revolutionäres Gedankengut aus den großen Städten nach Sömmerda kam. Unter den fortschrittlichen Arbeiter war die sozialdemokratische Partei zu Beginn des Jahrhunderts auch in Sömmerda die beherrschende Kraft. Allerdings soll sich erst 1901 eine Ortsgruppe der SPD gegründet haben,[87] ein Hinweis darauf, daß durch den Niedergang der Dreyse-Fabrik im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts auch der Nährboden für die Arbeiterbewegung fehlte. Hermann Graneis, Moritz Wandt, Oskar Pfotenhauer, August Haase, Otto Wölke, Hugo Teich, Heinrich Kusche,

[82] 25 Jahre Rheinmetall 1914, S. 25f.
[83] Ebd., S. 16.
[84] 50 Jahre Rheinmetall 1939, S. 48f. An anderer Stelle redet Rheinmetall selbst von 59.000 Beschäftigten. Vgl. Waffenschmiede 1943, S. 27.
[85] Ebd., S. 28f und 50 Jahre Rheinmetall 1939, S. 48f.
[86] ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/109. Vgl. auch: Wir über uns 1989, S. 31f und 35.
[87] Stadtarchiv Sömmerda; Übersicht über die Geschichte der Stadt, Typoskript, 3 Bl., Kopie in Historische Sammlung, Bl. 3. Die unveröffentlichte Betriebsgeschichte spricht dagegen von 1904 als Gründungsdatum der SPD in Sömmerda, Betriebsgeschichte 2, S. 11.
[88] Königl. Preußisches Landratsamt des Kreises Weißensee. Regelmäßige Berichterstattung über Sozialdemokratie pp., ThHStAW Außenstelle Gotha, Nr. 64, zitiert nach: Wir über uns 1989, S. 20 .
[89] Betriebsgeschichte 2, S. 11.
[90] Wir über uns 1989, S. 20ff.









Wilhelm Wölke und Emil Lebbäus wurden in einem Polizeibericht als Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratie in Sömmerda genannt.[88] Sozialdemokratische. Treffpunkte sollen die Lokale «Bürgergarten», «Vierjahreszeiten» und «Sonne» gewesen sein.[89] Als am 1. Mai 1902 rote Fahnen am Kriegerdenkmal und vor der katholischen Kirche angebrachte wurden, verdächtigte der Bürgermeister Rheinmetall-Arbeiter.[90] Das Wachstum der Fabrik infolge des russisch-japanischen Krieges brachte, wie der königliche Landrat in Weißensee 1906 bedauerte, durch den *«Zuzug von Elementen von auswärts (...) leider ein Anwachsen der sozialdemokratischen Elemente»*. Es gelang, die Verbindungen mit Erfurt, einem Zentrum der thüringischen Arbeiterbewegung, zu verstärken. *«Äußerem Vernehmen nach gelangt ganz neuerdings die sozialdemokratische «Thüringer Tribü-*

Schwimmerriege



Turnverein 1917



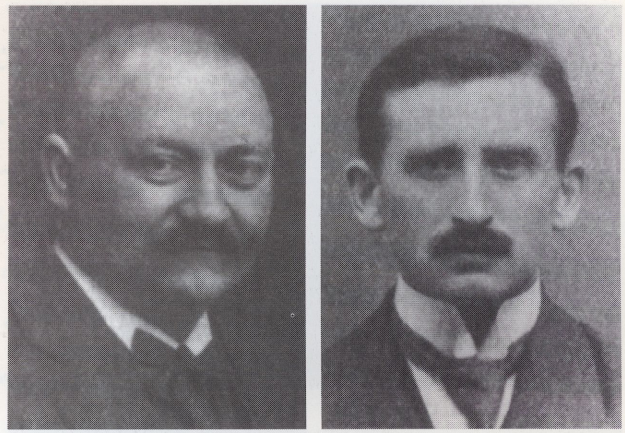
ne» mit etwa 60 Exemplaren nach Sömmerda. Genannte Zeitung hat sich auch mehrfach mit Sömmerdaer Verhältnissen beschäftigt, um dadurch immer mehr Arbeiter ihren Zwecken zu gewinnen,» wußte der Landrat weiter über die Gegenseite zu berichten.[91] Unter dem Einfluß der Sozialdemokraten faßte gegen Ende des ersten Jahrzehnts die Selbstorganisierung der Arbeiterschaft in immer mehr gesellschaftlichen Bereichen Fuß. 1908 trat der Turnverein Sömmerda aus der Deutschen Turnerschaft aus und schloß sich dem Arbeiter-Turner-Bund an.[92] Darüberhinaus gab es einen Arbeiter-Radfahrverein «Wanderlust». 1909 wurde der Arbeiter-Gesangverein «Vorwärts» gegründet, dessen Mitglieder überwiegend Rheinmetaller waren.[93] Und 1910 eröffnete der Konsumverein die erste Verkaufsstelle in der Langen Straße 39.[94] Als gewerkschaftliche Organisationen existierten der Metallarbeiterverband, der Fabrikarbeiterverband und der Zentralarbeiterverband der Maurer.[95] Die ersten beiden schlossen sich nach dem Bericht des Zeitzeugen August Haase, selbst Sozialdemokrat, 1911 mit dem Holzarbeiterverband zu einem Gewerkschaftskartell zusammen.[96] Der Holzarbeiterverband hatte schon in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Rolle gespielt. In seinen Erinnerungen schrieb Haase insbesondere dem Sozialdemokraten Heinrich Kusche aus Sömmerda einen großen Anteil an der wachsenden Gewerkschaftsbewegung zu. Der Dreher war, wie viele seiner Kollegen, von außerhalb zu Rheinmetall gekommen. Nach Haase wurde 1912 ein Arbeiterausschuß im Werk gewählt. Der Vorstand, der von

[91] Ebd.
[92] Betriebsgeschichte 2, S. 3.
[93] Bericht von August Haase, ebd., S. 4.
[94] Wir über uns 1989, S. 22.
[95] Betriebsgeschichte 2, S. 2.
[96] Bericht von August Haase, ebd. S. 11.
[97] Ebd.
[98] Wir über uns 1989, S. 31, dort wird als Quelle angegeben: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung., Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 185.

1912 bis 1918 von den sozialdemokratisch orientierten Freien Gewerkschaften gestellt wurde, leitete gleichzeitig die Betriebskrankenkasse.[97]

Der Kriegsbeginn stoppte abrupt das allmähliche Erstarken der Arbeiterbewegung. Die allgemeine Kriegsbegeisterung in der Bevölkerung und die Befürwortung des Krieges durch die SPD verwischten zunächst die Klassengrenzen. Nur eine kleine Minderheit oppositioneller Sozialdemokraten im Reich lehnte diese Politik ab. Eine von Karl Liebknecht, dem führenden Kopf dieser Opposition, 1915 initiierte Resolution gegen die Mehrheitspolitik der SPD unterzeichneten in Sömmerda immerhin zwei lokale sozialdemokratische Führer, der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells Moritz Wandt und der Jugendleiter Albert Schuchardt.[98]

Die Hoffnung in der zunächst zum Krieg bereiten Bevölkerung, daß die Opfer durch ein Aufheben der sozialen Unterschiede belohnt würden, erfüllten sich nicht. Im Gegenteil, wer Geld und genügend Beziehungen hatte, mußte trotz Lebensmittelrationierung keinen Hunger leiden, ja konnte sich trotz allgemeiner Not Luxusgüter und Zerstreuungen leisten, an die für die Arbeiter und ihre Familien nicht zu denken war. Daß die einen als Kriegsgewinner vom Krieg profitierten und die anderen die Opfer brachten, erbitterte. Im Sommer 1916 kam es im Reich zu den ersten Streiks während des Krieges. Gerade die besser bezahlten Arbeiter in der Kriegsindustrie seien in den Streik getreten, schrieb der Historiker Kocka, da sie *«sich angesichts des wachsenden Arbeitermangels ihrer Unternehmen Streiks den ganzen Krieg über sehr viel besser leisten konnten als die in einer schwächeren Position befindlichen, schlechter bezahlten Arbeiter in Friedensindustrien»*.[99] Gefordert wurden eine bessere Lebensmittelversorgung und die Anpassung der Löhne an die Teuerung. Eine Steigerung der Löhne während des Krieges läßt sich für Rheinmetall Sömmerda tatsächlich nachweisen. 1912 wurde als Stundenlohn bezahlt: Frauen 10-12 Pf, Vorarbeiterinnen 15 Pf, Männer ungelernt 45-55 Pf, Männer gelernt 55-60 Pf. 1917 erreichten besonders gute Facharbeiter einen Stundenlohn von 1,10 RM, Frauen erhielten 45 Pf.[100] Auch wenn die Unterschiede zwischen Männer- und Frauenlohn geringer wurden, blieb es doch bei einer deutlichen Benachteiligung der Frauen.



Moritz Wandt und Albert Schuchardt

Mit zunehmenden Kriegsjahren ging es bei den Forderungen aufgrund der völligen Erschöpfung der Arbeiterinnen und Arbeiter auch um Arbeitszeitverkürzung. Im «Kohlrübenwinter» 1916/17, als Kleidung und Schuhwerk durch die massive Teuerung für einen Großteil der Bevölkerung nicht mehr erschwinglich waren und sogar Kartoffeln, Fett und Kohlen äußerst knapp wurden, erreich-









te der Unmut im Reich einen ersten Höhepunkt. Als im April 1917 die Brotration auch für Schwerarbeiter, zu denen die Arbeiter in der Kriegsindustrie rechneten, gekürzt wurde, kam es zum Aufstand. Allein in Berlin streikten ca. 200.000 Arbeiter in ungefähr 300 Betrieben, besonders in den Rüstungsbetrieben.[101] Ob diese Streikwelle auch Sömmerda erreichte, wissen wir nicht.

99 Kocka, Jürgen: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Frankfurt am Main 1988, im folgenden abgekürzt als Kocka 1988, S. 61. Daß Regierung und oberste Heeresleitung die Unterstützung der Arbeiterschaft für diesen ersten totalen Krieg brauchten, zeigte sich auch im «Vaterländischen Hilfsdienstgesetz» vom 5. Dezember 1916. Im Gegenzug für die Einschränkungen der Freizügigkeit der Beschäftigten und einer faktischen Militarisierung der Arbeitsverhältnisse wurden mit diesem Gesetz die ersten staatlich anerkannten und von den Beschäftigten gewählten Vertretungsorgane in den Großbetrieben des Deutschen Reiches, die sogenannten Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse, eingeführt. Vgl. ebd., S. 152ff. Nach Zeitzeugenberichten existierte bei Rheinmetall Sömmerda ein Arbeiter-Ausschuß bereits seit 1912, siehe Anm. 96 und 97.

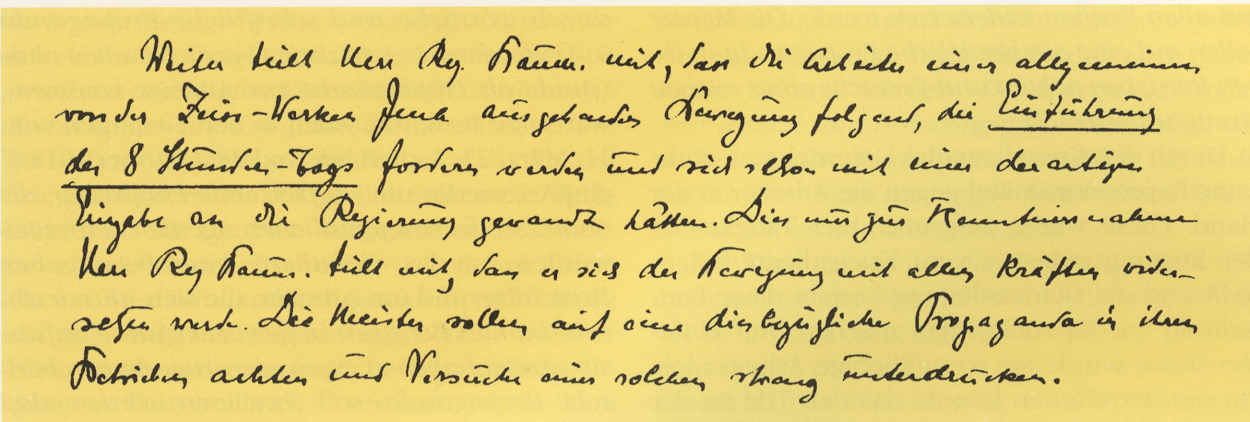
100 Wir über uns 1989, S. 22 und 33. Der Verfasser schöpfte vermutlich aus den handschriftlichen Notizen «Die Entwicklung des Betriebs», Historische Sammlung, Bl. 25.

101 Kocka 1988, S. 61f.

102 Als Mittelsmann wird dabei Wilhelm Kleinspän von der SPD-Parteileitung Nordhausen genannt. Vgl. Die Arbeiter Sömmerdas und ihre Taten bei der Vorbereitung und Durchführung der Novemberrevolution sind uns bis heute noch Verpflichtung, Typoskript, 28 Bl., ca. 1956, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Die Arbeiter Sömmerdas 1956, Bl. 7 und Betriebsgeschichte 2, S. 14. An anderer Stelle ist im selben Zusammenhang von J. Kleinspehn, Mitglied der Redaktion der Volkszeitung Nordhausen, die Rede. Wir über uns 1989, S. 32.

103 Wir über uns 1989, S. 32 und Die Arbeiter Sömmerdas 1956, Bl. 14.

Auszug aus dem Protokollbuch der Werksleitung (Sitzung vom 27. August 1917)



Weiter teilt Herr Reg. Baum. mit, dass die Arbeiter einer allgemeinen von den Zeiss-Werken Jena ausgehenden Bewegung folgend, die Einführung des 8 Stunden-Tags fordern werden und sich schon mit einer derartigen Eingabe an die Regierung gewandt hätten. Dies nur zur Kenntnisnahme. Herr Reg. Baum. teilt mit, dass er sich der Bewegung mit allen Kräften widersetzen werde. Die Meister sollen auf eine diesbezügliche Propaganda in ihren Betrieben achten und Versuche einer solchen streng unterdrücken.

Sicher ist jedoch, daß diese Kämpfe unter den politisch organisierten Arbeitern in Sömmerda bekannt waren. Denn den unter Kriegsbedingungen illegalen Kontakt zur sozialdemokratischen Opposition im Reich hielt der Sömmerdaer Ortsverein offensichtlich immer aufrecht. Die Spartakusbriefe, die von der Gruppe «Internationale» um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht herausgegeben wurden, sollen nach Sömmerda gelangt sein.[102] Als im April 1917 in Gotha die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die USPD, gegründet wurde, die die Zusammenarbeit mit der Reichsregierung ablehnte und eine Beendigung des Krieges forderte, waren zwei Sömmerdaer Delegierte, Albert Schuchardt und Karl Schäfer, dabei. Ihr Konferenzbericht auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung in der Gaststätte «Vier Jahreszeiten» führte dazu, daß der SPD-Ortsverein Sömmerda mehrheitlich zur USPD übertrat.[103] Albert Schuchardt soll erster, Heinrich Kusche zweiter Vorsitzender geworden sein.[104] Die alte SPD, die sich nach Abspaltung der USPD jetzt Mehrheits-Sozialdemokratische Partei Deutschlands, MSPD, nannte, verlor insgesamt im Reich massiv an Einfluß. Ihre Mitgliederzahl reduzierte sich zwischen 1914 und 1917 auf weniger als ein Viertel.[105] Daß sie in einem Ort faktisch ganz in einen USPD-Ortsverein überging, ist aber schon erstaunlich. Dieses Faktum spricht für die politische Homogenität der sozialdemokratischen Gruppe in Sömmerda, die vermutlich durch den gemeinsamen Arbeitsalltag bei Rheinmetall gefördert wurde.

Auf Dauer blieb der Protest nicht auf eine kleine Gruppe politisch organisierter Arbeiter beschränkt. Die erste Aktion der Rheinmetall-Beschäftigten ist für August des Jahres 1917 dokumentiert. In einer «Werkssitzung» am 27. August 1917[106] informierte Betriebsdirektor Wesemann die Betriebsleiter darüber, «*daß die Arbeiter einer*

allgemeinen, von den Zeiss-Werken Jena ausgehenden Bewegung folgend, die Einführung des 8 Stunden-Tages fordern werden und sich schon mit einer derartigen Eingabe an die Regierung gewandt hätten» (Unterstreichung im Original). Er teilte weiter mit, *«daß er sich der Bewegung mit allen Kräften widersetzen werde. Die Meister sollen auf eine diesbezügliche Propaganda in ihren Betrieben achten und Versuche einer solchen streng unterdrücken»*.

Durch den Krieg hatte das Unternehmen wirksame Repressionsmittel gegen die Arbeiter in der Hand. Diese waren aufgrund ihrer Tätigkeit in der Rüstungsindustrie vom Kriegsdienst freigestellt und die Betriebsleitung konnte diese Freistellung wieder rückgängig machen. Auf einfache Weise wurde sie so mißliebige Arbeiter los. Für die Betroffenen konnte das den Tod an der Front bedeuten. In der oben erwähnten Werkssitzung am 27. August 1917 ging es auch um einen solchen Fall. In einer *«vertraulichen Mitteilung»* wies Betriebsdirektor Wesemann darauf hin, daß sich ein Arbeiter krank gemeldet hätte und beim Kontrollbesuch der Krankenkasse nicht zu Hause gewesen wäre. *«Auf die Aufforderung unsererseits, die Arbeit aufzunehmen, antwortete er nicht sofort, sondern erschien nach einigen Tagen mittags 12 Uhr zur Arbeit»*, so Wesemann laut Protokoll. *«Als ihn der Meister aufforderte, das am selben Tag durch sein Zuspätkommen Versäumte durch Überstunden nachzuholen, antwortete er ablehnend und daß er überhaupt keine solchen machen würde. (...) Er wurde daraufhin dem Militärdienst empfohlen»*, heißt es lakonisch im Protokoll. *«Herr Regierungsbaumeister* (das ist Wesemann, d. Verf.) *ordnete an, in allen ähnlichen Fällen so zu verfahren. Renitente Leute werden entlassen und gleichzeitig dem Bezirkskommando mitgeteilt, daß wir an der Reklamation des Betreffenden kein Interesse mehr hätten»*.

Auf Antikriegspropaganda antwortete Wesemann immer mit Repression. In der Werkssitzung am 3. September 1917 informierte er darüber, daß in den Städten *«Versuche unternommen werden, die Arbeiter zu Streiks in den Rüstungsbetrieben durch wörtliche und schriftliche Propaganda aufzufordern. (..) derartige Versuche sollen ohne Gnade als Landesverrat zur Anzeige kommen»*, war seine Reaktion. Auch in den Sitzungen vom 11. März, 23. September und 28. Oktober 1918[107] ging es wieder um *«aufreizende Flugblätter, die ohne Zweifel von feindlichen Agenten verbreitet»* würden, um das *«Cirkulieren einer hetzerischen Broschüre»* und um Arbeiter, die sich *«durch unverschämtes Betragen in gewissem Sinne aufsässig gezeigt haben»*. Gegen *«derartige verbrecherische Propaganda»* soll *«bewiesen werden, daß unser Werk die Zügel immer straff in der Hand hat»*, lautete Wesemanns strikte Anordnung.[108]

Stimmen gegen den Krieg durften nicht laut werden, für die Unterstützung des Krieges warb Wesemann dagegen selbst. In der Werkssitzung am 24. September 1917, zu der wegen des Themas auch alle Werksmeister eingeladen worden

[104] Die Arbeiter Sömmerdas 1956, Bl. 15.

[105] Mitgliederentwicklung der SPD: 1914 - 1.086.000, 1915 - 586.000, 1916 - 433.000, 1917 - 243.000. Vgl. Kocka 1988, S. 75.

[106] Sitzung vom 27. August 1917 im Protokollbuch zu den Werkssitzungen ab 15. 6. 1917, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/17, im folgenden abgekürzt als: Protokollbuch.

[107] Protokollbuch.

[108] Eine Sympathiekundgebung für die russische Revolution, zu der es nach einer unveröffentlichten Betriebsgeschichte im November 1917 im Zünderbau gekommen sein soll, ist allerdings nicht mit Quellenhinweisen belegt. Vgl. Betriebsgeschichte 2, S. 15 und Wir über uns 1989, S. 33.

[109] Sitzung vom 24. September 1917 im Protokollbuch .

[110] Sitzung vom 1. Oktober 1918, ebd.

[111] Sitzung vom 25. Februar 1918, ebd.

[112] Dr. Max Hirsch war Mitglied der liberalen Fortschrittspartei. Seine Gewerkvereine waren auf Zusammenarbeit mit den Unternehmen orientiert.

[113] Sitzung vom 4. November 1918 im Protokollbuch.

waren, ging es um die 7. Kriegsanleihe. In insgesamt neun Kriegsanleihen kamen im ersten Weltkrieg 98,7 Milliarden RM zusammen, die zur Dekkung der Kriegskosten verwandt wurden. Laut Protokoll [109] ging es Direktor Wesemann darum, *«bei dem verständigen Teil der Arbeiterschaft auf mehr oder weniger hohe Zeichnungen hinzuwirken. Vor allen Dingen soll das weitverbreitete Vorurteil aus den Köpfen Vieler beseitigt werden, daß Zeichnungen auf Kriegsanleihe den Krieg verlängern. Das Gegenteil sei der Fall.»* Angesichts der Kriegsmüdigkeit der Belegschaft sollten die Werkmeister als die direkten Vorgesetzten die Zeichnung durchsetzen. Bis zuletzt gab es um dieses Thema Auseinandersetzungen im Betrieb. Noch in der Sitzung der Werksleitung vom 1. Oktober 1918, die als *«ausserordentliche Kriegsanleihe-Sitzung»* im Protokollbuch [110] vermerkt wurde, kam es laut Wesemann gerade jetzt darauf an, *«der Welt die nicht versagende deutsche Finanzkraft von neuem zu beweisen. (...) Die IX. Kriegsanleihe zu zeichnen, sei ein Gebot der Stunde».* Die Abteilungsvorsteher und Betriebsleiter sollten zunächst die Werkmeister darauf einschwören, daß *«wir keinen Eroberungskrieg, sondern nur einen reinen Verteidigungskrieg führen. Diese Mitteilung hätten die Meister dann in entsprechender Weise den Arbeitern auseinander zu legen».* Herr Wesemann selbst engagierte sich, indem er ein Flugblatt zu dem Thema verfaßte, daß in *«wirklich ausgiebiger Verteilung»* unter die Leute kommen sollte (Unterstreichungen im Original).

Doch auch andere Mittel als die der Kontrolle und Repression setzte die Werksleitung ein, um auf die Arbeiterschaft Einfluß zu nehmen. Nach dem Protokoll einer Werkssitzung vom 25. Februar 1918 [111] versuchte die Direktion, Arbeiter für eine zu gründende Deutschnationale Arbeiterpartei zu gewinnen. *«Zum Anschluss kommen in Betracht die Angehörigen der Hirsch-Dunckerschen[112] und Christlichen Gewerkschaften und die freien Arbeiter. (...) Die Betriebsleiter werden gebeten, sich mit eventuellen interessierten guten Elementen ihrer Abteilungen in Verbindung zu setzen. (...)»* Dafür abonnierte die Betriebsleitung zunächst 30 Exemplare der «Nationalen Arbeiterzeitung». Sie wollte nicht als Drahtzieher dieser Aktion bekannt werden: *«Die Anregungen sollen sehr diskret und vorsichtig gegeben werden, um unbedingt den Anschein zu vermeiden, als ob die Sache vom Werk ausginge».* Über einen Erfolg dieser Aktion ist nichts bekannt.

Konflikte gab es um die Rechte des Arbeiterausschusses, der von der Betriebsleitung bereits vor dem Krieg eingerichtet worden war und von dem bereits die Rede war. Erwähnt wurde er im Protokoll der Werksitzung vom 4. November 1918 [113], also wenige Tage vor der Revolution. Direktor Wesemann berichtete und kommentierte in dieser Sitzung die Forderungen, die der Arbeiterausschuß einen Tag zuvor aufgestellt hatte. Die Forderung nach Reduzierung der Arbeitszeit von 10,5 auf 9 Stunden wurde von ihm abgelehnt. Dagegen war er zu einer Lohnerhöhung bereit, allerdings mit Einschränkungen: *«Der durchschnittlich bewilligte Lohnzuschlag von 10 % soll nur bei tüchtigen Arbeitern Anwendung finden».* Die Familienunterstützung wurde leicht erhöht, die Gewährung von Urlaub dagegen strikt abgelehnt.

Das Protokoll dieser Sitzung spiegelt Konflikte um die Rechte des Arbeiterausschusses wider: *«Der Arbeiterausschuß wünscht, seine Funktionen ausüben zu können, ohne von der Direktion irgendwie behindert zu sein»*, heißt es. *«Herr Baumeister Wesemann hat diese Forderung prinzipiell abgelehnt. Wenn ein Ausschußmitglied mit einem Arbeitskollegen während der Arbeitszeit*

etwas zu verhandeln beabsichtigt, hat er hierfür von seinem Werkmeister die Erlaubnis einzuholen. Eine längere Ausnutzung dieser Erlaubnis ist jedoch unstatthaft». Das Thema Kriegsanleihen war ebenfalls ein Streitpunkt. Der Ausschuß forderte *«Keine Zwangsausübung bei den Arbeitern bei Kriegsanleihen-Zeichnungen»* und erhielt als Antwort: *«Bevor seitens des Ausschusses nicht ein derartig vorgekommener Fall glaubhaft gemacht wird, lehnt Herr Regierungsbaumeister Wesemann jede Diskussion mit den Ausschuß-Mitgliedern ab.»* Wesemann war offensichtlich freiwillig nicht zur Kooperation mit der Arbeitervertretung bereit. Erst die Revolution sollte ihn dazu zwingen, vorübergehend von seiner Macht abzugeben.

Der Arbeiterrat bei Rheinmetall

Bereits im Januar 1918 war es im gesamten Reich zu einem politischen Massenstreik für die Beendigung des Krieges gekommen. Die Aktion wurde initiiert von Vertrauensleuten aus Berliner Metallbetrieben, den sogenannten «revolutionären Obleuten», die dem linken Flügel der USPD angehörten. Über eine Million Arbeiterinnen und Arbeiter im Reich beteiligten sich. Noch konnte die Regierung die Erhebung mit den Mitteln der Militärdiktatur unterdrücken. Es kam zum Verbot aller Versammlungen und zu Massenverhaftungen. Zurückgestellte Arbeiter wurden einberufen und kriegswichtige Betriebe unter militärische Leitung gestellt. Es ist nichts darüber bekannt, daß sich die Rheinmetallbelegschaft in Sömmerda diesem Streik anschloß. Als sicher gilt jedoch, daß die Sömmerdaer USPD-Gruppe um Albert Schuchardt Kontakt mit Emil Barth hatte, Mitglied der revolutionären Obleute in Berlin und später USPD-Vertreter in der Regierung der Volksbeauftragten. Barth soll Schuchardt im Frühjahr 1918 in dessen Wohnung in der Sömmerdaer Brauhausstraße besucht haben. Aus diesem Treffen ergab sich eine Aktion, die später in der DDR-Betriebsgeschichtsschreibung als *«Handgranaten für die Revolution»*[114] legendäre Züge bekommen hat. In der Historischen Sammlung existiert noch ein Tonband aus den 70er Jahren mit einem Bericht des schon hochbetagten Otto Wölke, der als junger Mann beteiligt war. Der Hintergrund für diese Geschichte waren die unterschiedlichen Strömungen und ein prinzipieller Streit innerhalb der Sozialdemokratie am Vorabend der Revolution. Die MSPD trat in die Anfang Oktober 1918 unter Prinz Max von Baden gebildete Regierung ein und unterstützte die so entstandene parlamentarische Monarchie. Eine zögernde Haltung nahm die Mehrheit der USPD-Führung ein. Dagegen strebten die radikaleren Teile der USPD, die revolutionären Berliner Obleute und der Spartakusbund um Liebknecht und Luxemburg eine grundlegende, sozialistische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse an. Wie in der russischen Revolution im Jahre zuvor wollten sie die Übernahme der Macht durch Arbeiter- und Soldatenräte, um so die Beendigung des Krieges

[114] Betriebsgeschichte 2, S. 17. Das früheste Zeugnis darüber findet sind in: Die Arbeiter Sömmerdas 1956, Bl. 18ff. Dieser Text basierte offensichtlich auf der Befragung von Beteiligten.

[115] Wir über uns 1989, S. 33. Die Namen decken sich auch mit den in anderen Ausarbeitungen erwähnten. Z. B.: Zeittafel. Über die geschichtliche Entwicklung des Büromaschinenwerks seit dessen Gründung im Jahre 1817 bis zum Jahre 1946, Typoskript 4 Bl., Historische Sammlung, Bl. 3. In der Betriebsgeschichte wird allerdings von Otto und nicht von Louis Schreiber gesprochen, vielleicht ein Flüchtigkeitsfehler. Betriebsgeschichte 2, S. 17f.

[116] Die Arbeiter Sömmerdas 1956.

[117] Im Sömmerdaer Werk soll im Juni/Juli 1918 die geplante Beteiligung an einem Streik der Berliner Munitionsarbeiter durch Probleme in der Informationsübermittlung gescheitert sein. Vgl. Betriebsgeschichte 2, S. 16.

und die Enteignung der Kapitalisten zu erzwingen. Weil sie militärische Konflikte dabei nicht ausschlossen, beauftragten die revolutionären Obleute in Berlin Emil Barth, Waffen zu besorgen. Und das tat er unter anderem in Sömmerda. Worauf sich Albert Schuchardt und seine Genossen einließen, war für sie lebensgefährlich. Unter Verwendung des in Sömmerda hergestellten Artilleriezünders KZ 11 konstruierten sie eine Handgranate, die sie in mehreren hundert Stück an ihrem Arbeitsplatz und während der Arbeitszeit herstellten. Die fertigen Handgranaten wurden aus dem Werk geschmuggelt und im Oktober und Anfang November 1918 per Bahn nach Berlin geschafft. Eine solche Aktion verlangte neben der Einhaltung konspirativer Regeln vor allem eine Gruppe politisch überzeugter, mutiger und technisch versierter Facharbeiter. Es waren keine jungen Heißsporne und Abenteurer, sondern erfahrene Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Familienväter. Albert Schuchardt war seit 1916 Meister im Laborierwerk in der Zündermontage, Karl Schäfer war Dreher - beide hatten 1917 die USPD mitbegründet. Der 31jährige Otto Wölke, Einrichter in der Abteilung Zünderbau, der beim Transport nach Berlin dabei war, hatte vier kleine Kinder. Beteiligt waren außerdem Karl Hähnel, Gustav Holland-Moritz und Louis Schreiber.[115] In einer anderen Quelle taucht noch der Name Kallenberg auf.[116]

Die staatliche Autorität verfiel im Lauf des Jahres 1918 mehr und mehr.[117] Gleichgültigkeit und Widerstand gegenüber immer neuen staatlichen Zwangsmaßnahmen nahmen im Reich zu. Zunehmend griffen die Menschen zur Selbsthilfe, um ihr Überleben zu sichern. Im Sommer 1918 war die militärische Niederlage der deutschen Armee absehbar. Nun schlug die Stimmung innerhalb der Bevölkerung endgültig um. Weitere Opfer für

Alte Verwaltung 1901

Verwaltung 1917





diesen verlorenen Krieg schienen den Menschen sinnlos. Die Weigerung der Hochseeflotte am 30. Oktober in Kiel, erneut auszulaufen, wurde das Signal zum Aufstand. Am 10. November hatte die Revolution Berlin erreicht. Die Vollversammlung der neugebildeten Berliner Arbeiter- und

Soldatenräte wählten die neue Regierung, den Rat der Volksbeauftragten. Am 11. November notierte der Schreiber in das Werkssitzungs-Protokollbuch[118] in Sömmerda: *«Wegen allgemeiner revolutionärer Demonstration in Sömmerda fällt die heutige Sitzung aus und wird auf morgen verschoben.»* Die Revolution veränderte das Kräfteverhältnis im Betrieb auf einen Schlag. Die Ereignisse aus der Sicht von Buchhalter Schmied, der mittlerweile in die Betriebsleitung aufgestiegen war: *«Nun kam der unglückliche Revolutionstag (...) Herr Baumeister Wesemann, Herr Schröder, Herr Dartsch und meine Wenigkeit* (alle drei haben regelmäßig an den Werkssitzungen teilgenommen, d. Verf.) *wurden durch die Arbeitermenge, die sich vor dem Verwaltungsgebäude aufgestellt hatte, unter großem Gelächter durchgeführt. Dabei bekamen wir manchen Rippenstoß und Kopfschlag. Mir, wie Herrn Nilgus wurden die Kassenschlüssel abgenommen und wir sind dann bis nachmittag 5 Uhr in Haft genommen worden. Am selbigen Tag wurde der Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Dem Baumeister Wesemann haben sie alle Rechte als Direktor abgenommen und ihren Arbeiterrat als Direktion eingesetzt. Sämtliche verfügbaren Maschinengewehre, Pistolen und Munition wurden aus dem Werk genommen und die Arbeiterkompanien damit ausgerüstet.»*[119] An Entschlossenheit fehlte es den Arbeitern, die sich am 11. November auf dem Sömmerdaer Marktplatz versammelten, sicher nicht. Und es fehlte im neu gebildeten Arbeiterrat auch nicht an Männern, die im Besitz politischer Erfahrung und des Vertrauens ihrer Kollegen waren. Die alten linkssozialdemokratischen Kämpfer Albert Schuchardt, Heinrich Kusche, Moritz Wandt, Karl Schäfer, Karl Hähnel und Otto Wölke waren dabei. Neue Namen waren Max Hähnel, Ernst Ulrich, Fritz Voigt, Hermann Sonntag, Louis Schreiber, Jacob Steffens, Fritz Jürgel, Albert Braband und Bruno Schmidt.[120] Die Namen sind überliefert, schwierig ist es jedoch, fast 80 Jahre später zu rekonstruieren, was in diesen Novembertagen in Sömmerda genau passierte. Die Vertreter der neuen Arbeitermacht hinterließen kaum Zeugnisse ihrer Absichten und Handlungen.[121] Berichtet wurde, daß ein ebenfalls gebildeter «Kreis-Arbeiter- und Soldatenrat» vier Mitglieder beauftragt haben soll, die Viehbestände zu kontrollieren.[122] Es ging darum, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Otto Bach, der nach dem Krieg Obmann des Betriebsrats im Martini-Dachziegelwerk war, erinnerte sich an diese Aktivitäten: *«An den Eingängen von Sömmerda waren Wachen aufgestellt. die nun alle Wagen kontrollierten und manche Schiebergeschäfte feststellten, wo Butter und sonstige Nahrungsmittel verschoben werden sollten. Ich bin mit noch einem Genossen, da wir zur Exekutive gehörten, nachträglich zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden, wegen Anmaßung einer Amtshandlung.»*[123] Eines der wenigen bekannten Dokumente des Sömmerdaer Arbeiterrats ist der am folgenden Tag in der Sömmerdaer Zeitung abgedruckte Aufruf.

Der Aufruf blieb sehr vage, was die nächsten Schritte des Arbeiterrates anging. Lediglich von *«großen Umwälzungen»* und einer *«besseren Zukunft»* war die Rede. Dies könnte ein Hinweis

[118] Protokollbuch.

[119] Schmied 1927, Bl. 9f.

[120] Betriebsgeschichte 2, S. 22.

[121] Eine in den 80er Jahren verfaßte Betriebsgeschichte gibt Aussagen der damaligen Protagonisten im Wortlaut wieder, ohne auf die Quelle zu verweisen. Die Authentizität dieser Zitate ist damit höchst fraglich. Betriebsgeschichte 2, S. 21f .

[122] Die Arbeiter Sömmerdas 1956, Bl. 25.

[123] Lebenslauf von Otto Bach, Sömmerda, den 12. 6. 1970, Typoskript, 13 Bl., Historische Sammlung, Bl. 8.

[124] Sömmerdaer Zeitung vom 12. November 1918, Kopie in Historische Sammlung.

Aufruf in der Sömmerdaer Zeitung [124]

Sömmerdaer Zeitung

Öffentlicher Anzeiger für den Kreis Weißensee, sowie die Amtsgerichtsbezirke Großrudestedt und Vieselbach

Erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Abonnementspreis mit „Illustriertes Sonntagsblatt" für hier und Land Mk. 2.55 auf der Post abgeholt vierteljährlich Mk. 2 durch den Postboten frei ins Haus Mk. 2.42

Druck und Verlag: Sömmerdaer Zeitung, G. m. b. H., Sömmerda.

Gegr. 1864

Inseratenpreis: Die 45 mm breite Petitzeile für hiesige Geschäftsleute 15 Pfg., für amtliche u. ausw., sowie durch Vermittlung von Annoncen-Expeditionen od. durch andere Blätter aufgegebene Inserate 20 Pfg. Reklame: Die 90 mm breite Petitzeile 50 Pfg. Für undeutlich geschriebene und telephonisch aufgegebene Anzeigen keine Gewähr.

Telegramm-Adresse: Zeitung Sömmerda. Fernsprech-Anschluß Nr. 20.

Nr. 266 | Dienstag, den 12. November | 1918

An die Bevölkerung Sömmerdas.

Infolge der Revolution hat sich auch in Sömmerda ein Arbeiterrat gebildet.

Derselbe hat in dieser Stunde die öffentliche Gewalt in seine Hände genommen.

Ausschreitungen, Plünderungen und Versuche der Auflehnung gegen den Arbeiterrat werden nach dem Revolutionsgesetz bestraft.

Die Beamten, soweit sie sich dem Arbeiterrat zur Verfügung stellen, bleiben unter Kontrolle des Arbeiterrats in ihren Ämtern.

Der Arbeiterrat rechnet auf die Mithilfe der gesamten Bevölkerung.

Arbeiter und Bürger Sömmerdas! Helft mit, daß sich die unvermeidlich gewordenen großen Umwälzungen, die uns nach dieser Zeit grausamen Völkermordens eine bessere Zukunft sichern sollen, möglichst leicht vollziehen. Keine Gewalttat, kein Blutvergießen soll die Sache des Volkes entweihen.

„Hoch lebe die sozialistische Republik!"

Sömmerda, den 11. November 1918.

Der Arbeiterrat.

Die Bevölkerung wird aufgefordert, von abends 8 Uhr bis früh 6 Uhr ihre Behausung nicht zu verlassen und den Wachmannschaften Folge zu leisten.

Die Arbeit wird Dienstag morgen 7 Uhr in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Der Arbeiterrat.

sein auf eines der zentralen Probleme, die sich für die Revolutionäre in Sömmerda stellten. Sie wollten die *«sozialistische Republik»*, waren jedoch nicht darauf vorbereitet, tatsächlich die betriebliche und kommunalpolitische Führung den alten Machthabern zu entreißen und selbst zu übernehmen.

Die naheliegenden Forderungen wie die nach dem allgemeinen Wahlrecht und dem achtstündigen Arbeitstag, die im ganzen Reich erhoben wurden und schließlich in der Revolution auch durchgesetzt werden konnten, wurden auch in Sömmerda laut.[125] Über die entscheidende Frage, wie sich nach dem 11. November die Auseinandersetzung zwischen der alten Betriebsleitung und dem revolutionären Arbeiterrat gestaltete und um welche Themen die Konflikte kreisten, geben uns zwei Quellen Auskunft. Zum einen liegen die Protokolle von drei Sitzungen der Werksdirektion vom 12., 18. und 25. November 1918 vor.[126] Zum anderen zeichnete Buchhalter Schmied 9 Jahre nach den Ereignissen seine Erinnerungen auf. Beide Quellen bewerten die Ereignisse aus der Sicht der Werksleitung. Wo sie sich widersprechen - und das tun sie vor allem in der Frage, wie stark die Machtposition des Arbeiterrates war -, ist den Protokollen der Vorzug zu geben. Sie sind unmittelbar während der Ereignisse verfaßt worden. Ihre Authentizität ist nicht beeinträchtigt durch Vergessen oder Verzerrung, wie sie in Jahre später aufgezeichneten Erinnerungen möglich sind.

Wer leitete nun in diesen Tagen im November 1918 den Betrieb? Der Arbeiterrat beschloß, nur die Beamten auf ihrem Posten zu belassen, die sich seiner Kontrolle unterstellten und Buchhalter Schmied sprach in den oben zitierten Erinnerungen eindeutig davon, daß der Arbeiterrat die Leitung der Rheinmetall Sömmerda übernommen hätte. Dies unterstützte die schon oft zitierte unveröffentlichte Betriebsgeschichte, die Anfang der 80er Jahre von der Parteileitung in Auftrag gegeben wurde. Danach erschienen die Sömmerdaer Betriebsdirektoren am 11. November nach Aufforderung beim Arbeiterrat im Rathaussaal und erklärten, *«sich selbstverständlich der Kontrolle des Arbeiterrates zu beugen»*.[127] Ein ganz anderes Bild vermittelt das Protokoll der Werkssitzung vom 12. November,[128] dem Tag nach der Demonstration. Schon die Tatsache, daß sich die alte Betriebsleitung weiter zu Werkssitzungen traf, zeigt, daß sie ihren Anspruch auf die Macht im Betrieb nicht aufgegeben hatte. Laut Protokoll teilte Herr Wesemann seiner Führungsmannschaft mit, daß *«er die Aufforderung des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrats, sich ihm anzuschließen, von vornherein glatt abgelehnt und sich in Bezug auf Dispositionsfreiheit freie Hand vorbehalten hat»*. Das Protokoll zeigt eine Art «Doppelherrschaft» von alter Betriebsleitung und neuem Arbeiterrat. Für einige Tage gab die Betriebsleitung der neuen Macht nach, jedoch nur, um eine für sie günstigere Zeit abzuwarten. Sie stimmte der Entschei-

125 Im Manuskript der Betriebsgeschichte wird über die Ereignisse am 11. 11. 1918 auf dem Sömmerdaer Marktplatz erzählt: *«Genosse Heinrich Kusche, der auf einen Briefkasten gestiegen ist, ergreift als nächster das Wort. Der proklamiert die Forderungen: «1. Gleiches und geheimes Wahlrecht für alle! 2. 8-Stunden-Tag! 3. Bezahlter Urlaub! 4. Erhöhung der Löhne! 5. Kontrolle der gesamten Wirtschaft»*. So oder ähnlich kann es natürlich gewesen sein. Doch es fehlt eben wie so häufig der Verweis auf eine eventuelle Quelle, der diese Aussage überprüfbar machen würde. Betriebsgeschichte 2, S. 21. Immer noch wurde 6 Tage in der Woche gearbeitet. Die Arbeitsordnungen vom 17. August 1920 und vom 10. Februar 1932 sahen dann auch eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden vor. Vgl. Arbeitsordnungen in Historische Sammlung.

126 Protokollbuch.

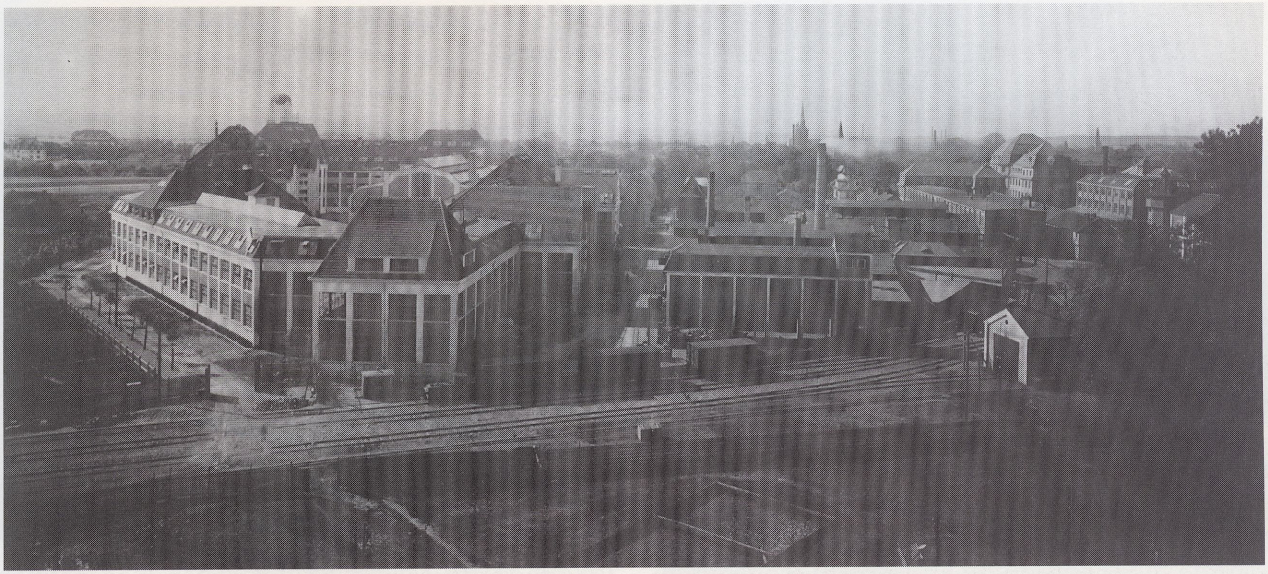
127 Betriebsgeschichte 2, S. 22.

128 Sitzung vom 12. November 1918 im Protokollbuch.

129 Aussprache mit Arbeiterveteranen 1957, Historische Sammlung S. 2.

130 Sitzung vom 18. November 1918 im Protokollbuch.

Blick auf das Werk in Richtung Stadt 1918



dung des Arbeiterrats zu, die Produktion aufrechtzuerhalten und vorläufig keine Kündigungen auszusprechen. Gleichzeitig entschied Herr Wesemann weiter über die Lohnhöhe, auch wenn er darüber mit dem Arbeiterrat reden mußte und offensichtlich auch Zugeständnisse machte. Nach einem Zeitzeugenbericht erhöhte der Betrieb 1918 den Wochenlohn auf 80,- Mark für Verheiratete und 70,- Mark für Ledige und erfüllte damit eine Forderung des Arbeiterrats.[129] Herr Wesemann entschied auch - Ironie der Geschichte - darüber, daß die Revolution in bezahlter Arbeitszeit stattgefunden hatte: *«der gestrige Demonstrations-Tag wird mit 8 Stunden voll bezahlt»*. Im November 1918 waren die Beschäftigten noch stark genug, um dies durchzusetzen. Eineinhalb Jahre später, im Streik gegen den Kapp-Putsch, war das nicht mehr der Fall. Die Betriebsleitung behielt ihre wenn auch vorübergehend eingeschränkte Handlungsfähigkeit. Der Arbeiterrat seinerseits nutzte seine Macht, um Forderungen durchzusetzen, aber er kontrollierte die Betriebsleitung nicht, geschweige denn ersetzte sie. Von einem Sturz der alten Macht im Betrieb und der Übernahme der Leitung durch die Arbeiterschaft konnte keine Rede sein.

Bereits eine knappe Woche später, am 18. November 1918, begann sich das Blatt zu wenden. An diesem Tag fand erneut eine Werkssitzung statt. Laut Protokoll [130] war der wichtigste Punkt die Forderung der Arbeiter, *«ihnen mißliebig erscheinende Beamte entfernen zu lassen»*. Wieder



wurde diese Forderung an Herrn Wesemann gerichtet und bestätigte damit indirekt seine Autorität als Betriebsleiter. Wenn diese Forderung noch einmal aufgestellt würde, so seine eindeutige Antwort, *«dann wird eine geschlossene Solidaritätserklärung der gesamten Beamtenschaft unseres Werks als geeignete Gegenmaßnahme durchgeführt werden»*.[131] Der Ton des Protokolls macht deutlich, daß die alte Betriebsleitung bereits wieder Rückenwind spürte: *«Es steht fest, daß vom Arbeiterrat verschiedene Übergriffe vorgenommen worden sind. Nach Abflauen der Tobsucht in gewissem Sinne wird sich auch das wieder beilegen lassen»*. Hatte noch vor einer Woche der Arbeiterrat vom großen Ziel der sozialistischen Republik gesprochen und zumindest Weisungsmacht gegenüber der Betriebsleitung für sich beansprucht, so scheiterte er jetzt an der ersten Gegenaktion der alten Machthaber. Ab dem Zeitpunkt der Auseinandersetzung um die Beamten schien die Front der Belegschaft zu bröckeln, auch wenn der Unmut noch lange schwelte. *«Was nun die anständigen Arbeiter von auswärts waren, haben sich*

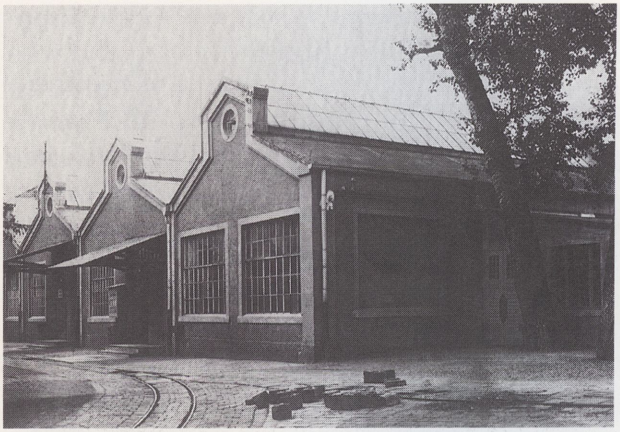
[131] Etwas anders stellte sich der Verlauf in den Erinnerungen von Buchhalter Schmied dar. Doch auch hier war die Solidaritätserklärung der Beamten der Wendepunkt: *«Ein Angestellter durfte in den ersten 8 Tagen das Werk nicht betreten, Das Geld wurde inzwischen bei den Leuten alle, nun war guter Rat teuer, was soll geschehen. Jetzt wollte der Arbeiterrat unsere Vorräte verkaufen, um Geld für die Löhnung zu erhalten. Da mußten wir nun eingreifen, um das zu verhüten. Ich habe nun die Beamten zusammengerufen und wir haben uns mit Herrn Baumeister solidarisch erklärt. Falls der Arbeiterrat von seinem Direktionssitz nicht zurücktritt und Herr Baumeister Wesemann seine Rechte als Direktor nicht wieder einräumt, werden wir die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Unserem Beschluß mußte sich der Arbeiterrat fügen.»* Vgl. Schmied 1927, Bl. 10.

[132] 100 Jahre Rheinmetall 1989, S. 27.

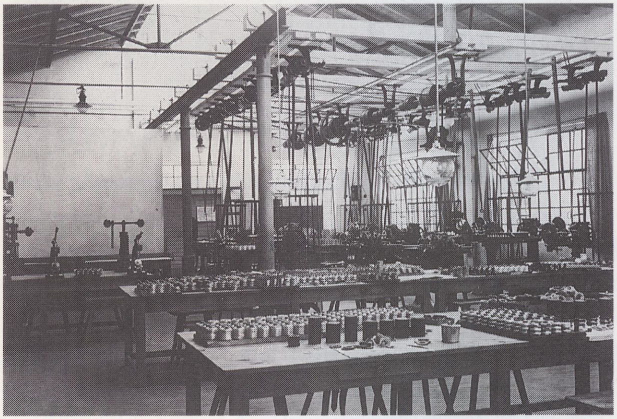
ihre Papiere und Geld geben lassen und sind wieder nach ihrer Heimat gegangen», so der Buchhalter. *«5000 Menschen mußten wir nun über 1/4 Jahr lang löhnen und diese Leute sind wohl ins Werk gekommen, haben allerlei Unsinn gemacht, gearbeitet wurde nicht. Ein Betriebsleiter oder Werkmeister durfte sich in den Werkstätten nicht sehen lassen, den hätten sie ohne Weiteres hinausgeschmissen.(...) Der Arbeiterrat hat uns die Genehmigung gegeben, noch weitere 3500 Leute zu entlassen, sodaß unser Bestand noch 1500 bei ca. 100 Angestellten war.»* Den Gekündigten zahlte Rheinmetall noch drei Wochenlöhne und die Heimreise.[132] Warum ließen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen so einfach vor die Tür setzen? Warum stimmte der Arbeiterrat den Entlassungen zu? Zeigte die Belegschaft zu wenig Initiative, um die Vertretung ihrer Interessen durch den Arbeiterrat falls nötig auch zu erzwingen? Die, die nicht aus Sömmerda stammten, hielt jetzt nichts mehr in dieser Stadt. Was die Frauen anging, die fast die Hälfte der Belegschaft während des Krieges ausmachten, waren sich vermutlich Betriebsleitung, die männlichen Arbeitskräfte und vielleicht auch manche Frauen einig, daß deren Erwerbsarbeit eine kriegsbedingte Ausnahme darstellte und sich nun erübrigt hatte. Noch im Februar 1918 sollten die Frauen auf *«ausdrücklichen Wunsch des Kriegsamtes»* bei der Verleihung des Verdienstkreuzes besonders berücksichtigt werden.[133] Jetzt wurden alle Frauen, die in Sömmerda und den anderen Standorten bei Rheinmetall arbeiteten, entlassen.[134]

Noch komplizierter wurde die Situation durch die tiefe Wirtschaftskrise, die der Krieg hinterlassen hatte. Für die erschöpfte Bevölkerung gesellte sich zum Hunger noch die Arbeitslosigkeit. So kam es, daß die Unternehmer nur kurze Zeit nach der Revolution bereits wieder Rückenwind spür-

Laborierwerk B (später Feuerwache)



Innenansicht Laborierwerk B



ten, in Sömmerda wie überall im Reich. So blieb auch die Absetzung des Landrates in Weißensee, die am 28. Dezember 1918 von Sömmerdaern durchgeführt und in deren Verlauf am Sömmerdaer Rathaus noch einmal die rote Fahne gehißt worden sein soll, nur eine Episode.[135] Auch in Weißensee selbst erzwangen Sömmerdaer Arbei-

ter damals, daß am dortigen Rathaus die Rote Fahne wieder gehißt wurde, die von durchziehenden Soldaten entfernt worden war.[136] Am 12. Januar 1919 erfuhr der Arbeiterrat, daß die Betriebsleitung heimlich Samstag nach Feierabend fünfzig Maschinengewehre hatte verladen lassen. Heinrich Kusche erinnerte sich, wie sie die Eisenbahnwaggon auf dem Bahnhof fanden und wieder ausluden: *«Die Gewehre wurden bei vielen Genossen versteckt gehalten, auch bei mir waren fünf Stück untergebracht. Erst nach Monaten wurden auf Drängen der Direktion die Gewehre zurückgegeben. Der Direktor erklärte, daß sie, wenn sie die Gewehre ablieferten, Bezahlung bekämen, denn sie brauchten das Geld zur Lohnzahlung.»* [137] Über die Rechtmäßigkeit der Lieferung bzw. der Verhinderung kam es zwischen der Direktion und dem Arbeiterrat, namentlich Kusche, Jürgel und Schreiber, zu einer Auseinandersetzung, die betriebsöffentlich über Aushänge geführt wurde.[138] Am 13. Januar 1919 soll die Maschinengewehrlieferung Thema einer großen Protestdemonstration der Rheinmetaller gewesen sein.[139] Zum letzten Mal hatte sich der Arbeiterrat das Recht genommen, aktiv in die Entscheidungen der Betriebsleitung einzugreifen und damit mehr zu sein als die Vertretung der Forderungen der Belegschaft.

[133] Sitzung vom 25. Februar 1918 im Protokollbuch zu den Werkssitzungen ab 15. 6. 1917, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/17.

[134] 100 Jahre Rheinmetall 1989, S. 27.

[135] Die Arbeiter Sömmerdas 1956, Bl. 25 und Betriebsgeschichte 2, S. 24f. Und: Wir über uns 1989, S. 37.

[136] Erinnerungen von Heinrich Kusche, Material der Betriebsgeschichtskommission Arbeitsgruppe 2, Historische Sammlung.

[137] Ebd.

[138] Material des Traditionskabinetts, Historische Sammlung. Vgl. auch Wir über uns 1989, S. 39.

[139] Es wurde von 5000 Teilnehmern gesprochen. Betriebsgeschichte 2, S. 26.

Drittes Kapitel 1919 - 1932

Mit der Schreibmaschine begann die Büromaschinenproduktion

Von den 10.000 Beschäftigten, die Rheinmetall Sömmerda im ersten Weltkrieg aufzuweisen hatte, blieben nach den Massenentlassungen nach Kriegsende gerade noch 15 % übrig.[1] Zunächst ging es darum, überhaupt wieder etwas zu produzieren. So entstanden Wasserhähne und Dampfarmaturen in der Zünderfabrik, Milchzentrifugen in der Waffenabteilung und Schuhmaschinen in der Maschinenfabrik. Hergestellt wurden außerdem elektrische Kochkisten und Autovergaser.[2] Keiner dieser Produktionszweige war wohl ernsthaft als Basis für den betrieblichen Wiederaufbau vorgesehen. Es ging mehr darum, Zeit zu gewinnen, um durch weiterreichende Strategien neue Grundlagen für die Produktion zu schaffen. Eine sehr zukunftsträchtige Entscheidung war der Einstieg in die Büromaschinenproduktion im Sommer 1919. Das feinmechanische technische Wissen und die Erfahrungen aus der Waffenproduktion konnte dafür gut genutzt werden. Die Büromaschinenproduktion prägte die weitere Geschichte des Sömmerdaer Werkes in unserem Jahrhundert. Aufgebaut in der Weimarer Republik, überstand sie fast ununterbrochen[3] Faschismus und Krieg und wurde in der DDR zum dominierenden Bereich. Seit 1952 war sie namengebend, der Betrieb hieß von nun an «Büromaschinenwerk». Die durch die politischen Umstände er-



Erste Sömmerdaer Schreibmaschine «Rheinmetall»

zwungene Umorientierung bewies schnell, daß die Kreativität der Ingenieure, das Können der Facharbeiter und die lange feinmechanische Tradition dem Werk auch im zivilen Sektor Weltruf verschaffen konnten.

Eine der ersten Nachkriegsentscheidungen war, den Nachwuchs an Fachkräften durch die Einrichtung einer eigenen Lehrwerkstatt[4] zu sichern. Die Ausbildung dort begann am 1. April 1919. Im April 1920 kam eine Werksschule dazu, die ein Jahr später staatlich anerkannt wurde. 55 Lehrlinge für Metallberufe und 5 Lehrlinge für kaufmännische Berufe wurden jährlich ausgebildet.

Mädchen wurden nicht aufgenommen. Die Lehre dauerte vier Jahre, davon drei in der Lehrwerkstatt und eines in den Werkstätten des Betriebes. Sie wurde mit einer Gesellenprüfung vor der Handwerkskammer abgeschlossen.[5]

Die Büromaschinenproduktion begann 1920 mit der Schreibmaschine. Erste Versuche, ein mechanisches Schreibgerät zu konstruieren, lagen bereits 200 Jahre zurück.[6] 1714 erhielt der Engländer Henry Mill das britische Patent Nr. 395 für *«eine Maschine oder künstliche Methode, einzelne Buchstaben oder Wörter nacheinander auf Papier oder Pergament zu schreiben*[7]*»*. Ursprünglich sollte damit Blinden das Schreiben ermöglicht werden. Man weiß wenig über die ersten Apparate, vermutet aber, daß das Prinzip beweglicher, angeschlagener Typen bereits Anwendung fand.[8] Ansonsten waren sie mit den heutigen Maschinen nicht zu vergleichen. Erst die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert schuf die technischen Voraussetzungen und den Bedarf für den Masseneinsatz von Schreibmaschinen. Die erste fabrikmäßig hergestellte Schreibmaschine war eine «Schreibkugel», die von dem dänischen Pfarrer Malling-Hansen, Direktor der Taubstummenanstalt in Kopenhagen, 1867 erfunden wurde. Serienmäßig produziert wurden Schreibmaschinen dann zum ersten Mal in den USA. Dieses Land beherrschte bis zum Ende des ersten Weltkrieges den internationalen Schreibmaschinenmarkt, auch nachdem mehrere deutsche Schreibmaschinenfabriken entstanden waren.[9] Das änderte sich nach dem ersten Weltkrieg, als die deutsche Schreibmaschinenherstellung stark anstieg.

Die Amerikaner Sholes[10] und Glidden hatten ein Gerät konstruiert, das die amerikanische Firma Remington 1877[11] auf den Markt brachte. In diesem Unternehmen[12] war die Gewehrproduktion nach dem Ende des amerikanischen Bürgerkriegs 1865 rückläufig. Die Erfahrungen in der Präzisionsmechanik wurden nun für den neuen, ersatzweise aufgebauten Produktionszweig genutzt. Diese «Remington»-Schreibmaschine verfügte bereits über den selbsttätig bewegten Wagen, die Schreibwalze und das Farbband. Sie verhalf dem

1 Buchhalter Schmied spricht von 1500 Beschäftigten bei ca. 150 Angestellten. Vgl. Eine persönliche Betrachtung von Bernhard Schmied, ThHStAW Rheinmetall-Borsig AG 01/101, im folgenden abgekürzt als: Schmied 1927, Bl. 10.

2 Ebd. Andere Veröffentlichungen sprechen noch von Wassermessern und Glasschleifmaschinen. Vgl. Wir im Sozialismus, Typoskript für eine Broschüre zum 30. Jahrestag des VEB Robotron Büromaschinenwerk, 22 Bl., o. J (1982), Historische Sammlung, Bl. 7.

3 1943 und 1944 wurden in Sömmerda keine Büromaschinen produziert. Vgl. Zahlenübersicht über die Produktion, Historische Sammlung.

4 In den Erinnerungen von Obermeister Minkler, der ab 1919 in der Lehrlingsausbildung tätig war, finden sich Details über Aufbau und Inhalte. Typoskript, 3 Bl., ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/101.

5 Allgemeiner Anzeiger Sömmerda/Artern vom 1. 6. 1994.

6 Zur Geschichte vgl.: Die Entwicklungsgeschichte der Rheinmetall-Schreibmaschine, von Ing. H. Riffel, Sonderdruck aus den Rheinmetall-Borsig-Mitteilungen Nr. 1/1936, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Entwicklungsgeschichte 1936, und: Die Entwicklung der Schreibtechnik, gestaltet LG Bretschneider Faf Schreibtechnik, Sömmerda, 2. 2. 1994, Typoskript, 10 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Entwicklung der Schreibtechnik 1994.

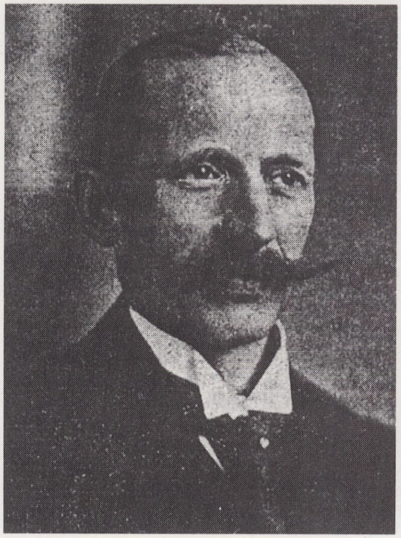
7 Die Entwicklung der Schreibmaschinen, in: Aus der Entwicklung des Schreibens, hg. von VEB Robotron, Optima Büromaschinenwerk Erfurt anläßlich des 38. INTERSTENO-Kongresses vom 15. 7. bis 21. 7. 1989 in Dresden, ohne Seitenzahlen, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Die Entwicklung der Schreibmaschinen 1989.

8 Ebd.

9 Die Entwicklung der Schreibmaschinen 1989.

10 Nicht Skoles, wie er in einer betriebsinternen Ausarbeitung genannt wird. Vgl. Die Entwicklung der Erzeugnisse des VEB Büromaschinenwerks Sömmerda in Sömmerda, Typoskript, 3. Bl., ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/101, im folgenden abgekürzt als: Entwicklung der Erzeugnisse, Bl. 1.

11 Oder 1874. Beide Daten werden erwähnt in: Die Entwicklung der Schreibmaschinen 1989, Deckblatt und Innenteil. Nach einer anderen Quelle sollen die ersten Modelle zwischen 1874 und 1876 gebaut worden sein. Vgl. Büro-Bedarf-Rundschau, Fachblatt für Fabrikation und Zwischenhandel, hg. von Friedrich von Schack, Berlin-Charlottenburg, im folgenden abgekürzt als: Büro-Bedarf-Rundschau, Heft 21 vom 18. 10. 1941, 34. Jg., Historische Sammlung (von dort stammen auch alle im Weiteren erwähnten Ausgaben), S. 356.





Typenhebelprinzip endgültig zum Durchbruch. Buchstaben und Zahlen waren einzeln auf Hebeln angebracht, die bei Betätigen der Taste auf das Papier aufschlugen. Bei der technischen Alternative, die ebenfalls zur praktischen Anwendung kam, waren alle Typen fest auf einer Platte, einem Stab, einem Rad, einem Zylinder, einer Kugel o. ä. angebracht. Diese Teile waren dann wiederum beweglich. So wurde in Deutschland 1884 eine patentierte Typenstab-Schreibmaschine unter der Marke «Hammonia» von der damaligen Nähmaschinenfabrik Guhl und Harbeck in Hamburg produziert.[13] In dieser Betriebsgeschichte soll nur der Entwicklungsstrang des Typenhebel-Prinzips verfolgt werden. Er war von Anfang an dominant und wurde für die Rheinmetall-Schreibmaschine übernommen und beibehalten.

Die «Remington» hatte noch wesentliche Konstruktionsmängel. Zum Beispiel war das Geschriebene nicht unmittelbar lesbar, weil der Typenhebel von unten auf die Schreibwalze aufschlug. Auch der Farbbandanhub war noch nicht bekannt. Geniale Lösungen für die offenen Fragen fanden der aus Deutschland nach Amerika ausgewanderte Franz Xaver Wagner und sein Sohn Hermann. Franz erfand das senkrecht stehende Segment zur waagrechten Lagerung der Typenhebel. Hermann konstruierte als erster einen Zwischenhebel, der Tasten- und Typenhebel miteinander verband.[14] Desweiteren machten sie Erfindungen zur Farbbandumschaltung, zur Papierführung, zum Schaltmechanismus, zum Schreibwagen und zum Schwunghebel. Dank ihrer Arbeit lag zur Jahrhundertwende mit der «Unterwood»[15]

eine Konstruktion vor, die bereits die bis heute wichtigen Grundfunktionen aufwies: den exakt gleichen Aufschlagpunkt für alle Typen, den schrittweisen Transport, die deutliche Farbgebung und die sofort lesbare Schrift.[16]

Neben den technischen Kinderkrankheiten standen auch andersgeartete Hindernisse der Verbreitung der Schreibmaschine im Weg. So war man im letzten Jahrhundert noch der Meinung, daß ein Geschäftsbrief des persönlichen Eindrucks wegen handgeschrieben sein müßte.[17] Weiter hatten die vorwiegend männlichen Schreiber in den Büros Angst, daß sie von Frauen verdrängt werden könnten. Denn das Angebot der Hersteller, für eine Arbeit im Büro das Schreibmaschinenschreiben zu erlernen, wurde vor allem von jungen Frauen angenommen.[18]

Die erste Rheinmetall-Schreibmaschine entwickelte der Ingenieur Heinrich Schweitzer, der am 13. Juni 1919 unter Vertrag genommen wurde.[19] Er war damals bereits ein bekannter Schreibmaschinenkonstrukteur. Seine Laufbahn hatte er 1899 bei der Schreibmaschinenfabrik Sundern in Westfalen begonnen. Dort hatte er nach amerikanischen Vorbild die erste deutsche sichtbar schreibende Maschine konstruiert, die «Regina», die auch «Germania visible» oder «Universal» genannt wurde.[20] Als die Fabrikation dieser Neuheit von der Firma Schilling und Kramer in Suhl übernommen wurde, war Schweitzer dort für die Aufnahme der Schreibmaschinenproduktion verantwortlich. 1908 ging er nach Dresden und konstruierte eine zweite Maschine, die von der Firma Clemens Müller AG im Juli 1908 als «Urania» auf den Markt gebracht wurde.[21] Von dieser Firma, bei der Schweitzer die Schreibmaschinenabteilung leitete, wechselte er nach Sömmerda. Der Rheinmetall-Vertreter, der Schweitzer abwarb, schätzte ihn in seinem Bericht als den *«besten Konstrukteur in Deutschland»* ein. Schweitzer sei *«sehr energisch»* und *«eine zähe und intensive Arbeitskraft»*.[22] Offensichtlich ging Rheinmetall auf seine Gehaltsvorstellungen ein, die bei 12.000 Mark im Jahr lagen.[23] Eine weitere Forderung Schweitzers war ein Vertrag über 5 Jahre mit halbjähriger Kündigungsfrist.[24]

Im Februar 1920 lief bei Rheinmetall Sömmerda die Produktion von Schreibmaschinen an. Hergestellt wurde eine von Schweitzer in nur sieben Monaten konstruierte Standardmaschine mit herausnehmbaren Schaltwerk, die schlicht «Rheinmetall» genannt wurde und betriebsintern als Modell 8 geführt wurde.[25] Sie war der amerikanischen Konkurrenz durchaus gewachsen.[26] In der von Schweitzer geleiteten Abteilung arbeiteten 47 Arbeiter[27] und 2 Angestellte. Die eigentliche Leistung dieser Pioniergeneration bestand darin, daß die Einzelteile *«auf Grund ungeeigneter und feh-*

[12] Neben Gewehren wurden dort auch Land- und Nähmaschinen hergestellt.
[13] Büro-Bedarf-Rundschau, a. a. O.
[14] Entwicklung der Schreibtechnik 1994, Bl. 1.
[15] Benannt nach der Firma, die die Wagner-Patente kaufte und die Maschine herstellte.
[16] Die Entwicklung der Schreibmaschinen 1989.
[17] Ebd.
[18] Ebd.
[19] Wir über uns 1989, S. 43.
[20] Büro-Bedarf-Rundschau Heft 22 vom 1. 11. 1941, 34. Jg., S. 375.
[21] Ebd. und: 25 Jahre Schreibmaschinenkonstruktur, Presseartikel, vermutlich 1924, Kopie in Historische Sammlung.
[22] Schreiben der Rheinischen Metallwaaren- und Maschinen-Fabrik Vertretung Berlin vom 11. April 1919, 2 Bl., Historische Sammlung.
[23] Ebd. Dieselbe Zahl findet sich in einer handschriftlichen Notiz über Heinrich Schweitzer in Historische Sammlung.
[24] Wie Anm. 22.
[25] Die Entwicklung der Schreibmaschinen 1989.
[26] Wir über uns 1989, S. 43.
[27] In den Quellen wurde die männliche Form benutzt. Ob die später in diesem Bereich beschäftigten Frauen von Anfang an ebenfalls vertreten waren, kann nicht mehr festgestellt werden.
[28] Aus der Werksgeschichte. Unser Zeitalter ohne Schreibmaschine nicht denkbar, in: Pulsschlag der Arbeit. Betriebszeitung der Rheinmetall Sömmerda, hg. von der SED-Betriebsgruppe, Jg. 1, Februar 1950, Nr. 5. Historische Sammlung.





lender Fertigungs- und Spezialmaschinen größtenteils mit der Hand gefertigt» wurden, wie die DDR-Werkszeitung «Pulsschlag der Arbeit» später über diese Zeit schrieb.[28] Zum Jahresende 1920 hatte sich die Zahl der Beschäftigten bereits mehr als verdoppelt.

Obwohl keine Hinweise bekannt sind, daß Schweitzers Arbeit der Rheinmetall-Direktion in Düsseldorf Anlaß zur Unzufriedenheit gab, kam es im Frühsommer 1922 zum Konflikt. Am 10. Mai war Schweitzer von der Generaldirektion noch in seiner Position als Leiter der Schreibmaschinenabteilung bestätigt worden. Drei Wochen später wurde ihm dann schriftlich mitgeteilt, daß er in Zukunft als einfacher Revisionsbeamter in der Endkontrolle arbeiten solle. Schweitzer protestierte dagegen in einem Schreiben an die Generaldirektion. Seine Abteilung habe *«trotz den vielen Streiks, Materialmangel, Entgegenarbeiten eines Beamten aus meiner Abt. u.d.g.m.»* die geforderten zehn Schreibmaschinen pro Tag geliefert. Schweitzer legte dem Schreiben eine Liste bei, aus der hervorgeht, daß vom 1. Juli 1920 bis zum 31. Mai 1922 insgesamt 1.454 Schreibmaschinen angefertigt wurden. Er selbst hätte dafür alles aufgeboten und nicht einmal seine Ferien genommen. Den Grund für die Degradierung vermutete er in einer Intrige der Sömmerdaer Direktion: *«Jetzt, wo meine Abteilung nach vollbrachter zweijähriger Aufopferung leistungsfähig wird und eine Zukunft hat, möchten die Herren die vollständig unverdienten Früchte genießen, ohne jede Saat»*. Er hoffte, daß ihn die Düsseldorfer Generaldirektion gegen die Sömmer-

Einschreiben der Schreibmaschinen



Rheinmetall-Kleinschreibmaschine



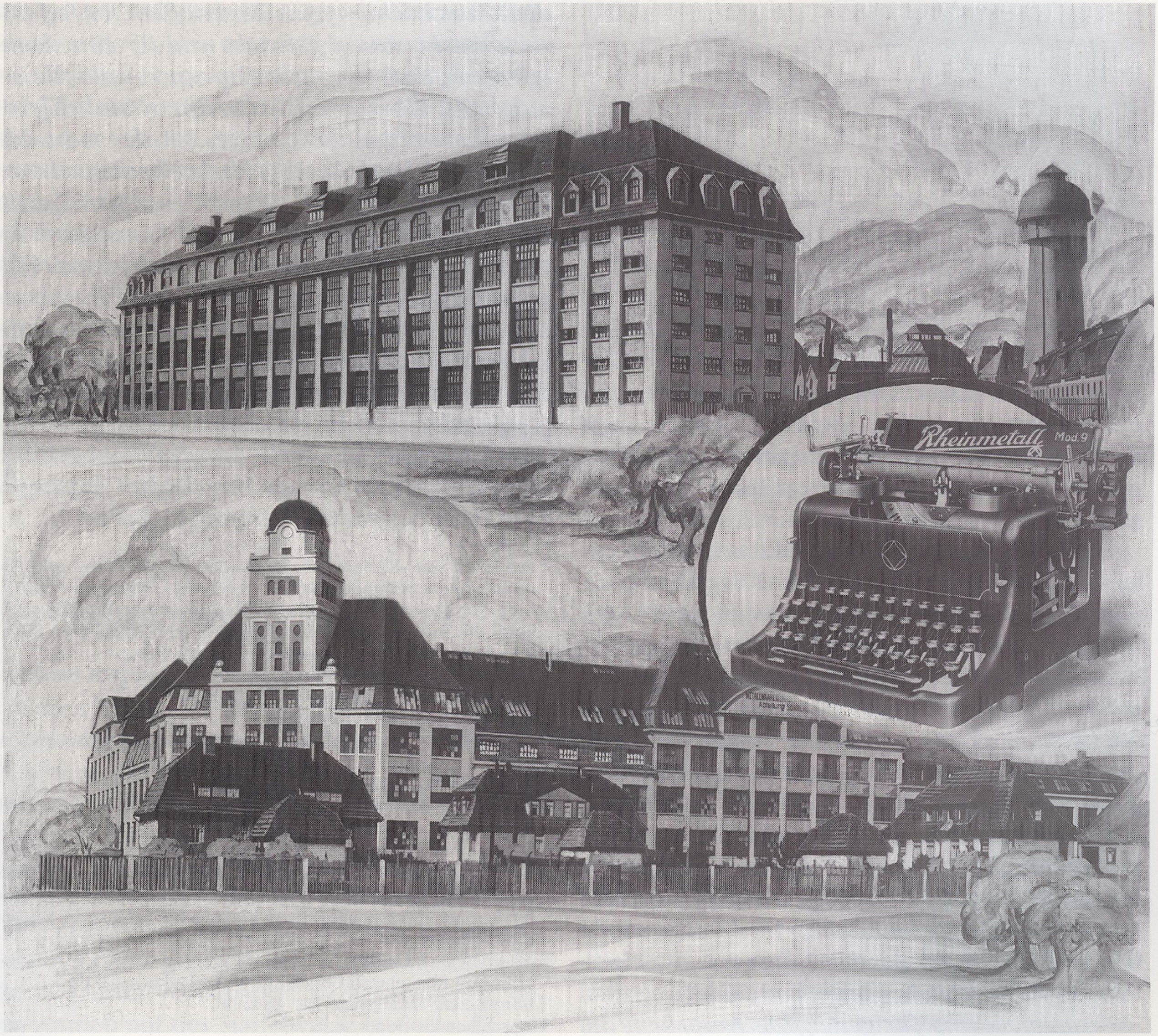
daer Leitung unterstützen würde.[29] Über den Ausgang des Konflikts existieren verschiedene Versionen. Der Verfasser der DDR-Betriebsgeschichte von 1989 ist sich sicher, daß man sich zwischen Düsseldorf und Sömmerda darüber abgestimmt hatte, Schweitzer aus dem Betrieb zu drängen. Sein Gegenspieler Klemp, der aus dem Schwermaschinenbau kam, soll zwar nichts von Büromaschinen verstanden haben, wäre dafür aber ein Korpsbruder des Düsseldorfer Rheinmetall-Direktors Luce gewesen. Ein Solidaritätsschreiben, mit dem sich die Belegschaft der Schreibmaschinenabteilung für Schweitzer einsetzte, hätte die Generaldirektion nicht davon abhalten können, das *«Kesseltreiben»* zu verstärken.[30] Der Verfasser hat diese Version offensichtlich einer unveröffentlichten Betriebsgeschichte entnommen, nach der die Auseinandersetzung ein tragisches Ende gefunden haben soll: *«Er* (Schweitzer, d. Verf.) *wirft dem Konzern Vertragsbruch vor, ist nicht einverstanden mit der Höhe seiner finanziellen Abfindung. Intrigen, Patentstreitigkeiten und die Ablehnung der Vertragsänderung entsprechend der neuen Gegebenheiten (es war Inflation) treiben den Erfinder Heinrich Schweitzer Anfang März 1927 in den Selbstmord.»*[31] Sicher ist, daß Schweitzer am 2. März 1927 bereits mit 53 Jahren starb. Es ist aber auch bekannt, daß er nach dem oben geschilderten Konflikt weiterhin mit Rheinmetall in geschäftlicher Beziehung stand. So verhandelte er im April 1923,

[29] Schreiben von Schweitzer an die Generaldirektion Düsseldorf vom 14. Juni 1922, Historische Sammlung.

[30] Wir über uns 1989, S. 43. Von jahrelangen Streitigkeiten über Patentvergütungen bzw. Lizenzgebühren zwischen Rheinmetall und Schweitzer wie auch Berk, die *«mit der Niederlage der Erfinder»* endeten, sprach auch der Allgemeine Anzeiger Sömmerda/Artern vom 15. 6. 1994.

[31] Teil 2 (Zeitabschnitt von 1900 bis 1945) der Betriebsgeschichte, die von der Parteiorganisation im Werk in Auftrag gegeben wurde, aber nicht veröffentlicht wurde, Typoskript in Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Betriebsgeschichte 2, S. 31.

Fotomontage für ein Werbeprospekt



also ein knappes Jahr später, mit der Sömmerdaer Betriebsleitung über die Konstruktion einer Reiseschreibmaschine. Er verlangte dafür einmalig 50.000,- Mark und bis 1929 eine Stückprämie für mindestens 10.000 Maschinen, womit die andere Seite einverstanden war.[32] Sicher ist auch, daß nach Schweitzers Tod seine Witwe und die beiden Söhne von Rheinmetall 12.000,- Mark Abfindung erhielten.[33] Es ist schwierig, Genaueres über den Konflikt zwischen Schweitzer und der Rheinmetall-Leitung auszusagen. Festhalten kann man, daß um Geld und Einfluß gestritten wurde und die Firma letztlich mehr von der Arbeit Schweitzers profitierte als er selbst. In ihrem Nachruf jedenfalls betonte die Sömmerdaer Betriebsleitung Schweitzers Verdienste um die Firma. Er hätte in *«Jahren schwerer wirtschaftlicher Krisen und Kämpfe (...) seine ganze Kraft mit voller Hingebung in den Dienst der Sache und unseres Unternehmens gestellt (...)»*. Sein Name wäre *«mit der von ihm hergestellten Maschine aufs Engste verbunden und wird in unserem Hause nicht vergessen werden»*.[34]

Die Schreibmaschinenkonstrukteure der Rheinmetall entfalteten ab Mitte der 20er Jahre eine rege Tätigkeit. Als Modell 9 entstand 1926 die «Rheinmetall-Duo», eine Maschine mit doppelter Umschaltung. Sie verfügte nicht nur über die schon selbstverständliche Umschaltung von Klein- auf Großschreibung, sondern sie konnte auch auf eine zweite Schriftart umgestellt werden. Danach folgte das Zwischenmodell Z. 1929 wurde eine vereinfachte Version der Standard-Schreibmaschine gebaut, die «Rheinita». Von der Rheinmetall-Werbung wurde sie als *«leistungsfähige Gebrauchsmaschine»*, *«dauerhaft und billig»* angeboten.[35] Ihr folgte als ebenfalls preisgünstiges Modell 1932 die «Record», laut Werbung die *«Schreibmaschine für gesteigerte Ansprüche in niedriger Preislage»*.[36] Sie war für die Beschreibung von Formularen, Matrizen usw. gut geeignet. Großen Erfolg hatte die seit 1931 gebaute Kleinschreibmaschine, die «Kleine Rheinmetall». *«Sie besitzt alle wesentlichen Vorzüge und Einrichtungen der normalen Maschinen und ist, wie diese, aus hochwertigen Werkstoffen. Ihr Ruf hat sie schnell bekannt gemacht und ihr eine denkbar weite Verbreitung im In- und Auslande ermöglicht. Übrigens ist die Rheinmtall-Kleinschreibmaschine die einzige, bei der man den Wagen ab- und die Typenhebel herausnehmen kann»*, schwärmte man 1936 in den werkseigenen Rheinmetall-Borsig-Mitteilungen.[37] Günstig war für das Werk, daß es die Kleinschreibmaschine nicht völlig neu konstruieren mußte, sondern eine relativ weit entwickelte Konstruktion der in Konkurs geratenen Firma Stöwer abkaufen konnte.[38] Die Kleinschreibmaschine wurde in blau, rot, grau, grün, eiche, elfenbein, mahagoni und schwarz angeboten, *«selbstverständlich»* gehörte *«ein gefälliger schwarzer Handkoffer»* dazu, wie es in der Rheinmetall-Werbung hieß.[39]

[32] Schreiben von «Rheinmetall» Rheinische Metallwaaren- und Maschinenfabrik Sömmerda vom 7. April 1923, Historische Sammlung. Von dieser Reiseschreibmaschine war später allerdings nicht mehr die Rede. Eine von den Stöwer-Werken entwickelte Kleinschreibmaschine baute Rheinmetall erst ab 1931.

[33] Urteil des Amtsgerichts Sömmerda vom 30. Juni 1928, Geschäftsnummer C. 409/27, Historische Sammlung.

[34] Kopie in Historische Sammlung.

[35] Werbematerial der Rheinmetall Borsig AG, Historische Sammlung.

[36] Ebd.

[37] Entwicklungsgeschichte 1936, S. 3.

[38] Büro-Bedarf-Rundschau Heft 23 vom 16. 11. 1940, 33. Jg., S. 258. Auch: Wir über uns 1989, S. 75.

[39] Maschinen als Helfer beim Schreiben, Rechnen und Buchführen, Sonderdruck aus Rheinmetall-Borsig-Mitteilungen Nr. 5, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Maschinen als Helfer, S. 4. und Werbematerial von Rheinmetall Sömmerda, Historische Sammlung.

[40] Maschinen als Helfer, S. 2 und 4.

[41] ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/10.

[42] Büro-Bedarf-Rundschau, wie Anm. 38.

[43] Maschinen als Helfer, S. 7.

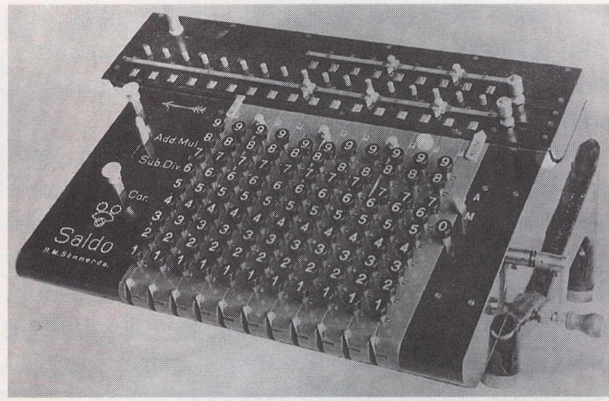
Die Rheinmetall-Schreibmaschinen wurden mit verschiedenen Schriftarten im lateinischen Alphabet hergestellt. Für das Ausland wurden Spezialtastaturen angeboten,[40] die eine andere Anordnung oder ganz andere Schriftzeichen wie zum Beispiel Hebräisch oder Islamitisch enthielten.[41] Wie in der Schreibmaschinenproduktion üblich, wurden die Typen vermutlich nicht von Rheinmetall selbst hergestellt. Dies war zu aufwendig. Es gab dafür Spezialfirmen, zum Beispiel Ransmayer und Rodrian in Berlin.[42]

Die bedeutendste Weiterentwicklung der Schreibmaschine war die Fakturiermaschine als *«rechnende Schreibmaschine»* oder *«schreibende Rechenmaschine»* [43], an der seit 1932 gearbeitet wurde. 1937 erhielt sie als erste mechanische Fakturiermaschine auf einer internationalen Ausstellung in Paris den «Grand Prix». Bevor wir im nächsten Kapitel zu ihr kommen, müssen wir erst den zweiten Entwicklungsstrang zurückverfolgen, der mit der Konstruktion von Rechenmaschinen begann.

Die Rechenmaschine kam dazu

Die Geschichte der Rechenmaschine ist ähnlich wie die der Schreibmaschine.[44] Die älteste Rechenmaschine, mit der man addieren und sogar subtrahieren konnte, wurde von dem französischen Mathematiker Blaise Pascal in Clairmont 1642 gebaut. 1666 wurde eine Multipliziermaschine erfunden. Danach soll es sich der berühmte Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz zur Lebensaufgabe gemacht haben, eine Maschine für die vier Grundrechenarten zu konstruieren, deren Antrieb auf der Staffelwalze basierte. Es gab auch andere Antriebsarten, zum Beispiel das Sprossenrad,[45] doch die Staffelwalze gilt als das älteste Prinzip und wurde auch bei allen Rheinmetall-Maschinen angewandt. Die Staffelwalze besitzt neun Zähne, wobei jeder folgende Zahn um einen bestimmten Teil kürzer als der vorhergehende ist. Wird nun die bei den Handrechenmaschinen übliche Kurbel gedreht, so greift die sich drehende Staffelwalze in die Zähne des Einstellrades und sorgt dafür, das die eingegebene Zahl auf das Zählwerk übertragen wird.[46]

Rechenmaschine Saldo



Leibniz arbeitete zwischen 1672 und 1712 an der Konstruktion eines Gerätes, dessen Funktionieren allerdings bisher nicht belegt ist. Die erste brauchbare Rechenmaschine für alle vier Grundrechenarten baute 1774 der schwäbische Pfarrer Philipp Mathäus Hahn, der ein hervorragender Uhrmacher und Mechaniker war. Er verwandte ebenfalls den Staffelwalzenantrieb, der ab 1821 dann auch bei der ersten serienmäßig hergestellten Rechenmaschine in Paris benutzt wurde. Sie

war von dem Elsässer Xavier Thomas gebaut worden. Von 1821 bis 1878 wurden davon 1.500 Exemplare produziert.[47] Seit 1878 wurden auch im deutschen Reich, in Glashütte in Sachsen, von dem Ingenieur Arthur Burckhardt Staffelwalzenmaschinen gebaut, die er «Arithmometer» nannte. Sie waren den französischen von Thomas ähnlich. Glashütte blieb Zentrum der deutschen Rechenmaschinenproduktion, soweit sie auf dem Staffelwalzenprinzip beruhte.

In unserem Jahrhundert wurden drei Maschinentypen gebaut, die in der Fachwelt unter dem Oberbegriff Rechenmaschinen zusammengefaßt werden. Zum einen die Addiermaschinen, die vor allem für die Addition verwandt werden, aber auch subtrahieren können. Die Entwicklung der Addiermaschine wurde bei Rheinmetall 1920 begonnen, nach kurzer Zeit wieder eingestellt und erst 1931 wieder aufgenommen.[48] Zum anderen die eigentliche Rechenmaschine, die komplizierter ist, weil sie alle vier Grundrechenarten beherrscht. Mit ihr stieg Rheinmetall in die Rechenmaschinenproduktion ein. Und zum dritten gehört die Buchungs- oder Fakturiermaschine dazu, die bei Rheinmetall in den 30er Jahren neu entwickelt wurde und zu großer Bedeutung gelangte.

Im Unterschied zur Schreibmaschine muß eine Rechenmaschine nicht nur Daten übertragen, sondern in einem eigenständigen Vorgang umwandeln. Es würde zu weit führen, den Rechenvorgang in der Maschine im Detail zu erklären. Es soll jedoch kurz erwähnt werden, welche wesentlichen Bestandteile sich im Gehäuse einer solchen Maschine befinden.[49] Das Herz der Maschine ist das Zählwerk, in dem sich das Produkten- oder Resultatwerk und das Quotienten- oder Umdrehungszählwerk befindet. Bei Rheinmetall bestehen alle Zählwerke aus Ziffernrollen, die unter Schaulöchern angebracht sind. Eine Alternative dazu wären zum Beispiel Ziffernscheiben, die allerdings mehr Platz beanspruchen. Dazu kommt das Einstell- und Antriebswerk mit der schon erwähnten Staffelwalze, durch das die Ziffernrollen gedreht werden. Das Hauptproblem einer Rechenmaschine ist die Zehnerübertragung, die sichert, daß die Ziffernrollen bei 9 auf 10 um eine Einheit weitergedreht werden. Weiter muß über Lösch- bzw. Nullstellvorrichtungen gesichert sein, daß sich die Zähl- und Einstellwerke nach dem Rechenvorgang wieder auf 0 drehen.

Die Anfänge der Rechenmaschinenherstellung bei Rheinmetall sind eng mit dem Namen Richard Berk verbunden. Nach Schweitzer war er der zweite wichtige Mann für den Aufbau der Büromaschinenproduktion. Am 13. Dezember 1920 und damit genau eineinhalb Jahre nach Schweitzer nahm ihn das Werk unter Vertrag. Der Rechenmaschinenbau war damals in Deutschland eine noch junge Branche. Berk hatte Erfahrungen als Leiter der Rechenmaschinenabteilung bei der Berliner Firma Ludwig Spitz gesammelt und war Inhaber von zwei Deutschen Reichspatenten. Das Patent Nr. 319 630 sicherte ihm die Rechte

[44] Zur Geschichte der Rechenmaschine vgl.: Rheinmetall-Rechenmaschinen. Grundsätzliche Wirkungsweise-Konstruktion-Aufbau, von August Kottmann, Werk Sömmerda, Sonderabdruck aus Heft 16/1942 der Rheinmetall-Borsig-Mitteilungen, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Rheinmetall-Rechenmaschinen 1942. Außerdem: VEB Mechanik Büromaschinenwerk Rheinmetall Sömmerda: Die Entwicklungsgeschichte der Rechen- und Addiermaschinen (kurz gefaßt), Typoskript, 7 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Entwicklung der Rechen- und Addiermaschinen. Auch: Büro-Bedarf-Rundschau Heft 12 vom 14. 6. 1941, 34. Jg., S. 217.

[45] Ebd.

[46] Rheinmetall-Rechenmaschinen 1942, S. 6f.

[47] Ebd., S. 3. Nach anderen Quellen waren es sogar 1.700 Stück. Vgl. Entwicklung der Rechen- und Addiermaschinen, Bl. 3.

[48] Geschichte der Addiermaschine, Typoskript, Einzelblatt. Und: Additionsmaschine, ebenfalls Typoskript, Einzelblatt, beides in Historische Sammlung.

[49] Nach Rheinmetall-Rechenmaschinen 1942, S. 4ff.

Patentschriften Rechenmaschinen (Ausschnitte)

DEUTSCHES REICH

AUSGEGEBEN
AM 13. MÄRZ 1920

REICHSPATENTAMT

PATENTSCHRIFT

— № 319631 —

KLASSE 42m GRUPPE 9

Richard Berk in Neukölln.

Vorrichtung zur Verschiebung des Zählwerks an Rechenmaschinen mit Staffelwalzenantrieb.

Patentiert im Deutschen Reiche vom 6. April 1919 ab.

DEUTSCHES REICH

AUSGEGEBEN
AM 12. MÄRZ 1920

REICHSPATENTAMT

PATENTSCHRIFT

— № 319630 —

KLASSE 42m GRUPPE 9

Richard Berk in Neukölln.

Rechenmaschine mit Staffelwalzenantrieb.

Patentiert im Deutschen Reiche vom 6. April 1919 ab.

an einer Rechenmaschine mit Staffelwalzenantrieb. Das Patent Nr. 319 631 galt einer Vorrichtung zur Verschiebung des Zählwerks an Rechenmaschinen mit Staffelwalzenantrieb. Sein Vertrag mit Rheinmetall hatte zum Inhalt, auf der Grundlage seiner Patente innerhalb von drei Monaten mit Mitarbeitern und Mitteln von Rheinmetall eine Rechenmaschine zu konstruieren. Die Rechte an dieser Konstruktion gingen an Rheinmetall über. Verabredet war, daß Rheinmetall anhand des Modells entschied, ob diese Maschine produziert werden sollte.[50] Ingenieur Berk stieß auf ähnliche Hindernisse, wie wir sie schon beim Produktionsbeginn der Schreibmaschine kennengelernt haben. Es fehlte vor allem an Spezialwerkzeugen, so daß eine äußerst präzise Handarbeit beim Fräsen und Feilen der Teile gefordert war. *«So waren z. B. Modulfräser nicht vorhanden und für die Spezialverzahnung wurde von Hand ein sogenannter Schlagzahn hergestellt und damit die Staffelräder gefräst. (...) Die Vierkantachsen der Rechenmaschinen mußten alle von Hand gefeilt und mit Winkel und Mikrometer gemessen werden»*, erinnerten sich damalige Mitarbeiter.[51] Gleichzeitig mußten hohe Ansprüche erfüllt werden, damit die Maschine funktionierte. Dazu Konstrukteur Kottmann: *«Die Zahneingriffe müssen sehr genau sein, sie brauchen aber doch etwas Luft, um leicht zu gehen, und dies summiert sich bei dem fortlaufenden Ineinandergreifen der Zähne und Zahnräder. Ein Hauch zu viel Luft und die letzte Ziffer bleibt zurück und bewegt sich kaum, ein Hauch zu wenig und alle Ziffernrollen bewegen sich zu schwer.»*[52] Die von Rheinmetall zur Verfügung gestellten Geldmittel waren unzureichend. Wegen dieser Mängel war die Fluktuation der Facharbeiter hoch. Dazu soll auch der *«etwas schwierige Charakter des Herrn Berk»* beigetragen haben, dessen *«grobe Art»* die Zusammenarbeit schwierig machte, wie es in einer betriebsinternen «Geschichte der Rechenmaschine» heißt.[53] Dort ist jedoch auch davon die Rede, daß Berk *«in seinem Fach etwas verstand und sehr tüchtig war»* und daß er *«in erster Linie eine saubere und ganz präzise Arbeit»* verlangte.[54] In einer anderen betriebsinternen Ausarbeitung heißt es, daß Berk *«fast alle Arbeiten zunächst einmal selbst (machte), da es ihm keiner gut genug machen konnte»*[55] Offensichtlich versuchte Berk, die schlechten Arbeitsbedingungen durch hohe Ansprüche, massiven Druck auf seine Mitarbeiter sowie persönlichen Einsatz auszugleichen. Mit einigen Monaten Verspätung war dann im Sommer 1921 das erste Modell fertig. Es hieß «Saldo». Berk brachte die Maschine nach Düsseldorf zum Rheinmetall-Vorstand. Von dieser Fahrt ist folgende Episode überliefert: *«In Erfurt sollte die in einen Karton eingepackte Maschine durch das Fenster des D-Zuges gereicht werden. Herr Berk faßte nicht richtig zu und die Maschine fiel aus voller Höhe auf den Bahnsteig. Sie war natürlich stark beschädigt. Da sie aber am anderen Morgen in Düsseldorf vor-*

[50] Betriebsinterner Bericht über die Anfänge der Rechenmaschinenproduktion in Sömmerda, o. T., o. J., 5 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Betriebsinterner Bericht, Bl. 2.

[51] Die Geschichte der Rechenmaschine. Zusammengestellt aus Berichten verschiedener alter Mitarbeiter der Rechenmaschinenabteilung., o. J., Typoskript, 3 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Die Geschichte der Rechenmaschine, Bl. 2.

[52] Rheinmetall-Rechenmaschinen 1942, S. 9.

[53] Die Geschichte der Rechenmaschine, Bl. 1f.

[54] Ebd. Bl. 2.

[55] Betriebsinterner Bericht, Bl. 3.

[56] Ebd., Bl. 4.

[57] Die Geschichte der Rechenmaschine, Bl. 1.

[58] Patentb. Ge/Sch. vom 14. Dezember 1940. Betr.: Vertrag mit Herrn Ing. Richard Berk, Typoskript, 3 Bl., Historische Sammlung, Bl. 1.

[59] Wir über uns 1989, S. 50f.

[60] Die Geschichte der Rechenmaschine, Bl. 2f.

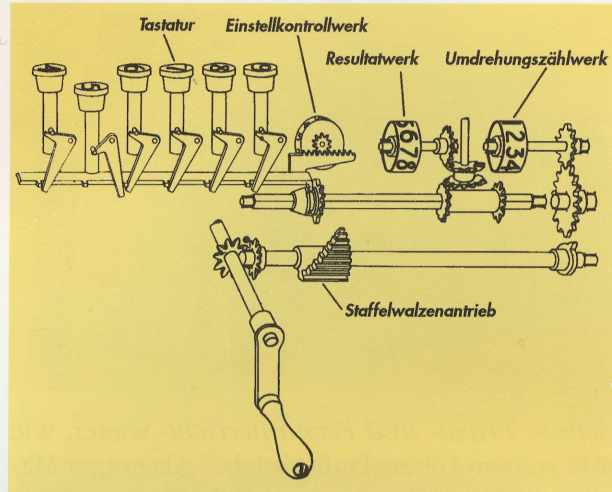
[61] Die Angaben zu August Kottmann entstammen seiner Personalakte, die sich heute noch im Werksarchiv des Büromaschinenwerks befindet.

geführt werden sollte, blieb Herrn Berk weiter nichts übrig, als die Maschine während der Fahrt nach Düsseldorf und in der Nacht im Hotel soweit herzustellen, daß er sie vorführen konnte.»[56] Doch der Düsseldorfer Vorstand lehnte die Konstruktion wegen großer Mängel ab und beauftragte Berk, diese in weiteren Versuchen zu beheben. Nach Monaten intensiver Arbeit konnte Berk ein weiteres Modell vorweisen, das den Erwartungen entsprach. Berk gelang es, die Bedienung zu erleichtern und für die Zehnerübertragung einen praktikablen Weg zu finden.

Mit diesem Modell, der R IV, begann in Sömmerda 1922 die Rechenmaschinenproduktion, die im ehemaligen Laborierwerk jenseits der Unstrut untergebracht war.[57] 1923 verbesserte Berk die Zehnerübertragung. Dafür erhielt er das Deutsche Reichspatent Nr. 448 462.

Nachdem Berk die Voraussetzungen zur Produktion bei Rheinmetall geschaffen hatte, machte er offensichtlich ähnliche Erfahrungen wie Schweitzer. *«Auf Grund verschiedener Differenzen mit der Leitung des Werkes wurde Herr Berk Januar 1924 von seinem Auftrag entbunden und schied mit dem 31. Dezember 1926 endgültig aus den Diensten der Firma Rheinmetall (...) aus»*, hieß es nüchtern in einer Stellungnahme des Werkes.[58] Darin wurde behauptet, daß Rheinmetall ihm für seine Patente weiterhin Lizenzgebühren bezahlte. Dem widersprach die 1989 vom VEB Büromaschinenwerk veröffentlichte Betriebsgeschichte, die bereits oben zur Auseinandersetzung mit Schweitzer zitiert wurde.[59] Durch einen *«raffiniert verklausulierten Vertrag»* wäre der Erfinder um den *«Lohn für seine geistige Leistung geprellt»* worden. Berk hätte erfolglos gegen Rheinmetall prozessiert. Er wäre dann 1934 in geistiger Umnachtung gestorben. Da seine Erben nicht in der Lage gewesen wären, 5000 Reichs-

Schematische Darstellung des Einstell- und Antriebswerks der Rheinmetall-Rechenmaschine. Aus: Rheinmetall-Rechenmaschinen. Grundsätzliche Wirkungsweise-Konstruktion-Aufbau. Von August Kottmann, Werk Sömmerda. Sonderabdruck aus Heft 16/1942 der Rheinmetall-Borsig-Mitteilungen, Historische Sammlung, S. 7

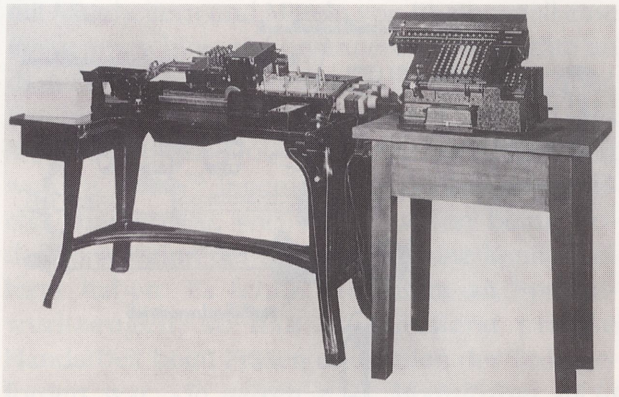


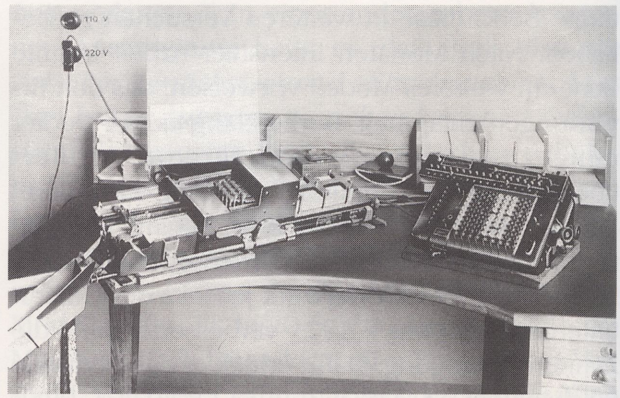
mark Prozeßgebühren zu bezahlen, wäre der Prozeß verworfen worden.

Sicher ist, daß sich das Rechenmaschinengeschäft auch ohne Berk gut entwickelte. 1925 produzierten 60-70 Beschäftigte monatlich ca. 30 Maschinen.[60]

Anders als Schweitzer und Berk erging es August Kottmann, dem dritten der Ingenieure, die in der ersten Zeit der Sömmerdaer Büromaschinenproduktion Geschichte geschrieben haben. Er fand zeitlebens große berufliche Anerkennung. August Kottmann wurde am 5. Oktober 1896 in Vehra im Kreis Weißensee geboren.[61] 1911 bis 1915 absolvierte er eine Lehre im Werk Sömmerda und kehrte nach dem Krieg als Zeichner, Konstrukteur und Techniker dorthin zurück. Ähnlich wie schon die Erfinder Nikolaus von Dreyse und Heinrich Ehrhardt bildete er sich in

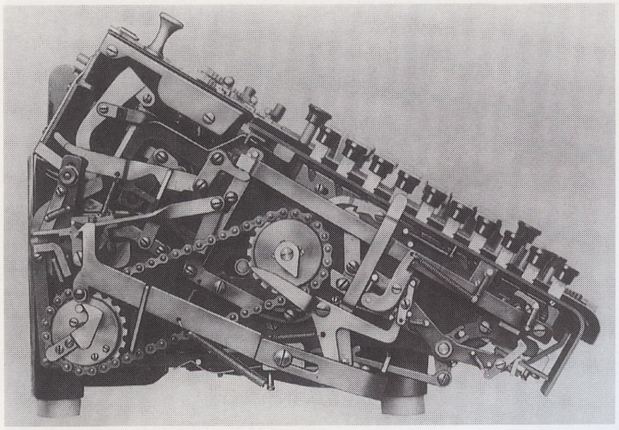
Rechenmaschine gekoppelt mit Lochkartenmaschine

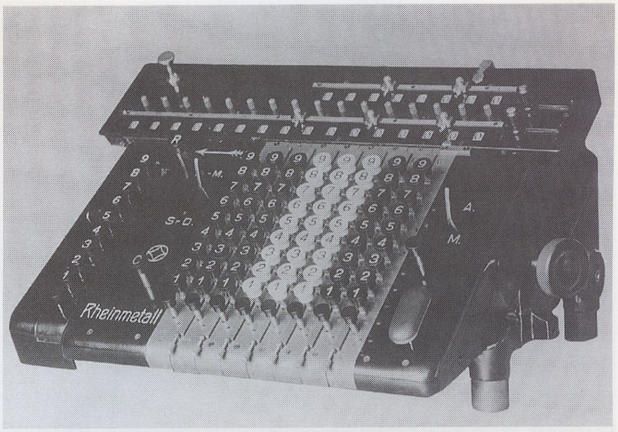


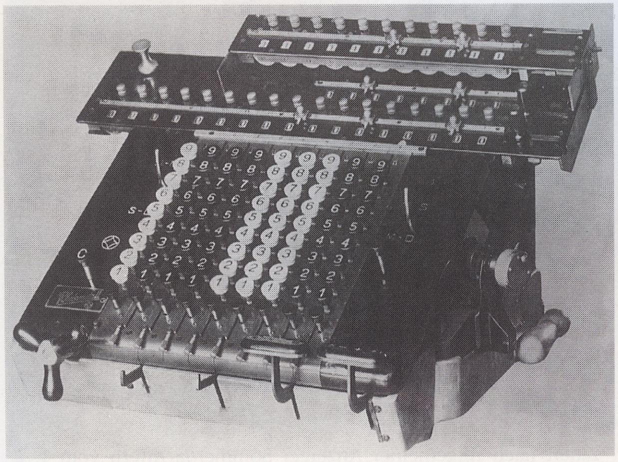


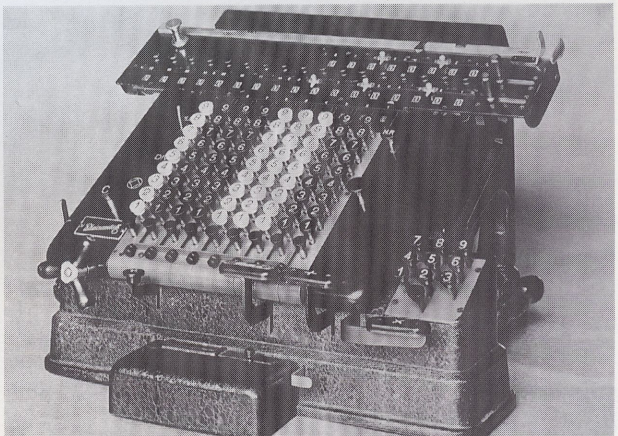
«Selbst-, Privat- und Fernunterricht» weiter, wie er in seinem Lebenslauf schrieb.[62] Als junger Mitarbeiter in der Rechenmaschinenabteilung hatte er 1924 als erster den Vorschlag gemacht, die Rechenmaschine elektrisch anzutreiben. Die Konzernleitung griff seine Idee auf und beauftragte ihn mit der Umsetzung. Kottmann, der zu Beginn seiner Karriere von der Betriebsleitung als Gegenspieler gegen Berk eingesetzt worden sein soll,[63] wurde 1925 Chefkonstrukteur für Rechenmaschinen, 1933 Oberingenieur und 1941 Abteilungsdirektor aller Büromaschinen-Bereiche. Unter seiner Leitung gewann das Werk Sömmerda den Ruf eines Pioniers in der Büromaschinenwelt. Als die Büromaschinenproduktion zugunsten der Kriegsproduktion eingeschränkt und dann eingestellt wurde, entwickelte er Sortier- und Prüfmaschinen für Zünderteile.[64] Nach Kriegsende war er vorübergehend stellvertretender Werksdirektor. 1946 wurde er Hauptingenieur und 1952 Technischer Leiter des VEB Büromaschinenwerks Sömmerda. August Kottmann war ein großer Konstrukteur und Erfinder, ohne den die Rheinmetall-Rechen- und Fakturiermaschinen nicht zu denken sind. Im Zeitraum bis 1953 wurden ihm rund 75 in- und ausländische Patente erteilt. Persönlich überstand er alle politischen Systeme unbeschadet. Von 1933 bis 1945 gehörte er ohne Funktionen der NSDAP an. In der DDR-Betriebsgeschichte von 1989 wurde seine Haltung in der NS-Zeit positiv bewertet. Durch die Beteiligung an der Rüstungsproduktion hätte er seine persönliche Stellung im Konzern festigen können. Er hätte dadurch weiter an der Neuentwicklung von Büromaschinen arbeiten und dadurch *«manche Kollegen vor dem Zugriff der Gestapo bzw. der Einberufung bewahren»* können.[65] Am 5. Ok-

[62] Ebd.
[63] Wir über uns 1989, S. 51.
[64] Ebd., S. 77.
[65] Ebd.
[66] Personalakte Kottmann, a. a. O.









tober 1961 schied er hochgeehrt als *«Aktivist»* und *«verdienter Erfinder»* aus dem Werk aus.[66]

Die Rheinmetall-Schreibmaschinen überzeugten vor allem durch ihre Qualität und Funktionalität. Während sich ihre Produktion auf einige stark gefragte Serien konzentrierte, die Standard, die Rheinita, die Record und die Kleinschreibmaschine, wurden in der Rechenmaschinenabteilung immer wieder neue Modelle entwickelt. Hier mußten die Konstrukteure eher Neuland beschreiten. Sie bewiesen dabei beachtliche innovative Kraft. Die Liste der neuen Rheinmetall-Modelle

in den 20er und 30er Jahren ist lang.[67] Deshalb sollen nicht alle Modelle erwähnt, sondern nur die wesentlichen Veränderungen dargestellt werden. Das erste serienmäßig hergestellte Modell, die noch von Berk entwickelte R IV, war handbetrieben. Wegen der Inflation war sie auf sehr hohe Zahlen ausgelegt. Ihre Kapazität betrug 11 x 17 x 9, die Maschine hatte also 11 Tastenkörper, 17 Stellen im Produktenzählwerk und 9 Stellen im Umdrehungszählwerk.[68] In der Regel wurden ab 1924 nach der Währungsumstellung kleinere Geräte mit 11 bis 15 Stellen im Produkten- und 5 bis 7 Stellen im Umdrehungszählwerk gebaut. Diese Maschinen konnten preisgünstiger angeboten werden.

Eine neue Generation von Geräten leitete die erste von August Kottmann konstruierte Rechenmaschine, die ER IIa, ein. Sie war im August 1926 fertig und wurde auf der Frühjahrsmesse 1927 in Leipzig zum ersten Mal gezeigt. Abgesehen vom elektrischen Antrieb erregte sie vor allem Aufsehen, weil sie zum ersten Mal über eine automatische Division verfügte.

Eine elektrisch angetriebene Rechenmaschine wurde in der Folgezeit mit einem Hollerith-Locher kombiniert. Das Modell hieß «Rheinmetall-Eichenauer».

Während dessen wurde auch die Handrechenmaschine verbessert. Konjunktur hatte dieser Maschinentyp immer, da er kleiner und preisgünstiger war als die elektrischen Modelle und sich deshalb gut für Kleinbetriebe eignete. 1927 wurde die neue automatische Division, mit der Kottmann 1926 seine ER IIa ausgestattet hatte, auch in die Handrechenmaschine eingebaut. Die Handkurbel mußte dann solange gedreht werden, bis das vollständige Ergebnis im Umdrehungszählwerk erschien. Ab 1929 konnten diese Maschinen auch mit elektrischem Antrieb erworben werden. Er war in einen Untersatz eingebaut, auf den die Maschine aufgesetzt wurde. Diese Geräte mit elektrischem Antrieb und automatischer Division, die eine Weiterentwicklung der Kottmannschen ER IIa darstellten, nannte man Halbautomaten. Ende der 20er Jahre erfolgte wieder ein Sprung in der Entwicklung. Auf der Kölner Herbstmesse 1930 zeigte Rheinmetall zum ersten Mal Maschinen, die über elektrischen Antrieb, automatische Division und automatische Multiplikation verfügte. Sie wurden vom Hersteller stolz als «Superautomaten» bezeichnet. Selbstbewußt beschrieb Rheinmetall den Superautomaten als «*die einzige Rechenmaschine der Welt, die sämtliche Arbeitsvorgänge nach dem Eintasten der Zahlen vollkommen selbsttätig ausführt*».[69]

Damit lagen bis 1930 drei Grundtypen in verschiedenen Modellen vor: die Handrechenmaschine, der Halbautomat und der Superautomat. Durch weitere Erfindungen wurden einzelne Arbeitsvorgänge in diesen Maschinen perfektioniert. Dazu gehörte die automatische Löschung der Zählwerke und des Einstellwerks, die Stop-Division, das Speicher- oder Summierwerk[70] und die elektrische Wagenbewegung. Nutzen konnte man diese Rechenmaschinen, wie es in einer Werbe-

[67] Zur Entwicklung der Rechenmaschine vgl. u. a.: Büro-Bedarf-Rundschau Heft 13 vom 28. Juni 1941, 34. Jg., S. 228. Und: Rechenmaschine Nr. 200.000, Sömmerda, 1956, Typoskript, 11 Bl., Historische Sammlung. Die weiteren Modellbezeichnungen sind ebenfalls diesem Text entnommen.

[68] Ebd.

[69] Zitiert nach Allgemeiner Anzeiger Sömmerda/Artern vom 1. 2. 1995.

[70] Beide Begriffe bezeichneten einen Mechanismus, wonach beliebig viele Einzelergebnisse gespeichert und durch Tastendruck in das Resultatwerk rückübertragen werden konnten. Fast alle Modelle konnten damit ausgerüstet werden. Anweisung zum Gebrauch der Rheinmetall-Rechenmaschinen. o. J. (aus der Zeit der Rheinmetall Borsig AG), Historische Sammlung.

[71] Rheinmetall Rechenmaschinen. Die besten Helfer, Rheinmetall-Borsig AG Sömmerda, Historische Sammlung.

Messestand Büromaschinen in Leipzig



schrift hieß, für *»Prozent-, Zins- und Zinseszinsrechnung; Tilgungsaufgaben; Quadratwurzelziehen; Kubizieren; Währungs- und Durchschnittsrechnung; Papier-, Preis- und Inhaltsberechnung; Verteilungsrechnung, Akkordberechnung«.*[71]

Diese kreative technische Entwicklung wurde von der Wirtschaftskrise, die Ende der 20er Jahre einsetzte, eingeholt. Im In- wie im Ausland kam Rheinmetall in Absatzschwierigkeiten. Der Vertrieb der Büromaschinen war auf ein Netz von Vertretern, dem sogenannten *»Reisepersonal«*, auf-

Versuchswerkstatt Lochkartenmaschinen
Herr Tauschek (links vorn) und Mitarbeiter



gebaut. Sie boten die Geräte den Händlern an, betriebsintern *«Händlerbearbeitung»* oder *«Pflege der Wiederverkäuferkreise»* genannt.[72] Bei diesen Händlern stockte der Absatz. Als *«wirklich katastrophale Lage»* wurde in einem betriebsinternen Bericht Ende 1931 die Tatsache beschrieben, daß die *«einst prominentesten Händlerfirmen (...) zum Teil in Konkurs geraten sind oder kurz vor dem Zusammenbruch stehen»*[73]. Auch ein Bericht über die *«Schwierigkeiten im Exportgeschäft für unsere Büromaschinen»* von Februar 1932 beurteilte die Aussichten ungünstig. Durch die Einführung oder Erhöhung von Zöllen, einschneidende Devisenbestimmungen und Kontingentierungsbestrebungen wäre der Export in eine ganze Reihe von Ländern weggefallen. Rheinmetall hatte bis zu diesem Zeitpunkt ein weltumspannendes Büromaschinen-Vertriebsnetz aufgebaut. Es umfaßte Österreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Bulgarien, Türkei, Ägypten, die Schweiz, Italien, Frankreich, England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Spanien, Argentinien, Brasilien, Chile, Peru, China, Japan und Australien.[74]

Das Management reagierte auf die Absatzschwierigkeiten mit Kurzarbeit und Entlassungen.[75] *«Im Betrieb ist eine Anzahl von Konstrukteuren, Angestellen und Revisoren bereits gekündigt und weitere Kündigungen werden zu dem nächstzulässigen Terminen erfolgen»*, hieß es in

[72] Das Reisepersonal verdiente in der Regel pro Monat 300,- RM (1931) bzw. 270,- RM (1932), ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/10.

[73] Bericht über den Verkauf vom 13. 11. 1931, Typoskript, 5 Bl., ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/10.

[74] Schwierigkeiten im Exportgeschäft für unsere Büromaschinen, 20. 2. 1932, Typoskript, 2 Bl., ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/10.

[75] Vgl. die Protokolle der Betriebsausschußsitzungen von 1929 bis 1932, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/62.

[76] ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 1/10.

[77] Büro-Bedarf-Rundschau Heft 15 vom 26. 7. 1941, 34. Jg., S. 259.

[78] Zu den Ereignissen mit Tauschek und der Lochkartenmaschine vgl. Wir über uns 1989, S. 63f.

[79] Ebd., S. 65. Angeblich in diesem Zusammenhang soll Major a. D. Pabst auf die Gehaltsliste von Rheinmetall gesetzt worden sein, weil er Rheinmetall auf Tauschek aufmerksam machte. Daß er ab 1. Januar 1931 *«zur besonderen Verwendung der Generaldirektion»* ein Monatsgehalt von 1500 Reichsmark bezog, ist durch ein Schreiben des Rheinmetall-Vorstandes vom 1. 1. 1931, Historische Sammlung, belegt. Waldemar Pabst hatte in der Revolution 1918/19 eine unrühmliche Rolle gespielt. Als Major eines Freikorps hatte er im Januar 1919 den Befehl zur Ermordung der prominenten Linken Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegeben.

[80] Vierzig Jahre «Rheinmetall», Rheinische Metallwaaren- und Maschinenfabrik, Düsseldorf 1929, Rheinmetall-Archiv Düsseldorf HO 324, im folgenden abgekürzt als: 40 Jahre Rheinmetall, S. 9. Daraus sind auch die weiteren Zitate entnommen.

einem Bericht aus Sömmerda an den Düsseldorfer Vorstand vom 25. Februar 1932.[76] Weiter rückte man die preisgünstigeren Handrechenmaschinen mit neuen Modellen wieder in den Vordergrund. Auch die elektrischen Rechenmaschinen wollte man preisgünstiger gestalten. Billigere Modelle konnten allerdings erst 1934 in Serie gehen.

Bei der Schreib- wie Rechenmaschine gab es Berührungspunkte zu einer weiteren Büromaschine, der Hollerith-Lochkartenmaschine. Sie war eine Verbindung von Zähl- und Sortiereinrichtung und konnte Karten auswerten, auf denen durch bestimmte Lochungen Informationen festgehalten waren. Erfunden wurde sie in Amerika von Hermann Hollerith, dem Sohn eines deutschen Einwanderers.[77] Wie bereits erwähnt, kombinierte Rheinmetall eine Rechenmaschine mit einer solchen Lochkartenmaschine. Der naheliegende Gedanke, selbst Hollerith-Lochkartenmaschinen zu entwickeln, wurde 1926 in die Tat umgesetzt.[78] Zu diesem Zeitpunkt hatte der amerikanische Konzern International Business Machines Corporation (IBM) das Monopol auf diese Geräte. Gustav Tauschek, ein Bankangestellter aus Wien, hatte beruflich mit amerikanischen IBM-Lochkartenmaschinen zu tun gehabt, Verbesserungen erarbeitet und diese zum Patent angemeldet. Er wurde nach Sömmerda geholt, um mit einem kleinen Mitarbeiterstab ein neues Modell zu entwickeln. Diese Arbeit soll hinter verschlossenen Türen erfolgt sein. Im Frühjahr 1928 gründete Rheinmetall in Berlin die «Rheinmetall-Lochkarten GmbH», um das neue Modell zu vermarkten. In der Folgezeit soll es dann zu einem Tauschgeschäft mit IBM gekommen sein, von dem wir nur aus einer DDR-Betriebsgeschichte wissen. Danach kaufte IBM die «Rheinmetall-Lochkarten-GmbH» einschließlich des Erfinders Tauschek und dessen Patente und Prototypen. Tauschek soll 250.000 Dollar und einen hochdotierten Fünfjahresvertrag erhalten haben. An Rheinmetall sollen im Gegenzug Waffenpatente, vor allem für Zieleinrichtungen, gegangen sein. *«Andere IBM-Gegenleistungen waren top secret»*, schrieb dazu die DDR-Betriebsgeschichte 1989.[79]

Sicher ist, daß in den 20er Jahren keine Lochkartenmaschinen von Rheinmetall produziert wurden. Das Sömmerdaer Werk kehrte erst in den 60er Jahren zur Lochkartentechnik zurück.

Zünder und Kardanwellen

Die Beschränkung auf zivile Produkte dauerte nicht lange. Im Versailler Vertrag, der am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde, legten die Siegermächte die Friedensbedingungen fest. Neben der Reduzierung der deutschen Armee auf ein Berufsheer von 100.000 Mann und der Auslieferung von Kriegsmaterial wurde festgeschrieben, daß die Abrüstung Deutschlands von interalliierten Kommissionen überwacht werden soll. Im Mai 1921 entschieden die Alliierten darüber, welche deutschen Firmen welches Rüstungsgut weiterhin herstellen dürfen. Am 4. Juli 1921 veröffentlichte der Reichswehrminister diese *«Liste der zukünftigen Lieferanten von Waffen, Munition und Kriegsgerät»*.[80] Nicht mehr produzieren durfte Rheinmetall Munition für Infanterie und Artillerie, Handwaffen, einfache Infanteriegewehre und Maschinengewehre. Auch die Minenwerfer, eine Rheinmetall-Erfindung, durften in diesem Konzern nicht mehr hergestellt werden. Zur Produktion bei Rheinmetall zugelassen wurden *»vollständige Geschütze, Protzen, Rohre, Lafetten, Bremsen, Spezialwagen und Beobachtungsstände»* sowie *«Zünder und*

Messestand auf der Automobilausstellung in Köln



Zündsysteme». Die Geschütze durften ein Kaliber von 17 cm nicht überschreiten. Bei der Festlegung der Produktionsorte orientierte man sich am Seitherigen: die Zünder und Zündsysteme in Sömmerda, der Rest in Düsseldorf-Derendorf und Unterlüß. Die erlaubte Geschützmenge war so gering, daß sie nach Angaben einer Werksschrift keine wirtschaftliche Bedeutung hatte.[81] Anders bei den Zündern. Sömmerda brachte dem Gesamtkonzern nach Kriegsende die ersten Gewinne aus der Waffenproduktion.

Endlich konnte Rheinmetall wieder in dem Bereich arbeiten, in dem das Werk groß geworden war. Die Jubiläumsschrift von 1929 kommentierte: *«In engem und vertrauensvollem Zusammenarbeiten mit den berufenen Heeres- und Marinestellen sind Rheinmetall und seine Auftraggeber bemüht, der deutschen Wehrmacht zu Wasser und zu Lande das Beste, Vollkommenste und Neueste in die Hand zu geben, was Erfahrung und deutscher Ingenieur- und Erfindergeist zu bieten vermögen. Dabei können sich beide Teile, Heeresleitung und Marine auf der einen und die Firma auf der anderen Seite, stützen auf ein gewandtes, gut geschultes Personal in den militärischen Konstruktions-Abteilungen von Rheinmetall, die geführt und befruchtet werden von tatkräftigten, ideen- und erfindungsreichen, in langer Zeit schöpferischen Schaffens erprobten Männern.»*[82]

Offensichtlich war es üblich, mehr als die erlaubten Kriegsgeräte zu entwickeln und zu produzieren. Ein Zeitdokument belegt, daß z. B. bei der Munitionsfirma Dreyse & Collenbusch so verfahren wurde. Ein Schreiben an Kommerzienrat Kronbiegel regelte die Vorbereitungen für den Fall eines *«unvermuteten Besuchs einer aus außenpolitischen Gründen nicht abzuweisenden Kontroll-Kommission»* in der Firma. So sollte der Zeit- und Materialbedarf für die *«Wegschaffung oder Tarnung von nicht zugelassenen Maschinen, Vorrichtungen pp.»* ermittelt werden. Auch die *«Trennung der offenen und geheimen Bestellungen in der Buchführung für den Fall, daß Einsicht in die Bestellbücher verlangt wird»*, sollte erfolgen.[83] Daß auch bei Rheinmetall Sömmerda 1922 entgegen den Entente-Bestimmungen eine neue Maschinenpistole und zwei MG-Modelle unter der Leitung von Louis Stange entwickelt wurden, veröffentlichte das Werk selbst Anfang

[81] Waffenschmiede der deutschen Wehrmacht. Vom Wollen, Werden und Wirken der Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft, von H. J. Krug, Berlin, o. J. (1943), 68 Bl., im folgenden abgekürzt als: Waffenschmiede 1943, Rheinmetall-Archiv, S. 31.

[82] 40 Jahre Rheinmetall, S. 9.

[83] ThHStAW, Dreyse und Collenbusch 123-43.

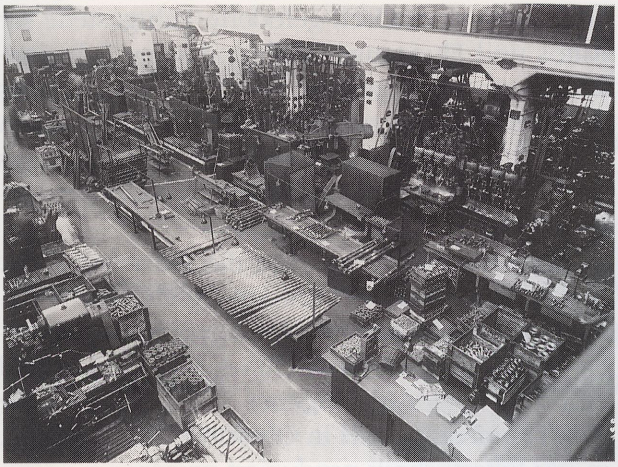
[84] Waffenschmiede 1943, S. 31.

[85] Chronik der Stadt Sömmerda, 7. 4. 1989, Materialsammlung, Historische Sammlung, Bl. 33.

[86] Siehe dazu das Ende dieses Kapitels.

[87] ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG Werksdirektion 01/12.

Gelenkwellenfertigung in der Maschinenfabrik





der 40er Jahre.[84] Auch in einer als «Chronik der Stadt Sömmerda» bezeichneten Materialsammlung von April 1989 wurde es als erwiesen angesehen, daß auch bei Rheinmetall *«in Sömmerda (...) bereits in den 20er Jahren an der Weiterentwicklung von Zündern und Kleingeschützen gearbeitet (wurde). Bei Kontrollen der Ententekommission, die rechtzeitig gemeldet waren, wurden die Geräte der illegalen Kriegsproduktion versteckt.»*[85] Belegt ist, daß die Betriebsleitung bereits im April 1921, also vor Genehmigung durch die Entente, wieder in die Zünderproduktion einsteigen wollte. Sie scheiterte am Widerstand des Betriebsrates. Erste Hinweise auf die tatsächliche Wiederaufnahme stammen vom Februar 1922.[86] Ab Oktober 1922 galt dann ein Vertrag zwischen dem Reichswehrministerium Heer und Marine und Rheinmetall Sömmerda, der für mindestens 15 Jahre unkündbar war. Sömmerda wurde beauftragt, die gesamte, von den Alliierten für Deutschland zugelassene Menge an Zündern und Zündungen zu produzieren. Das Reichswehrministerium finanzierte die dafür notwendige *«Ersteinrichtung»* mit 1,6 Millionen Reichsmark. Soweit damit speziell für die Zünderproduktion notwendige Maschinen und bauliche Erweiterungen oder Instandsetzungen bezahlt wurden, mußte das Geld nicht zurückerstattet werden. Es wurde zum unverzinslichen Darlehen, wenn Maschinen beschafft wurden, die auch für andere Produktionen eingesetzt werden konnten.[87]

Auch bei den Maschinengewehren, die entgegen den Entente-Bestimmungen in Sömmerda entwickelt wurden, kam das Werk mit dem Militär ins Geschäft. Laut Vertrag vom 16. Juni 1924 verkaufte Rheinmetall die *«Konstruktionen samt sämtlichen darauf liegenden Patenten des leichten und schweren Dreyse-M.G. und den sich hier-*

aus ergebenen Rechten für In- und Ausland zum Preis von 300.000 Goldmark» an das Heereswaffenamt des Reichswehrministeriums.[88] In den 20er Jahren nahm Rheinmetall eine eigene Maschinengewehrproduktion in der Schweiz auf. Dafür beteiligte sich der Konzern an einer Waffenfabrik in Solothurn.[89] Das Reichswehrministerium gab weitere Darlehen. 1925 erhielt Sömmerda 4 Millionen Goldmark. Später flossen 12 Millionen an den Mutterkonzern in Düsseldorf.[90]

Der Anteil der rein militärischen Produkte am Gesamtumsatz in Sömmerda schwankte stark, war aber immer beachtlich. Eine Übersicht über die Jahre 1926 bis 1930 zeigt,[91] daß die Zünder im Geschäftsjahr 1926/27 74 %, 1927/28 48 %, 1928/29 52 % und bis Ende 1929 44 % der Einnahmen brachten (siehe nächste Seite).

Außer der Zünderherstellung kam ab 1925 ein ganz neuer Produktionszweig hinzu, der zunächst zivile Bedeutung hatte, aber für den zweiten Weltkrieg massiv militärisch genutzt wurde: die Produktion von Autoteilen, insbesondere von Kardanwellen und Kardangelenken. Unter Kardanwellen versteht man Stangen, die durch ein besonderes Gelenk, das Kardangelenk, verbunden sind, und bei Fahrzeugen die Kraft vom Getriebe auf die Räder übertragen. Als besondere Eigenschaft kann das Kardangelenk, das seinen Namen von dem 1576 gestorbenen italienischen Erfinder Cardano hat, durch wechselnde Knickung die Kraft unter einem sich ändernden Winkel übertragen.

Der Mann, mit dessen Namen sich dieser neue und nach Büromaschinen und Zündern dritte große Produktionsbereich der Zwischenkriegszeit verband, hieß Fritz Faudi und war Chef eines Düsseldorfer Ingenieurbüros, bevor er nach Sömmerda kam.[92] Er ersetzte die bis dahin übliche Vollwelle durch eine Rohrwelle und erreichte dadurch eine erhebliche Gewichts- und Materialersparnis. Bessere Auswuchtmöglichkeiten sicherten zudem einen geräuschlosen und erschütterungsfreien Lauf und damit geringeren Verschleiß, hohe Betriebssicherheit und mehr Komfort. Faudi entwickelte in Sömmerda auch neuartige Schwingachsen und pneumatisch-gefederte Fahrgestelle für Autos und Flugzeuge. Während seine Schwingachsen und Fahrgestelle für Autos kein großes Geschäft wurden, setzte sich Faudis pneumatisch gefedertes Flugzeug-Fahrgestell durch. Dieses Prinzip findet noch heute in den Grundzügen Verwendung.

Auch bei Faudi erreichte die Betriebsleitung, daß er sein Patent am Kardan-Gelenk zur Verfügung stellte und sich mit Lizenzgebühren begnügte.[93] 1929 ging er nach Düsseldorf zurück und gründete später ein eigenes Unternehmen, die Faudi Feinbau GmbH in Oberursel bei Frankfurt, in der Filtertechnik produziert wurde.

In Sömmerda wurde die Autoteile-Produktion um kleinere Aggregate und Schneckenlenkungen erweitert. Die Strategie ging auf, mit *«einfachster Konstruktion, hoher Qualität sowie niedrigen Preisen (...) den größten Teil des Marktes zu erobern»*, wie der langjährige Werksangehörige Dietrich Wolf 1994 schrieb.[94] In der

[88] Ebd.

[89] Die Waffenfabrik in Solothurn wurde 1923 gegründet. Am 6. 4. 1929 wurde ein umfassender Lizenzvertrag zwischen Rheinmetall und der Solothurn AG abgeschlossen. Wahrscheinlich war Rheinmetall an der Firma seit ihrer Gründung beteiligt. Angaben von Christian Leitzbach, Zentralarchiv der Rheinmetall Berlin AG. Vgl. außerdem: 46 Jahre Arbeit und Kampf, hg. von der Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft im März 1936, Rheinmetall Archiv WA 20. Siehe auch Rheinmetall Archiv HO 121.

[90] Wir über uns 1989, S. 62 und Betriebsgeschichte 2, S. 47.

[91] ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/10.

[92] Zur Kardan-Gelenk-Produktion vgl. Allgemeiner Anzeiger Sömmerda/Artern vom 6. 7. 1994. Und: Persönliche Erinnerungen von Walter Stadel, Typoskript, 2 Bl., Historische Sammlung.

[93] Wir über uns 1989, S. 59.

[94] Allgemeiner Anzeiger Sömmerda/Artern vom 6. 7. 1994.

Übersicht über den Umsatz von 1926 bis 1930

Abteilung Sömmerda

Herrn Direktor L i e f f e r t z.
Herrn Prokurist W e i s s e r t h.

U m s a t z i m G e s c h ä f t s j a h r

	1926/27:	1927/28:	1928/29:	1929/30 (bis 31.12.29)
Eisengiesserei	258.917,24	395.068,09	324.610,48	126.462,92
Presserei	30.398,65	93.515,40	67.846,87	28.230,45
Metallgiesserei	168.912,99	283.244,07	273.841,73	84.723,69
Maschinenfabrik)	) 606.508,13	) 1.501.392,66	44.573,22	20.534,--
Autoteile)			1.677.761,49	454.820,93
Metallbearb.-Werkstatt	-,--	151.192,68	219.454,60	146.987,90
Schreibmasch.-Abtlg.	419.891,61	809.328,92	1.196.968,54	713.849,62
Elektr.-Werk	148.341,90	155.241,91	152.473,11	87.406,06
Feinmech.-Werkstatt	-,--	271.571,29	330.880,80	198.190,05
Diverses (Lehrl.-Abtlg.,Magazine, Masch.Ausgl.-Konto)	368.525,94	306.894,85	122.503,23	48.500,55
	2.520.133,--	4.626.518,65	5.197.259,35	2.396.498,49
Zünder-Abteilung	7.233.114,66	4.295.286,11	5.696.822,34	1.857.135,64
RM	9.753.247,66	8.921.804,76	10.894.081,69	4.253.634,13

Sömmerda, den 31 Januar 1930.
Aufgestellt und nachgerechnet:

Werbeprospekt Gelenkwellen



Jubiläumsschrift zum 100jährigen Bestehen des Rheinmetall-Konzerns wurde dazu vermerkt: *«Bis zum Jahre 1929 entwickelte sich diese Abteilung zum größten und wichtigsten Betrieb seiner Art in Deutschland. Von hier aus wurden 83 % des Bedarfs der damaligen deutschen Autoindustrie gedeckt, und die bekannten Rheinmetall-FAUDI-Kardangelenke gingen in Millionenstückzahlen auch an ausländische Auftraggeber. Die Produktionspalette reichte von kleinen Gelenken für Nebenantriebe oder Schaltungen bis zu großen Modellen für LKWs. Die Gelenkwellen aus Sömmerda fanden auch bei den Triebwagen der Reichsbahn, bei Straßenbahnen, Flugzeugen, Luftschiffen, Werkzeug- und Druckmaschinen, Bremsprüfständen, Drehantrieben von Kränen und in vielen anderen Bereichen des Maschinenbaus Verwendung».*[95]

Zu erwähnen bleibt noch, daß die beiden hauseigenen Gießereien, die Eisengießerei und die Metallgießerei, sowie die Presserei nicht nur für den Eigenbedarf arbeiteten, sondern auch für den Verkauf produzierten.[96] Spezialitäten waren Pianoplatten, Aschenbecher und Gepäcknetzhalter für die Eisenbahn.[97]

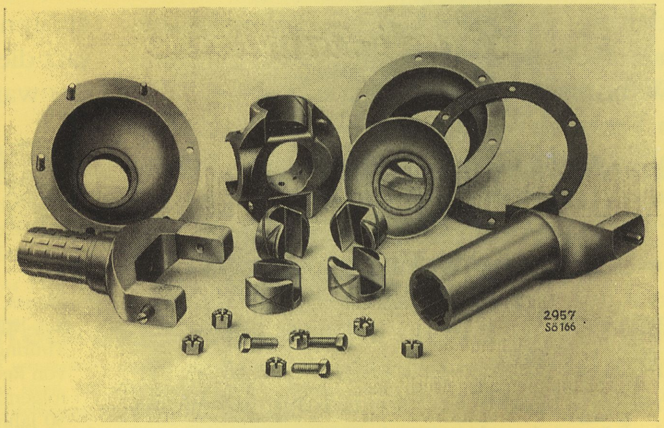
Die Phase nach 1918 war geprägt von der Neuorientierung auf Büromaschinen. Gleichzeitig wurde mit der Rückkehr zur Zünderherstellung und dem Einstieg in die Autoteile-Produktion der Grundstein gelegt, um im großen Waffengeschäft vor und während des zweiten Weltkriegs mitmischen zu können. Doch nicht nur die Produktgeschichte dieser Zeit kennt neue Wendungen, auch bei Leitung und Belegschaft kam es zu Veränderungen und unvorhergesehenen Entwicklungen.

Am 7. März 1921 schied Heinrich Ehrhardt, der Mann der ersten Stunde, aus dem Aufsichtsrat von Rheinmetall aus, dem er 32 Jahre lang ununterbrochen angehört hatte. Er war damals 81 Jahre alt und hatte damit ein ähnlich langes Berufsleben wie der Sömmerdaer Betriebsgründer und Erfinder Nikolaus von Dreyse erreicht. Ehrhardt starb am 20. November 1928 mit 88 Jahren in seiner Heimatstadt Zella-Mehlis, in die er sich im Ruhestand zurückgezogen hatte.[98]

Die wichtigste Machtverschiebung im Gesamtkonzern geschah 1925, als der bisherige Hauptaktionär Krupp von den staatlichen «Vereinigten Industrieunternehmungen» (VIAG) abgelöst wurde. Diese übernahm 50 % der Anteile.[99]

Werbeprospekt Gelenkwellen (Rückseite)

DAS FAUDI-KARDANGELENK



Das Faudi-Kardangelenk ist ein Metallgelenk, das sich vor allem durch einfachste Konstruktion und gedrungene Bauart auszeichnet.

Metallgelenke haben Gewebegelenken gegenüber den Vorteil, daß ein genaues Abwickeln der Bewegungen über einen theoretisch und praktisch übereinstimmenden Mittelpunkt stattfindet. Bei den hohen Tourenzahlen der heutigen Maschinen ist dieses einwandfreie Arbeiten für einen geräusch- und verlustlosen Betrieb von besonderer Wichtigkeit, und es wird dadurch auch der Verschleiß verringert, also die Lebensdauer wesentlich erhöht. Bei dem **Faudi-Kardangelenk** werden die Mitnehmer durch Zapfenschrauben in den Gleitsteinen festgehalten. Die Zapfenschrauben selbst haben jedoch keine Kräfte zu übertragen, sondern bewirken lediglich, daß bei der Bewegung des Gelenkes nur ein Gleiten und zwar zwischen Gleitstein und Mittelstück stattfindet. Hierbei gleitet Chromnickelstahl auf Spezial-Bronze. Durch die Eigenart der Konstruktion stehen trotz kleinster Bauart große Flächen zur Aufnahme des Druckes zur Verfügung. **Das Faudi-Kardangelenk** wird bei der Montage mit Schmiermaterial gefüllt, wodurch sich eine öftere Wartung erübrigt. Um ein Austreten des Fettes und ein. Eintreten von Staub zu vermeiden, greifen die an der Bewegung beteiligten Schutzkappen doppelt übereinander und sind mit Filzringen gut abgedichtet.

Zur wirksamen Schmierung der Gleitflächen sind genügend Fettsammelstellen und seitliche Schmierlöcher vorhanden. Längsnute in den Gleitflächen des Mittelstückes und je eine rechts- und eine linkssteigende Spiralnute am Umfange der Gleitsteine fördern ein gutes Verteilen des Schmiermittels.

Das Faudi-Kardangelenk wird in vier verschiedenen Größen für Gleitnuten- oder Konusanschluß geliefert.

Auch in der Sömmerdaer Leitung gab es Veränderungen. Baumeister Wesemann gab am 1. Oktober 1920 den Direktorposten ab. Sein Nachfolger wurde Diplom-Ingenieur Bischoff. Zweiter Direktor wurde der Düsseldorfer Kaufmann Hans Martin.[100] Bischoff schied im Oktober 1925 aus[101] und wurde von Direktor Brandt abgelöst.[102] Martin ging im August 1926.

In den rechtlichen Beziehungen zwischen Sömmerda und der Zentrale in Düsseldorf gab es eine Veränderung, die rein politische Gründe hatte. Als Ende 1922 die deutsche Regierung aufgrund ihrer Währungskrise nicht mehr in der Lage war, die im Versailler Vertrag festgelegten Geld- und Sachmittel an die Siegermächte zu liefern, besetzten französische und belgische Truppen am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet. Die Reichsregierung rief die dortige Bevölkerung zu «passivem Widerstand» auf, der bis September 1923 dauerte. Auch die Rheinmetall-Werke in Düsseldorf-Derendorf und Rath wurden geschlossen. In dieser Situation beschloß die Konzernleitung, zur Sicherung des Betriebs das Werk Sömmerda formal unabhängig vom Stammhaus zu machen und in eine selbständige Aktiengesellschaft umzuwandeln. Dafür gründete sie eine neue «Rheinische Metallwaaren- und Maschinenfabrik Sömmerda A.G. Sömmerda», deren erklärtes Ziel es war, den Rheinmetall-Werksteil in Sömmerda zu übernehmen. Vom 8. Januar 1924 stammt der Bericht der von der Handelskammer Erfurt bestellten Revisoren, die den Gründungshergang überprüften.[103] Danach betrug das Gründungskapital dieser AG 20 Millionen Mark, wovon der Löwenanteil von 19,6 Millionen Mark von einer Verwaltungs- und Organisationsgesellschaft mbh in Berlin[104] eingezahlt wurde. Daß diese Gesellschaft von Rheinmetall gegründet wurde, kann als sicher angenommen werden. Weitere Gründungsaktionäre waren Rheinmetall Düsseldorf selbst mit 100.000 Mark und drei Einzelpersonen, Direktor Lieffertz und die Prokuristen Münker und Guhrack mit je 100.000 Mark. Den Vorstand bildete die bisherige Sömmerdaer Leitung, Dipl.-Ing. Bischoff und Kaufmann Martin. Aufsichtsratmitglieder waren Kommerzienrat Max Trinkaus, seines Zeichens Aufsichtsratsvorsitzender des Gesamtkonzerns,[105] sowie die Generaldirektoren Friedrich Beitter und Hans Eltze.[106] In ihren Bericht schrieben die Revisoren auch, wie hoch neben dem Auslagenersatz die feste Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder war: 7.500 Mark pro Geschäftsjahr, der Vor-

95 100 Jahre Rheinmetall 1889-1989, hg. von Rheinmetall GmbH Düsseldorf, 1989, Rheinmetall-Archiv, im folgenden abgekürzt als: 100 Jahre Rheinmetall, S. 34.

96 Ebd.

97 Clauss, Otto: Sömmerda. Des Kreises Industriestadt, in: Beiträge zur Kultur- und Wirtschaftsgeschichte des Kreises Weißensee-Thüringen, hg. unter Mitwirkung des Kreisbauamtes Weißensee von Redakteur Schramm, Erfurt 1930, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Clauss 1930, S. 30.

98 50 Jahre Rheinmetall Düsseldorf 1889-1939, hg. von der Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft 1939, Düsseldorf, Rheinmetall Archiv, im folgenden abgekürzt als: 50 Jahre Rheinmetall, S. 55f.

99 100 Jahre Rheinmetall, S. 34. Vgl. auch: Kurzer Chronologischer Abriß der RH-AG, 23. 2. 1988, Rheinmetall-Archiv HO 161.

100 Schmied 1927, Bl. 11.

101 Ebd.

102 Protokoll der Betriebsratsvollsitzung mit der Direktion vom 8. 12. 1925, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/62a.

103 ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/6.

104 Getippt steht im Protokoll für Sitz dieser Gesellschaft Düsseldorf, handschriftlich ist dies in Berlin verbessert. Vermutlich ging man kurzfristig nach Berlin, um den Ruhrgebiets-Wirren zu entkommen.

105 Max Trinkaus gehörte dem Rheinmetall-Aufsichtsrat von 1892 bis zu seinem Tode 1929 an. Vgl. Geschäftsbericht der Rheinischen Metallwaaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf 1928/29, Rheinmetall-Betriebsarchiv HO 246.

106 Geschäftsbericht 1923/1924 sowie Goldmark-Eröffnungs-Bilanz zum 1. Juli 1924, Rheinmetall-Archiv HO 246.

107 Bereinigt um die Ausschüttung einer 4%igen Vordividende an die Aktionäre.

108 Nr. 349 des Not.-Reg. für 1923 und Nr. 52 des Not.-Reg. für 1924, ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/29.

109 Wir über uns 1989, S. 79.

sitzende und sein Stellvertreter das Doppelte, zuzüglich einer Tantieme von 12 % des Reingewinns.[107] Am 29. November 1923 wechselten die Grundstücke und Gebäude in Sömmerda den Besitzer, vom Rheinmetall-Konzern zur neu gegründeten AG. Laut Vertrag wurden die «*Maschinen und sonstigen Fabrikeinrichtungen*» davon ausgenommen, sie blieben Eigentum des Mutterkonzerns. Der Preis für dieses in der Endphase der Inflation getätigte Geschäft betrug 2.200.000 Billionen Mark. Nach der Währungsumstellung wurde der Preis per Zusatzvertrag vom 20. März 1924 in 2.725.000 Goldmark geändert.[108] Erst 1934 wurde die Sömmerdaer Aktiengesellschaft wieder zum Betriebsteil des Düsseldorfer Konzerns.[109]

Im sozialen Bereich der Betriebspolitik ist Ende der 20er Jahre ein Fortgang zu verzeichnen, als das Sömmerdaer Werk mit einem erneuten Wohnungsbauprogramm an seine Aktivitäten vor und während des Krieges anknüpfte. Ab 1928 baute die «Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten» (Gagfah) mit Betriebsdarlehen zwei 12-Familienhäuser. Auch die Baugenossenschaft «Volkswohl» erstellte mit Unterstützung des Werkes eine Reihe von Häusern.

Werbeanzeige mit Produktionsprogramm



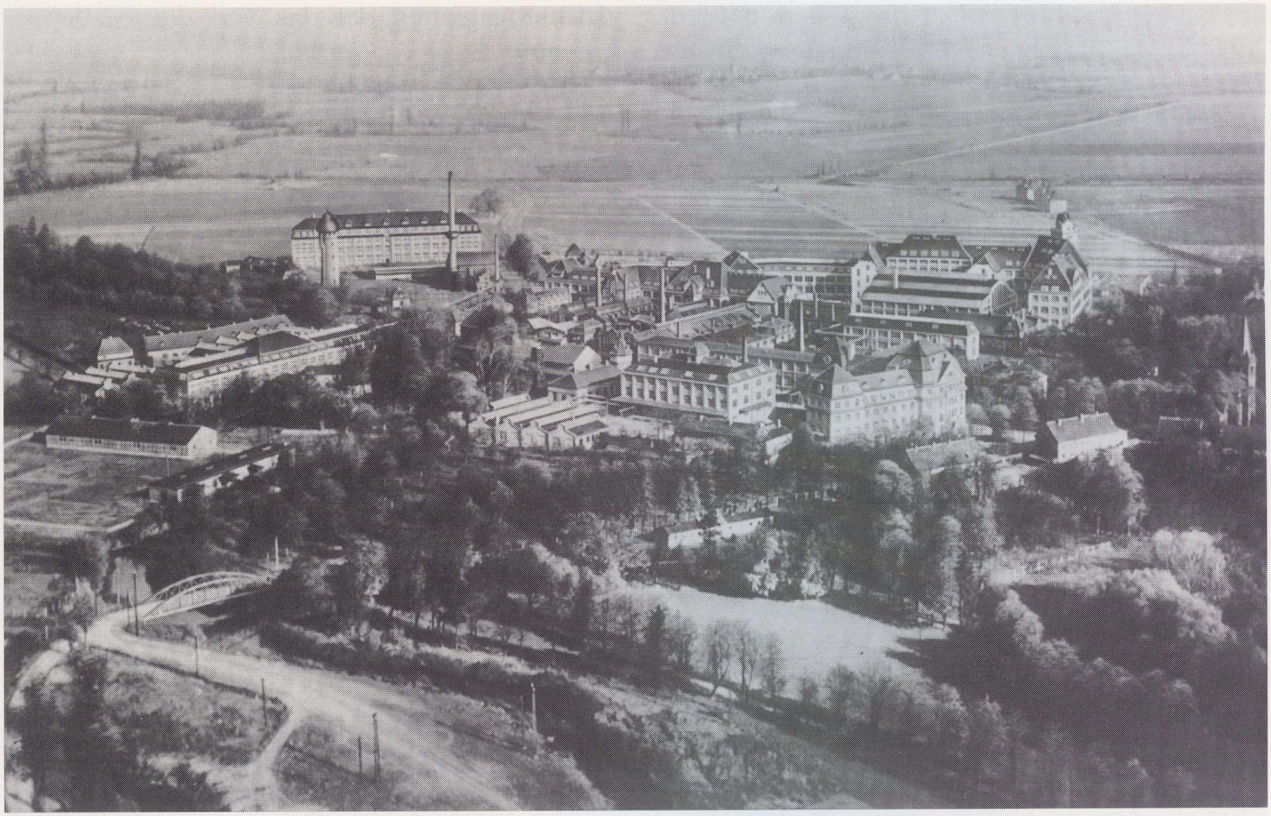
Luftaufnahme von 1928, am oberen Bildrand das Werk, unten die Bahnhofstraße



Der fabrikeigene Grundbesitz von Rheinmetall Sömmerda von insgesamt 550.586 m^2 wurde in einem Bericht von 1930 wie folgt aufgeschlüsselt: Fabrikterrain 132.874 m^2, Wohnhäuser mit Gärten 87.079 m^2, Äcker, Wiesen, Wege etc. 330.633 m^2.[110]

[110] Clauss 1930, S. 29.

Gesamtansicht des Werkes um 1930



Die Belegschaft im Kapp-Putsch

Wie im letzten Kapitel dargestellt, war der Angriff des Arbeiterrats auf die Macht von Betriebsdirektor Wesemann und seiner Führungsmannschaft im November 1918 nach wenigen Tagen beendet. Die Nachwirkungen ließen das Werk allerdings bis Anfang der 20er Jahre nicht zur Ruhe kommen. Generell waren in Deutschland die Jahre bis 1923 von politischer Erschütterung und wirtschaftlicher Krise geprägt. Bei Rheinmetall Sömmerda kam es immer wieder zu Arbeitskämpfen, die ihren Höhepunkt in einem 7wöchigen Streik im Januar und Februar 1922 fanden. Auch bei den militärischen Auseinandersetzungen zwi-

schen Arbeiterschaft und Reichswehr, die während des Kapp-Putsches im März 1920 im ganzen Reich ausgetragen wurden, waren in Sömmerda Rheinmetall-Arbeiter als Akteure maßgeblich beteiligt und als Opfer betroffen. Im März 1919 faßte die Freie Arbeiterunion Deutschlands (FAUD), eine Organisation des deutschen Anarchosyndikalismus, in der Arbeiterschaft von Rheinmetall Fuß und wurde dort schnell zur führenden Arbeiterorganisation.[111] Die Anarchosyndikalisten wollten einen *«herrschaftsfreien Syndikalismus»* und warfen SPD und KPD autoritäre Strukturen vor.[112] Sie setzten auf Föderalismus als Organisationsprinzip und die *«direkte Aktion»* der Betroffenen, wie ein Kernbegriff lautete. Das Zunehmen dieser Bewegung, die zuvor ihre Existenz am Rande der Arbeiterbewegung gefristet hatte, war in dieser Zeit nichts Außergewöhnliches in Deutschland. Die Entwicklung in Sömmerda, das der Historiker Bock als *«syndikalistische Enklave»*[113] bezeichnete, fiel allerdings, wie schon beim Übergang von der SPD zur USPD, durch ihre Homogenität und Ausschließlichkeit aus dem Rahmen. Einen wesentlichen Anteil daran hatten die schon früher erwähnten sozialistischen Arbeiterführer des Werks. Vor dem Krieg bildeten sie das Rückgrat der SPD, der Gewerkschaft und der Arbeiterkultur. 1917 wurden sie nach Verlassen der SPD in der USPD gegen den Krieg aktiv. 1918 stellten sie den Arbeiterrat, konnten jedoch auch damit ihr großes Ziel der *«sozialistischen Republik»*[114] nicht erreichen. Aus all diesen Erfahrungen zogen sie die Konsequenz, das politische Angebot des Anarchosyndikalismus anzunehmen, wobei ihnen zunächst ein großer Teil der Belegschaft folgte. Im Juli 1919 hatte die FAUD 1500 und im März 1920 2100 Mitglieder in Sömmerda und Umgebung (vgl. Anhang). Die Arbeiterführer des Werkes haben über Jahrzehnte hinweg die Betriebsgeschichte und darüber hinaus die Ereignisse in der Stadt mitbestimmt. Sie waren tüchtige Facharbeiter und gleichzeitig überzeugte Sozialisten. Sie mußten von der Betriebsleitung ernst genommen werden, weil sie in der Arbeiterschaft verankert waren. Indem sie sich dafür engagierten, daß das Werk die soziale Exi-

[111] Ausführlicher zur Geschichte, Programmatik und Bedeutung der FAUD in Sömmerda siehe Anhang in diesem Buch. Bis Dezember 1919 war der Name Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG), dann erst FAUD. Zur Vereinfachung wird für Sömmerda von Anfang an von FAUD gesprochen. Vgl. Havers, Frank: Die FAUD in Sömmerda (Thüringen) während des «Kapp-Putsches», 1995, Typoskript, 8 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Die FAUD in Sömmerda 1995, Bl. 1. Zur Geschichte des deutschen Anarchosyndikalismus vgl. auch: Freie Arbeiterunion/IAA: Anarchosyndikalismus in Deutschland, Berlin 1986, im folgenden abgekürzt als: Freie Arbeiterunion 1986. Einen Überblick über die Forschung zum Anarchosyndikalismus gibt: Bock, Hans Manfred: Anarchosyndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 25. Jg., September 1989, Heft 3, im folgenden abgekürzt als: Bock 1989, S. 293-358. Das FAUD-Gründungsdatum September 1919, das in der DDR-Geschichtsschreibung mit Bezug auf Zeitzeugenberichte häufig auftauchte, kann nicht stimmen. Vgl. Wir über uns 1989, S. 38, und: Waldszus, Waldemar: Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse Sömmerdas/Thür. und ihre Niederschlagung durch die Konterrevolution im Frühjahr 1920 (Kapp-Putsch), Wissenschaftliche Hausarbeit an der Pädagogischen Hochschule Potsdam 1964, SAS, S. 8. Denn im Syndikalisten, der Zeitung der FAUD, ist schon seit März 1919 von Sömmerda die Rede. Vgl. Der Syndikalist, Organ der FAUD (AS), Berlin 1.-14. Jg. (1919-32), erschien wöchentlich, Institut zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung der Ruhruniversität Bochum SZD 3147, im folgenden abgekürzt als: Der Syndikalist. Kopien dieser Zeitung wie auch anderer anarchosyndikalistischer Zeitungen sowie Literatur zum Thema wurden mir freundlicherweise von Frank Havers zur Verfügung gestellt.

[112] Als theoretische Grundlage des deutschen Anarchosyndikalismus kann das Referat gelten, das Rudolf Rocker auf dem 12. Kongreß im Dezember 1919 in Berlin hielt. Es ist abgedruckt als «Prinzipienerklärung des deutschen Syndikalismus» in: Barwich, F. u. a.: Arbeiterselbstverwaltung. Räte-Syndikalismus, Berlin 1971, im folgenden abgekürzt als: Prinzipien 1919. Zur syndikalistischen Theorie siehe auch: Klan, Ulrich und Nelles, Dieter: «Es lebt noch eine Flamme». Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau-Döffingen 1990, im folgenden abgekürzt als: Klan/Nelles 1990.

[113] Bock 1989, S. 309. Enklave bezeichnet eigentlich einen vom eigenen Staatsgebiet eingeschlossenen Teil eines fremden Staatsgebietes.

Gelenkwellenfertigung in der Maschinenfabrik



stenz der Belegschaft sicherte, nahmen sie die Aufgaben des Betriebes aus der Sicht der Arbeiterschaft wahr.

Bereits im März 1919 kam es in der Region Sömmerda zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Einheimischen und Reichswehrtruppen, von der zeitgenössischen Presse als *«Unruhen von Kindelbrück»* festgehalten.[115] Die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands befand sich damals im Generalstreik, weil in Erfurt Militärs versucht hatten, den Soldatenrat durch einen Putsch zu beseitigen.[116] Als nun ein Pferdetransport der

Armee durch Sömmerda und Weißensee kam, befürchteten die Arbeiter militärisches Eingreifen gegen den Streik. Bei Kindelbrück kam es zu Schießereien, bei denen mehrere Menschen, darunter zwei aus Sömmerda, getötet wurden.[117] Unter den Arbeitern, die danach angeklagt und zum Teil zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt wurden, waren Schlosser, Schmiede und Büchsenmacher.[118] Es ist wahrscheinlich, daß Rheinmetaller damals beteiligt waren, zumal der Werksangehörige Heinrich Kusche diesen Vorfall erwähnte. Nach seiner Erinnerung verfolgten die Arbeiter die Soldaten, weil sie einen ähnlichen Vorfall wie zum Jahresende 1918 verhindern wollten, als eine durchziehende Artillerie-Einheit die rote Fahne vom Weißenseer Rathaus entfernte. Noch am selben Tag waren damals, wie berichtet, hundert Arbeiter nach Weißensee gezogen und hatten das Aufstellen der Fahne wieder erzwungen.[119]

Nach Beendigung des Thüringer Generalstreiks fanden Betriebsleitung und Arbeiterrat zu einem Arrangement. Am 11. November 1919 kamen die Direktion und eine Kommission der Arbeiterschaft überein, daß der bestehende Arbeiterrat in einen *«gesetzesgültigen Arbeiterausschuß»* umgewandelt werden soll und deshalb auf eine Neuwahl verzichtet wurde.[120] Es wurde vereinbart, daß die Mitglieder des Arbeiterausschusses für eine Sitzung pro Woche freigestellt wurden. Über die Tagesordnung mußte die Betriebsleitung zuvor informiert werden. Zwei Tage nach seiner Konstituierung verhandelte der Arbeiterausschuß mit Direktor Wesemann über eine Lohnzulage angesichts der Verteuerung der Lebensmittel. Dieser hielt die Forderung für berechtigt, führte jedoch an, daß er zu der geforderten Höhe von 20% nicht ermächtigt sei.[121]

Die Mitglieder des bisherigen Arbeiterrats, die durch die Neuregelung nun den Arbeiterausschuß bildeten, waren der Schlosser Fritz Jürgel als Obmann,[122] der Schlosser Louis Schreiber als stellvertretender Obmann, der Schlosser Karl Voß als Schriftführer, der Schlosser Paul Koch als stellvertretender Schriftführer sowie Haase, Sonntag, Schneeberg, Kind, Bode und Borgart. Sonntag arbeitete damals als Bürogehilfe,[123] war aber eigentlich Tischler von Beruf.[124] Jürgel, Schreiber, Voß, Sonntag, Kind und Bode und damit sechs der zehn Mitglieder, darunter der Vorsitzende und sein Stellvertreter, waren nachweislich Anarcho-syndikalisten.[125] Sonntag engagierte sich längere Zeit in der FAUD auf nationaler Ebene, zum Bei-

[114] Aus dem Aufruf des Arbeiterrats vom 12. November 1918, siehe Kapitel 2.

[115] Entsprechende Zeitungsausschnitte befinden sich in Historische Sammlung. Titel und Datum sind nicht exakt rekonstruierbar.

[116] Zeitgenössische Presse, Titel und Datum nicht rekonstruierbar, Historische Sammlung.

[117] Boblenz, Frank: Kapp-Pusch und Märzkämpfe in Sömmerda und Umgebung, in: Thüringer Allgemeine, 25. März 1995. Bei den Opfern handelte es sich um den Former und Matrosen Wilhelm Braun und den Dreher Friedrich Fink. Vgl. Wir über uns 1989, S. 42.

[118] Ebd.

[119] Erinnerungen von Heinrich Kusche, Material der Betriebsgeschichtskommission, Arbeitsgruppe 2, Historische Sammlung, Bl. 3.

[120] ThHStAW Reinmetall Borsig AG 01/62a.

[121] Ebd.

[122] Der Obmann war der Vorsitzende der Arbeitervertretung.

[123] Die FAUD in Sömmerda 1995, Bl. 1.

[124] ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/104.

[125] Für Voß findet sich der Nachweis in einer Gestapo-Akte, BA Koblenz R 58/318, Hinweis von Frank Havers. Für Kind in: Der Syndikalist, 19. 7. 1919. Für Bode siehe Anhang in diesem Buch. Siehe auch die folgenden Anmerkungen.

[126] Zu Sonntag vgl. u. a. Prinzipien 1919, S. 32 und Der Syndikalist 2/1923. Jürgel wird als Mitglied erwähnt in: Der Syndikalist 7/1921.

[127] Haug 1989, S. 361.

[128] Nachweis für seine FAUD-Mitgliedschaft in: Der Syndikalist 7/1921.

[129] Der Syndikalist 20/1921.

[130] Schuchardt wird im Syndikalist erwähnt, aber nicht ausdrücklich als FAUD-Mitglied wie die anderen.

[131] Sömmerdaer Zeitung, 3. 2. 1920, SAS.

spiel in der Metallarbeiterförderation, und ergriff auf Kongressen das Wort.[126] Auch Schreiber tauchte als Delegierter auf.[127]

Nicht nur im Betriebsrat hatte die FAUD das Sagen. Auch in der Stadtverordnetenversammlung hatten die Rheinmetaller Syndikalisten ein großes Gewicht. Heinrich Kusche [128] wurde in der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Februar 1920 zum Beigeordneten gewählt. Fritz Jürgel und Herrmann Sonntag, ebenfalls Stadtverordnete, erhielten damals die Funktion von Ratsmännern. Außer ihnen waren die Rheinmetaller Hugo Haase, Otto Endter und Hugo Schmidt gewählte Stadtverordnete. Für den letzten ist die FAUD-Mitgliedschaft ebenfalls nachgewiesen.[129] Haase wurde damals Stadtverordnetenvorsteher, Jürgel und Endter seine Stellvertreter. Alle wurden außerdem in verschiedene Ausschüsse delegiert. Albert Schuchardt, ebenfalls ein alter Rheinmetaller Aktivist und vermutlich Mitglied der FAUD,[130] wurde in dieser Sitzung als Stadtverordneter abgewählt.[131] Er war im Sommer 1919 untergetaucht, weil ein Haftbefehl gegen ihn vorlag.

Diese Männer bildeten das Zentrum des Arbeiterwiderstandes im Kapp-Putsch. Am 13. März 1920 putschten hohe Militärs der Reichswehr gegen die Regierung in Berlin. General von Lüttwitz setzte Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp als neuen Reichskanzler ein. Nach ihm ist der Putsch benannt. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung, die Gewerkschaften sowie alle Arbeiterparteien riefen daraufhin zum Generalstreik auf. In Sömmerda ging die Initiative zur Beteiligung am Streik von 40 Obleuten der FAUD von Rheinmetall, Dreyse & Collenbusch und den Martiniwerken aus.[132] Sie organisierten am ersten Tag des Putsches Belegschaftsversammlungen in ihren Betrieben. Ein Exekutivkomitee wurde gebildet, das im «Bürgergarten» tagte. Mitglieder waren der Tierarzt Kurt Neubert, der in der USPD geblieben war, die beiden Rheinmetaller Louis Schreiber und Hermann Sonntag sowie weitere 15 Arbeiter. Der Rheinmetaller Heinrich Kusche übernahm den Bürgermeisterposten, nachdem die Stadtverordneten dem bisherigen Bürgermeister Hohendahl wegen Unterstützung des Kapp-Putsches ihr Mißtrauen ausgesprochen hatten. Die Arbeiter bildeten Arbeiterwehren und bewaffneten sich, um die öffentlichen Gebäude zu bewachen und die in Sömmerda und den umliegenden Dörfern gebildeten Einwohnerwehren zu entwaffnen. Bei einem Teil dieser Einwohnerwehren geschah das auch, dabei war ein Todesopfer aus den Reihen der Einwohnerwehren zu beklagen.[133] Am 24. März, 11 Tage nach dem Putsch, griffen Reichswehrtruppen, Einwohnerwehren und ein Freiwilligenkorps die Stadt Sömmerda an. Über 200 Menschen, darunter auch Frauen, wurden im Rathauskeller eingesperrt, viele von ihnen mißhandelt. Zwanzig Männer aus den Reihen der Arbeiterwehr wurden von Reichswehrtruppen und Einwohnerwehren getötet. Unter den Opfern waren Kurt Neubert, Albert Schuchardt, Hugo Schmidt, Moritz Wandt, Rudolf Wandt und Louis Eckstein. Sie wurden als engagierte Sozialisten und langjährige Arbeitervertreter gezielt ermordet.

Ein Jahr später, im März 1921, sollte es im Zusammenhang mit einem Generalstreikaufruf der KPD und kleiner kommunistischer und anarchistischer Gruppen, der nur in Mitteldeutschland befolgt wurde, auch in Sömmerda wieder zu militärischen Auseinandersetzungen kommen. Die Beteiligung von Rheinmetallern ist naheliegend, kann aber nicht belegt werden.[134]

Nach dem Kapp-Putsch wurde die Arbeit im Werk am Samstag, den 27. März 1920, wieder aufgenommen. Nach einer zeitgenössischen Presse-

Zeitungsankündigung zur Wiederaufnahme der Arbeit nach dem Kapp-Putsch



mitteilung wurde der Betrieb allerdings am darauffolgenden Dienstag wieder geschlossen, *«da die besten und notwendigsten Arbeiter verhaftet bzw. auf der Flucht (ca. 100) oder erschossen sind».*[135] Im Betrieb waren die schlimmen Ereignisse noch lange Thema. Nicht nur der Betriebsrat der Rheinmetall, auch der Betriebsdirektor Wesemann spielte eine wesentliche Rolle in den Auseinandersetzungen. Während des Putsches hatte er versucht, das Exekutivkomitee zum Abbruch des Streikes zu bewegen. Von der Verteilung eines von ihm persönlich verfaßten Flugblatt, *«in dem er die Arbeiterschaft zu sachlicher Überlegung und Wiederaufnahme der Arbeit aufforderte»*, hatte die Beamtenschaft des Werkes allerdings abgeraten.[136] Nach dem Putsch war Wesemann Mitglied eines *«Ausschusses zur Feststellung von Entschädigungen für Aufruhrschäden».*[137] Im Betrieb lehnte Wesemann die vom Arbeiterausschuß geforderte Bezahlung der Generalstreik-Tage selbst bis zum 17. März ab, also für die Zeit, für die Mitglieder der Regierung zum Streik aufgerufen hatten. Er begründete dies damit, daß dies ein politischer Streik gewesen und

[132] Vgl.: Beratung der Kommission der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des Kreises Sömmerda, 19. 1. 1958, Protokoll vom 22. 1. 58, Historische Sammlung. Anwesend waren bei dieser Sitzung Hermann Sonntag, Karl Schäfer und Herbert Schäffner, der Sohn des während des Kapp-Putsches ermordeten Edmund Schäffner. Zum Kapp-Putsch in Sömmerda generell vgl.: Die FAUD in Sömmerda 1995. Dieses Thema wurde auch in der DDR-Betriebs- und Stadtgeschichtsschreibung ausführlich behandelt. Die beteiligten und betroffenen Arbeiter wurden dabei oft nur als «Sömmerdaer Genossen» bezeichnet, die maßgebliche Rolle der FAUD wurde verschwiegen. Vgl.: 12 Tage. Deutsche Arbeitergeschichte im Kreis Sömmerda, hg. von der Kreiskommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Sömmerda, o. J. (1956), Historische Sammlung. Vgl. auch Wir über uns 1989, S. 44ff und Betriebsgeschichte 2, S. 35ff. In diesen Veröffentlichungen wurden auch die 40 Obleute erwähnt, aber weggelassen, daß dies eine Struktur der FAUD war, um die Verbindung von den Betrieben zur Arbeiterbörse herzustellen. Eine detaillierte Übersicht über die Ereignisse gibt auch Waldszus 1964. Die Arbeit hat eine reiche Quellenbasis, die Schlußfolgerungen daraus wurden allerdings in das Korsett der offiziellen Geschichtsschreibung gezwängt.

[133] Die Ereignisse vom 13. bis 24. März 1920 in Sömmerda sind detailliert im Anhang dargestellt.

[134] Freie Arbeiterunion 1986, S. 12. Am 31. März 1921 kam es in diesem Zusammenhang bei Bachra zu einem Gefecht, bei dem 8 Menschen getötet wurden, vgl. Boblenz, Frank: Kapp-Putsch und Märzkämpfe in Sömmerda und Umgebung, Thüringer Allgemeine 25. 3. 1995.

[135] Tribüne, ohne Datum, zitiert nach Betriebsgeschichte 2, S. 41.

[136] Bericht von der Versammlung am 29. 4. 1920, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/62.

[137] Waldszus 1964, S. 76f.

[138] Protokoll der Betriebsausschuß-Sitzung vom 18. 5. 1920 , ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/62a. Und: Bericht von der Sitzung von Betriebsrat und Werksleitung am 18. 5. 1920, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/62. Vgl. auch Waldszus, 1964, S. 80f.

[139] Protokoll der Werksleitung vom 29. 3 und 6. 4. 1920, zitiert nach: Wir über uns 1989, S. 49.

[140] Bericht von der Versammlung am 29. 4. 1920, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/62.

[141] Protokoll der Betriebsausschuß-Sitzung vom 18. 5. 1920, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/62a.

[142] Damit war die Entwaffnung der Einwohnerwehren gemeint.

[143] Bericht von der Versammlung am 29. 4. 1920, a. a. O. Siehe auch Bericht über die Sitzung am 8. April 1920, ebd.

der Aufruf nicht von der gesamten Regierung unterstützt worden sei. Dabei berief er sich auf den «Verband Thüringer Metallindustrieller».[138]

Gravierendere Konsequenzen für die Arbeiter hatten die politisch motivierten Entlassungen nach dem Putsch.[139] Am 29. April 1920 teilte Wesemann in einer Versammlung den Arbeitern Sonntag, Trautmann, Machleb, Willy Köhler, Leser, Kusche, Schreiber, Voss, Jürgel und Würcker in einer Versammlung ihre Entlassung mit.[140] Nach einer anderen Quelle war auch Walter Arlt unter den Betroffenen.[141] Die Kündigungen waren mit der Generaldirektion in Düsseldorf abgestimmt und erfolgten nach folgenden Kriterien: *«1) Hetzerische Tätigkeit im Werk. 2) Beteiligung an den Raubzügen nach Etzleben, Büchel, Rohrborn usw.*[142] *3) Waffen-Diebstähle im Werk.»* Als *«formeller Grund der Nichtwiedereinstellung»* reichte aus, *«daß die Leute mehr als 3 Tag dem Werk unentschuldigt ferngeblieben sind»*. Zynisch stellte der Bericht über die Versammlung weiter fest: *«Das trifft auf alle Versammelten zu, da sie entweder in Haft oder auf der Flucht waren.»*[143] Daß die Märzkämpfe zum Anlaß genommen wurden, unliebsame Arbeiterführer loszuwerden, zeigt der Fall Kusche. Die Werksleitung stellte in einer Sitzung fest, daß er *«sich an den letzten Unruhen kaum beteiligt hat, da er nach Festsetzung des Bürgermeisters die Amtsgeschäfte des Stadtoberhauptes im Rathaus geführt hat»* und *«daß er mit der Streikleitung fast garnichts zu tun gehabt hat»*. Außerdem hätte er sich als Dreher *«stets ordnungsmäßig benommen und seine Arbeit zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten geleistet»*. Dennoch beschlossen in dieser Sitzung die Abteilungs- und Betriebsleiter fast einstimmig seine Entlassung, da er ein *«sehr routinierter und äußerst schlauer Agitator»* und als *«geistiger Urheber der Bewegung (..) und als einer der Hauptarbeiterführer auch für die jetzigen Ausschreitungen mit verantwortlich»* wäre.[144]

Durch diese Kündigungen fehlten viele in der Produktion benötigten Facharbeiter. Die Gegenwehr der Anarchosyndikalisten, die vielfach von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen waren, ist eines der seltenen Beispiele von praktischer und effektiver Arbeitersolidarität. Die FAUD verhängte eine «Sperre» über Sömmerda. In ihrer republikweiten Zeitung «Der Syndikalist» veröffentlichte die lokale Sömmerdaer Organisation, die «Arbeiterbörse Sömmerda»[145] im Juli folgenden Aufruf: *«Noch immer sind viele unserer besten Genossen seit dem Kapp-Putsch ausgesperrt. Wir haben deshalb beschlossen, über Sömmerda die verschärfte Sperre zu verhängen. Wir ersuchen alle organisierten deutschen Arbeiter, Sömmerda streng zu meiden.»*[146] Tatsächlich erreichte die FAUD damit, daß der Facharbeitermangel anhielt und die Betriebsleitung am 22. Dezember 1920 dem Betriebsausschuß die stufenweise Einstellung der Entlassenen zusagte, allerdings mit Ausnahme derer, die während des Kapp-Putsches Waffen aus dem Betrieb entnommen hatten. Die FAUD hob daraufhin ihre Sperre auf.[147]

Akkordabzüge und Lohnkämpfe

Neben der Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Militärs hatten die Rheinmetall-Arbeiter auch ihre alltäglichen Sorgen: inflationsbedingte Preiserhöhungen und gleichzeitig Lohneinbußen durch Akkordsteigerung.[148] Vor dem ersten Weltkrieg kostete der Zentner Kartoffeln 2,50 Mark, 1921 bereits 100 Mark.[149] Der Preis für einen Liter Milch war im selben Zeitraum von 20 Pfennig auf 3,80

Mark gestiegen. Die FAUD-Zeitung «Der Syndikalist» rechnete vor, daß der Lohn 1921 das 20fache hätte betragen müssen, um die Kaufkraft der Vorkriegszeit zu erreichen. Er war aber im Durchschnitt nur um das 10fache, für viele Arbeiter nur um das 7- bis 8fache gestiegen.[150] Bereits im Oktober 1920 forderten die Rheinmetaller eine Lohnerhöhung von einer Mark pro Stunde. Wesemann lehnte ab.[151]

Im Februar 1921 verlangte die Generaldirektion in Düsseldorf eine Verringerung der Beschäftigtenzahl auf 1000. Auf der Betriebsversammlung konterten Sonntag, Jürgel, Schreiber, Kusche, Wiemann und Arlt, daß der *«zu große Beamtenapparat»* an den hohen Kosten schuld und eine *«gänzliche Neuorganisation des Werkes»* nötig sei.[152] Offensichtlich waren diese Arbeitervertreter wieder in der Rheinmetall tätig, bis auf Sonntag, der zwar bei Betriebsversammlungen auftrat, jedoch von Sitzungen der Betriebsdirektion mit dem Betriebsrat von Wesemann als *«auswärtig»* ausgeschlossen wurde.[153]

In der Folgezeit berichteten die Polizeiakten wiederholt von Arbeitskämpfen. Am 26. August 1921 meldete die Betriebsleitung an die örtliche Polizei, daß die derzeit 1350 bei Rheinmetall Sömmerda beschäftigten Arbeitnehmer in den Streik getreten sind, weil *«die Arbeitgeberin (...) Akkordabzüge von etwa 10 % bei 15 Akkordsätzen eingeführt»* hat.[154] In einer Presseerklärung erklärte die Freie Arbeiterunion Deutschlands (Syndikalisten), Ortsgruppe Sömmerda und der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Zahlstelle Sömmerda dazu: *«Feststellen wollen wir, daß dieser Kampf, wie nunmehr jeder Mensch erkennen wird, auf rein wirtschaftlichem Gebiet liegt und nur geführt wird, um die Arbeiterschaft, die in ihrer Existenz bedroht ist, vor gänzlicher Verelendung zu schützen. (...). Die Arbeiterschaft ist zu jeder Zeit bereit, den ihr aufgezwungenen Kampf abzubrechen, sobald die Direktion der Rheinmetall ihre beabsichtigte Schmälerung des Verdienstes fallen läßt.»* [155] Nicht mehr revolutionäre Veränderung war das Ziel, sondern die Sicherung existenzieller Bedürfnisse.

Neben den Akkordabzügen gab es in diesen Jahren auch andere Streitpunkte. Die Betriebsdirektion versuchte, mit Überstunden den im

[144] Bericht über die Sitzung der Direktion und sämtlicher Abteilungs- und Betriebsleiter am 30. 4. 1920. ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/62.

[145] Zur inneren Struktur der FAUD und deren Bedeutung vgl. z. B.: Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus, o. J., Broschüre, 47 S., eine Kopie wurde mir von Frank Havers zur Verfügung gestellt. Vgl. auch: Der Syndikalist 17/1922 und Bock 1989, S. 328f.

[146] Der Syndikalist 30/1920.

[147] Ebd., Nr. 1/1921. Siehe auch die Berichte über die Sitzungen von Betriebsdirektion und Betriebsrat vom 30. 8. 1920 und 22. 12. 1920, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/62.

[148] Zu den Lohnkämpfen vgl. auch Wir über uns 1989, S. 53ff.

[149] Der Syndikalist 36/1921. 55-65 Mark nannte Wir über uns, S. 54 als Preis für einen Zentner Kartoffeln im Oktober 1921.

[150] Der Syndikalist 36/1921.

[151] Protokoll einer Sitzung von Betriebsrat und Betriebsdirektor Wesemann vom 19. 10. 1920. ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/62a.

[152] Bericht über die Betriebsversammlung am 28. 2. 1921, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG, Werksdirektion 01/62.

[153] Protokoll der Sitzung von Betriebsrat und Betriebsdirektion am 27. 6. 1921. Ebd.

[154] Die Akten befinden sich im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Gotha. Frank Havers, der dort Einsicht genommen hat, stellte sie mir freundlicherweise zur Verfügung.

[155] Sie erschien in der Schöpfung, sozialrevolutionäres Organ für das sozialistische Neuland, erste anarchosyndikalistische Tageszeitung für Rheinland-Westfalen vom 30. 8. 1921, Institut zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung der Ruhruniversität Bochum SZD 3147, aber z. B. auch in der Gebeseer Zeitung vom 27. 8. 1921, Historische Sammlung.

[156] Bericht über die Betriebsversammlung am 2. 11. 1921. ThHStAW Rheinmetall Borsig AG, Werksdirektion 01/62.

[157] Protokoll der Sitzung von Betriebsrat und Betriebsdirektion am 27. 6. 1921, Ebd.

[158] Wie Anm. 194. Vgl. auch Wir über uns, S. 54.

[159] Der Syndikalist 11/1922.

[160] Wie Anm. 154.

[161] Ebd.

[162] Ebd.

[163] Der Syndikalist 2/1922 und die folgenden Nummern. Siehe auch Anhang.

Ausstellung in Barcelona 1929



November 1918 durchgesetzten 8-Stunden-Tag zu verlängern.[156] Umgekehrt verlangte der Betriebsrat die Einführung der 5-Tage-Woche, um weitere Entlassungen zu vermeiden.[157] Gekämpft wurde mit harten Bandagen. Vom 3. bis 22. Oktober 1921, so eine weitere Polizei-Akte, wurden sämtliche 1400 Rheinmetaller ausgesperrt, *«weil in verschiedenen Thüringer Metallwerken die Arbeiter streiken, und die Streikenden den Beschluß des Schlichtungsausschusses nicht angenommen (haben)»*.[158] Der letzte Streik und gleichzeitig härteste Arbeitskampf in dieser Zeit dauerte von 5. Januar bis Ende Februar 1922. Wieder ging es um die Akkordabzüge, die schon im August des Vorjahres zum Streik geführt hatten. Die Arbeiter lehnten nicht nur die Abzüge ab. Sie verlangten die Anpassung der Akkordpreise entsprechend der im Januar 1922 erfolgten Erhöhung der tariflichen Grundlöhne von 4,40 auf 7,95 Mark.[159] Eine kurze Episode in diesem Streik blieb die Auseinandersetzung um eine weitere Forderung der Arbeiter. Die Betriebsleitung berichtete der Polizei dazu: *«Heute teilt uns der Obmann des früheren Betriebsrates, Herr Schneeberg, mit, daß die Arbeiterschaft beschlossen hat, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bis folgende 4 Beamte ihres Postens enthoben sind: Herr Direktor Wesemann, Herr Oberingenieur Bischoff, Herr Sluyterman v. Langeweyde und Herr Techniker Becker.»*[160] Jetzt nahm die Düsseldorfer Generaldirektion die Sache selbst in die Hand. Diese Forderung, die sie fatal an den November 1918 erinnern mußte, sollte so schnell wie möglich vom Tisch. Im nächsten Polizeibericht hieß es dann: *«Erst nachdem die Vertreter der Arbeiterschaft diese Forderung einem Beauftragten der Generaldirektion gegenüber schriftlich bedingungslos fallen gelassen haben, konnten die Verhandlungen aufgenommen werden.»*[161] Auch der Polizei saßen die Novembertage offensichtlich noch in den Knochen. Wegen des Streiks bat sie den Landrat, die Bereithaltung eines Kommandos der Schutzpolizei für Sömmerda in Erwägung zu ziehen. Am 11. Januar 1922 forderte die Betriebsleitung ihrerseits die Polizeiverwaltung auf, *«geeignete Mittel anzuwenden, um die Ansammlung größerer Streikpostentrupps vor den Eingängen zu verhindern»*.[162]

In den folgenden Wochen gewann der Streik in Sömmerda zunehmend überregionale und prinzipielle Bedeutung. Die Syndikalisten riefen in ihrer Zeitung republikweit zu Spenden für die Sömmerdaer Streikkasse auf.[163] Generell verfolgte die FAUD das Prinzip, daß jeder Streik durch die freiwillige und direkte Unterstützung der nichtstreikenden Kollegen in anderen Betrieben und Städten finanziert werden sollte. Eine zentrale Streikkasse der Gewerkschaft lehnte sie ab, weil dies ihrer Meinung nach den spontanen Kampf-

willen einschränkte. Bisher hatten die Rheinmetaller immer reichlich für Streiks in anderen Städten gespendet.[164] Nun kamen für ihre Streikkasse vom 5. Januar bis 26. Februar 349.590 Mark durch die FAUD-Kampagne zusammen.[165]

Als Vertreter der Arbeitgeberseite war Direktor Wesemann mit der Haltung in die Auseinandersetzung gegangen, *«daß die Akkordreduzierung nicht nur eine Werksfrage, sondern eine Prinzipienfrage für die gesamte Thüringer Metallindustrie sei.»* Während des Streiks erklärte er dann, *«daß die Thüringer Metallindustriellen beschlossen hätten, keine Lohnzulagen zu bewilligen, bevor der Streik in Sömmerda beendet sei»* [166] So massiv die FAUD den Streik auch zu ihrer Sache machte, gescheitert ist er schließlich an der Uneinigkeit unter den verschiedenen Gewerkschaften in der paritätischen Streikleitung des Werkes wie an der Streikmüdigkeit der Belegschaft. Die Betriebsleitung machte die syndikalistischen Streikführer, die die Mehrheit im Betriebsrat stellten, zur Zielscheibe ihrer Angriffe und gewann gleichzeitig die Vertreter des Metallarbeiterverbandes und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins für ihr Ziel, den Streik abzubrechen. In der daraufhin organisierten Urabstimmung beteiligten sich von 1005 Stimmberechtigten 746. 488 plädierten für Wiederaufnahme der Arbeit, 258 dagegen.[167] Da 500-600 Mitglieder der FAUD am Arbeitskampf beteiligt gewesen sein sollen,[168] stimmten offensichtlich höchstens die Hälfte der eigenen Mitglieder für die Fortsetzung des Streiks. Gemaßregelt wurden danach vor allem die syndikalistischen Streikführer. 41 von ihnen wurden entlassen.[169] Was das für den Einzelnen bedeuten konnte, berichtete Albin Weiß, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender und von Entlassung betroffen: *«Als der Streik beendet war, wurden wir Funktionäre gemaßregelt und ausgesperrt. Die Aussperrung erreichte einen Umfang bis Magdeburg und bis an die bayrische Grenze, d. h. daß die Ausgesperrten in diesem Bereich kaum bei einem Unternehmer Arbeit fanden. (...) Ich machte nach meiner Aussperrung ein Rechtsbüro auf, um nicht umzukommen, denn auf diesem Gebiet wußte ich gut Bescheid und mußte ja auch schließlich meine Familie ernähren. 1927 wurde ich wieder geholt und arbeitete wieder in meinem Beruf.»* [170]

Die politische Niederlage, mit der dieser Streik für die Sömmerdaer FAUD endete, belastete sie

[164] Vgl. Der Syndikalist 7/1920, 8/1920, 11/1920, 14/1921, 49/1921 und viele weitere Nummern.

[165] Der Syndikalist 15/1922.

[166] Beide Aussagen zitiert nach: Der Syndikalist 11/1922.

[167] Der Syndikalist 11/1922.

[168] Ebd., 2/1922 und 4/1922.

[169] Der Syndikalist 15/1926. An anderer Stelle ist von 30 Entlassenen die Rede. Vgl. Der Syndikalist 11/1922.

[170] ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/101.

[171] Im November 1921 hatte sie noch 800 Mitglieder gehabt, vgl.: Der Syndikalist 48/1921. Der Rückgang entsprach der reichsweiten Mitgliederentwicklung. Ihren Höchststand erreichte die FAUD Anfang 1921 mit 150.000 Mitgliedern. Im September 1921 spaltete sich die «Union der Hand- und Kopfarbeiter» mit 80.000 Mitgliedern ab. Dadurch ging die Zahl zurück auf 70.000 (1922), dann auf 25.000 (1925) und 6.600 (1931). Vgl. Havers, Frank: Die Freie Arbeiterunion Deutschlands (FAUD) in der Weimarer Republik, Seminararbeit in Geschichte an der Universität Bochum, Wintersemester 1991/92, S. 32. Zur Mitgliederentwicklung vgl. auch: Freie Arbeiterunion 1986, S. 14. Haug gibt für 1932 zwischen 6.000 und 10.000 Mitglieder und bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten noch ca. 7.000 an. Vgl. Haug, Manfred 1989, «Eine Flamme erlischt». Die Freie Arbeiter Union Deutschlands (Anarchosyndikalisten) von 1932 bis 1937, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 25. Jg., September 1989, Heft 3, S. 360. Wie im ganzen Reich zeigte sich auch in Sömmerda in dem massiven Mitgliederverlust, daß nur ein kleiner Kern theoretisch-programmatisch überzeugte Anarcho-Syndikalisten geworden waren. Rocker ging überhaupt nur von 3000 Überzeugten reichsweit für die ganze Zeit der Weimarer Republik aus. Vgl. Bock 1989, S. 337.

[172] Der Syndikalist 5/1925, und: Protokoll der Betriebsversammlung vom 5. 3. 1924, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/62.

[173] Der Syndikalist 5/1925.

[174] Protokoll der Betriebsversammlung vom 6. 12. 1923, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/62.

Mailänder Mustermesse 1932



noch lange. Der Mitgliederverlust, der nach dem Kapp-Putsch massiv eingesetzt hatte, verstärkte sich.[171] Erst 1925 stellte die FAUD wieder Kandidaten für den Betriebsrat bei Rheinmetall auf. Sie gewann auf Anhieb 8 von 11 Sitzen und löste damit den bestehenden Betriebsrat ab.[172] Die Lohnkämpfe gingen weiter, auch wenn sie nicht mehr wie im Januar/Februar 1922 reichsweite Aufmerksamkeit erregten. 1925 erbrachte ein 14tägiger Streik in der Thüringer Metallindustrie einen Stundenlohn von 57 Pfennig.[173] Zwei Jahre zuvor hatte er noch 35-45 Pfennig betragen.[174]

Dieser Betrag galt sicher für die Männer, die Frauen erhielten in der Regel 50-70 % des Männerlohns. Immer wieder kämpfte die Belegschaft gegen Akkordabzüge,[175] Entlassungen bei gleichzeitigen Überstunden und Flexibilisierung der Arbeitszeit. So schlug der Betriebsrat 1927 eine wöchentliche Arbeitszeit von 50 Stunden vor, Montag bis Freitag 9 Stunden und Samstag 5 Stunden, um eine verbindliche Regelung zu erreichen.[176] Vom 8-Stunden-Tag war keine Rede mehr. Der Kampfgeist der frühen 20er Jahre war verschwunden. An den Betriebsversammlungen nahmen nur noch zwischen 150 und 300 Beschäftigte teil.[177]

Von 300 Erwerbslosen in Sömmerda berichtete «Der Syndikalist» 1926.[178] In dem Artikel wurde die Konsequenz gezogen, daß die Frauen ihre Arbeitsplätze für die Männer freimachen sollten: *«Soviel erwerbslose Familienväter es hier gibt, noch mal so viele Familienväter gibt es, die ihre Frauen mit in die Tretmühle schicken, ohne Rücksicht auf die erwerbslosen Familienväter, auch kinderlose Eheleute bringen es fertig, allwöchentlich zwei Lohnbeutel mit Inhalt einzuheimsen, die auch nicht im geringsten über das Elend ihrer Mitmenschen, die erwerbslos sind, nachdenken.»* Die Forderung nach Entlassung der verheirateten Frauen statt der Männer erhob auch eine Betriebsversammlung in der Rheinmetall am 4. Dezember 1925.[179] Bei dem neuen Direktor Brandt fand der Betriebsrat dafür offene Türen.[180] Diese Haltung der Belegschaft entsprach durchaus der anarchosyndikalistischen Frauenpolitik. Die FAUD bemühte sich zwar darum, die Frauen in syndikalistischen Frauenbünden zu organisieren. Sie sah jedoch *«die Erwerbsarbeit der Frau als notwendiges Übel der Zeit an, das der «Natur» der Frau im Grunde widersprach»*, so die Historikerin Cornelia Regin.[181] Da dachten die anarchosyndikalistischen Männer nicht anders als andere Männer in dieser Zeit. Als qualifizierte Facharbeiter, und das war der Kern der FAUD in Sömmerda, hatten sie es nicht nötig, ihre Frauen in die Fabrik zu schicken.[182]

Ende der 20er Jahre, wie bereits am Beispiel der Büromaschinen gezeigt, erfaßte die allgemeine Wirtschaftskrise das Werk. In den Abteilungen kam es kontinuierlich zu Entlassungen.[183] Der Betriebsrat verfolgte die Strategie, Kurzarbeit anzubieten und weiter auf die Entlassung von Frauen

[175] Z. B. in der Betriebsversammlung vom 24. 4. 1925. Ebd.

[176] Protokoll der Sitzung von Betriebsrat und Betriebsdirektion am 6. 5. 1927. Ebd.

[177] Vgl. Protokolle der Betriebsversammlungen in dieser Zeit, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/62a.

[178] Der Syndikalist 15/1926.

[179] Protokoll der Betriebsversammlung vom 4. 12. 1925, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/62a.

[180] Protokoll der Betriebsratsvollsitzung mit der Direktion vom 8. 12. 1925. Ebd.

[181] Regin, Cornelia: Hausfrau und Revolution, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 25. Jg., September 1989, Heft 3, S. 388.

[182] Ebd., S. 387.

[183] Vgl. z. B. Protokoll der Betriebsversammlung vom 20. 1. 1927, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/62a.

[184] Der Syndikalist 46/1931.

[185] Protokoll der Betriebsratssitzung mit der Direktion am 18. 1. 1932, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/62a.

[186] Bock 1989, S. 324ff.

[187] Der Syndikalist 46/1931 und Rübner, Hartmut: Freiheit und Brot. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, Berlin/Köln, 1995, S. 218.

[188] Der Syndikalist 32/1924 und vom 24. 1. 1931. Kurt Wandt engagierte sich dort, vgl. ebd., 7. 3. 1931.

[189] Zu den FAUD-Veranstaltungen in Sömmerda vgl. Der Syndikalist vom 31. 3. 1928, Der Arbeitslose vom 17. 10. 1932, Organ der FAUD (AS), Institut zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung der Ruhruniversität Bochum SZD 3147, und: Der Syndikalist vom 12. 11. 32. Außerdem Haug 1989, S. 362.

[190] Die Aktivitäten der KPD-Ortsgruppe bei Rheinmetall, die erst ab 1930 einsetzten, wurden in der DDR-Geschichtsschreibung ausführlich behandelt. Der Vollständigkeit halber sind sie im Anhang aufgeführt.

[191] Klan/Nelles 1990, S. 37.

[192] Eine Kopie der Broschüre «Industrieller Antimilitarismus (Gewalt oder Gewaltlosigkeit)», aus der das Zitat stammt, stellte mir Frank Havers zur Verfügung.

zu drängen. 1931 berichtete «Der Syndikalist», daß auch in Sömmerda die Probleme der Arbeitslosen zum Schwerpunkt der politischen Arbeit geworden waren.[184] 1932 wollte die Direktion dann das gesamte Werk in Sömmerda außer dem Zünderbau stillegen,[185] wozu es allerdings nicht gekommen ist.

Einen gewissen Anklang fanden in dieser Zeit die Initiativen der FAUD zum Aufbau eigener genossenschaftlicher Strukturen in der Stadt. Sie brachten eine praktische Verbesserung des proletarischen Alltags. Die FAUD verwirklichte dadurch ihren Anspruch als Kulturbewegung.[186] In Sömmerda entstanden nach 1927 ein «Gemeinnütziger Bauverein Bauwohl», der bis 1931 52 Wohnungen baute; ein syndikalistischer Sport- und Turnerbund, ein «Krankenunterstützungsverein auf Gegenseitigkeit e. V.», die «Gilde freiheitlicher Bücherfreunde», eine Gruppe des «Reichsverbandes für Geburtenregelung und Sexualhygiene», ein «Verein für Freidenkertum und Feuerbestattung e. V.» und der «Konsumverein Sömmerda und Umgebung e. V.».[187] Auch die Syndikalistisch-Anarchistische Jugend Deutschlands (SAJ) war in Sömmerda aktiv.[188] In der Stadtpolitik spielten die Anarchosyndikalisten noch lange eine Rolle. Das zeigte sich z. B. 1932, als eine Arbeiterliste aus Syndikalisten, Kommunisten und Sozialdemokraten die Mehrheit im Stadtparlament gewann (siehe Anhang). Im Vergleich zu anderen Städten blieb die Sömmerdaer FAUD eine der aktiven Ortsgruppen mit vergleichsweise gut besuchten Veranstaltungen.[189] 1933 gab es immerhin noch 74 Mitglieder.[190]

Ein letzter Aspekt der damaligen Arbeiterbewegung im Werk soll noch kurz beleuchtet werden. Aufgrund ihrer strikten antimilitaristischen Orientierung lehnte die FAUD die Produktion von Waffen ab.[191] Die Reichskonferenz ihrer Metall-

Addiermaschinen-Montage Anfang der 30er Jahre

Vernickelei





arbeiterföderation im Juli 1921 in Erfurt legte ihren Mitgliedern *«die kategorische Pflicht auf, die Anfertigung jedes Kriegsmaterials prinzipiell abzulehnen und zu verweigern».*[192] Aus der Rheinmetall ist ein Beispiel für eine solche Weigerung bekannt. In einer Sitzung der Arbeitervertretung mit Wesemann am 9. April 1921 war *«die Entlassung des Schlossers und Betriebsausschußmit-*

gliedes Wiemann» das Thema. Der Grund: *«In der Armaturenabteilung sollen von neuem Granatzünder angefertigt werden, Wiemann, der bisher in der genannten Abtlg. beschäftigt war, wurde (...) beauftragt, Maschinen für die Fabrikation von Zündern einzustellen, welches Wiemann verweigerte.»* Die Versetzung in eine andere Abteilung, um die Wiemann bat, lehnte Wesemann grundsätzlich ab. Der Betriebsrat argumentierte, *«daß durch diese Entlassung böses Blut in die Arbeiterschaft getragen werden könnte, welches eine Erschütterung des Werkes nach sich ziehen könnte».*[193] Die Angelegenheit kam vor den Schlichtungsausschuß, ihr weiterer Verlauf ist nicht zu rekonstruieren. Das Protokoll beweist, daß die Rheinmetall-Leitung, wie schon erwähnt, bereits vor Erlaubnis durch die Entente im Juli 1921 auf Zünderbau umrüsten wollte und offensichtlich am Widerstand der Arbeiter scheiterte. Erst nach dem Streik im Februar 1922, durch den die FAUD massiv an Einfluß verlor, ist von der Wiederaufnahme der Zünderproduktion die Rede. Und im Oktober 1922 lief dann der bereits erwähnte Vertrag mit dem Reichswehrministerium an.

[193] ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/62a.

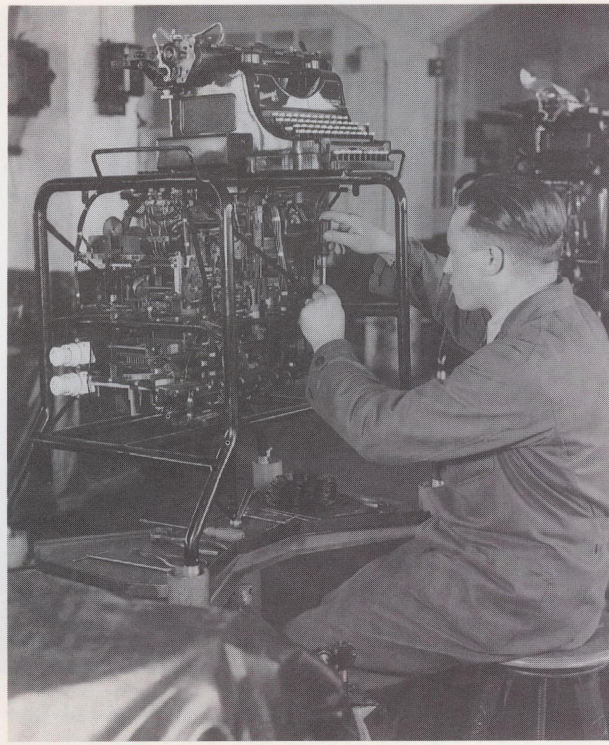
Viertes Kapitel

1933 - 1945

Neue Büromaschinen und ungehinderte Rüstungsproduktion

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 fegte alle Hindernisse beiseite, die der Rüstungsproduktion im Weg standen. *«Das unerschütterliche Festhalten an dem einmal festgesetzten Ziel, Waffenschmiede der deutschen Wehrmacht zu sein, wirkte sich nunmehr aus. Aus eigenem Antriebe, sowie auf Grund von Wehrmachtsaufträgen, konnte die Waffenentwicklung bald einen gewaltigen Umfang annehmen»* hieß es über diese Zeit in einer 1943 erschienenen Broschüre von und über Rheinmetall.[1] Im Werk Sömmerda kam es bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1933 zu einem staatlich gelenkten Aufschwung. Die Umsatzsteigerung nach einem Betriebsbericht:[2]

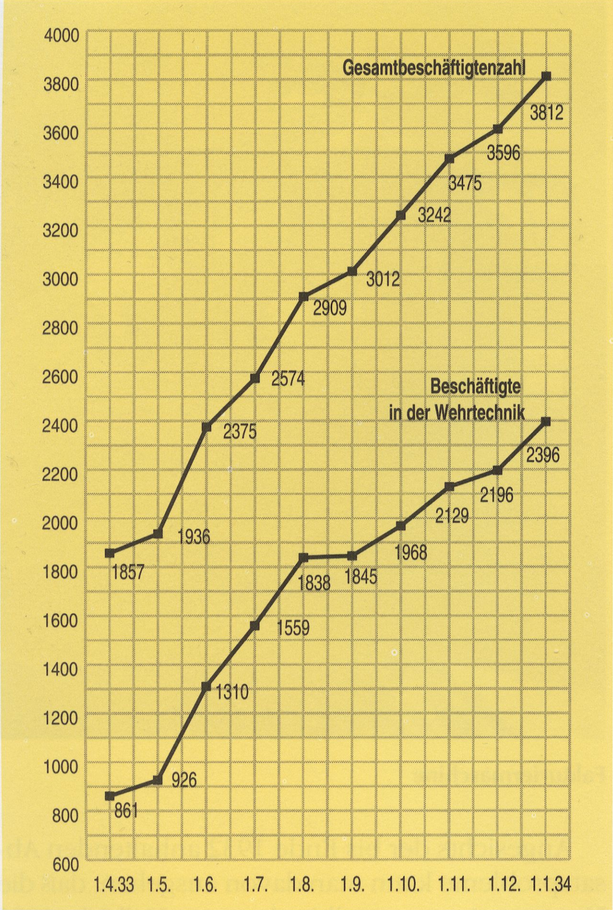
Geschäftsjahre	1931/32	1932/33
Zünderbau und Laborierwerk	5.367.038,-	7.036.490,08
Autoteileproduktion	274.626,-	655.643,86
Metallbearbeitungswerkstatt	125.996,-	135.220,05
Feinmechanische Werkstatt	1.558.765,-	1.008.543,62
Schreibmaschinen-Abteilung	510.094,-	782.929,57
Rechenmaschinen-Abteilung	874.987,-	887.542,77
Eisengiesserei	144.005,-	149.212,09
Metallgiesserei	60.317,-	111.029,93
Presserei	67.846,-	47.958,04



Fakturiermaschine

Angesichts der bis Ende 1932 anhaltenden Absatzprobleme kann man davon ausgehen, daß die Umsatzsteigerung voll in das erste Halbjahr 1933 fiel. In dem bereits genannten Bericht wurden dafür mehrere Gründe genannt. In zwei Abteilungen griffen sehr schnell die Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung, im Zünderbau das *«Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung»* und in der Autoteilefabrikation die *«den*

Arbeitskräfteentwicklung vom 1. 4. 1933 bis 1. 1. 1934



Automobilbau fördernden Maßnahmen der neuen Regierung». In der Schreibmaschinenabteilung waren es dagegen die eigenen Anstrengungen, die jetzt Ergebnisse zeitigten, der *«weitere Ausbau des Vertreter-Netzes»* und vor allem die *«günstige Abnahme unserer Kleinschreibmaschine»*.[3]

Das Reichswehrministerium überprüfte regelmäßig die Auswirkungen der staatlichen Produktionsförderung. Es verlangte von der Direktion eine fortlaufende grafische Darstellung der Arbeitskräfteentwicklung mit besonderem Hinweis auf die Beschäftigten im Militärbetrieb. Für den Zeitraum von 1. April 1933 bis 1. Januar 1934 ist diese Graphik noch in den Betriebsakten vorhanden.[4] Danach stieg die Gesamtbeschäftigtenzahl in diesen neun Monaten von 1.857 auf 3.812, also auf mehr als das Doppelte. Die Zahl der Arbeitskräfte in der militärischen Produktion stieg von 861 auf 2.399 und verdreifachte sich damit nahezu. Während im nichtmilitärischen Bereich 420 Beschäftigte dazukamen, waren es im militärischen 1.535.

Neben den mechanischen und elektrischen Zündern wurden auch die Kardangelenkwellen immer mehr für den Kriegsbedarf produziert. Ur-

1 Die Broschüre wurde damals zur geheimen Kommandosache erklärt: Waffenschmiede der deutschen Wehrmacht. Vom Wollen, Werden und Wirken der Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft, von H. J. Krug, Berlin, o. J. (1943), Rheinmetall-Archiv, im folgenden abgekürzt als: Waffenschmiede 1943, S. 34. Auch an anderer Stelle sprach Rheinmetall von sich als *«eine der bedeutendsten Waffenschmieden des deutschen Volkes und der Welt»*. Vgl. 50 Jahre Rheinmetall Düsseldorf 1889-1939, hg. von der Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft 1939, Düsseldorf, Rheinmetall-Archiv, im folgenden abgekürzt als: 50 Jahre Rheinmetall 1939, S. 65.

2 Betriebsbericht für das Gesch.-Jahr 1932/33, Abteilung Sömmerda, ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG 01/10. Das Geschäftsjahr erstreckte sich vom 1. August bis 31. Juli des Folgejahres.

3 Ebd.

4 ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG 01/12.

5 Der Bericht stammt vermutlich von 1942, Typoskript, 13 Bl., ohne Titel und Jahr, Historische Sammlung, Bl. 2.

6 Ebd., Bl. 6 und 12. Zur Kardanwellenproduktion vgl. auch: Das Arbeitsgebiet der Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft, von Dipl.-Ing. H. Strauss VDI, Sonderabdruck aus Heft 1 der Rheinmetall-Borsig-Mitteilungen Juli 1936, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Arbeitsgebiet 1936, S. 14.

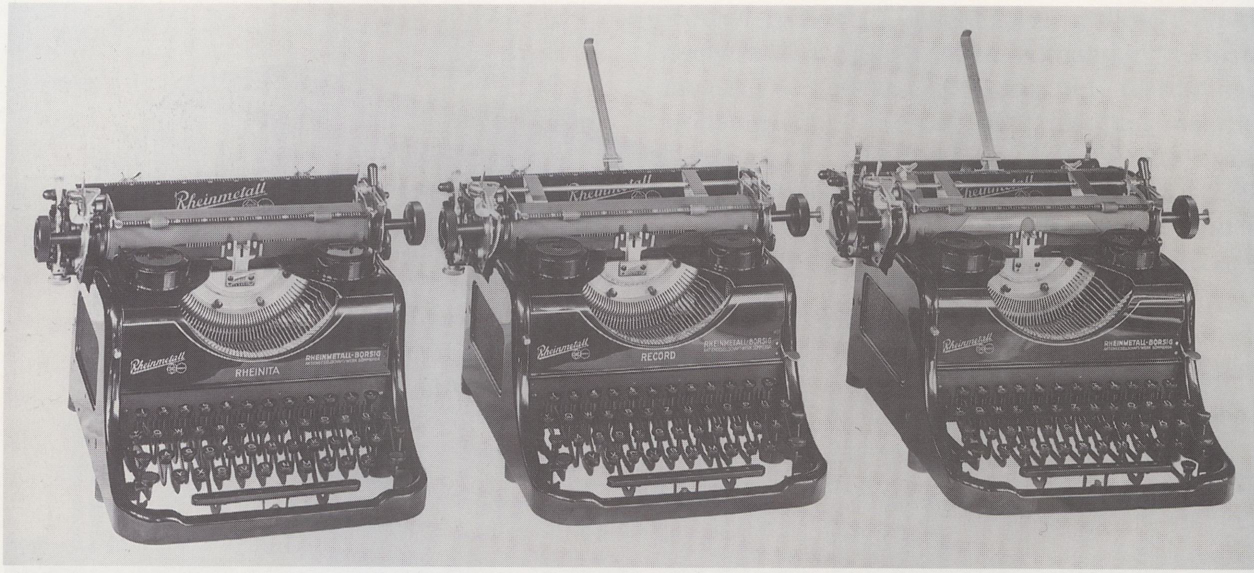
7 Nachweisberechnung der auf Waffenfabrikation entfallenden Belegschaft, ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG 01/12. Der Anteil der Beschäftigten in der Militärproduktion an der Gesamtbelegschaft stieg von 60 % im Juli 1933 auf 65 % im Februar 1935, Wir über uns, 1817-1945, hg. vom VEB Robotron-Büromaschinenwerk «Ernst Thälmann» Sömmerda, 1989, im folgenden abgekürzt: als: Wir über uns 1989, S. 74.



sprünglich für zivilen Nutzen gedacht, gewannen sie zunehmend militärische Bedeutung. Nach 1933 deckte Sömmerda den gesamten wachsenden Bedarf des Heeres. Hatte Faudi zunächst ein Kugelkardangelenk entwickelt, so entstand 1934 ein Nadellager-Kardangelenk, *«welches in geradezu idealer Weise den Anforderungen nach großer Kraftübertragung bei kleiner Baugröße und sicherer Aufnahme großer Beugungswinkel bei hohen und höchsten Drehzahlen entsprach»*, wie es in einem betriebsinternen Bericht hieß.[5] Bis Anfang der 40er Jahre wurden 1400 Ausführungsformen der Gelenkwelle entwickelt. 50 % der Erzeugnisse wurden in Kraftfahrzeuge eingebaut, 40 % in Panzer und 9 % in Zugkraftwagen.[6]

Auch die anderen Bereiche wurden immer mehr auf die Rüstung ausgerichtet. Am 1. Juni 1933 arbeiteten bereits 70 % der Belegschaft der Presserei, 50 % der Metallgießerei und 90 % der Feinmechanischen Werkstatt für das Militär.[7] Mit den Entwicklungen im Sommer und Herbst 1933 war eine Richtung eingeschlagen worden, die bis 1945 beibehalten wurde. In nur wenigen Monaten war Rheinmetall Sömmerda zu einem nicht unbedeutenden Rädchen in dem Getriebe des nationalsozialistischen Regimes geworden.

Verschiedene Ausführungen der Rheinmetall-Schreibmaschinen



Trotz der Konzentration der Kräfte im Sömmerdaer Werk auf die Rüstungsproduktion waren die Konstrukteure in der Büromaschinenabteilung weiter bemüht, Neues zu entwickeln und den Anwendungsbereich der Geräte durch Zusatzeinrichtungen zu erweitern.

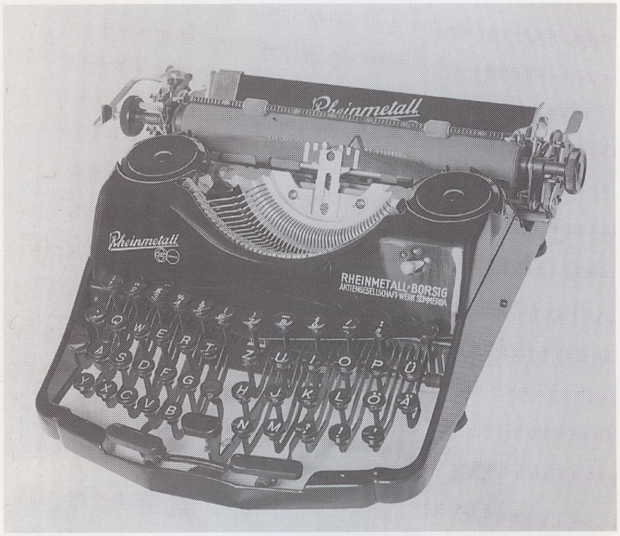
Das 1935 entstandene Schreibmaschinen-Modell «Herold» hatte eine veränderte Tastatur. Sie war *«dem anatomischen Bau der menschlichen Arme und Hände angepaßt, also von der Mitte aus in einem Winkel von etwa 40° abgeknickt»*, wie es in einer betriebsinternen Darstellung hieß.[8] Neuartig war auch die Daumenschaltung. Die Umschalttaste von Klein- auf Großbuchstaben, deren Bedienung bisher dem schwächsten, dem kleinen Finger zufiel, war nun in der Mitte angebracht und mit dem Daumen zu bedienen. Die «Daumenschaltmaschine» wurde als Standard- und Kleinmaschine geliefert. Die von den Hausmitteilungen als *«letzte, umwälzende Neuerung»* gefeierte Umschaltvariante setzte sich allerdings genauso wenig durch wie die in der Mitte abgeknickte Tastatur. So kehrte Rheinmetall zurück

[8] Zur Daumenschaltmaschine und zu den weiteren Entwicklungen vgl. Die Entwicklungsgeschichte der Rheinmetall-Schreibmaschine, von Ing. H. Riffel, Sonderdruck aus den Rheinmetall-Borsig-Mitteilungen Nr. 1/1936, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Entwicklungsgeschichte 1936, S. 4 und: Die Entwicklung der Erzeugnisse des VEB Büromaschinenwerks Sömmerda in Sömmerda, Typoskript, 3 Bl., ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/101, im folgenden abgekürzt als: Entwicklung der Erzeugnisse, Bl. 2, sowie: Maschinen als Helfer beim Schreiben, Rechnen und Buchführen, Sonderdruck aus Rheinmetall-Borsig-Mitteilungen Nr. 5, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Maschinen als Helfer, S. 3ff.

Daumenschaltmaschinen

Klein-Schreibmaschinen



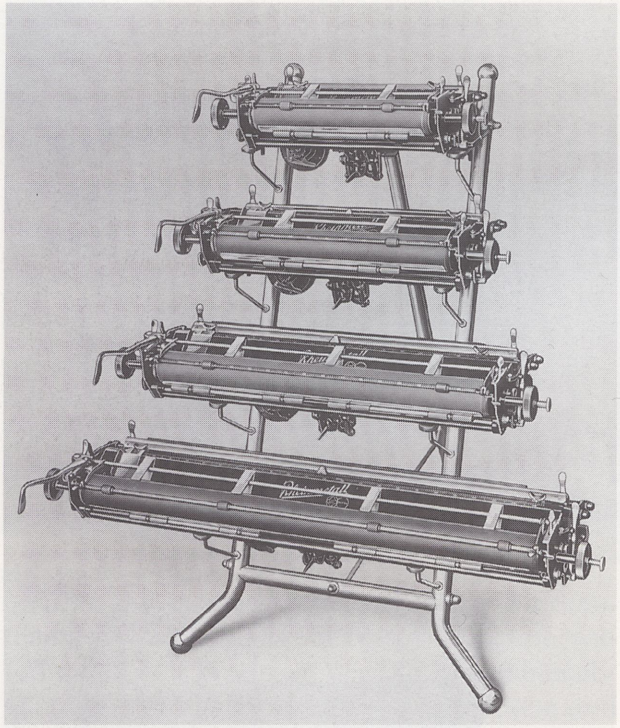


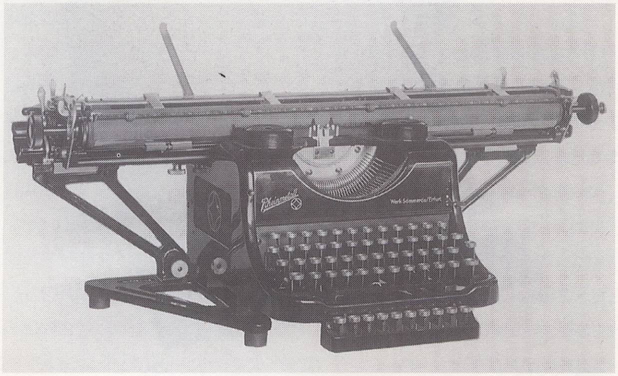




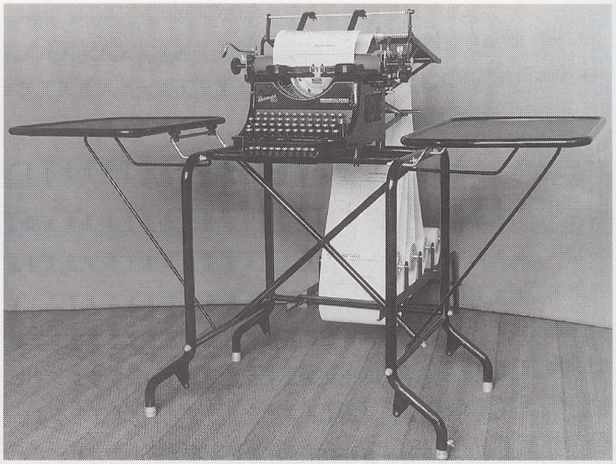
Verschiedene Schreibmaschinenwagen

Schreibmaschine mit verbreiterter Wagenführung





Schreibmaschine mit Endloseinrichtung



zur Umschalttaste am Rand und der geraden Tastatur, wie sie auch von anderen Herstellern verwendet wurde.

Parallel zu den Neukonstruktionen wurde die Standardschreibmaschine weiterentwickelt. Als Modell 10 konnte sie in zahlreichen, den speziellen Kundenwünschen angepaßten Varianten bezogen werden. Der Wagen war auswechselbar, es gab ihn in der Länge 24, 32, 45 und 62 cm. Diverse Zusatzeinrichtungen konnten geliefert werden: So der heute in allen Geräten übliche Setztabulator für die Veränderung von Zeilenbeginn und -ende und der Dezimaltabulator zum Schreiben von Zahlenkolonnen. Mit diesem Tabulator konnte durch den Druck auf Tasten, die

[9] Büro-Bedarf-Rundschau, Fachblatt für Fabrikation und Zwischenhandel, hg. von Friedrich von Schack, Berlin-Charlottenburg, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Büro-Bedarf-Rundschau Heft 21 vom 19. 10. 1940, 33. Jg.



Islamitische Schreibmaschine

vor der eigentlichen Tastatur angebracht waren, die Maschine auf die gewünschte Dezimalstelle von 1 bis 10 Millionen eingestellt werden. Ein extra Kartenhalter erleichterte die Beschriftung von Post- und Karteikarten. Eine einfache und doppelte Vorsteckeinrichtung machte es möglich, dem Hauptblatt Kontokarten vorzustecken und so Buchungen oder andere Eintragungen auf mehreren Formularen gleichzeitig vorzunehmen. Daneben gab es noch die Endloseinrichtung für Rollen- und Faltformblätter, sowie eine Einrichtung, die einen mehrmaligen Gebrauch des gleichen Kohlepapiers gestattete. Außerdem wurde eine Maschine zum Beschreiben von Hollerithkarten entwickelt.

Besonders nützlich war, daß bei den Rheinmetall-Modellen das Schaltwerk herausgenommen werden konnte. Die Maschine war dann nicht benutzbar und so vor unbefugtem Gebrauch geschützt. Auch Reinigung und Reparatur wurden so erleichtert.[9]



Schleiferei der Schreibmaschinen-Fertigung



Schreibmaschinen-Montage

Bis 1941, als kriegsbedingt die Produktion von Schreibmaschinen eingestellt wurde, verließen die Sömmerdaer Fabrikhallen insgesamt 164.492 Geräte, davon 96.767 Groß- und 67.725 Kleinschreibmaschinen.[10] Für deren Qualität bürgte

Rheinmetall-Stand auf der Mailänder Mustermesse 1934



sorgfältige Herstellung und genaue Kontrolle, wie sie die Hausmitteilungen 1936 beschrieben: *«Verschiedene Bestandteile, wie das Schaltwerk, der Wagen, die Schlittenführung, die Farbbandeinrichtung und dergleichen mehr, werden in Einzelmontagen angefertigt. Alle Teilchen der Maschine, seien sie auch noch so klein, werden, bevor sie zur Weiterbearbeitung gegeben werden, in einer jeder Abteilung angegliederten «Revision» sorgfältig geprüft. Auch die fertige Schreibmaschine wird noch einmal in der «Endrevision» auf ihre Leistungsfähigkeit hin gründlich untersucht. Die Schreibgeschwindigkeit und das einwandfreie Arbeiten der einzelnen Einrichtungen werden dabei von geübten Kräften genau geprobt.»*[11]

[10] Von 1920 bis 1936 entstammen die Zahlen Aufzeichnungen des betrieblichen Informationszentrums und für die Zeit von 1937 bis 1941 sind sie Unterlagen der Produktionsabteilung entnommen, alles Historische Sammlung.

[11] Entwicklungsgeschichte 1936, S. 3.

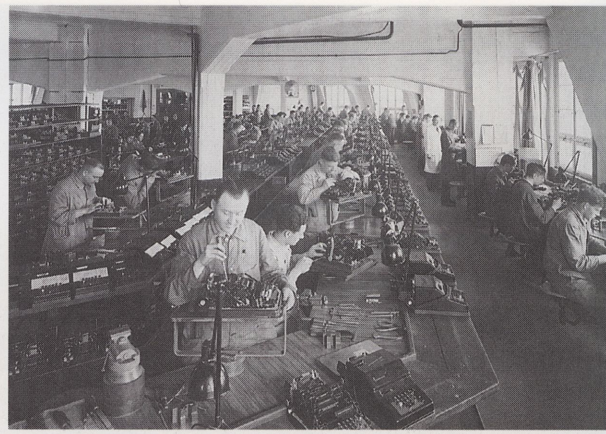
Stand auf der «Deutschen Woche» in Nürnberg 1933

Schaufenster auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1939









Während bei den Schreibmaschinenmodellen im wesentlichen die bewährten Modelle durch Zusatzeinrichtungen vervollkommnet wurden, kam es im Bereich der Rechenmaschinen zu sehr erfolgreichen Neuentwicklungen.

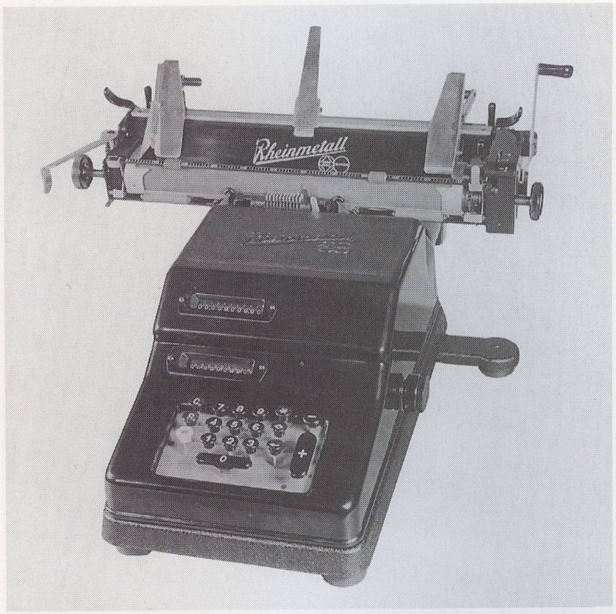
1931 wurde die Entwicklung der Addiermaschine wieder aufgenommen.[12] Als Zwei-Spezies-Maschine, die nur addieren und subtrahieren konnte, war der Bau eines hochwertigen Modells für die erfahrenen Rheinmetall-Konstrukteure sicher kein Problem. Für das Werk ging es in diesem Fall nicht um eine bahnbrechende neue Entwicklung, sondern eher um die Komplettierung des Angebots und die Erschließung neuer Kundenkreise. Die Rheinmetall-Addiermaschine wurde auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1933 zum ersten Mal präsentiert.[13] Die Presse lobte ihre Bedienungsfreundlichkeit. Sie hatte eine übersichtliche Tastatur und, wie alle Rheinmetall-Rechenmaschinen, neben dem sichtbaren Resultatwerk auch ein sichtbares Einstellkontrollwerk, so daß die eingetasteten Zahlen überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden konnten. Das erste Modell schrieb die zu rechnenden Zahlen, die Zwischen- und die Endsumme auf eine feste Papierrolle, später konnten Einzelblätter eingespannt werden. Die Addiermaschine wurde durch Zusatzeinrichtungen verbessert, die schon für die Schreib- und die Vier-Spezies-Rechenmaschine entwickelt worden waren. Sie konnte mit Wagen verschiedener Breite geordert werden, Einwurfvorrichtungen erleichterten das Einspannen der Formulare und die Kundschaft konnte zwischen Hand- und elektrischem Antrieb wählen. Zudem

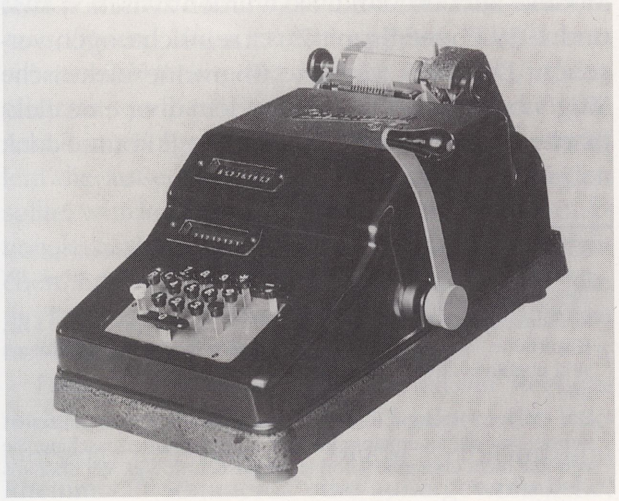
[12] Geschichte der Addiermaschine, Typoskript, Einzelblatt, und: Additionsmaschine, ebenfalls Typoskript, Einzelblatt, beides in der Historischen Sammlung.

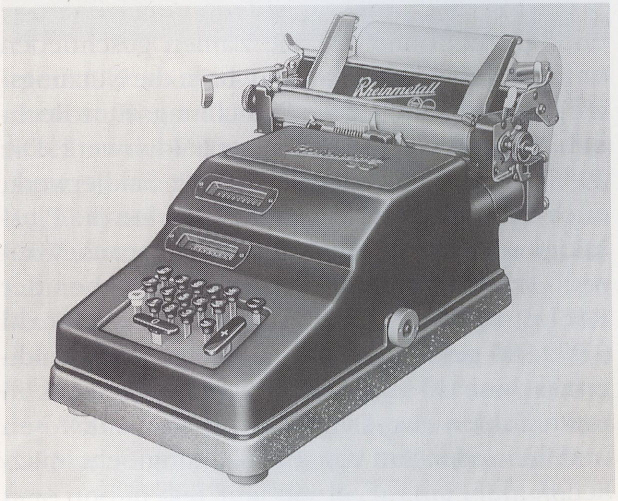
[13] Zur Addiermaschine vgl. Büro-Bedarf-Rundschau, Heft 26 vom 28. 12. 1940, 33. Jg., S. 307 und Heft 21 vom 18. 10. 1941, 34. Jg., S. 366.

Verschiedene Addiermaschinen

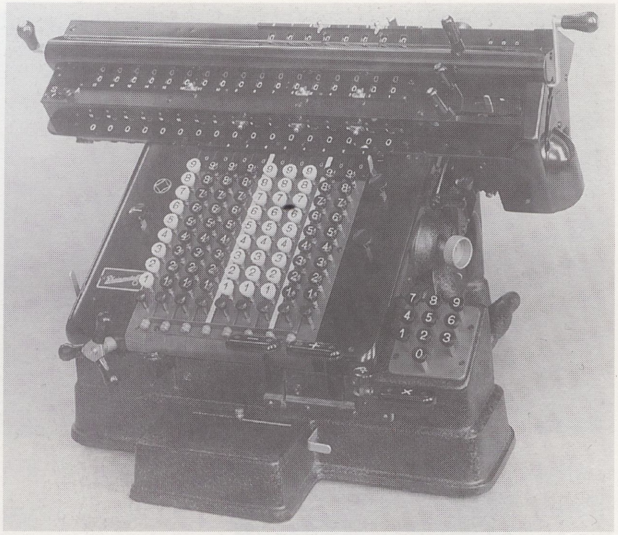






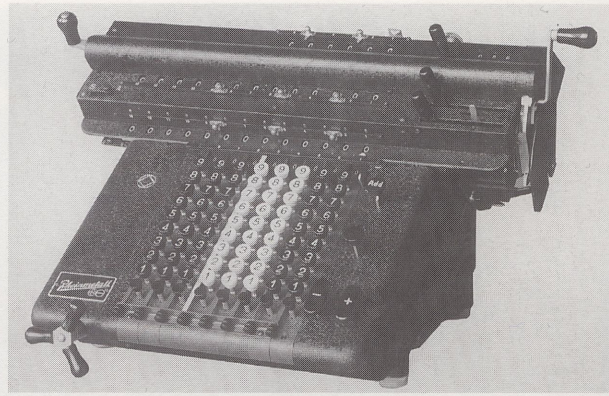


Superautomat mit Summierwerk



erlaubte eine Taste das Schreiben von Zahlen unabhängig vom Rechenvorgang, während eine Nichtschreibevorrichtung Rechnungsvorgänge ermöglichte, ohne daß die Zahlen geschrieben wurden. Erheblich erweitert wurde die Nutzungsmöglichkeit durch eine Einrichtung zum Rechnen unter Null, das sogenannte Saldierwerk. Die 1935 gebaute Addiermaschine mit Saldierwerk, auch Saldiermaschine genannt, druckte die Plussalden schwarz und die Minussalden rot aus. Während eine übliche Rechenmaschine bei der Rechnung 1.000 minus 1.010 auf die Zahl 9.999.990 gekommen wäre, errechnete die Saldiermaschine 10 und druckte dieses Ergebnis in roten Zahlen aus. Damit war sie im Bankwesen und bei jeder Art von Buchhaltung sehr nützlich.[14]

Elektrische Zwei-Spezies-Rechenmaschine mit Summierwerk



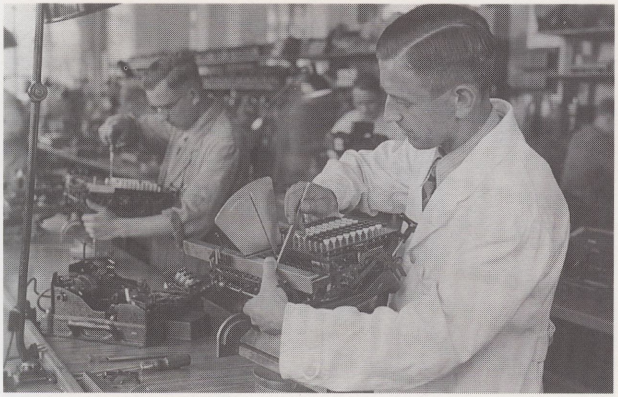
Auch die Vier-Spezies-Rechenmaschine, seit Beginn des Rechenmaschinenbaus Schwerpunkt bei Rheinmetall, wurde nach 1933 weiter verbessert. Die preisgünstigen elektrischen Rechenmaschinen, deren Entwicklung bereits vor 1933 aufgenommen worden war, kamen ab 1934 als KE-Modelle auf den Markt. Sie wurden zwischen 1934 und 1939 ebenfalls mit Zusatzeinrichtungen versehen. Die KEW verfügte über eine elektrische Wagenbewegung, die KEL zudem über eine elektrische Löschung. Und die KEL II c R konnte dank

[14] Schmidt, Hermann: Nun auch die 200.000. Rheinmetall-Addiermaschine fertig, Typoskript, 2 Bl., für Pulsschlag der Arbeit 19/1956, Historische Sammlung.

[15] Rechenmaschine Nr. 200.000, Sömmerda 1956, Typoskript, 11 Bl., Historische Sammlung, Bl. 9. Die weiteren Modellbezeichnungen sind ebenfalls diesem Text entnommen.

[16] Ebd.

[17] Die einzige Maschine, die noch zur damaligen Zeit konstruiert wurde, war die amerikanische Burroughs-Fakturiermaschine. Sie verfügte nicht über eine sofort sichtbare Schrift. Vgl. Wir über uns 1989, S. 75.



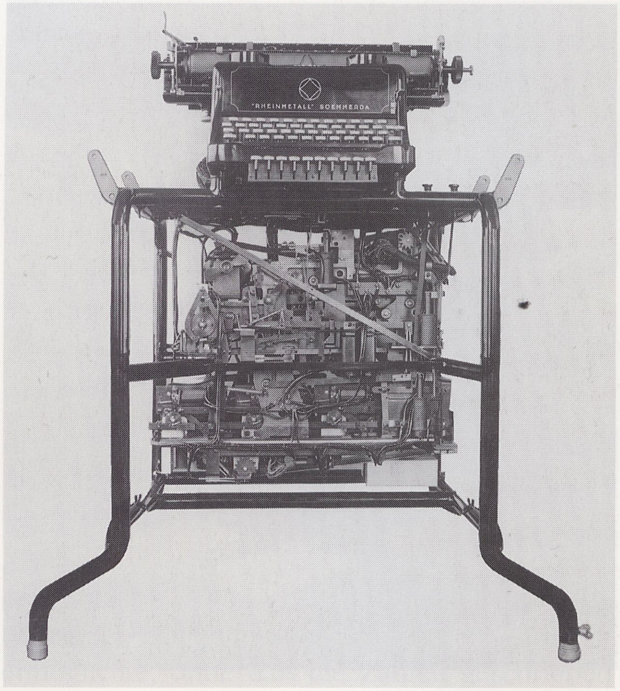


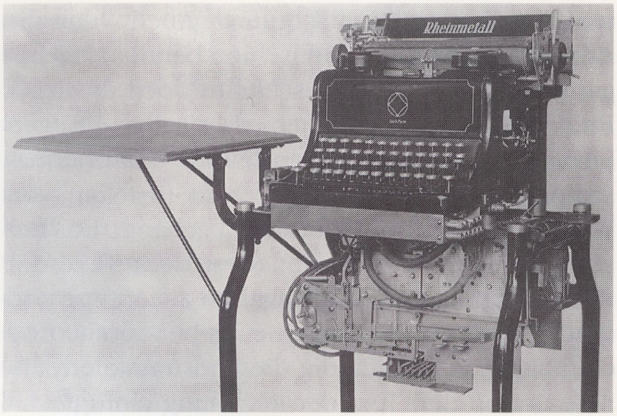
des im dritten Kapitels bereits vorgestellten Speicherwerks für sich in Anspruch nehmen, die erste Tasten-Rechenmaschine der Welt mit Rückübertragung aus dem Zählwerk in die Tastatur zu sein.[15] Auch die Superautomaten wurden weiter verbessert. *«Die Modelle SAL II c und SASL II c waren wohl die wichtigsten Rheinmetall-Rechenmaschinen, die uns zur größten Rechenmaschinenfabrik in ganz Europa gemacht haben»*, schätzte ein betriebsinterner Bericht ein.[16] Die Arbeit am Folgemodell SAR II c, bei dem vor allem die äußere Form gefälliger gestaltet werden sollte, wurde durch die Ausrichtung aller Produktionskapazitäten auf die Rüstung 1943 abgebrochen. Erst 1950 wurde mit diesem Modell die lange Tradition der Rheinmetall-Rechenmaschinen in Sömmerda wieder aufgenommen.

Den Höhepunkt in der Sömmerdaer Rechenmaschinenproduktion vor 1945 bildete die Fakturiermaschine, mit der August Kottmann und Rheinmetall Sömmerda eine außergewöhnliche, international anerkannte und zunächst konkurrenzlose Konstruktion schufen.[17] Auch wenn die Arbeit an der Fakturiermaschine bereits 1929 begann, so wurde ihre Geschichte doch in dieses Buchkapitel aufgenommen, da sie ihre größten Erfolge in den 30er Jahren feierte. Fakturiermaschinen wurden entwickelt zum Erstellen von Warenrechnungen, auch Faktura genannt. Das Besondere war, daß man neben dem Text der Rechnung nur noch die Angaben zur Menge und den Preis der Einzelposten eingeben mußte und die Maschine selbständig die Endsumme errechnete und in den Text der Rechnung einfügte.

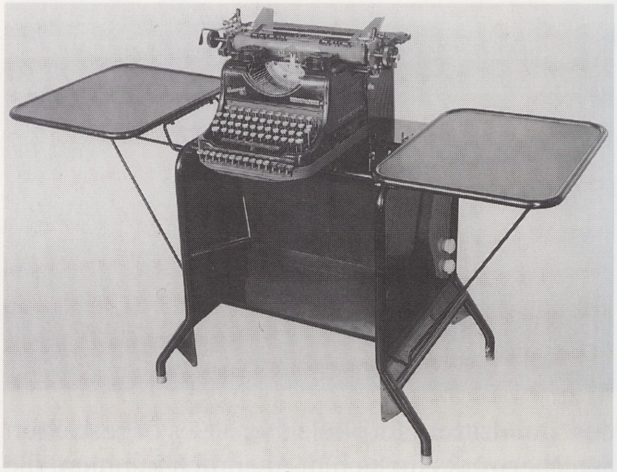
Fakturiermaschinen: Aufbau ohne Verkleidung

Versuchsmodell ohne Speicherwerk



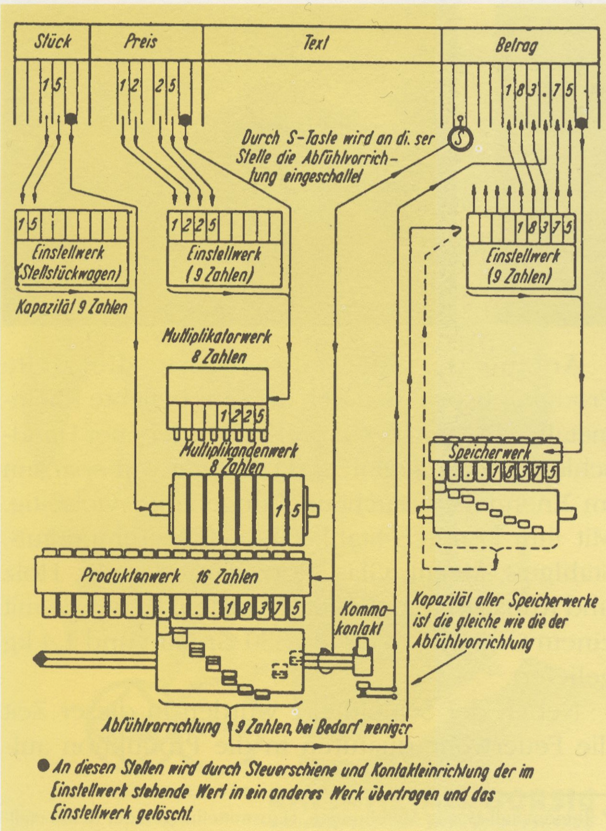


Serienausführung

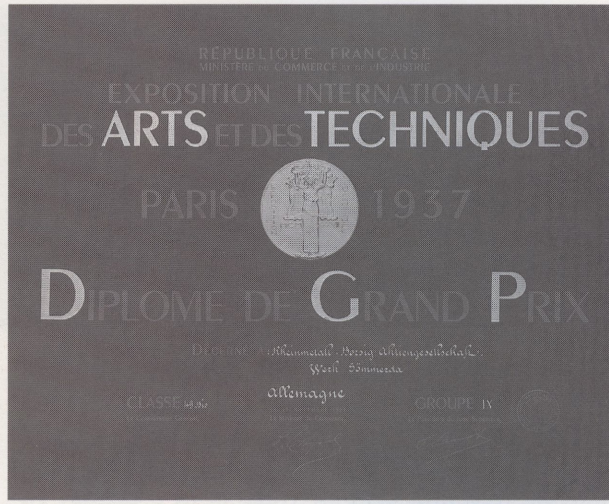


Das erste einer ganzen Reihe von Patenten mit der Nr. 503944 in der Klasse 42 m stammte vom 17. Juli 1930 und trug den Titel *«Schreibende, selbsttätig multiplizierende Rechenmaschine»*.[18] Auch wenn die Maschine danach ständig verbessert wurde, so blieb der mit diesem Patent geschützte Grundaufbau im Wesentlichen erhalten. Die Fakturiermaschine bestand aus einer speziellen Schreibmaschine, die mit einem für Multiplikation, Addition und Subtraktion konstruierten und mit Speicherwerken kombinierten Rechenmechanismus verbunden war. Die Fakturiermaschine wurde auf einem Tisch geliefert. Die

[18] 25 Jahre Fakturiermaschinenfertigung bei Rheinmetall, von Dipl.-Ing. E. Geiling, Sömmerda, in: Neue Technik im Büro, Heft 5, 1957, Historische Sammlung. Zur Fakturiermaschine siehe auch: Die Geschichte der Rechenmaschine. Zusammengestellt aus Berichten verschiedener alter Mitarbeiter der Rechenmaschinenabteilung, Typoskript, 3 Bl., Historische Sammlung.



Funktionsschema der Fakturiermaschine



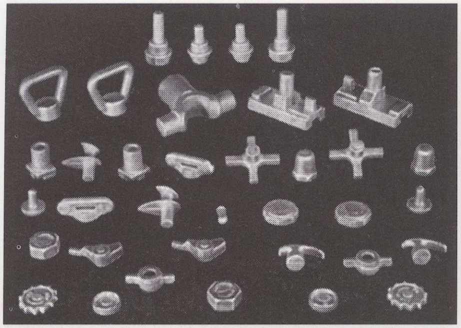
Grand Prix der Internationalen Ausstellung in Paris 1937

Schreibmaschine war auf der Platte in Schreibhöhe montiert, unter dem Tisch war der Rechenmechanismus eingebaut. Alle Eingaben erfolgten an der Schreibmaschine. Über eine am Schreibmaschinenwagen angebrachte Steuerschiene konnte geregelt werden, ob die eingetastete Zahl als Multiplikand, Multiplikator oder Produkt in eines der Speicherwerke des Rechenmechanismus übernommen werden sollte oder ob sie als Zahl im Text gar keinen Einfluß auf die durchzuführende Rechnung haben sollte. Das abgedruckte Schema zeigt den Rechenvorgang in der Fakturiermaschine am Beispiel einer Rechnung über 15 Stück einer Ware mit einem Einzelpreis von 12,25 RM. Neben der Multiplikation von Werten konnte die Maschine bereits von Anfang an Senkrecht- und Queradditionen ausführen.

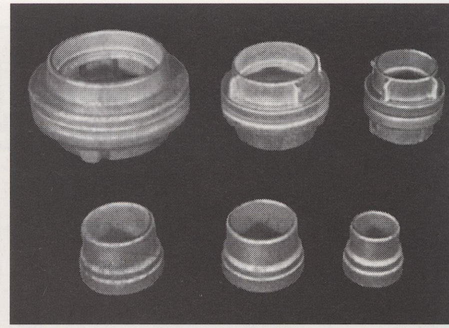
Der Öffentlichkeit wurde die Fakturiermaschine zum ersten Mal auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1932 präsentiert. Schon diese erste Konstruktion war so ausgereift, daß sie 1937 auf einer Internationalen Ausstellung in Paris den «Grand Prix», den großen Preis gewann.

Da die Fakturiermaschine ähnlich wie die Addiermaschine mit Saldierwerk automatisch den Saldo errechnete und ausdruckte, war sie auch

Leichtmetall-Preßteile







für die Buchhaltung geeignet. Ein weiterentwickeltes Modell mit größerer Speicherkapazität wurde vor allem als Buchungsmaschine verkauft. Nach 1936 wurden Zusatzeinrichtungen geschaffen, die wir zum großen Teil schon von den anderen Büromaschinen kennen. So kamen der elektrische Wagenrücklauf und die elektrische Zeilenschaltung dazu. Eine Neuheit war damals, daß die zweite Funktion unabhängig von der ersten betätigt werden konnte. Die schon von der Schreibmaschine bekannten Einwurfvorrichtungen, Vorsteck- und Endloseinrichtungen wurden auf die Fakturiermaschine übertragen. Die Maschine wurde zum Exportschlager. Sie hatte einen großen Anteil daran, daß das internationale Vertriebsnetz für Rheinmetall-Büromaschinen immer weiter gespannt werden konnte, bis es dann durch den Zweiten Weltkrieg zerrissen wurde. 1937 wurden die Sömmerdaer Büromaschinen über Auslandsvertretungen in 51 Ländern verkauft.[19] Im selben Jahr kamen noch Australien, Neuseeland und Portugiesisch-Ostafrika dazu.[20]

Anfang der 30er Jahre wurde die zivile Produktionspalette durch die sehr beliebte Rheinmetall-Schleifhexe, ein preßluftbetriebener Handschleifapparat, ergänzt.[21] Das Gerät war sparsam im Energieverbrauch und ungeheuer vielseitig. Mit ihm konnten Stahl, Grau- und Temperguß, Stahlguß, Metall, Glas, Porzellan, Marmor, Holz und Kunststoffe bearbeitet werden. Es wurde mit einem Gewicht zwischen 380 Gramm und 1,4 kg geliefert.[22]

Neben der Schleifhexe wurden in dieser Zeit die Feuerwehrarmaturen in die Produktion auf-

[19] Rheinmetall-Borsig-Mitteilungen. Hausmitteilungen der Reinmetall-Borsig Aktiengesellschaft, Nr. 2 vom Januar 1937, Historische Sammlung, 38ff.

[20] Büro-Bedarf-Rundschau Nr. 6 vom 13. 3. 1937, 30. Jg.

[21] Zum ersten Mal tauchten Schleifhexen und Feuerwehrarmaturen in einer Werksveröffentlichung von 1936 auf. Dort hieß es, die Feuerlöscharmaturenproduktion sei *«in den letzten Jahren»* aufgenommen worden. Vgl. Sonderdruck aus Heft 1 der Rheinmetall-Borsig Mitteilungen, Juli 1936, Historische Sammlung, S. 14ff.

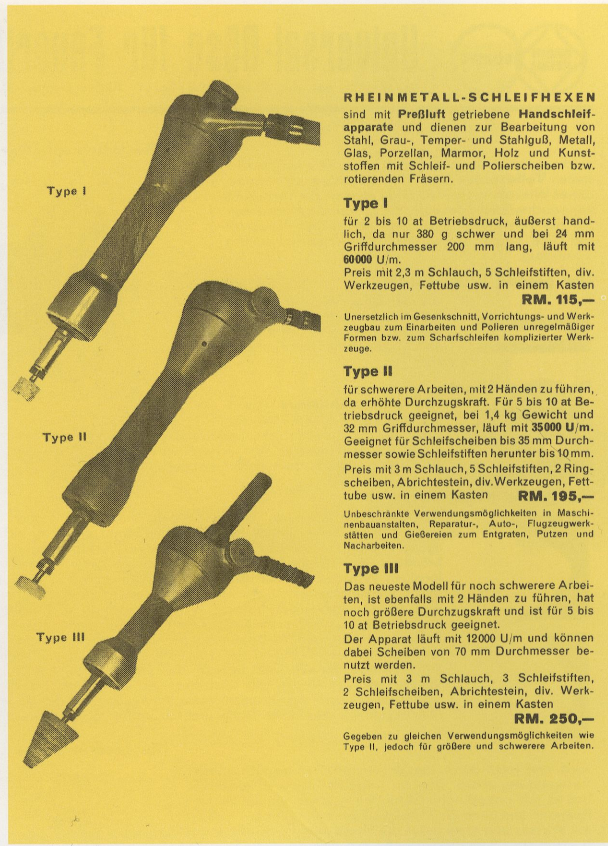
[22] Ebd.

[23] Auch Lokomotivarmaturen speziell für die Reichsbahn wurden seit Anfang der 30er Jahre gebaut, vgl. Verkaufsbericht vom 13. 11. 1931, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/10.

[24] Arbeitsgebiet 1936, S. 14ff.

Werbe-Prospekt für die Schleifhexe





genommen.[23] Neu an ihnen war, daß sie nicht mehr aus Messing, sondern aus Leichtmetall hergestellt wurden. Das geringere Gewicht erleichterte ihre Bedienung erheblich. Die Teile wurden im Warmpreßverfahren hergestellt und anschließend durch nochmalige Wärmebehandlung vergütet bzw. ausgehärtet. Sie wurden mit modernen Strangpressen und Spritzgußmaschinen produziert. Besondere Erwähnung verdient die in Sömmerda produzierte Stein'sche Universaldüse, mit der Wasser mit hohem Druck und Winkeln von 0 bis 150 Grad verspritzt werden konnte.[24]

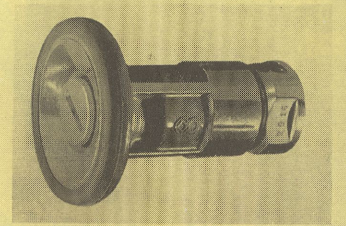
In der zweiten Hälfte der 30er Jahre wurden in immer mehr Anwendungsbereichen die *«devisenbelasteten Schwermetalle»*, wie es in einer Rheinmetall-Veröffentlichung hieß, durch Leicht-

Universal-Düse für Feuerlöschzwecke

hergestellt von der Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft, Werk Sömmerda/Thür.

Die Universal-Düse für Feuerlöschzwecke

zeichnet sich dadurch aus, daß sie durch einfaches Verstellen **Vollstrahlen** oder **Kegelstrahlen** mit verschiedenen Winkeln von 0—150 Grad erzeugt. Die Verstellung kann auch während der Benutzung vorgenommen werden. Da die Verstelleinrichtung auch ein völliges Absperren der Düse zuläßt, ist eine besondere Absperrvorrichtung überflüssig.



Der gerade Wasserstrahl



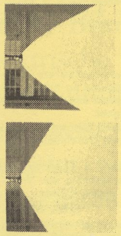
von der Universal-Düse wird gebraucht, wenn man infolge irgendwelcher Hindernisse nicht nahe genug an den Brand herankommen kann.

Der Wasserkegel



bewirkt eine **schnellere** Brandlöschung als der gerade Wasserstrahl, da die Auftreff-Fläche bedeutend größer und der Wärmeentzug stärker ist. Ferner tritt durch den geschlossenen Wasserkegel ein Luftabschluß ein. Hinzu kommt noch, daß die Gefahr des Wasserschadens stark herabgemindert wird.

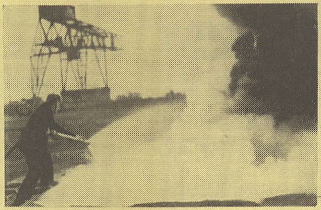
Der große Kegelschleier



leistet u. a. zum Abriegeln von Holzstapelbränden und in allen ähnlichen Fällen, bei denen starke Hitzestrahlung auftritt, beste Dienste. Ferner eignet er sich vorzüglich zur Rauchbeseitigung in stark verqualmten Räumen, wie etwa in Treppenhäusern, Gängen oder bei Schiffsbränden, „so daß der Mann, der den Schlauch bedient, gewissermaßen hinter dem kegelförmigen Wasserstrahl wie hinter einem Schirm in einem verhältnismäßig rauchfreien Raum steht." (Verwaltungsbericht der Deutschen Seeberufsgenossenschaft). Der große Kegelschleier wird ferner angewendet bei der Brandbekämpfung in der Textilindustrie, bei Bränden in Kaufhäusern, in Holzbearbeitungswerkstätten und dergleichen mehr. Auch Waldbrände und Brände von Heu- und Strohlagern können mit der Universal-Düse in Kegel-Stellung erfolgreich bekämpft werden. Während der Vollstrahl in den letztgenannten Fällen das brennende Material auseinanderreißt und dadurch den Flammen weitere Nahrung bietet, überdeckt der Wasserkegel den Brand und führt eine Abkühlung unter die Entzündungstemperatur herbei. Schließlich sei auch die ausgezeichnete Verwendbarkeit der Universal-Düse im Gasschutz zum Niederschlagen chemischer Stoffe und im Straßenreinigungswesen erwähnt.

Die Löschung von Ölbränden mit Wasser

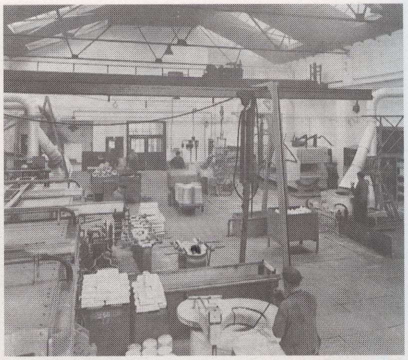
wird erst jetzt durch die Universal-Düse möglich. Unter Verwendung dieser Düse in Kegelstellung wird jeder Ölbrand mit unbedingter Sicherheit — ohne wieder zu entflammen und ohne die Flüssigkeit zu verunreinigen — allein mit Wasser und ohne jedes chemische Mittel gelöscht. In der brennenden Öloberfläche bildet sich bei dem Auftreffen der durch die Universal-Düse erzeugten Kegelstrahlen sofort eine vorübergehende Emulsion, die sich bis zu ihrer Zurückbildung nicht entzündet. Nach Zurückgehen der Emulsion, deren Bildungsdauer von der Art des Öles abhängig ist, und nach der Abscheidung des Wassers ist das Öl gänzlich unverändert. Die notwendige Löschwassermenge für eine Ölbrandbekämpfung ist verhältnismäßig gering. Hauptbedingung für ein schlagartiges Löschen ist die Kegelstellung und ein entsprechender Wasserdruck, der mindestens 3 atü an der Düse betragen muß; ein höherer Druck verbessert den Erfolg.



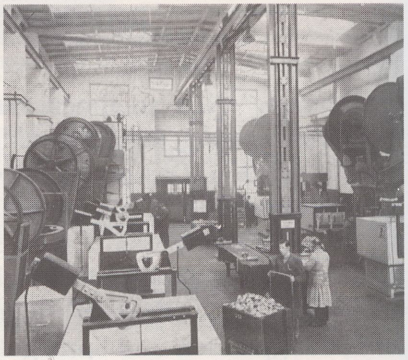
Die Universal-Düse wird in den drei Größen „B", „C", „D" für Strahlrohre der genormten Schlauchweiten geliefert.

RHEINMETALL-BORSIG

AKTIENGESELLSCHAFT WERK SÖMMERDA/THÜR.







metalle ersetzt. Das galt gerade auch für die Rüstungsproduktion. In Sömmerda wurden folgende Typen von Aluminiumlegierungen hergestellt und verarbeitet: Al-Cu-Mg-Typ (Rheindur, Bondur usw.), Al-Mg-Si-Typ (R.S., Pantal usw.) und Al-Cu-Typ (Lautal, Allautal usw.). Erreicht wurde dabei die Festigkeit guter Stähle.[25] Weiter wurden in der Kunststoff-Spritzerei des Werks die von der IG Farben hergestellten Kunststoffe Trolit, Trolitul und Mipolam verarbeitet. Diese Kunststoffe waren unter Wärme und gleichzeitigem Druck formbar.[26]

Beim Gesamtumsatz machten diese Sondererzeugnisse allerdings nur einen Bruchteil aus. Die drei bestimmenden Produktionslinien aus den 20er Jahren, die Zünder, die Kardangelenke und -wellen und die Büromaschinen, brachten auch in den 30er Jahren den Hauptanteil. Von 1931 bis 1938 stieg der Zünderumsatz von 4,5 auf 43,4 Millionen Reichsmark und machte das Sömmerdaer Werk zur führenden Zünderfabrik Deutschlands. Bei den Kardangelenken und -wellen erfolgte im selben Zeitraum eine Steigerung von 1,03 auf 17,45 Millionen. Der Büromaschinenumsatz kletterte von 1,14 Millionen auf 17,63 Millionen.[27]

Werbeprospekt Gelenkwellen

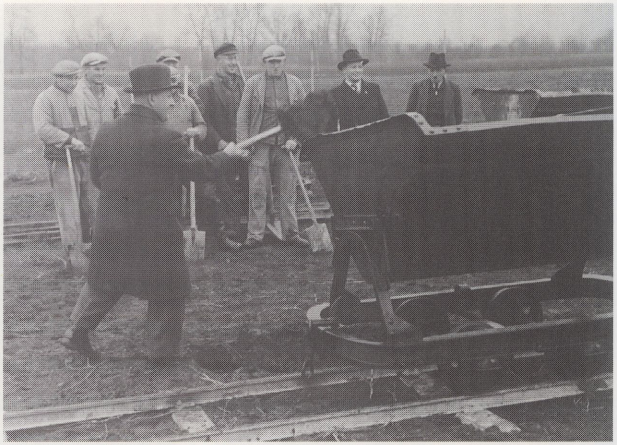


Bau der Rechenmaschine I und II

Zeremoniell zum Baubeginn



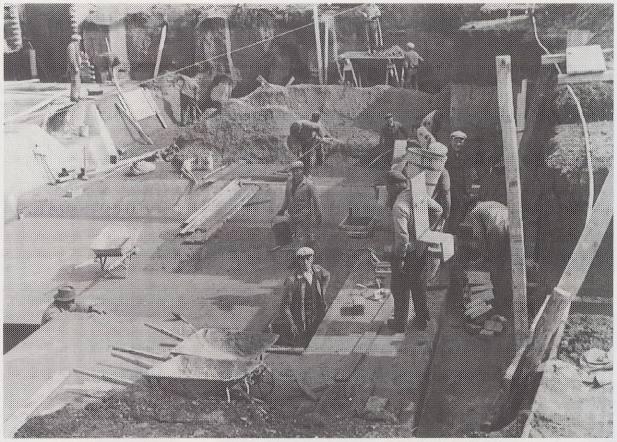
Der erste Spatenstich



Baugelände



Fundamentarbeiten



Der Produktionsanstieg bedingte den Neubau und die Modernisierung der Produktionsstätten. 1935 wurde eine hochmoderne Härterei gebaut. Alle Öfen wurden elektrisch beheizt. Die Bäder wurden durch selbstschreibende elektrische Meßeinrichtungen genau über-

[25] Spanlose Formgebung von Leichtmetallen und Kunststoffen im Werk Sömmerda, von Obering. H. Walbert, Werk Sömmerda, in: Rheinmetall-Borsig-Mitteilungen, Kopie in Historische Sammlung, S. 31f.

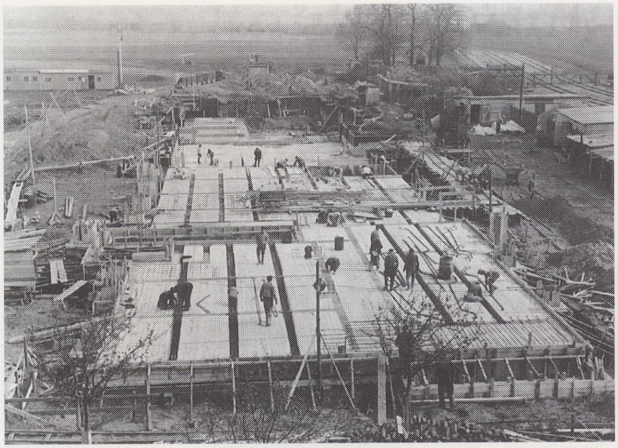
[26] Ebd., S. 36.

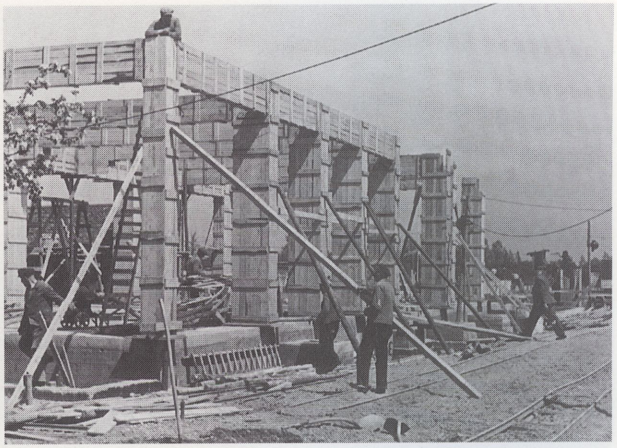
[27] Waffenschmiede 1943, S. 37.

[28] Wie Anm. 25, S. 16.

Die Kellerdecke entsteht

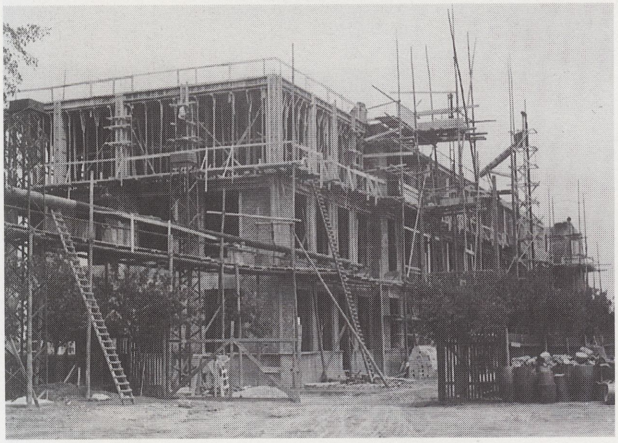
Schalungsarbeiten

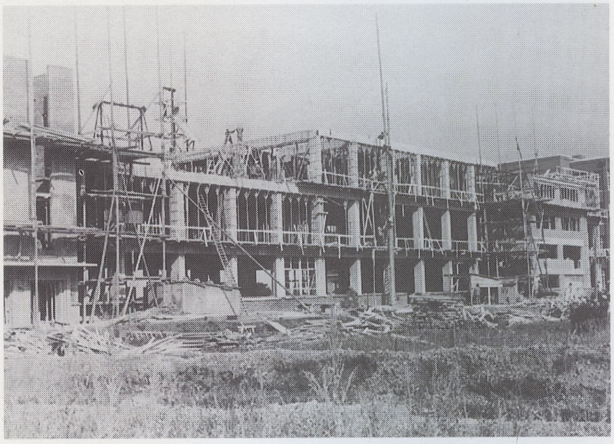




Die Gebäude wachsen: Rechenmaschine I

Rechenmaschine II

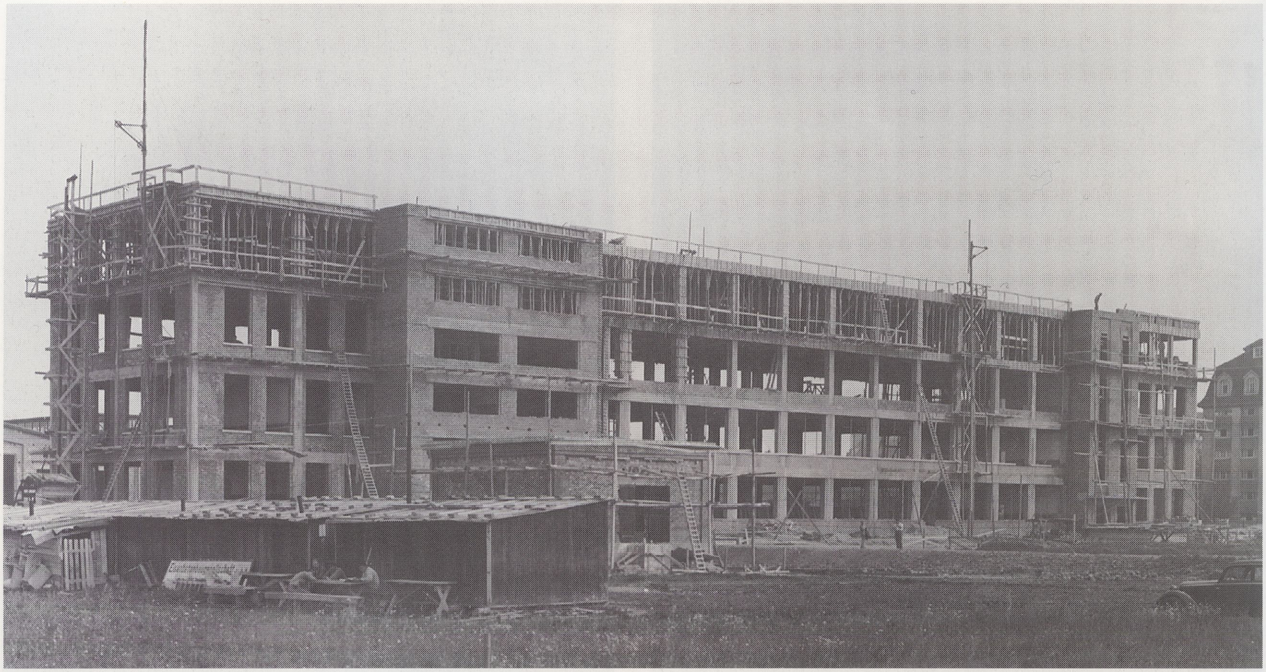




wacht.[28] 1937 entstand der vierstöckige Gerätebau zur Herstellung elektrischer Bombenzünder und Aufladegeräte. Der Schreibmaschinen-Neubau kam 1938 dazu und 1939 ein Gebäude für den Versand mit Luftschutzräumen und einem Operationssaal im Keller. Bis 1940 wurde ein Neubau für die Rechenmaschinenproduktion, die «Rechenmaschine I und II» erstellt.[29] In diesen Jahren wurde zudem eine Versuchswerkstatt für Maschinengewehre sowie eine Lehrwerkstatt, Garagen, Frühstücksräume und anderes mehr gebaut.[30]

Rechenmaschine I im Rohbau

Rechenmaschine II im Rohbau





[29] Wir über uns 1989, S. 80. Auch dort sowie im Laborierwerk sollen im Keller Operationssäle eingerichtet worden sein. Vgl. 1945, o. J., Typoskript, 7 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Material zu 1945, Bl. 1.

[30] Waffenschmiede 1943, S. 37. Vgl. auch: Böttger, Paul: Geschichte der Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft Werk Sömmerda, 3. Januar 1956, Typoskript, 33 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Böttger 1956, Bl. 21.

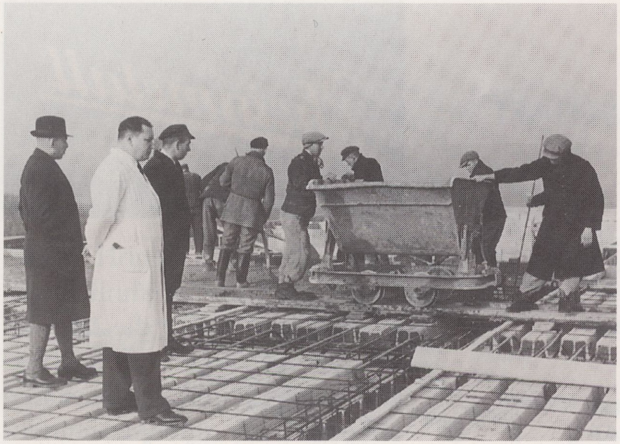
[31] Zur Geschichte der Rechtsformen und der Konzernumbildung vgl. Wir über uns 1989, S. 80ff und den Allgemeinen Anzeiger Sömmerda/Artern Nr. 46 vom 15. 11. 94 und Nr. 18 vom 3. 5. 1995.

[32] 50 Jahre Rheinmetall 1939, S. 64. Vgl. außerdem Geschichtliche Entwicklung des Werkes Sömmerda, Typoskript, 2 Bl., ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG 01/101.

Betonarbeiten am Dach

Der fertige Gebäudekomplex

Innenausbau







Da die Ruhrgebietsbesetzung bereits im Herbst 1923 wieder beendet war, war der Grund für die formale Eigenständigkeit der Sömmerdaer Aktiengesellschaft schon lange entfallen.[31] 1934 wurde das Sömmerdaer Werk wieder völlig in den Mutterkonzern integriert und nannte sich jetzt Rheinische Metallwaaren- und Maschinenfabrik/ Werk Sömmerda.[32] Zwischenzeitlich hatte der Rheinmetall-Konzern in Düsseldorf seinen Einfluß ausgeweitet. Als die Berliner Maschinenbau-

Bekanntgabe der neuen Konzernfirmierung

Firmensignet der Rheinmetall Borsig AG ab 1936

RHEINMETALL-BORSIG AKTIENGESELLSCHAFT

Eingegangen
3. JAN. 1936
Erledigt

Berlin-Tegel, im Dezember 1935

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß wir unsere Tochtergesellschaft, die A. Borsig Maschinenbau AG. in Berlin-Tegel, auf Grund des Umwandlungsgesetzes vom 5. Juli 1934 übernommen und mit unserer Firma vereinigt haben. Im Zuge dieser Umwandlung ist auch unsere bisherige Firmenbezeichnung

Rheinische Metallwaaren- und Maschinenfabrik

geändert worden in

Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft

Der Vorstand unserer Gesellschaft besteht vom 1. Januar 1936 an aus folgenden Herren:

Generaldirektor **Friedrich Luther**, Düsseldorf
Generaldirektor Geheimer Regierungsrat **Max Wessig**, Berlin
Hans Georg Schröder, Berlin
Eberhard Breuninger, Berlin, stellvertretend.

Von den Veränderungen in unserer Gesellschaft bitten wir freundlichst Kenntnis zu nehmen. Zu Ihrer Unterrichtung für den Geschäftsverkehr mit uns fügen wir nachstehend ein Verzeichnis der Unterschriften unserer sämtlichen zeichnungsberechtigten Herren bei.

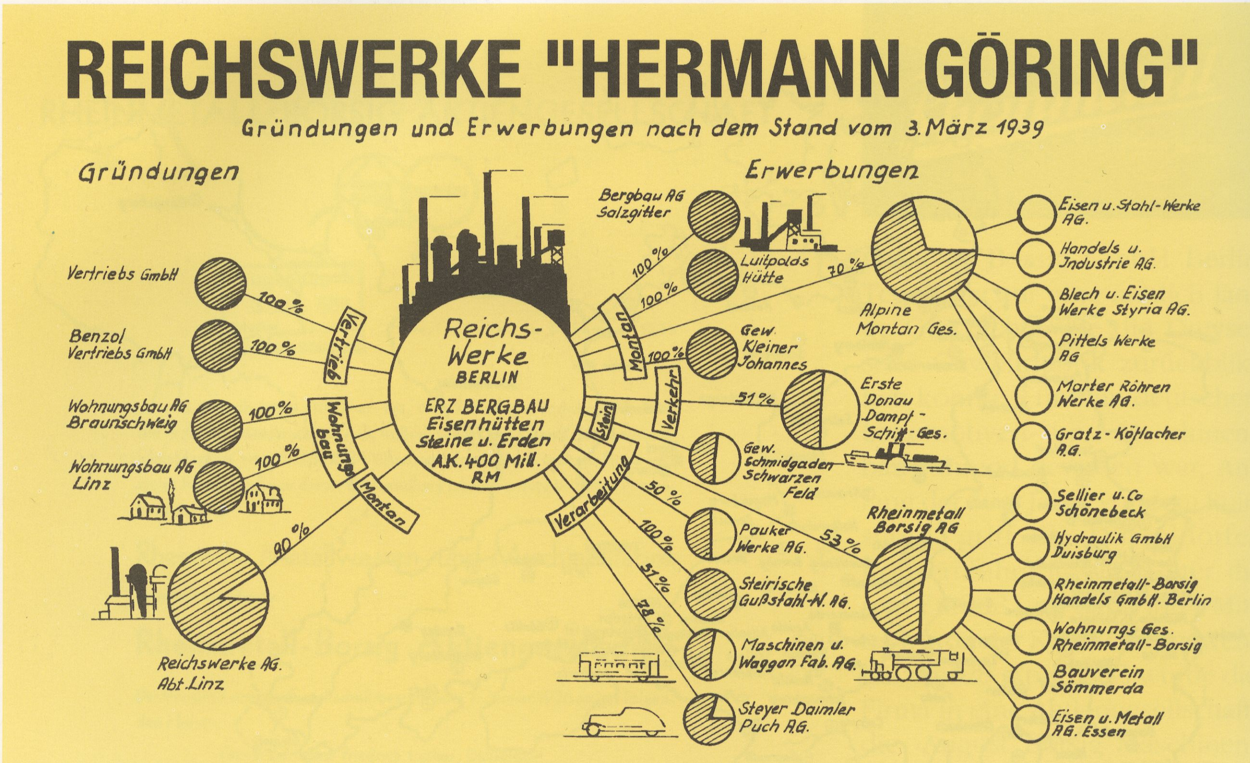
RHEINMETALL-BORSIG AKTIENGESELLSCHAFT

firma A. Borsig GmbH Berlin Tegel, die auf eine ähnlich lange Geschichte wie die Dreysesche Gewehrfabrik zurückblikken konnte [33] und im deutschen Lokomotiven- und Maschinenbau führend gewesen war, Anfang der 30er Jahre vor dem Ruin stand, griff die Düsseldorfer Konzernführung ein. Unter ihrem Einfluß und dank ihrer Mittel wurde der Konkurs abgewendet. Am 28. April 1933 wurde die Firma in eine Aktiengesellschaft, die «August Borsig Maschinenbau AG Berlin-Tegel», eine hundertprozentige Rheinmetall-Tochter, umgewandelt. Bei diesem Schritt trafen sich die Interessen von Rheinmetall-Vorstand und Heereswaffenamt. Ersterer wollte die Produktpalette auf dem Rüstungssektor vergrößern,[34] letztere wollte die neue Firmenverbindung für ihre zum Teil noch geheimen Rüstungs-

Übersicht über die Werke und die deutschen Vertretungen der Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft [36]



Schema der Reichswerke «Hermann Göring»



programme nutzen.[35] Die neue Rheinmetall-Tochter Borsig Berlin baute vor allem Kessel- und Kraftanlagen, Dampfturbinen und -maschinen, chemische Anlagen, Verdichter, Kälteanlagen und Anlagen zur Verarbeitung von Mineral- und Pflanzenölen.[37] Am 1. Januar 1936 verschmolzen die zwei Firmen endgültig. Aus der Rheinischen Metallwaaren- und Maschinenfabrik AG mit den Werken Düsseldorf und Sömmerda und der A. Borsig Maschinenbau AG Berlin-Tegel wurde die

[33] Sie war am 22. Juli 1837 von August Borsig gegründet worden. Im deutsch-französischen Krieg 1870/71 und im ersten Weltkrieg war der Betrieb auch als Waffenlieferant tätig. Vgl. Hoß, Hartmut: Der Rheinmetall-Konzern. Ein Beitrag zur Kontinuität des deutschen Militarismus, hg. von der Deutschen Friedens-Union, Landesverband Niedersachsen, Rheinmetall-Archiv, HO 324, im folgenden abgekürzt als: Hoß, S. 13.

[34] Waffenschmiede 1943, S. 35.

[35] 100 Jahre Rheinmetall 1889-1989, hg. von Rheinmetall GmbH Düsseldorf, 1989, Rheinmetall-Archiv, im folgenden abgekürzt als: 100 Jahre Rheinmetall 1989, S. 38.

[36] Arbeitsgebiet 1936, S. 3.

[37] 50 Jahre Rheinmetall 1939, S. 74.

[38] Ebd., S. 39.

Messestand in den 30er Jahren



Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft mit drei Werken in Düsseldorf, Sömmerda und Berlin. Der Vorstand verlegte seinen Sitz nach Berlin.

Das neue Firmenzeichen kombinierte die Logos von Rheinmetall und Borsig, links das stilisierte Ehrhardtsche Preßverfahren und rechts ein stilisiertes Lokomotivrad. Mit 36 Millionen Aktienkapital und rund 50.000 Beschäftigten war der Konzern einer der größten deutschen Firmen.[38] Die Produktionspalette reichte von der Erzeugung und Verarbeitung von Eisen und Stahl über den Maschinenbau bis zur Feinmechanik. Diese drei Werke waren die Basis, um während des zweiten Weltkriegs ein Riesenimperium mit fast 100.000 Beschäftigte zu schaffen.[39]

1938 erfolgte erneut eine Umstrukturierung. Die «Reichswerke Hermann Göring» übernahmen von den Vereinigten Industrieunternehmungen (VIAG) [40] die Aktienmehrheit der Rheinmetall-Borsig-AG.[41] Über das Staatsunternehmen «Reichswerke Hermann Göring» kontrollierte und instrumentalisierte die nationalsozialistische Re-

gierung wesentliche Teile der Wirtschaft, um die Kriegsvorbereitungen sicherzustellen. Die Reichswerke waren in drei Blöcke aufgeteilt, die Reichswerke AG für Berg- und Hüttenbetriebe mit 297 Unternehmen, die Reichswerke AG für Waffen- und Maschinenbau mit 94 Unternehmen und die Reichswerke AG für Binnenschiffahrt mit 19 Unternehmen. Zum zweiten Block gehörte Rheinmetall. Die Reichswerke waren der bedeutendste Lieferant für das Heer. Auch Luftwaffe und Flotte wurden mit Rohstoffen und Material versorgt. Beim Export von Rüstungsgütern, der bis 1941 betrieben wurde, stellten sie die Hälfte.[42] 1942 wurden Teile der Reichswerke reprivatisiert. Rheinmetall-Borsig wurde wieder selbständig, die Produktion blieb weiter auf die Kriegswirtschaft ausgerichtet.

Widerspenstige «Gefolgschaft»

Welche Reaktionen die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 in der Belegschaft des Sömmerdaer Werks hervorrief, ist nicht überliefert. Hinweise auf die Einstellung der Arbeiterschaft zur NSDAP gibt uns ein von dem Sömmerdaer Journalisten Bernd Körber erarbeiteter Vergleich der zwei deutschen Reichstagswahlen des Jahres 1932. Er setzte die Stimmen, die NSDAP, KPD und SPD in Sömmerda erhielten, in ein Verhältnis zu den Stimmen, die diese Parteien in der gesamten Republik erreichten. Dabei stellte er fest, daß in Sömmerda die NSDAP jeweils rund 1/5 weniger Stimmen, die SPD ungefähr die Hälfte und die KPD rund das Doppelte der republikweit abgegebenen Stimmen erhielt.[43]

Vor dem Hintergrund der bereits dargestellten politischen Entwicklung in der Rheinmetall-Belegschaft, die den größten Anteil der Sömmerdaer Arbeiterschaft stellte, lassen diese Ergebnisse mehrere Schlüsse zu. Die geringere Stimmenzahl für die NSDAP ist auf den hohen Arbeiteranteil in der Bevölkerung zurückzuführen. Die Arbeiterschaft lehnte die NSDAP mehrheitlich ab. Sie drückte ihren Protest vor allem in der Wahl der KPD aus. In Sömmerda erholte sich die Sozialdemokratie nicht mehr davon, daß sie sich 1919 faktisch in der FAUD aufgelöst hatte. Aus der Tatsache, daß die KPD damals nur 35 Mitglieder[44] und die FAUD noch 74 Mitglieder[45] hatte, kann man schließen, daß die Masse der Arbeiterschaft es aufgegeben hatte, sich in einer der bestehen-

[39] Die genaue Zahl von Ende Juni 1944 ist 98.442. Darin sind 17.873 Männer enthalten, die an der Front waren, vgl. Rheinmetall-Archiv, IWM 06.

[40] Siehe Kapitel 3.

[41] 50 Jahre Rheinmetall 1939, S. 75 und 100 Jahre Rheinmetall 1989, S. 42.

[42] Wir über uns 1989, S. 80f. Und: ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/16.

[43] Der Vergleich Körbers ergab folgende Zahlen;

Reichstagswahl	Deutschland		Sömmerda	
vom	31.7.32	6.11.32	31.7.32	6.11.32
NSDAP	49,3 %	47,4 %	40,16 %	35, 5%
KPD	19,3 %	23,7 %	45,44 %	40,8 %
SPD	28,6 %	28,6 %	14,4 %	14,2 %

Aus: Körber, Bernd, 1993: Untergang der Information oder Geschichtsfälschung, Hausarbeit an der Freien Universität Berlin, Fachbereich Kommunikationswissenschaften, Typoskript, Historische Sammlung, S. 8.

[44] Ebd., S. 7.

[45] Siehe Kap. 2.

[46] Teil 2 (Zeitabschnitt von 1900 bis 1945) der Betriebsgeschichte, die von der Parteiorganisation im Werk in Auftrag gegeben wurde, aber nicht veröffentlicht wurde, Typoskript in der Historischen Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Betriebsgeschichte 2, S. 52.

[47] Historische Sammlung.

[48] Falsch ist die Aussage in einem «Forschungsauftrag der Klasse 9a der Diesterweg-Oberschule» zur KPD-Ortsgruppe, daß sich die FAUD in Sömmerda 1927 aufgelöst habe, Historische Sammlung.

[49] Bericht der Thüringer Bezirksleitung der KPD an das Zentralkomitee vom April 1934, zitiert nach Betriebsgeschichte 2, S. 60.

[50] Zitiert nach Wir über uns 1989, S. 79.

den Organisationen zu engagieren. Vermutlich war es so, daß die Errichtung einer faschistischen Diktatur von der überwiegenden Mehrheit der Rheinmetaller nicht gewollt wurde, aber nur von wenigen mit aktivem Widerstand beantwortet wurde. Dieser Widerstand kann heute nur noch indirekt dadurch nachgewiesen werden, daß Repressionen aus dieser Zeit bekannt sind. Ende Februar wurde die Belegschaft, die jetzt bezeichnenderweise «Gefolgschaft» genannt wurde, gesäubert. Nach einer unveröffentlichten Betriebsgeschichte wurden damals 39 Arbeiter entlassen.[46]

Die Nationalsozialisten lösten die Betriebsräte und Gewerkschaften auf und verboten die Arbeiterparteien. Alle Belegschaftsangehörige mußten Mitglied in der neu gegründeten Deutschen Arbeitsfront (DAF) werden. Das Betriebsleben wurde im Sinne des herrschenden Regimes politisiert. *«Deutsches Leben ist Arbeit. In diesem Sinne verbinden sich Führer und Gefolgschaft im Betriebe zu einer nationalsozialistischen Betriebsgemeinschaft. Wer dieser Gemeinschaft angehören will, muß stets nationalsozialistische Gesinnung beweisen,»* hieß es im Vorwort der Betriebsordnung von 1934.[47]

Gesichert ist, daß die zwei in der Belegschaft vertretenen politischen Organisationen, die FAUD und die KPD, in der Illegalität weiterarbeiteten.[48]

Die Strategie der FAUD bestand darin, sich durch offizielle Selbstauflösung dem Zugriff der Gestapo zu entziehen. So gelang es den Anarchosyndikalisten fast überall, ihre Verbindungen weiter aufrechtzuerhalten, Schriften zu verbreiten und die Familienangehörigen von Verhafteten mit Spenden zu unterstützen. Bis 1934 kamen aus dem Ausland eingeschleuste Zeitungen auch nach Sömmerda.

Die Existenz einer KPD-Betriebszelle in der Rheinmetall Sömmerda ist bis 1935 belegt.[49] Am

Kantine im Gebäude der Rechenmaschine



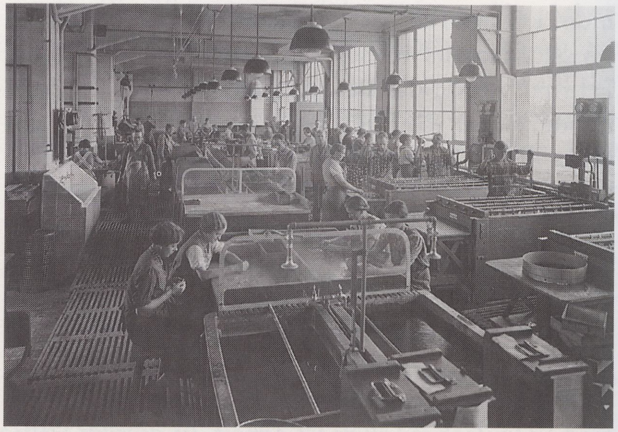
27. Juni 1935 schrieb die «Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Erfurt» in ihren Tagesbericht: *«Hier ist vertraulich bekanntgeworden, daß die illegale KPD in dem Rüstungsbetrieb der Rheinischen Metallwarenfabrik in Sömmerda mit der Bildung von kommunistischen Zellen beschäftigt ist. Es handelt sich vorwiegend um ehemalige Kommunisten aus Erfurt, die wegen Mangel an Spezialarbeitern in dem Betrieb beschäftigt sind. Der größte Teil davon ist hier bekannt. Scharfe Überwachung ist eingeleitet, damit im gegebenen Moment zugegriffen werden kann.»*[50]

Die Ablehnung des Regimes zeigte ein großer Teil der Belegschaft durch den Boykott der nationalsozialistischen Vertrauensleute-Wahlen. An ihnen sollen sich im Frühjahr 1934 nur 1.800 von 6.000 Beschäftigten beteiligt haben. Und im April 1935 blieben immerhin noch 21 % der Rheinmetaller diesen Wahlen fern.[51] Danach fand keine Vertrauensleute-Wahl mehr statt.

Montage Rechenmaschine



Vernickelei



1936 wurden in Sömmerda bei Rheinmetall und Selkado Geldsammlungen organisiert, um den Widerstand gegen den faschistischen Militärputsch in Spanien zu unterstützen. KPD-Mitglieder waren daran sicher beteiligt, Syndikalisten vermutlich auch. In beiden Werken kam es in diesem Zusammenhang zu Verhaftungen, 4 Arbeiter sollen zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt und danach in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht worden sein.[52]

Als Anfang 1937 die reichsweiten illegalen Verbindungen unter den Anarchosyndikalisten durch eine Verhaftungswelle zerschlagen wurden, kam es auch in Erfurt und Sömmerda zur Festnahme von 35 Personen. Dennoch machten die FAUDler in Sömmerda weiter und hielten nach den Gestapo-Akten im Bundesarchiv Koblenz am längsten durch. Im Herbst des Jahres stellte die Gestapo anarchosyndikalistische Aktivitäten nur noch in dieser Stadt fest, wo *«bis zum Oktober 1937 zwei illegale Betriebsgruppen der FAUD (je eine im 'Selkadowerk' und 'Rheinmetall-Borsig-Werk') bestanden, die ihre Unterstützungsaktionen bis zum Zeitpunkt ihrer Aushebung durchgeführt haben»*.[53] Bei dieser «Aushebung» wurden die langjährigen

[51] Ebd., S. 78f.

[52] Nach Wir über uns 1989, S. 89 handelte es sich um Max Gerhardt, Voß, Schiepansky und Koch. Es ist allerdings belegt, daß Voß, ein Anarchosyndikalist, erst 1937 verhaftet worden, vgl. weitere Darstellung.

[53] Bundesarchiv Koblenz, R 58/319, S. 67, zitiert nach: Haug, Wolfgang: Eine Flamme erlischt, in: Internationale wissenschaftliche Konferenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 25. Jg., September 1989, Heft 3, S. 368.

[54] Inhalt einer Gestapo-Akte, nach Auskunft von Frank Havers.

[55] ThHStAW, SD-Außenstelle NS 29/67 und 68.

[56] Siehe auch Betriebsgeschichte 2, S. 60f. Spitzelberichte von Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes befinden sich im ThHStAW.

[57] Für 1937 ist belegt, daß der Nationalsozialist Stutte Ortverwalter der Deutschen Arbeitsfront war. Vgl. Rheinmetall-Borsig Werkzeitschrift, 1. Jg., Dezember 1937, Historische Sammlung, S. 40.

[58] Wir über uns 1989, S. 82.

[59] ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 04/6.

[60] Sömmerdaer Zeitung vom 8.5.1935, ThHStAW, Dreyse und Collenbusch 100.

Arbeitervertreter Fritz Jürgel, Heinrich Kusche, Louis Schreiber, Karl Voß, Hermann Sonntag und Paul Kresser verhaftet. Paul Kresser wurde in ein Konzentrationslager gebracht. Heinrich Kusche wurde in der Gestapo-Akte als *«gefährlich und attentatsverdächtig»* eingestuft.[54]

Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS Unterabschnitt Thüringen/Erfurt Außenstelle Weißensee war auch bei Rheinmetall in Sömmerda aktiv. Ende 1937 gab es dort 9 V-Männer für Überwachungstätigkeiten, im März 1939 waren es 17.[55] Sie waren Teil des umfangreichen Überwachungssystems im Betrieb.[56]

Die letzte bekannte Gegenaktion der Rheinmetall-Belegschaft fand im Juli 1939 statt. Als Beitrag für die Kriegsvorbereitungen sollten die Beschäftigten ihre Arbeitsintensität erhöhen. Dafür wurden die Akkordpreise reduziert. 350 bis 400 Beschäftigte im Zünderbau traten nach einem Protokoll der Gestapo am 3. Juli 1939 dagegen in den Streik. Nach der 1989 veröffentlichen Betriebsgeschichte wurden der Betriebsobmann Mauf von der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation und der Personalchef Dr. Stutte[57] von den Belegschaftsangehörigen mit Pfui-Rufen empfangen.[58]

Nicht nur Überwachung und Repression wurden als Mittel eingesetzt, um aus der Belegschaft eine gefügige «Gefolgschaft» zu machen. Die Betriebsleitung bemühte sich auch darum, die Betriebsbindung der Beschäftigen, die in Sömmerda durch Größe und Monopolcharakter des Werkes besonders ausgeprägt war und oft über Generationen gewachsen war, weiter zu verstärken. In der Werkszeitschrift wurden regelmäßig *«werkverbundene Familien»* mit Fotos vorgestellt.[59]

Am 7. Mai 1935, dem Jahrestag der Rheinmetall-Gründung, wurde zum ersten Mal eine Jubilarfeier durchgeführt, um die *«alten, treuen*

Schreibmaschine Neubau

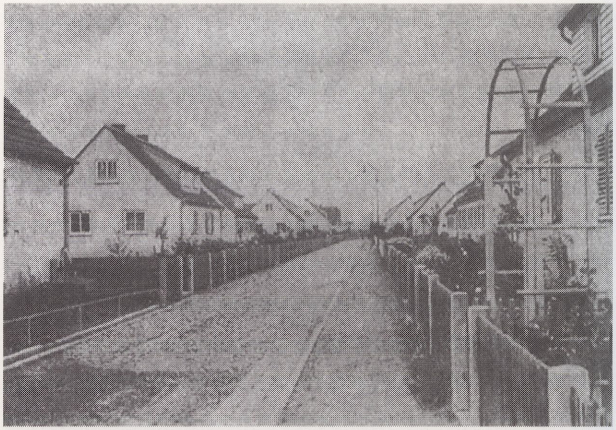


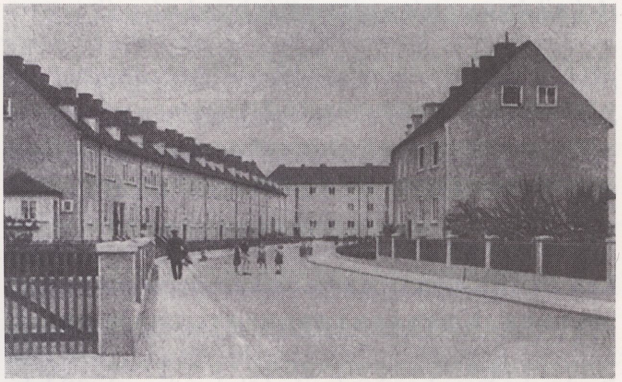
Arbeitskameraden, die seit Jahrzehnten ihre ganze Kraft dem Werk widmeten, in gebührender Weise zu ehren und mit ihnen zusammen einige Stunden in kameradschaftlichem Geiste zu verleben», wie die Sömmerdaer Zeitung berichtete.[60] 143 Jubilare und eine Jubilarin zwischen 25 und 60 Beschäftigungsjahren wurden damals in festlichem Rahmen geehrt. Es gab Freibier, belegte Brötchen sowie Zigarren und Zigaretten gratis. Unter den Jubilaren waren bereits erwähnte Rheinmetaller wie der Buchhalter und Prokurist Bernhard Schmied,[61] der damals 38 Jahre im Werk tätig gewesen war und der Arbeiter Otto Wölke[62] mit 34 Jahren Betriebszugehörigkeit. Viel Prominenz war anwesend. Die Sömmerdaer Zeitung schrieb darüber: *«Am Tisch der Ehrengäste und Direktion vor der Bühne bemerkt man neben Dir. Schläfer, Dir. Westermann, Dir. Luce[63] und Personalchef Dr. Clauss, Herrn Ob.-Regierungsrat Duhm, als Vertreter der preußi-*

Siedlungen an der Frohndorfer Straße

Volkswohlstraße







schen Regierung, den Treuhänder der Arbeit Dr. Wiefel, den Kreisleiter Halfmann, Landrat Hüter, Ortsgruppenleiter Thurm, Bürgermeister Dr. Trenkner, Gewerberat Forchmann und Assessor Beyer.»[64] In der Rede von Betriebsdirektor Schläfer wurde die ideologische Verklärung der nationalsozialistischen Betriebsgemeinschaft deutlich. Er betonte, daß das Arbeitsverhältnis kein

[61] Er war Mitglied der Betriebsleitung. Seine Erinnerungen von 1927 wurden für das 2. Kapitel ausgewertet.

[62] Er war 1918 daran beteiligt, die für die Revolution im Werk heimlich hergestellten Handgranaten nach Berlin zu schaffen, siehe Kapitel 2.

[63] Die drei Männer bildeten den Sömmerdaer Vorstand. Schläfer war Betriebsdirektor, Luce technischer und Westermann kaufmännischer Direktor, vgl. ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 01/101.

[64] Wie Anm. 60.

[65] Ebd.

[66] 1942 erhielten Arbeiter und Arbeiterinen einen Wochenverdienst. Informationsbericht 1942, Rheinmetall-Archiv, IWM 05, im folgenden abgekürzt als: Informationsbericht 1942, S. 35f.

[67] Ebd., S. 35.

[68] 65 Jahre Männer-Turnverein, Typoskript, 4 Bl., Historische Sammlung.

[69] Aus der Geschichte der privilegierten Schützenkompanie, Typoskript, 2 Bl., Historische Sammlung.

[70] Rheinmetall-Borsig Werkzeitschrift, 1. Jg., Dezember 1937, Historische Sammlung, S. 40.

[71] Sömmerda gestern-heute, Erfurt 1994, S. 5.

[72] Wie Anm. 66.

[73] Rheinmetall-Archiv, IWM 06.

[74] Informationsmaterial für eine 75-Jahrschrift der Firma «Rheinmetall Berlin AG», 56 Bl., Rheinmetall-Archiv, WA 22, im folgenden abgekürzt als: Informationsmaterial, Bl. 55.

[75] 100 Jahre Rheinmetall 1989, S. 39 und 42.

[76] Ebd., S. 46.

«knechtisches Abhängigkeitsverhältnis» sei, sondern *«zwei Tugenden»* verkörpere, *«die heute im Staate unseres Führers Adolf Hitler wieder so recht zur Geltung gekommen sind. Das ist erstens die Ehre und zweitens der Stolz»*.[65] Eine solche Jubiläumsfeier sollte ab da jährlich stattfinden.

Nicht nur in Feiertagsreden wurden Belegschaftsmitglieder geehrt, auch praktische Unterstützung wurde gewährt. Die Beschäftigten erhielten Weihnachtszuwendungen,[66] Übergangshilfen für Hinterbliebene, Ehestandsbeihilfen, Entbindungsbeihilfen, Aufwendungen für «Kinderlandverschickung», Altersfürsorge usw.[67] Der Sport wurde verstärkt gefördert.[68] 1936 erhielt der Schützenverein mit Unterstützung von Rheinmetall Borsig und der Stadtverwaltung seinen eigenen *«vorbildlichen Schießstand mit Schützenheim»*, wie es in einer Geschichte des Schützenvereins heißt.[69] 1939 wurde eine Betriebssportgemeinschaft gegründet. Auch im kulturellen Bereich engagierte sich der Betrieb. Es gab einen Werkschor und eine Werkskapelle. Ganz begeistert berichtete die Werkzeitschrift 1937 von der Betriebsweihnachtsfeier. Bei einem *«Bunten Abend»* am 26. November 1937 feierten die Belegschaftsangehörigen bis nachts um zwei bei Musik- und Tanzdarbietungen im Schützenhaus.[70]

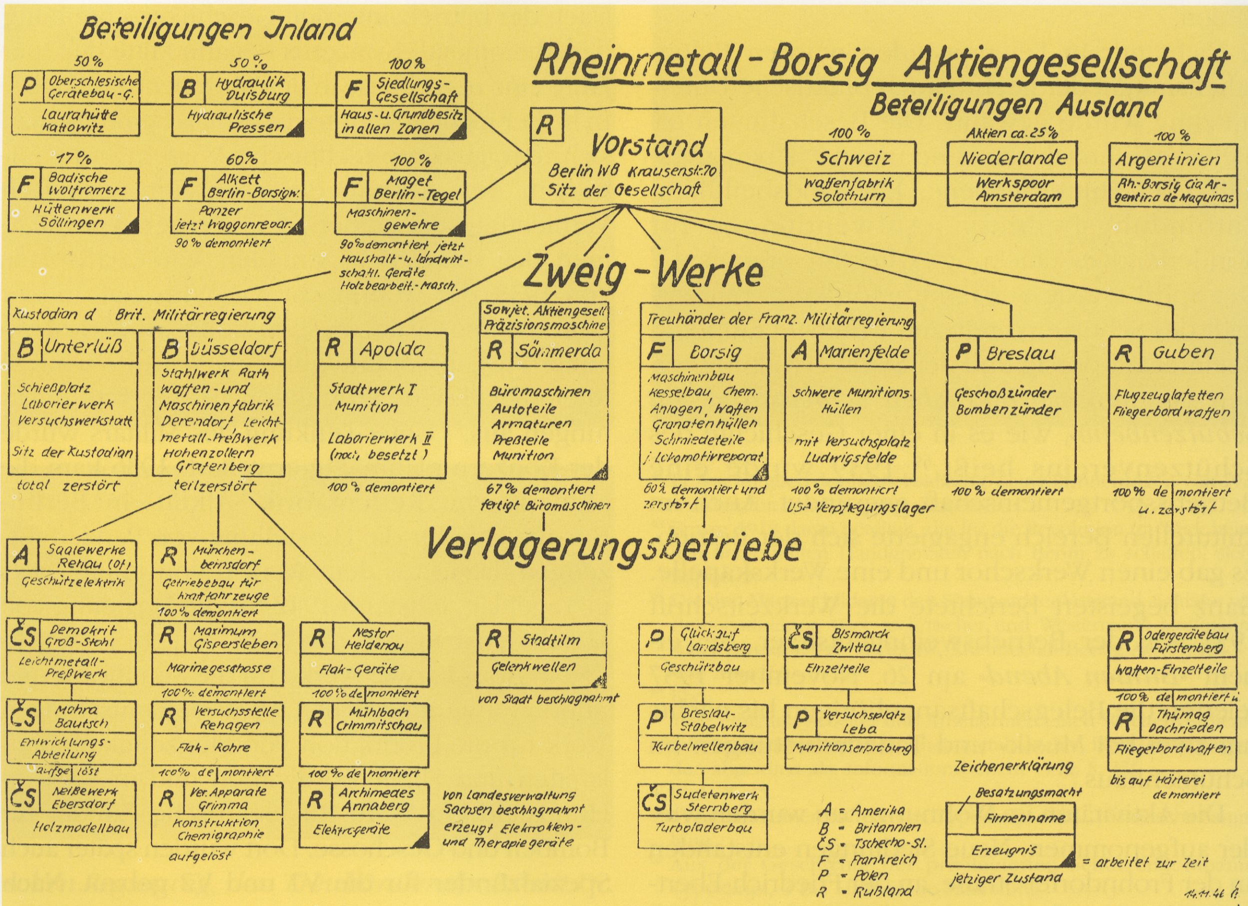
Die Aktivitäten im Wohnungsbau wurden wieder aufgenommen. Neue Siedlungen entstanden an der Frohndorfer Straße, an der Friedrich-Ebert-Straße und an der Klinger.[71] Nach diesem Flußlauf wird die dritte dieser Siedlungen bis heute Klingersiedlung genannt. Auch im Krieg wurde das Wohnungsbauprogramm weitergeführt. 1942 wurde 55 Wohnungen fertiggestellt, 280 waren im Bau.[72] 1943 wurden 30 Wohnungen fertig, an 250 wurde noch gebaut.[73]

«Der Front die Mittel zum Sieg geben»

Nach der betriebsinternen Geschichtsschreibung des Rheinmetall-Konzerns begann Mitte der 30er Jahre eine neue Phase in der Waffenentwicklung.[74] In bisher nicht gekanntem Ausmaß bemühte man sich, das gesamte technische Wissen und Können in den Aufbau einer hochentwickelten Vernichtungsmaschinerie zu investieren. Im Rahmen des staatlichen zentralen Wirtschaftsplans von 1936, der Wehrmacht wie Wirtschaft in vier Jahren kriegsfähig machen sollte und deshalb auch Vierjahresplan genannt wurde, weitete Rheinmetall seine Produktion auf alle Waffengattungen aus.[75] Unter Lenkung des Militärs wurde der Konzern planmäßig erweitert. 1936 kam die altmärkische Kettenfabrik «Alkett» in Berlin-Borsigwalde für die Herstellung von Panzerfahrzeugen dazu. Aus dem Werk II von «Alkett», das in Tegel lag, entstand 1942 für die Fertigung von Maschinengewehren das Werk «Maget». 1939 wurden in Apolda zwei Werke für die Munitions- und Zünderfertigung errichtet, in Guben entstand ein Werk für die Produktion von Flugzeugkanonenlafetten und Fliegerbordwaffen und in Breslau-Hundsfeld ein Werk für elektrische Zünder für Bomben und Geschosse. Dort wurden später auch Spezialzünder für die V1 und V2 gebaut. Nach Kriegsbeginn kam noch ein Werk in Berlin-Marienfelde dazu, in dem Raketen und Bomben aller Art entwickelt und gebaut wurden.[76]

Zu den Werken, die zu 100 % zur Rheinmetall-Gruppe gehörten, kamen noch zahlreiche Beteiligungen im In- und Ausland hinzu. Eine Übersicht vom Dezember 1943 wies die Beteiligung

Rheinmetall-Borsig-Aktiengesellschaft - Beteiligungen Inland und Ausland



von Rheinmetall an Firmen in Holland, der Schweiz, Italien, Spanien, Griechenland, Rumänien und Argentinien aus.[77]

Das abgedruckte Schema zeigt das Ausmaß, das der Rheinmetall-Konzern im NS-Staat erreichte. Am 14. November 1946 erstellt, informiert es

[77] ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 45/10.
[78] Rheinmetall-Archiv, HO 327.
[79] 50 Jahre Rheinmetall 1939, S. 75.
[80] Ebd., S. 70.
[81] Zusammengefaßter Bericht über die Entwicklung der Rheinmetall-Borsig A.G. im Jahre 1941, 20. April 1942, Rheinmetall-Archiv, IWM 02, im folgenden abgekürzt als: Bericht 1941, Bl. 1.

Stand auf der Internationalen Automobil- und Motorradausstellung 1937



gleichzeitig über das Schicksal der Werke nach dem Zusammenbruch Deutschlands.[78]

Der Besuch von Adolf Hitler am 11. 4. 1937 im Düsseldorfer Stammwerk wurde als *«die größte Ehre (angesehen), die einem deutschen Werk widerfahren kann»*.[79] Als Friedrich Luther, neben Geheimrat Max Weßig der zweite Generaldirektor des Konzerns, bei einem Flugzeugabsturz am 10. Oktober 1938 sein Leben verlor, ließen Hitler, Göring und die *«Spitzen der militärischen und sonstigen Behörden»* am Grab Kränze niederlegen, wie eine Werksschrift informierte.[80]

Mit dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges im September 1939 sah sich die Rheinmetall-Generaldirektion in ihrem Kurs bestätigt und verstärkte ihre Bemühungen, einen besonderen Platz in der Kriegsausrüstung einzunehmen. Zwei Jahre nach Kriegsbeginn beschrieb der Vorstand sein Programm als *«so vielseitig, daß es von keinem anderen Rüstungsunternehmen in der Welt erreicht wird»*. Die Produktion erstreckte sich auf fast alle Gebiete der Rüstung, *«vom Kleinkaliber bis zum schwersten Geschoss wie zur schwersten Bombe, von Handfeuerwaffen, Maschinengewehren, automatischen Waffen bis zum schwersten Gerät, allen Arten von mechanischen und elektrischen Zündern, Panzerwagen und Bewaffnung, Kardanwellen-Gelenken sowie Getrieben für sämtliche Fahrzeuge der Wehrmacht»*, so der Bericht des Vorstandes.[81] Mit dem Vierjahresplan

verstärkte sich der Leistungsdruck auf die Beschäftigten. Seit 1937 wurde bei Rheinmetall 60 Stunden und mehr pro Woche gearbeitet.[82]

Aus einem Bericht über das Jahr 1943 ist deutlich zu spüren, unter welchem Druck das Werk durch die permanente Produktionssteigerung stand. Von 1941 bis 1943 war der Umsatz jährlich um jeweils ein Drittel erhöht worden.[83] 1943 erreichte Rheinmetall mit allen Tochtergesellschaften, jedoch ohne die in den besetzten Gebieten «betreuten Unternehmen», einen Umsatz von 922 Millionen RM.[84] Das Grundkapital des Rheinmetall-Konzerns war auf 75 Millionen angewachsen.[85]

Was Rheinmetall von anderen Rüstungsbetrieben unterschied, war sein Profil als ausgeprochenes *«Großentwicklungswerk»*, wie es in den Berichten immer wieder hieß.[86] Das bedeutete, daß Rheinmetall neben der Serienfertigung vor allem neue Waffen, Geräte und Munition entwickelte *«mit dem Ziel, durch schnelles Herausbringen überlegener Kampfmittel der Front die Mittel zum Sieg zu geben»*, so ein Bericht vom März 1943.[87] Unter dem Druck des Krieges wurde ein enormes schöpferisches Potential eingesetzt, um immer schneller immer effektivere Waffen für alle drei Wehrmachtteile, Heer, Flotte und Luftwaffe, zu bauen. Bei einer Gesamtbelegschaft des Konzerns von mittlerweile rund 80.000 waren ca. 7.500 Beschäftigte in der Entwicklung tätig. Rund 2.500 Wissenschaftler, Konstrukteure, Ingenieure und technische Angestellte konstruierten neue Waffen und Geräte. Ca. 5.000 Arbeiter waren in den Versuchswerkstätten, Laboratorien und Schießplätzen mit den Tests beschäftigt. In einer werksinternen Informationssammlung aus der Nachkriegszeit ging man davon aus, daß rund 700.000 bis 800.000 Menschen in Deutschland und den besetzten Gebieten die militärischen Rheinmetall-Konstruktionen im Nachbau serienmäßig herstellten.[88]

Stolz berichtete die Konzernspitze, daß allein 1943 die *«Ergebnisse unserer Leistungssteigerungsaktion»* durch 74 Veröffentlichungen von Betriebsangehörigen bekannt gemacht worden wären. Eine große Zahl von Rheinmetall-Führungskräften wäre an meist leitender Stelle in überbetrieblichen Gremien der *«industriellen Selbstverantwortung»* tätig.[89]

Der Sömmerdaer Beitrag für diesen Innovationsschub war die Konstruktion einer Zünderstellmaschine, von der bis Kriegsende einige tausend in Sömmerda selbst hergestellt wurden.[90] Mit ihr wurde die Aktivierung der Zünder eingestellt. Wie im Gesamtkonzern wurden auch in Sömmerda massiv Investitionen getätigt, um die Produktion zu beschleunigen. Als Rationalisierungsmaßnahmen führte ein Bericht über das Jahr 1942 für das Sömmerdaer Werk an: Der Einsatz neuzeitlicher Automaten zur kurzfristigen Umstellung der Zündermassenfertigung von Aluminium und Messing auf Stahl, die Einrichtung einer automatischen Härteanlage für Panzergranaten kleineren Kalibers, die Entwicklung und Einführung automati-

82 Bericht 1941, Bl. 13.

83 Zusammengefaßter Bericht über die Entwicklung der Rheinmetall-Borsig A.G. im Jahre 1942, 20. März 1943, Rheinmetall-Archiv, IWM 05, im folgenden abgekürzt als: Bericht 1942, Bl. 3 und Zusammengefaßter Bericht über die Entwicklung der Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft im Jahre 1943, 42 Bl., Rheinmetall-Archiv, IWM 06, im folgenden abgekürzt als: Bericht 1943, Bl. 11.

84 Ebd., Bl. 9.

85 Hoppenstedt-Sammlung, Typoskript 18 Bl., Privatarchiv Gerd Leuthäusser, Bl. 12.

86 Z. B. ebd. und Bericht 1942, Bl. 1.

87 Ebd.

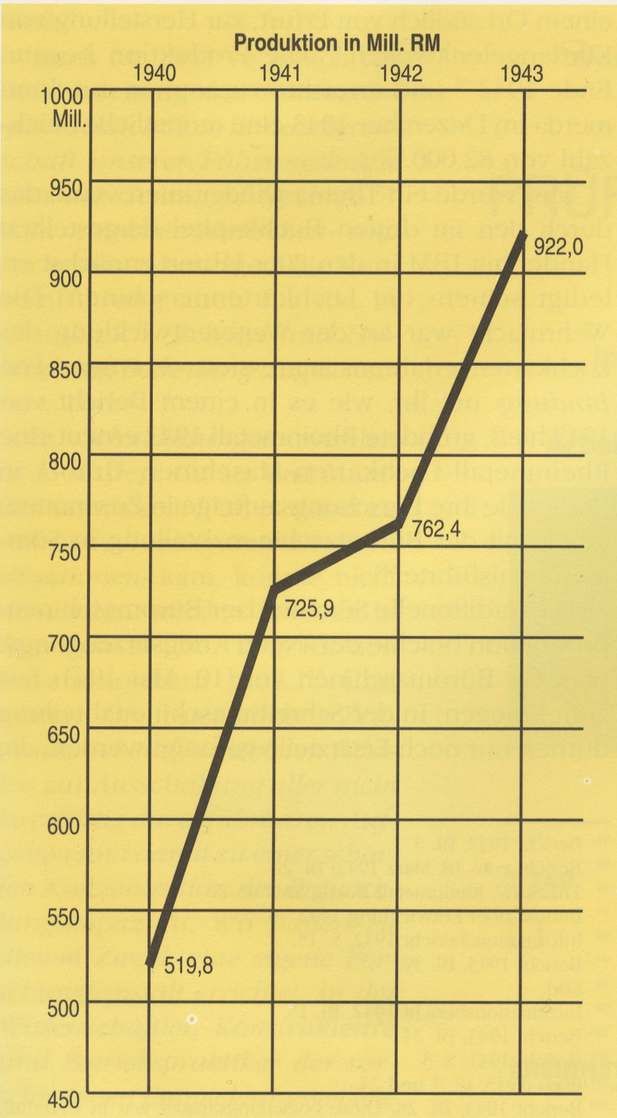
88 Informationsmaterial, Bl. 33.

89 Bericht 1943, Bl. 29f.

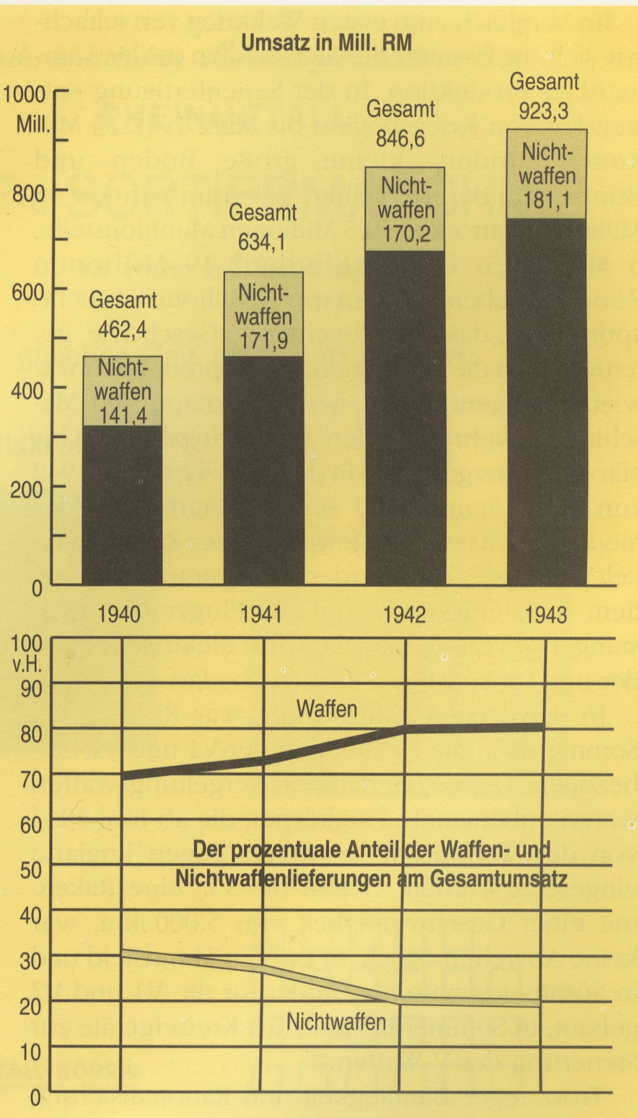
90 Bis März 1942 wurden in Sömmerda 2.056 Zünderstellmaschinen hergestellt, vgl. Bericht vom 18. März 1942 an Zentrale Verkauf Waffen in Berlin, ThHStAW Rheinmetall-Borsig AG 01/101, im folgenden abgekürzt als: Bericht vom 18. März 1942, Bl. 2.

91 Rheinmetall-Archiv, IWM 06.

Produktionssteigerung des Rheinmetall-Konzerns von 1940 bis 1943[91]



Verhältnis Waffen-/Nichtwaffen-Anteil



scher Prüf- und Sortiermaschinen zur Verminderung von Revisionskräften und die Neuaufstellung von Maschinen und Inbetriebnahme einer neuen Montagehalle zur Erhöhung des monatlichen Ausstoßes der Kardangelenkwellen von 40.000 auf 52.000.[92]

Im Vergleich zum ersten Weltkrieg vervielfachten sich im zweiten die Stückzahlen in der Sömmerdaer Produktion. In der Serienfertigung entstanden von Kriegsbeginn bis März 1942 23 Millionen Zünder - kleine, große, Boden- und Bombenzünder. Im selben Zeitraum wurden 30 Millionen Patronen, 18,5 Millionen Munitionsteile, 6 Millionen Geschoßhüllen, 19 Millionen Zündschrauben, und knapp 6 Millionen Leuchtspurhülsen, das heißt leuchtende Geschosse, gefertigt. Auch die Maschinengewehrproduktion war wieder aufgenommen worden, knapp 500 Maschinengewehre wurden von Kriegsbeginn bis März 1942 hergestellt. Mit dem MG 42 wurde 1942 von Louis Stange und seinen Mitarbeitern das modernste Maschinengewehr seiner Zeit entwikkelt. In dieser Zeit wurden in Sömmerda außerdem Installationsmaterial für Flugzeug-Ausrüstung, Flakvisiere, Einzelteile für elektrische Zünder und für sonstigen Rüstungsbedarf gefertigt.[93]

In den letzten Kriegsjahren war Rheinmetall Sömmerda in die Herstellung der V1 und V2 einbezogen. Diese sogenannten Vergeltungswaffen waren unbemannte Flugkörper, die ab Juni 1944 von der Wehrmacht besonders gegen England eingesetzt wurden. Gegen die V2, eine Rakete mit einer Geschwindigkeit von 5.000 km, war keine Abwehr möglich. In Breslau-Hundsfeld und in Sömmerda wurden Zünder für die V1 und V2 gebaut, in Sömmerda zusätzlich Kreiselgeräte zur Steuerung der V-Waffen.[94]

Trotz reger Bautätigkeit und Rationalisierung reichte die Sömmerdaer Produktion nicht aus. Die Einrichtung eines Zweigwerkes für die Zündermontage im nordwestlich von Plauen gelegenen Schleiz, in der 500 ehemalige Textilarbeiterinnen beschäftigt wurden, war ein relativ kleines Projekt. Von größerer Bedeutung war die Übernahme einer ehemaligen Gelatinefabrik in Stadtilm, einem Ort südlich von Erfurt, zur Herstellung von Kardangelenkwellen.[95] Die Produktion begann Ende 1942[96] und erreichte zusammen mit Sömmerda im Dezember 1943 eine monatliche Stückzahl von 82.000.[97]

Nun wurde ein Thema wieder interessant, das durch den im dritten Buchkapitel dargestellten Handel mit IBM in den 20er Jahren zunächst erledigt schien: die Lochkartenmaschinen. Die Wehrmacht war an der Weiterentwicklung des Lochkartenverfahrens interessiert. «*In engster Verbindung*» mit ihr, wie es in einem Bericht von 1943 hieß, gründete Rheinmetall 1942 erneut eine Rheinmetall-Lochkarten-Maschinen GmbH in Berlin, die ihre Forschungsaufträge in Zusammenarbeit mit der Büromaschinenabteilung in Sömmerda ausführte.[98]

Die traditionelle Sömmerdaer Büromaschinenproduktion brachte der «Neue Kriegserzeugungsplan für Büromaschinen von 10. Mai 1941» fast zum Erliegen. In der Schreibmaschinenabteilung durften nur noch Ersatzteile gefertigt werden, die

[92] Bericht 1942, Bl. 5.
[93] Bericht vom 18. März 1942, Bl. 2f.
[94] ThHStAW, Rheinmetall Borsig SAG 45/20.
[95] Bericht über Entwicklung 1942, Bl. 5.
[96] Informationsbericht 1942, S. 15.
[97] Bericht 1943, Bl. 39.
[98] Ebd.
[99] Informationsbericht 1942, Bl. 15.
[100] Bericht 1943, Bl. 24.
[101] Bericht 1941, S. 3.
[102] Ebd., 1943, Bl. 1 und 24.
[103] Bericht 1943, Bl. 28. Diese Forschungsanstalt war in Unterlüß, ebd. Bl. 1.

Produktion ging auf knapp zehn Prozent zurück. Auch die Herstellung von Rechen-, Fakturier- und Buchungsmaschinen wurden *«aufs äußerste beschränkt»*, wie es in einer Betriebsbilanz hieß.[99]

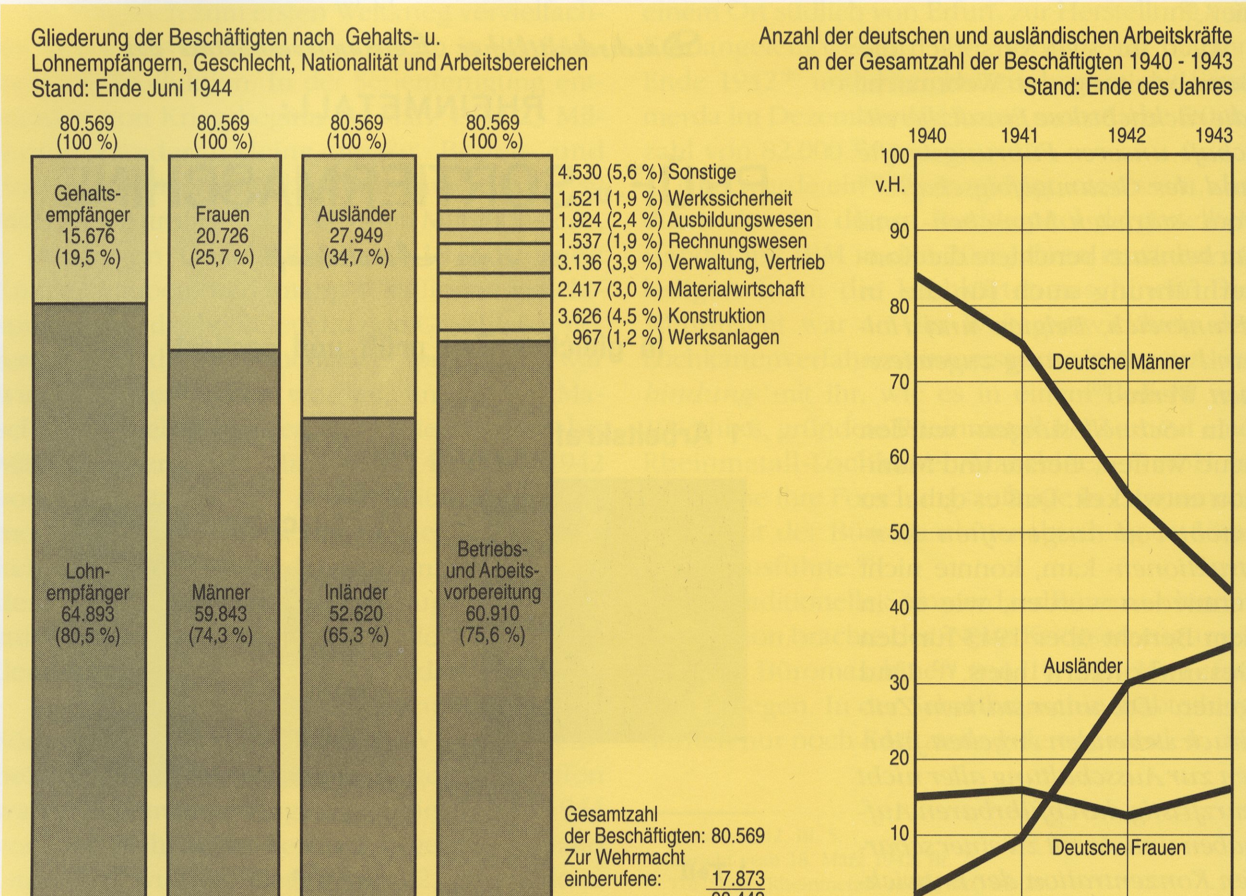
Auch für 1944 versprach die Betriebsleitung der Wehrmacht *«die rücksichtslose Einsatzbereitschaft unserer Führungskräfte und der Gesamtgefolgschaft»*.[100] Vom *«stärksten Menschen- und Sacheinsatz»* berichtete die Konzernführung auch für die in *«Frankreich, Belgien und Holland zur Betreuung zugewiesenen Werke»*.[101]

In *«Schnellösungen»* wurden neue Waffen, Geräte und Munition entwickelt. Daß es dabei zu *«nicht voll ausgereiften Konstruktionen»* kam, konnte nicht vermieden werden, wie es in dem Bericht über 1943 für den Gesamtkonzern hieß.[102] Und weiter: *«Die unter starkem Zeitdruck stehenden Arbeiten führten zur Ausschaltung aller nicht kurzfristig durchführbaren Aufgaben und damit zu einer scharfen Konzentration der Entwicklungskapazität. Wir haben zu diesem Zweck eine eigene Forschungsanstalt errichtet, in der Wissenschaftler, Konstrukteure und Betriebspraktiker der verschiedenen Entwicklungsgebiete tätig sind.»*[103]

Werbeprospekt Sortiermaschine für Zünderteile



Verhältnis von deutschen und ausländischen Arbeitskräften sowie Männern und Frauen im Rheinmetall-Konzern von 1940-1943 [104]



1943 machte die Zerstörung durch Luftangriffe den Werken in Düsseldorf und Berlin schwer zu schaffen. Versuchs- und Produktionsstätten wurden deshalb in insgesamt 25 Verlegungsbetriebe in östlicher Richtung ausgelagert.[105] Da-

[104] Rheinmetall Archiv IWM 06.
[105] Ebd., Bl. 27.
[106] Bericht 1942, Bl. 16.
[107] Bericht vom 18. März 1942, Bl. 4.
[108] Böttger 1956, Bl. 24.
[109] ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 05/23.

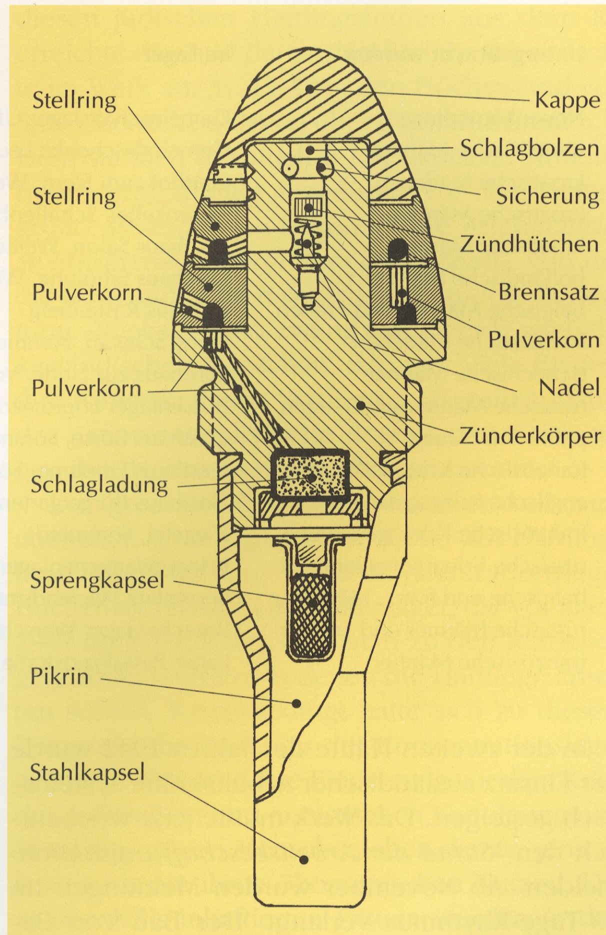
gegen wurde das Sömmerdaer Werk fast völlig von Luftangriffen verschont und konnte seine Produktion ungehindert bis zur Stillegung am 3. April 1945 fortsetzen.

Das größte Problem der Konzernleitung war der Arbeitskräftemangel. Immer mehr Beschäftigte, darunter auch die Spezialisten, wurden einberufen.[106] Gleichzeitig wuchsen die Anforderungen an die Produktionsleistung. Deshalb griff man wie schon im ersten Weltkrieg auf Frauen und ausländische Arbeitskräfte zurück.

Auch in Sömmerda reichten die Arbeitskräfte für die geforderte Produktion nicht aus. Daran konnte auch die völlige Einstellung der Büromaschinenproduktion in den letzten zwei Kriegsjahren nichts ändern, waren doch Anfang 1942 von insgesamt 12.450 Beschäftigten nur noch 40 in der Schreibmaschinen- und 200 in der Rechenmaschinenabteilung tätig. Die große Mehrheit, nämlich 9.700, arbeiteten in den Zünder- und Laborierbetrieben, 510 in der Zünderstellmaschinenfertigung und 1.000 im Gelenkwellenbau.[107] Die Menschen kamen aus 139 Gemeinden, zu Fuß, per Fahrrad, Zug, PKW, Motorrad oder Omnibus.[108] Die Belegschaft konnte nur vergrößert werden, indem der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte erhöht wurde. Ende 1941 betrug er erst 5,3 %.[109] 1942 steigerte er sich auf 10 %, darunter ein Drittel Frauen. Die Menschen kamen aus Belgien, Holland, Frankreich, Italien, England, der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Kroatien, Serbien, Rumänien, Rußland und der Ukraine. Die zivilen Arbeitskräfte aus Rußland, die als Ostarbeiter bezeichnet wurden, machten die Hälfte aus.[110]

Der Status der ausländischen Arbeitskräfte war unterschiedlich. Neben der Gruppe der Kriegsgefangenen gab es einen großen Teil ziviler Arbeitskräfte aus dem Ausland. Ein Teil war freiwillig gekommen, zum Beispiel die Italiener vor 1943, die aus einem ebenfalls faschistischen Land angeworben wurde. Der überwiegende Teil jedoch war aus seiner Heimat verschleppt und im Deutschen Reich zur Arbeit gezwungen worden.

Querschnittszeichnung eines Zünders



Untergebracht wurden	im Lager	Art der Unterkunft	Bettenzahl
Neuankömmlinge	Gemeinschaftslager Uhlandstraße	Baracke	336
französische Männer	Gemeindeschenke Leubingen	Saal	80
kroatische Mädchen	Gasthof zum Stern, Wenigensömmern	Saal	60
kroatische Männer	Felsenkeller, Schallenburg	Saal	65
kroatische Männer	Gasthaus Salon, Weißensee	Saal	80
holländische Männer	Gasthaus Erholung, Weißensee	Saal	40
belgische Männer und Frauen	Kurhaus Rastenberg	Logierzimmer	34
französische Mädchen	Hotel Schwan, Sömmerda	Saal	34
tschechische Männer	Gasthaus zur Linde, Vogelsberg	Saal	30
russische Männer und Frauen	Russenlager Erfurterstraße	halbfertige Siedlungshäuser	600
polnische Frauen	Gasthaus Börse, Sömmerda	Saal	80
französische Kriegsgefangene	Gasthaus Erholung, Sömmerda	Saal	70
englische Kriegsgefangene	Gasthaus Bürgergarten	Saal	unbekannt
französische Kriegsgefangene	Ziegelei, Sömmerda	Ledigenheim	80
russische Kriegsgefangene	Kriegsgefangenenlager Erfurter Straße	halbfertige Siedlungshäuser	150
belgische und franz. Männer	Sportplatz Wielandstraße, Sömmerda	Baracken	200
russische Männer und Frauen	Barackenlager Warschauerstraße	Baracken	700
französische Männer	Lager Pestalozzistraße	Baracken	unbekannt

In der zweiten Hälfte des Jahres 1942 wurde der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte systematisch gesteigert. Das Werk mußte jetzt wöchentlich den *«Stand der Arbeitsbeschaffungsaktion»* melden. Ab November wurden Meldungen im 10-Tage-Rhythmus verlangt. Der Bau von Baracken wurde in Angriff genommen, weil die Gasthäuser zur Unterbringung nicht ausreichten.[111] In den Jahren 1942 und 1943 gab es folgende Lager für ausländische Arbeitskräfte der Rheinmetall in Sömmerda und Umgebung (siehe Tabelle).[112]

110 Ostarbeiter war der Begriff für alle zivilen Arbeitskräfte aus der Sowjetunion. In Sömmerda waren dies vor allem Russinnen und Russen. ThHStAW Rheinmetall-Borsig AG 05/67 und Wir über uns 1989, S. 83.

111 ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 05/42.

112 Das Gasthaus Bürgergarten kam erst im Dezember 1943 dazu. Das Barackenlager Pestalozzistraße wurde von dem Lager Warschauerstraße abgeteilt. Ebd.

113 Ebd.

114 Fragebogen vom 20. Oktober 1945, Historische Sammlung.

115 Rundschreiben Nr. WO 30/42, zitiert nach Wir über uns 1989, S. 84.

116 Wie Anm. 114.

117 ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG 05/42 und 06/13. Die Zahlen sind gerundet.

In der Qualität der Unterbringung gab es eine Hierarchie. Wer in den Sälen von Gasthäusern untergebracht war, hatte es etwas besser getroffen, auch wenn man zu Dutzenden in einem Raum hausen mußte. Schlechter ging es jenen, die in halbfertigen Siedlungshäusern und in Baracken untergebracht waren. Die Baracken waren ausgebaute Pferdeställe. Die Lager an der Erfurterstraße und an der Warschauerstraße, die sogenannten Ostarbeiterlager, wurden bis 1943 auf 2.000 Plätzen aufgestockt.[113]

Unterschiede gab es nicht nur in der Unterbringung, sondern auch im Lohn. Bei den Zivil-Arbeitskräften standen wieder die Ostarbeiterinnen und -arbeiter ganz unten. Sie wurden mit einer extra Steuer, der sogenannten Ostarbeiterabgabe von rund 20 % belegt.[114] Anspruch auf Zuschläge für Mehrarbeit, Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit hatten sie nicht. Die Werksleitung wies die Betriebsleiter extra an, bei der Festsetzung des Lohnes der Ostarbeiter und -arbeiterinnen *«besonders vorsichtig zu sein, da sonst das Werk an jedem russischen Arbeiter Geld zusetzen wird»*.[115] Und auch bei den Kriegsgefangenen wurden die Russen schlechter als die anderen behandelt. Von ihrem Durchschnittsverdienst von 150 Reichsmark wurde ihnen nur 14 % ausbezahlt, die französischen Kriegsgefangenen erhielten dagegen 28 %.[116]

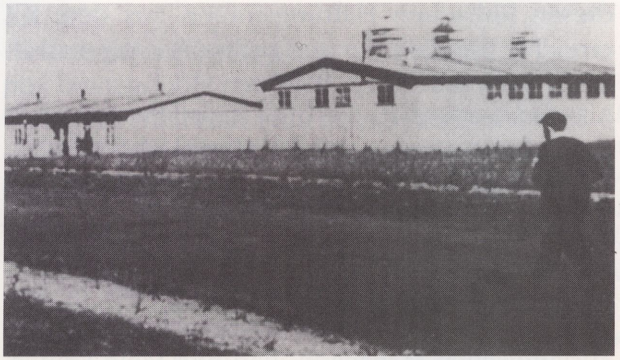
Anfang 1943 waren bereits 3.600 Menschen anderer Nationen als Zivil-Arbeitskräfte oder Kriegsgefangene im Sömmerdaer Werk beschäftigt.[117] Bis Januar 1944 stieg die Zahl weiter auf 4.700 an. Danach sank sie auf unter 3.500 im Januar 1945, wobei die Russinnen und Russen immer noch den größten Anteil ausmachten.[118]

Um diesen Rückgang auszugleichen, wurde im September 1944 in Sömmerda ein Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald gegründet. Dort wurden bis zu 1.294 weibliche Häftlinge zum Arbeitseinsatz bei Rheinmetall gezwungen.[119] Es handelte sich dabei im wesentlichen um ungarische Jüdinnen im Alter von 16 bis 60 Jahren.[120] In den Unterlagen des Werkes wurden sie zum ersten Mal am 30. September 1944 erwähnt.[121] Mit diesen jüdischen Häftlingsfrauen aus dem KZ erreichte die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte im Werk am 31. 12. 1944 den Höchststand von 5.283 Menschen, davon über die Hälfte Frauen.[122] Dem standen nur noch 6.104 deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter gegenüber. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen bekommt die *«rücksichtslose Einsatzbereitschaft der Gefolgschaft»*, von der die Generaldirektion sprach, eine andere Bedeutung. «Rücksichtslos» zwang man gerade auch die ausländischen Menschen, darunter viele Frauen, ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, damit das nationalsozialistische Regime den Krieg gegen ihre Heimatländer fortführen konnte.

Der gesamte Rheinmetall-Konzern soll nach amtlichen Unterlagen über 5.000 KZ-Häftlinge beschäftigt haben.[123] Das Konzentrationslager Buchenwald hatte 136 Außenlager, die vor allem 1944 im ganzen Reich ortsnah zu den Betrieben gegründet wurden, in denen die Häftlinge arbeiten sollten. Kriegsbedingt hatte sich zu diesem Zeitpunkt die Funktion der Konzentrationslager geändert. Während ihre Einrichtung vor dem Krieg der politischen und rassistischen Verfolgung und Vernichtung von Menschenleben diente, ging es jetzt auch um ihren ökonomischen Nutzen. Die in den KZ's inhaftierten Frauen wurden in den letzten Kriegsmonaten als «letzte Reserve» mobilisiert. Die Betriebe meldeten ihren Arbeitskräftebedarf bei der SS an, die die Außenlager einrichtete und überwachte.[124]

Das Sömmerdaer Außenlager war groß im Verhältnis zu den anderen, da man sich in Sömmer-

Diese Art von Baracken gab es auch im Lager in der Warschauerstraße, heute Friedrich-Ebert-Straße. Das Lager wurde 1942 für russische Zivil-Arbeitskräfte, sogenannte Ostarbeiterinnen und -arbeiter eingerichtet. Von September 1944 bis März 1945 war dort das Außenlager des KZ Buchenwald.



da, anders als im Ruhrgebiet, vor Luftangriffen relativ sicher fühlte. Die Jüdinnen machten nun 47 % der ausländischen Arbeiterinnen bei Rheinmetall Sömmerda aus. Während es zwischen den zivilen Arbeitskräften und der einheimischen Bevölkerung durchaus zu Kontakten kam - auch wenn die Werksleitung dies im Fall der Ostarbeiterinnen und -arbeiter verhindern wollte,[125] so war der Umgang zwischen Einheimischen und KZ-Häftlingen streng verboten.[126]

Das einzige Zeugnis einer betroffenen Jüdin stammt von Anni Pauk, einer Musikerin aus Budapest. Sie schrieb im März 1978 in deutscher Sprache über ihre damaligen Erfahrungen.[127] Nach ihrem Bericht mußten die Frauen, die aus dem KZ Auschwitz kamen, zuerst in Gelsenkirchen bei der Gelsenberg Benzin AG arbeiten. Dort kam die Hälfte der 3.000 Frauen bei Fliegerangriffen um, weil sie in Zelten in einem umzäunten Lager untergebracht waren und sich deshalb nicht in Sicherheit bringen konnten. Wegen der Luftangriffe wurde das Lager aufgelöst und nach Sömmerda verlegt. Die Frauen wurden in das bisher mit Ostarbeiterinnen und -arbeitern belegte Barackenlager in der Warschauerstraße gebracht.

Anni Pauk über ihr Leben in Sömmerda: *«in Sömmerda (...) haben wir 12 Stunden Arbeit gehabt, eine Woche Tagschicht, in der anderen Woche Nachtschicht. Sonntag waren wir von Arbeit frei, aber den ganzen Tag mußten wir entweder Zählappell stehen oder Lager sauber machen etc. Abends sind wir immer todmüde in unsere Betten gefallen, das waren Holzbetten, dreistöckig. Ich wohnte unten und hatte erst etwa 5-6 Bretter in meinem Bett. Aber die Frauen, die Stubendienst (..) im Lager gemacht haben, die haben die Möglichkeit gehabt, im einzigen Ofen einzuheizen und langsam haben sie meine Bretter*

[118] Bei den Zivil-Arbeitskräften kamen damals 206 aus Frankreich, 308 aus Belgien, 127 aus Holland, 334 aus Italien. 1806 Menschen wurden als Ostarbeiter und -arbeiterinnen bezeichnet. Dazu kamen 313 kriegsgefangene Russen und 111 kriegsgefangene Franzosen. 272 Menschen kamen aus weiteren Ländern. Vgl. ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 05/76.

[119] Zum KZ-Außenlager Sömmerda vgl. Das Außenlager Sömmerda des Konzentrationslagers Buchenwald - ein Beispiel faschistischer Gewaltherrschaft im Kreis Sömmerda, Handreichung für den Heimatkundeunterricht Klasse 3 Stoffeinheit 4 sowie für die Fächer Geschichte und Staatsbürgerkunde, hg. vom Pädagogischen Kreiskabinett Sömmerda, April 1985, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: KZ-Außenlager Sömmerda 1985. Die Zahl 1294 ist für den 31. Januar 1945 belegt in: ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 08/14. Für Februar 1945 ist sie belegt in: ThHStAW, Rheinmetall Borsig AG 05/67. Ein anderes Außenlager des KZ Buchenwald, in dem polnische Frauen inhaftiert waren, ist besser dokumentiert: Müller, Hans: «Wir haben verziehen, aber nicht vergessen...». Das KZ-Außenlager Buchenwald in Dortmund, hg. von der Geschichtswerkstatt Dortmund, Dortmund 1994.

[120] KZ-Außenlager Sömmerda 1985, S. 36.

[121] Damals waren es 1213 Frauen, danach stieg die Zahl auf 1294 an. Vgl. ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 05/42 und 08/14.

[122] Ebd.

[123] Angaben von Benjamin Ferencz, zitiert nach Hoß, S. 20.

[124] 100 Jahre Rheinmetall 1989, S. 47.

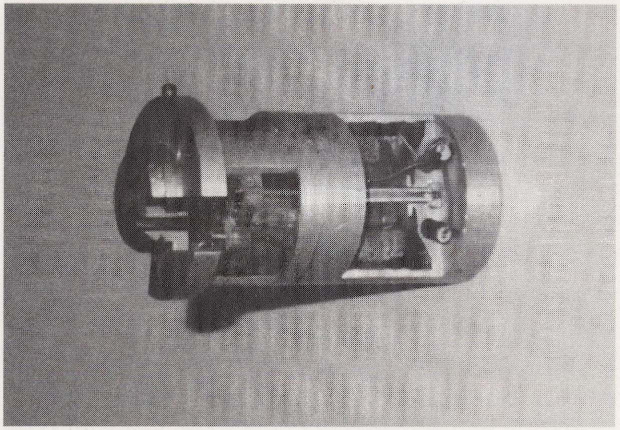
[125] Vgl. Wir über uns 1989, S. 84.

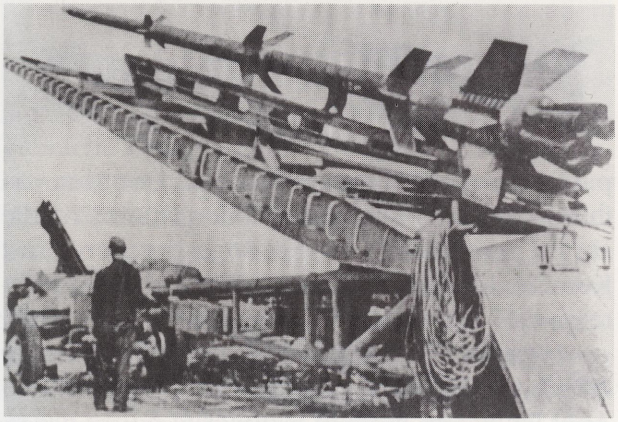
[126] Vgl. Aussage von Ernst Kummer, damals Meister im Zünderbau, in: KZ Außenlager 1985, S. 35.

[127] Im Interesse besserer Lesbarkeit wurde der Ausdruck von mir unwesentlich korrigiert. Der Bericht ist enthalten im Anhang von: ebd. S. 31ff. Die folgenden Zitate entstammen diesem Bericht.

Elektrischer Bombenzünder aus Sömmerda

Vierstufige Fernziel-Boden-Boden-Rakete «Rheinbote»

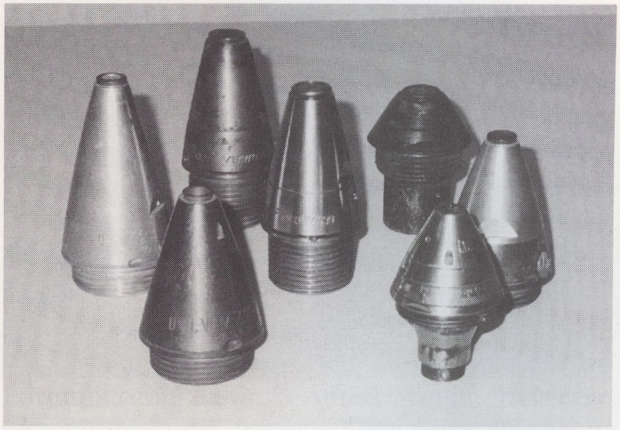


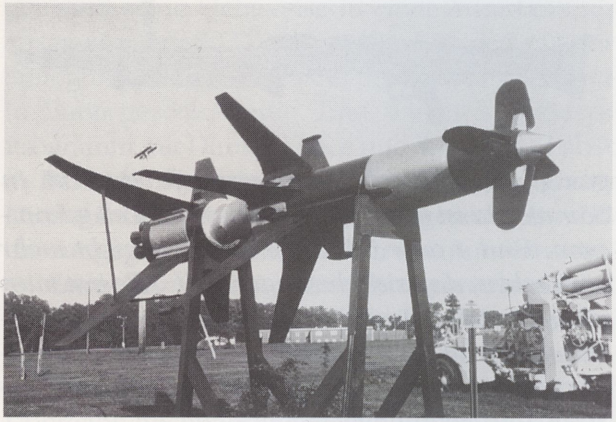


alle verbrannt, so habe ich in meinem Bett nur 3 Bretter gehabt, und wenn ich mich ein wenig bewegt habe, war ich schon auf der Erde, welche immer naß war. So habe ich mir einen sehr, sehr großen Rheumatismus verschafft.» Unter den Häftlingen gab es zwar zwei Ärztinnen, aber keine Medikamente. Anni Pauk: *«Viele Frauen sind ge-*

Sömmerdaer Zündersortiment

Ferngelenkte Fla-Rakete «Rheintochter I»





storben, einige an verschiedenen Krankheiten, einige einfach wegen Unterernährung. Die traurigsten waren aber die paar Frauen, welche schwanger waren. Noch in Auschwitz hat man gesagt, die Frauen sollen sich melden, welche schwanger sind. Einige haben sich gemeldet, man hat diese sofort vergast. Einige haben kein Wort

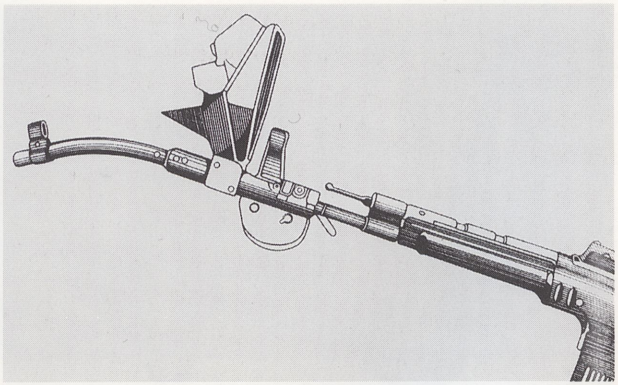
Waffen aus der Sömmerdaer Produktion

MPi 44 mit «krummen» Lauf

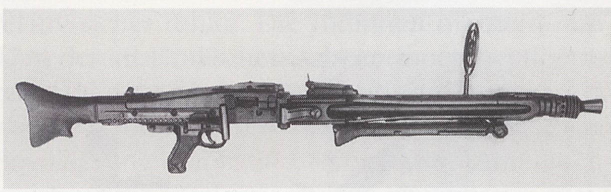
Maschinengewehr MG 42

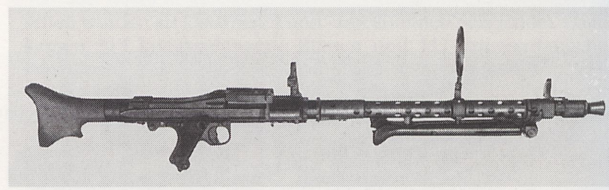
Maschinengewehr MG 34 auf Lafette

Maschinengewehr MG 34









gesagt, sogar ihre Schwangerschaft versteckt. In Sömmerda ist dann ein Kind auf die Welt gekommen. Und 4 oder 5 Frauen konnten nicht mehr verstecken, daß sie schwanger sind. Alle hat man einwaggoniert und nach Auschwitz zurückgebracht. (...) Das Kind, welches in Sömmerda geboren ist, hat man nach ein paar Tagen mit einer Giftinjektion totgemacht.»

Die Nahrung war völlig unzureichend, morgens bekamen die Frauen einen Ersatzkaffee und 100 Gramm Brot, später nur 80 Gramm und abends eine *«leere Rübensuppe»*, wie Anni Pauk schrieb.

696 jüdische Frauen waren im Zünderbau eingesetzt, 365 im Laborierwerk und 233 im Lagerdienst.[128] Sie waren kahlgeschoren, trugen Holzpantinen und Sträflingskleidung und wurden von ihren Bewacherinnen nur mit den Nummern, die sie auf dem Rücken trugen, angesprochen. Ernst Kummer, damals Meister im Zünderbau, berichtete, daß sie *«erschreckend abgemagert»*, *«sehr verängstigt»* und viele von ihnen *«offensichtlich krank»* waren.[129] Über die Arbeit im Werk schrieb Anni Pauk: *«Im Werk in Sömmerda haben wir einige gute, und viele sehr schlechte Erfahrungen*

[128] ThHStAW Rheinmetall-Borsig AG 08/14.
[129] Wie Anm. 126.
[130] KZ-Außenlager 1985, S. 14.
[131] Ebd., S. 27.
[132] Rat der Stadt Sömmerda, Akte: Gräber für Ausländer, Blatt 162, Historische Sammlung.
[133] Wir über uns 1989, S. 85.

gehabt. Ich habe Glück gehabt, daß man mich im Zünderbau als Arbeiterin angestellt hat. Meine Heimatleute waren fast alle im Laborierwerk, was die Hölle war in Sömmerda. Dort haben unsere Leute nur Grobheiten und unmenschliche Behandlung erfahren.(...) Meister Kummer war der einzige, der wirklich menschlich war. (...) Unsere SS-Soldaten waren verschieden. Der Lagerführer war sehr streng, in der ersten Zeit war er auch sehr grob, später aber nur streng, aber gerecht. (...) der richtige Lagerführer war ein Obersturmführer, (...). Er war ein Schwein. (...) Wir hatten einige sehr brutale Soldaten. (...) Aber ich kann Ihnen sagen, die Aufseherinnen, die Soldatenfrauen, waren viel, viel schlimmer wie die Männer. Sie waren alle vollkommen begeistert von Hitler und sie haben alles getan, daß wir bald sterben sollen.» Die Bewachung bestand aus 16 SS-Dienstgraden und 22 SS-Angehörigen aus Sömmerda und Umgebung. Dies waren vor allem Frauen.[130]

Als die Front näherrückte, wurde das Lager am 24. März 1945 aufgelöst und die Frauen weggebracht. Unterwegs brachen viele erschöpft zusammen oder wurden ermordet. Wenige Tage vor dem Eintreffen der amerikanischen Truppen machte sich das Wachpersonal aus dem Staub. Die Überlebenden blieben sich selbst überlassen, bis sie im nördlich von Zwickau gelegenen Reinholdshain auf die Amerikaner trafen.[131]

Nur in 161 Fällen ist der Tod von Ausländerinnen und Ausländern in diesen Jahren in Sömmerda belegt. Ihre Gräber auf dem Friedhof an der Frohndorfer Straße wurden im Mai 1946 von der sowjetischen Militärkommandantur in die Obhut der Stadt übergeben. 123 Russen, 1 Lette, 7 Franzosen, 3 Belgier, 8 Polen, 2 Kroaten, 3 Jüdinnen und 10 Menschen unbekannter Herkunft sind dort begraben.[132]

Amerikanisches Zwischenspiel

Anfang Februar 1945 sollen 300 Fach- und Führungskräfte aus dem Rheinmetall-Werk Breslau-Hundsfeld in Sömmerda eingetroffen sein. Sie wollten wichtige Rüstungsprojekte vor dem Zugriff der russischen Armee retten.[133]

Am 3. April 1945, Dienstag nach Ostern, wurde nachmittags um 17.15 Uhr das Sömmerdaer Werk auf Anweisung der Generaldirektion stillgelegt, weil man in nächster Zeit mit dem Eintreffen der amerikanischen Armee rechnete. *«Lähmung des Betriebes»* war die betriebsinterne Formulierung dafür.[134] Alfred Winter, Betriebsangehöriger und Zeitzeuge, hat seine Erfahrungen und seine Sichtweise in einer Ausarbeitung zusammengefaßt. Er unterstellte dort, daß mit der Stillegung des Betriebes ein geheimes Programm in Gang gesetzt wurde. Laut Winter war dieses Programm mit Direktor Luce und Waldemar Pabst in Berlin[135] abgestimmt worden und wurde von Direktor Glatz in Sömmerda umgesetzt. Es soll darum gegangen sein, alles für das nun erwartete *«amerikanische Jahrhundert»* vorzubereiten. Überzeugte Nazis sollten aus der Führung des Betriebs ausgesondert, belastende Unterlagen vernichtet, die Vermögenswerte gesichert und die Übergabe wichtiger Informationen an die amerikanische Besatzungsmacht vorbereitet werden.[136]

Belegt ist, daß am 5. April alle Originalzeichnungen sowie Akten und Material des Waffenkonstruktionsbüros (WKB) mit einem Fernlastzug von Sömmerda nach Ludwigsfelde bei Berlin geschafft wurden.[137] Gesichert ist auch, daß nach dem 3. April mehrere hundert Beschäftigte wieder in

den Betrieb geholt wurden. Sie wurden dort meist *«mit Arbeiten beschäftigt,(...), die ihrer eigentlichen Arbeit nicht gleichwertig waren»*, wie es im Protokoll einer Direktorenbesprechung hieß.[138] Es ist gut möglich, daß in diesen Tagen belastendes Material vernichtet wurde.

Am 10. 4. wurde das Werk um 17.15 Uhr endgültig geschlossen, 150 Männer blieben als *«Alarmbesetzung»* dort.[139]

Am 11. April um 9.30 Uhr waren vom Betrieb aus die ersten amerikanischen Panzer zu sehen. Nach einem zweistündigen Gefecht im Stadtpark wurde Sömmerda übergeben. Kurz nach 11.30 Uhr erschienen die ersten Soldaten im Verwaltungsgebäude des Werkes, eine Stunde später zwei deutschsprechende Offiziere. Nach einem Zeitzeugenbericht ließen sie sich Auskunft über das Fabrikationsprogramm geben. Der Zeitzeuge berichtete auch: *«Im Verlauf der Unterredung fiel eine Bemerkung, aus der man entnehmen konnte, daß unser Werk absichtlich nicht durch Bomber zerstört wurde, und daß vielleicht das Werk schon bald in irgend einer Weise wieder arbeiten könnte.»*[140] Am selben Nachmittag wurde das Verwaltungsgebäude vom amerikanischen Militär beschlagnahmt. Als Rüstungsfirma fiel das Werk unter das von den Besatzungsmächten verhängte Produktionsverbot. Es ist belegt, daß Direktor Glatz zunächst der einzige aus dem Direktorium war, der das Werk betreten durfte.[141]

Nach der 1989 veröffentlichten Betriebsgeschichte bestand eine der ersten Aktionen der amerikanischen Militärs darin, die Unterlagen über die Kreiselgeräte für die V-Waffen, für die Zünderstellmaschinen und die 5-cm-Maschinenkanone zu beschlagnahmen. Auch alle greifbaren Optiken aus Meß- und Prüfgeräten nahm man an sich.[142] Eine unveröffentlichte Betriebsgeschichte, die vermutlich auf Zeitzeugenberichten basierte, nannte weitere Details. Die Einrichtung des Montagesaales der Kreiselgeräte für V-Waffen sowie Baugruppen wären durch die Amerikaner abtransportiert worden. Auch die gesamten Einrichtungen einschließlich der noch vorhandenen Baugruppen und Einzelteile für elektrische Zünder, Bombenabwurfeinrichtungen, Maschinengewehre und die Foto-Abteilung wären unter strengster Bewachung und mit Hilfe deutscher Fachleute demontiert und verladen worden. Das umfangreiche Büromaschinenlager wäre ebenfalls geräumt worden. Zudem sollen die amerikanischen Militärs die Einrichtung der OP-Säle samt medizinischer Geräte und Medikamente beschlagnahmt haben.[143] Allein die Patente, die in diesen Tagen in den Besitz der amerikanischen Besatzungsmacht kamen, sollen nach Winter einen Wert von 6 Millionen Reichsmark gehabt haben.[144]

134 Niederschrift über eine Besprechung am 3. Mai 1945 über schwebende Lohn- und Gehaltsfragen, Rheinmetall-Archiv, H0 128, im folgenden abgekürzt als: Lohn- und Gehaltsfragen 1945.

135 Siehe Kap. 3.

136 Winter, Alfred: Nationales Dokument und das Büromaschinenwerk Sömmerda. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung, unveröffentlichtes Typoskript, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Winter 1962, Abschnitt 1, S. 1ff.

137 Abschrift einer geheimen Aktennotiz vom 6. 4. 1945, in den Unterlagen der Arbeitsgruppe 2 der Betriebsgeschichtskommission, Historische Sammlung.

138 Wie Anm. 134.

139 Ablauf der Feindbesetzung, Typoskript, 4, Bl., Rheinmetall-Archiv, HO 128, Bl. 1.

140 Ebd., Bl. 3.

141 Rheinmetall-Archiv, HO 128.

142 Wir über uns 1989, S. 86.

143 1945, o. J., Typoskript, 7 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Material zu 1945, Bl. 1.

144 Winter 1962, Abschnitt 1, S. 8.

145 Wie Anm. 142.

146 Wie Anm. 139.

147 Ebd.

148 Besprechung Dr. Grimmelt und Dr. Stutte über akute arbeitsrechtliche Fragen, Ellerndorf, den 13. August 1943, Rheinmetall-Archiv, HO 128.

149 Lohn- und Gehaltsfragen 1945.

150 Schreiben von Direktor Dr. Stratmann an Direktor Breuninger vom 9. Juni 1945, Rheinmetall-Archiv, HO 128.

Werksaufnahmen nach Kriegsende

Kantine und damaliges Tor 1



Bürohaus und Verwaltung



In den Tagen danach wurden die Konstrukteure von amerikanischen Offizieren systematisch über die technologischen Verfahren befragt.[145]

Am Abend des 11. April setzten «*Plünderungsversuche durch die Insassen der Ausländerlager, besonders der Italiener und Ostarbeiter*» in der Werkskantine und teilweise in den Produktionshallen ein, wie in dem bereits zitierten Bericht zu lesen ist.[146] Daß sich die ausgehungerten und ausgebeuteten Menschen einen winzigen Bruchteil von dem zurückholten, was ihnen vorenthalten wurde, stieß bei der Werksleitung auf Empörung. Sie konnte die Plünderungen allerdings nicht verhindern, da Gegenwehr durch die amerikanische Militärverwaltung untersagt wurde.[147]

Bereits am 10. 4. waren alle Belegschaftsangehörige «*ohne gegenseitige Rechte und Pflichten*» beurlaubt worden.[148] Das bedeutete, daß sie von diesem Tag an keinen Anspruch mehr auf Lohn oder Gehalt hatten. Am 31. 5. wurde der gesamten Belegschaft fristlos gekündigt. Wer in der Zwischenzeit mit Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten beschäftigt wurde, bekam 0,75 RM als Stundenlohn, wer einer Tätigkeit als Angestellter nachging, bekam einheitlich 1,50 RM.[149] Von Sömmerda aus wurde auch die Kündigung der Beschäftigten in den Rheinmetall-Zweigwerken Stadtilm, Apolda, Münchenbernsdorf und Dachrieden organisiert.

Anfang Juni genehmigten die amerikanischen Militärs Reparaturarbeiten an Kraftfahrzeugen, Landmaschinen und Büromaschinen sowie die Wiederaufnahme der Büromaschinenherstellung in geringem Umfang. 270 Beschäftigte wurden dafür wieder eingestellt.[150]

Am 3. Juli zog die amerikanische Armee ab.[151] Auf die Führungskräfte, Spezialisten und Konstrukteure des Werks wollte sie allerdings nicht verzichten. In einer Aktennotiz für die Rheinmetall-Konzernleitung, in der am 6. August 1945

mündliche Nachrichten aus Sömmerda festgehalten wurden, hieß es: *«Die Amerikaner haben kurz vor der Besetzung Sömmerdas durch die Russen die meisten der in Konstruktion und Fertigung von Kriegsmaterial maßgebenden Leute mit ihren Familien weggebracht. So sind auch die Herren Direktoren Luce, Direktor Schläfer, Direktor Glatz, Dr. Strathmann, Dr. Stutte, Ludwig, Linke, Bedall, Ackermann, Dr. Herrmann, Dr. Banck, Großschopf, Hemmann, Genter, Dieck, Rommel, Dr. Straeter und andere evakuiert worden. Selbst die zweite und dritte «Garnitur» der Leute ist teilweise weggebracht. (...) Die Herren, die nicht mit wollten, sind zum Teil mit leichtem Zwang mitgenommen worden. Die Familien konnten Wäsche, Geschirr und dergleichen mitnehmen, die Möbel sind der Stadt zum Unterstellen und Aufbewahren übergeben worden und sollen von der Stadtverwaltung sichergestellt werden.»*[152] Diese *«Herausführung auf Veranlassung der amerikanischen Militärregierung»*, wie die Umsiedlung der Sömmerdaer Führungskräfte in die Westzonen im Sprachgebrauch der Rheinmetall-Konzernführung genannt wurde, erfolgte am 22. Juni 1945.[153] In seiner bereits erwähnten Ausarbeitung ging Alfred Winter davon aus, daß die Direktoren bei ihrer Abreise aus Sömmerda Konstruktionsunterlagen und Kundenlisten vor allem aus der Kardangelenkwellen- und der Büromaschinenproduktion in Wert von Millionen sowie hohe Bargeldbeträge mitnahmen.[154] Tatsächlich gründete Direktor Glatz in Düsseldorf dann die «Gelenkwellenbau GmbH» und wurde ihr Geschäftsführer.[155]

[151] Zeitzeugenbericht von Georg Hähnel, zitiert in: Als Arbeiter und Bauern kamen überein, Sömmerdaer Heimatheft Nr. 1, Sömmerda 1989, S. 15.

[152] Aktennotiz Betr. Nachrichten aus Sömmerda, Unterlüß, den 6. August 1945 Kl/Kü, Rheinmetall-Archiv, HO 128.

[153] Rheinmetall-Archiv, HO 128.

[154] Winter 1962, S. 11.

[155] Allgemeiner Anzeiger Sömmerda/Artern vom 20. Juli 1994.

Fünftes Kapitel 1946 - 1968

Zivile Produktion unter militärischem Kommando

Am 3. Juli 1945 löste das sowjetische Militär die amerikanischen Soldaten als Besatzungsmacht ab.[1]

Noch während der Anwesenheit der amerikanischen Truppen hatten Sömmerdaer Arbeiter im Gasthaus Sonne ein Antifa-Komitee gegründet.[2] Hinsichtlich des Gründungsdatums widersprechen sich die Aussagen verschiedener Zeitzeugen: 20. April oder 1. Mai 1945.[3] Die Mitglieder dieses Komitees bemühten sich, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs sicherzustellen und das öffentliche Leben zu reorganisieren. Otto Bach übernahm den Vorsitz. Von den bereits bekannten Rheinmetallern waren Hermann Sonntag, Viktor Bode, Fritz Jürgel, Louis Schreiber und Heinrich Kusche dabei.[4] Reinhold Kröter und Fritz Elltag, die nach 1945 in der Arbeitervertretung des Werkes eine wichtige Rolle spielten, waren ebenfalls Mitglied.[5]

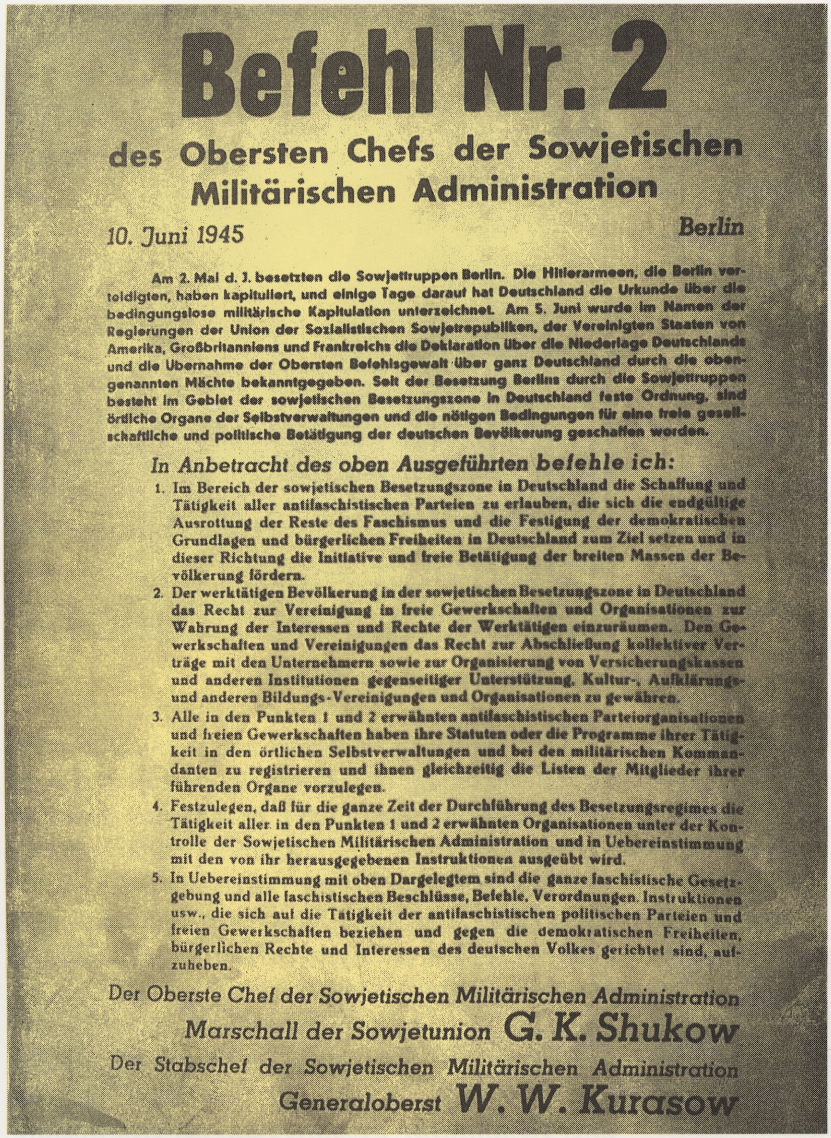




Erich Liebig, langjähriger Werksdirektor

Die amerikanische Besatzungsmacht akzeptierte den Vorschlag des Komitees, Viktor Bode als Bürgermeister einzusetzen. Er übte das Amt vom 11. Mai 1945 bis 31. Dezember 1950 aus. Im Sommer 1945 trat er wieder in die KPD ein.[6] Bode wurde auch von jenen geschätzt, die vermutlich nicht zu seinen politischen Freunden zählten. In einem Bericht an den Konzernvorstand, den ein Rheinmetall-Mitarbeiter nach Gesprächen mit Besuchern aus Sömmerda im Oktober 1945 anfertigte, wurde Bode als ein *«bekannter Sömmerdaer Kommunist»* beschrieben, *«der sich anstän-*

Befehl zur Betätigung antifaschistischer Parteien, Gewerkschaften ...



Befehl Nr. 2

des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration

10. Juni 1945 — Berlin

Am 2. Mai d. J. besetzten die Sowjettruppen Berlin. Die Hitlerarmeen, die Berlin verteidigten, haben kapituliert, und einige Tage darauf hat Deutschland die Urkunde über die bedingungslose militärische Kapitulation unterzeichnet. Am 5. Juni wurde im Namen der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der Obersten Befehlsgewalt über ganz Deutschland durch die obengenannten Mächte bekanntgegeben. Seit der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen besteht im Gebiet der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland feste Ordnung, sind örtliche Organe der Selbstverwaltungen und die nötigen Bedingungen für eine freie gesellschaftliche und politische Betätigung der deutschen Bevölkerung geschaffen worden.

In Anbetracht des oben Ausgeführten befehle ich:

1. Im Bereich der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland die Schaffung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Reste des Faschismus und die Festigung der demokratischen Grundlagen und bürgerlichen Freiheiten in Deutschland zum Ziel setzen und in dieser Richtung die Initiative und freie Betätigung der breiten Massen der Bevölkerung fördern.
2. Der werktätigen Bevölkerung in der sowjetischen Besetzungszone in Deutschland das Recht zur Vereinigung in freie Gewerkschaften und Organisationen zur Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen einzuräumen. Den Gewerkschaften und Vereinigungen das Recht zur Abschließung kollektiver Verträge mit den Unternehmern sowie zur Organisierung von Versicherungskassen und anderen Institutionen gegenseitiger Unterstützung, Kultur-, Aufklärungs- und anderen Bildungs-Vereinigungen und Organisationen zu gewähren.
3. Alle in den Punkten 1 und 2 erwähnten antifaschistischen Parteiorganisationen und freien Gewerkschaften haben ihre Statuten oder die Programme ihrer Tätigkeit in den örtlichen Selbstverwaltungen und bei den militärischen Kommandanten zu registrieren und ihnen gleichzeitig die Listen der Mitglieder ihrer führenden Organe vorzulegen.
4. Festzulegen, daß für die ganze Zeit der Durchführung des Besetzungsregimes die Tätigkeit aller in den Punkten 1 und 2 erwähnten Organisationen unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärischen Administration und in Uebereinstimmung mit den von ihr herausgegebenen Instruktionen ausgeübt wird.
5. In Uebereinstimmung mit oben Dargelegtem sind die ganze faschistische Gesetzgebung und alle faschistischen Beschlüsse, Befehle, Verordnungen, Instruktionen usw., die sich auf die Tätigkeit der antifaschistischen politischen Parteien und freien Gewerkschaften beziehen und gegen die demokratischen Freiheiten, bürgerlichen Rechte und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind, aufzuheben.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärischen Administration
Marschall der Sowjetunion **G. K. Shukow**
Der Stabschef der Sowjetischen Militärischen Administration
Generaloberst **W. W. Kurasow**

dig benimmt und mit dem man allgemein zufrieden ist».[7] Hermann Sonntag wurde am 10. August 1945 von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) als Landrat eingesetzt. Er war mittlerweile auch KPD-Mitglied geworden. Heinrich Kusche war dagegen zur SPD zurückgekehrt. Nach Unterlagen der seit den 70er Jahren im Werk aktiven Betriebsgeschichtskommission ist bekannt, daß das Antifa-Komitee im Ostarbeiterlager in der Erfurter Straße eine Versammlung durchführte und die noch in den Lagern lebenden russischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen zur Beendigung der Plünderungen bewegen konnte. Die sowjetische Kommandantur soll außerdem eine Kleidersammlung für ihre Landsleute angeregt haben, die vom Antifa-Komitee unterstützt wurde.[8]

Auf Anordnung der sowjetischen Militärs wurde bei Rheinmetall wieder die serienmäßige Herstellung ziviler Produkte aufgenommen. Insbesondere sollten Schreib- und Rechenmaschinen als Reparationsleistung für die Sowjetunion produziert werden. Ab 21. August wurde die Produktion von 12 bis 15 Schreibmaschinen pro Tag verlangt.[9] Es gelang *«unter großen Schwierigkeiten»*, wie es in einer betriebs-

internen Materialsammlung von 1975 hieß, *«die Schreibmaschinen mit kyrillischer Schrift zu versehen»*.[10] Im Juli 1945 waren 815 Menschen im Werk beschäftigt, im Dezember des Jahres bereits 2.448.

Das Chaos, das der zweite Weltkrieg hinterlassen hatte, stellte das Werk vor große Probleme. An 17 Orten, in Gaststätten, stillgelegten Fabriken und ungenutzten Flakstellungen hatte man während des Krieges Kunststoffe, Öle, Fette, Elektroteile, Treibriemen, Farben, Normteile und anderes ausgelagert. Ein großer Teil dieser Warenlager war inzwischen geplündert worden. Zudem befanden sich viele bisherige Zulieferfirmen, so für Spezialschrauben und Rohteile für Zahnräder, für Gummiwalzen, Farbbänder, Filze, Bandstähle und Profilmaterial, in den westlichen Besatzungszonen.[11] Der Improvisationsgabe und Beharrlichkeit der Beschäftigten war es zu verdanken, daß bis Ende 1945 dennoch 1.050 Kleinschreibmaschinen, 450 Standardschreibmaschinen, 500 Rechenmaschinen sowie die ersten Fakturiermaschinen in die Sowjetunion geliefert werden konnten.

Auf sowjetischen Befehl wurde die Produktion von Bohrhämmern und Dreifräsermeißeln für

Besprechungsnotiz zur Wiederaufnahme der Produktion

A k t e n n o t i z

über die heutige Besprechung mit Herrn Major Nowikow von der Militärkommandantur Sömmerda.

Betr.: Ingangsetzung unseres Friedensprogrammes

Nachdem nach den neuesten Richtlinien die Sowjetische Militäradministration in Weimar den in Aussicht gestellten Vertrag mit uns nicht abschließt, sondern der jeweilige Ortskommandant, in unserem Falle Major Nowikow als Vertreter der hiesigen Ortskommandantur für Wirtschaftsfragen, einzig und allein für unser Werk zuständig ist, fand heute auf der Kommandantur eine eingehende Aussprache mit Major Nowikow statt.

Major Nowikow verlangt, daß in erster Linie der Bedarf der russischen Dienststellen, der sich im Augenblick vorwiegend auf Schreibmaschinen mit russischer Schrift erstreckt, von uns zu decken ist. Da uns bekanntlich nur noch in beschränktem Umfange russische Typen zur Verfügung stehen, will er durch die Erfurter Kommandantur der Firma Olympia-Erfurt den Befehl erteilen lassen, uns auf jeden Fall mit den fehlenden Typen zu beliefern. Ein entsprechendes Schriftstück soll morgen von Major Nowikow abgeholt werden, das dann unser Beauftragter, der zur Olympia bzw. vorher zur Kommandantur Erfurt fährt, mitnehmen soll.

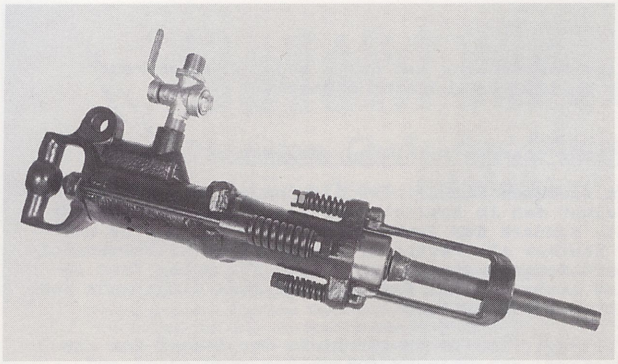
Alles das, was wir über den Bedarf für die russischen Dienststellen an Büromaschinen fabrizieren können, können wir frei verkaufen. Allerdings ist Voraussetzung, daß keine faschistischen Betriebe von uns beliefert werden.

Die einzelnen Aufträge der deutschen Kunden brauchen nicht mehr zur Genehmigung vorgelegt zu werden. Wir müssen lediglich wöchentlich eine Aufstellung über alle in der betreffenden Woche von uns gelieferten Büromaschinen vorlegen. Diese Aufzeichnungen werden von der Verkaufsabteilung zweckmäßigerweise vorgenommen. Es wird ein Buch eingerichtet, das dann jeweils zur Einsicht bereitliegt.

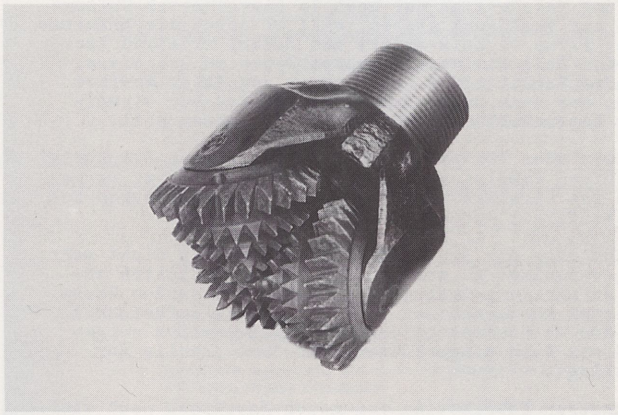
Da der Anlauf unserer Fabrikation von neuen Maschinen noch einige Zeit dauert, wurde erneut die Frage angeschnitten, ob man uns nicht gestattet, die im Betrieb noch vorhandenen gebrauchten Büromaschinen, für die wir in absehbarer Zeit selbst keine Verwendung haben werden, abzustoßen. Auch hier gab uns Major Nowikow sein Einverständnis. Alle diese Lieferungen müssen natürlich ebenfalls mit in der vorerwähnten Aufstellung aufgenommen werden.

Die bisher übliche strenge Ausgangskontrolle unserer Lieferungen wird ebenfalls gelockert. Die Posten an Tor 1 bekommen von der Kommandantur den Befehl, alle Lieferungen von Friedenserzeugnissen ohne weiteres herausgehen zu lassen. Auch die tägliche Ausgabezeit, die von 15 - 17 Uhr festgesetzt war, wird aufgehoben. Die Ausgabe der Friedenserzeugnisse kann während der Geschäftszeit zu jeder Zeit erfolgen.

Bohrhammer



Dreifräsermeißel (Bohrmeißel nach dem Rotary-Verfahren)



den Bergbau neu in das Programm aufgenommen. Sie wurden ab 1946 nach sowjetischen Konstruktionsunterlagen gefertigt. Die Bohrhämmer kamen im Erz-, Kupfer-, Uran- und Steinkohlebergbau der SBZ/DDR zum Einsatz.[12] Bis 1955 wurden insgesamt 51.500 Bohrhämmer hergestellt.[13] Schon 1945 lief außerdem die Produktion von Kardangelenken und -wellen wieder an.[14] Sie wurde 1950 in das ehemalige Rheinmetall-Zweigwerk in Stadtilm ausgelagert.[15] Im Rohrhammer wurde eine Reparaturwerkstatt für landwirtschaftliche Maschinen eingerichtet.[16]

Daneben wurden in der ersten Zeit nach dem Krieg Kämme, Naßrasierer, Milchkannen, Küchenmesser, Aschenbecher, Tabakdosen und ähnliche

1 Die endgültige Aufteilung der Besatzungszonen, wonach Thüringen zur Sowjetischen Besatzungszone gehören sollte, war unter den Alliierten bereits in der Konferenz von Jalta vom 4.-11. Februar 1945 vereinbart worden.

2 Zum Antifa-Komitee vgl: Als Arbeiter und Bauern kamen überein, Sömmerdaer Heimatheft Nr. 1, Sömmerda 1989, S. 13. Der Autor beruft sich auf den Erinnerungsbericht von Georg Hähnel. Und: Teil 2 (Zeitabschnitt von 1900 bis 1945) der Betriebsgeschichte, die von der Parteiorganisation im Werk in Auftrag gegeben wurde, aber nicht veröffentlicht wurde, Typoskript im Betriebsmuseum, S. 69f. sowie Wir über uns, 1817-1945, hg. vom VEB Robotron-Büromaschinenwerk «Ernst Thälmann» Sömmerda, 1989, S. 87. In dieser Veröffentlichung wird das Gründungsdatum des Antifa-Komitees mit 20. April 1945 angegeben.

3 Georg Hähnel sagte 1. Mai, vgl. Anm. 2, und Hermann Bucher 20. April, vgl. Zuarbeit zur Parteigeschichte VEB Robotron Büromaschinenwerk Sömmerda, Zeitraum 1945-1949, Typoskript, 4 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Parteigeschichte 1945-1949.

4 Ebd., Bl. 1.

5 Unveröffentlichte Betriebsgeschichte, die als Fortsetzung von «Wir über uns» gedacht war, Zeitraum 1946-1950, Typoskript, 82 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 4.

6 Sein Lebenslauf enthält zwei verschiedene Eintrittsdaten, den 1.7. und den 1. 9. 1945, Historische Sammlung. Im Februar 1931 war er aus der KPD ausgetreten, vgl. Kap. 3.

7 Betr.: Werk Sömmerda, Bericht vom 3. Oktober 1945, Rheinmetall-Archiv, HO 128.

8 Bildung des Antifa-Komitees (o. J.), Typoskript, 3 Bl., Historische Sammlung.

9 Schreiben des Gehilfen des Militärkommandanten des Kreises Weißensee für wirtschaftliche Fragen Major Nowikow, Abschrift in: Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 13.

10 Material über die Entwicklung des BWS ab 1945, 21. 3. 1975, Typoskript, 8 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Entwicklung ab 1945, Bl. 2.

11 Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 20f.

12 Ein Neubeginn - das Büromaschinenwerk von 1949-1960, 15. 5. 93, Typoskript, 30 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Ein Neubeginn, Bl. 2. Und: ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/92.

13 Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 59.

14 Kurzfassung der Geschichte des Werkes, Typoskript, 5 Bl., ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 01/101.

15 Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 58.

Bedarfsartikel in mühevoller Kleinarbeit hergestellt.[17] Nach anderen Quellen wurden in dieser Zeit außerdem Streichholzschachtelschoner und Klingenschärfer, Kugelschreiber, Feuerzeuge, Gewürzdosen, Kartoffelpressen, Küchenherde, Wasserarmaturen, Vakuumpumpen und Getriebe gefertigt.[18] Für den September 1945 ist außerdem die Herstellung von Autoersatzteilen für den sowjetischen LKW SIS 5 in einer Darstellung erwähnt.[19] Ab 1946 kamen Füllhalter und Druckbleistifte in größeren Mengen dazu.[20] Die Leipziger Stahlfederfabrik Hermann Müller AG, bei der wegen Federn angefragt wurde, stand selbst vor großen Materialproblemen: *«Neues Rohmaterial haben wir infolge der völligen Abschließung der Westgrenzen seit Wiederaufnahme der Arbeit noch nicht erhalten können. Der kleine Restbestand ist nahezu aufgearbeitet, die sich daraus ergebende geringe Produktion wird zum großen Teil für direkte bzw. indirekte Aufträge der sowjetischen Okkupationsarmee beansprucht»*, schrieb sie im September 1945 nach Sömmerda. Sie war dennoch bereit, Federn zu liefern, wenn sie im Gegenzug Füllhalter und vor allem eine *«dringend benötigte, gute Schreibmaschine»* bekäme.[21] Was

Besprechungsnotiz der Militärkommandatur Sömmerda zum Produktionsprogramm der Sömmerdaer Betriebe

A k t e n n o t i z !

Betr.: Besprechung des Herrn Major Nowikow mit den Vertretern der Sömmerdaer Betriebe am 21.9.1945

Anwesend von der Firma Rheinmetall die Herren:

Kroszewski
Dr. Herzstark
Liebig
Dr. Katthage.

Herr Major Nowikow liess sich über das Fabrikationsprogramm und die bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten unterrichten. Er forderte auf, alle Kräfte einzusetzen, um die Betriebe beschleunigt wieder in Gang zu bringen. Herr Major Nowikow sagte seine Unterstützung zu, empfiehlt jedoch gleichzeitig, auch die Industrie-Abteilung der Landesregierung in Weimar in Anspruch zu nehmen und dort unter Darlegung der Fabrikationspläne um Beseitigung bestehender Schwierigkeiten nachzusuchen. Zur Gestaltung des Fabrikationsprogramms erwartet Herr Major Nowikow, dass vor allem auch dringender Bedarf unserer Zivilbevölkerung Berücksichtigung findet.

Sömmerda, den 22.9.1945
Dr.K/Sch.

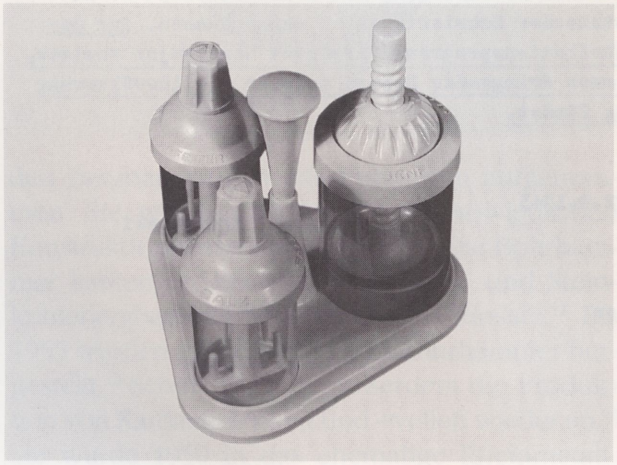
(gez.) Kroszewski

Verteiler:
1x Werksdirektion
1x H. Kottmann
1x Verkauf
1x Einkauf

Füllhalter, Kugelschreiber, Druckbleistifte

Gewürz-Menage





Füllhalter-Montage



[16] Winter, Alfred: Nationales Dokument und das Büromaschinenwerk Sömmerda. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung, unveröffentlichtes Typoskript, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Winter 1962, Abschnitt 1, Bl. 100.

[17] Ebd., Bl. 2 und Parteigeschichte 1945-49 sowie: «Auf dem Weg zu Spitzenleistungen». Stationen der Erzeugnisentwicklung im VEB Robotron-Büromaschinenwerk «Ernst Thälmann», Januar 1990, Typoskript, 12 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Stationen der Erzeugnisentwicklung 1990, Bl. 4f. Auch: 1945, o. J., Typoskript, 7 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Material zu 1945, Bl. 2.

[18] Kurzfassung der Geschichte des Werkes, Typoskript, 5 Bl., ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 01/101. Auch: ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/92. Und: Unterlagen der Abteilung Verkauf 1945-47, Historische Sammlung. Die Vakuumpumpen wurden nachweislich erst 1952 in die Produktion aufgenommen. Vgl. Ein Neubeginn, Bl. 7.

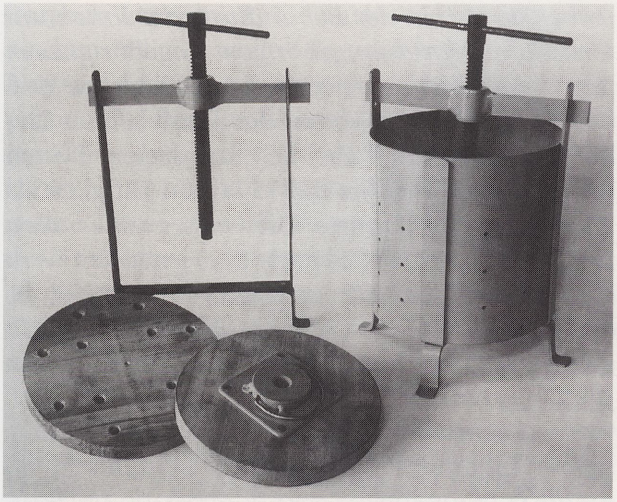
[19] Belegarbeit für den Zeitraum 1945-47, Historische Sammlung, S. 9.

[20] Gemeint sind Füllfederhalter, die Quellen sprechen jedoch von Füllhaltern. Aller Anfang war schwer! Aus der Betriebsgeschichte 1945-1952, Typoskript, 3 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Aller Anfang war schwer!, Bl. 2. Im 1. Quartal 1952 wurden z. B. 13.600 Füllhalter und 27.200 Druckbleistifte gefertigt. ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/18.

[21] Unterlagen der Abteilung Verkauf 1945-47, Historische Sammlung.

[22] Expose zur beabsichtigten Änderung der Vertriebsform, erstellt vom Verkaufsleiter am 8. 1. 46, in den Unterlagen der Abteilung Verkauf 1945-47, Historische Sammlung.

Kartoffelpresse



Elekroherd



derartige Kompensationsgeschäfte anging, war die Betriebsleitung in einer widersprüchlichen Lage. Die Tauschgeschäfte waren nötig, um überhaupt an das Material für die Produktion zu kommen. Sie wurden vom Beauftragten der sowjetischen Militäradministration für das Werk, damals Oberleutnant Kras, befürwortet. Gleichzeitig waren sie nach dem Befehl Nr. 40 des Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Thüringen bei Schreib- und Rechenmaschinen streng untersagt, da diese zu *«bewirtschafteten Mangelwaren»* gehörten.[22]

Die Wiederaufnahme der serienmäßigen Büromaschinenherstellung erfolgte unter der Regie von August Kottmann, der nach Abreise der Direktoren in die Westzonen im Juni 1945 zusammen mit Josef Weißerth die Leitung des Werks übernommen hatte. Am 13. September 1945 verfügte Landrat Sonntag entsprechend einer Anordnung der Sowjetischen Militärregierung die *«Bereinigung der Industriebetriebe von Faschisten»*. Im Auftrag Sonntags wies Bürgermeister Bode in einem Schreiben an das Werk am 14. September

eine *«Umstellung der leitenden Personen bei der Fa. Rheinmetall-Borsig AG, Werk Sömmerda»* an. Weißerth und Kottmann wurden ihrer Ämter enthoben. Weißerth mußte den Betrieb verlassen und ging in den Westen, Kottmann bekam den Posten eines *«1. Konstrukteurs der Betriebsabteilung Büromaschinen»*. Faktisch blieb er Mitglied der Werksleitung, konnte jedoch aufgrund seiner NSDAP-Mitgliedschaft nicht wieder zum Direktor berufen werden. Neuer Direktor wurde Paul Kroscewski, ein Beauftragter der KPD-Bezirksleitung in Erfurt.[23] Technischer Leiter wurde der österreichische Jude Kurt Herzstark,[24] der jetzt in Weimar lebte, und kaufmännischer Leiter Dr. Herbert Katthage [25] aus Erfurt. Ingenieur Erich Liebig aus Sömmerda wurde zum Stellvertreter von Herzstark bestellt.[26] Diese Führungsmannschaft war nur für das Sömmerdaer Werk verantwortlich. Die anderen Rheinmetall-Werke, die während des Nationalsozialismus in der Region errichtet und zum Teil von Sömmerda aus geleitet worden waren, wurden selbständig wie Stadtilm und Apolda oder aufgelöst wie Gispersleben, Münchenbernsdorf und Dachrieden bei Mühlhausen.[27]

Ende 1946 flüchtete Herzstark. In einer Überlieferung heißt es, daß er sich ständig von Kroscewski beobachtet glaubte.[28] Er nahm die Kleinrechenmaschine mit, die er während seiner Haft im KZ Buchenwald heimlich entwickelt hatte. Er war damals als Konstrukteur in einem Weimarer Betrieb eingesetzt. In Sömmerda hatte er an diesem Gerät bis zur Produktionsreife weitergearbeitet. Nach Herzstarks Weggang übernahm Liebig die Aufgabe des technischen Direktors. Im Januar 1946 wurde Werksdirektor Kroscewski entlassen. Den Grund nannte Landrat Sonntag in seinem Entlassungsschreiben vom 13. Januar 1946: *«Nach einem mir vorgelegten Bericht des Betriebsrates und Funktionären der KPD und SPD Sömmerda haben Sie sich Vorkommnisse zuschulden kommen lassen, die im Interesse einer ordnungsgemäßen Betriebsführung nicht zu verantworten sind. Insbesondere sind in den letzten Tagen durch Ihre Trunkenheit Vorfälle zu verzeichnen, wobei Sie sich in der Behandlung der Ihnen unterstellten Betriebsangehörigen Ungehörigkeiten zuschulden kommen ließen.»*[29] Am 19. Januar 1946 wurde nach einem Votum des Betriebsrates Liebig Werksdirektor.[30] Er blieb auf diesem Posten bis 1958 und erreichte mit 12 Jahren Tätigkeit als Werkleiter das höchste Dienstalter unter allen Werksdirektoren, die es nach 1945 jemals im Werk gab.[31] Allerdings hatte er von 1946 bis 1952, als das Werk zu einer Sowjetischen Aktiengesellschaft gehörte, noch einen sowjetischen Generaldirek-

[23] Winter 1962, Abschnitt 1, Bl. 87.
[24] Der Name wurde in den Quellen auch Curt Herzstark geschrieben, vgl. Winter 1962, Abschnitt 1, Bl. 97.
[25] In den Quellen liest man auch manchmal Kathage, z. B. Zusatzvertrag zum Vertrag vom 24. Juli 1945, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/92.
[26] Betriebsgeschichte 1946-1950, Bl. 17ff.
[27] Winter 1962, Abschnitt 1, Bl. 24 und 29.
[28] Ebd., Bl. 97.
[29] Kopie des Schreibens in ebd., Bl. 99.
[30] ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 45/22.
[31] Leitung - BWS, Typoskript, 2 Bl., Historische Sammlung.
[32] Winter 1962, Abschnitt 1, Bl. 100.
[33] Aussage der Zeitzeugen Gerd Leuthäusser und Walter Stadel. Einen Hinweis auf diese Produktion gibt auch: Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 38.
[34] Aussage von Walter Stadel.
[35] Siehe Kapitel 4.
[36] Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 38.
[37] Aussage von Gerd Leuthäusser. Danach dauerte der Arbeitseinsatz in der UdSSR bis zu zehn Jahren.
[38] Ebd.
[39] Schreiben des Berliner Rheinmetall-Vorstandes an die Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 15. 7. 1946, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 45/10.
[40] Bekanntmachung Nr. 22/46, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 45/13. Wittig war Werkmeister in der Verwaltung. Aushang des Wahlausschusses vom 29. 7. 46, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/100.

tor über sich. Im Frühjahr 1946 schied auch Dr. Katthage aus. Neuer kaufmännischer Direktor wurde Werner Leisering. Er wurde ebenfalls durch den Betriebsrat gewählt.[32]

Die sowjetische Militäradministration war nicht nur an Büromaschinen und Arbeitsgeräten für den Bergbau interessiert. Genauso wie die amerikanischen Militärs wollte sie vom hohen Entwicklungsgrad der deutschen Rüstungstechnologie profitieren. Bei den Konstruktionsunterlagen für die Kreiselgeräte der V-Waffen war ihr die amerikanische Armee zuvorgekommen. Deshalb versuchte die sowjetische Kommandantur mit Hilfe der in Sömmerda verbliebenen Waffenkonstrukteure, die Entwicklung dieses Steuerungselementes nachzuvollziehen und das Gerät nachzubauen. Auch die Zünder ließen die sowjetischen Militärs nachbauen. Nach Augenzeugenberichten wurde damals in Sömmerda sogar die gesamte V2 nachgebaut. Diese militärischen Arbeiten erfolgten in den sogenannten «Zentralwerken», ein besonders abgeschirmter Betrieb auf dem Werksgelände.[33] Die Zentralwerke waren im Gerätebau sowie im Bürohaus untergebracht.[34] Im Gerätebau waren bis 1945 Zünder gebaut worden.[35] Das Bürohaus diente als Hauptmagazin. Heute ist dort das Berufsbildungszentrum untergebracht. Die Beschäftigten in den Zentralwerken wurden besser verpflegt und wahrscheinlich auch besser bezahlt. In die erste Hälfte des Jahres 1946 fiel die Umsiedlung von dort beschäftigten Rheinmetall-Waffenkonstrukteuren mit ihren Familien in die Sowjetunion. Daß die Abreise überstürzt und heimlich erfolgte, läßt darauf schließen, daß sie nicht so freiwillig war, wie es eine Ausarbeitung aus der DDR-Zeit darstellte. Nach dieser *«schloß die SMA mit einer Gruppe von Spezialisten aus dem Werk Sömmerda der «Rheinmetall-Borsig AG», die vorwiegend auf den Gebieten Konstruktion und Fertigung elektrischer Zünder tätig waren, eine Vereinbarung ab, daß sie für eine bestimmte Zeit in der Sowjetunion arbeiten sollten».*[36] Die Betroffenen durften erst nach mehrjährigem Aufenthalt in der Sowjetunion in die DDR zurückkehren.[37]

Laborierwerk, in der Nachkriegszeit zeitweilig von der KWU (Kommunales Wirtschaftsunternehmen) genutzt, später Tabelliermaschine



Im Winter 1945/46 setzte im Rahmen der Reparationsleistungen die Demontage des Werks durch die sowjetischen Militärs ein. So wurde die moderne Härterei zu 90 % abtransportiert und die Einrichtung der Lehrwerkstatt komplett eingepackt und verladen. Auch das Laborierwerk links von der Unstrut wurde bis auf das Hauptgebäude abgebaut und gesprengt.[38] Insgesamt wurden rund 70 % des Werkes demontiert.[39] Gerechtfertigt wurde diese Aktion damit, daß Rheinmetall Rüstungsbetrieb war. Am 15. April 1946 gaben die Werksdirektoren Liebig und Leisering sowie der Betriebsratsvorsitzende Wittig das offizielle Ende der Demontage bekannt.[40]

Gerätebau, davor ein Bunker



Strangpresserei



[41] Zitiert nach Winter 1962, Abschnitt 1, Bl. 101.

[42] Aktennotiz Betr. Liquidationskommission, 20. 8. 46, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 45/9. Vgl. auch: ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/1.

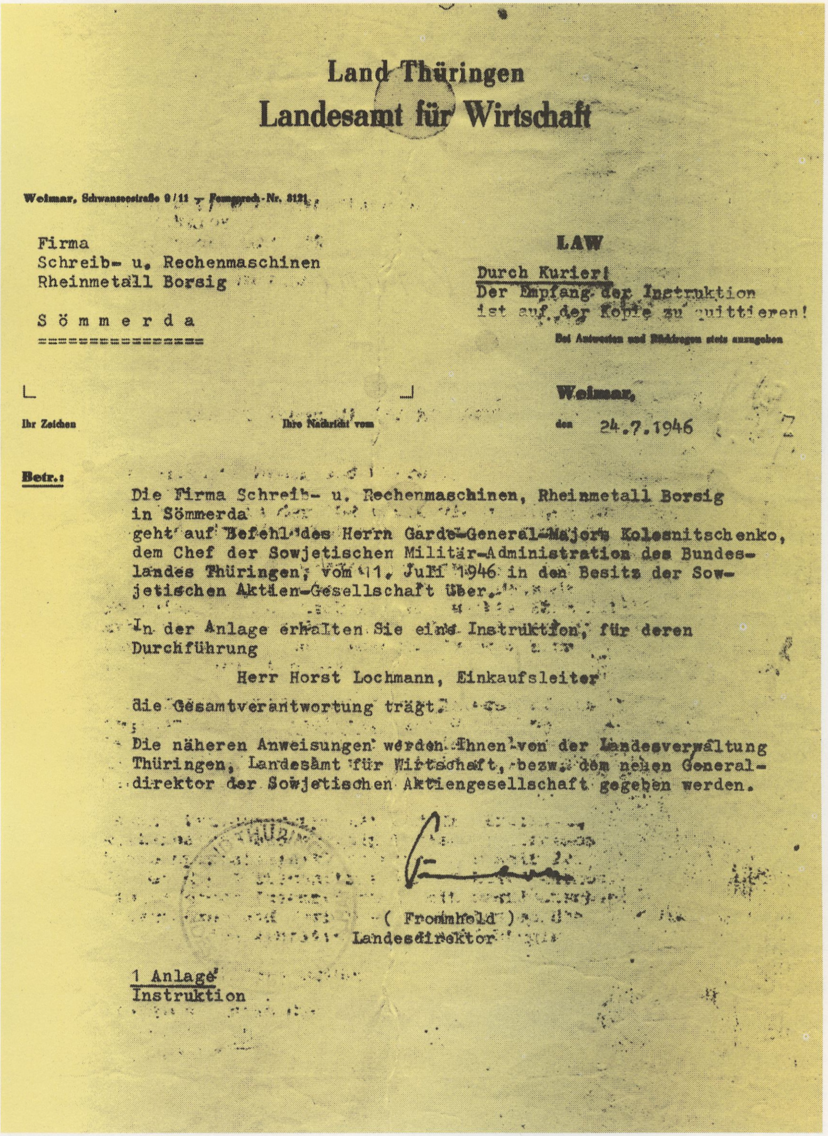
Sowjetische Aktiengesellschaft

Der Betriebsrat wollte nun, daß das Werk *«in die Obhut eines von der Belegschaft gewählten Verwaltungsrates und des Landes Thüringen»* übergeht, wie es in einer einstimmig verabschiedeten Resolution vom 15. April 1946 hieß.[41]

Doch es kam anders. Mit dem Befehl Nr. 335, den der Chef der Verwaltung der sowjetischen Militäradministration des föderativen Landes Thüringen, Garde-Generalmajor Kolesnitschenko, am 19. Juli 1946 erteilte, gingen auch die für die zivile Produktion arbeitenden Teile des Sömmerdaer Werks der Rheinmetall-Borsig AG als Reparationszahlung in sowjetisches Eigentum über. Diese Betriebsteile, im obigen Befehl *«Fabrik für Schreib- und Rechenmaschinen Rheinmetall-Borsig»* genannt, wobei die Produktion nicht nur Büromaschinen umfaßte, gehörte nun zur Sowjetischen Staatlichen Aktiengesellschaft (SAG) für Präzisionsmaschinenbau «Totschmasch».[42]

Mit der Überführung in die SAG erhielt das Sömmerdaer Werk mit Sergej Michailowitsch

Mitteilung der Übergabe des Betriebes an die Sowjetische Aktiengesellschaft



Land Thüringen
Landesamt für Wirtschaft

Weimar, Schwansestraße 9/11 – Fernsprech-Nr. 3121

Firma
Schreib- u. Rechenmaschinen
Rheinmetall Borsig

Sömmerda
==============

LAW

Durch Kurier!
Der Empfang der Instruktion ist auf der Kopie zu quittieren!

Bei Antworten und Rückfragen stets anzugeben

Ihr Zeichen — Ihre Nachricht vom — Weimar, den 24.7.1946

Betr.:

Die Firma Schreib- u. Rechenmaschinen, Rheinmetall Borsig in Sömmerda geht auf Befehl des Herrn Garde-General-Majors Kolesnitschenko, dem Chef der Sowjetischen Militär-Administration des Bundeslandes Thüringen, vom 11. Juli 1946 in den Besitz der Sowjetischen Aktien-Gesellschaft über.

In der Anlage erhalten Sie eine Instruktion, für deren Durchführung

Herr Horst Lochmann, Einkaufsleiter

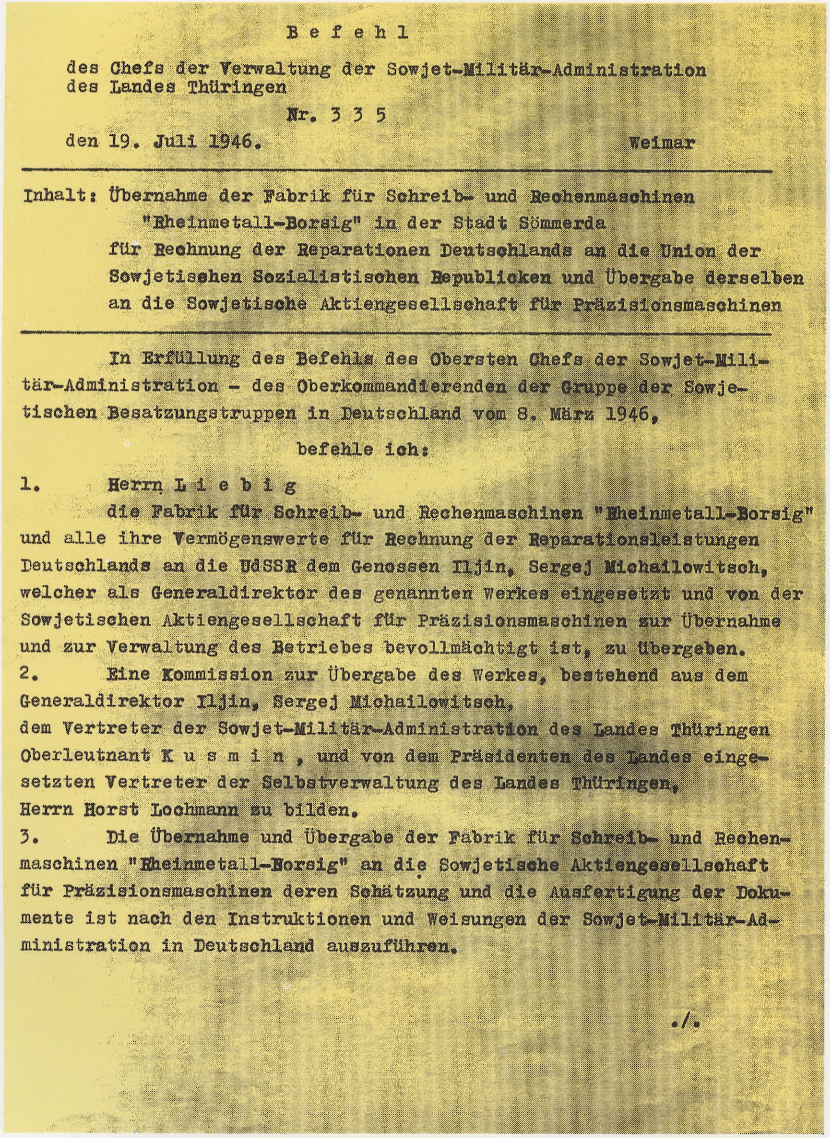
die Gesamtverantwortung trägt.

Die näheren Anweisungen werden Ihnen von der Landesverwaltung Thüringen, Landesamt für Wirtschaft, bezw. dem neuen Generaldirektor der Sowjetischen Aktiengesellschaft gegeben werden.

(Frommhold)
Landesdirektor

1 Anlage
Instruktion

Faksimile das Befehls 335[43]



Befehl

des Chefs der Verwaltung der Sowjet-Militär-Administration
des Landes Thüringen

Nr. 3 3 5

den 19. Juli 1946. Weimar

Inhalt: Übernahme der Fabrik für Schreib- und Rechenmaschinen "Rheinmetall-Borsig" in der Stadt Sömmerda für Rechnung der Reparationen Deutschlands an die Union der Sowjetischen Sozialistischen Republicken und Übergabe derselben an die Sowjetische Aktiengesellschaft für Präzisionsmaschinen

In Erfüllung des Befehls des Obersten Chefs der Sowjet-Militär-Administration - des Oberkommandierenden der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland vom 8. März 1946,

befehle ich:

1. Herrn L i e b i g
die Fabrik für Schreib- und Rechenmaschinen "Rheinmetall-Borsig" und alle ihre Vermögenswerte für Rechnung der Reparationsleistungen Deutschlands an die UdSSR dem Genossen Iljin, Sergej Michailowitsch, welcher als Generaldirektor des genannten Werkes eingesetzt und von der Sowjetischen Aktiengesellschaft für Präzisionsmaschinen zur Übernahme und zur Verwaltung des Betriebes bevollmächtigt ist, zu übergeben.

2. Eine Kommission zur Übergabe des Werkes, bestehend aus dem Generaldirektor Iljin, Sergej Michailowitsch, dem Vertreter der Sowjet-Militär-Administration des Landes Thüringen Oberleutnant K u s m i n , und von dem Präsidenten des Landes eingesetzten Vertreter der Selbstverwaltung des Landes Thüringen, Herrn Horst Lochmann zu bilden.

3. Die Übernahme und Übergabe der Fabrik für Schreib- und Rechenmaschinen "Rheinmetall-Borsig" an die Sowjetische Aktiengesellschaft für Präzisionsmaschinen deren Schätzung und die Ausfertigung der Dokumente ist nach den Instruktionen und Weisungen der Sowjet-Militär-Administration in Deutschland auszuführen.

./.

Iljin einen sowjetischen Generaldirektor.[44] Er bestätigte Liebig als Direktor des Werkes und Leisering als kaufmännischen Direktor. August Kottmann wurde Hauptingenieur und Albert Freund Hauptbuchhalter.[45] Da Iljin am 28. Oktober 1946 in das Außenhandelsministerium der UdSSR abberufen wurde, übernahm Generaldirektor Shulkow seinen Posten.[46] Auch Shulkow blieb nur einige Monate und wurde am 17. März 1947 von Makarow abgelöst.[47]

Der Befehl Nr. 335 ordnete die Einrichtung einer Liquidationskommission an, die von einem Beauftragten des Landes Thüringen als Liquidator geleitet wurde. Diese am 8. August gebildete Kommission hatte den Auftrag, die Verluste durch Demontage und den Wert der in die SAG überführten Betriebsteile sowie der sogenannten «Trophäen» zu ermitteln. Letzteres waren bewegliche Werte aus dem Betrieb, welche die sowjetische Militäradministration ebenfalls zu ihrem Eigentum erklärte. Für alle drei Posten sollte die Kommission eine Rechnung an das Land Thüringen stellen, das für die Reparationszahlungen zuständig war. Dabei errechnete der Liquidator allein für die an die SAG übergebenen Betriebsteile 17.573.073,76 Reichsmark.[48] Mit

Blick vom Bürohaus



Schreibmaschine Altbau und Fernheizwerk



den Forderungen an das Land und dem Betriebsbesitz an Geld, Material und Immobilien, welches nicht in sowjetisches Eigentum überführt worden war, sollte die Liquidationskommission die Schulden des alten Betriebes begleichen.[49]

Faksimile das Befehls 335 (Fortsetzung)

4. Zur Abwicklung der Abrechnungen laut Schuldbriefen und anderen Aktiva und Passiva des obengenannten Werkes, welche nicht von der Sowjetischen Aktiengesellschaft übernommen werden, ist die deutsche Selbstverwaltung der Landes zu beauftragen, eine Liquidationskommission zu bilden.

Der Chef der Verwaltung der Sowjet-Militär-Administration des Landes Thüringen

Garde-Generalmajor (Kolesnitschenko)

Der Vertreter des Chefs des Stabes der Verwaltung der Sowjet-Militär-Administration des Landes Thüringen

Generalmajor (Smirnow)

Lugowoi

Dieses Vorhaben stieß allerdings auf große Schwierigkeiten. In mehreren Aktennotizen hielt der Kommissionsvorsitzende fest, daß durch das Chaos bei der Demontage die zuvor erstellten Listen nicht nur an Aussagekraft verloren hätten, sondern daß die *«Russen (...) zum Schluß sämtliche Listen und Unterlagen weggenommen (hätten)»*.[50] Zudem erteilten die sowjetischen Stellen Befehle, die sowohl dem Befehl 335 zuwiderliefen als auch unter sich widersprüchlich waren. So erklärte Hauptmann Boikow,[51] Chef der Demontagetruppe bei Rheinmetall, daß das gesamte Unternehmen zur Trophäe erklärt worden wäre und restlos demontiert würde. Damit wäre

die Liquidationskommission hinfällig geworden.[52] Diese Anordnung wurde wieder aufgehoben, und ein sowjetischer Oberstleutnant wurde eigens damit beauftragt, *«die Büromaschinenbetriebe mit ihren Hilfswerken vor dem Zugriff der verschiedenen Demontagekommissionen zu schützen»*.[53] Dennoch wurden im Mai 1946 weitere Demontageforderungen gestellt.[54] Um einzelne Gebäude, wie das für Versand und das Büromaschinenmagazin, zu retten, schaltete die Betriebsleitung sogar die Deutsche Zentralverwaltung der Industrie, Referat für Büromaschinen, in Berlin ein.[55] Diese Initiative war erfolgreich.

Ein weiteres Problem tauchte auf, als Oberleutnant Kras, seit Januar 1946 Beauftragter der sowjetischen Militärverwaltung für das Werk,[56] erklärte, daß zusätzliche Gebäude in die SAG überführt werden sollen. Auf diese neue Forderung reagierten Liquidator und Betriebsdirektion unterschiedlich. Während der Liquidator dagegen war, weil er die Schmälerung der Liquidationsmasse befürchtete und das *«Volksvermögen (...) der deutschen Wirtschaft erhalten»* wollte, befürwortete Direktor Leisering die Überführung von möglichst vielen Gebäude in die SAG. Er sah darin die einzige Möglichkeit, die völlige Zerstörung und Schleifung der Gebäude zu verhindern.[57]

Zum Verzweifeln war für den Liquidator, daß die sowjetischen Militärs diese Befehle meist nur mündlich mitteilten und die von ihm geforderten *«einwandfreien Dokumente für die Liquidationsakten»* verweigerten. In welchem Dilemma er steckte, zeigen seine Aufzeichnungen über ein Gespräch mit dem sowjetischen Generaldirektor am 31. August 1946: *«Ich erklärte nun Herrn Iljin, die Lage sei doch ganz klar so, daß General Kolesnitschenko die Liquidierung befohlen habe. Wenn ich nun die Schulden der alten Firma abwickeln soll, man mir aber zu gleicher Zeit die noch vorhandenen Vermögenswerte wegnimmt, dann müßte ich doch schließlich zugleich mit der Liquidations-Eröffnungsbilanz mangels Masse den Konkurs anmelden, und das könne nicht der Sinn des Befehls sein. Wenn man schon in der Lage sei, die Gebäude zu sprengen, wenn man also unser Volksvermögen durchaus schädigen und uns entgegen feierlicher Zusicherung als Volk doch bestrafen und zugrunde richten wolle, dann bliebe immerhin der Grund und Boden Eigentum der Liquidierungskommission, und demzufolge muß ich auch weiterhin nach einem Dokument für den Vorgang zusätzlicher Gebäudeübernahme fragen. Man möge immer bedenken, daß ich hier als Vertreter des Landes Thüringen spreche, und daß ich in Weimar Rechenschaft*

43 ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 45/22.
44 Bekanntmachung Nr. 45/46, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 45/13.
45 ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 45/22.
46 ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/1.
47 Befehl Nr. 6 vom 17. 3. 1947, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/1.
48 Schreiben des Vorsitzenden der Liquidationskommission an das Landesamt für Wirtschaft, 23. 10. 46, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 45/9.
49 Betr.: Liquidationskommission. Besprechung bei Generaldirektor Iljin, 31. 8. 46, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 45/9.
50 Aktennotiz Betr. Liquidationskommission. Trophäen und Demontage, 3. 9. 46 und 12. 9. 46, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 45/9.
51 Er wurde in den Quellen auch Boikoff geschrieben, z. B. Winter 1962, Abschnitt 1, Bl. 102.
52 Aktennotiz Betr. Liquidationskommission, 20. 8. 46, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 45/9.
53 Aktennotiz Betr. Liquidationskommission. Trophäen und Demontage, 12. 9. 46, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 45/9.
54 Winter 1962, Abschnitt 1, Bl. 101.
55 Schreiben der Werksdirektion an die deutsche Zentralverwaltung der Industrie, Referat für Büromaschinen vom 15. 5. 46, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/92.
56 Winter 1962, Abschnitt 1, Bl. 96.
57 Wie Anm. 53.
58 Wie Anm. 49.
59 Aktennotiz Betr. Liquidationskommission. Trophäen, 10. 10. 46 und Aktennotiz Trophäen, 23. 1. 47, beides ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 45/9.
60 Schreiben von Rheinmetall-Borsig AG an die Firma C. Kallenbusch in Erfurt, 28. 1. 47, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 45/9.



abzulegen habe.»[58] Wie ernst Generaldirektor Iljin diese Sorgen nahm, kann man seiner Entgegnung entnehmen, daß der Liquidator doch der reichste Mann Sömmerdas sei, weil er 17 Millionen Mark vom Land einfordern könne, und daß sich der Präsident des Landes Thüringen und General Kolesnitschenko über diese Probleme den Kopf zerbrechen möchten. Die Konflikte zogen sich noch monatelang hin. Immer wieder tauchte das Problem auf, was nun eigentlich zur Trophäe erklärt worden war und was nicht. Bis Januar 1947 hatte der Liquidator noch keine schriftlichen Unterlagen darüber erhalten.[59] Immer wieder protestierte er, weil die sowjetischen Militärs auf dem Betriebsgelände lagerndes Material wie Munition, Zünder, Rohre, Buntmetall, Stahlschrott, Brennstoffe und Einrichtungsgegenstände an fremde Firmen verkauften oder Gebäude abreißen ließen,[60] ohne daß der Liquidationskommission die Berechtigung nachgewiesen wurde und ohne daß sie den Verlust wertmäßig erfassen konnte.[61] Zum Teil wurde die Kontrolle von sowjetischer Seite aktiv verhindert.[62] Auch einzelne Werksabteilungen wie der Einkauf verkauften Betriebsmaterial, ohne daß die Liquidationskommission die Kontrolle über die Geschäfte hatte.

Wie die Übersicht auf der nächsten Seite zeigt, wurden bereits ab 1946 im großen Maßstab Büromaschinen hergestellt. Diese Produktionsergebnisse schaffte man allerdings nur mit erheblichem Mehraufwand an Kosten. Die *«weitgehende Demontage unserer Werkseinrichtungen»* hätte *«teilweise zu unwirtschaftlichen Herstellungsmethoden geführt»,* hielten Werksdirektion und Betriebsrat in einer Aktennotiz am 22. Februar 1946 fest.[63] Dazu kamen die großen Materialprobleme, welche die Werksleitung in einem Schreiben an die Sowjetische Militärverwaltung im September 1946 so beschrieb: *«Ein wesentlicher Grund für die unrentable Fertigung ist das Fehlen der für die Fabrikation vorgesehenen Materialen, so daß auf Ausweichqualitäten usw. zurückgegriffen werden muß, deren Verarbeitung außerordentlich zeitraubend ist. Der Verbrauch an Werkzeugen und Vorrichtungen ist wegen der Beschaffenheit dieses Materials wesentlich höher als früher. Weiter verläuft die Fertigung großer Serien nicht gleichmäßig, da der Materialzugang keineswegs flüssig ist. Wichtige Lieferanten, z. B. für Typen und Elektromotoren, sind durch restlose Demontage ausgefallen, so daß wir eine eigene Fabrikation aufbauen mußten, die in preislicher Hinsicht einen höheren Aufwand als den für die bezogenen Motoren verursacht. Im übrigen müssen viele der früher von Unterlieferanten gekauften Zubehörteile infolge der Zoneneinteilung jetzt im eigenen Werk hergestellt werden, deren Erzeugung mit größeren Kosten verbunden ist.»* [64] Daß das Werk durch die Zonengrenzen von vielen seiner ehemaligen Zulieferbetriebe abgeschnitten war, wurde zum Dauerproblem. Noch bis Anfang der 50er Jahre fehlte es am Notwendigsten. Nach Protokollen von Betriebsleitersitzungen aus dem Jahr 1948 scheiterte eine kontinuierliche Produktion am Mangel an Glühlampen, Ölen für die Maschinen, Formsand für die Gießerei, Spezialfeilen u. a. So waren die Betriebsleiter oft selbst im Land unterwegs, um neue Lieferfirmen zu finden. Bei den Spezialfeilen versuchte man, die alten Modelle aufzuarbeiten oder neue *«in Form von Päckchen aus dem Westen herüberzubekommen»,* wie im Protokoll einer Betriebsleitersitzung festgehalten wurde.[65]

Es ist belegt, daß im Falle des Nichterreichens der Produktionsziele schon damals auf ausdrücklichen sowjetischen Befehl die Bilanz geschönt wurde. Aus der Abteilung Verkauf existiert eine Aktennotiz vom 1. Februar 1947 folgenden Inhalts: *«Herr Kottmann wies am 31. 1. und 1. 2. darauf hin, daß in der Produktionsmeldung höhere Zahlen angegeben werden müssen, als in Wirklichkeit Maschinen gefertigt worden sind, um gegenüber dem Plan-Soll nicht in Rückstand zu kommen.»* Die Verkaufsabteilung wandte sich gegen dieses Vorgehen, wurde jedoch vom kaufmännischen Direktor Leisering ausdrücklich dazu angehalten. Die Aktennotiz weiter: *«Es handelt sich hier um einen ausdrücklichen Befehl von Herrn Rjasankin* [66] *und man will versuchen, den Plan innerhalb des Quartals auszugleichen.»* [67]

Im Juli 1948 trat der erste Halbjahresplan in der Sowjetischen Besatzungszone in Kraft, danach

[61] Aktennotiz Trophäen, 23. 1. 47, Schreiben des Vorsitzenden der Liquidationskommission an das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Weimar, 29. 1. 47 und Aktennotiz Trophäen, 4. 2. 47, alles Rheinmetall-Borsig AG 45/9.

[62] Ebd.

[63] Unterlagen der Abteilung Verkauf 1945-47, Historische Sammlung.

[64] Schreiben der Werkdirektion an die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland, Abteilung für Reparationen und Lieferungen vom 1. 9. 46, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/4.

[65] Protokoll vom 5. 10. 1948. Vgl. auch die anderen Protokolle in dieser Akte. ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/7.

[66] Der sowjetische Kommandant von Sömmerda.

[67] Unterlagen der Abteilung Verkauf 1945-47, Historische Sammlung.

[68] Lehmann, Hans Georg: Chronik der DDR 1945/49 bis heute, München 1987, S. 30 u. 79 und Weber, Hermann: DDR. Grundriß der Geschichte 1945-1990, Hannover 1991, S. 66.

Schreibmaschinenfertigung 1946

Schreibmaschinenfertigung 1946

	SI Masch.			SIII Masch.			KsT Masch.			insg.	FM-Masch.	Wagen				
	russ.	deutsch	Gesamt	russ.	dt.	Gesamt	russ.	deutsch	Gesamt	Masch.	Ges.	SI	SII	SIII	SIV	Ges.
Januar - April	975	125	1.100	232	2	234	1.361	877	2.238	3.572	-	-	-	-	-	-
Mai	326	12	338	87	1	88	760	1	761	1.187	18	5	1	3	-	9
Juni	432	-	432	68	-	68	700	1	701	1.201	8	-	-	-	-	-
Juli	200	-	200	251	-	251	488	132	620	1.071	23	-	-	2	-	2
August	157	6	163	169	-	169	390	96	486	818	10	-	-	1	-	1
September	267	65	332	231	3	234	445	170	615	1.181	21	-	-	-	-	-
Oktober	182	184	366	232	1	233	477	170	647	1.246	15	-	-	-	-	-
November	335	1	336	168	2	170	639	1	640	1.146	12	-	-	2	-	2
Lieferung bis 30.11.	2.874	393	3.267	1.438	9	1.447	5.260	1.448	6.708	11.422	107	5	1	8	-	14

Jahres - Lieferung - Soll	
S I	4.000 Masch.
S III	2.000 Masch.
KsT	5.000 Masch.
Gesamt:	11.000 Masch.

========

Lieferung - Ist	
S I	3.267 Masch.
S III	1.447 Masch.
KsT	6.708 Masch.
	11.422 Masch.

========

Jahressoll um 422 Maschinen überliefert

Sda., am 2. 12. 46
Schreibmasch. - Abtlg.

folgte ein Zweijahrplan 1949/50. Auf den ersten Fünfjahrplan 1951-55 wird der Beginn der zentralen staatlichen Planwirtschaft der DDR datiert.[68] Als im Juli 1951 wegen Materialengpässen der staatliche Plan im Werk nicht erfüllt werden konnte, versuchte Generaldirektor Tschuchrow, der Nachfolger Makarows, mit politischen Argumenten den Kampfeswillen und das Durchhaltevermögen der Beschäftigten zu steigern. *«Mit Bewußtsein»* sei die Zulieferung des Materials in die DDR gesperrt worden und darauf müsse mit einer neuen Arbeitseinstellung reagiert werden. Das Verhältnis zu den Schwierigkeiten müsse geändert werden. *«Aber wir sind verpflichtet, mit ihnen fertig zu werden und werden auch mit ihnen fertig werden.»* war sein Credo. Einzelne Betriebsleiter,

Verschiedene Formen der Großschreibmaschine

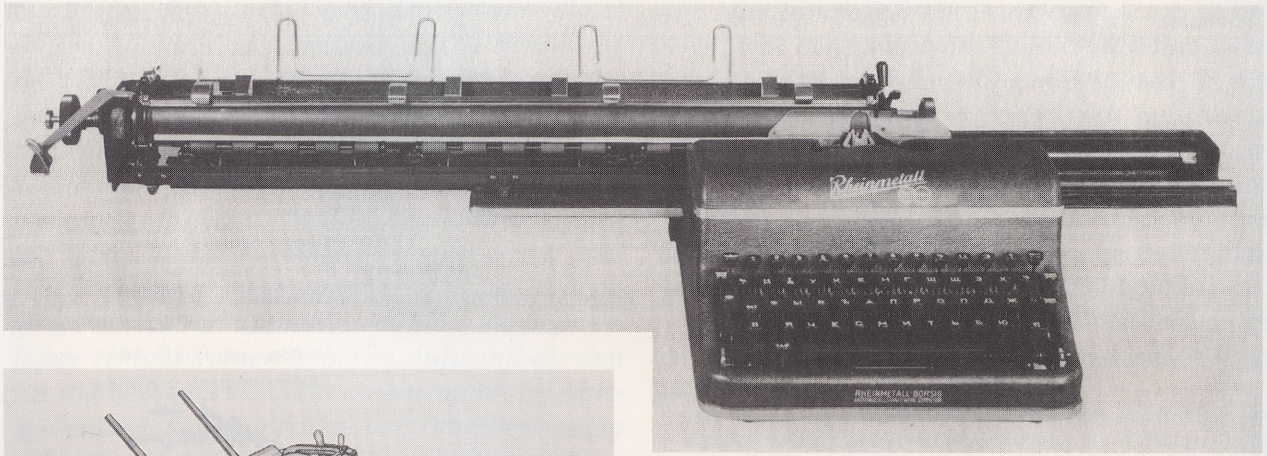
Großschreibmaschine mit kyrillischer Tastatur und Spezialwagen für «russische Formulare»

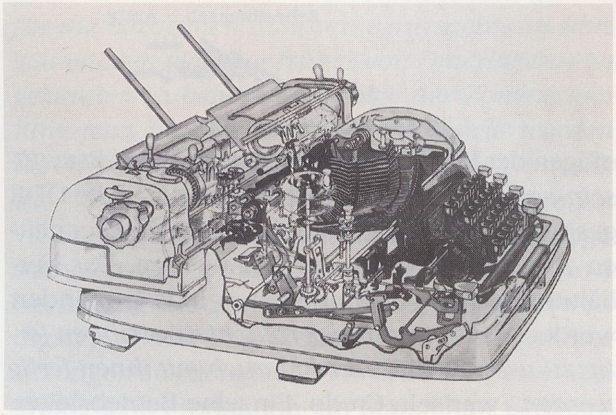
Schnittdarstellung der GSE











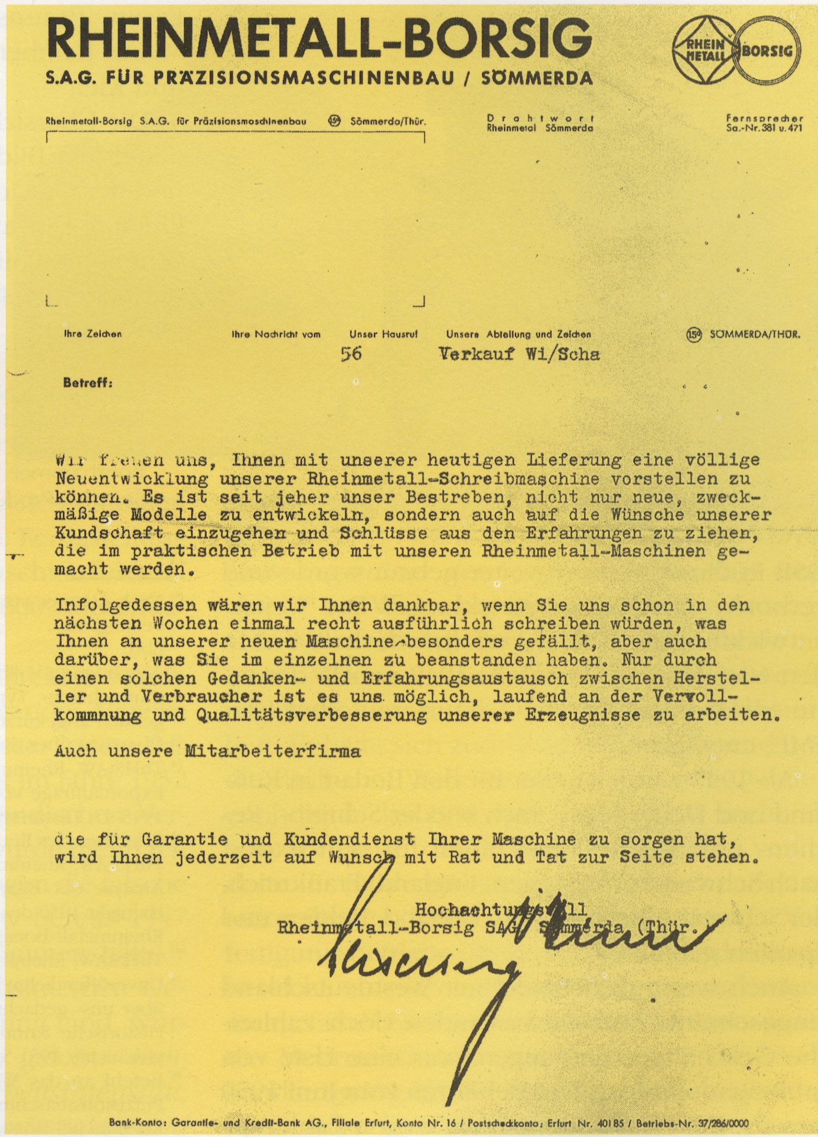
die daran zweifelten, daß bei den unzureichenden Bedingungen der Plan erfüllt werden könnte, kritisierte er mit den Worten: *«Wir müssen Sie fragen, worin besteht Ihre führende Rolle, wie kämpfen Sie gegen den Ausschuß an, was haben Sie in der Angelegenheit der Einsparung des Ma-*

[69] Protokoll über die Sitzung beim Gen.-Dir. am 2. 8. 1951 betr. Programmerfüllung bzw. -nichterfüllung, Arbeitsdisziplin, Materiallage, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/2.

terials getan, und wie haben Sie teilgenommen an den Fragen der Rationalisierungen und Erfindungen. Auf welche Weise haben Sie Werkzeuge eingespart und das Zerbrechen der Werkzeuge verhindert? Was haben Sie für die Hebung der Arbeitsdisziplin getan..?»[69]

Selbst unter diesen schwierigen Bedingungen wurden im Werk neue Erfindungen gemacht und umgesetzt. Der Ingenieur Heinrich Riffel baute ab 1947 mit einem Team junger Konstrukteure die Großschreibmaschine GS, welche die bisherige Standardschreibmaschine ablöste und ab 1949 in Serie hergestellt wurde. Riffel hatte das Prinzip der Übertragung auf das Papier geändert. Waren vorher drei Hebel üblich, Tastenhebel, Zwischenhebel und Typenhebel, so hatte Riffel eine Konstruktion mit fünf bis sechs Hebel erfunden. Dadurch erreichte man mit weniger Kraft eine höhere Geschwindigkeit.[70] Auch eine elektrische Version, die GSE, wurde gebaut. Nach Aussage von Gerd Leuthäusser, der als junger Mechaniker an der Entwicklung und Herstellung dieser Schreibmaschinen beteiligt war, nutzte die sowjetische Armee die GSE als Eingabegerät für rüstungstechnische Systeme. Deshalb waren die sowjetischen Stellen daran interessiert, daß die

Rundschreiben an die Vertreter



RHEINMETALL-BORSIG
S.A.G. FÜR PRÄZISIONSMASCHINENBAU / SÖMMERDA

Rheinmetall-Borsig S.A.G. für Präzisionsmaschinenbau (15a) Sömmerda/Thür.

Drahtwort Rheinmetal Sömmerda

Fernsprecher Sa.-Nr. 381 u. 471

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Hausruf	Unsere Abteilung und Zeichen	(15a) SÖMMERDA/THÜR.
		56	Verkauf Wi/Scha	

Betreff:

Wir freuen uns, Ihnen mit unserer heutigen Lieferung eine völlige Neuentwicklung unserer Rheinmetall-Schreibmaschine vorstellen zu können. Es ist seit jeher unser Bestreben, nicht nur neue, zweckmäßige Modelle zu entwickeln, sondern auch auf die Wünsche unserer Kundschaft einzugehen und Schlüsse aus den Erfahrungen zu ziehen, die im praktischen Betrieb mit unseren Rheinmetall-Maschinen gemacht werden.

Infolgedessen wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns schon in den nächsten Wochen einmal recht ausführlich schreiben würden, was Ihnen an unserer neuen Maschine besonders gefällt, aber auch darüber, was Sie im einzelnen zu beanstanden haben. Nur durch einen solchen Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen Hersteller und Verbraucher ist es uns möglich, laufend an der Vervollkommnung und Qualitätsverbesserung unserer Erzeugnisse zu arbeiten.

Auch unsere Mitarbeiterfirma

die für Garantie und Kundendienst Ihrer Maschine zu sorgen hat, wird Ihnen jederzeit auf Wunsch mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Hochachtungsvoll
Rheinmetall-Borsig SAG Sömmerda (Thür.)

Bank-Konto: Garantie- und Kredit-Bank AG., Filiale Erfurt, Konto Nr. 16 / Postscheckkonto: Erfurt Nr. 40185 / Betriebs-Nr. 37/286/0000

Fakturierautomat FM in neuer Ausführung (1952)



GSE in dieser Version weiter gebaut wurde und verboten eine Weiterentwicklung.[71] Die Weiterentwicklung zur GSE 522 erfolgte deshalb erst in den 60er Jahren.[72] Ebenfalls 1949 wurde der erste elektromechanische Fakturierautomat, der FME, entwickelt.[73]

Ab 1947 wurden außer für den Bedarf in Rußland und Deutschland auch wieder Schreib-, Rechen- und Fakturiermaschinen für den Export nach Schweden, Norwegen, England, Frankreich, der Schweiz, Ungarn, Polen, Holland, Belgien und Spanien gebaut.[74]

Auch wenn der Handel mit Westdeutschland eingeschränkt war, so bestanden doch zahlreiche Geschäftsverbindungen, was eine Liste von zahlungsunfähigen Westdebitoren vom Juni 1950 bewies. Bei diesen Firmen, die wegen Zahlungsrückständen mit Liefersperre belegt wurden, handelte es sich vermutlich nur um einen kleinen Anteil der Geschäftspartner in der Bundesrepublik. Auf der Sperrliste standen Firmen in Nürnberg, Bochum, Bielefeld, Augsburg, Stuttgart, Neuwied, Münster, Kassel, Kaiserslautern, Köln, Essen, Braunschweig, Osnabrück, Hannover, Mainz, Bamberg, Karlsruhe, Wuppertal, Duisburg und Kiel.[75]

Die Übersicht für das erste Halbjahr 1950 vermittelt ein Bild von den Produktionskapazitäten und der Gewichtung der einzelnen Produktionslinien.[76] Die außergewöhnlich geringe Zahl an Schreibmaschinen könnte mit der Umstellung auf die Serienherstellung von GS und GSE zusammenhängen:

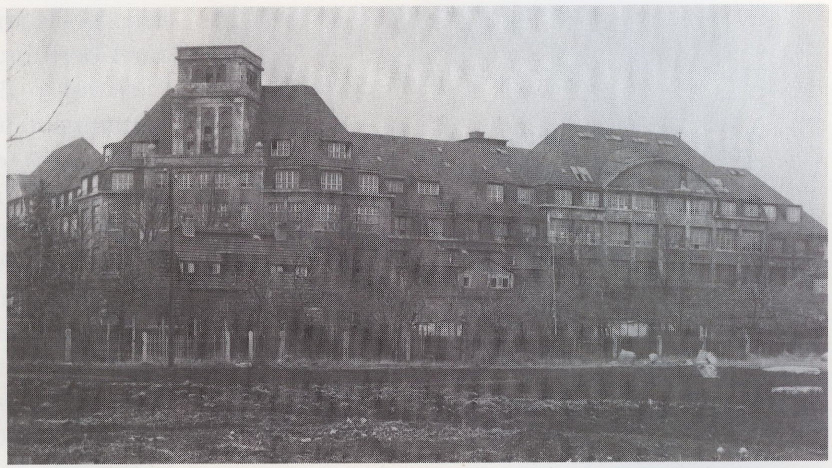
Schreibmaschinen	1.646 Stück
Rechenmaschinen	13.026 Stück
Fakturiermaschinen	3.030 Stück
Bohrhämmer	4.094 Stück
Sonstige Produktion	2.492 Stück

[70] Nach Aussage von Gerd Leuthäusser, der damals am Bau der GS beteiligt war.
[71] Ebd.
[72] «Vereinigung Volkseigener Betriebe Datenverarbeitungs- und Büromaschinen», Typoskript, 15 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Vereinigung Volkseigener Betriebe, Bl. 2f.
[73] Übersicht über die Produktion, Historische Sammlung.
[74] ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/37, und: Aktennotiz Betr. Exportaufträge vom 19. 3. 47, Unterlagen der Abteilung Verkauf 1945-47, Historische Sammlung.
[75] Schreiben des Rechnungswesens an die Abt. Verkauf, 14. 6. 1950, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/5.
[76] Analyse der Bilanz und des Rechenschaftsberichtes für das 1. Halbjahr 1950 des Werkes Rheinmetall-Borsig S.S.A.G., ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/5.
[77] ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/2.
[78] Unveröffentlichte Betriebsgeschichte, die als Fortsetzung von «Wir über uns» gedacht war, Zeitraum 1951-1955, Typoskript, 51 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Betriebsgeschichte 1951-55, Bl. 14.
[79] Befehl an das Werk Rheinmetall-Borsig Sowj. Staatl. A.G. für Präzisionsmaschinenbau in Sömmerda, 25. Juli 1949, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/28.

Generaldirektor Tschuchrow



Der V-Bau kurz nach dem Krieg. Dem Turm fehlt seine Haube, die bei Kriegsbeginn einer Flak-Stellung weichen mußte



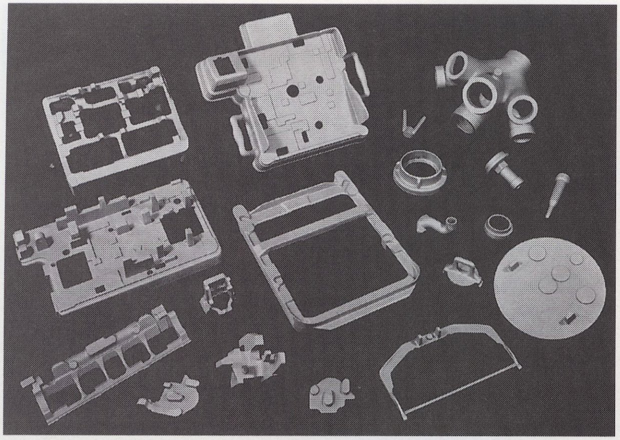
Am 30. März 1951 konnten die Beschäftigten der Rechenmaschinenabteilung die Fertigstellung der 100.000 Rheinmetall-Rechenmaschine feiern.[77] Und im Herbst 1951 war die 100.000 Addiermaschine fertig.[78]

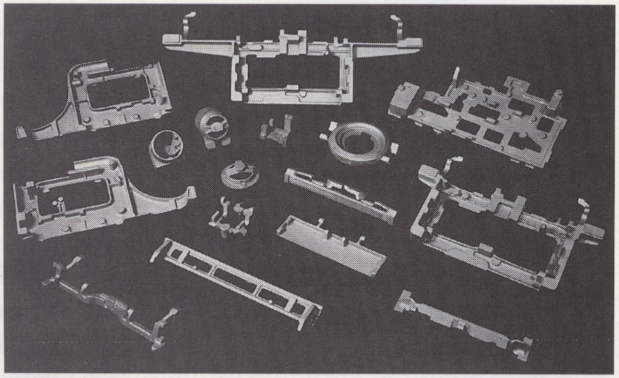
Nach zwei Jahren als Generaldirektor wurde Makarow am 25. Juli 1949 von Alexander Alexejewitsch Tschuchrow abgelöst.[79] Dieser leitete das Werk bis zur Rückgabe an die DDR im Jahre 1952 und wurde dafür mit dem Vaterländischen Verdienstorden geehrt.[80] Hartnäckig wurde mehrfach selbst in offiziellen Veröffentlichungen die falsche Angabe gemacht, daß Tschuchrow bereits 1947 die Leitung des Betriebes übernommen hätte.[81] Während Makarow in der betriebsinternen Geschichtsschreibung kaum Erwähnung fand, wurde Tschuchrow überschwenglich gelobt: *«Ihm, seinem Vorbild, seiner hohen Arbeitsintensität, Gerechtigkeit, aber auch Prinzipienfestigkeit und unerschütterlicher Parteilichkeit ist es mit zu danken, daß bei vielen Menschen im Betrieb Vorbehalte gegenüber der Sowjetunion beseitigt wurden.»* [82] Im Widerspruch dazu steht die Aussage von Walter Stadel, der als Betriebsrat beide erlebte. Makarow wäre der *«humanere»* gewesen und hätte weniger als sein Nachfolger reglementiert. Er hätte sich zudem sehr für die Jugend und die Kultur im Werk eingesetzt. Aus den Quellen ergibt sich das Bild, daß Tschuchrow mehr als sein Vorgänger die Struktur des Betriebes veränderte. Er modernisierte den Maschinenpark und rationalisierte die Produktion. So wurden die Vorfertigungsbetriebe für die einzelnen Produktionsbereiche zu einer zentralen Vorfertigung zusammengefaßt.[83] Eine technologische Vorplanung und die Mehrmaschinenbedienung sowie die Fließbandfertigung für die Montage der Schreib- und Rechenmaschinen wurde eingeführt.[84] Auch eine

Das vielseitige Programm der Gießerei

Leichtmetallguß-Teile

Grauguß-Teile





zentrale Oberflächenveredelung (ZOV) wurde 1951 aufgebaut.[85] Im selben Jahr wurde die Gießerei erweitert und eine Nitro- und Kunstharzlackierung aufgebaut.[86] 1952 wurde die Galvanik rekonstruiert und erweitert.[87]

Am 1. Januar 1950 wechselte die sowjetische Muttergesellschaft. Jetzt gehörte Rheinmetall Sömmerda zur SAG «Awtowelo».[88] Für den Betrieb selbst brachte dies keine Veränderungen. Das Schema zeigt die Struktur des Werkes im Dezember 1950.[89]

Die alte Muttergesellschaft, der Rheinmetall-Borsig Konzern, wollte sich mit dem Verlust des Sömmerdaer Werkes allerdings nicht zufrieden geben. Noch am 15. Juli 1946, also vier Tage vor der Überführung in die SAG, bemühte sich der Vorstand in Berlin bei der Zentralen Deutschen Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme in der Sowjetischen Besatzungszone vergeblich um die Freigabe des Sömmerdaer Werkes.[90] Gleichzeitig gaben die im Juni 1945 mit der amerikanischen Armee aus Sömmerda abgereisten Werksdirektoren ihren Anspruch auf die Werksleitung nicht auf. In Abstimmung mit der Konzernspitze bildeten Werner Glatz und Dr. Alex Stratmann die *«Werksdirektion Sömmerda, z. Zt. Schotten»*. Sie hatten sich nach ihrem Weggang aus Sömmerda in Schotten, einer kleinen Stadt in Oberhessen, niedergelassen. Am 14. August 1945 ermächtigte der Konzern diese «Werksdirektion

[80] Beiträge zur Betriebsgeschichte 1, 1945-1952. Für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Freundschaft in Aktion, hg. von der Kreisleitung Sömmerda der SED, der Betriebsparteiorganisation der SED im VEB Robotron Büromaschinenwerk Sömmerda in Zusammenarbeit mit der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Beiträge zur Betriebsgeschichte 1, S. 13.

[81] Zum Beispiel: ebd.

[82] Aller Anfang war schwer!, Bl.2.

[83] Material zu 1945, Bl. 4.

[84] Protokoll über die Sitzung der Bilanz-Kommission zur Überprüfung des Berichtes für das Jahr 1951 des Werkes «Rheinmetall-Borsig» A.G. «Awtowelo» in Berlin, 4. Februar 1952, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/2. Die technologische Vorplanung wurde von Walter Stadel geleitet, der lange Zeit Haupttechnologe im Werk war. Bis 1949 war er Betriebsratsvorsitzender.

[85] Bebauung von 1814 bis 1980, 29. 3. 95, Typoskript, 7 Bl., Historische Sammlung.

[86] Betriebsgeschichte 1951-55, Bl. 3.

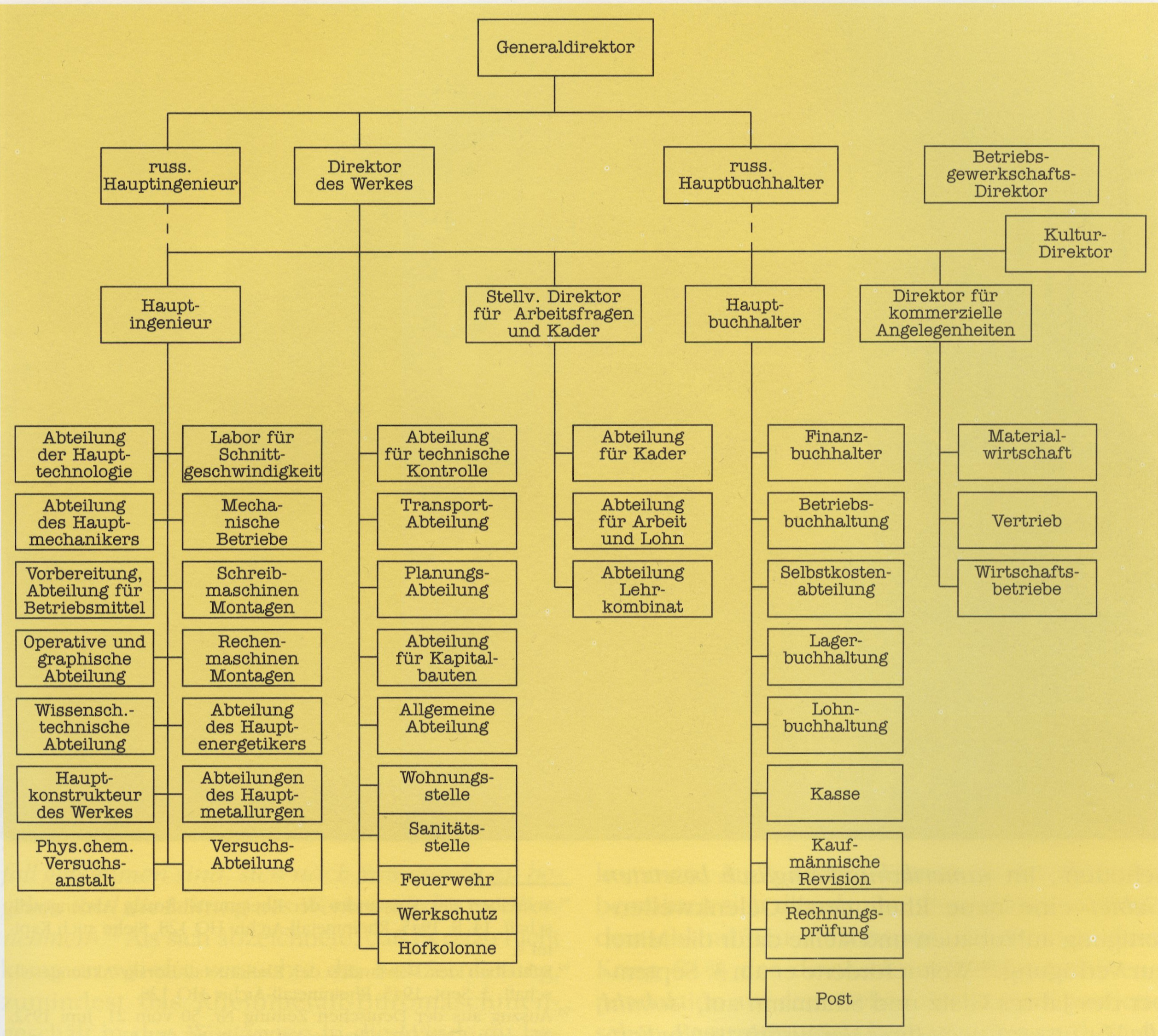
[87] Wie Anm. 85.

[88] Aller Anfang war schwer!, Bl.2.

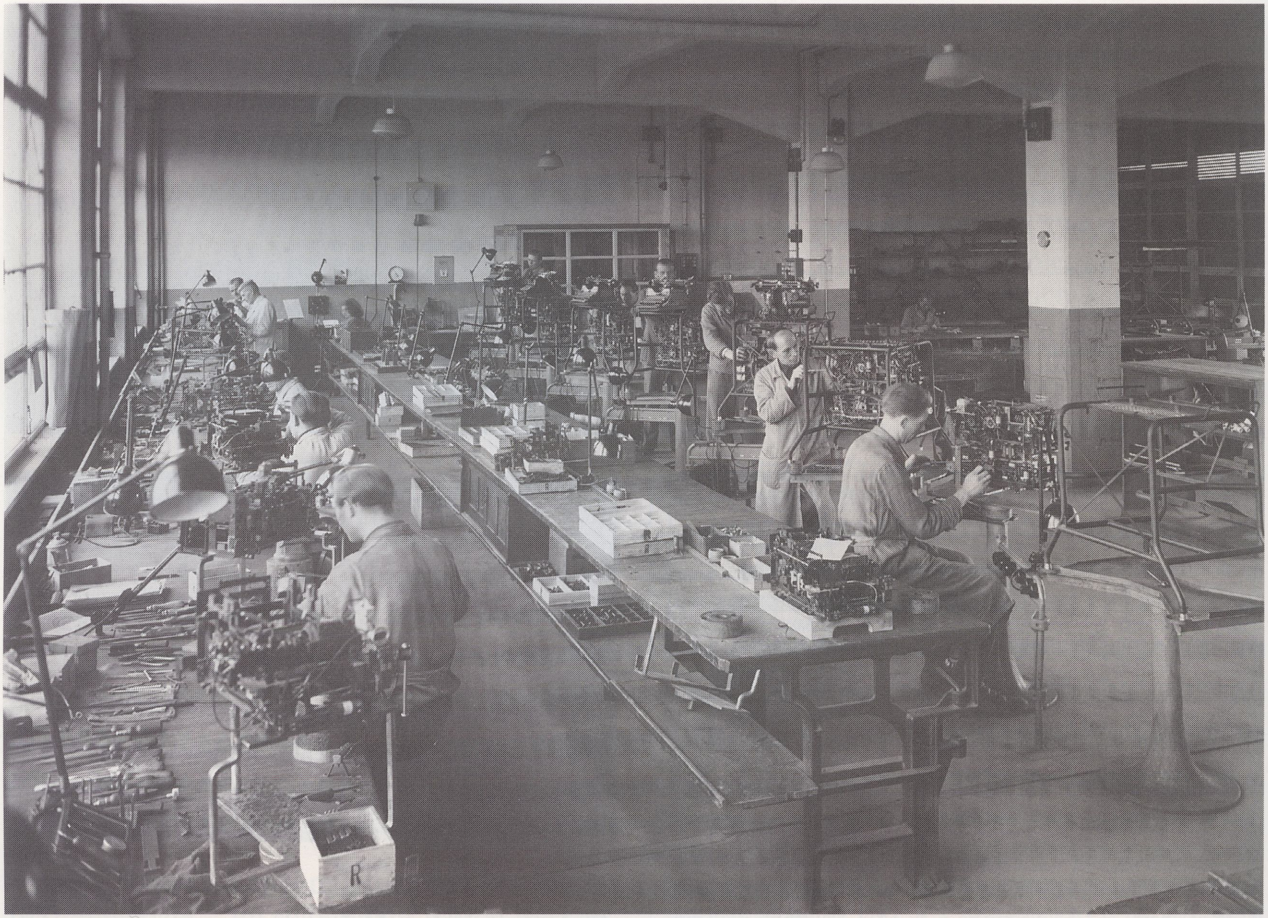
[89] ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 45/13.

[90] ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 45/10.

Organisationsschema der Verwaltung des Werks Rheinmetall-Borsig SAG «Awtowelo», Sömmerda/Thüringen.



Fakturiermaschinen-Montage



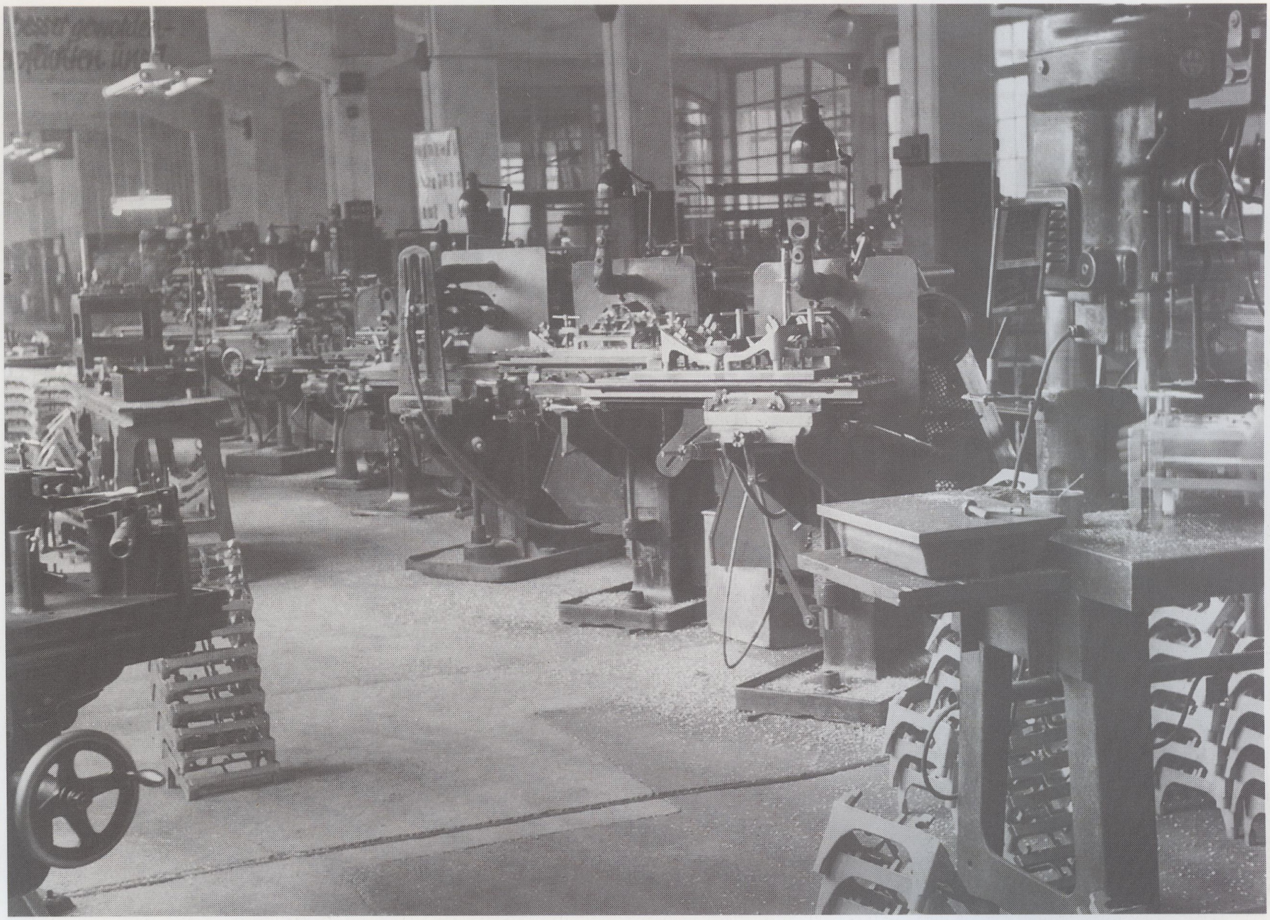
Schotten», im *«amerikanisch/englisch besetzten Gebiet»* eine neue Rheinmetall-Gelenkwellenfertigung aufzubauen und stellte dafür die Mittel zur Verfügung.[91] Weiter forderte er am 3. September des Jahres Glatz und Stratmann auf, *«sobald die Voraussetzungen Ihrer Herausführung in Fort-*

[91] Schreiben des Vorstandes der Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft, 14. 8. 1945, Rheinmetall-Archiv HO 128. Siehe auch Kapitel 4.

[92] Schreiben des Vorstandes der Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft, 3. Sept. 1945, Rheinmetall-Archiv HO 128.

[93] Auszug aus der Deutschen Zeitung Nr. 50 vom 21. Juni 1952, Abschrift, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 01/101.

Fräserei der Vorfertigung



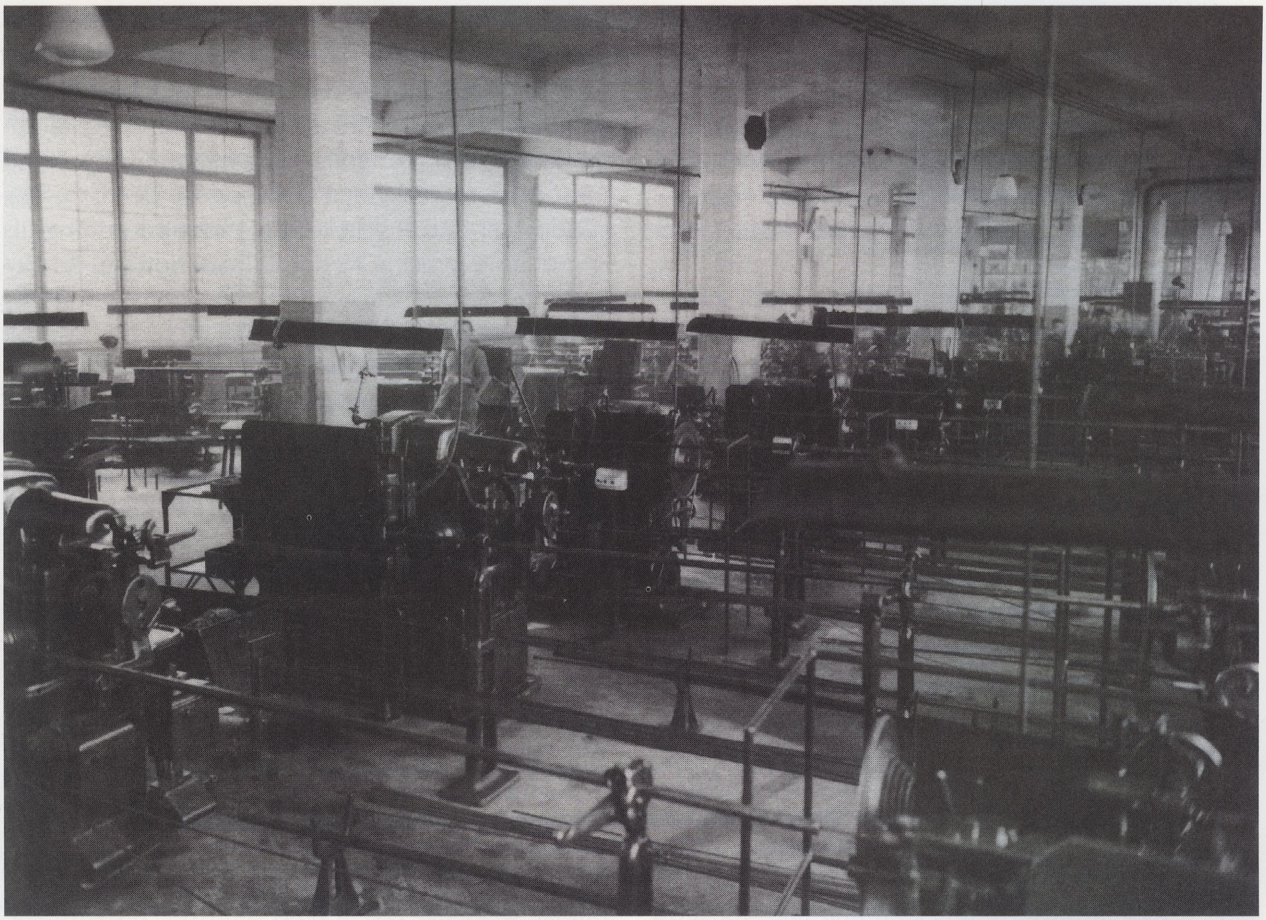
fall gekommen sind, sich nach Sömmerda zu begeben und die Leitung des Werkes wieder zu übernehmen».[92] Als sich abzeichnete, daß es dazu nicht kommen würde, versuchte die Konzernleitung, zumindest das Rheinmetall-Büromaschinengeschäft in den Westzonen in die Hände zu bekommen. Auch andere Firmen in der Branche bemühten sich damals, ihre Produktion in Westdeutschland neu aufzubauen, da sich vor dem Krieg 84 % der deutschen Schreibmaschinenproduktion auf dem Gebiet der jetzigen sowjetischen Besatzungszone befunden hatten.[93] Nach

Bohrhammer-Montage



der bereits im 4. Kapitel erwähnten Ausarbeitung von Alfred Winter fiel Dr. Stratmann die Aufgabe zu, die Verbindungen zwischen dem Sömmerdaer Werk und den Vertretern in den Westzonen zu stören und dieses Netz für eine eigene westdeutsche Büromaschinenfertigung zu nutzen. Die Rheinmetall-Vertreter hatten durch ihre Monopolstellung eine große Bedeutung. Sie waren für je einen der insgesamt rund 80 Verkaufsbezirke in ganz Deutschland zuständig. Sämtliche Lieferungen für das Verkaufsgebiet gingen durch ihre Hand. Sie selbst waren verpflichtet, ausschließ-

Drehautomatensaal in der Vorfertigung



lich Rheinmetall-Büromaschinen zu verkaufen.[94] Winter zitierte ein Schreiben des Beauftragten der Schottener Werksdirektion an die Vertreter vom Oktober 1945 mit folgendem Inhalt: Sömmerda könnte nicht liefern und deshalb sollten die Vertreter ihre Beziehungen zu Sömmerda abbrechen, eventuelle Forderungen an den Beauftragten der Schottener Werksdirektion abtreten und an ihn auch Zahlungen leisten.[95] Die Sömmerdaer Werkleitung wandte sich nun ihrerseits wieder an die Vertreter, um dieser Behauptung entgegenzutreten. Im März 1946 änderte die Werksdirektion in

Schotten ihre Taktik und bot dem Sömmerdaer Betrieb an, für ihn das westdeutsche Vertreternetz zu erhalten. Die Sömmerdaer Werksleitung ließ sich auf diesen Vorschlag allerdings nicht ein. Sie forderte die ehemaligen Betriebsdirektoren auf, nicht länger als «Werksdirektion» aufzutreten und davon abzusehen, *«irreführende Darstellung über die Direktion unseres Werkes sowie die Produktionsverhältnisse und die Liefermöglichkeiten»* zu verbreiten. Die Betreuung der Vertreter in den westlichen Besatzungszonen wollte sie auch weiterhin direkt von Sömmerda aus erledigen.

Jahre später machte die Rheinmetall-Konzernführung einen erneuten Vorstoß. 1951 warf sie der Sömmerdaer Werksleitung in einem Schreiben vor, Firmennamen, Firmenzeichen und Patente widerrechtlich zu nutzen. Tatsächlich zahlte die Rheinmetall-Aktiengesellschaft in Westdeutschland damals die Gebühren für sieben Patente auf Büromaschinen, die in Sömmerda gebaut wurden. Sechs davon waren allerdings von dem in Sömmerda verbliebenen August Kottmann entwickelt worden.[96] Gleichzeitig wandte sich die Konzernleitung an die Büromaschinenvertreter in den Westzonen. Sie informierte diese über das Schreiben an das Werk Sömmerda und wies darauf hin, daß sie als Vertreter ebenfalls die Rechte von Rheinmetall verletzten, da sie *«mit fabrikneuen Büromaschinen aus der Ostzone (handeln), die unseren Namen und unser Firmenzeichen tragen»*. Um eine Klage von Rheinmetall abzuwenden, sollten sie ihren Umsatz offenlegen, einen Schadenersatz von 7,5 % des Umsatzes an den Konzern bezahlen und sich vor einem weiteren Verkauf von Rheinmetall-Büromaschinen aus Sömmerda mit der Konzernführung in Verbindung setzen. In der Folgezeit kam es zu mehreren Klagen und Urteilen gegen Büromaschinenvertreter in der Bundesrepublik.

Nachkriegsalltag und Arbeitervertretung

Sicher waren viele Beschäftigte willens, durch ihrer Hände Arbeit das Werk wieder aufzubauen und sich und ihren Familien eine neue Existenz zu schaffen. Doch die materiellen und psychologischen Voraussetzungen waren nicht günstig. Rund 3/4 des Betriebs waren demontiert, der überwiegende Teil der verbliebenen Produktion ging als Reparationsleistung in die UdSSR. Sowohl im Betrieb wie bei der Versorgung der Menschen fehlte es am Nötigsten. Wie nachteilig sich dies auf die Disziplin im Alltag auswirkte, wurde in einer Darstellung von Ende der 50er Jahre so berichtet: *«50-60 % der Belegschaft blieb der Arbeit fern, Ähren lesen und Felddiebstähle waren an der Tagesordnung, Nachteinsätze von Felddiebstählen wurden regelrecht organisiert (...). Die Polizei stand in dieser Zeit vor einer gewaltigen Aufgabe - ging es doch bei dem größten Teil der Menschen darum, den Lebensunterhalt zu fristen.»* [97] Die oben genannte Fehlquote war vermutlich übertrieben. Immerhin ist im August 1946 eine Quote von 27% belegt.

[94] ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 45/22. Auch: Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 38f.

[95] Winter 1962, Abschnitt 1, Bl. 13-17, 30-47, 53-68. Die folgenden Schreiben sind nach diesem Text zitiert.

[96] Betriebsgeschichte 1951-55, Bl. 3ff.

[97] Typoskript, o. T., o. J., 4 Bl., Historische Sammlung, Bl. 4.

[98] Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 44.

[99] Wer mit der Waffenkonstruktion in den Zentralwerken beschäftigt war, wurde besser versorgt.

[100] Aktennotiz Betr. Deutsche Zentralverwaltung der Industrie, Referat Feinmechanik und Optik, 27. 9. 46, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 45/9.

[101] Bekanntmachung Nr. 24/46, 17. 4. 1946, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 45/13.

[102] ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/4.

[103] ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/81.

Davon war etwas mehr als die Hälfte urlaubsbedingt. Unentschuldigtes Fehlen wurde unter dem damaligen Generaldirektor Iljin hart geahndet. Beim ersten Mal erfolgte ein Verweis. Beim nächsten Mal wurden die Lebensmittelkarten reduziert und der Vorfall am schwarzen Brett bekanntgegeben. Das war hart, weil die Versorgung allein über Lebensmittelkarten erfolgte und erst ab 1948 zusätzlich zu den Karten Nahrungsmittel zu hohen Preisen zu kaufen waren. Der dritte Verstoß wurde als Sabotage gewertet und über Sanktionen entschied der Generaldirektor persönlich.

In den Nachkriegsjahren soll es auch häufig vorgekommen sein, daß Beschäftigte am Arbeitsplatz Gegenstände wie Ölmühlen und Tabakschneidemaschinen für den eigenen Bedarf oder zum Tausch gegen Lebensmittel herstellten. Auch Diebstähle von Werkseigentum und Fahrrädern gehörten zum Alltag.[98]

Als die Deutsche Zentralverwaltung der Industrie in Berlin von der Sowjetischen Militäradministration den Auftrag erhielt, eine Wirtschaftsplanung für 1947 vorzubereiten, schickte sie im Herbst 1946 Vertreter in die Betriebe, um die Bedingungen vor Ort kennenzulernen. In Sömmerda wurde dieser Besuch in einer Aktennotiz wie folgt festgehalten: *«Unter Hinzuziehung des Kollegen Elltag vom Betriebsrat und im Beisein der Direktoren Liebig und Leisering wurde im einzelnen besprochen, was sich nachteilig auf die Produktionsmöglichkeit und die Arbeitsfreude sowie die Arbeitsdisziplin auswirkt: schlechte Ernährung, Mangel an Kleidern und Schuhen, lange Anmarschwege und schlechte Fahrtverbindungen, Fehlen von Fahrradbereifungen, schlechter Gesundheitszustand (durchschnittlicher Ausfall von 15 % der Belegschaft), örtlich bedingte besondere Wohnungsnot, unterschiedliche Lebensmittelzuteilungen Zentralwerke - Rheinmetall,*[99] *zu scharfe Überwachungsmaßnahmen (außer Werkschutz noch uniformierte Werkspolizei und Kontrollen durch bewaffnete russische Posten, Schießen bei Ausweiskontrolle), Schwierigkeiten der Materialversorgung, Verarbeitung ungeeigneter Bleche, hoher Verschleiß von Werkzeugen, Schwierigkeiten der Materialtransporte durch Stilliegen der Kraftfahrzeuge mangels Bereifung.»*[100]

Durch eine Kombination von politischer Überzeugungsarbeit, militärischer Kommandowirtschaft und materiellen Anreizen versuchte die Besatzungsmacht, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen.

Im April 1946 konnten Werksleitung und Betriebsvertretung der Belegschaft mitteilen, daß das Landesamt für Handel und Versorgung dem Betrieb eine Sonderzuteilung von Süßigkeiten und Rauchwaren hatte zukommen lassen. Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren erhielten Süßigkeiten zum Preis von 2,- RM, alle männlichen Belegschaftsmitglieder über 18 Jahren durften sich Rauchwaren im Wert von 2,50 RM kaufen.[101] Nach den Quellen war die Zuteilung direkt dem obersten thüringischen Befehlshabers, Garde-Generalmajor Kolosnitschenko, zu verdanken, der damit sein Versprechen bei einem Werksbesuch am 28. März 1946 einlöste.[102]

Als *«Schwerpunktbetrieb»* wurde Rheinmetall auch sonst von staatlicher Seite besonders bedacht.[103] Mit Hilfe des Ministeriums für Ernährung erhielt der Betriebskindergarten zum Beispiel 1951 eine Sonderzuteilung von 50 kg Öl, 50 kg Zukker, 100 kg Milchpulver, 5 kg Kakao und 100 Tafeln Schokolade. Allgemein herrschende Mängel wie das Fehlen von Kunsthonig, ein zu geringer Koffein-Gehalt des Kaffees, zu wenig Seifenpulver und der Engpaß bei der Fahrradbereifung - so die Gesprächsthemen zwischen Betriebsleitung



und Ministerium - konnten trotz aller Bemühungen auch für die Werksangehörigen nicht behoben werden.

Ein Fortschritt war, daß die Kantine ab September 1946 ein markenfreies Essen an die Belegschaft ausgeben konnte.[104] Auseinandersetzungen gab es um Qualität und Zuteilung des Essens. Das bessere Essen nach Norm A stand Fach- und Spezialarbeitern, Schwer- und Schwerstarbeitern, Betriebs- und Abteilungsleitern, Konstruk-

[104] Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 47.

[105] Belegschaftsmitglieder, welche auf Grund des Befehls 234 Anspruch auf die Verpflegung nach Norm A haben, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/2.

[106] Betr.: Ausführungen zu dem Erklärungsschreiben für die Abrechnungen der Betriebe der Abteilung der Staatlichen Sowjetischen A.G. für Präzisionsmaschinenbau «Totschmasch», Typoskript, 5 Bl., ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/2, Bl. 4 und: Erläuterungen zum Telefonogramm Nr. 67, 19. 2. 48, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 08/15.

[107] Ebd.

[108] Anlage Betr.: Punkt 30 Zuteilung von Textilwaren und anderen Gegenständen, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 08/15.

teuren, Werkmeistern und technischen Angestellten zu. Diese Kriterien erfüllten rund 2.000 Beschäftigte.[105] Die anderen hatten nur Anspruch auf ein geringeres Essen nach Norm B. Aus dem Jahr 1948 ist allerdings bekannt, daß die Lebensmittelzuteilungen an das Werk nur für 703 A- und 3.192 B-Essen ausreichten.[106]

Auch sonst wurde der Betrieb zum wichtigsten Ort der Verteilung wie Erzeugung von Dingen des täglichen Bedarfs. So hatte die Entwicklung des Betriebes zum Lebensmittelpunkt und Versorgungszentrum, die in den 70er und 80er Jahren ihren Höhepunkt erreichte, in der Notsituation der Nachkriegszeit ihren Ursprung.

Die Schweinemast, die nach dem ersten Weltkrieg bereits kurze Zeit existiert hatte, wurde wieder aufgenommen. Die bestehende Werksgärtnerei wurde jetzt sowohl für den Kantinenbedarf wie für die private Versorgung der Belegschaft ausgebaut. 1947 konnten die Belegschaftsangehörigen dort 400.000 Gemüsepflanzen, 45.000 Tabakpflanzen und 25.000 Tomatenpflanzen kaufen. Anfang 1948 wurde eine Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft «Volkskraft» im Werk eingerichtet.[107] Aus diesem Jahr ist eine Zuteilungsliste an den Betrieb erhalten, die Damen-, Herren- und Kinderkleidung, Haushaltswaren, Uhren, Fahrräder und Fahrradzubehör sowie Füllfederhalter und Rasierklingen enthält.[108] Diese Konsumartikel wurden als Prämien und Auszeichnungen verwendet.[109]

Die Sanitätsstelle wurde ausgebaut. Im November 1948 wurde zudem eine werkseigene Schuhreparaturwerkstatt in Betrieb genommen. Da das im ersten Weltkrieg errichtete Bad nicht mehr betriebstüchtig war, wurde eine neue Badeanstalt für 20 Brausebäder und 15 Wannenbäder errichtet und am 21. Dezember 1949[110] eingeweiht. Der erste Werkskindergarten wurde am 7. 11. 1949, zum Jahrestag der russischen Revolution 1917, in einer Baracke auf dem Werksgelände eröffnet. 1952 kam eine Kinderkrippe in einer ehemaligen Direktorenvilla in der Uhlandstraße[111] und eine Kindertagesstätte in der Wielandstraße dazu.[112] Im selben Jahr wurde das erste betriebliche Erholungsheim Elgersburg errichtet.[113] 1957 wurde dann die Massermühle in Thüringer Wald gekauft und umgebaut. Sie wurde zu einem beliebten Ferienzentrum der Beschäftigten.[114]

Kindertagesstätte Wielandstraße



Ein wichtiges Thema in dieser Zeit waren die unzureichenden Verkehrsverhältnisse. Betroffen waren sowohl der Gütertransport wie der Berufsverkehr. Die Gründe lagen im schlechten Straßenzustand, in Engpässen beim Benzin sowie

Jugendheim



dem Fehlen von intakten Fahrzeugen. Ein weiteres Problem war die Unterversorgung bei Strom und Kohle, die sich besonders im harten Winter 1946/47 bemerkbar machte. Zu allem Unglück überschwemmte im Frühjahr 1947 das Hochwasser der Unstrut das Werk.[115]

Dauerthema war auch die große Wohnungsnot. Die Betriebsleitung wehrte sich deshalb dagegen, daß die sowjetischen Militärs Werkswohnungen beschlagnahmten und erhielt nach einer Aktennotiz von sowjetischer Seite darauf zur Antwort: *«Das gesamte Werk ist Rüstungsfabrik gewesen und in den Wohnhäusern wurden Arbeiter angesiedelt, die für dieses Werk, also für die Rüstungsproduktion, ihre Kraft einsetzten. Nachdem die größten Teile des Werkes demontiert seien, hätten die Russen auch Verfügungsgewalt über die Wohnhäuser, und diese würden von der Sowjetischen in Verwaltung genommen, bis einmal eine spätere Regelung erfolgt sei.»*[116] Bei dieser Auseinandersetzung ging es um 3 Häuser mit 27 Wohnungen. Sie wurden vom Militär besetzt und erst wieder im April 1948 ans Werk zurückgegeben. Im Laufe dieses Jahres konnte allerdings nur die Hälfte der Wohnungen wieder an Werksangehörige vergeben werden. Das Militär hatte in den anderen Zwischenwände entfernen lassen und die Baumaterialien fehlten, um die Wände wieder einzuziehen. Insgesamt verfügte das Werk 1948 über 84 Wohnhäuser. 185 Familien wohnten dort regulär, weitere 84 Umsiedlerfamilien waren einquartiert.[117] Werksleitung und Behörden bemühten sich gemeinsam um neuen Wohnraum für die Belegschaft. Von 120 Wohnungen, deren Bau 1939 begonnen und dann im Rohbau eingestellt worden war, hatte die Hauptabteilung

[109] Material über die Entwicklung des BWS ab 1945, 21. 3. 1975, Typoskript, 8 Bl., Historische Sammlung, Bl. 3.

[110] Die Eröffnung, die zum 70. Geburtstag von Stalin stattfand, wurde mit einer Feier begangen, Betr.: Ausführungen zu dem Erklärungsschreiben für die Abrechnungen der Betriebe der Abteilung der Staatlichen Sowjetischen A.G. für Präzisionsmaschinenbau «Totschmasch», Typoskript, 5 Bl., ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/2, Bl. 4. Vgl. auch: Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 66, 70 und 78.

[111] Material der Betriebsgeschichtskommission AG 5, Historische Sammlung. Andere Quellen sprechen davon, daß die Direktorenvilla schon 1950 zur Kindereinrichtung umgebaut wurde. Vgl. Beiträge zur Betriebsgeschichte 1, S. 13.

[112] Pulsschlag der Arbeit, Betriebszeitung für die Belegschaft des VEB Mechanik Büromaschinenwerk Rheinmetall Sömmerda, hg. von der Betriebsparteiorganisation der SED, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Pulsschlag, Jg. 4, Nr. 1, Januar 1953.

[113] Bebauung von 1814 bis 1980, 29. 3. 95, Typoskript, 7 Bl., Historische Sammlung.

[114] Ebd.

[115] Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 50.

[116] Aktennotiz Betr.: Besuch Kapitän Krawtschenko. Sowjetische, Zentralwerke und Kommission, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 05/67.

[117] Betr.: Ausführungen zu dem Erklärungsschreiben für die Abrechnungen der Betriebe der Abteilung der Staatlichen Sowjetischen A.G. für Präzisionsmaschinenbau «Totschmasch», Typoskript, 5 Bl., ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/2, Bl. 4. In einer anderen Quelle ist von 68 Häusern mit 155 Wohnungen und 175 Mitgliedern die Rede, Erläuterungen zum Telefonogramm Nr. 67, 19. 2. 48, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 08/15.

Aufbau des Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Arbeit bis 1951 insgesamt 85 Einheiten fertiggestellt.[118]

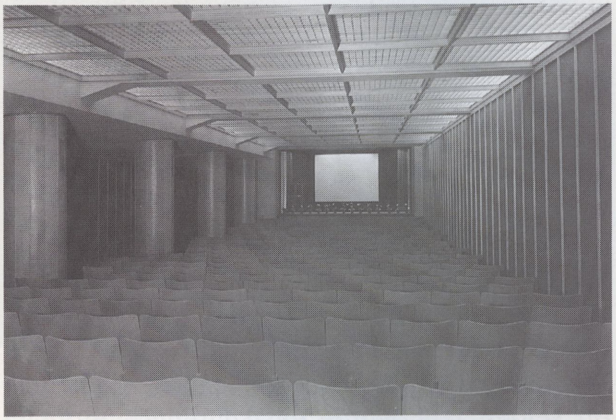
Trotz all dieser großen Probleme und Aufgaben war der Betrieb bereits in den Anfangsjahren der DDR stark im kulturellen und sozialen Bereich engagiert. Im Dezember 1949 wurde die Werksbücherei wiedereröffnet.[119] 1950 wies der Direktorenfonds 307.000 Mark für Kulturinvestitionen auf. Dazu zählten Klubräume, der Kindergarten, Sportausrüstungen und sanitäre Anlagen. 110.000 Mark kamen aus diesem Fonds für politische, kulturelle und Sportveranstaltungen. 60.000 Mark wurden als Prämien verteilt und 30.000 Mark waren für individuelle Unterstützungen ausgewiesen.[120] Mit der Neugründung der Betriebssportgemeinschaft, die jetzt «BSG Mechanik» hieß, wurde 1948 die Tradition einer intensiven Sportförderung durch das Werk in der DDR-Zeit begründet. Im Lauf der Zeit entstanden als Abteilungen Fußball, Handball, Boxen, Leichtathletik, Wintersport, Skilaufen, Schwimmen, Tischtennis, Faustball, Billard, Kegeln, Radsport, Motorrennsport, Schach, Schwerathletik, Turnen, Volleyball und Kanufahren. 1949 wurde ein Barakkenbau auf dem heutigen Parkplatz zum Jugendheim der FDJ umfunktioniert und der Sportplatz in der Pestalozzistraße rekonstruiert.[121]

Auch neue Kulturgruppen wurden ins Leben gerufen. Es bildete sich wieder ein Arbeiterchor, der 1946 ans Büromaschinenwerk angegliedert wurde und ab diesem Zeitpunkt auch Frauen aufnahm. 1948 entstand ein FDJ-Ensemble, das aus einem Chor, einem gemischten Orchester, einem Blasorchester sowie Gesangssolistinnen und -solisten bestand. Zusätzlich gab es ab 1949 noch für einige Jahre das Jugendensemble mit Chor, Volksmusikorchester, Sprechchor und Volkstanzgruppe, das mehrfach in Berlin auftrat.

Kulturhaus «1. Mai»

Kinosaal im Kulturhaus





Mitte der 50er Jahre löste sich der Chor des Jugendensembles auf, die Volkstanzgruppe und zwei Orchester bestanden weiter.[122] In der Nachkriegszeit wurde auch eine Theatergruppe und ein Fotozirkel gegründet.[123] Die Kulturinitiativen profitierten vom neuen Kulturhaus «1. Mai», das durch Umnutzung von Produktionsräumen ent-

stand und am 1. Mai 1950 eröffnet wurde.[124] 1952 wurde das sogenannte Aktivistenhaus in der Uhlandstraße als erster Nachkriegsneubau mit Werkswohnungen fertiggestellt.[125]

In den Nachkriegsjahren stieg die Zahl der Beschäftigen kontinuierlich. 1949 überschritt sie die 5.000er-Grenze.

Die Lehrlingsausbildung war bereits am 15. Oktober 1945 wieder aufgenommen worden.[126] 1947 beendeten die ersten 52 Werkzeugmacher, Mechaniker, Dreher, und Schlosser der Nachkriegszeit ihre Lehre.[127] Am 1. Dezember 1949 begannen im Werk die ersten Mädchen ihre Ausbildung, 72 als Mechanikerinnen und eine als Gärtnerin. Für den Ausbilder, so berichtete er der Werkszeitung, *«bedeutete die Ausbildung von weiblichen Lehrlingen immerhin eine gewisse Umstellung, bedingt durch die Mentalität, die ja bei einem Mädchen anders ist als bei einem Jungen.»* Im Bezug auf den Ausbildungserfolg war er optimistisch, *«nur im Hinblick auf die notwendige Arbeitsdisziplin bereiten uns die Mädchen allerdings einige Schwierigkeiten. Zu gern wird eine kleine Erzählung in der Gruppe begonnen, zu zweit und dritt eine Urlaubsstunde beantragt usw.»* [128] Das Lehrlingsentgelt betrug zu dieser Zeit 60,- Mark im ersten, 70,- Mark im zweiten und 80,- Mark im dritten Lehrjahr. 1950 wurde als Ersatz für die im sowjetischen Auftrag demontierte Lehrwerkstatt das Lehrkombinat im Gerätebau untergebracht.[129] Noch heute ist dort die staatliche Berufsschule. Im selben Jahr wurde ein Lehrlingswohnheim eingerichtet.[130] Um den steigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu decken, wurden *«berufsfremde Kräfte»* auch unmittelbar am Arbeitsplatz ausgebildet.[131] Über 1000 Beschäftigte besuchten zudem schon im ersten Jahr die 1951 eröffnete Betriebsvolkshochschule.[132] Betriebliche Qualifizierung wurde ab 1953 in der technischen Betriebsschule und ab 1959 in der Betriebsakademie durchgeführt.[133] 1951 schlossen sich die Ingenieure des Werkes in der Kammer der Technik (KDT) zusammen, die vom damaligen Chefkonstrukteur Erich Krüger geleitet wurde.[134]

Seit Ende 1947 hatten die Beschäftigten einen Mindesturlaub von 12 Arbeitstagen.[135] Die wöchentliche Arbeitszeit betrug 48 Stunden.[136] Die

118 Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit des Landes Thüringen an die SAG «Rheinmetall», 7. Nov. 1951. ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/81. Vermutlich waren im Krieg dort die «Ostarbeiterlager» untergebracht, siehe Kap. 4.

119 Pulsschlag, Jg. 1, Nr. 4, Januar 1950.

120 Aktennotiz über die Besprechung am 16. Mai 1950, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/5.

121 Chronologische Erfassung der Investitions- und Rationalisierungsvorhaben, Typoskript, 6 Bl., Historische Sammlung, Bl. 1 und Beiträge zur Betriebsgeschichte 1, S. 13.

122 Zum Beispiel beim Deutschland Treffen der FDJ 1950 wie bei den dritten Weltfestspielen 1951. Vgl: Kristupeit, Anett. Untersuchungen zur Entwicklung des Chorwesens in Sömmerda von 1945 bis zur Gegenwart. Wissenschaftliche Hausarbeit zur Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen im Fach Musik, 4. März 1994, Historische Sammlung, S. 9f.

123 Typoskript, o. T., o. J., 4 Bl., Historische Sammlung, Bl. 3.

124 Wie Anm. 122.

125 Beiträge zur Betriebsgeschichte 1, S. 13, und: Kurzfassung Betriebsgeschichte VEB R.-BWS, Manuskript, 36 Bl., Historische Sammlung, Bl. 8.

126 Bekanntmachung der Werksdirektion, 12. 10. 45, ThHStAW Rheinmetall-Borsig SAG 45/13.

127 Erläuterungen zum Telefonogramm Nr. 67, 19. 2. 48, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 08/15.

128 Pulsschlag, Jg. 1, Nr. 4, Januar 1950.

129 Beiträge zur Betriebsgeschichte 1, S. 13, und: Kurzfassung Betriebsgeschichte VEB R.-BWS, Manuskript, 36 Bl., Bl. 8, beides Historische Sammlung.

130 Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 78.

131 Betr.: Ausführungen zu dem Erklärungsschreiben für die Abrechnungen der Betriebe der Abteilung der Staatlichen Sowjetischen A.G. für Präzisionsmaschinenbau «Totschmasch», Typoskript, 5 Bl., ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/2, Bl. 3.

132 Pulsschlag, Jg. 2, Nr. 11, Oktober 1951.

133 Ein Neubeginn, Bl. 6f.

134 Ebd., Bl. 23.

135 Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 55.

136 Arbeitszeit, Typoskript, 4 Bl., Historische Sammlung.

137 Entnommen aus: ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/42.

138 Der SMAD-Befehl Nr. 253 vom 17. 8. 1946 legte das Prinzip des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit unabhängig von Geschlecht und Alter fest.

Lehrkombinat im ehemaligen Gerätebau (1950)



Belegschaft war in acht Lohngruppen eingeteilt, unterteilt nach Leistungs- und Zeitlohn. Die auf den nächsten Seiten folgenden Tabellen vom Februar und November 1950 zeigen die jeweilige Einstufung und Entlohnung sowie die Verteilung der damals 5.138 Beschäftigten auf die Lohngruppen.[137] Auffällig ist, daß die Frauen beim Leistungslohn in den ersten vier Lohngruppen gar nicht vorkamen und sich auch beim Zeitlohn fast die Hälfte der weiblichen Belegschaft in der untersten Lohngruppe befand. Die sowjetische Militäradministration wollte zwar für Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit,[138] doch durch ihre geringe Qualifikation verdienten die Frauen im Werk viel weniger als ihre männlichen Kollegen.

1948 begannen auch im Werk die Kampagnen der Wettbewerbs- und Aktivistenbewegung. Zwischen verschiedenen Betrieben und innerbetrieb-

Entlohnungsvergleich Männer - Frauen

Monats - Durchschnittsverdienste
ohne Überstundenbeträge und ohne besondere zusätzliche Zahlungen
Monat Februar 1950

Gruppe	Männer				Frauen				Männer und Frauen			
	Anzahl	Leist.-Lohn Ø DM	Anzahl	Zeit-Lohn Ø DM	Anzahl	Leist.-Lohn Ø DM	Anzahl	Zeit-Lohn Ø DM	Anzahl	Leist.-Lohn Ø DM	Anzahl	Zeit-Lohn Ø DM
8	-	-	151	268,41	-	-	4	224,40	-	-	155	246,41
7	96	317,04	108	239,62	-	-	30	180,47	96	317,04	138	210,05
6	353	286,37	42	218,73	-	-	21	169,28	353	286,37	63	194,01
5	595	260,02	61	200,50	-	-	23	149,59	595	260,02	84	175,05
4	435	242,82	81	184,09	7	203,53	10	134,98	442	223,18	91	159,54
3	842	226,80	161	177,41	48	219,39	33	134,11	890	223,10	194	155,76
2	506	223,17	62	161,32	246	194,40	87	121,81	752	208,79	149	141,57
1	168	190,48	22	149,95	337	185,25	194	111,57	505	187,87	216	130,76
0	-	-	29	127,42	4	169,35	38	97,90	4	169,35	67	112,66
M	-	-	3	114,92	-	-	10	73,01	-	-	13	93,97
Lehrl.	-	-	264	67,75	-	-	67	64,00	-	-	331	65,88

3 637 1 501
5 138
======

Sömmerda, den 29.3.50

Verteiler:
Herr Schröder 1x
Herr Pfeiffer 2x

lich unter einzelnen Abteilungen wurden Wettbewerbe als Anreiz für eine höhere Arbeitsleistung organisiert.[139] Der erste Wettbewerb fand im Herbst 1948 zwischen den drei SAG-Betrieben Olympia Erfurt, Keilpart Suhl und Rheinmetall Sömmerda statt.[140] Inhalt des Wettbewerbsvertrages waren detaillierte Verpflichtungen zur Entwicklung neuer Erzeugnisse, Steigerung der Produktion, Senkung der Selbstkosten, sozialen Versorgung, zu kulturellen Initiativen usw.[141] Vom 15.-20. Dezember 1948 beteiligten sich 145 Belegschaftsmitglieder der Mechanischen Fertigung der Rechenmaschinen-Abteilung an einer Hennecke-Schicht[142] mit einer durchschnittlichen Leistung von 138%. Die ersten «Aktivisten» wurden ausgezeichnet. 1949 wurden 295, 1950 555

S t u n d e n v e r d i e n s t - D u r c h s c h n i t t
nach Tätigkeitsgruppen für Männer und Frauen
Monat N o v e m b e r 1950

	Leist.-Lohn DM	Zeit-Lohn DM	Leist.-Lohn DM	Zeit-Lohn DM	Leist.-Lohn DM	Zeit-Lohn DM	
G r u p p e 8 Hochqualifizierte Facharbeiter	2,33	1,74	-	1,67	2,33	1,73	Ges.-Durchschn. für Männer d.Gruppen 8-M im
G r u p p e 7 Facharbeiter mit schwierigen und hochwertigen Aufgaben	2,25	1,48	-	1,45	2,25	1,48	Leist.-Lohn DM 1,68 Zeit-Lohn DM 1,31
G r u p p e 6 Facharbeiter mit qualifizierten Aufgaben	1,85	1,37	-	1,26	1,85	1,32	Ges.-Durchschn. für Frauen d.Gruppen 8-M im
G r u p p e 5 Facharbeiter mit abgeschlossener Berufsausbildung	1,78	1,28	1,74	1,25	1,78	1,27	Leist.-Lohn DM 1,25 Zeit-Lohn DM 1,00
G r u p p e 4 Angelernte Arbeiter für schwere Arbeiten	1,74	1,08	1,59	1,14	1,73	1,11	Ges.-Durchschn. im Leist.-Lohn DM 1,58 Zeit-Lohn DM 1,17
G r u p p e 3 Angelernte Arbeiter und Helfer für einfache Arbeiten	1,62	1,02	1,50	1,04	1,61	1,03	
G r u p p e 2 Hilfsarbeiter ohne Ausbildung	1,43	-,93	1.31	-,92	1,39	-,92	
G r u p p e 1 Hilfsarbeiter für Arbeiten einfacher Art	1,18	-,81	1,19	-,82	1,19	-,82	
G r u p p e 0	1,02	-,70	1,02	-,75	1,02	-,73	
G r u p p e M	-	-,54	-	-,54	-	-,54	

Sömmerda, den 28.12.50

Verteiler: Betr.Gew.Leitung
Herr Dir.Neupert
Personal-Abtlg.
Herr Pfeiffer



und 1951 882 Verbesserungsvorschläge von Belegschaftsangehörigen eingereicht.[143]

1951 wurde im Werk, wie überall in der DDR, der erste Betriebskollektivvertrag verabschiedet. In der Einleitung wurden die gesellschaftspolitischen Aufgaben der Belegschaft formuliert: «*Wir alle, Arbeiter, Angestellte, Techniker und Ingenieure arbeiten gemeinsam mit unseren sowjetischen Freunden an der Erfüllung unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgabe,*

[139] Typoskript, o. T., o. J., 4 Bl., Historische Sammlung, Bl. 3.

[140] ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/2.

[141] Wettbewerbsvertrag der Belegschaft Rheinmetall-Borsig SAG, Sömmerda, Olympia SAG, Erfurt, Keilpart SAG, Suhl. Historische Sammlung.

[142] Bergmann Adolf Hennecke, der erste Aktivist, übererfüllte am 13. 10. 48 seine Norm mit 387 %.

[143] Protokoll eine Besprechung von Werksleitung und Ministerium, 18. 10. 51, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/81, S. 8.

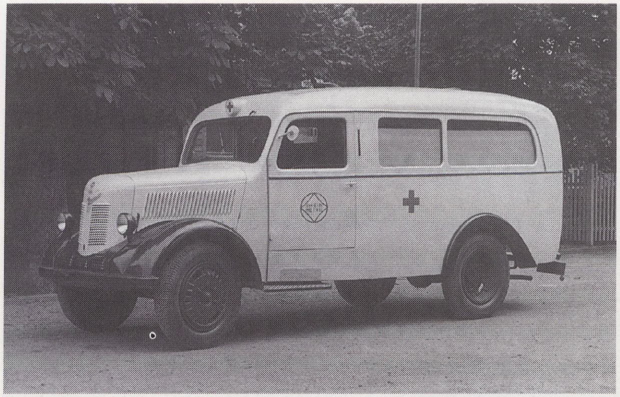
[144] Betriebskollektivvertrag. Rheinmetall-Borsig SAG Awtowelo Sömmerda. 1951, Broschüre, Historische Sammlung, S. 4.



um durch sie die materielle Lage unserer werktätigen Menschen zu verbessern, die Einheit unseres Vaterlandes zu erringen und den Weltfrieden zu sichern. Diese gemeinsamen Interessen finden ihren Niederschlag in diesem Betriebskollektivvertrag, der unter aktiver Teilnahme der Arbeiter, schaffenden Intelligenz und Betriebsgewerkschaftsleitung ausgearbeitet wurde.» [144] Der erste Punkt im Betriebskollektivvertrag betraf die *«Planaufgaben und Verpflichtungen»*. Die Erhöhung der Warenproduktion bei Senkung der Selbstkosten waren dort genauso festgelegt wie die Verpflichtungen, die Werksleitung, Betriebsgewerkschaftsleitung und Werkskollektiv dafür zu erfüllen hatten. Das ging sogar soweit, daß Einzelverpflichtungen von Beschäftigten, zum Beispiel die Anfertigung einer besonderen Maschine oder die Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, als Teil des Kollektivvertrags veröffentlicht wurden. Arbeits-, Lohn- und Gehaltsbedin-

Betriebseigener Sanitätskraftwagen Phänomen

PKW's EMW des Betriebsfuhrparkes





gungen wurden festgeschrieben, Aus- und Weiterbildung geregelt, Arbeitsschutzmaßnahmen und die Betriebssicherheit definiert und die soziale und kulturelle Betreuung der Belegschaft geplant. Während die Arbeitsbedingungen und -verpflichtungen für die Beschäftigten bis ins Detail festgelegt wurden, war eine Ausnahme großzügig geregelt: *«Mit den Führungskräften des Betriebes können außerhalb des Kollektivvertrages Einzelverträge abgeschlossen werden (im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen der DDR).»* [145] Das wichtigste an solchen Einzelverträgen war, daß die Entlohnung den Tarif um ein Vielfaches überschritt und auch die Altersversorgung danach bemessen wurde. Während der Verdienst eines Meisters laut Betriebskollektivvertrag 1951 zwischen 272,- und 476,- Mark monatlich lag,[146] enthielt ein Muster-Einzelvertrag des Ministeriums eine monatliche Vergütung von 1.800,- Mark.[147] Sicher ist, daß Angehörige der Betriebsleitung über 2.000,- Mark im Monat verdienten.[148]

Die Einzelverträge waren personengebunden und galten für die gesamte Zeit der Beschäftigung. Ursprünglich verfolgte man damit das Ziel,

145 Ebd., S. 24.

146 Ebd.

147 Anlage zu § 2 Abs. 1 vorstehender Durchführungsbestimmung, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/2.

148 Aussage von Walter Stadel. Nach unbestätigten Informationen gab es im Lauf der Zeit auch Gehälter im Werk, die 4000,- Mark erreichten.

149 Bei diesen Aussagen stütze ich mich auf den Zeitzeugen Gerd Leuthäusser.

150 Winter 1962, Abschnitt 1, Bl. 83, und: Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 1 und 44. Außerdem: Aushang des Wahlausschusses für die Betriebsratswahl, 29. 7. 46, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/100 und: Kandidatenliste. Wahl der Betriebsgewerkschaftsleitung der Firma Rheinmetall-Borsig, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/100, sowie Unterlagen aus der Historischen Sammlung.

151 Bekanntmachung Betr.: Bezirks-Delegiertenwahl des FDGB in der Rheinmetall-Borsig am 17. 12. 45, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/100.

152 Kandidatenliste. Wahl der Betriebsgewerkschaftsleitung der Firma Rheinmetall-Borsig, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/100. Ein wesentlicher Kritikpunkt der KPO hatte vor 1933 der Sozialfaschismus-Politik der KPD gegolten.

153 Winter 1962, Abschnitt 1, Bl. 45.

154 Nicht zutreffend ist die Aussage einer unveröffentlichten Betriebsgeschichte, daß bereits 1946 Max Anschütz und Walter Stadel die Leitung des Betriebsrates übernahmen, vgl. Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 54. Nach Unterlagen der Betriebsgeschichtskommission soll Anschütz sogar schon 1945 Betriebsratsvorsitzender gewesen sein und Wittig soll damals einen Arbeiterrat gebildet haben. Vielleicht nannte sich der Betriebsrat zunächst Arbeiterrat. Vgl. Parteigeschichte 1945-1949, Bl. 1.

Betriebsfuhrpark Omnibusse Ford



Omnibusse MAN



Fach- und Führungskräfte in der DDR zu halten. Die Einzelverträge waren deshalb zunächst an die Leistung gebunden. Später wurde damit auch politisches Wohlverhalten und Engagement honoriert. Eine Zeitlang konnten sie im Sterbefall auf ein anderes Belegschaftsmitglied übertragen werden, Anfang der 70er Jahre wurden sie abgeschafft.[149]

Am 1. August 1945 konstituierte sich der Betriebsrat. Ob und wie dieser Betriebsrat gewählt wurde, ist nicht bekannt. Für Juli/August 1946 wird in den Quellen von einer Betriebsratswahl gesprochen. Erster Betriebsratsvorsitzender nach dem Krieg war der Sozialdemokrat Robert Wittig, der Werkmeister in der Verwaltung war.[150] Auch im Sömmerdaer Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) hatte er eine wichtige Position. In der Bezirksdelegiertenwahl des FDGB am 17. Dezember 1945 erhielt er mit 1.057 die meisten Stimmen.[151] Es waren weitgehend dieselben Männer, die im Betriebsrat und im 1945 gegründeten FDGB den aktiven Kern bildeten. Zunächst fanden diese Männer unterschiedlicher politischer Herkunft ihre politische Heimat überwiegend in der 1946 gebildeten Sozialistischen Einheitspartei (SED). Einer späteren Kandidatenliste für die Wahl der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) ist zu entnehmen, daß von den dort aufgeführten 58 SED-Mitgliedern vor 1933 zehn zur SPD, elf zur KPD, vier zur anarchosyndikalistischen FAUD und einer zur KPO, einer Abspaltung der KPD, gehörten.[152] Neben Wittig spielten in der Gewerkschaftsarbeit der ersten Zeit die Kollegen Fritz Elltag und Reinhold Kröter eine wichtige Rolle. Elltag war 1946 Vorsitzender des FDGB-Betriebsausschuß und zweiter Betriebsratsvorsitzender,[153] Kröter hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär in Sömmerda.[154] Diese Männer hatten die Vorstellung, daß der Betriebsrat sich tatsächlich zu einer Arbeitermacht entwickeln könnte. In einer von Elltag geleiteten Sitzung des FDGB-Ausschusses in der Rheinmetall-Kantine am 5. Juli 1946 *«sprachen die Kollegen Wittig und Kröter ausführlich über die wichtige Bedeutung der Betriebsräte für die Zukunft in Gestaltung von Produktion, Preisbildung, Tarifen und Betriebsangelegen-*

heiten», wie es im Protokoll formuliert wurde.[155] Und im Protokoll einer Sitzung vom 13. September des Jahres wurde Wittig mit den Worten zitiert, *«daß von einer Mitbestimmung über alle betrieblichen Angelegenheiten noch nicht die Rede sein kann. Ein gewisser Fortschrift ist darin zu erkennen, daß dem Betriebsrat die Mitbestimmung über Einstellungen, Entlassungen, Preisbildung, Akkord, Löhne und Sozialbelange eingeräumt wurde, ausschließlich des Zentralwerkes»*.[156]

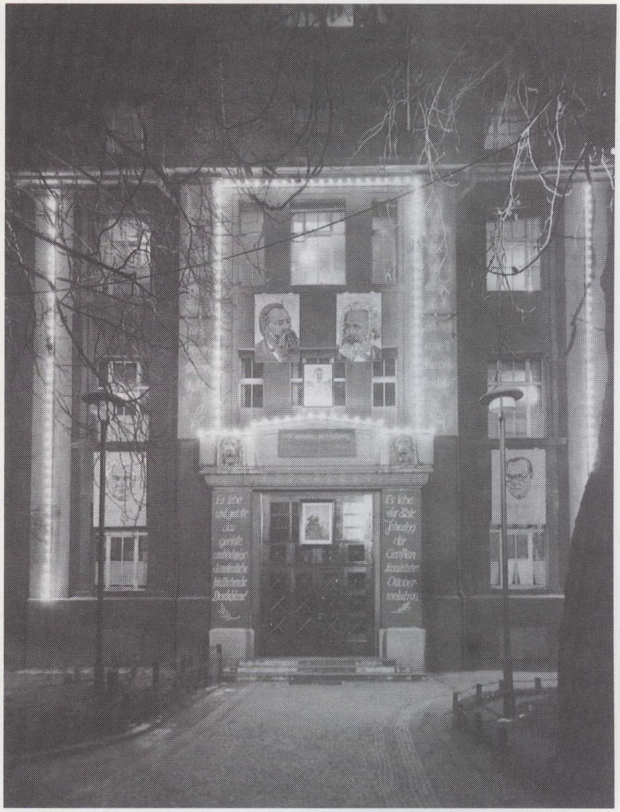
Am 18. März 1947 bildete sich im Werk die Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) als Organ des FDGB. Für die Arbeitervertreter war selbstverständlich, daß die seit den 20er Jahren übliche Doppelstruktur von Betriebsrat und Gewerkschaftsvertretung im Betrieb weiterexistierte. Die politische Führung des FDGB wollte es anders. Am 25./26. November 1948 beschloß der Bundesvorstand des FDGB die Auflösung der Betriebsräte zugunsten der Betriebsgewerkschaftsleitungen. Eigenständige Arbeitervertretungen in den Betrieben waren nicht mehr erwünscht. Die Quellen zeigen, daß dieser Beschluß nicht ohne Widerspruch im Werk durchgesetzt wurde. Am 20. Oktober 1948 tagten BGL und Betriebsrat noch gemeinsam, um die Betriebsratswahl vorzubereiten. Max Anschütz, Einrichter in der Kleinschreibmaschinenabteilung, war damals BGL-Vorsitzender. Der Werkzeugmacher Walter Stadel war Betriebsratsvorsitzender.[157] Am 20. November waren dann bei einer BGL-Sitzung neue Töne zu hören. Ein Kollege *«bemängelte die Zusammenarbeit zwischen BGL und Betriebsrat, hieraus ergab sich eine Diskussion, welche zeigte, daß in Zukunft die BGL der Träger der gesamten Aufgaben werden muß und der Betriebsrat überflüssig wird»*, so der Protokollant.[158] Bei der nächsten BGL-Sitzung am 16. Dezember war diese Frage - zumindest laut Protokoll - überhaupt kein Thema.[159] Am 4. Januar 1949 tagten dann BGL und Betriebsrat wieder gemeinsam. Der dritte Tagesordnungspunkt war: *«Übernahme des Betriebsrats in die BGL»*. Die Einwände waren offensichtlich so massiv, daß das Thema von der Tagesordnung genommen wurde. *«Punkt III der Tagesordnung wird zu Anfang der Sitzung durch Meinungsverschiedenheit auf eine spätere Sitzung, welche am Freitag sein soll, vertagt»*, notierte der Protokollant.[160] Zu dieser gemeinsamen Sitzung drei Tage später waren extra drei Vertreter des FDGB-Landesvorstandes angereist. Geleitet wurde die Sitzung nicht von einem Rheinmetaller, sondern vom Ortssekretär des FDGB.[161] Die Tagesordnung sah vor, daß nach Rechenschaftsberichten der beiden Organe die Übernahme behandelt werden sollte. Ein ausführlicher Rechenschaftsbericht der BGL war nicht möglich, da der erste Vorsitzende Max Anschütz erkrankt war. Über die Betriebsratsarbeit legte Walter Stadel Rechenschaft ab. Der Protokollant vermerkte die *«markantesten Punkte»* des Berichts: *«Die Brennstoffversorgung der Koll. im Werk, Entnazifizierung im Werk, Abschluß einer Betriebsvereinbarung, kostenlose Verschickung von Koll. in FDGB-Ferienheime, Prämienverteilung, Abschluß des Tarifvertrages, allerdings ohne Regelung der Ortsklassen-*

[155] Protokoll Nr. 2, Sitzung am 5. 7. 46, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 17/1. Die folgenden Protokolle entstammen ebenfalls dieser Akte.
[156] Protokoll Nr. 3, Sitzung am 13. 9. 46.
[157] Protokoll Nr. 3, Sitzung vom 20. 10. 48.
[158] Protokoll Nr. 4, Sitzung vom 20.11.48.
[159] Protokoll Nr. 5, Sitzung vom 16. 12. 48.
[160] Protokoll Nr. 6, Sitzung vom 4. 1. 49.
[161] Protokoll Nr. 7, Sitzung vom 7. 1. 49. Die weiteren Zitate entstammen ebenfalls diesem Protokoll.
[162] Ebd.
[163] Wie Anm. 156.
[164] Protokoll Nr. 8, Sitzung am 24. 5. 48, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 17/1.
[165] Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 48.

einteilung, Wettbewerbsabschluß zwischen Olympia, Keilpart, Rheinmetall, Innerbetriebliche Wettbewerbe, Eröffnung der Werksberufschule, Ausgabe von Textilien und Schuhwaren.» Mit diesen Ergebnissen lag der Betriebsrat durchaus auf einer Linie mit FDGB und SED. Nach dem Protokoll wurde im weiteren die Frage der Übernahme rein formal behandelt. Der Ortssekretär warf das Problem auf, daß *«einige starke Kräfte»* bei der letzten BGL-Wahl nicht aufgestellt wurden, da man sie *«für die Betriebsratswahl in Reserve behalten»* wollte. Der ebenfalls anwesende Vertreter des IG Metall-Kreisvorstandes machte dann den Vorschlag, die *«restlichen Kollegen des Betriebsrates geschlossen in die BGL zu übernehmen»*, und ein BGL-Mitglied stellte den Antrag: *«Der Betriebsrat schlägt von sich aus vor, den gewerkschaftlichen Dualismus im Betrieb aufzuheben und den gesamten Betriebsrat in die BGL zu übernehmen. Durch die Verstärkung der BGL macht sich eine Neukonstituierung notwendig.»* Nach dem Protokoll wurde dieser Antrag mit 14 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Darüber, wie sich die restlichen der insgesamt 25 anwesenden Betriebsrats- und BGL-Mitglieder in der Abstimmung verhielten, schweigt sich das Protokoll aus. Das war das Ende des Betriebsrates bei Rheinmetall. Max Anschütz wurde dann mit 24 Stimmen als erster Vorsitzender der BGL bestätigt, Walter Stadel wurde mit ebenfalls 24 Stimmen zum zweiten Vorsitzenden gewählt.[162]

Bereits zuvor hatte sich in den Leitungsstrukturen von Betriebsrat und FDGB ein Generationswechsel vollzogen. Die Männer der ersten Stunde spielten keine Rolle mehr. Robert Wittig wurde zum letzten Mal am 13. September 1946 im Protokoll der Gewerkschaftssitzung als Referent und Diskussionsteilnehmer erwähnt.[163] In den

Die Verwaltung mit «Sichtagitation» anläßlich des 32. Jahrestages der Okoberrevolution



Monaten September 1948 bis Januar 1949 war er noch Mitglied des Betriebsrates, ist aber bei allen Sitzungen wegen Krankheit entschuldigt. Kröter tauchte in den Protokollen zum letzten Mal am 24. Mai 1948 auf.[164] Elltag starb im November 1946. Seine Nachfolge als stellvertretende Betriebsratsvorsitzende trat eine Frau an, Rosa Schieritz.[165] Die Quellen zeigen, daß Kröter und Wittig in inhaltliche Konflikte verwickelt waren. Dem von



Wittig geleiteten Betriebsrat wurde in der bereits mehrfach zitierten Darstellung von Winter *«Mißtrauen»* gegen Maßnahmen der sowjetischen Verwaltung vorgeworfen.[166] Außerdem hätte sich im Betriebsrat die SPD konzentriert. Auch Max Anschütz, der damals beteiligt war, nannte politische Gründe für die Verdrängung dieser Männer der ersten Stunde aus ihren Positionen. Im Protokoll einer «Befragung von Parteiveteranen» aus dem Jahr 1972 wurde er folgendermaßen zitiert: *«Daß ich in die BGL gewählt worden bin, lag auch daran, daß ich schon immer als fortschrittlicher Mensch und Funktionär der Gewerkschaft gearbeitet habe. Ich war anfangs im Betriebsrat und die Genossen, die hier tätig waren, waren zum größten Teil alle Syndikalisten, wie ein gewisser Gröger, Wittich, Weiheit, Robert (SPD Mann).* (Hier sind mit Sicherheit Reinhold Kröter und Robert Wittig sowie vermutlich Kollege Weißheit gemeint, die Verf.) *Die Linie, die die Genossen seinerzeit vertraten, entsprach nicht dem, was die kommunistische Partei verlangte. (...) Sömmerda war in der Frage der Parteiarbeit, von der kommunistischen Partei aus gesehen, sehr schwach. In Sömmerda fungieren hauptsächlich die Syndikalisten und die SPD. Dadurch war es uns, den ehemaligen Mitgliedern der KPD schwer, hier Fuß zu fassen.»* [167] In Notizen von Ende der 50er Jahre hieß es: *«In den ideologischen Auseinandersetzungen kam es mit den Koll. Kröter - Wittig - Bucher* [168] *zu Meinungs- und Streitfragen, die darin zu suchen waren, daß Kröter als KZler annahm, er könnte auf Grund seiner Inhaftierung seinen KPO-Kurs weiter durchsetzen. Das ging soweit, daß Kröter mehrmals zur Kreiskommandantur geholt wurde, um ihn von seinem falschen Weg in der ideologischen Erziehung der Werktätigen abzubringen.»* [169] In diesen Auseinandersetzungen ging es unter anderem um die Notsituation der Beschäftigten in der Nachkriegs-

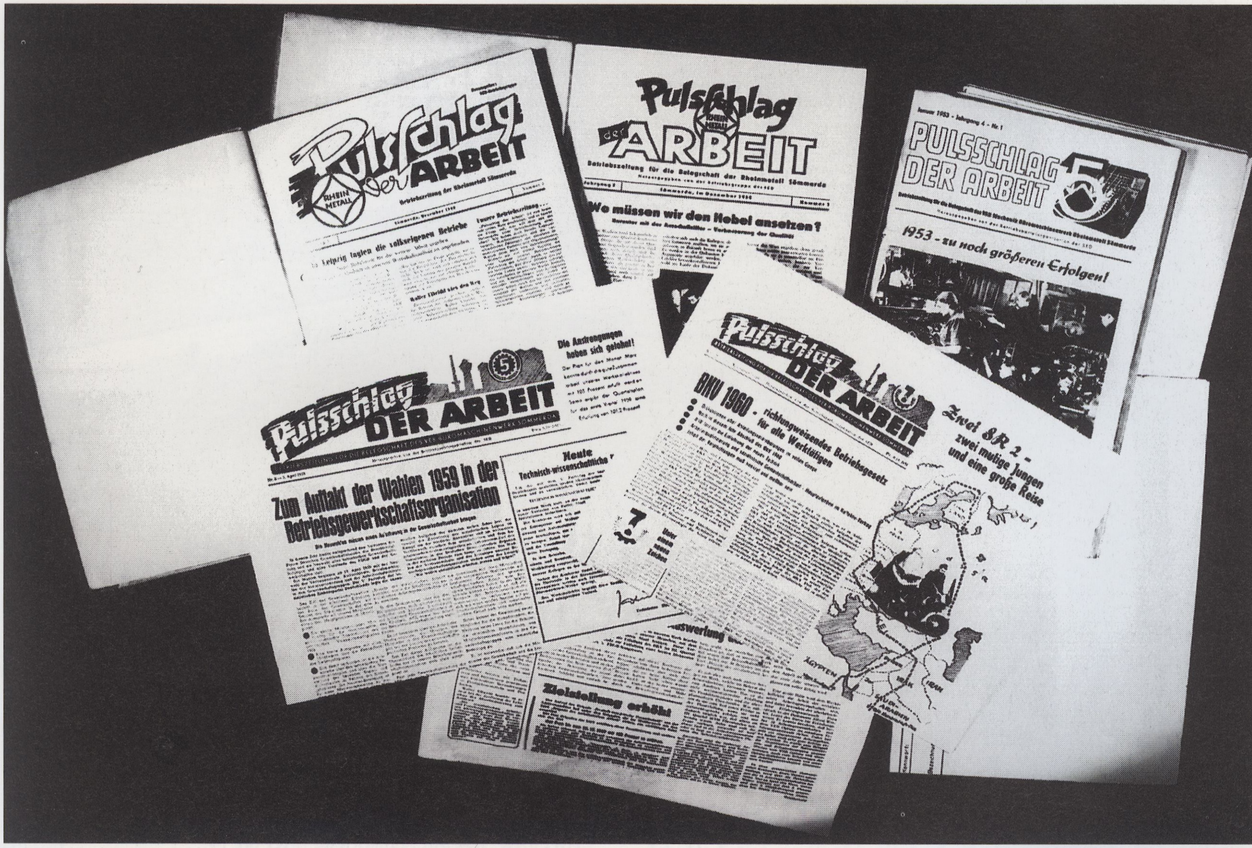
[166] Winter 1962, Abschnitt 1, Bl. 96 u. 102.

[167] Befragung von Parteiveteranen 1972 durch den Genossen Heinz Rum, Material der Betriebsgeschichtskommission, AG 2, Veteranen und antif. Erbe, Gen. Becker, Historische Sammlung.

[168] Bucher war im Ortsvorstand des FDGB, wie Anm. 166. In den Betriebsrats- oder BGL-Sitzungen in der Rheinmetall tauchte er nicht auf.

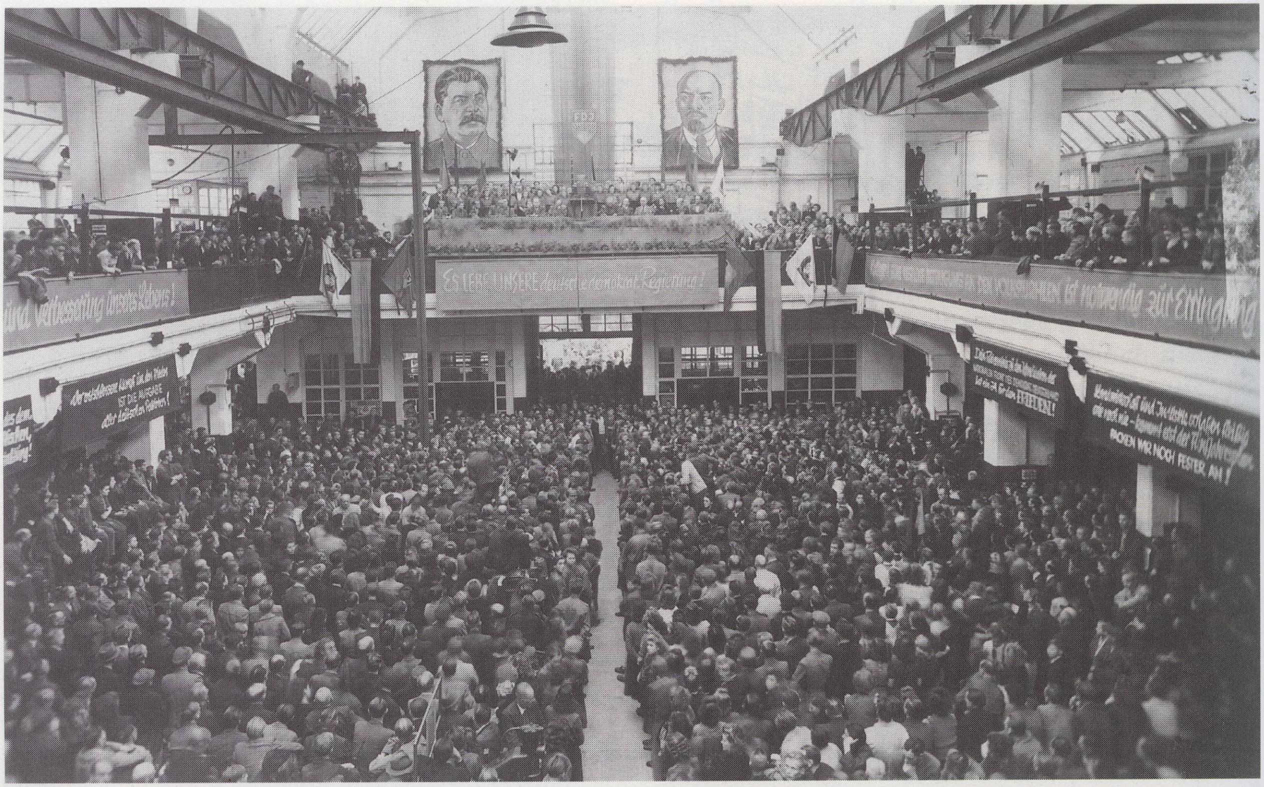
[169] Typoskript, o. T., o. J., 4 Bl., Historische Sammlung. Das folgende Zitat entstammt ebenfalls diesem Text.

Betriebszeitung «Pulsschlag»



zeit und den Arbeitsdruck in der SAG. Hinsichtlich der Arbeitsdisziplin soll Kröter mit seiner Haltung *«Wenn eine Maschine etwas leisten soll, muß selbige erst geschmiert werden»*, beim *«übergroßen Teil der Belegschaft»* Erfolg gehabt haben. Max Anschütz vertrat dazu in der oben erwähnten Befragung die Position: *«Es ging vor allem darum, allen Menschen klar zu machen, wer nicht arbeitet, kann nicht essen.»* Die Konflikte fanden darin ihren Abschluß, daß Reinhold Kröter Sömmerda verließ und in den Westen ging. In einer betriebsinternen Ausarbeitung von 1975, welche die *«Aktivisten der ersten Stunde»* aufzählte, kamen Männer wie Kröter und Wittig nicht mehr vor. Es wurden nur jene erwähnt, die auch am Ende der SBZ und in der DDR noch eine führen-

Kundgebung in der Maschinenbauhalle am 9. September 1950 anläßlich des Besuches von Otto Grotewohl, seit 1946 Vorsitzender der SED (gemeinsam mit Wilhelm Pieck) und erster Ministerpräsident der DDR.



de Rolle spielten. Neben Max Anschütz und Walter Stadel wurden dort Franz Endter und Paul Schneider als erste Vorsitzende der SED-Betriebsgruppe ab 1946,[170] Max Gerhardt als Sekretär der Betriebsparteileitung der SED ab 1949[171] und Kurt Neupert als Kulturdirektor ab 1949 genannt.[172]

Von oben gelenkt entstanden zwischen 1946 und 1949 die politischen Strukturen im Betrieb. 1946 wurde die SED-Betriebsgruppe gebildet. Die 1945 gegründete Antifa-Jugend wurde 1946 in die

[170] ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 08/14.

[171] Max Gerhardt, vor 1945 vier Jahre im KZ Buchenwald interniert, wurde 1950 Abgeordneter in der ersten Volkskammer der DDR. Vgl. Lebensbild des Genossen Max Gerhardt, 16. 5. 86, Historische Sammlung.

[172] Material über die Entwicklung des BWS ab 1945, 21. 3. 1975, Typoskript, 8 Bl., Historische Sammlung, Bl. 3.

[173] Betriebsgeschichte 1946-50, Bl. 56. Historische Sammlung.

[174] Parteigeschichte 1945-1949., Bl. 3.

[175] Richter, Wolfgang und Mellinger, Gerd: Die GST-Arbeit im VEB Büromaschinenwerk Sömmerda, Abschlußarbeit an der Betriebsschule Marxismus-Leninismus der SED Betriebsparteiorganisation, 18. 4. 1975, Historische Sammlung, S. 1.

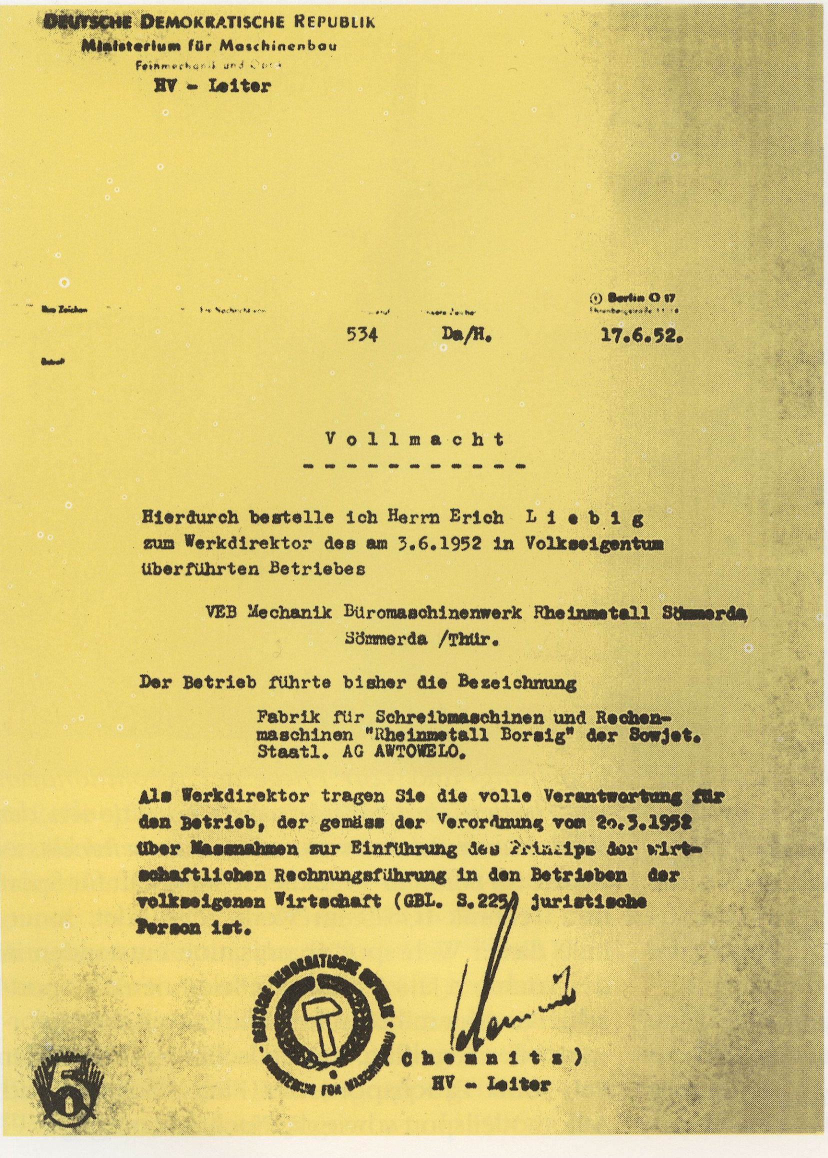
Blick auf Magazin (vorn) und Schreibmaschine Neubau



FDJ überführt. 1947 wurden die Abteilungsparteiorganisationen (APO) der SED in den Produktionsbereichen geschaffen und 1948 die Betriebsparteischule eröffnet. 1949 konstituierte sich die «Deutsch-Sowjetische Freundschaft» (DSF), die aus der 1947 ins Leben gerufenen «Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion» hervorging.[173]

Am 1. 12. 1949 strahlte der Betriebsfunk seine erste Sendung aus. Im selben Monat erschien die erste Nummer der Betriebszeitung *«Pulsschlag der Arbeit»*.[174] Als Teil der *«sozialistischen Wehrerziehung»* und *«zur Pflege der revolutionären wehrhaften und militärischen Traditionen der deutschen und internationalen Arbeiterklasse»* wurde im Sommer 1952 die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) im Werk gegründet. Innerhalb dieser Wehrsportorganisation entstanden in den nächsten Jahrzehnten als Sektionen das Sportschießen, der militärische Mehrkampf, der Motorsport, der Segelflug, das Fallschirmspringen, der See- und Tauchsport, der Flug-, Schiffs- und Automodellsport sowie die Nachrichtentechnik.[175]

Urkunde zur Bestellung von Herrn Liebig zum Werkdirektor



DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK
Ministerium für Maschinenbau
HV - Leiter

Berlin O 17

534 Da/H. 17.6.52.

Vollmacht

Hierdurch bestelle ich Herrn Erich Liebig zum Werkdirektor des am 3.6.1952 in Volkseigentum überführten Betriebes

VEB Mechanik Büromaschinenwerk Rheinmetall Sömmerda
Sömmerda /Thür.

Der Betrieb führte bisher die Bezeichnung

Fabrik für Schreibmaschinen und Rechenmaschinen "Rheinmetall Borsig" der Sowjet. Staatl. AG AWTOWELO.

Als Werkdirektor tragen Sie die volle Verantwortung für den Betrieb, der gemäss der Verordnung vom 20.3.1952 über Massnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBL. S.225) juristische Person ist.

(Chemnitz)
HV - Leiter

Direktor Liebig unterzeichnet die Urkunde zur Überführung des Betriebes in Volkseigentum



Massenentlassung, Streik und Konsumgüterproduktion

Am 3. Juni 1952 war die SAG-Zeit zu Ende. Das Rheinmetall-Werk in Sömmerda wurde von der sowjetischen Regierung an die DDR zurückgegeben und zum «volkseigenen Betrieb» erklärt. «VEB Mechanik Büromaschinenwerk Rheinmetall Sömmerda» lautete der neue Firmenname. Erich Liebig blieb Werksdirektor.

Es ist bekannt, daß 1951 die wirtschaftlichen Probleme zunahmen. Im November dieses Jahres verhandelten Vertreter der staatlichen Plankommission und



der staatlichen Großhandelsorgane[176] mit Mitgliedern der Werksdirektion über die Produktionsplanung für Büromaschinen im kommenden Jahr.[177] Die staatlichen Vertreter bestanden darauf, daß 1952 keinesfalls mehr Maschinen wie im Vorjahr hergestellt werden durften, weil eine Absatzsteigerung nicht zu erwarten wäre. Sie wollten sogar eine Reduktion. So sollten statt der geplanten 69.050 Schreibmaschinen nur 45.000 gefertigt werden. Gleichzeitig verlangten sie eine 25 %ige Absenkung der Werksabgabepreise, um den Export zu steigern. Sie begründeten dies damit, daß die Werksabgabepreise der SAG um durchschnittlich 50-70 % über denjenigen der volkseigenen Industrie liegen würden. Für einen exportgerechten Preis müßte eine Standard-Schreibmaschine mit 40-50 % und eine Kleinschreibmaschine mit 60 % subventioniert werden.

Preise der verschiedenen Büromaschinen

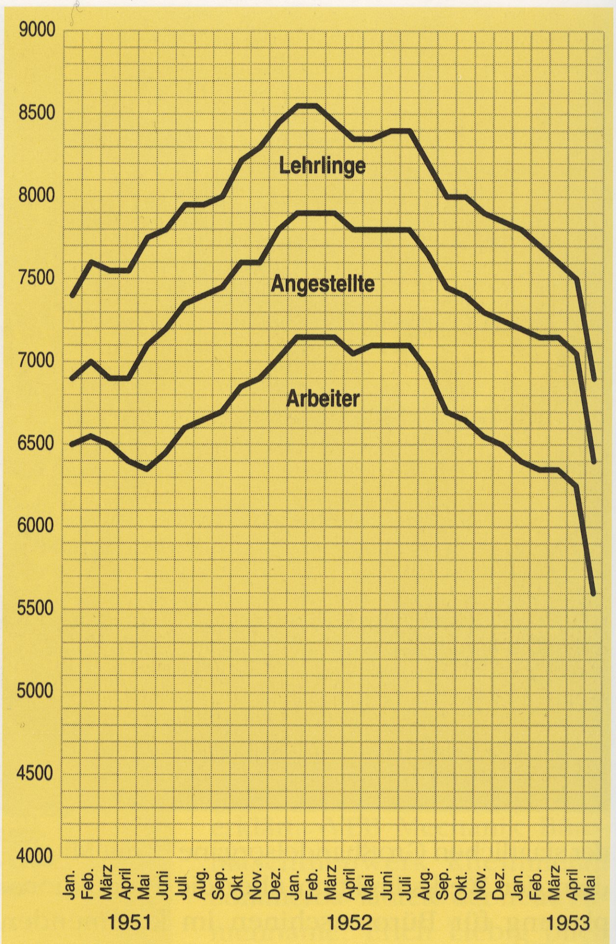
	alt	neu
Schreibmaschinen		
GS 1	394,-	295,50
GS 2	438,-	328,50
GS 3	480,-	360,-
GS 4	560,-	420,-
Kst.	285,-	213,75
Rechenmaschinen		
KEL IIcR	1390,-	1042,50
SAR	1940,-	1455,-
SASL IIc	2570,	1927,50
AES	650,-	487,50
AESwe/33	1350,-	1022,50
Fakturiermaschinen		
FMR 2	6310,-	4732,50

Einen Einblick in das damalige Preisniveau gibt der Vergleich der damals gültigen mit den von den staatlichen Vertretern vorgeschlagenen reduzierten Preisen (siehe obige Tabelle).[178]

In den ersten Jahren nach Kriegsende hatte man hohe Produktionskosten hingenommen, um die von der sowjetischen Militäradministration geforderten Stückzahlen zu erreichen. Jetzt zwangen Absatzschwierigkeiten, Preisdruck und die geforderte Rentabilität zu einer Kehrtwende, die mit erheblichen Produktionseinbrüchen verbunden war.[179]

In der Folge kam es im Werk zu mehreren Entlassungswellen. Insgesamt wurden von Janu-

Verhältnis Lehrlinge, Angestellte, Arbeiter



[176] Diese nannten sich «Deutscher Außenhandel» und «Deutsche Handelszentrale», Protokoll der Sitzung am 30. 11. 51, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/2.

[177] Protokoll der Sitzung am 30. 11. 51, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/2.

[178] Ebd.



ar 1952 bis Juni 1953 von 8.600 Arbeitsplätzen 1.700 abgebaut.[180] Die zeitgenössische Grafik zeigt den Rhythmus des Abbaus.[181]

Aus den Betriebsakten sind aufschlußreiche Details über die Vorgänge bei den Entlassungen bekannt. Es finden sich dort Dutzende von Listen aus den verschiedenen Abteilungen mit namentlich aufgeführten *«überzähligen Arbeitskräften»*. Die Vorsitzenden der Gewerkschaftsleitung der Abteilung (AGL) und der SED-Betriebsgruppe bestimmten zusammen mit dem Kaderinstrukteur und der Betriebsleitung, wem gekündigt wurde. Die Entscheidung war abhängig von der Qualität der Arbeit, der sozialen Lage und ob das Werk noch andere Familienmitglieder beschäftigte. Bei Frauen wurde mehrfach das *«Doppelverdiener»*-Argument ins Feld geführt. Aber auch das politische Engagement spielte eine Rolle. Eine Kollegin wurde zum Beispiel verschont, weil sie Mitglied der AGL war. Bei einer anderen entschied

die Betriebsparteiorganisation (BPO), die Kündigung zurückzunehmen, weil der Ehemann bei der Volkspolizei war.

So wurden SED und FDGB als die Organisationen im Betrieb erlebt, die gemeinsam mit der staatlichen Leitung die Massenentlassungen durchführten. Es kam auch zum Aufbegehren, das aber noch auf Einzelne beschränkt blieb. In den Akten finden sich Bittgesuche und Protestschreiben der Betroffenen. Ein Familienvater bat die BGL um Überprüfung seiner Kündigung, *«da ich ja noch garnicht all zu lange im Arbeitsprozeß stehe. Von 1942 bis 1949 in sowjetischer Gefangenschaft glaubte ich, nach Rückkehr aus dieser ein ordentliches Leben beginnen zu können und sehe mich nun nach einigen Jahren getäuscht.»* Ein 58jähriger hoffte, durch folgende Zeilen an Werksdirektor Liebig seine Entlassung rückgängig machen zu können: *«Ich selber kam (..) erst 1949 aus der Gefangenschaft zurück (...). Während meiner Abwesenheit hatte man mir, da ich Mitglied der NSDAP war, (ohne Funktionen) verschiedene Sachen des täglichen Bedarfs (Anzüge usw.), unter anderem auch mein Gartengrundstück, weggenommen. Das alles trug dazu bei, mir einen Arbeitsplatz zu suchen, wo ich das Verlorene wieder etwas aufholen konnte. An meiner jetzigen Arbeitsstelle hatte ich das Bewußtsein, meinen Arbeitsplatz voll auszufüllen. (...) Ich habe mich bemüht, meine Mitgliedschaft zur NSDAP dahingehend zu korrigieren, daß ich gewissenhaft meine Pflicht tat.»* Ein 48jähriger Techniker, der 19 Jahre im Werk gearbeitet hatte, wurde zwei Stunden nach seiner Frau entlassen. Er schrieb voller Wut an Max Anschütz, der inzwischen den Posten des Arbeitsdirektors bekleidete: *«Wieviel Halunken habe ich schon kommen und gehen sehen im Werk, die es zu etwas gebracht haben und unantastbar und hochgeschätzt wurden von ihren Gönnern und Freunden, die heute von Rheinmetall-Düsseldorf herübergrinsen.»*

Laut Referat des SED-Politbüro-Mitglieds Erich Mückenberger bei einer Parteiaktivtagung im Werk am 23. Juni soll es auch einen Aufruf zum gemeinsamen Widerstand gegeben haben. So hätte Methfessel, *«ein alter Anarchist, ein Syndikalist (...) vor wenigen Wochen hier im Betrieb illegal Flugblätter ausgestreut und angeklebt, wo er zum Anarchismus aufrief und die Forderung des Streikrechtes durchsetzen wollte».*[182] 1951 waren SED-Mitglieder wegen ihrer anarchosyndikalistischen Orientierung aus der Partei ausgeschlossen worden. Damals Ausgeschlossene traten in der Parteiaktivtagung im Mai 1953 auf und vertraten dort die Meinungen: *«Grundfalsch ist die Ansicht, wenn man sagt, wir erkämpfen den Frieden, wenn es sein muß mit der Waffe in der Hand - und das heißt Kriegsspielen»* und *«Parteien und Organisationen müßten in einem Land, wo die revolutionäre Arbeiterschaft die Macht hat, überflüssig sein».*[183]

Nicht nur bei Rheinmetall, wo sich die Entlassungen ab März 1953 häuften, auch in der ganzen DDR gab es immer mehr Gründe, sich gegen staatliche und betriebliche Machthaber zu wehren. Der angestaute Unmut führte im Juni

[179] Die Kriterien der Rentabilität wurden auch auf den sozialen Bereich angewandt. Am 21. März 1952 ließ Generaldirektor Tschuchrow die werkseigene Gärtnerei *«auf Grund der aufgetretenen Verluste und Unrentabilität»* auf Gemüseanbau umstellen. Die Obstbaumplanzen wurden verkauft und die Blumenzucht reduziert. Dafür wurde die Schweinemästerei auf 75-100 Schweine erweitert. Vgl. Anordnung Nr. 3 des Werkes Rheinmetall-Borsig der Zweigniederlassung AG «Awtowelo», 21. 3. 52, ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 01/2.

[180] Fragment einer Betriebsgeschichte, 1979, Typoskript, 16 Bl., Historische Sammlung, Bl. 1. Die folgenden Zitate entstammen ebenfalls dieser Akte.

[181] ThHStAW, Rheinmetall-Borsig AG 05/67.

[182] Referat des Genossen Mückenberger am 23. 6. 1953, Typoskript, 19 Bl., Historische Sammlung, Bl. 16.

[183] Zitiert nach: Betriebsgeschichte 1951-55, Bl. 26.



1953 zu den größten politischen Unruhen, welche die DDR, abgesehen von ihrem Ende, in ihrer 40jährigen Geschichte erlebte.

Die Verschärfung der sozialen und politischen Konflikte hatte mit der zweiten Parteikonferenz im Juli 1952 begonnen, als die SED den *«planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus»* proklamierte. In der Folge verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Menschen. Private Bauern mußten sich, oftmals gegen ihren Willen, in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zusammenschließen. Die

Schwerindustrie wurde auf Kosten der Konsumgüterindustrie gefördert. Im April 1953 wurden die Preise für rationierte Lebensmittel und im Mai die Arbeitsnormen erhöht. Mit dem am 9. Juni eingeleiteten «Neuen Kurs» milderten SED-Politbüro und Regierung einige Maßnahmen vor allem gegen die Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende ab. Die erhöhten Arbeitsnormen, die die Industriearbeiterschaft trafen, wurden nicht zurückgenommen. Das war der unmittelbare Anlaß für den Streik, der am 16. Juni unter den Bauarbeitern der Berliner Stalinallee ausbrach und sich innerhalb eines Tages zum Generalstreik und Aufstand in der ganzen DDR ausweitete.

Unter dem Druck der Berliner Ereignisse wurden die Normerhöhungen noch am 16. Juni korrigiert. Doch die Entwicklung konnte dadurch nicht mehr aufgehalten werden. Der Bevölkerung ging es nicht mehr allein um die Verbesserung der sozialen Verhältnisse. Die Unzufriedenheit mit der Regierung und die Erfahrung politischer Unfreiheit führte in wenigen Stunden zu einem politischen Aufstand mit viel weitergehenden Forderungen wie Rücktritt der Regierung, freie Wahlen und nationaler Einheit. Am Nachmittag des 17. Juni wurde der Aufstand durch sowjetische Truppen niedergeschlagen. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen. Wer konnte, entzog sich der Verfolgung durch Flucht in den Westen. Als Konsequenz aus dem Arbeiteraufstand wurden die Betriebskampfgruppen gegründet. In Sömmerda nahm die im Juli 1953 gegründete Kampfgruppe erstmals 1954 bewaffnet an der Demonstration zum 1. Mai teil.[184] In die offizielle DDR-Geschichtsschreibung ging der Aufstand als von westlichen Agenten initiierte *«faschistische Provokation»* und *«konterrevolutionärer Putsch»* ein.[185]

Was passierte am 17. Juni im Rheinmetall-Werk, dem größten Betrieb von Sömmerda und der Region? Eine Betriebsgeschichte, zu deren Veröffentlichung es durch das Ende der DDR nicht mehr gekommen ist, berichtete dazu Einzelheiten. Am Vortag war noch einmal 250 Belegschaftsmitgliedern gekündigt worden. Am 17. Juni selbst hielt sich die Werksleitung nicht in Sömmerda auf. Sie war nach Berlin gefahren, *«um Direktmaßnahmen zur Verbesserung der Lage des Werkes zu erreichen»*.[186] Offensichtlich spürte man auch in der Betriebsspitze, daß es so nicht weitergehen konnte. Die Beschäftigten, die vom Streik in Berlin erfahren hatten, versammelten sich am 17. Juni früh vor dem Hauptmagazin und verlangten, daß die Normen auf den alten Stand zurückgeführt, der Lebensstandard erhöht und die Entlassungen eingestellt würden. Die Betriebsgeschichte weiter: *«Als die Kollegen an ihre Arbeitsplätze zurück wollten, öffneten Provokateure wie Hurtig, Andrae, Schwabach das Werktor und führten den Zug zum Marktplatz. Ihr Ziel war, die ganze Stadt in Aufruhr zu bringen.»* Da der Autor dieser Betriebsgeschichte davon ausgehen mußte, daß ein Teil seiner Leser und Leserinnen an den Ereignissen beteiligt war, konnte er nicht einfach die offizielle Version vom *«konterrevolutionären Putsch»* übernehmen. So trennte er zwischen den Beschäftigen mit ihren berechtigten Forderungen und einzelnen *«Provokateuren»*, die eine *«imperialistische»* und *«konterrevolutionäre»* Politik vertraten und deshalb folgerichtig verhaftet wurden. Der als *«Provokateur»* namentlich erwähnte Karl Schwabach, der damals als Lebensmittelfahrer im Werk angestellt war und

[184] Ein Neubeginn, Bl. 25. Zuarbeiten 49-79, Materialsammlung, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Zuarbeiten 49-79, Bl. 12f.

[185] Zitiert nach Lehmann, Hans Georg: Chronik der DDR 1945/49 bis heute, München 1987.

[186] Betriebsgeschichte 1951-55, Bl. 27.

[187] Interview mit Karl Schwabach, von der Autorin am 20.9.95 durchgeführt, Historische Sammlung.



Demonstration am 17. Juni 1953 auf dem Marktplatz

heute noch in Sömmerda lebt, berichtete mir die Ereignisse aus seiner Erinnerung.[187] Er erfuhr vom Streik erst, als er am 17. Juni früh im Werk auf eine Menschenansammlung traf: *«Da habe ich gesagt, wenn ihr streikt, da bleibe ich auch da. Da bin ich an dem Tag auch keine Lebensmittel mehr gefahren.»* Er war dann einer der Kollegen, die zu den Versammelten sprachen. Zur Öffnung des Tores und dem Zug der Belegschaft zum Marktplatz hatte er folgende Erklärung: *«Da kam ein Wort ins andere und da wollten die im Werk randalieren. Da sagte ich, wozu? Wenn ihr streiken wollt, dann geht raus. Das Werk wird nicht hier drin demoliert. (...) Da haben sie das Tor 5 aufgeschlossen, dann sind wir raus auf den Markt. Als wir am Volkshaus waren, kam die*

Polizei. Da wurde diskutiert.» Bis zum Marktplatz wuchs die Versammlung auf rund 7.000 Menschen an.[188] Als Rjasankin, der sowjetische Kommandant Sömmerdas, dort erschien und zu der Menge sprechen wollte, wollte man ihn nicht hören. Erboste Demonstrationsteilnehmer versuchten, ihn von dem Wagen zu werfen, der zur Rednertribüne umfunktioniert worden war. Karl Schwabach kannte ihn gut, weil er ihn oft mit Lebensmitteln belieferte. Er erzählte: *«Und jedenfalls der Rjasankin, der Russe, (...), den wollten sie vom Wagen runterschmeißen. Das habe ich auch verhindert.»* Im Ratshaussaal fand anschließend eine Versammlung statt, in der ein Arbeiterkomitee gewählt wurde, dem Karl Schwabach als Vertreter von Rheinmetall angehörte. Die Forderungen hatten zwei Stoßrichtungen: die Veränderung der allgemeinen politischen Verhältnisse und die Verbesserung der sozialen Situation vor Ort. Neben den allgemeinen Forderungen wie freie Wahlen und deutsche Einheit, die, so Schwabach, auch in Sömmerda bekannt waren und geteilt wurden, waren es die schon lang anhaltenden Alltagsprobleme, welche die Menschen aus der Welt schaffen wollten: die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln, die Preissteigerungen, die Stromabschaltungen und der Kohlemangel. Handel und Versorgung wollte das gewählte Komitee deshalb selbst in die Hand nehmen, dafür war bereits ein Verantwortlicher bestimmt. Eine weitere Forderung war der Rücktritt und die Neuwahl der Gewerkschaftsleitung im Betrieb. Natürlich sollten die Entlassungen zurückgenommen werden, mit Ausnahme der sogenannten «Doppelverdiener». Daß auch der Rücktritt der Werksleitung, die Übergabe sämtlicher Geldschrankschlüssel an das Komitee und die Entwaffnung der Volkspolizei gefordert wurde, wie es in der Werkszeitung vom Juli 1953 hieß,[189] konnte Karl Schwabach nicht bestätigen.

Am Nachmittag des 17. Juni wurde in Sömmerda wie fast überall in der DDR durch die sowjetischen Militärs der Ausnahmezustand verhängt.[190] Karl Schwabach sorgte noch dafür, daß der Marktplatz von heruntergerissenen Plakaten und Parteiabzeichen[191] gesäubert wurde und schaute auch im Werk noch einmal nach dem Rechten. *«(...) die Polizei hat das Tor besetzt, da habe ich gesagt, laßt keinen rein»*, berichtete er. Um 20 Uhr ging er nach Hause. Nachts um halb eins holte ihn die Staatssicherheit aus dem Bett: *«Fünf Mann waren drin, zwölf Mann waren außen verteilt rund um den Block»*, erzählte Schwabach. Er wurde mit dem Auto zu einem freien Feld zwischen Sömmerda und dem nahegelegenen Schloßvippach gebracht. Karl Schwabach rechnete damit, dort erschossen zu werden: *«Da habe ich gedacht, jetzt ist Feierabend.»* Auf dem Feld wurde er mehrere Stunden festgehalten, bis die anderen verhafteten Mitglieder des Arbeiterkomitees dazu kamen. Die Männer wurden in den Polizeiwagen hineingeprügelt und ins Erfurter Gefängnis am Domplatz gebracht. Dort folgten

188 Brant, Stefan: Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, Stuttgart 1954, S. 206.

189 Pulsschlag, Jg. 4, Nr. 10, Juli 1953.

190 Betriebsgeschichte 1951-55, Bl. 28 und: Brant, Stefan: siehe Anm. 188.

191 Die Träger hatten ihre Parteiabzeichen weggeworfen, wie Karl Schwabach im Interview berichtete.

192 Einige Personen konnten sich ihrer Haft durch Flucht in die Bundesrepublik entziehen.

193 Schreiben der Betriebsparteiorganisation an die Kreisleitung de SED, 31. 7. 1953, Historische Sammlung. Schwabach wurde im November 1955 wegen politischer Äußerungen erneut verhaftet und verurteilt. Bis Januar 1957 war er im Arbeitslager. Die Sömmerdaer Haftrichterin warf ihm damals unter anderem vor, daß er keine Lehren aus dem 17. Juni gezogen habe.

194 Pulsschlag, Jg. 4, Nr. 10, Juli 1953.

195 Siehe Entwicklung der Arbeitskräfte im Anhang. Ein Nebeneffekt der Kursänderung war die Delegierung von mehreren Dutzend Büromaschinenwerkern in die Landwirtschaft durch die Parteileitung. Neubert, Erich: Industriearbeiter aufs Land - Bündnispolitik-, 1979, Typoskript, 2 Bl., Historische Sammlung.

wochenlange nächtliche Kreuzverhöre. Die Verhafteten wurden angebrüllt, bedroht und mißhandelt. Später wurde Schwabach zu den sowjetischen Militärs nach Weimar gebracht, wo er den sowjetischen Kommandanten Rjasankin wiedertraf. Karl Schwabach glaubt, daß er diesem seine Freilassung nach rund drei Monaten Haft zu verdanken hatte. Nach seinem Bericht wurden von den rund zehn Männern, die damals in Sömmerda und Umgebung verhaftet wurden, einige zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.[192] Die Staatssicherheit zwang Schwabach vor seiner Entlassung, sich per Unterschrift zur Spitzeltätigkeit zu verpflichten. *«Ich unterschrieb es, aber gemacht habe ich es nicht»*, berichtete er. Über Dritte warnte er die Kolleginnen und Kollegen, über die er Berichte anfertigen sollte.

Zurück in Sömmerda erfuhr Schwabach viel Hilfsbereitschaft und Solidarität im Werk. Unter den Beschäftigten waren heimlich Geldsammlungen durchgeführt worden, um seine Familie zu unterstützen, die während seiner Haft ohne Einkommen war. Er berichtete, daß auch Werksdirektor Liebig, der technische Leiter Kottmann und andere Mitglieder der Betriebsleitung ihn unterstützten. Seine Arbeit im Werk konnte er wieder aufnehmen. Auch für Hurtig, den zweiten verhafteten Werksangehörigen, gab es Solidaritätsbeweise.[193]

Konsequenzen hatte der 17. Juni nicht nur für Männer wie Schwabach. Auch die Betriebsparteileitung und die SED-Mitglieder im Betrieb wurden von übergeordneten Stellen öffentlich kritisiert. Ein *«Redaktionskollektiv»* schrieb im Juli in der Werkszeitung «Pulsschlag der Arbeit» : *«Unsere über tausend Mitglieder der Partei in unserem Betrieb bildeten nicht den einheitlichen Block, der zur frühzeitigen Zerschlagung des ganzen Putschversuches notwendig gewesen wäre. Selbst die führenden Funktionäre der Partei und Wirtschaft im Betrieb waren nicht in der Lage, den Provokateuren ein Halt entgegenzusetzen. (...) es kam sogar soweit, daß die Genossen Stange, Seidel, Anschütz und der Genosse Max Gerhardt mit den Provokateuren Verhandlungen über die Forderungen des sogenannten «Komitees» führten. (...) Das Entscheidende, warum an diesem Tage die Betriebsparteiorganisation versagt hat, ist jedoch nicht allein das Versagen einiger Spitzenfunktionäre. (...) Die Ursachen des Versagens sind vielmehr darin zu suchen, daß sich der überwiegende Teil unserer Genossen seit Jahren bereits von den Massen zu lösen begann. (...) Es wird allgemein von den Kollegen mit Recht kritisiert, daß die führenden Funktionäre der Parteiorganisation und auch der Gewerkschaft mit «angelegten Ohren» so schnell als möglich durch die Säle des Betriebes gehen, und kaum noch mit den Kollegen über deren Nöte und Sorgen diskutiert haben.»* [194] So wurde die Verantwortung in der SED von oben nach unten abgeschoben.

Tatsächlich änderte sich der politische und wirtschaftliche Kurs nach dem 17. Juni. Die Rheinmetall-Belegschaft erreichte durch ihren Streik das Ende der Entlassungen. Es kam zu einem langsamen Wiederanstieg der Beschäftigtenzahlen, die 1956 den Stand wie vor dem Arbeitsplatzabbau erreichten.[195] Möglich wurde dies durch die Ausweitung der Konsumgüterproduktion, mit der die DDR-Führung auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung reagierte. Ganz neue Artikel, betriebsintern als *«artfremde Produktionsgüter»* bezeichnet, wurden ab 1953 in das Fertigungsprogramm des Sömmerdaer Werkes aufgenommen. Hauptsächlich handelte es sich um Fotoapparate und Mopedmotoren. Für die ersten zwei Fotoapparate, die «Weltax» und die «Exa», wurden die Konstruktionsunterlagen von den bisherigen Her-

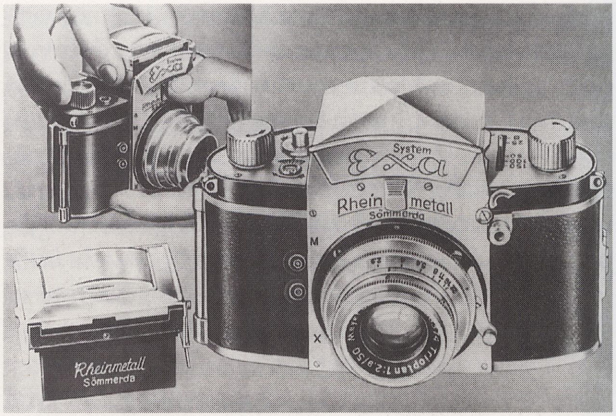
Fotoapparat-Montage

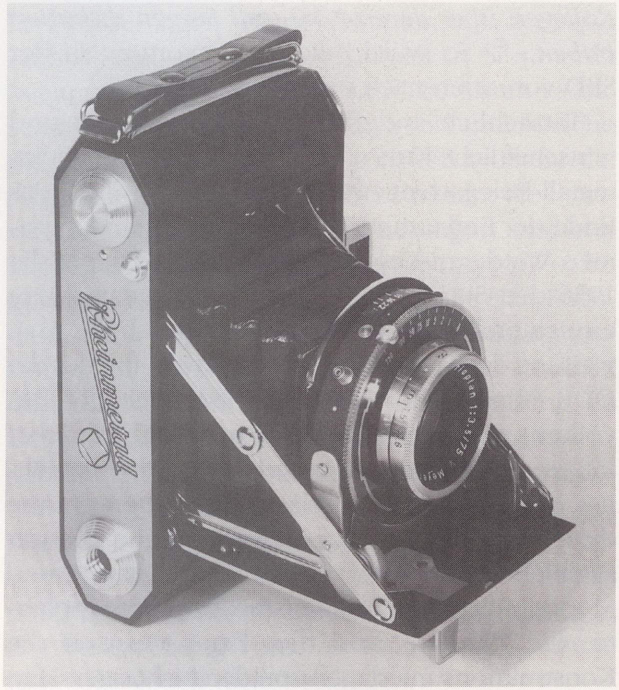
Fotokamera Weltax

Fotokamera Exa

Boxkamera Perfekta I









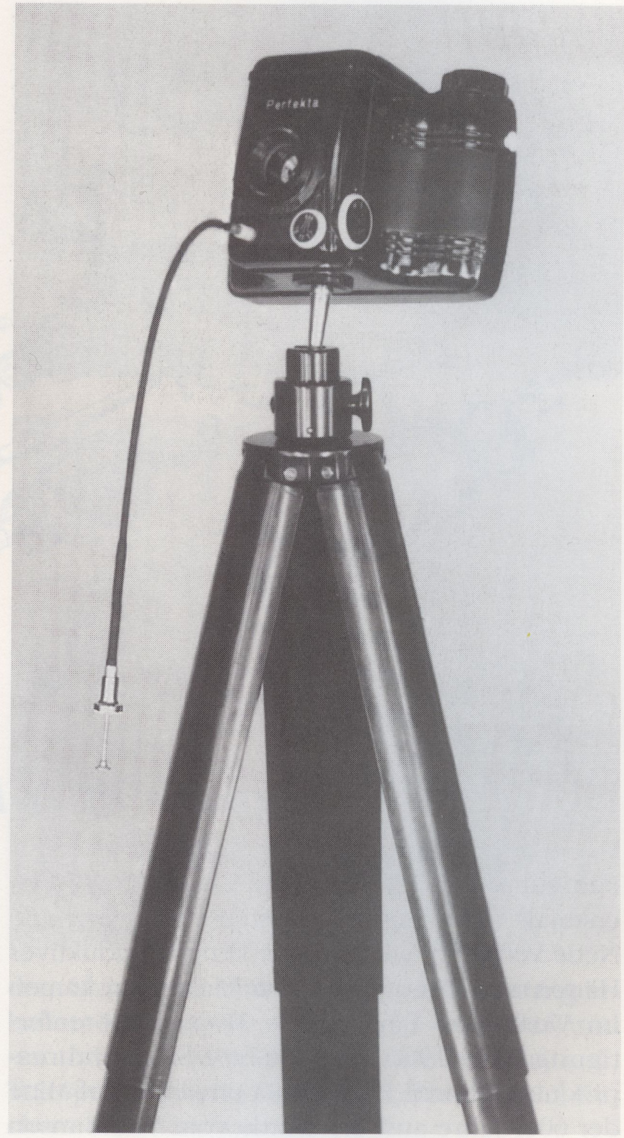
Boxkamera Perfekta II

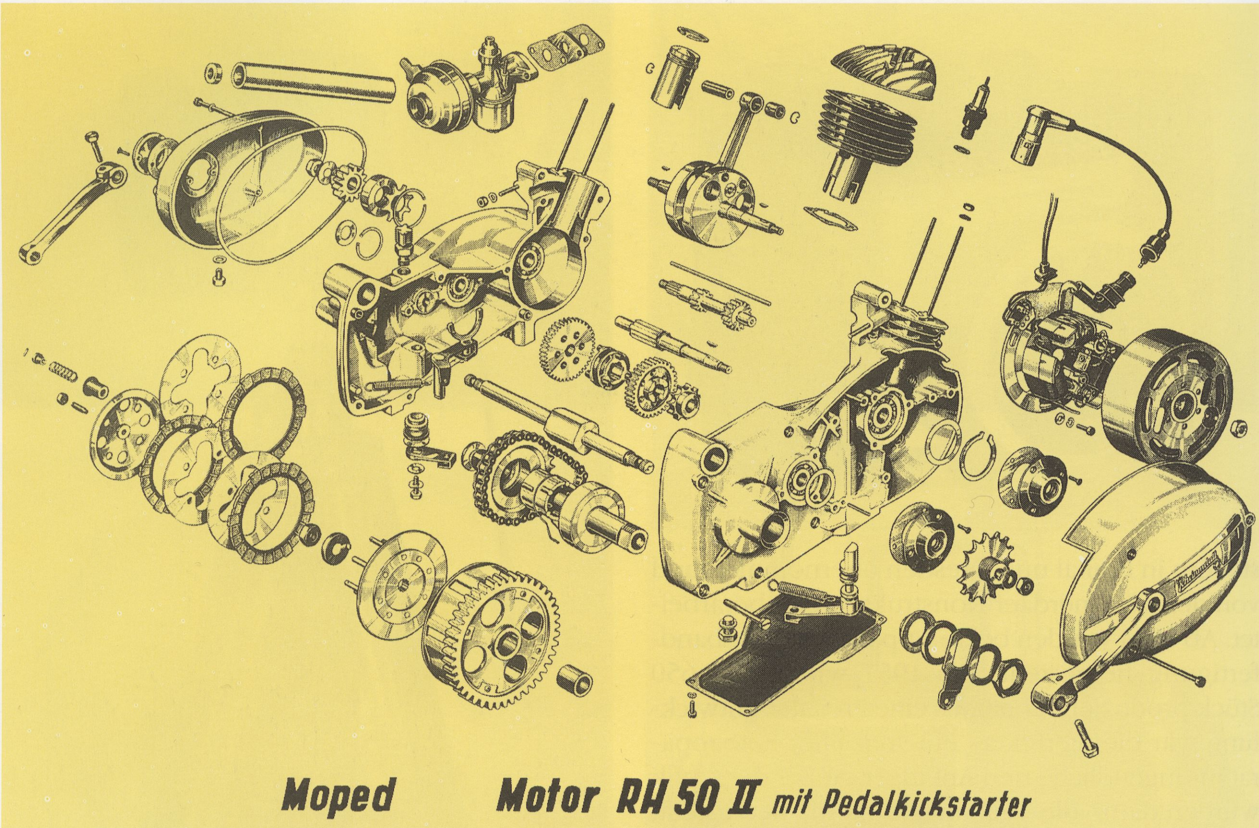


stellern in Freital und Dresden übernommen und von den Sömmerdaer Konstrukteuren überarbeitet. Ab 1954 wurden beide Apparate in Fließbandfertigung hergestellt. Bis 1957 wurden 60.650 Stück produziert. Ebenfalls eine Freitaler Entwicklung war die «Perfekta», ein spezieller Fotoapparat für Jugendliche und Anfänger. Außer der Optik wurden dafür alle Teile in Sömmerda hergestellt. Perfekta I war eine Boxkamera. Bei der in Sömmerda entwickelten Perfekta II, die handlicher war, wurde das Objektiv für den Gebrauch herausgezogen. Bis 1957 wurden über eine Million dieser Fotoapparate in Sömmerda produziert.[196]

Auch die ab 1954 hergestellten Mopedmotoren stellten die Rheinmetall-Konstrukteure vor völlig neue Aufgaben. Mit diesem Produktionszweig hielt die Automatisierung im Werk Einzug. Zur

Fotoapparatestativ

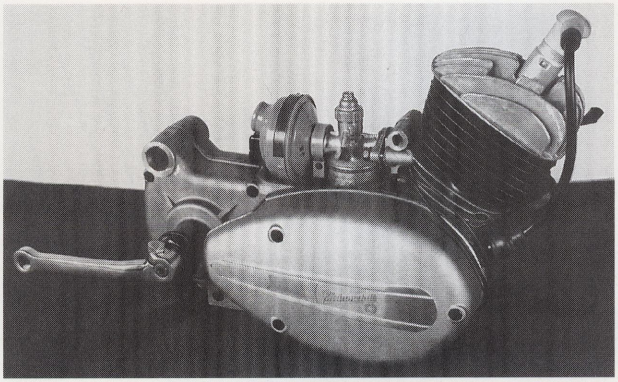


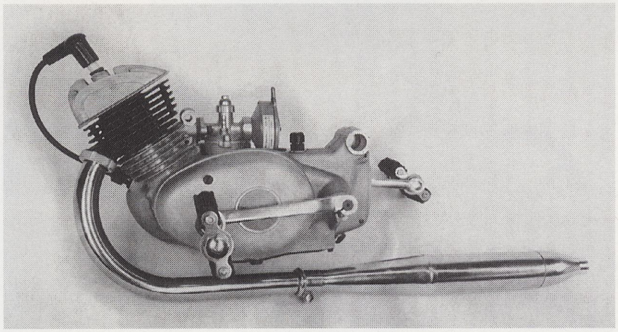


Fertigung von Gehäusen und Zylindern wurden erstmals automatische Taktstraßen eingerichtet. Neue Verfahren wie Formmaskenguß, induktives Härten und Einsatz von Sinterstahlteilen kamen im Werk zum Einsatz. Die Mopedmotorenfertigung, die 1960 mit 166.690 Stück Jahresproduktion ihren Höhepunkt erreichte, lief Mitte der 60er Jahre aus. Sie wurde vom VEB Simson

[196] Ein Neubeginn, Bl. 8.
[197] Produktionsstückzahlen, Historische Sammlung, und: Wächter, Hartmut und Hauke, Gerhard: Entwicklung des Produktionsprofils des VEB BWS der letzten 30 Jahre unter den Bedingungen des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft, Typoskript, 6 Bl. mit Anhang, Historische Sammlung, Bl. 2.
[198] Protokoll über die am 12. 1. 1955 im Lesesaal des Kulturhauses «1. Mai» durchgeführte 1. Parteiaktivtagung 1955, Historische Sammlung, Bl. 2.

Seitenansichten des Mopedmotors





Konsumgüterschau



Kinderfahrrad



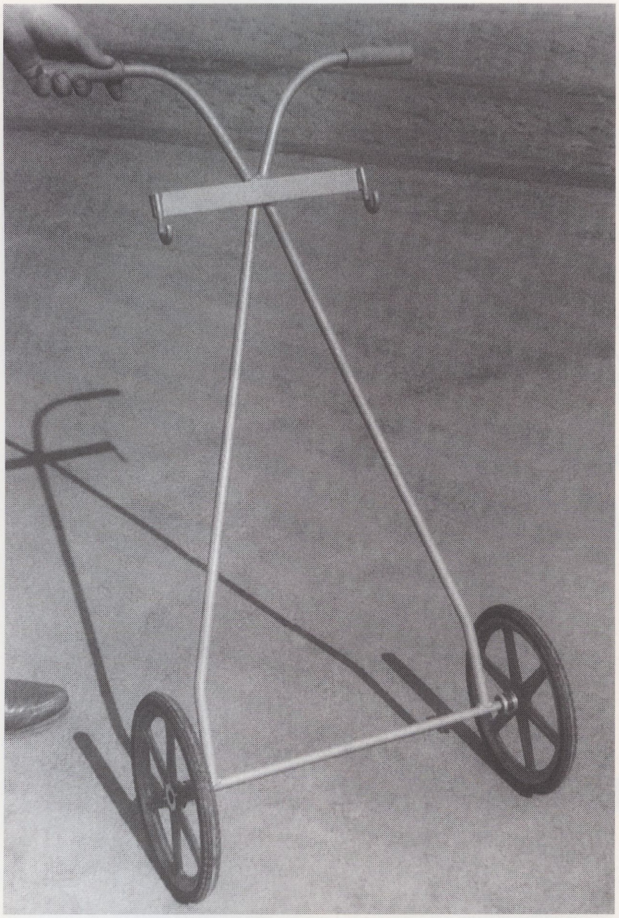
in Suhl, der bisher von Sömmerda beliefert wurde, selbst übernommen. Bis dahin wurden 1.360.349 Motoren für die Mopeds SR 1, SR 2, SR IV sowie für den Kleinroller KR 50 in Sömmerda hergestellt.[197]

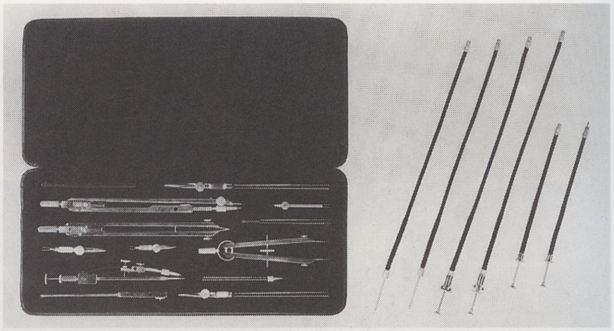
Neben den Fotoapparaten und Mopedmotoren wurde im Rahmen der Konsumgüterproduktion eine bunte Mischung von Massenbedarfsartikeln hergestellt. Dazu zählten Drahtauslöser für Fotoapparate, Bildvergrößerungsgeräte wie Manufoc und Epilux, Reißzeuge, Kohlenzangen, Notenständer, Skikanten, Menübestecke, Fahnenstangenhalter, Kinderroller, -fahrräder, -dreiräder und -motorräder, Kleiderbügel, Fahrradanhänger, Transportwagen für Mülltonnen, Bootswagen, Küchen- und Waschmaschinen.[198]

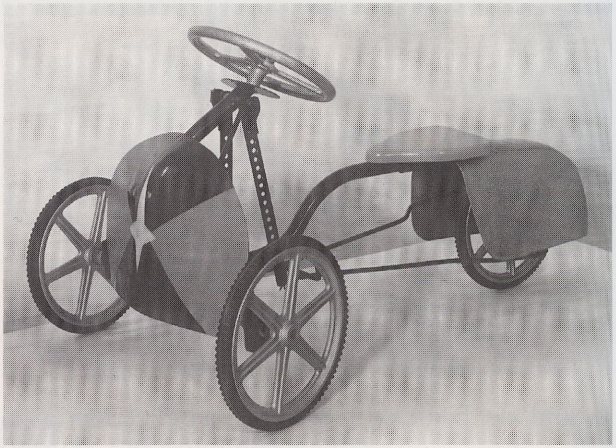
Transportwagen für Mülltonnen

Zirkelkasten und Drahtauslöser

Tretauto «Holländer»





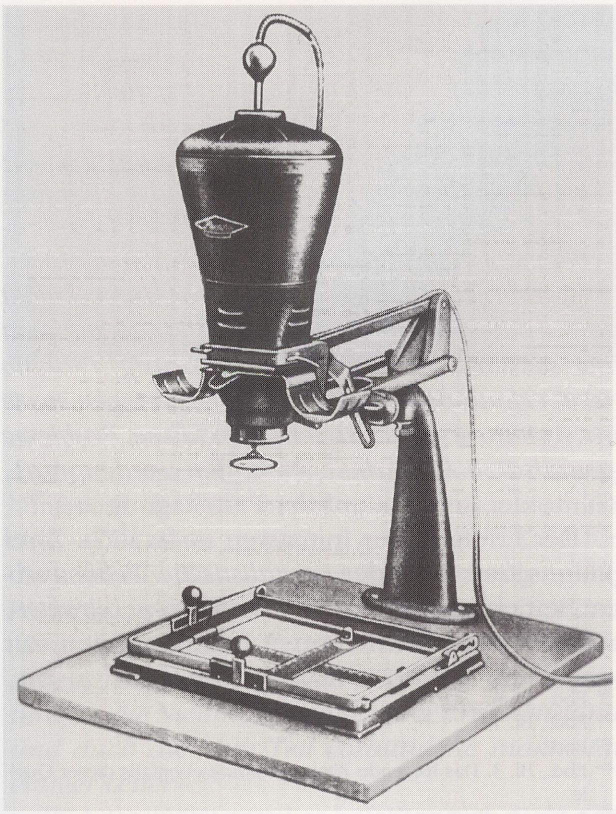


In der Konsumgüterproduktion der 50er Jahre mußte sich einmal mehr das Know-How und die Improvisationsfähigkeit der Sömmerdaer Konstrukteure und Technologen beweisen.[199] Die kurzfristige Aufnahme ganz neuer Artikel in das Produktionsprogramm war nicht ohne erheblichen Aufwand und große Anlaufschwierigkeiten zu erreichen. Obwohl 1954 die Produktion von Fotoapparaten immerhin 15,7 % des Plans ausmachten, standen die dafür benötigten Verschlüsse und Optiken erst im vierten Quartal dieses Jahres zur Verfügung. Bei den ebenfalls benötig-

[199] Technologen waren die für die Durchplanung und Aufnahme des Fertigungsprozesses verantwortlichen Ingenieure.

[200] Wie Anm. 198, Bl. 7.

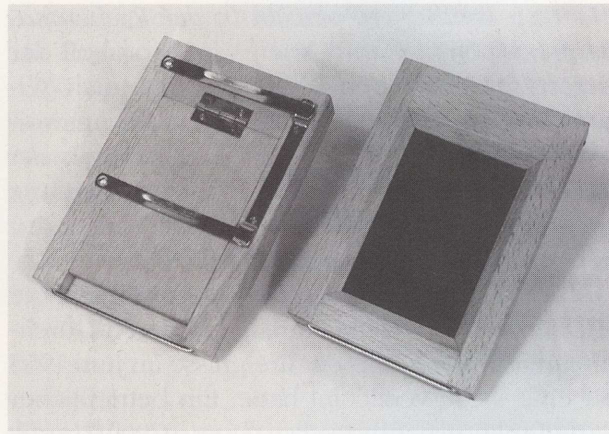
Foto-Vergrößerungsgerät

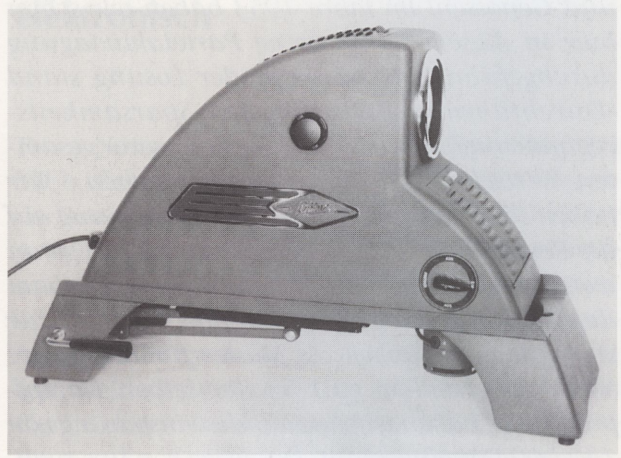


ten Kleinstdrehteilen, die aus Westdeutschland importiert werden mußten, fehlten noch Anfang 1955 36 von 94 Positionen. Man entschloß sich im Werk deshalb, die Teile zunächst selbst herzustellen und mußte *«bei nicht passenden Maschinen Verteuerung und Ausschuß, also Mehrkosten»* in Kauf nehmen, wie im Protokoll der werksinternen Parteiaktivtagung im Januar 1955 zu lesen ist.[200] Unter den Bedingungen eines der-

Vergrößerungsrahmen

Bildwerfer Epilux





art *«unrealen Planes»,* wie es ein Teilnehmer der Tagung bezeichnete, konnten die Produktionsziele nicht erreicht werden. Obwohl im Büromaschinenbereich der Plan mit 99 % erfüllt wurde, drückten die Zulieferungsprobleme bei den Fotoapparaten das Gesamtergebnis auf 89,2 %.[201]

Auch bei den anderen Konsumgütern gab es Probleme. Bei den Kohlenzangen dauerte allein der Bau der benötigten Werkzeuge ein halbes Jahr. Die geplante Herstellung von Fahrradersatzteilen blieb schon in den Anfängen stecken. Für die Skikanten waren die Bohrmaschinen *«angeblich nicht zu beschaffen, obwohl in der Rechenmaschine solche frei sind»*, wie es im Protokoll der Tagung hieß.[202] Offensichtlich gab es auch Widerstände in der Belegschaft gegen die Ausweitung der Produktpalette. *«Wir machen aus der Rheinmetall kein Warenhaus»* war als Meinung im Werk so verbreitet, daß sie zum Thema auf der Parteiaktivtagung wurde.[203]

Zur Steigerung der Arbeitsproduktivität griff die SED jetzt auf die Mittel zurück, auf deren Durchsetzung sie angesichts der Ereignisse im Juni 1953 für eine Weile verzichtet hatte. Ein betrieblicher Parteifunktionär führte dazu aus: *«Genossinnen und Genossen! Im Jahre 1953 haben wir schon hier in diesem Raume eine Parteiaktivtagung durchgeführt, welche unter der Losung stand «Durchführung des strengsten Sparsamkeitsregimes muß stets im Mittelpunkt unserer gesamten Wirtschafts- und Parteiarbeit stehen.» Wir haben schon damals festgestellt, daß in bezug auf die Rentabilität unseres Betriebes noch viel getan werden muß. Die Grundorganisation 5 bekam den Parteiauftrag, ein Kampfprogramm für strengste Sparsamkeit als Muster für das ganze Werk zu erstellen. (...) Im demselben Kampfprogramm haben wir eine Mindesteinsparung von 140.000 DM eingeplant. Das wäre von uns realisiert worden, wenn nicht durch einige Maßnahmen nach dem 17. 6. unser Kampfprogramm mit einer Einsparung von rd. 80.000 DM vorzeitig beendet werden mußte.»*[204] Er schlug die Einführung *«technisch begründeter Arbeitsnormen (TAN)»* vor, wie die Normenerhöhung umschrieben wurde, sowie die Korrektur zu hoher Lohneingruppierung. Er nannte das die Einhaltung des *«ökonomischen Gesetzes der Verteilung nach Arbeitsleistung»*. Hartnäckig hielten sich jedoch andere Vorstellungen von Arbeitsorganisation und -entlohnung in der Belegschaft, wie am Beispiel der Prämien gezeigt werden kann. Im Bereich eines Meisters hatte die Belegschaft in drei Gewerkschaftsgruppenversammlungen das Prämiensystem kritisiert. *«Man ist der Meinung, wir sollten dazu übergehen, die für das Jahr auszuschüttende Prämie zu sammeln und sie am Jahresende unter den Kollegen gleichmäßig aufzuteilen, wobei man ihrer Meinung nach die Bummelanten nicht berücksichtigen soll. Man verneint also in dieser Meisterschaft die Grundprinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung. Deshalb ist es erforderlich, daß in den Meistertagen sowie in Agitatorenschulungen über diese Probleme grundsätzlich Klarheit geschaffen werden muß»*, führte der Referent auf der Parteitagung aus.[205]

Der Erfolg dieser Initiativen ist fraglich. Zwei Jahre später hatte der *«sozialistische Wettbewerb»* im Betrieb immer noch *«keinen Massencharakter»*, ist in handschriftlichen Aufzeichnungen zur

[201] Ebd., Bl. 6.
[202] Ebd., Bl. 13.
[203] Ebd.
[204] Ebd., Bl. 3. Das folgende Zitat entstammt ebenfalls dieser Quelle.
[205] Referat für die Parteiaktivtagung am 12.1. 1955, Historische Sammlung, S. 22.
[206] Kurzfassung Betriebsgeschichte VEB R.-BWS, Manuskript, 36 Bl., Historische Sammlung, Bl. 24.
[207] Wie zu Ehren des VI. Parteitages der SED im VEB Büromaschinenwerk Sömmerda nach der Beispiel der Werktätigen des VEB Elektrokohle Berlin Lichtenberg das Produktionsaufgebot durch die Betriebsparteiorganisation entwickelt und geführt wurde, Typoskript, 36 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Zu Ehren des VI. Parteitages, Bl. 4.
[208] Zuarbeiten 49-79.
[209] Pulsschlag 13/1958.
[210] Rechenmaschine Nr. 200.000, Typoskript, 11 Bl., Historische Sammlung.

Die 100.000ste Großschreibmaschine am 1. 7. 1954



Betriebsgeschichte zu lesen. Auch *«Arbeitsdisziplin und Arbeitsmoral»* hätten im Jahr 1956 nachgelassen. In Vorbereitung der 3. Parteikonferenz der SED im März 1956 wurde deshalb eine *«offensivere Agitation»* gefordert.[207] Und für die Jahre bis 1961 wurde in einer Darstellung die Feststellung getroffen: *«Große Sorgen bereitete den Verantwortlichen des Betriebes die schlechte Arbeitsdisziplin in einigen Betrieben und Abteilungen, die Nichtnormerfüller, der Krankenstand und auch die zum Teil vorhandene Inaktivität einiger Leiter.»* [207]

Büromaschinenwerker befaßten sich nicht nur mit der Herstellung von technischen Konsumgütern, sondern halfen auch bei der Produktion anderer Waren des täglichen Bedarfs. Nachdem auf der bereits erwähnten 2. Parteikonferenz 1952 die Einrichtung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) beschlossen wurde, folgte in den nächsten Jahren die Kampagne *«Industriearbeiter auf's Land!»* 75 Werksangehörige verließen, dem *«Ruf der Partei folgend»*, das Werk, *«um durch politische und fachliche Hilfe das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern zu festigen»*, wie es in einer betriebsinternen Ausarbeitung hieß. Die meisten blieben auch *«nach Erfüllung ihres Auftrages»* in der Landwirtschaft tätig.

Auch in einem anderen Sinne wirkte das Werk im Sinne *«sozialistischer Gemeinschaftsarbeit»*. 1960 wurden Freundschaftsverträge mit den drei Sömmerdaer Oberschulen geschlossen. Damit wurde die Grundlage für den Unterricht in *«produktiver Arbeit»* und *«sozialistischer Produktion»* gelegt, der später 1.600 Schülerinnen und Schülern in einem vom Werk eingerichteten Polytechnischen Zentrum erteilt wurde.[208]

Die Büromaschinen wurden elektronisch

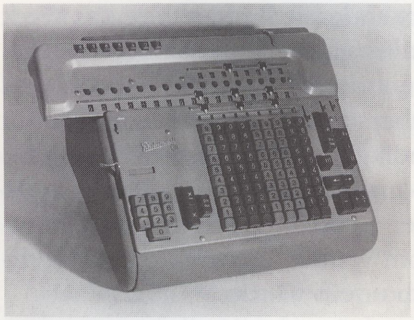
Trotz Neuaufnahme der Konsumgüterfertigung blieb die Büromaschinenproduktion der tragende Bereich im Werk. 1956 wurde die 200.000ste Addiermaschine, 1957 die 150.000ste Großschreibmaschine und die 20.000ste Fakturiermaschine und 1958 die 500.000ste Kleinschreibmaschine hergestellt.[209] Wie schon vor dem zweiten Weltkrieg, wurde die Anwendung dieser Geräte durch Zusatzeinrichtungen und die Erweiterung der Kombinationsmöglichkeiten verbessert. Die Geräte wurden geräuschärmer und in neuer Verkleidung angeboten.[210]

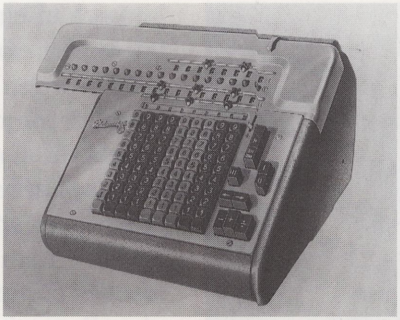
1959 wurde das Werk um einen Betriebsteil in Worbis im Eichsfeld erweitert. In der ehemaligen Batteriefabrik wurden Tastenkörper für Rechenmaschinen gefertigt. Die Produktion begann mit

Rechenmaschinen **Addiermaschine**

Kleinschreibmaschine gekoppelt mit Streifenlocher **Fakturierautomat FMEL**

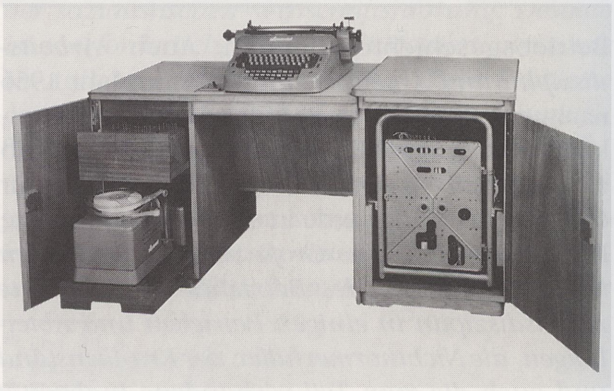
Tabelliermaschine mit Summenlocher 440

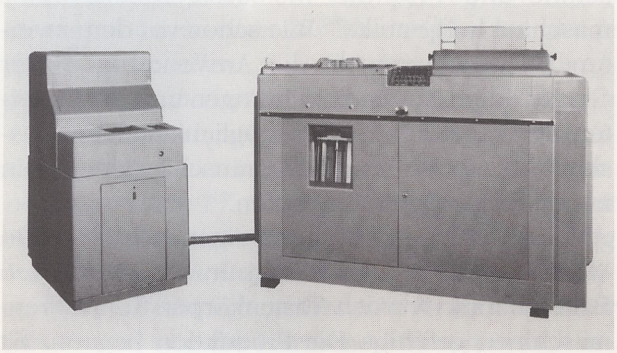












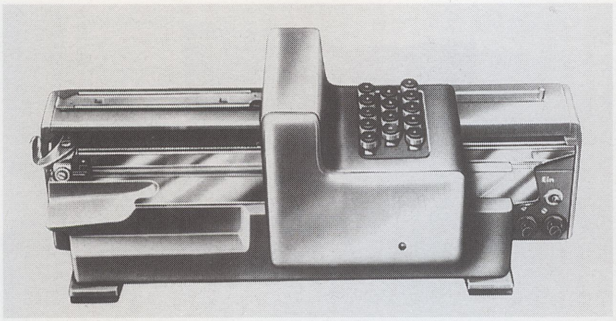
293 Arbeitskräften, davon 219 Frauen. Mitte der 60er Jahre kam dann ein weiterer Betriebsteil in Halberstadt nördlich des Harzes dazu. Dort waren bisher Küchenuhren hergestellt worden. Jetzt wurden die Kapazitäten sowohl für die Vorfertigung als auch für die Montage von Büromaschinen ge-

211 Aussagen von Walter Stadel und Beschäftigtenzahlen aus dem Betriebsarchiv.

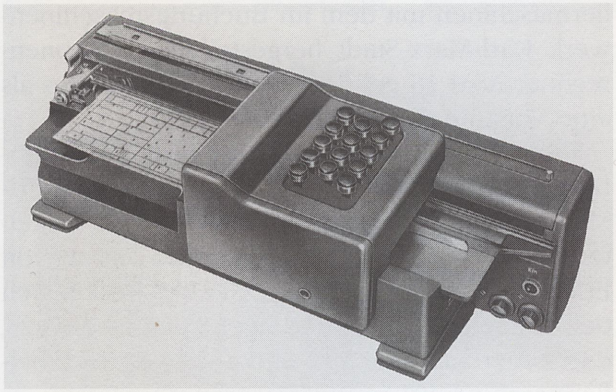
212 ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/101. Und: Der Einsatz moderner Rechentechnik im BWS, Typoskript, 5 Bl., Historische Sammlung.

213 Typoskript, o. T., o. J. (1958 oder 59), Historische Sammlung.

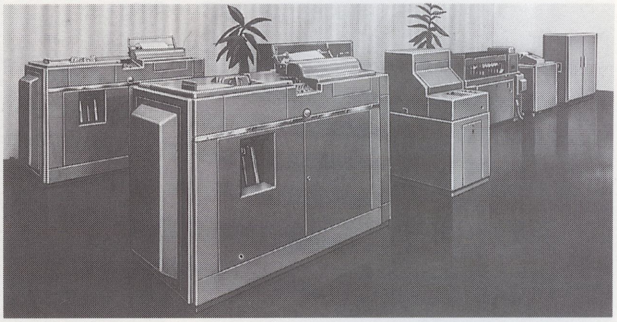
Kartenlocher



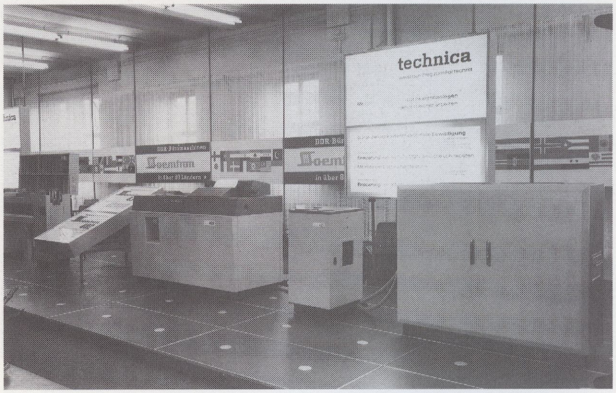
Kartenprüfer



Lochkartenmaschinen der 1. Generation



Lochkartenmaschinen der 2. Generation mit Elektrorechner ASM 18 auf der Leipziger Messe



nutzt. 1969 arbeiteten dort 302 Menschen, davon 228 Frauen. Die Übernahme von Worbis und Halberstadt, die der Betriebsleitung von politischen Stellen vorgegeben wurde, hatte ihren Grund in der Förderung industrieschwacher Regionen und kam der Frauenerwerbsarbeit zugute.[211]

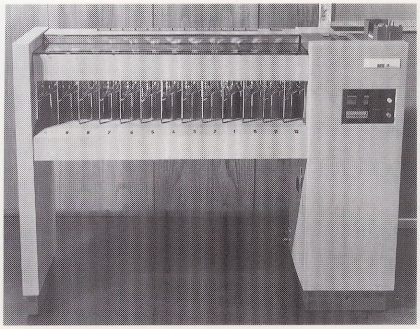
In der zweiten Hälfte der 50er Jahre wurde die Herstellung von Bürotechnik um ein Produkt erweitert, das im Sömmerdaer Werk seit den 20er Jahren Thema war und seit den 30er Jahren auch in der eigenen Verwaltung Anwendung fand: die Lochkarten- und Lochstreifentechnik.[212] Das Lochkartensystem bestand aus verschiedenen Maschinen, die elektrisch angetrieben wurden. Dazu gehörten ein Kartenlocher zur Erstellung der Lochkarte, ein Lochkartenprüfer, eine Sortiermaschine und eine Tabelliermaschine zur Auswertung der Lochkarten. Die Tabelliermaschine war das größte und komplizierteste dieser Geräte. Meist war sie mit einem Summenlocher kombiniert, der bestimmte Summenwerte in Summenkarten einlochte.[213] Ab 1961 wurden die Tabel-

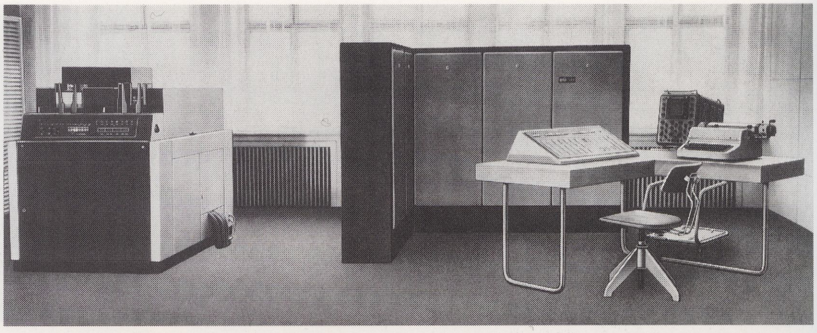
Sortiermaschine 434

Lochkartenrechner R100

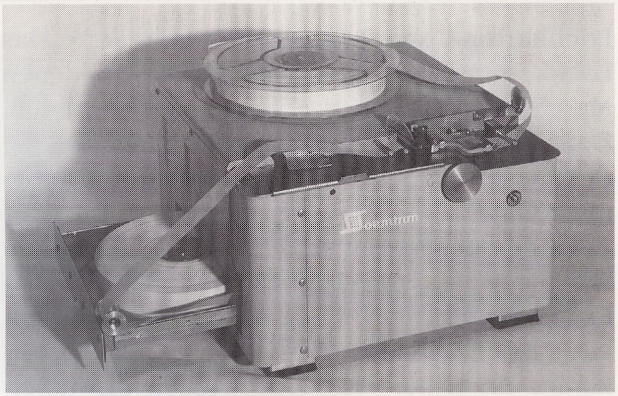
Tabelliermaschine 401 mit ASM 18

Streifenlocher 470









liermaschinen mit dem im Buchungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt hergestellten Elektronenrechner ASM 18 gekoppelt. Man könnte dies als eine Vorstufe der EDV bezeichnen.

Gemeinsam mit Spezialisten des VEB Elektronische Rechenmaschinen im damaligen Karl-Marx-Stadt, heute wieder Chemnitz, entwickelten Rheinmetall-Konstrukteure unter Leitung von Erich Krüger ab 1955 diese Geräte. 1957 waren der Magnetlocher 413 und der Magnetprüfer 423, die Sortiermaschine 431 und 432 und die Tabelliermaschine 401 produktionsreif. Der Summenlocher 440 kam 1961 dazu. Danach entstand die leistungsfähigere zweite Generation der Geräte. Dazu zählte die ab 1964 gebaute Tabelliermaschine 402 mit einer Bearbeitungskapazität von

[214] Der Einsatz moderner Rechentechnik im BWS, Typoskript, 5 Bl., Historische Sammlung. Außerdem: Erfolgreiche Bilanz - klare Perspektive, 19. 10. 1971, Typoskript, 4 Bl., Historische Sammlung.

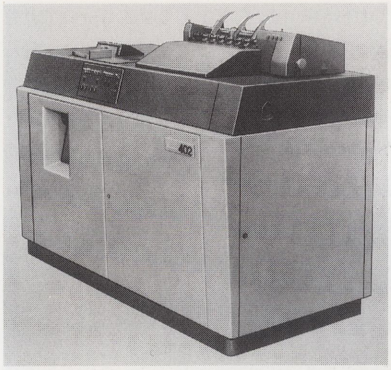
[215] «Vereinigung Volkseigener Betriebe Datenverarbeitung- und Büromaschinen; Typoskript, 15 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Vereinigung Volkseigener Betriebe, Bl. 2. Und: Altersstruktur der Warenproduktion im VEB BWS von 1945-1986, Typoskript, 2 Bl., Historische Sammlung.

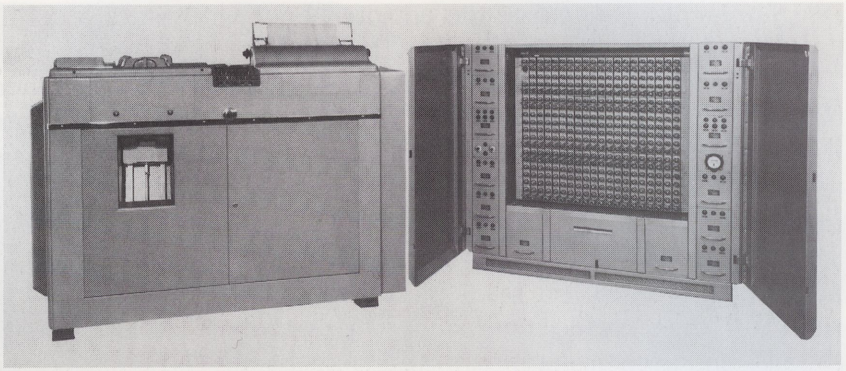
Tabelliermaschine 402

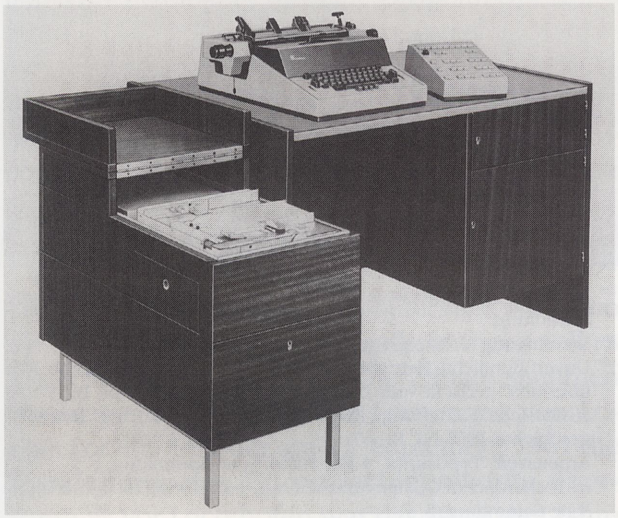
Tabelliermaschine 401 mit ASM 18 (in geöffnetem Zustand)

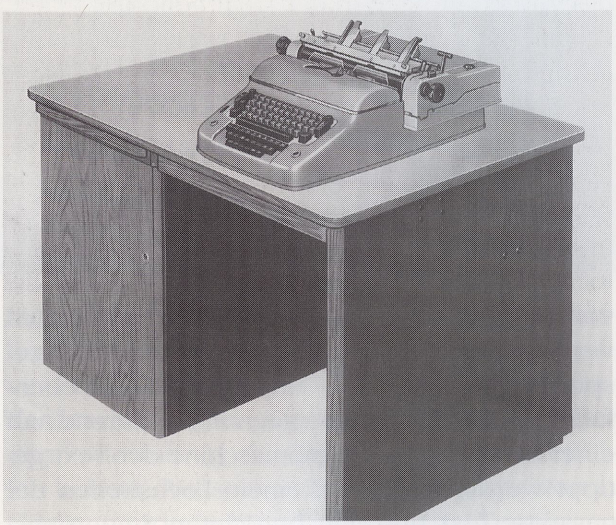
Schreibautomat 528

Fakturierautomat FME 20









9.000 Lochkarten pro Stunde. Ihr folgte 1967 die Sortiermaschine 434 und der Summenlocher 441 sowie 1968 der Motorschrittlocher 415 und 416 und der Motorschrittprüfer 425 und 426.[214] Ab 1968 wurde die Lese-Stanz-Einheit für Lochkarten 429 gebaut.[215]

Die Lochkarten basierten auf dem gebräuchlichen Hollerith-Prinzip, das mit 80 Stellen arbeitete.[216] Die Leistungssteigerung der Sömmerdaer Tabelliermaschine gegenüber bisherigen Geräten bestand in ihrer Rechenkapazität. Neben einem Schreibwerk verfügte sie über ein Rechenwerk

mit 17 x 12stelligen Zählwerken, mit denen addiert, subtrahiert und saldiert werden konnte. Zudem konnte ein elektronisches Multiplizierwerk angekuppelt werden. Die abgefühlten Zahlen wurden im Rechenvorgang umgesetzt und die errechneten Zahlen in Tabellenform ausgedruckt. Der Summenlocher stanzte die entsprechenden Lochungen in neue Karten ein.[217]

Daß die Lochkartentechnik jetzt im Werk selbst hergestellt wurde, kam natürlich auch der internen Verwaltung und Betriebsorganisation zugute. Das Werk war unter den 12 volkseigenen Betrieben, die vom Ministerrat der DDR für den Einsatz moderner Datenverarbeitungstechnik ausgewählt wurden. Im Juli 1964 wurde basierend auf dem Lochkartensystem ein Organisations- und Rechenzentrum im Werk aufgebaut, das zu den größten in der DDR gehörte.[218]

Die Automatisierung der Datenverarbeitung erfolgte nicht nur mit Lochkarten, sondern auch mit Lochstreifen. In den 50er Jahren wurde der Lochstreifenlocher 463 und der Lochstreifenleser 465 gebaut. Sie wurden in Kombination mit der Kleinschreibmaschine und mit Fakturiertechnik eingesetzt. 1964 wurde sie vom Lochstreifenlocher 470 und Lochstreifenleser 472 abgelöst, die vor allem in Buchungs- und Schreibautomaten verwandt wurden. Die ab 1966 gebauten Korrespondenzautomaten 527 und 528 basierten ebenfalls auf der Lochstreifentechnik. Während auf einer elektrischen Schreibmaschine der Text getippt wurde, wurde auf einem Lochstreifen der gesamte Text und alle benötigten Steuerungssymbole in Lochungen übersetzt. Der Text war damit gespeichert und konnte beliebig oft neu ausgedruckt werden. Nach demselben Prinzip funktionierten die lochstreifenerzeugenden und -lesenden Fakturierautomaten 350 und 351, die ebenfalls in den 60er Jahren gebaut wurden.[219]

Zugunsten der Lochkarten- und Lochstreifentechnik wurde 1957 die Fertigung von Fotoapparaten eingestellt.[220]

Am 5. Mai 1958 wurde das Sömmerdaer Werk wieder Teil eines größeren Firmenverbundes, der «Vereinigung Volkseigener Betriebe Datenverarbeitungs- und Büromaschinen» mit Sitz in Erfurt. Das Werk selbst hieß jetzt leicht verkürzt «VEB Büromaschinenwerk Rheinmetall Sömmerda». 1957 war die Arbeitszeit auf 45 Stunden verkürzt worden, 1966 fiel für Beschäftigte im Drei-Schicht-System eine weitere Stunde weg. 1967 wurde die 5-Tage-Arbeitswoche eingeführt und die Arbeitszeit weiter auf 43,75 Stunden generell und 42 Stunden im Dreischichtsystem verkürzt.[221]

Die Produktion war weiter stark auf den Export ausgerichtet. 1959 wurden für 40 Millionen Mark Produkte ins Ausland geliefert. Unter den Wirtschaftspartnern dominierte die UdSSR. An sie ging die Hälfte des gesamten Exports.[222]

Aus dem Jahr 1961 sind wieder Zahlen zur wirtschaftlichen Situation bekannt. Die Planschulden betrugen in diesem Jahr 19,5 Millionen

216 Vergleiche dazu Kapitel 3.

217 Typoskript, o. T., o. J. (1958 oder 59), Historische Sammlung.

218 Moderne Rechentechnik im BWS, Typoskript, 5 Bl., Historische Sammlung.

219 Vereinigung Volkseigener Betriebe, Bl. 3f.

220 Unveröffentlichte Betriebsgeschichte, die als Fortsetzung von „Wir über uns" gedacht war, Zeitraum 1956-60, Typoskript, Bl. 57-95, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Betriebsgeschichte 1956-60, Bl. 67.

221 Arbeitszeit, Typoskript, 4 Bl., Historische Sammlung.

222 rd rechentechnik datenverarbeitung, Juni 1989, 26. Jg., Historische Sammlung, S. 7.

223 Es handelt sich hier um eine Darstellung der Bedeutung Lorenz Lochthofens für das Werk, die vermutlich in der Presse veröffentlicht wurde. In der Historischen Sammlung liegt allerdings nur ein Typoskript ohne Titel und Jahr von insgesamt 31 Seiten vor. Im folgenden abgekürzt als: Lochthofen, Bl. 8f. Die Zahlen wurden mir von Fritz Karguth bestätigt.

224 Leitung - BWS, Typoskript, 2 Bl., Historische Sammlung und Betriebsgeschichte 1956-60, Bl. 75.

225 Angaben von Walter Stadel.

Montageband «Schreibtechnik» für Abrechnungsautomaten



und die Finanzschulden 13,5 Millionen. Auch um die Einhaltung der Exportverpflichtungen soll es schlecht gestanden haben. Die Zahlen stammen aus einem Bericht über die Leistungen von Lorenz Lochthofen, der am 21. September 1961 die Werkleitung des Büromaschinenwerks übernahm.[223] Vor Lochthofen war das Werk drei Jahre lang von Kurt Neupert geleitet worden, der es 1958 planschuldenfrei von Erich Liebig übernommen hatte.[224] Offensichtlich war Kurt Neupert, der als Kulturdirektor sehr engagiert gewesen war, nicht der richtige Mann für die Betriebsleitung. Daß Liebig durch ihn ersetzt wurde, hatte keine fachlichen, sondern nur politische Gründe. Liebig wurde in das Feinoptische Werk Görlitz strafversetzt, weil seine Tochter aus privaten Gründen nach Stuttgart gegangen war und der Vater den Parteiauftrag, sie zurückzuholen, nicht erfüllen konnte. Auf seinem neuen Direktorposten in Görlitz wurde Liebig später für seine Leistungen mit der Auszeichnung «Bester Betriebsleiter der DDR» geehrt.[225]

Der 1907 geborene Lochthofen stammte aus einer Bergarbeiterfamilie im Ruhrgebiet und hatte dort Schlosser gelernt. Seit 1927 war er im Kommunistischen Jugendverband und später in

der KPD aktiv. Er ging 1930 in die Sowjetunion und studierte dort Journalistik und Philosophie. In Engels, der Hauptstadt der wolgadeutschen Republik, arbeitete er zwei Jahre als Redakteur der größten Tageszeitung «Nachrichten». 1937, ein Tag nach seinem 30. Geburtstag, wurde er verhaftet.[226] Wie unzähligen anderen Opfern der stalinistischen Willkür wurde ihm als angeblichem *«Agent der Bourgeoisie» «konterrevolutionäre trotzkistische Tätigkeit»* vorgeworfen. Es fand nie ein Prozeß gegen ihn statt. Mit Erpressung und Folter wollte man ihn in der Haft dazu bringen, gegen andere auszusagen. Nach Aussage seines Sohnes Sergej Lochthofen gelang das nicht. Über Moskau wurde er nach Workuta gebracht, die nördlichste Stadt des Urals. Viele Häftlinge kamen schon auf dem Transport vor Hunger oder Erschöpfung um. Wahrscheinlich rettete ihm nur seine körperliche Konstitution das Leben. Außerdem wurde seine Arbeitskraft als Schlosser gebraucht. Denn in der Region von Workuta, wo sich das größte Kohlenvorkommen der Sowjetunion befand, wurden Facharbeiter benötigt. Die gesamte Kriegszeit verbrachte er im Lager. Nach 1945 durfte Lochthofen das Lager verlassen, mußte jedoch weiter in der Verbannung in Workuta leben. Er absolvierte eine Ausbildung als Bergbautechniker. Infolge des Besuchs des bundesdeutschen Kanzlers Konrad Adenauer im September 1955 in Moskau und dank des „Tauwetters" nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 wurde 1958 die Verbannung endlich aufgehoben. Lorenz Lochthofen entschloß sich, mit seiner Familie in die DDR zu gehen. Er sah seine eigene Lagerhaft als *„historischen Unfall"* an und wollte jetzt erst recht dafür sorgen, daß so etwas nicht mehr passieren konnte. Im VEB Waggonbau Gotha arbeitete er als Schlosser und stieg in kurzer Zeit zum Technischen Direktor auf. Die SED-Bezirksleitung Erfurt delegierte ihn 1961 auf den Leitungsposten des Büromaschinenwerkes. Gemeinsam mit Lochthofen wurde Fritz Karguth ins Werk geschickt, um die Parteileitung zu übernehmen. Er kam ebenfalls aus dem VEB Waggonbau Gotha und war dort Parteisekretär. Die beiden Männer waren ein eingespieltes Team, nach dem oben zitierten Bericht sprach Lochthofen von Karguth *«liebevoll und mit Stolz von seinem 'roten Bruder'».*[227] Als sie im Herbst 1961 ihre Ämter antraten, hatten sie zunächst noch zu tun mit den Auswirkungen des Mauerbaus am 13. August, mit dem die Massenflucht aus der DDR gestoppt wurde.[228] Meinungen wie *«Die Grenzen sind jetzt dicht, jetzt können DIE mit uns machen, was sie wollen»* waren im Werk zu hören.[229] *«Vor allem der Betriebsfunk und die Betriebszeitung erhielten konkrete Aufträge der Parteileitung, z. B. verstärkt Werktätige vorzustellen, die in der Produktion Schrittmacher waren, zu den Maßnahmen des 13. August eine gesunde Meinung hatten und mit guten Verpflichtungen das Produktions-*

[226] Die Angaben über Haft und Verbannung von Lorenz Lochthofen verdanke ich seinem Sohn Sergej Lochthofen. Über die Biographie von Lorenz Lochthofen liegt eine Arbeit vom März 1989 vor, die seinen Aufenthalt in Workuta benennt, Lagerhaft und Verbannung jedoch verschweigt: Lieding, Beatrix: Lebensbild des verdientsvollen Genossen Lorenz Lochthofen. Leben und Kampf des Genossen Lorenz Lochthofen in der Arbeiterbewegung, Fachschulabschlußarbeit am Institut für Lehrerbildung «Michail Iwanowitsch Kalinin», Meiningen 20.3.1989.

[227] Lochthofen, Bl. 5.

[228] Bis zum Mauerbau waren allein 1961 rund 200.000 Menschen aus der DDR geflohen. Zwahr, Hartmut: Die DDR auf dem Höhepunkt der Staatskrise 1989, in: Kaelble, Hartmut u. a. (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 440.

[229] Hervorhebung im Original. Zitiert nach: Zu Ehren des VI. Parteitages, Bl. 7. Daß es auch 1968 nach der Niederschlagung des Prager Frühlings durch den Warschauer Pakt zu Protesten im Werk kam, kann nur indirekt aus der Darstellung geschlossen werden, daß die *«Mitteilung über die genannten Maßnahmen (...) nicht sofort von allen Belegschaftsmitgliedern richtig verstanden»* worden wäre. Vgl. Beiträge zur Betriebsgeschichte 2, 1949-71, Bl. 54.

[230] Zitiert nach Lochthofen, Bl. 25.

Schlußkontrolle «Schreibtechnik» für Abrechnungsautomaten



aufgebot unterstützten», wurde die Gegenstrategie von Werks- und Parteileitung beschrieben.

Lochthofen wie Karguth wird von Zeitzeugen ein autoritärer Führungsstil zugeschrieben. Lorenz Lochthofen war als Betriebsleiter äußerst konsequent in seiner Haltung wie in seinen Handlungen. Fritz Karguth erinnert sich heute noch an die Worte Lochthofens: *«Ein solches Werk zu leiten, erfordert militärische Exaktheit»*. 1963 schrieb das «Neue Deutschland», Zentralorgan der SED, über Lochthofens erste Zeit in Sömmerda: *«Plötzlich ist ein ungutes Wort da. 'Da ist ein Neuer gekommen. Er will hier rigorose, harte Methoden einführen.' Aber dieses Wort hält sich nicht lange, als es erst einmal offen ausgesprochen ist. Es ist nicht mehr zu hören nach offenen Auseinandersetzungen. Der Streit ist nützlich. Er hilft begreifen: Erziehung zur Verantwortung ist keine harte Methode, und Rechenschaftslegung der Leiter ist keine Erfindung eines einzelnen.»* [230] Es ist naheliegend, daß Lochthofen auf Widerstand unter den bisherigen Leitungsverantwortlichen stieß, da sie sich durch seinen Erfolg beim Abbau der Planschulden und der Steigerung der Arbeitsproduktivität mit ihrer eigenen Unfähigkeit konfrontiert sahen.

Offensichtlich gelang es unter der Verantwortung von Lochthofen, Karguth und dem damaligen BGL-Vorsitzenden Rudi Große, durch ein umfassendes System von Kontrolle und Mobilisierung die Erfüllung der Produktionsziele zu garantieren. In den schriftlichen Quellen fällt auf, daß mit diesen drei die Troika von SED, FDGB und staatlicher Leitung, die für die Leitung volkseigener Betriebe in der DDR charakteristisch war, nun auch in Sömmerda Gestalt angenommen hatte.

Karguth beschrieb seine Arbeit so: *«Unsere Parteileitung ist davon ausgegangen, daß ökonomische Erfolge auf die Dauer nur dort gesichert sind, wo die massenpolitische Arbeit durch die Partei auf der Höhe ihrer Aufgaben steht. Besonders nach dem 13. August 1961 wurde auf diesem Gebiet ein großer Umschwung erzielt. (...) Durch die Parteiorganisation und die Parteigruppen wurden prinzipielle Auseinandersetzungen geführt und alle jenen, die zu Bremsklötzen in der Produktion wurden, eine richtige Antwort gegeben. Die Parteileitung wandte sich an alle Betriebsangehörigen, Schwächen aufzudecken, sie zu beseitigen, um unsere Republik mit Taten in der Produktion allseitig zu stärken.»* [231]

Parteileitung und BGL propagierten einen *«sozialistischen Massenwettbewerb»*, zu dem fast 5.000 Einzel- und Kollektivverpflichtungen eingingen.[232] Eine *«Arbeitsgruppe zur Stabsführung im Produktionsaufgebot»*, welcher der Parteisekretär der Betriebsparteiorganisation, der BGL-Vorsitzende, der Werkleiter, der 1. Sekretär der FDJ und die Vorsitzende der Frauenkommission angehörten, überprüfte täglich die Produktionsergebnisse.[233] Alle zehn Tage wurden außerdem die Wettbewerbsverpflichtungen überprüft. Die Beteiligung der Frauenkommissionsvorsitzenden entsprach der DDR-Frauenpolitik in den 60er Jahren, durch Qualifizierung den Aufstieg von Frauen zu fördern. Im Sömmerdaer Werk stieg die Zahl der Frauen in Qualifizierungsmaßnahmen bis 1964 auf 841, die der Männer im selben Zeitraum allerdings mit 2.854 auf mehr als das 3,4fache.[234] Der FDJ unter Leitung von Rolf Wehrhold kam in der Durchsetzung der neuen Arbeitsmethoden ebenfalls eine wichtige Rolle zu. 1963 übernahmen von den 2.500 Jugendlichen im Werk 1.369 konkrete Verpflichtungen.[235]

Nach den Darstellungen der SED-Betriebsgeschichtskommission über diese Zeit hatte die neue Leitung einen positiven Einfluß auf die Arbeitsproduktivität. 1962 wurde der Plan erfüllt, die Kosten für Ausschuß, Mehr- und Nacharbeit konnten um 50 % gesenkt werden. 4.500 Verbesserungsvorschläge brachten in diesem Jahr einen ökonomischen Nutzen von 2,7 Millionen Mark, davon 1 Million Mark Selbstkostensenkung.[236]

Generell war es jedoch so, daß der politische «Überbau» in den Großbetrieben der DDR einiges an Arbeitskraft absorbierte. Sitzungen der SED, des FDGB und der FDJ fanden in der Arbeitszeit statt. Zahllose Berichte waren abzufassen. Politische Kampagnen mußten durchgeführt werden und Aktivitäten abgerechnet werden. Kein Bereich von der Betriebsleitung bis zum Minister konnte sich der Rechenschaftslegung gegenüber der Partei entziehen. Oftmals wurden sie dadurch von ihren eigentlichen Aufgaben abgehalten.

Daß sich die SED mit der Delegierung von Lochthofen und Karguth so intensiv um das Werk

[231] Zitiert nach: Zu Ehren des VI. Parteitages, Bl. 32.
[232] Lochthofen, Bl. 21.
[233] Zu Ehren des VI. Parteitages, Bl. 11.
[234] Plan der massenpolitischen Arbeit für das Jahr 1965. Beschlossen auf der Betriebsdelegiertenkonferenz der SED des VEB Büromaschinenwerk Sömmerda am 14. März 1965, Historische Sammlung.
[235] Zu Ehren des VI. Parteitages, Bl. 31 und 33.
[236] Ebd., Bl. 31.

in Sömmerda kümmerte, hatte einen Grund. Im Werk sollte der Übergang von der Elektromechanik zur Elektronik realisiert werden, der von großer politischer und technischer Bedeutung war. Waren bisher elektrischer Antrieb mit mechanischer Übertragung im Gerät kombiniert worden, so konnten jetzt alle Daten allein durch elektrische Energie mit Hilfe von Elektronenröhren und Halbleitern übertragen und umgewandelt werden. Die Probleme, die sich für das Werk durch die politische Teilung und die ökonomische Konkurrenz zwischen West und Ost seit 1945 stellten, verschärften sich damit noch. Am weitesten war die Entwicklung der Elektronik und später Mikroelektronik in den USA und in Japan fortgeschritten. Ausfuhrsperren der westlichen Industriestaaten und der Devisenmangel erschwerten für die DDR den Zugang. Während die westliche Industrieforschung vom hohen Entwicklungsstand in den USA profitieren konnte, mußte die DDR die Entwicklung der elektronischen Bauteile weitgehend aus eigener Kraft, mit großem Aufwand, hohen Kosten und nicht immer mit dem gewünschten Erfolg nachvollziehen. Angesichts des bis 1990 starken Exports in die Sowjetunion ging es nicht allein um die Wirtschaft der DDR, sondern auch um die Interessen der Sowjetunion.

Schwierigkeiten beim Übergang zur Elektronik resultierten jedoch nicht nur aus der internationalen Situation, sondern auch aus Widerständen im Werk selbst. Die neue Technik erforderte einen Generationswechsel bei den Experten für Entwicklung und Konstruktion sowie tiefgreifende strukturelle Veränderungen. Seit 1957 waren erstmalig junge Konstrukteure und Entwickler mit Hochschulausbildung auf den Gebieten Feingerätetechnik und Elektronik im Werk eingestellt worden. Heinz Skolaude, Helmut Logisch, Hans-Joachim Roehr, Karl-Heinz Schenke und Walter Mandel gehörten zu diesem Team. Die Vorbehalte, auf die sie im Werk stießen, brachte ihnen den Spitznamen «Die weiße Wolke» ein, da sie weiße Arbeitskittel trugen und meist in der Gruppe anzutreffen waren. Bei der alten Konstrukteursgarde wie August Kottmann und Erich Krüger, die sich mit Neuerungen in der elektromechanischen Bürotechnik große Verdienste erworben hatten, ging es auch um finanzielle Interessen. Wurden ihre Patente nicht mehr in der Produktion verwandt, so entfielen auch ihre Vergütungen als Patentinhaber.

Die Entwickler unter Leitung von Heinz Skolaude



Vertrieb und Kundendienst wurden durch die Veränderungen vor große Probleme gestellt. Karl-Heinz Schenke berichtete rückblickend über den Zusammenbruch des westdeutschen Vertreternetzes infolge des Übergangs zur Elektronik. Diese aus ökonomischen Gründen wichtigen Geschäftsverbindungen waren bis dahin über alle Schwierigkeiten hinweg gerettet worden. Die

Elektronischer Fakturierautomat 381



Elektronischer Fakturierautomat 381 mit Lochbandeinrichtung



Westvertreter wären «hofiert» worden, meinte Schenke. Traditionell waren diese Vertreter auf elektromechanische Geräte spezialisiert. Oftmals waren es von Haus aus Mechaniker, die sich als Vertreter etabliert hatten. Im Prinzip hätten ihre Firmen für die neue Gerätegeneration neue spezialisierte Mitarbeiter gebraucht. Diese konnten sie sich wiederum nicht leisten. Man versuchte, von Sömmerda aus neue Vertriebsstrukturen in Westdeutschland aufzubauen, unter anderem mit der Lieferung der Elektronikbaugruppe EFA 381 an eine Tochterfirma des Konzerns «Torpedo» in Frankfurt. Die mit dem früheren Vertreternetz erzielten Verkaufserfolge wurden aber nicht mehr erreicht. Sein Zusammenbruch berührte auch private Belange. Über lange Jahre waren zwischen Werksangehörigen und den westdeutschen Vertretern persönliche Beziehungen entstanden, die nun zu Ende gingen. Vertretungen in anderen westeuropäischen Ländern, insbesondere die Firma «Chauvin» in Frankreich, bewältigten die Umstellung auf die Elektronik besser.

Dem Elan des jungen Entwicklerteams und dem politischen Druck war es zu verdanken, daß trotz aller Widrigkeiten bis zur Leipziger Herbstmesse 1962 ein elektronischer Fakturierautomat, der EFA 380, fertiggestellt werden konnte.

[237] Angaben von Heinz Skolaude.

[238] Produktionsstückzahlen, Historische Sammlung.

[239] 65 Jahre Rechenmaschinen aus Sömmerda, aus: Feingerätetechnik 7/1986, Kopie in der Historischen Sammlung. Und: Erfolgreiche Bilanz - klare Perspektive, 19. 10. 1971, Typoskript, 4 Bl., Historische Sammlung.

[240] rd rechentechnik datenverarbeitung, Juni 1989, 26. Jg., Historische Sammlung, S. 7.

[241] Geschichte der Rechenmaschine, Typoskript, 5 Bl., Historische Sammlung.

[242] Produktionsprofil des Werkes und Produktionszeit der Geräte, Historische Sammlung, Bl. 1.

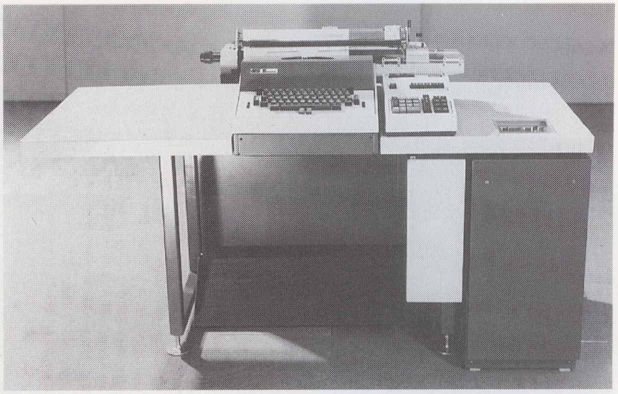
Das Nachfolgemodell, der EFA 381, wurde 1963 in die Serienfertigung übergeleitet. Im Vergleich zum EFA 380 war das Speichersystem verbessert worden. Jetzt wurde ein wartungsarmer Ferritkernspeicher verwandt.[237] Der EFA 381 war das erste elektronische Gerät, das in der gesamten Vereinigung Volkseigener Betriebe, zu der das Rheinmetall-Werk gehörte, produziert wurde. Er kombinierte eine elektrische Schreibmaschine mit einer elektronischen Rechen-, Speicher und Programmiereinheit. Er trug das neue Warenzeichen «Soemtron», womit der jahrelange Streit mit Düsseldorf um die Rechte am Warenzeichen «Rheinmetall» sein Ende fand. Vor «Soemtron» war kurze Zeit das Firmenzeichen «Supermetall» gebräuchlich.

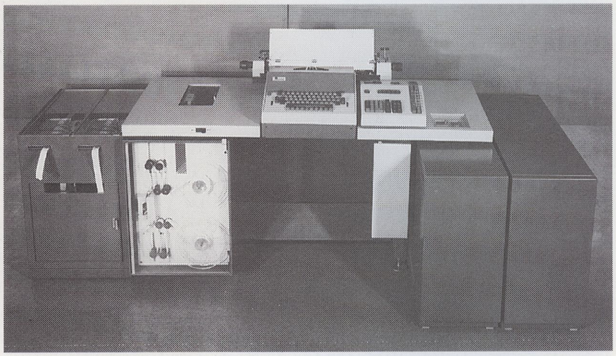
Auch bei den Schreib- und Rechenmaschinen kam die Elektronik im Werk zur Anwendung. 1966 entstand der erste Schreibautomat mit dem Schreibwerk 527. Er wurde nur kurze Zeit im Werk hergestellt. Danach wurden Schreibwerke in der Baureihe 527-531 für die im Werk hergestellten Buchungs- und Fakturierautomaten gebaut.[238] Ab 1967 wurden die ersten elektronischen Tischrechner gebaut, der anzeigende ETR 220 und der drukkende ETR 224.[239] Und schließlich wurden ab 1968 in Weiterführung des EFA 381 die elektronischen Abrechnungsautomaten in der Baureihe EAA 382-385 in Sömmerda hergestellt.[240] Das gleiche Gerät wurde in den verschiedenen Versionen mit Lochstreifenausgabe, Lochkartenausgabe oder Textverarbeitung kombiniert.[241] Der EAA 385 wurde 1969 auf der Leipziger Messe mit einer Goldmedaille ausgezeichnet.

Um Kapazitäten für die Herstellung der neuen Geräte zu schaffen, wurde die Fertigung mechanischer Büromaschinen weitgehend eingestellt. Erst lief die Kleinschreibmaschine aus, dann die Addiermaschine und zuletzt die mechanische Großschreibmaschine.[242]

Abrechnungsautomat 382

Abrechnungsautomat 385





Auch für die Fertigung bedeutete der Einzug der Elektronik eine völlige Umstellung. Bisher waren die Arbeitskräfte in der Vorfertigung und Montage nur mit der mechanischen Herstellung und dem Zusammenbau der Einzelteile befaßt. Jetzt ging es auch um die Fertigung und Überprüfung elektronischer Bauteile. Um die Arbeitskräfte aus der Montage weitereinsetzen zu können, wurden sie an speziell entwickelten Prüfeinrichtungen ausgebildet, mit denen sie das Funktionieren der elek-

Produktionssaal Abrechnungsautomat 382



tronischen Bauteile und der kompletten Automaten kontrollierten.

1963 war die Beschäftigtenzahl, die Ende der 50er Jahre fast 10.000 erreicht hatte, auf 8.400 abgesunken. Bis 1968 stieg sie dann wieder auf über 9.000. Der größte Teil des Zuwachses waren Frauen. Auch bei den Auszubildenden holten sie auf. Von den 458 Jugendlichen, die 1968 ihre Ausbildung begannen, waren 220 weiblichen Geschlechts. 1967 kamen zum ersten Mal nach dem zweiten Weltkrieg wieder Ausländerinnen und Ausländer ins Werk. 170 junge Ungarinnen und Ungarn nahmen in Sömmerda ihre Ausbildung auf. Einige sind bis heute geblieben.[243]

Angesichts der großen Bedeutung der Fertigung elektronischer Geräte konnten sich Betriebsleitung, Entwicklungskonstrukteure und die ganze Belegschaft in Sömmerda der besonderen Auf-

[243] Beiträge zur Betriebsgeschichte 2, 1949-1971, Typoskript, 68 Bl., Historische Sammlung, Bl. 51f.

[244] Lochthofen, Bl. 23.

Elektronischer Tischrechner 220



Montageband elektronischer Tischrechner



merksamkeit und Förderung durch die DDR-Führung sicher sein. Heinz Skolaude wurde im Januar 1963 zum VI. Parteitag der SED delegiert. Der ebenfalls delegierte Lochthofen wurde dort Mitglied des Zentralkomitees der SED.[244] Der Betrieb wurde mit dem Orden «Banner der Arbeit» ausgezeichnet.[245] Für die Belegschaft wurde ein neues Sozial- und Kulturgebäude errichtet, das 1963 fertiggestellte Soemtronhaus. Es verfügte über eine große Werksküche für 3.500 Essensportionen und zwei Säle, die als Kantine und für Veranstaltungen genutzt wurden. Der größere der beiden Säle war bis zum Abbruch des Gebäudes im November/Dezember 1995 der größte Veranstaltungsraum in Sömmerda. Im Gebäude, das bisher als Kantine diente, wurde für eine Übergangsphase das bereits erwähnte Organisations- und Rechenzentrum beheimatet, bis es dann in das von 1967-68 neu errichtete und für seine Zeit modern ausgestattete Forschungs- und Entwicklungsgebäude, das F/E-Gebäude, umzog.

Die alte Kantine wurde nun zum «Haus der Organisationen». Dort wurden SED (BPO), FDGB (BGL), FDJ, DSF, Betriebszeitung und Betriebsfunk untergebracht.

F/E-Gebäude

Übergabe des Gebäudes





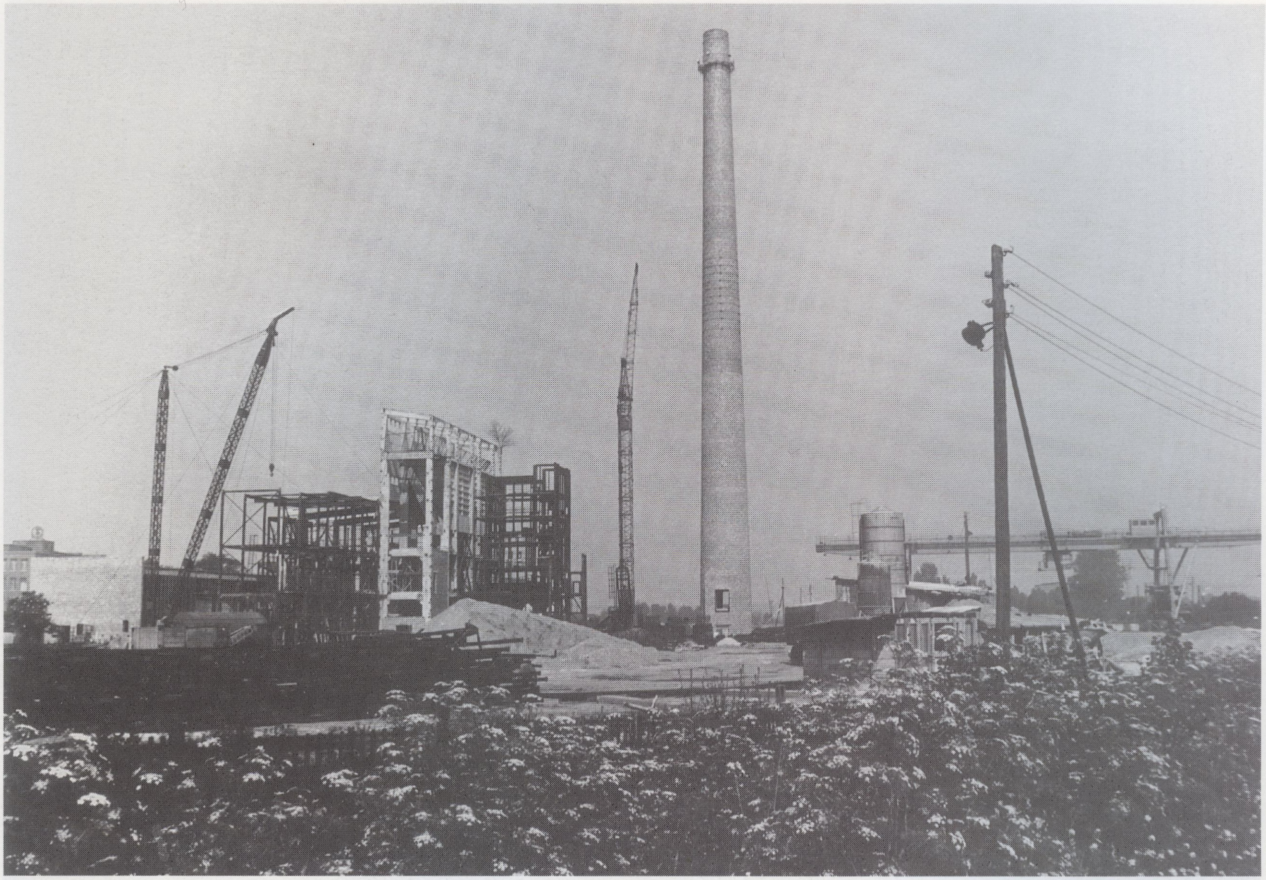
In den Großraumbüros





1969 wurde der Flachbau errichtet. Er war für die Herstellung peripherer Geräte gedacht. Zuerst wurden dort Geräte der Lochkartentechnik und später Drucker montiert. Der Musterbau wurde auch im Flachbau untergebracht. Er wurde ebenso wie der Bereich Forschung/Entwicklung besonders abgeschirmt. Nur Befugte hatten

[245] Zuarbeit. Erarbeitung einer Dokumentation zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR, Typoskript, 1 Bl., Historische Sammlung.
[246] Lochthofen, Bl. 27.



Zutritt. Der Eingang zum Musterbau war nur mit Hilfe eines speziellen Codes möglich. Das F/E-Gebäude wurde vom Betriebsschutz überwacht. Im selben Jahr wurde ein neues Industriekraftwerk (IKW) auf Kohlenbasis auf dem Werksgelände gebaut, das fast die Hälfte der Stadt mitversorgte.[246] Außer Fernwärme lieferte es auch Dampf für Produktionszwecke. Der Betrieb des alten, in der Kapazität nicht mehr ausreichenden Fernheizwerkes, das nur das Werk versorgt hatte, wurde eingestellt. Die Fernwärme aus dem IKW ging in die Neubaugebiete, die ab Ende der 50er Jahre entstanden. Der Baubeginn in der ersten Plattenbau-Siedlung in Sömmerda, der Neuen Zeit, war

Mehrzweckgebäude Poststraße, in dem Teile des Absatzbereiches ihr Domizil hatten



1957. Das Werk trat nicht mehr als Eigentümer auf, hatte jedoch Belegungsrecht bei einem Teil der Wohnungen. Heute umfaßt die Neue Zeit 4.287 Wohnungen.

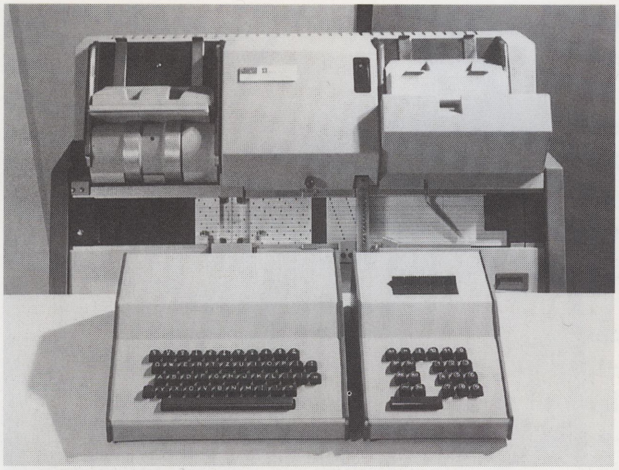
Die Zeit, als Lochthofen Werksdirektor war, ging als *«Zeit der großen Wende»* in die interne

247 Lochthofen, Bl. 30. Rossow, Jürgen: Die Zeit der großen Wende, 21. 5. 1984, Typoskript 2 Bl., Betriebsgeschichtskommission, AG 5, Historische Sammlung.

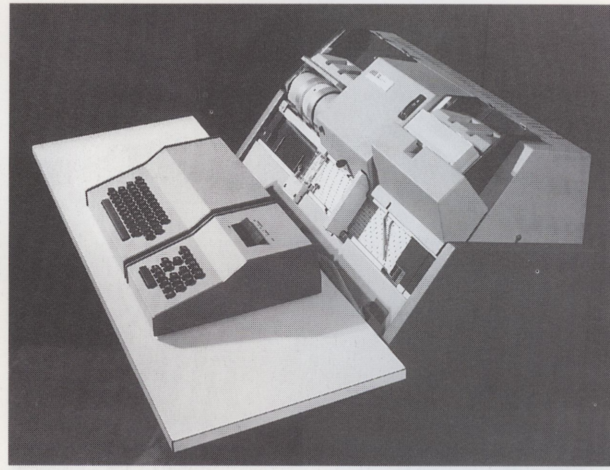
248 Leitung - BWS, Typoskript, 2 Bl., Historische Sammlung.

249 Aussagen von Gerd Leuthäusser.

Kartenlocher 415



Kartenprüfer 425

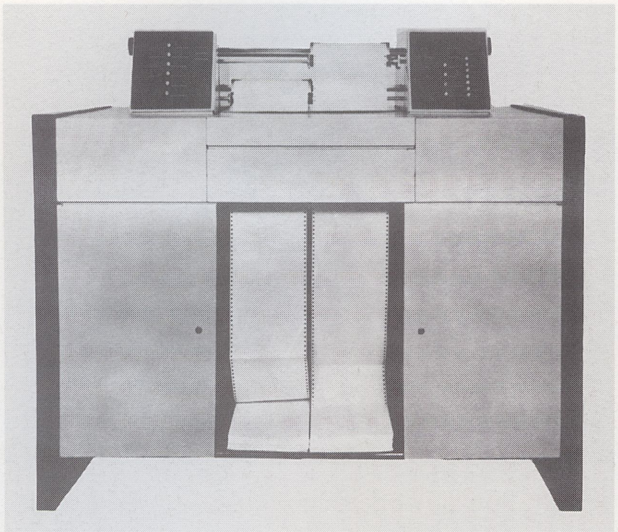


Betriebsgeschichte ein. Sie wäre eine der *«hervorragendsten Entwicklungsepochen unseres Werkes (...) und der Periode der SAG gleichzusetzen»*, hieß es in dem schon oben zitierten Bericht.[247] Krankheitsbedingt mußte Lochthofen die Leitung schon 1964 wieder abgeben. Offiziell schied er erst 1969 als Werksdirektor aus. Ab 1964 war Willi Luckhardt ein Jahr lang kommissarischer Werksdirektor, danach übernahm Dieter Stetefeld bis Ende 1968 die Leitungsfunktion.[248] In seiner Amtszeit kam es zur höchsten Planschuld, die der Betrieb in seiner DDR-Geschichte aufwies. Sie lag zwischen 70 und 80 Millionen. Ein Grund lag in der übereilten Übernahme der Motorschrittlocher 415 und der Motorschrittprüfer 425 in die Produktion. Die Geräte waren im VEB Elektronische Rechenmaschinen Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) entwickelt worden und sollten in Sömmerda produziert werden. Die Konstruktion war nicht ausgereift, Spezialwerkzeuge fehlten und die Materialzulieferung war nicht gesichert. Hoher Ausschuß, große Zeitverzögerungen und beträchtliche Reklamationen waren die Folge.[249]

Ab 1969 wurden vom Kombinat Robotron in Dresden erstmals elektronische Datenverarbeitungsanlagen auf Lochkartenbasis hergestellt. Für diese Großrechenanlagen R 100, R 300 und R 1000 wurden in Sömmerda die periphere Geräte gebaut: Motorschrittlocher und -prüfer, Sortiermaschinen, Summenlocher, Paralleldrucker und die Lese-Stanz-Einheit.

Die zwei neuen Bereiche bei den Büromaschinen, die Lochkarten- und Lochstreifentechnik in den 50er Jahren und die elektronischen Geräte in den 60er Jahren, bereiteten den Boden für den Ausbau eines weiteren Produktionsbereiches, der bis zum Ende des Büromaschinenwerks große Bedeutung hatte: die peripheren Geräte. Zur Pe-

Paralleldrucker 475



Lese-Stanzeinheit 429



ripherie gehörte alles, was am Rande der eigentlichen Elektronischen Datenverarbeitungsanlage (EDV), die aus einem Steuer- oder Programmier-, einem Rechen- und einem Speicherwerk bestand, installiert werden konnte, also alle Geräte zur Datenein- und -ausgabe sowie -aufbereitung.[250] Im Bereich der Lochkartentechnik wurden zum ersten Mal die Motorschrittlocher und -prüfer als periphere Geräte einer EDV-Anlage eingesetzt. Gleiches galt für die Lochstreifengeräte 470 und 472. Als periphere Geräte für in anderen DDR-Betrieben produzierte EDV-Systeme wurden in Sömmerda ab 1968 die Lese-Stanz-Einheit für Lochkarten 429 und der Paralleldrucker PD 475 und ab 1971 der PD 478 gebaut.[251]

[250] Mucke, Heinz: Was heißt Peripherie? In Pulsschlag, Nr. 27 vom 16. 8. 67, Historische Sammlung. Außerdem: Wächter, Hartmut und Hauke, Gerhard: Entwicklung des Produktionsprofils des VEB BWS der letzten 30 Jahre unter den Bedingungen des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft, Typoskript, 6 Bl. mit Anhang, Historische Sammlung, Bl. 2.

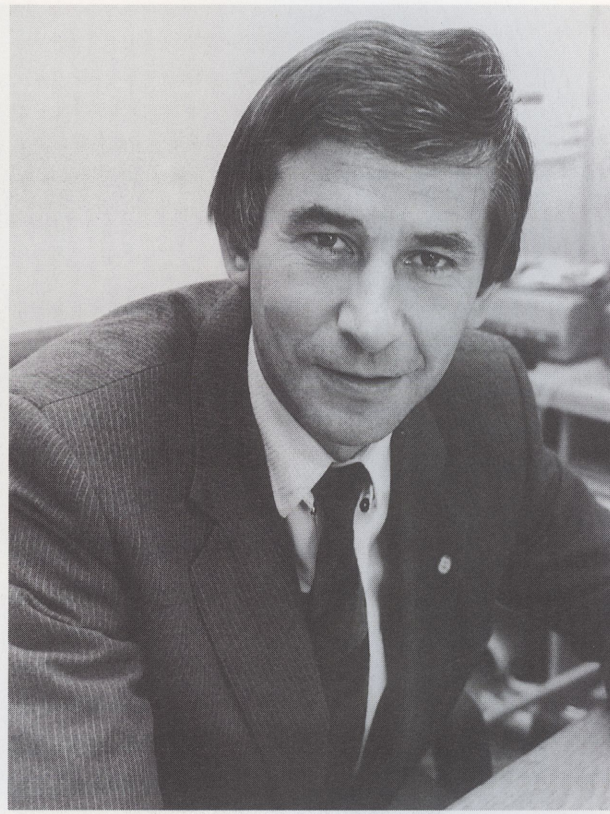
[251] Ebd., Anhang.

Sechstes Kapitel 1969 - 1991

Im Kombinat (Zentronik und Robotron)

Als das Büromaschinenwerk Sömmerda am 1. April 1969 dem neugegründeten Kombinat Zentronik zugeordnet wurde, war der dritte Fünfjahrplan seit drei Jahren in Kraft. Seit 1951 waren die Fünfjahrpläne die beherrschenden Lenkungsinstrumente der staatlichen Planwirtschaft.

Mit dem ersten Fünfjahrplan 1951-55 wurde angestrebt, die starken Belastungen durch die rigorose sowjetische Reparationspolitik schnell auszugleichen. Seine Ausrichtung auf den Ausbau der Schwerindustrie mußte nach dem 17. Juni 1953 korrigiert werden. Im zweiten Fünfjahrplan 1956-60 sollte die Produktion von Schwer- wie Konsumgütern durch *«Modernisierung, Mechanisierung, Automatisierung»* um 50 bzw. 40% gesteigert werden. Der zweite Fünfjahrplan wurde 1959 abgebrochen und durch einen Siebenjahrplan ersetzt. Das ehrgeizige Ziel, Westdeutschland zu *«überholen, ohne einzuholen»*, wurde jedoch nicht erreicht. Der dritte Fünfjahrplan 1966-70 setzte voll und ganz auf die Rationalisierung auf *«höchstem wissenschaftlich-technischem Niveau»*. Die Arbeitsproduktivität sollte mehr als verdoppelt werden. Auch im vierten Fünfjahrplan 1971-75 war die *«Wissenschaftlich-Technische Revolution»* der Kernbegriff.[1] Der VIII. Parteitag der SED bekräftigte 1971 ebenfalls, daß die *«Einführung der Forschungs- und Entwicklungsergebnisse in die Produktion»* zu beschleunigen wäre.[2]



Dr. Dieter Jordan, Betriebsdirektor in den 80er Jahren

Mit den Kombinaten sollte eine bessere Arbeitsteilung unter den Betrieben erreicht werden. Der VEB Büromaschinenwerk Sömmerda wurde als größter Betrieb im Kombinat und gleichzeitig größter Betrieb im Bezirk Erfurt zum Stammbetrieb von Zentronik. Dahinter stand die staatliche Vorgabe, daß die Führung der im Kombinat

Teilansicht des Werksgeländes



zusammengeschlossenen Betriebe nicht durch eine übergeordnete Leitung, sondern durch die Leitung des bedeutendsten Betriebes im Kombinat ausgeübt werden sollte.

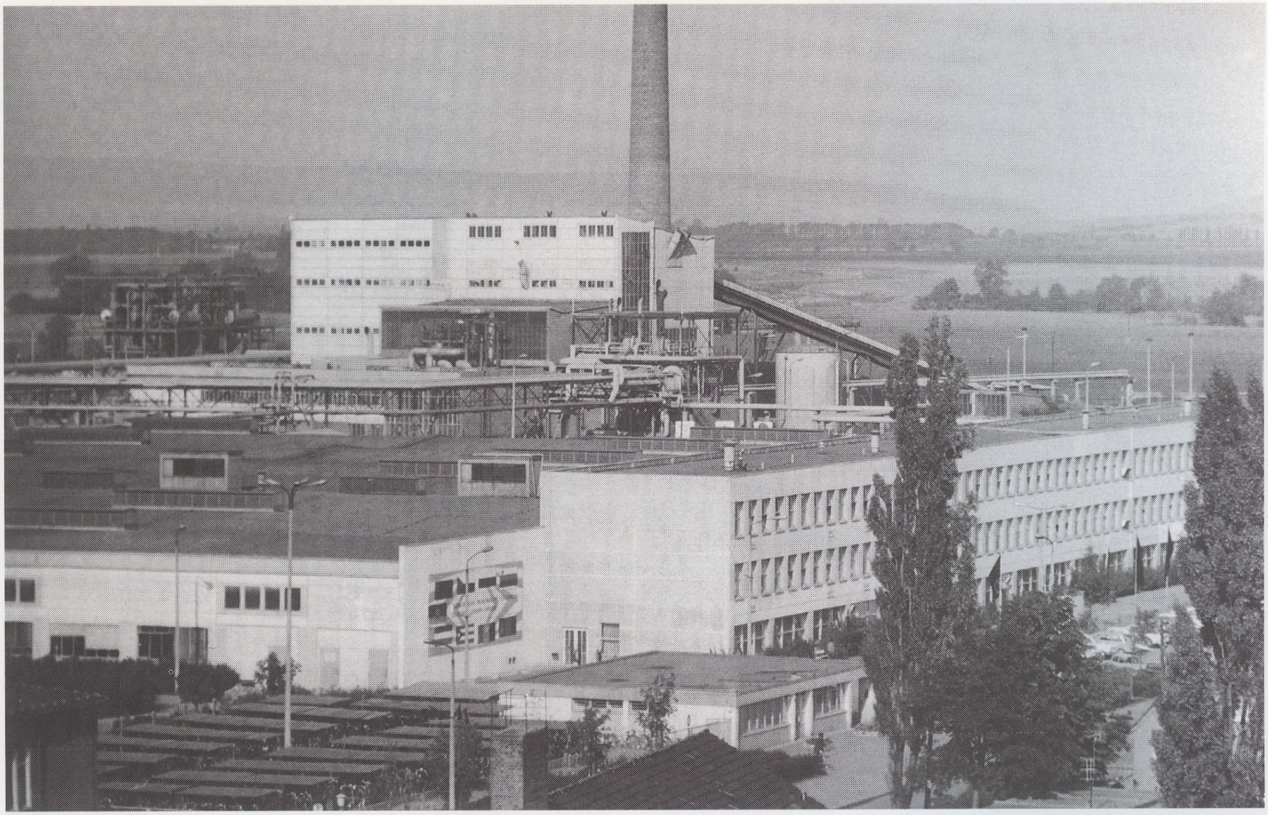
Ein Zuviel an Leitungsstrukturen sollte so verhindert werden. Faktisch war diese Aufgabenhäufung von den Leitungsverantwortlichen jedoch nicht zu bewältigen. Sie stieß deshalb auf «stillen Widerstand», wie mir Karl-Heinz Schenke berich-

[1] Lehmann, Hans Georg: Chronik der DDR 1945/49 bis heute, München 1987, S. 80ff.

[2] Zitiert nach: Zuarbeiten 49-79, Materialsammlung, Typoskript, unnumeriert, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Zuarbeiten 49-79.

[3] Kombinat Zentronik/1970. 25. 3. 1993, Materialsammlung, Typoskript, 24 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Kombinat Zentronik, Bl. 6. Über die faktische Arbeitsteilung zwischen Vogelsang und Schieck informierte mich Karl-Heinz Schenke.

Blick über den Flachbau zum Industriekraftwerk



tete. Das sah bei der staatlichen Leitung z. B. so aus: formal hatten sowohl der Generaldirektor des Kombinats sowie sein Stellvertreter Leitungsverantwortung für das Kombinat und für das Büromaschinenwerk. Faktisch war es jedoch so, daß sich der Generaldirektor des Kombinats, Manfred Vogelsang, fast nur um das Kombinat kümmerte und sein Stellvertreter, Hans Schieck, fast nur um das Büromaschinenwerk. Damit blieb im Wesentlichen alles beim alten, da Hans Schieck schon seit 1. Oktober 1968 als Nachfolger von Dieter Stetefeld Werksdirektor war.[3] Ab Mitte der 70er Jahre wurde die Trennung der Kombinatsleitung vom Werk auch örtlich vollzogen. Manfred Vogelsang ging nach Erfurt. Dort wurde in allen Bereichen der staatlichen und politischen Leitung eine eigene Ebene für das Kombinat installiert.

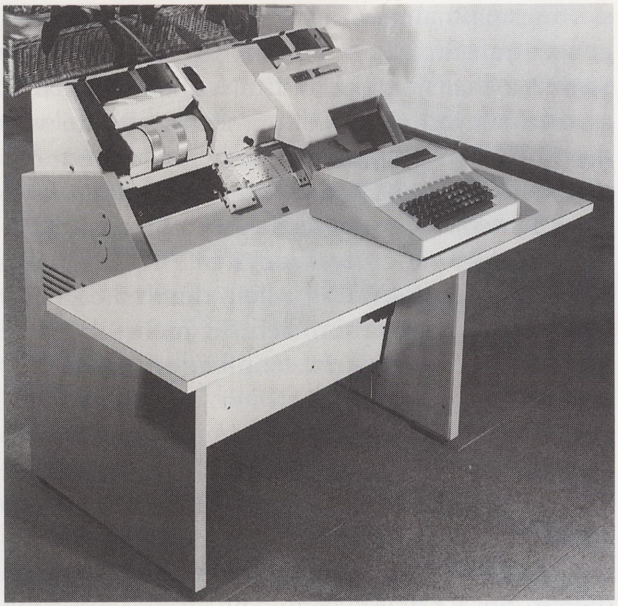
Blick vom Bürohaus zur Schreibmaschine Altbau

Das Warenzeichen in der Zeit der Zugehörigkeit zu Zentronik



4 daro. Produktionsprogramm 1972. VEB Kombinat Zentronik, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als daro. Produktionsprogramm 1972, S. 48.

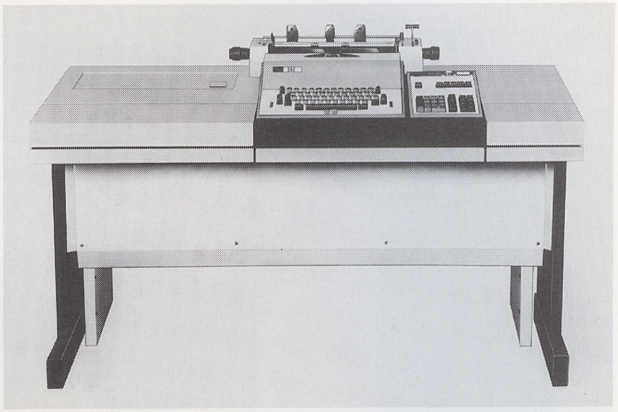
Schreiblocher 415-S

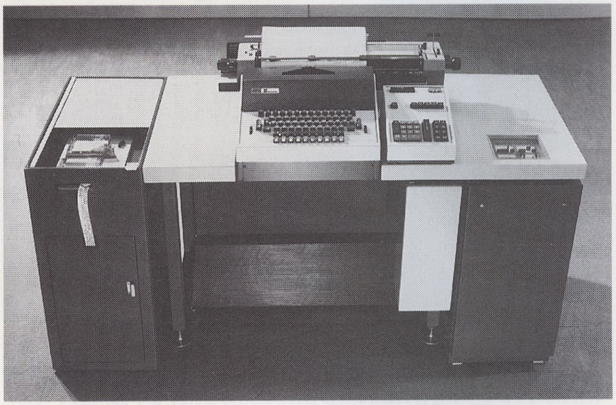


Im Kombinat Zentronik mit rund 40.000 Beschäftigten waren sieben Volkseigene Betriebe (VEB) zusammengefaßt, die mechanische, elektrische und elektronische Präzisionsmaschinen im Bereich der Bürotechnik herstellten. Neben dem Büromaschinenwerk Sömmerda gehörten das Buchungsmaschinenwerk in Karl-Marx-Stadt, das Optima-Büromaschinenwerk in Erfurt, der Betrieb Rechenelektronik in Meiningen/Zella-Mehlis, die Secura-Werke in Berlin, das Schreibmaschinenwerk in Dresden und der Betrieb Meß- und Zeichengerätebau in Bad Liebenwerda dazu. Als Markenzeichen des Kombinats wurde «daro» eingeführt, das mit dem jeweiligen firmeneigenen Logo kombiniert wurde. Für Sömmerda ergab sich daraus «daro-Soemtron».[4]

Abrechnungsautomat 382

Abrechnungsautomat 383

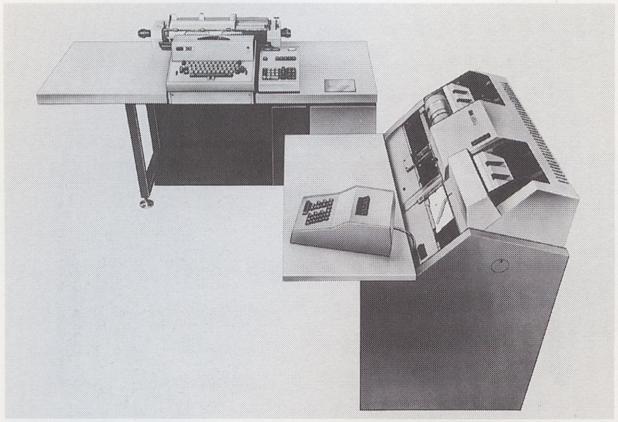


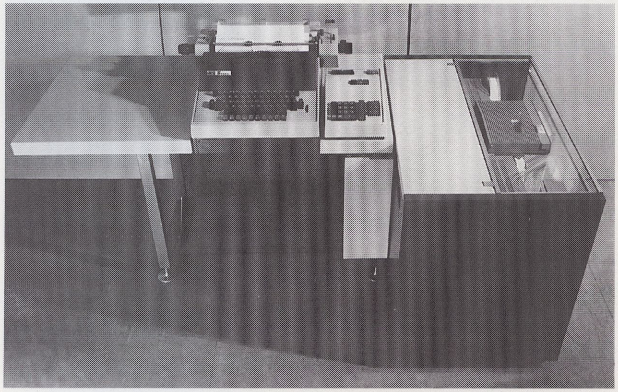


In den Betrieben des Kombinat Zentronik trat zwar ein Spezialisierungseffekt ein, die völlige Ausschaltung paralleler Produktionen wurde jedoch nicht erreicht. Insbesondere zwischen dem Buchungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt und dem Büromaschinenwerk Sömmerda war das Verhältnis auch weiterhin von Konkurrenz geprägt, da beide Betriebe Abrechnungs- und Buchungsautomaten bauten.

Abrechnungsautomat 384 gekoppelt mit Kartenlocher 415

RANDEP 1320





Das Sömmerdaer Produktionssortiment umfaßte zum Zeitpunkt der Eingliederung ins Kombinat mechanische und elektromechanische Rechenmaschinen, elektrische Großschreibmaschinen, Lochkarten- und Lochstreifenmaschinen, elektronische Tischrechner, elektronische Fakturierautomaten und periphere Geräte für Großrechenanlagen.[5] Nach den internen Berichten stand die Betriebsleitung wieder einmal vor der Aufgabe, den Betrieb planschuldenfrei zu machen, eine Aufgabe, die nun Hans Schieck zufiel.

Die Entwicklung der Produktion stand jetzt ganz im Zeichen der Rationalisierung, ein «Ratio-Objekt» folgte dem anderen. Diese Modernisierungsmaßnahmen mußten vollständig aus eigener Kraft finanziert werden. An die begehrten Staatshaushaltsmittel z. B. für Neubauten gelangte man schwer. Eines dieser Ratioprojekte war die Ende 1969 begonnene und *«zu Ehren»* des VIII. Parteitages 1971 abgeschlossene *«Rationalisierung der Vorfertigung und Montage der Baureihe EAA einschließlich der Produktionsaufnahme des RANDEP»*. Allein durch diese Umstrukturierung änderten sich für mehr als 3.000 Werksangehörige Arbeitsanforderungen und Qualifikationsniveau.[6] RANDEP war die Abkürzung für rechnender, alpha-numerischer Datenerfassungsplatz. Alpha-numerisch bedeutet, daß Buchstaben und Ziffern eingegeben und in Lochungen wieder ausgegeben werden konnten. Als neue Kombination bereits entwickelter Elemente diente der RANDEP dazu, die Primärerfassung von Daten und ihre Aufbereitung und Eintragung in maschinenlesbare Datenträger zu erleichtern. Er bestand aus einem elektronischen Rechenwerk, einem Speicherwerk, einem elektrischen Schreibwerk, einem Eingabegerät, einer Lochbandausgabe und einer Programmeinheit. Als daro-Soemtron 1320 wurde er serienmäßig hergestellt.[7]

[5] VEB BWS. Entwicklung des Produktionsvolumens und des -sortiments unseres Werkes von 1946 bis 1968, 29. 2. 1968, Historische Sammlung.

[6] Zuarbeiten 49-79.

[7] daro. Produktionsprogramm 1972, S. 9.

[8] Beiträge zur Betriebsgeschichte 2. 1949-1971, Entwurf, Typoskript, 68 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Beiträge zur Betriebsgeschichte 2, Bl. 62.

[9] daro. Produktionsprogramm 1972, S. 13.

[10] Produktionsstückzahlen, Historische Sammlung.

Im Zusammenhang mit der Produktionsaufnahme des RANDEP ist eine Anekdote überliefert. Der Sekretär einer Abteilungsparteiorganisation (APO) erklärte auf einer Sitzung: *«Ich habe mir das schon ein paar Wochen angehört, die Probleme mit dem Randep. Da muß der Genosse mal hier auftreten und sagen, was Sache ist.»* Diese Geschichte vom Genossen Randep wirft ein Schlaglicht auf die fachliche Einsicht dieses Parteisekretärs. Sicher kam es auch bei manch anderen Parteifunktionären vor, daß sie sich in Dinge einmischten, von denen sie nichts verstanden.

Drucker als eigenständige Geräte wurden erstmals 1969 produziert. Dieser neue Bereich weitete sich in den 70er Jahren rasch aus und bestimmte in den 80er Jahren neben der Rechentechnik die Produktion des Werkes.[8] Den Anfang in dieser Produktionslinie machte der Paralleldrucker PD 475. Ab 1971 ging der weiterentwikkelte PD 478 in Serie. Die Paralleldrucker hatten eine rotierende Typenwalze. Der PD 478 verfügte über die Druckgeschwindigkeit von 1.800 Zeichen pro Minute.[9] Bei diesem Druckertyp wurde die komplette Zeile eingestellt und dann gleichzeitig oder auch «parallel» aufs Papier gebracht. In den nachfolgenden Jahren kamen in kurzer Abfolge weitere neuentwickelte Drucker in die Serienfertigung. Der erste Nadeldrucker, der im Werk hergestellt wurde, war der 1973 in die Produktion übergeleitete SD 1156. SD stand für Seriendrucker, weil die Buchstaben einer Zeile nicht mehr gleichzeitig, sondern nacheinander, also «in Serie» auf das Papier gedruckt wurden. Dieser erste Nadeldrucker hatte 35 Nadeln und war der einzige Nadler, der den Buchstaben komplett aufs Papier brachte. Die nachfolgenden Nadeldrucker waren Spaltendrucker, das heißt, sie lösten den Buchstaben in Spalten auf, die dann nacheinander gedruckt wurden. 1974 folgte der

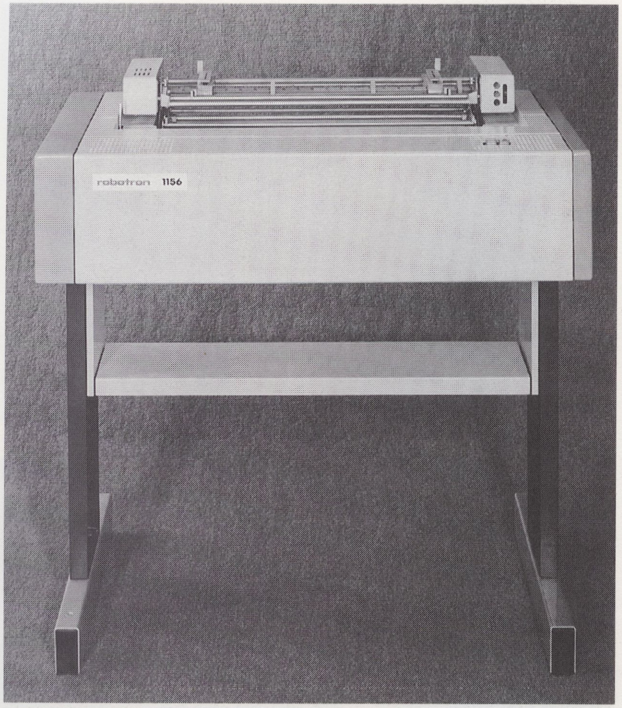
Paralleldrucker PD 478



Blockdrucker 1132 und ab 1975 als dessen Weiterentwicklung der Streifendrucker 1130. Die Nadeldrucker SD 1154 und SD 1157 gingen 1976 bzw. 1982 in die Serienfertigung. Der Paralleldrucker PD 478 sowie die Nadeldrucker SD 1154, 1156 und 1157 wurden bis in die 80er Jahre hergestellt.[10]

Der Einzug der Elektronik hatte die bisherige elektromechanische Bürotechnik veralten lassen. Der Bereinigung des Produktionssortiments fiel deshalb der Fakturierautomat FME, der nach dem Krieg eine wichtige Rolle gespielt hatte, sowie die Rechenmaschine SAR II c zum Opfer. Mit die-

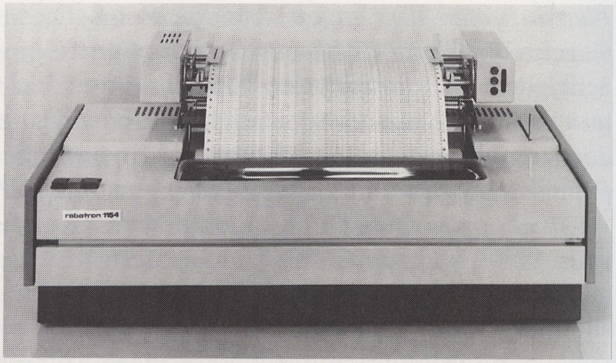
Seriendrucker SD 1156



sen Geräten lief 1971 die Herstellung elektromechanischer Maschinen im Werk aus.[11]

Für die Belegschaft brachten die Ratio-Objekte teilweise auch Verschlechterungen. Mit den Rationalisierungsobjekten Zentrale Stanzerei und Drehteilfertigung, die 1969 *«aus Anlaß des 20. Jahrestages der Gründung unserer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik feierlich ihrer Nutzung übergeben»* wurden, führte man zum Beispiel für 1.400 Beschäftigte die Schichtarbeit ein.[12] Bei der Verpflegung waren die Neuerungen für die Beschäftigten meist mit Verbesserun-

Seriendrucker SD 1154

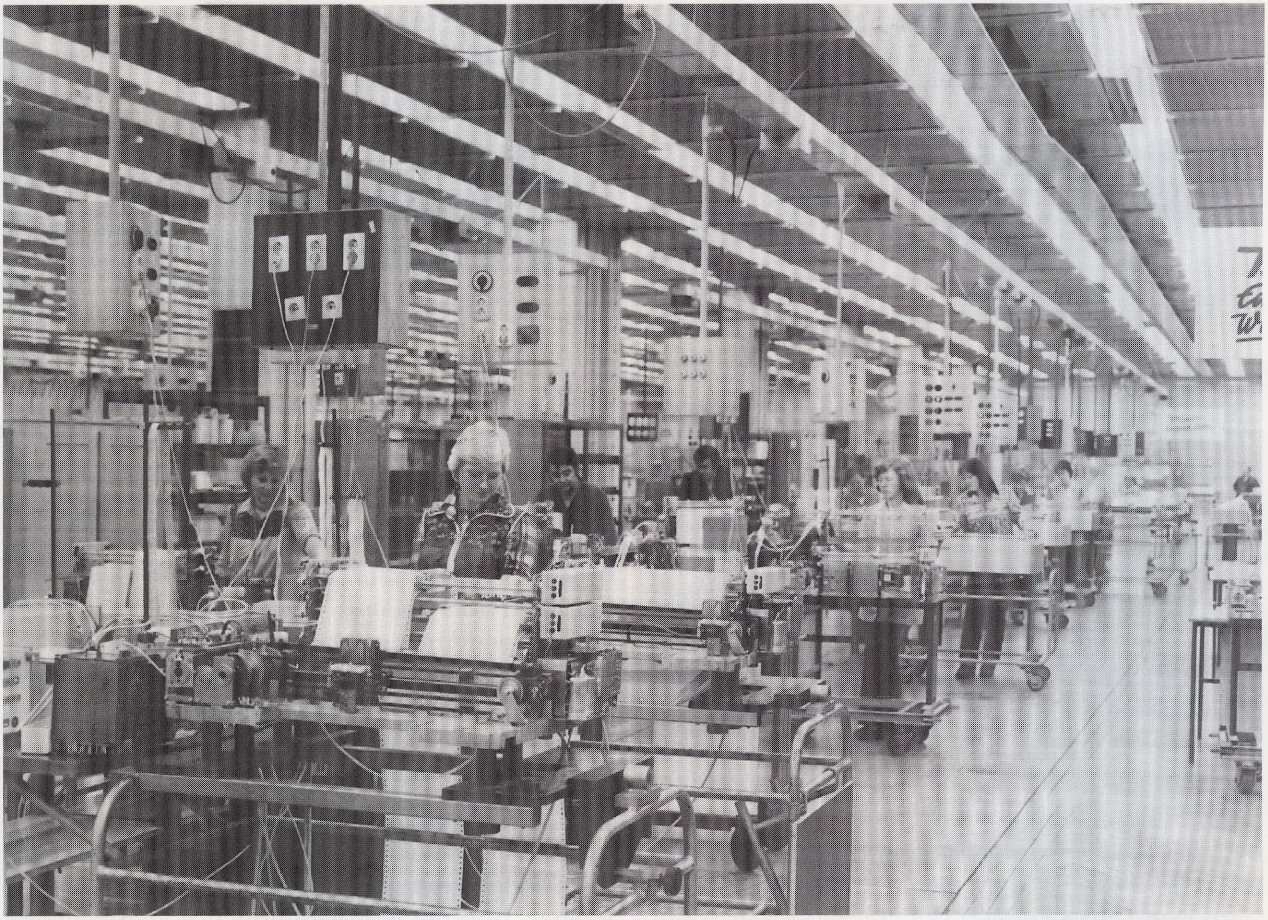


gen verbunden. So wurde 1967 zeitgleich mit der Umstellung der ETR 220-Fertigung auf Fließband eine neue Pausengaststätte für die dort Arbeitenden eröffnet.[13] In denselben Genuß kamen die Belegschaftsmitglieder, die an dem oben erwähnten Ratio-Objekt für EAA und RANDEP beteiligt waren.[14]

Auch bei der Neukonzipierung und Ausstattung der Arbeitsplätze und Betriebsräume ging man mehr als bisher auf die Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. So wurden in der Fertigung Schalldämpfungsmaßnahmen durchgeführt, Warmluftschleusen zur Vermeidung von Zugluft eingebaut, die Wasch- und Umkleideräume saniert, Frauenruhe- und Besprechungsräume eingerichtet, Kleinsportartikel für den Pausensport sowie Kühlschränke für die Beschäftigten zur Verfügung gestellt.[15]

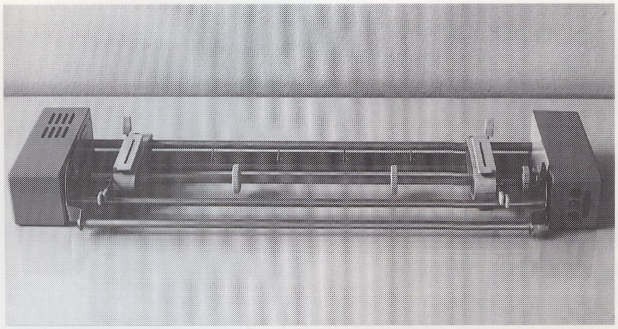
[11] Produktionsstückzahlen, Historische Sammlung.
[12] Beiträge zur Betriebsgeschichte 2, Bl. 57.
[13] Beiträge zur Betriebsgeschichte 2, Bl. 48.
[14] Beiträge zur Betriebsgeschichte 2, Bl. 62.
[15] Kombinat Zentronik, Bl. 9.

Montage des Seriendrucker SD 1156

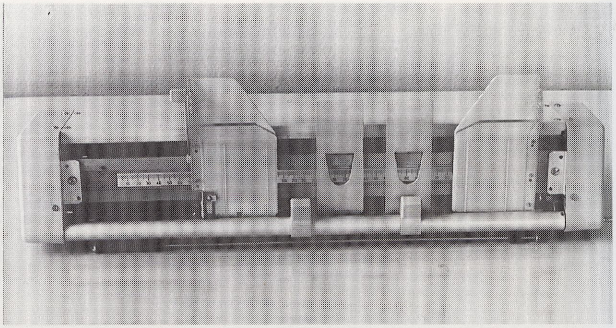


Die spezifischen Formen, durch die in der DDR-Planwirtschaft die Beschäftigten am Produktionsplan beteiligt waren, gewannen im Werk Anfang der 70er Jahre an Gewicht. Ein Vergleich der Zahlen von 1969 und 1973 zeigt, daß es in diesem Zeitraum zu großen Steigerungen kam. Die Menge der «sozialistischen Kollektive» wuchs von 16 Kollektiven mit rund 370 Mitgliedern auf 498 Kollektive mit rund 11.500 Mitgliedern. Die Anzahl der Aktivisten pro Jahr verdoppelte sich fast von 287 auf 493 und die Wettbewerbsverpflichtungen stiegen von 10.500 Verpflichtun-

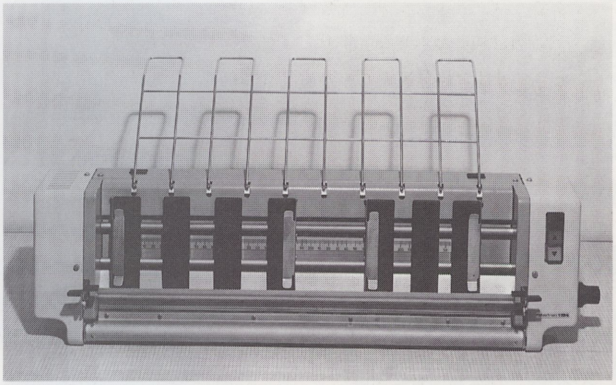
Formularvorschub 1160



Konteneinzug 1161



Formulareinzug 1164



gen mit rund 8 Millionen Mark Nutzen auf 23.000 Verpflichtungen mit rund 18 Millionen Mark Nutzen. Die Zahl der Neuerer [16] wuchs von 1.330 auf 4.940.[17]

In den Darstellungen des Betriebes herrschte der Eindruck einer stetigen Steigerung der Zielzahlen und Resultate vor. Planschulden wurden nur im Zusammenhang mit ihrer Tilgung erwähnt. Wie war diese Serie von Plansteigerungen, zunehmenden Wettbewerbsverpflichtungen, wachsenden Aktivistenzahlen usw. möglich? Diese Frage ist besonders schwierig zu beantworten, da die schriftlichen Quellen dazu geringen Aussagewert haben und die Darstellung Beteiligter verständlicherweise subjektiv ist. Bei meinen Gesprächen gewann ich folgendes Bild: Alle Beteiligten, von der Arbeiterin am Band über den Ingenieur bis zum Betriebsleiter, wußten, daß die Erreichung der Ziele bei Plan und Wettbewerb nicht in Frage gestellt werden durfte. Diese Vorgaben mußten erfüllt werden, auch wenn Hindernisse auftauchten, die der Betrieb nicht beeinflussen konnte, wie mangelnde Kontinuität bei den Material- und Teilelieferungen. Genauso festgelegt war die jährliche Steigerung bei der Planerfüllung.

Als eine Art Selbstverteidigung wurden verschiedene Strategien entwickelt. Ich gebe hier wieder, was mir dazu mündlich von Beteiligten

[16] Ein Neuerervorschlag beinhaltete eine Verbesserung in der Planung oder Produktion, konnte von jedem/r Werksangehörigen eingereicht werden und wurde je nach Bedeutung mit einer Geldprämie belohnt.

[17] Material zur Entwicklung des VEB Büromaschinenwerk in den Jahren 1969 bis 1974 und bis 1980, 3.4.74, Typoskript, 4 Bl., Historische Sammlung, Bl. 2.

berichtet wurde. Ein wesentliches und von den staatlichen Stellen akzeptiertes Instrument bestand darin, daß der Plan vor allem vom ökonomischen Wert und nicht unbedingt vom Sortiment her erfüllt werden mußte. Von verschiedenen Zeitzeugen stammt die Aussage, daß seit den 70er Jahren der Plan zwar wertmäßig immer, aber sortimentsmäßig oft nicht erfüllt wurde. Unter dem Betriebsdirektor Hans Schieck stellte z. B. die Produktion des elektronischen Tischrechner ETR 220 eine beliebte Reserve dar, um Löcher zu stopfen. Verbreitet war auch, den Monatsplan als erfüllt zu melden, obwohl die Produktion der ersten Tage im neuen Monat noch dazugenommen werden mußte, um 100 % zu erreichen. Ein weiteres Mittel zur Planerfüllung war die «Sozialistische Hilfe». Darunter verstand man den Einsatz von sogenannten «unproduktiven Kräften» in der Produktion. Betroffen waren davon Beschäftigte vom Abteilungsleiter abwärts, die nicht direkt in der Fertigung tätig waren. Ingenieure wurden dafür aus ihren Entwicklungsarbeiten gerissen. Ursprünglich als reine Notlösung gedacht, wurde diese «sozialistische Hilfe» zur Dauereinrichtung.

Großen Druck übten die staatlichen Stellen hinsichtlich der Arbeitszeiteinsparung aus. Wegen der schon hohen Kosten für die elektronischen Bauteile sollte zumindest Arbeitszeit eingespart werden. Doch gerade hier gab es oft Hindernisse für effektives Arbeitern, die nicht vom Betrieb zu verantworten waren. Die Serienproduktion eines neuen Geräts, dessen Herstellung im Musterbau noch einwandfrei klappte, konnte im Chaos enden, weil die Werkzeugmaschinen veraltet waren oder Serienwerkzeuge und das Material fehlte bzw. nicht das richtige war. Denn nicht immer konnte die sprichwörtliche Improvisationsfähigkeit der DDR-Arbeiter und -Ingenieure die Material-Mißwirtschaft ausgleichen. Konnte man die richtigen Stahlschrauben nicht beziehen, blieb dem Werk nichts anderes übrig, als sie selbst herzustellen. War das zur Verfügung stehende Material dann nicht hart genug, lockerten sich die Schrauben wieder und man mußte von vorn anfangen. Für die Berechnung der Arbeitszeit waren die Technologen als Schnittstelle zwischen Entwicklung und Produktion zuständig. Unter dem Druck, von Jahr zu Jahr weitere Arbeitszeiteinsparungen vorweisen zu müssen, bauten sie bei der Überleitung eines neues Produktes in die Serienherstellung ausreichend Reserven ein, die dann im Lauf der Zeit abgespeckt werden konnten.

Auch die in der Produktion Tätigen hatten einen gewissen Einfluß. Verschiedene von mir befragte Ingenieure waren hier in ihrer Einschätzung einig. Der Schutz der Betriebsgewerkschaftsleitung und Betriebsparteiorganisation hätte den in der Fertigung Beschäftigten eine starke Position gegeben. *„Ausbeutung der Arbeiter"* wäre einer der schlimmsten Vorwürfe an die Ingenieure gewesen. Ehemalige Leitungsverantwortliche beklagten sich über die *«Allmacht der sozialistischen Arbeitnehmer»,* die mit ihren Eingaben die Direktoren beschäftigt hätten. Sicher hatten die Arbeiter und Arbeiterinnen eines volkseigenen Betriebs in der Produktion angesichts ihres Rechts auf Arbeit und ihres weitergehenden Kündigungsschutzes mehr Möglichkeiten, Spielräume zu gewinnen und zu erhalten, als in einem privatwirtschaftlichen Betrieb. Die «Erholungszeit» gehörte ganz offiziell zu den sozialistischen Arbeitszeitfaktoren. Bei der Normung eines Arbeitsvorgangs wurde sie mit 7-9 % der insgesamt benötigten Zeit veranschlagt. Auch der Arbeiter wußte seine Zeitreserven zu sichern. Er schuf sich damit die Möglichkeit, den Plan eines Monats auch in der zweiten Monatshälfte zu erfüllen, wenn in den ersten

Wochen kein Material zur Verfügung gestanden hatte. Denn «Warte- und Stillstandszeit» war eine der Hauptfaktoren für die geringe Arbeitsproduktivität. Es kam auch vor, daß man die Arbeit bewußt eine Weile liegen ließ, um für die dann notwendigen Überstunden und Nachtschichten Prämie zu kassieren.

Die Methode, das Optimum an Produktivität und Effektivität zunächst zurückzuhalten, gab es nicht nur bei den Arbeitern und Technologen. Auch bei Betriebsteilleitern kam es vor, daß sie eine Produktverbesserung bis zum Ende des Jahres geheimhielten, um damit in der nächsten Planrunde ihr Soll zu erfüllen. Eine Strategie im Umgang mit Defiziten bestand bei Leitungsverantwortlichen darin, Probleme im Zuständigkeitsbereich der Kollegen aufzuwerfen. *«Beweispflichtig war immer der Angegriffene»*, schilderte ein Beteiligter solche Diskussionen. So wurde von den eigenen Schwierigkeiten abgelenkt und der «schwarze Peter» weitergereicht. Der Verantwortliche für Materialbeschaffung, im Betriebsjargon der «M», war ein beliebter Adressat für derartige Angriffe, da er zweifellos eine schwierige Aufgabe zu bewältigen hatte.

Durch den Innovationsdruck gewann die technische Intelligenz immer mehr Bedeutung im Werk. In den Jahren zwischen 1969 und 1973 fand die stärkste Ausweitung statt. Waren 1969 191 Hochschulkader [18] unter den Beschäftigten, so waren es 1973 schon 529. Die Anzahl der Fachschulkader erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 595 auf 1.064. Bei fast gleichen Beschäftigtenzahlen gab es 1989 665 Hochschulkader und 1.260 Fachschulkader im Werk. Bis zum Ende der DDR war also weiter eine Zunahme zu verzeichnen. Ein Sprung wie zwischen 1969 und 1973 kam aber nicht mehr vor. Der Besuch einer Fachschule zählte in der DDR als Studium und schloß im technischen Bereich mit dem Ingenieursgrad ab. In Sömmerda hatten viele der Fachschulabsolventen bereits als Lehrlinge im Werk gelernt und waren von dort zum Ingenieurstudium delegiert worden. Ihre gute Kenntnis des Betriebes machte sie zur wichtigen Schaltstelle zwischen Wissenschaft und Produktion. Waren die Hochschulkader, die als Spezialisten für bestimmte Aufgaben extra ins Werk geholt wurden, meist die führenden Köpfe in den Entwicklungsteams, so sorgten die Fachschulkader als Konstrukteure und Technologen für die Umsetzung der Ideen in serienreife Konstruktion und Fertigung.

Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Jugendlichen gerichtet, die ab 1969 in der MMM-Bewegung, der «Messe der Meister von Morgen», ihren Beitrag zur Rationalisierung leisteten.

Frauen profitierten nur allmählich von dem Qualifizierungsschub und blieben bis zuletzt in den leitenden Stellungen unterrepräsentiert. Zwar hatten sie seit 1952 mit dem Frauenausschuß, der auf Beschluß des SED-Politbüros auch im Werk eingerichtet und anfangs von Rosa Schieritz geleitet wurde, eine offizielle Vertretung. Doch änderte dies in der Anfangszeit wenig an der Tatsache, daß die Frauen im Werk schlechter qualifiziert waren und schlechter verdienten als ihre männlichen Kollegen. Nach Archivunterlagen wurde dieses Problem auch bei einer Kreisfrauenkonferenz am 21. September 1958 mit Genossin Edith Baumann, *«Kandidat des Politbüros der SED»*, wie es in dem Bericht hieß, aufgegriffen: *«Auf dieser Konferenz kam zum Ausdruck, daß in der Vergangenheit der Arbeit des Frauenausschusses zu wenig Beachtung geschenkt wurde.*

[18] Kader kommt ursprünglich vom französischen cadre = Rahmen und meint die zur Ausbildung und Führung erforderlichen Offiziere einer Truppe. Im kommunistischen Sprachgebrauch wurden politische, staatliche und wirtschaftliche Führungskräfte als Kader bezeichnet.

Es gibt kein Verständnis dafür, daß noch zu wenige Frauen in leitenden Funktionen tätig sind. In der Diskussion kam eindeutig zum Ausdruck, daß es Frauen schwerer haben, sich durchzusetzen. Es gibt noch zu viele Betriebsleiter, die erwägen, daß Männer in einem Betrieb rentabler sind. Liegt es wirklich nur an unseren Kolleginnen? Die Forderung, Frauen in leitende Stellungen zu delegieren, wird fester Bestandteil des Arbeitsplanes des Frauenausschusses.»[20] Die von der Betriebsparteileitung herausgegebene Werkszeitung «Pulsschlag der Arbeit» führte seit den 60er Jahren eine permanente Kampagne für die Qualifizierung und den innerbetrieblichen Aufstieg von Frauen durch. Ab 1969 wurde ein Frauenförderplan als Anhang und später als fester Bestandteil in den jährlichen Betriebskollektivvertrag aufgenommen.[21] Zu dieser Zeit gab es unter den Hoch- und Fachschulkadern immer noch kaum Frauen. In den folgenden 20 Jahren verbesserte sich das Verhältnis.

Frauenanteil bei verschiedenen Beschäftigten-Guppen[19]

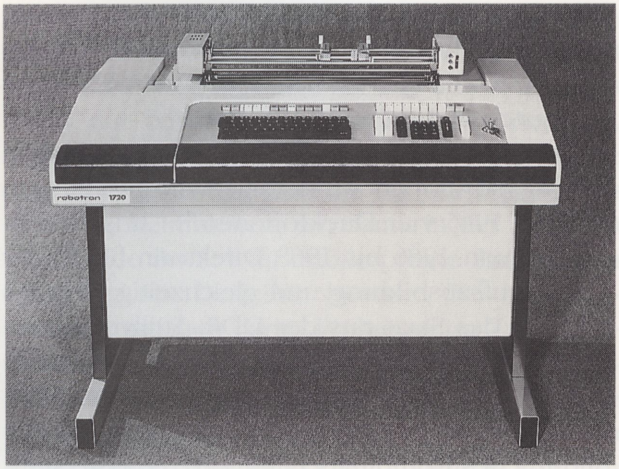
	1969		**1989**	
Anteil an:	Anzahl	%	Anzahl	%
Beschäftigten	4.216	40,0	5.845	42,0
Hochschulkadern	5	2,6	154	23,2
Fachschulkadern	20	3,4	479	38,0
Meisterinnen	16	6,4	66	14,6
Facharbeiterinnen	1.043	23,3	4.136	45,9

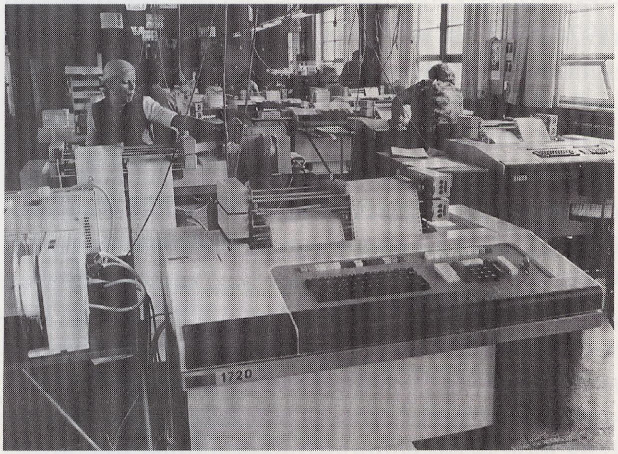
Die Zahlen zeigen, daß der Frauenanteil bei allen qualifizierten Tätigkeiten stieg, Frauen jedoch überall in der Minderheit blieben. Nur bei den Teilfacharbeiterinnen und ungelernten Kräften stellten sie bis zuletzt mit 62,5 % die Mehrheit.[22] Bei einem Teil der Frauen war die Qualifizierung eher ein formaler Akt zur Erfüllung der Vorgaben im Frauenförderplan. Andere schafften es dagegen, in einer männerdominierten Umgebung als Ingenieurinnen in der Entwicklung und Produktionsplanung ihre Frau zu stehen. Auffällig ist, daß in der Produktion selbst, wo die Frauen als Facharbeiterinnen, Teilfacharbeiterinnen und Ungelernte 48,1 % stellten, die Leitung Männnersache blieb. Denn auf der Ebene der Meister waren die Frauen 1989 mit 14,6 % am geringsten vertreten.

Einige wenige Frauen schafften es, zu hohen Leitungspositionen aufzusteigen. Insgesamt gab es nach 1945 vier Direktorinnen.[23] Christel Pappe war von 1966 bis 1968 Direktorin für Kader und Berufsausbildung und gleichzeitig jüngstes Mitglied des Staatsrats der DDR. Stellvertreterin Pappes war Annelies Waida. Sie war bereits in der «Vereinigung Volkseigener Betriebe» seit 1965 als Kaderleiterin eingesetzt und wurde mit der Bildung des Kombinats Zentronik die erste stellvertretende Direktorin für Kader und Bildung. Von 1974 bis 1978 war Regina Pfeuffer Direktorin für Ökonomie. Nach der Umbildung zur Aktiengesellschaft wurde Renate Elliger, die seit Mitte der 80er Jahre Abteilungsleiterin gewesen war, Direktorin für Rechnungsführung und Finanzkontrolle. 38 Frauen stiegen in der DDR zu Abteilungsleiterinnen auf, sechs von ihnen wurden Hauptabteilungsleiterinnen. Barbara Seyfarth trug von 1978 bis 1991 die Verantwortung für den Bereich Sozialökonomie und war damit für die sozialen Aufgaben des Betriebs zuständig. Mit 13 Jahren hatte sie unter allen Frauen die längste Zeit eine hohe Leitungsfunktion inne. Alle anderen Hauptabteilungsleiterinnen erreichten erst in den 80er Jahren diese Position: Hannelore Bruns im Bereich Arbeitskräfterechnung, Helga Fabian und Heidemarie Lindenlaub im Bereich Kostenrechnung, Marlies Heydrich im Bereich Entwick-

Buchungs- und Fakturierautomat BFA 1720

Montage des BFA 1720





lung und Marina Michel im Bereich Planung. Die meisten Frauen mit hoher Leitungsverantwortung waren im Verwaltungsbereich tätig und dort im Personalwesen, in der Statistik oder den Finanzen. Bis zur Spitze, zum Posten des Betriebsdirektors, des Parteisekretärs oder des FDGB-Vorsitzenden im Werk, hat es keine Frau geschafft.

Mit einem Exportanteil von rund 50% blieb die Sowjetunion weiterhin größter Handelspartner des Betriebes. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Büromaschinenwerk und sowjetischen Institutionen, so der Zentralverwaltung für Statistik der UdSSR und dem Moskauer Ministerium für Geräte und Automatisierungssysteme, garantierte, daß die Bedürfnisse der sowjetischen Wirtschaft in der Entwicklung und Fertigung des Werkes ausreichend berücksichtigt wurden.[24] Außer in die UdSSR exportierte das Werk seine Produkte in über 30 Länder vor allem des «Sozialistischen Wirtschaftsgebietes», aber auch in westliche Staaten.[25] Nach innerbetrieblichen Darstellungen spielte der Sömmerdaer Elektronische Abrechnungsautomat eine wichtige Rolle in der

[19] Quellen: Jahresabschlußberichte der Werkleitung, außerdem: Frauenausschuß, Bl. 12ff. und: Material zur Entwicklung des VEB Büromaschinenwerk in den Jahren 1969 bis 1974 und bis 1980, 3. 4. 1974, Typoskript, 4 Bl., Historische Sammlung, Bl. 2. Andere Zahlen zu 1969 nannte eine Veröffentlichung der Geschichtskommission von 1979. Danach gab es damals unter den Frauen 11 Hoch- und 81 Fachschulkader, 6 Industriemeisterinnen und 1160 Facharbeiterinnen. Vgl. robotron. VEB Büromaschinenwerk Sömmerda, Bilddokumentation zum 30. Jahrestag der DDR, Kalenderblatt 1975. Da sich das Material der AG 6 auf Unterlagen des Frauenausschusses bezieht, gebe ich diesen Zahlen den Vorrang.

[20] Die Arbeit im Frauenausschuß im Büromaschinenwerk Sda., Typoskript, 28 Bl., Material der AG 6 der Betriebsgeschichtskommission, Frauenarbeit, Genossin Felbermeier, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Frauenausschuß, Bl. 5.

[21] Ebd., Bl. 11.

[22] Es gab dort 886 Frauen bei insgesamt 1418 Teilfacharbeitskräften und Ungelernten, vgl. Jahresabschlußbericht der Werkleitung, Historische Sammlung.

[23] Die Angaben wurden mir von Sieglinde Höhne, Abteilung Personalwesen, zur Verfügung gestellt. Kaderdirektorin entsprach einer Direktorin für das Personalwesen.

[24] Kombinat Zentronik/1970, Bl. 12.

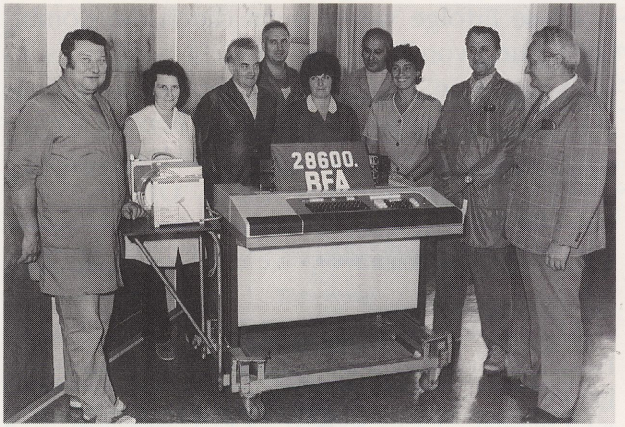
[25] Material zur Entwicklung des VEB Büromaschinenwerk in den Jahren 1969 bis 1974 und bis 1980, 3. 4. 74, Typoskript, 4 Bl., Historische Sammlung, Bl. 2.

[26] Zuarbeiten 49-79.

[27] Zitiert nach: ebd.

[28] Kombinat Zentronik, Bl. 18.

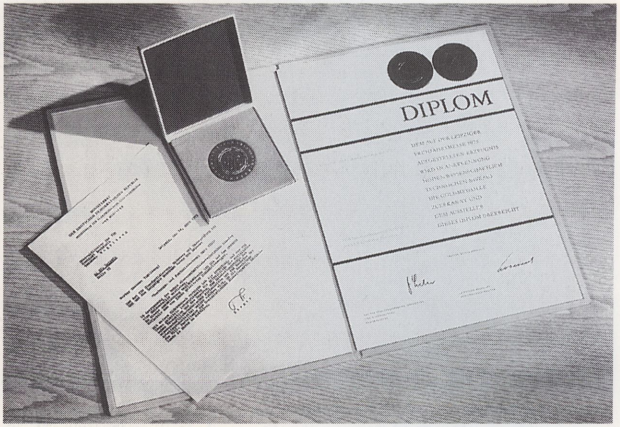
Der 28.600ste und damit letzte BFA 1720 wurde gefeiert. Tatsächlich wurden jedoch nur 28.345 Geräte gefertigt (siehe Anhang).



ungarischen Stromabrechnung. In Frankreich kamen ein Drittel aller Abrechnungsautomaten aus Sömmerda.[26]

Im Werk wurde ein Schwerpunkt auf die Weiterentwicklung der elektronischen Rechentechnik gelegt. Die Leistungsfähigkeit der Bauelemente wurde soweit gesteigert, daß man 1975 den Sprung zur Mikroelektronik, das heißt zur Konstruktion und Herstellung integrierter elektronischer Schaltungen, wagen konnte. Der IX. SED-Parteitag erklärte 1976 die *«Beherrschung der Mikroelektronik»* zu *«einer Kernfrage unserer weiteren wissenschaftlichen Entwicklung»*.[27] Noch im selben Jahr wurde der mit hochintegrierten Bauelementen ausgestattete Buchungs- und Fakturierautomat BFA 1720 in Serienfertigung gebaut. 1975 wurde er auf der Leipziger Frühjahrsmesse mit einer Goldmedaille ausgezeichnet.[28] Dieses Gerät kann als Übergang zur Mikroelektronik im Werk gelten.

Goldmedaille der Leipziger Messe 1975 für den BFA 1720



Was im vorausgegangenen Kapitel über die Bedeutung der Elektronik für die DDR gesagt wurde, gilt erst recht für die Mikroelektronik. Der DDR-Führung war ihre Einführung sogar eine Veränderung der Kombinatsstruktur wert. Zeitgleich mit dem Kombinat Zentronik war am 1. April 1969 das Kombinat Robotron mit dem Stammbetrieb VEB Elektronik Dresden gebildet worden. Es hatte ein ähnliches Produktionsprofil wie Zentronik, allerdings mit eindeutigem Schwerpunkt auf der Elektronischen Datenverarbeitung (EDV). Und es hatte vor allem eine erheblich größere Forschungskapzität als Zentronik. Nach verschiedenen Eingaben konnte Zentronik zwar seit 1971 eine kleine Forschungsabteilung in Erfurt aufbauen. Diese umfaßte den noch aus der VVB (Vereinigung Volkseigener Betriebe) stammenden Forschungs- und Entwicklungsbereich und ein in Erfurt existierendes Ingenieurbüro. Mit der personellen, technischen und räumlichen Ausstat-



tung, über die Robotron in Dresden verfügte, ließ sich das jedoch bei weitem nicht vergleichen. Der Wille zur Forschung war bei Zentronik vorhanden, so Karl-Heinz Schenke heute, die Ressourcen nicht. In Sömmerda und Erfurt sah man sich gegenüber Dresden hier eindeutig benachteiligt. Als dann das Kombinat Zentronik aufgelöst wurde, wurden dessen Betriebe einschließlich des Büromaschinenwerks Sömmerda am 1. Januar 1978 in das Kombinat „Robotron" eingegliedert. In Sömmerda, das seither als Stammbetrieb die führende Rolle gehabt hatte, fühlte man sich dadurch entmachtet.

Als «VEB Robotron Büromaschinenwerk Sömmerda» erlebte das Werk bis zum 1. Juni 1990, als es in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, seine vielleicht beste Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. Sömmerda wurde zur «Hauptstadt der Computer». Damit gewann die Produktion einen so hohen Stellenwert für die DDR-Führung, daß sich die Angehörigen des Büromaschinenwerks in Status und materieller Versorgung deutlich von den Beschäftigten anderer Branchen abhoben. Da das Werk als «volkswirtschaftlich wichtiger Betrieb» eingestuft worden war, wurden für DDR-Verhältnisse sehr gute Löhne bezahlt. 1989 lag der Durchschnittslohn bei 1.065,- Mark.[29]

Diese Erfolge waren nicht durch die Kombinatsleitung von Robotron erreicht worden, sondern gegen sie. Davon wird später noch die Rede sein. Noch heute ist in den Gesprächen mit Werksangehörigen zu spüren, daß sie sich niemals als «Robotroner» empfunden haben. Offensichtlich war der Spruch *«Hast du einen dummen Sohn, schicke ihn zu Robotron»* weit verbreitet in Sömmerda.

Robotron war mit 20 Betrieben und fast 70.000 Beschäftigten eines der größten Kombinate der DDR. Die Produktion umfaßte EDV-Anlagen und Rechnersysteme sowie Datenerfassungsgeräte und wurde in den 80er Jahren auf Büro-, Personal- und Arbeitsplatzcomputer ausgeweitet. Dazu kamen elektronische Meß-, Schreib-, Richtfunk- und Zeichentechnik sowie Software, Unterhaltungselektronik und andere Konsumgüter. Auch im neuen Kombinat war das Büromaschinenwerk Sömmerda der größte Betrieb. Stammbetrieb blieb dennoch der VEB Elektronik Dresden.[30]

Die erste Sömmerdaer Neuentwicklung nach dem Kombinatswechsel war der Kleinfakturierautomat KFA 1711. Er war erstmalig mit einem

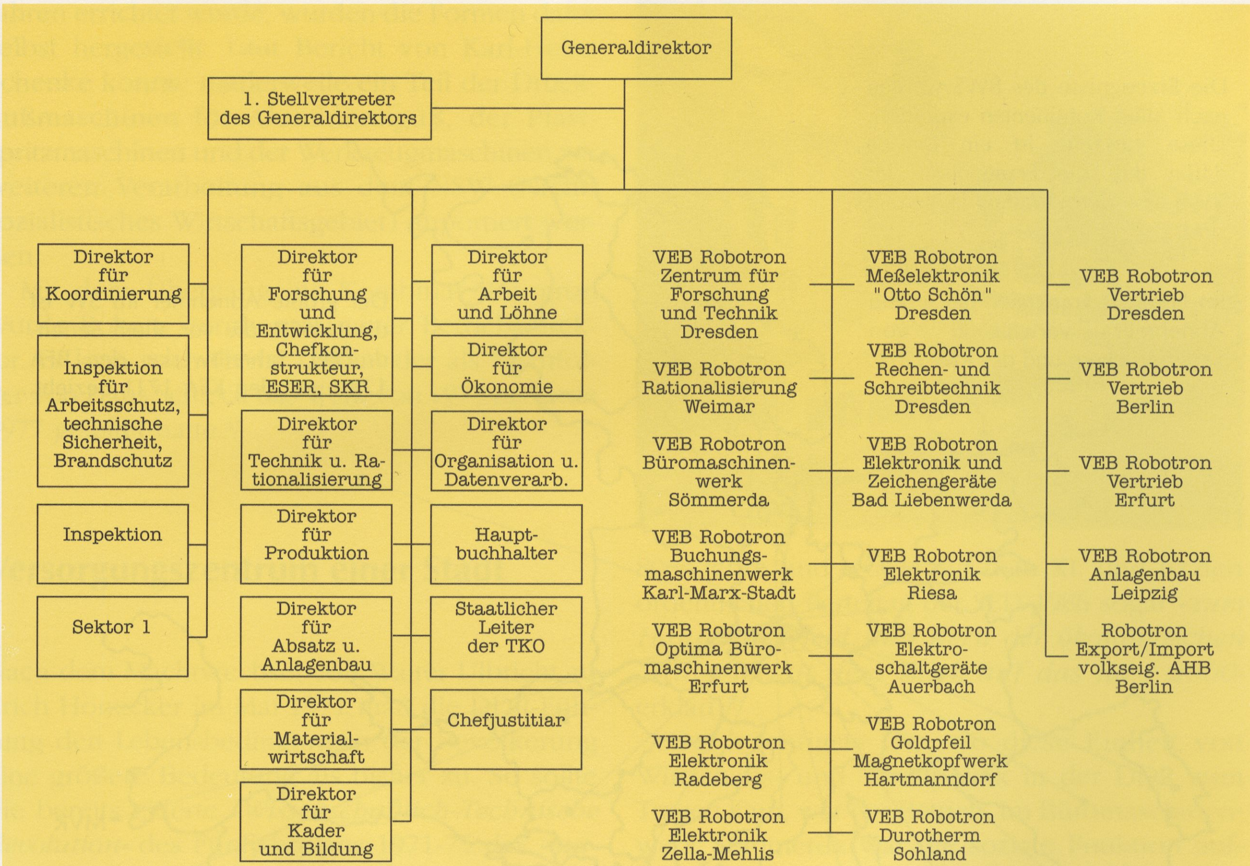
[29] Wir sind gut vorangekommen. Eine Bilanz zum 40. Jahrestag der DDR, hg. von der Betriebsparteiorganisation der SED und dem Betriebsdirektor des VEB Robotron Büromaschinenwerk «Ernst Thälmann» Sömmerda, September 1989, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Bilanz zum 40. Jahrestag, S. 20.

[30] Informationsmaterial zum VEB Robotron-Büromaschinenwerk «Ernst Thälmann» Sömmerda (BWS), Typoskript, 4 S., Historische Sammlung, S. 1.

[31] Kombinat Zentronik, Bl. 13. Und Produktionsstückzahlen, Historische Sammlung.

[32] Kombinat Zentronik, Bl. 22.

Struktur des VEB Kombinat ROBOTRON



Mikroprozessor versehen, einem mikroelektronischen Baustein, der Rechen- und Steuerfunktion erfüllte, und wurde ab 1978 in Serie gebaut.[31] Der Buchungs- und Fakturierautomat BFA 1720, der KFA 1711 sowie die Drucker waren auch im westlichen Ausland gefragt und wurden unter anderem nach Westdeutschland, Frankreich, Spanien, England und Australien exportiert.[32]

Von 1977 bis 1982 wurde eine neue Aluminiumgießerei gebaut. Für Aluminium, dessen Vorteil im geringen Gewicht lag, fehlten in der ganzen DDR die Gußkapazitäten. In der alten Gießerei, für Grauguß ausgelegt, waren sowohl

Die Handelverbindungen des VEB Robotron Büromaschinenwerk Sömmerda

Die Erzeugnisse des BWS werden nach allen Kontinenten exportiert. Diese Tatsache ist ein Beweis dafür, daß die Erzeugnisse des BWS auf dem Weltmarkt gefragt sind.

Im NSW ist Frankreich der größte Abnehmer vorwiegend von Seriendruckern und des KFA 1711.

Der größte Abnehmer im SW ist die UdSSR, die vor allem Seriendrucker, Schreibwerke, den BFA 1720 und den KFA 1711 bezieht.



Bausubstanz, Ausrüstung sowie die gesamte Technologie veraltet. Sie wurde für die Plastefertigung umgebaut. Die großflächigen Verkleidungsteile der Büromaschinen, die zuvor aus Blech bestanden hatten, wurden jetzt aus Plaste gegossen. Im Zentralen Formenbau, der ebenfalls in diesen Jahren errichtet wurde, wurden die Formen dafür selbst hergestellt. Laut Bericht von Karl-Heinz Schenke konnte mittlerweile ein Teil der Druckgußmaschinen für Aluminiumguß, der Plastspritzmaschinen und der Werkzeugmaschinen zur weiteren Verarbeitung aus dem NSW (Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet) importiert werden.

Mit dem Übergang ins Kombinat Robotron wurde Robert Sternberger neuer Betriebsdirektor. Er kam nach Heinz Löffler, der als Nachfolger von Hans Schieck das Werk von 1975 bis Ende 1977 geleitet hatte.[33]

Am Busbahnhof



Versorgungszentrum einer Stadt

Nach dem Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker im Mai 1971 maß die DDR-Führung den Lebensbedingungen der Bevölkerung eine größere Bedeutung als bisher zu. So sollte die bereits zitierte *«Wissenschaftlich-Technische Revolution»* des Fünfjahrplans 1971-75 das *«materielle und kulturelle Lebensniveau» des Volkes»* erhöhen.[34] Auf dem XIII. Parteitag im Juni 1971 erklärte Erich Honecker zur Hauptaufgabe, *«alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen»*.[35] Diese neue Orientierung, bekannt unter der Kurzformel *«Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik»*, prägte die 70er und 80er Jahre und wurde auf dem XI. und letzten ordentlichen Parteitag der SED 1986 sogar *«zum Hauptkampffeld und Kern der ökonomischen Strategie mit dem Blick auf das Jahr 2000»* erklärt.[36]

Der wichtigste Ort, wo diese Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der DDR zum Tragen kam, war der Betrieb. Im Büromaschinenwerk Sömmerda war die soziale Funktion aufgrund der Größe des Betriebs besonders ausgeprägt. Die Anzahl der Beschäftigten erreichte 1976 mit 14.411 den Nachkriegshöchststand. Das Anwachsen der Belegschaft sorgte dafür, daß die Einwohnerzahl Sömmerdas Mitte der 70er Jahre die 20.000er Grenze überschritt.[37] Das Einzugsgebiet des Werkes umfaßte Ende der 80er Jahre 176 Ortschaften in 9 Kreisen und 2 Bezirken. Ein

Aufgewendete finanzielle Mittel aus dem K/S-Fonds (in Tausend Mark)

Jahr	Arbeiterversorgung	Kinderbetreug.	Ferien und Erholung	Gesundheitl. u. soziale Betreug.	Sport und Jugendbetreug.	Kultur	Wohnungswesen	Zuschüsse an gesell. Organisationen	Gesamt
1970	936,7	568,2	241,0	387,1	569,4	491,5	39,8	144,8	3.378,5
1971	1.262,7	863,3	271,5	646,3	598,1	721,6	37,7	220,3	4.621,5
1972	1.357,5	1.023,8	250,5	611,7	703,6	1.158,1	56,9	238,8	5.400,9
1973	1.356,5	1.304,0	347,7	606,6	732,7	1.426,9	170,3	267,5	6.212,2
1974	1.673,4	1.330,2	381,3	642,3	740,9	1.678,6	132,3	260,9	6.839,9
1975	1.909,2	1.606,6	521,2	563,5	783,7	1.554,3	139,9	265,7	7.344,1
1976	1.714,7	1.524,1	549,4	528,7	778,9	1.362,9	119,0	263,6	6.841,3
1977	2.044,9	1.625,9	946,3	659,2	833,8	1.175,2	148,4	259,9	7.693,6
1978	1.926,7	1.279,0	736,7	561,0	761,0	892,0	171,3	297,4	6.625,9
1979	2.480,8	1.450,8	689,0	570,0	858,9	1.538,7	156,3	256,3	8.000,8
1980	2.340,8	1.321,2	773,7	562,1	846,5	1.167,4	171,0	273,2	7.455,7
1981	1.880,3	1.228,5	674,5	541,6	792,5	1.088,6	199,4	239,4	6.644,8
1982	2.219,0	1.255,8	1.248,3	516,7	870,5	1.511,4	253,7	311,8	8.187,2
1983	2.262,6	1.218,9	428,3	494,1	1.041,4	1.280,1	246,7	377,8	7.349,9
1984	3.347,2	3.347,2	1.718,1	883,8	593,0	1.246,0	1.459,5	240,0	9.770,0

Drittel aller Werktätigen im Kreis Sömmerda waren dort beschäftigt. 6.400 Menschen kamen täglich in öffentlichen Verkehrsmitteln aus anderen Orten zur Arbeit ins Büromaschinenwerk.[38]

Für die Beschäftigten war der Betrieb Lebensmittelpunkt. Dort verpflegten sie sich, tätigten einen Teil ihrer Einkäufe, gingen zum Sport und zu kulturellen Veranstaltungen. Das Werk verschaffte den Betriebsangehörigen und ihren Familien Ferienplätze, betreute die Kinder und sicherte die ärztliche Versorgung. Viele von ihnen wohnten in Wohnungen, für die das Werk Belegungsrecht hatte.

In Zahlen stellt sich die soziale Funktion des Werkes so dar: Die Werksküche des 1963 gebauten Soemtronhauses, die 1985 modernisiert wurde, hatte eine Kochkapazität von 6.800 Litern und eine Bratkapazität von 680 Litern. Neben der gro-

[33] Leitung - BWS, Typoskript, 2 Bl., Historische Sammlung.
[34] Wie Anm. 1.
[35] Zitiert nach: ebd, S. 95.
[36] Zitiert nach: Tietze, Gerhard u.a.: Sozialpolitik im Betrieb und die Mitwirkung der Gewerkschaften, Berlin 1986, S. 3.
[37] Vgl. Übersicht über Arbeitskräfteentwicklung, Historische Sammlung.
[38] Der VEB Robotron-Büromaschinenwerk «Ernst Thälmann» Sömmerda. Betrieb des VEB Kombinat Robotron. Informationsmaterial, verfaßt vom Pressebeauftragten BWS, 1. 3. 1988, Historische Sammlung, S. 8.

Der große Saal des Soemtronhauses während einer Pause



ßen Kantine im Soemtronhaus gab es in vielen Betriebsteilen eigene Kantinen, die aus der Werksküche mitversorgt wurden. In zwei Kantinen, in der Vorfertigung und der Gießerei, wurde selbst gekocht. In insgesamt 28 arbeitsplatznahen Versorgungseinrichtungen wurden Getränke, Frühstück, warmes Mittagessen und Imbisse angeboten. 1988 wurden 1.710.087 Hauptmahlzeiten im Werk zubereitet. Die betriebseigene Produktion von Fleisch- und Wurstwaren lag bei monatlich 2,5 Tonnen. 3 Tonnen Brühgurken wurden 1988 konserviert. Eine Verkaufsstelle im Soemtronhaus versorgte die Beschäftigten mit Milch, Fleisch, Gemüse und anderen Lebensmitteln. In der «Arbeiterversorgung», wie die umfassende, Tag und Nacht durchgängige Verpflegung genannt wurde, wurden 1988 fast zehn Millionen Mark umgesetzt. Der Betrieb bezuschußte diesen Be-

Versorgungseinrichtungen in den Betriebsteilen

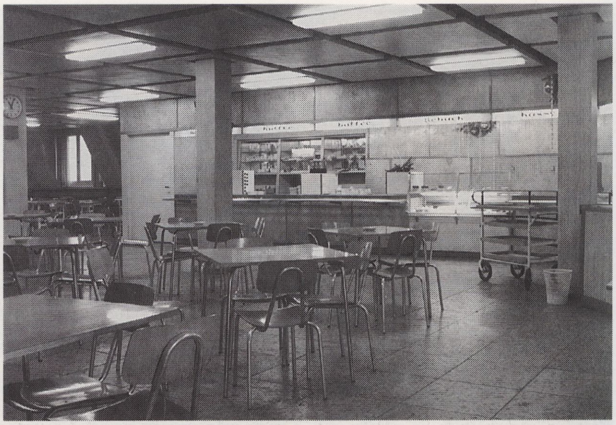
Gießerei

Großer Soemtronsaal vor einer Feier

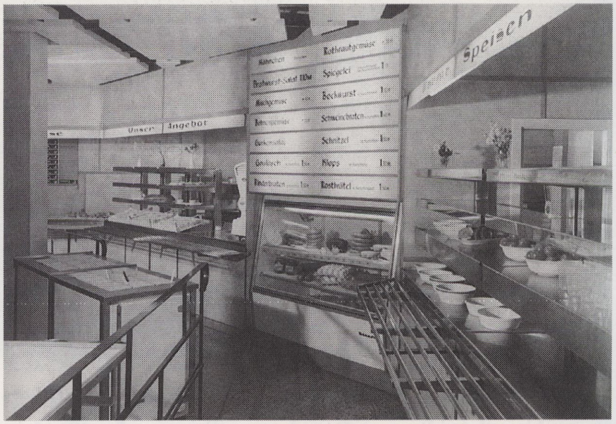
Vorfertigung Teilansicht

Vorfertigung Essenausgabe





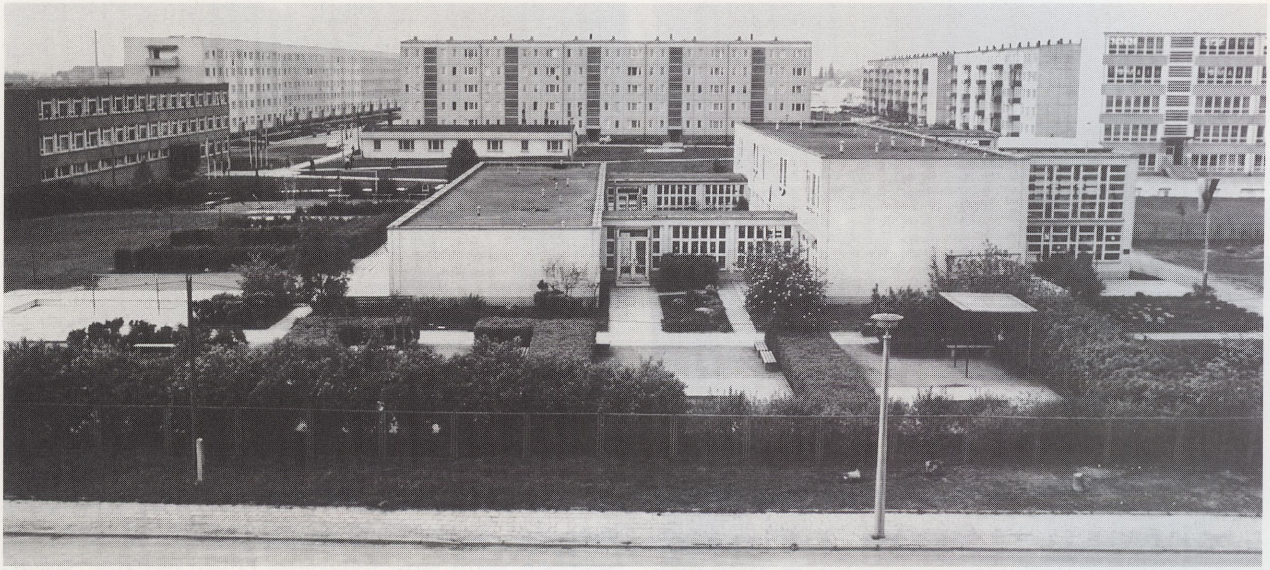




reich 1989 mit 4,1 Millionen Mark aus seinem Kultur- und Sozialfonds, dem K/S-Fonds.

Folgende Geschichte wurde mir von Wilhelm Roeper, Hauptabteilungsleiter der Arbeiterversorgung, erzählt: Täglich wurden früh um 5 Uhr 30 8.000 Brötchen ins Werk geliefert. Sie kamen per LKW vom VEB Backwaren Weimar. In Sömmerda verfügte keine Bäckerei über eine entsprechende Kapazität. Anfang der 80er Jahre blieb der LKW liegen. Zum Glück passierte dies erst in der Auenstraße, rund 100 m vom Soemtronhaus entfernt. Die Brötchen konnten also trotzdem abgeladen werden und die Handwerker des Betriebs machten den LKW bis zum Nachmittag

Stadtteil Neue Zeit mit Schulen und Kindereinrichtungen

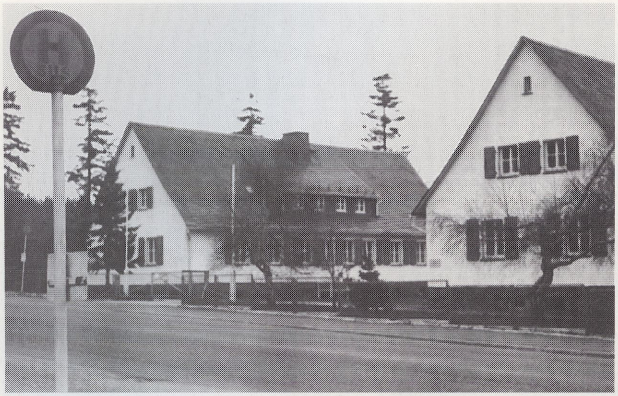


wieder flott. Das ist eines der vielen Beispiele dafür, daß im Büromaschinenwerk, das über alle Gewerke verfügte, nahezu jedes technische Problem gelöst werden konnte.

Die betriebliche Sanitätsstelle hatte 1955 den Status einer Betriebspoliklinik erhalten. Diese wurde in den 70er Jahren stark erweitert. Eine Arztsanitätsstelle in der Vorfertigung bestand bereits, jetzt kamen weitere Einrichtungen in der Rechentechnik, dem Flachbau und der Betriebsschule dazu. Zudem wurde eine stomatologische Abteilung eingerichtet. Die medizinische Bäderabteilung wurde modernisiert. Anfang der 80er Jahre waren 12 Fachärzte in der Betriebspoliklinik beschäftigt, vier weitere führten auf Spezialgebieten Sprechstunden durch. Dazu kam noch das mittlere medizinische Personal, das 53 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfaßte.[39] Von 1971 bis 1989 wurden für Werksangehörige 2.774 Heil- und 940 prophylaktische Kuren genehmigt, die mit 100.000 Mark aus dem Kultur- und Sozialfonds bezuschußt wurden.[40]

Aufgrund des großen Arbeitskräftebedarfs war bei Robotron Sömmerda der Anteil von Frauen für einen metallverarbeitenden Betrieb vergleichsweise hoch. Zuletzt lag er bei 42 %. Da auch in der DDR trotz der stark verbreiteten Frauenerwerbsarbeit die Kinderbetreuung als Angelegenheit der Frauen betrachtet wurde, sah man die betriebliche Kinderversorgung in erster Linie als Unterstützung der Mütter an. Bis 1970 verfügte das Werk über 408 Kinderbetreuungsplätze,

Ferienheim Grenzwiese (Kleiner Inselsberg)



die 1966 durch eine *«Station leichterkrankter Kinder werktätiger Mütter»* mit 24 Betten ergänzt wurden. In den 70er Jahren wurde die Anzahl der Kinderbetreuungsplätze verdoppelt. Das gelang vor allem durch den Neubau von zwei großen Einrichtungen, der Kinderkombination «Glückliche Zukunft» mit 108 Kindergarten- und 59 Krippenplätzen und dem Kinderzentrum «Frösi». Die dortige Kinderkombination bot 196 Kindergarten- und 100 Krippenplätze an. Zu dem Zentrum gehörte weiter eine Kinderwocheneinrichtung mit 60 Krippen- und 30 Kindergartenplätzen. In dieser Einrichtung waren die Kinder durchgehend von Montag früh bis Freitag nachmittag. In beide Projekte investierte der Betrieb zusammen 6,1 Millionen Mark.[41] 1989 verfügte das Werk über insgesamt 526 Kindergarten- und 272 Kinderkrippenplätzen in 5 betrieblichen Einrichtungen.[42]

Seit Mitte des letzten Jahrhunderts war das Werk auf den Zuzug von Arbeitskräften aus anderen Regionen angewiesen. Für ihre Ansiedlung war der Bau von Werkswohnungen und die Förderung des Eigenheimbaus immer ein wichtiges Instrument gewesen. Durch die staatliche Wohnungsverwaltung in der DDR bot sich eine weitere Möglichkeit. Als «sozialistischer Großbetrieb» begann das Werk auf Weisung des Rates des Bezirkes Erfurt am 1. Januar 1969 mit einer eigenen «Wohnraumlenkung», die zunächst 609 Wohneinheiten umfaßte. Bis 1989 steigerte sich der Bestand, für den das Werk die Belegungsrechte hatte, auf 1.199 Einheiten. Die 1954 gegründete AWG (Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaft) hatte Mitte der 80er Jahre zudem 2.273 Wohneinheiten an Werksangehörige vermietet. Außerdem wurden *«viele Wohnungsprobleme (...) durch den Eigenheimbau, bzw. den Um- und Ausbau vorhandenen Wohnraums»* gelöst, wie es in der Bilanz zum 40. Jahrestag der DDR hieß. Bei dem chronischen Mangel an Handwerkern und Baustoffen, der generell in der DDR herrschte, war der Betrieb mit seinen verschiedenen Gewerken eine unschätzbare Hilfe bei der Schaffung und Verbesserung eines Eigenheims. Von 1973 bis 1989 förderte das Werk den Wohnungsbau mit 1.132.345 Mark aus dem Kultur- und Sozialfonds.[43]

Ein für die Belegschaft sehr wichtiges Monopol hatte der Betrieb als Vermittler von Ferienplätzen. Fast 9.000 Urlaubsquartiere konnten zuletzt über das Werk vergeben werden. 1971 standen 1.806 Plätze in den betrieblichen Ferien-

[39] Zuarbeit zur Betriebsgeschichte Komplex «Sozialpolitik», 25. 8. 1981, Typoskript, 13 Bl, Material der AG 15 der Betriebsgeschichtskommission, Sozialpolitik, Genossin Seyfahrth, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Komplex «Sozialpolitik», Bl. 4f.
[40] Bilanz zum 40. Jahrestag, S. 10ff.
[41] Komplex «Sozialpolitik», Bl. 6ff.
[42] Bilanz zum 40. Jahrestag, S. 10ff.
[43] Bilanz zum 40. Jahrestag, S. 13.
[44] Bilanz zum 40. Jahrestag, S. 14f.

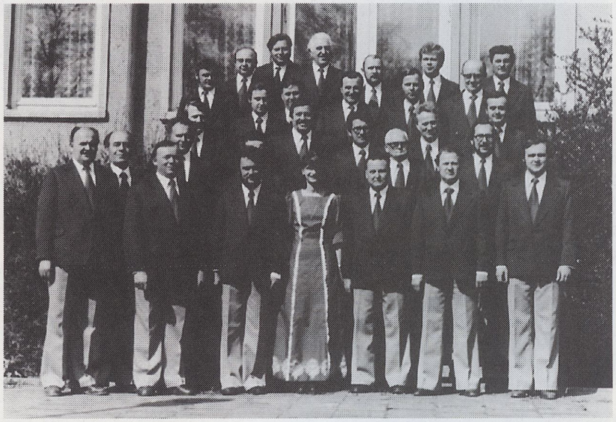
Das Arbeiterkammerorchester



Volkschor



Chor der Zentralen Werkzeugmacherei (ZWM)



zentren Massermühle, Grenzwiese, Rastenberg und Schwielochsee zur Verfügung. Bis 1986 hatte sich die Zahl der betriebseigenen Quartiere durch Ausbau der Ferienzentren und Hinzunahme von Privatquartieren auf 3.572 erhöht. Weitere 5.313 Plätze hatte das Werk vor allem in Privathäusern und FDGB-Heimen unter Vertrag, davon 763 in der ČSSR und Ungarn. Mit Partnerbetrieben in Polen, Ungarn, der ČSSR und Bulgarien waren zudem in 538 Fällen Urlauberaustausche vereinbart.

Ein wichtiges Angebot für berufstätige Eltern waren die Ferienlager für Kinder während der Schulferien. 702 Plätze bot der Betrieb in der Massermühle und in 9 weiteren Vertragslagern an. Als Tauschplätze standen außerdem 107 Plätze in Polen, Ungarn, der ČSSR und Bulgarien zur Verfügung.[44]

Kultur und Sport wurden im Betrieb großgeschrieben. Ende der 80er Jahre arbeiteten 17 «Volkskunstkollektive» und Zirkel im «Kulturhaus 1. Mai». 1985 fanden dort 2.276 Veranstaltungen statt, die von 117.581 Menschen besucht wurden. Ein kulturpolitischer Höhepunkt waren die Betriebsfestspiele, die ab 1970 jährlich stattfanden, über 100 Veranstaltungen umfaßten und an denen rund 20.000 Menschen teilnahmen.

Das Werksblasorchester unter der Leitung von Paul Siegfried bei verschiedenen Anlässen





Plakat anläßlich der Betriebsfestspiele



Über drei Theaterringe wurden gemeinsame Theaterbesuche organisiert. Am Nationaltheater Weimar wurden jährlich zwei Betriebstheatertage eigens für das Werk veranstaltet, an denen 846 Personen teilnehmen konnten. Die Gewerkschaftsbibliothek wurde bis 1988 auf 45.457 Bücher aufgestockt.

Auf 21 Sektionen war die Betriebssportgemeinschaft in den 80er Jahren angewachsen. Der Betrieb verfügte über eine eigene Tischtennis-

[45] Kombinat Zentronik, Bl. 16. Und: Bilanz zum 40. Jahrestag, S. 16f. Material der Betriebsgeschichtskommission, AG 5, Historische Sammlung.

[46] 13.580 Beschäftigten standen 18.692 Einwohnerinnen und Einwohner gegenüber.

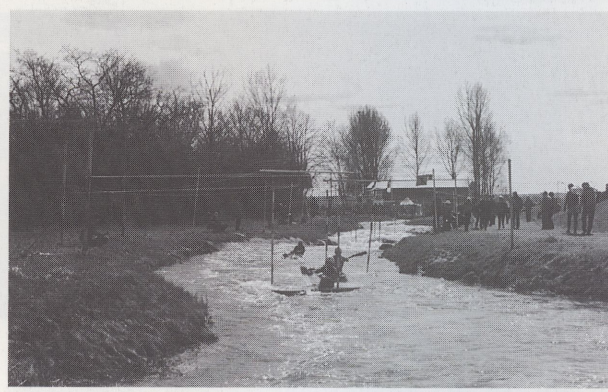
Singeclub der FDJ



Bühnentanzgruppe



Wildwasserstrecke der Kanuten



halle, eine Gewichtheberhalle, Kanu-Wettkampf-Strecken, ein Bootshaus, einen Sportplatz in der Pestalozzistraße und den Kurt-Neubert-Sportpark mit Tennis-Anlagen, einer Traglufthalle und einem Bettenhaus. 3.500 Belegschaftsangehörige nahmen an den jährlichen Betriebssportfesten teil. Mitglieder der Sektion Kanu waren im Leistungssport sehr erfolgreich. Bärbel Steinicke wurde 1965 und 1967 Weltmeister, Uwe Franz 1967 Weltmeister und Walter Hofmann 1972 Olympiasieger.[45]

Das ungewöhnliche Größenverhältnis zwischen Stadt und Betrieb war 1972 am stärksten ausgeprägt. Die Zahl der im Werk Beschäftigten erreichte damals rein rechnerisch 72,7 % der in Sömmerda lebenden Menschen.[46] Seine Größe gab dem Betrieb eine überragende Bedeutung für die Stadt. Er war die eigentliche Macht in Sömmerda. Das zeigte sich in verschiedenen Aspekten. Das Büromaschinenwerk war der größte Arbeitgeber in Stadt und Region. Dazu waren die Führungskräfte aus der Stadtverwaltung oftmals Fachleute aus dem Werk. Besonderen Einfluß gewann der Betrieb aber dadurch, daß er mit seiner großen finanziellen Potenz selbst Kommunalpolitik betrieb und umsetzte. Die Einstellung der Werksleitung zu ihrer Verantwortung gegenüber der Stadt formulierte Dr. Jordan in einer

Fanfarenzug der Betriebsberufsschule vor dem F/E-Gebäude



Fernsehsendung Anfang 1989 mit den Worten: *«Wenn wir die Arbeit nicht machen, wer soll sie dann machen.»*

Und tatsächlich war es ja auch das Werk, daß durch die Masse seiner Beschäftigten große Anforderungen an die städtische Infrastruktur stellte. Vor Beginn und nach Ende der Arbeitszeit gehörten den Werksangehörigen die Stadt. In einem Papier zu innerstädtischen Problemen aus dem Jahr 1962 hieß es: *„Der Fußgängerverkehr hat in Sömmerda eine besondere Bedeutung. Vor Beginn der Arbeitszeit entsteht dieser in allen Teilen der Stadt mit dem einen Ziel Büromaschinenwerk. Nach Beendigung der Arbeitszeit ergießt sich dieser Strom in umgekehrter Richtung. Man spricht deshalb davon, daß Sömmerda nur zu diesen beiden Zeiten städtisches Leben hat."*[1] Man kam in dieser Zeit nur schrittweise vorwärts, berichteten mir

[47]Probleme der Stadt Sömmerda, o.J. (1962), Typoskript, 10 Bl., SAS.
[48] Bilanz zum 40. Jahrestag, S. 17ff.

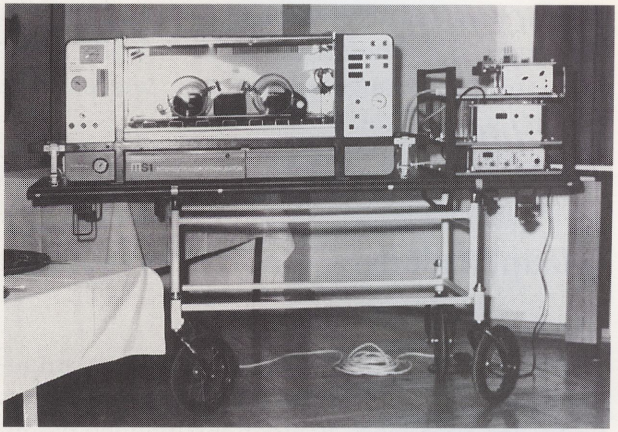
Sömmerdaer Bürger. Die großen Menschenströme wurden auch beim Einkaufen zum Problem. Da die Normalschicht um 16.20 zu Ende gewesen war, war Sömmerda um 17 Uhr leergekauft, so die Erzählungen. Wer nicht im Werk beschäftigt war und später Feierabend hatte, hatte das Nachsehen.

1969 wurde eine Sömmerdaer Interessengemeinschaft gegründet, der 29 Betriebe, Genossenschaften, Einrichtungen und Institutionen der Stadt angehörten. Ihr vollständiger Name war «Interessengemeinschaft Sömmerdaer Betriebe zur Verbesserung der Arbeits-, Lebens- und Wohnungsbedingungen der Bürger im Territorium». Diese Interessengemeinschaft unterstützte bis 1989 mit 22,3 Millionen Mark das örtliche Verkehrswesen, den Bau von Handelseinrichtungen, die Wohnungs-, öffentliche Versorgungs- und Wasserwirtschaft, Bildung, Sport, Jugendarbeit, Kultur, Naherholungseinrichtungen und das Gesundheitswesen. Der Hauptgeldgeber der Interessengemeinschaft war das Werk mit einem Anteil von 72,2%. Mit dem Geld wurden die Volksschwimmhalle und eine Großwäscherei gebaut, Marktplatz und Marktstraße neugestaltet, der Bahnhof umgebaut, Gaststätten, Geschäfte, Wohnungen und Jugendclubs saniert bzw. gebaut und anderes mehr.[48] Eine spezielle Unterstützung erhielt das Kreiskrankenhaus. In Zusammenarbeit mit den dortigen Kinderärzten entwickelte ein Team des Bereiches Forschung und Entwicklung des Büromaschinenwerks einen Inkubator zum Transport von Frühgeburten. Dieses Gerät wurde in zweifacher Ausfertigung im Werk gebaut und dem Sömmerdaer Krankenhaus sowie der Medizinischen Akademie Erfurt zur Verfügung gestellt.

Ein Symbol für die Einstellung des Büromaschinenwerks zur Stadt Sömmerda ist die Robotron-Uhr, die seit 1987 am Anfang der Marktstraße steht. Von Fritz Karguth, Parteisekretär in

Transportinkubator

Die Robotron-Uhr in der Marktstraße





den 60er Jahren und seit Gründung der Interessensgemeinschaft deren Vorsitzender, stammt die Geschichte, wie es dazu kam. Betriebsdirektor Dr. Jordan kam auf die Idee: *«Wir schenken der Stadt eine Uhr, die etwas besonderes kann.»*

Und diese Besonderheit ist, daß die Uhr von 7 bis 19 Uhr jede volle Stunde eine Melodie spielt. Der erforderliche Melodiengenerator wurde extra in Zittau entwickelt. Die Uhr wurde von Wolfgang Schneider, Designer des Werks, gestaltet und von Werksangehörigen gebaut. Bis heute zeugt die Uhr vom Selbstbewußtsein des BWS, das dafür sorgte, daß Sömmerda anderen Städten immer eine Nasenlänge voraus war, wie es Fritz Karguth formulierte.

«Hauptstadt der Computer»

Die nach dem 17. Juni 1953 im Werk aufgenommene Konsumgüterproduktion wurde bereits Ende der 50er Jahre weitgehend wieder eingestellt. In den 70er und 80er Jahren lautete die politische Order erneut, daß große Betriebe rund 5 % ihrer Kapazität für die Herstellung von Konsumgütern verwenden sollten. Das Ziel war, so Karl-Heinz Schenke, die Kaufkraft der Bevölkerung besser abzuschöpfen und private Mittel wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückzuführen. Für die Entwickler im Werk bedeutete das ständiger Druck, Eigenentwicklungen in artfremden Sparten vorzulegen, ohne daß man auf Erfahrungsträger zurückgreifen konnte. In Sömmerda wurden ab 1972 Gasanzünder, Brotschneidemaschinen, Zusätze für Rührgeräte, Kleingebäckpressen, Türriegel, Lötpistolen, Schraubstöcke und Spanntische, ab 1981 Stereoradios und -steuergeräte und ab 1988 automatische Fruchtentsafter produziert.[49] Die Haushaltsgeräte waren oftmals Lehrlingsarbeit.

Beim fünften Fünfjahrplan 1976-80 ging es wie beim vorherigen um die *«Wissenschaftlich-Tech-*

Fruchtentsafter «vitamat»

Kleingebäckpresse





[49] Kombinat Zentronik, Bl. 20, und: Informationsmaterial zum VEB Robotron-Büromaschinenwerk «Ernst Thälmann» Sömmerda, S. 1, außerdem Entwicklungsabschnitt X. bis XI. Parteitag der SED 1981-1986 - Forschung und Entwicklung, 29. 9. 1989, Typoskript, 17 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: X. bis XI. Parteitag, Bl. 1, und: BWS, Typoskript, 4 S., Historische Sammlung, S. 4.

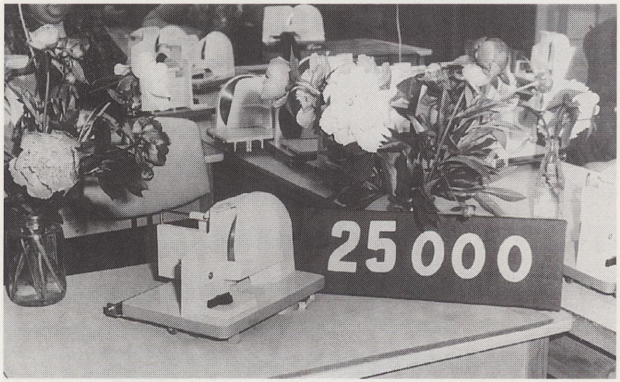
Die 25.000ste elektrische Brotschneidemaschine

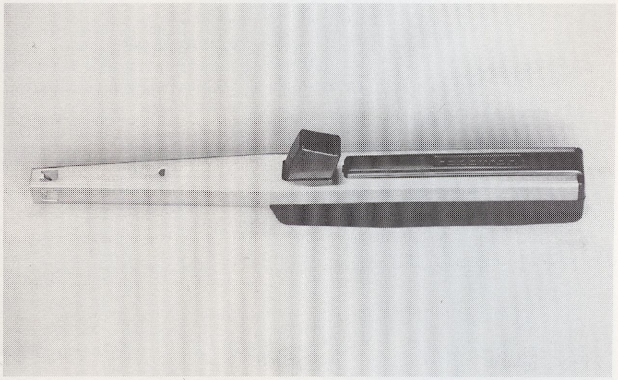
Lötpistole

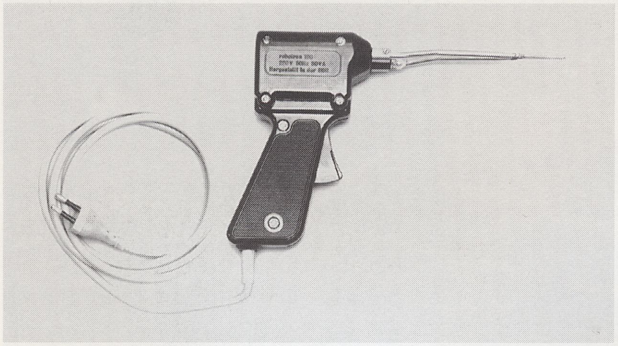
Stereo-Receiver SR 2400

Piezoelektrischer Gasanzünder

Verschiedene Varianten des Stereo-Receiver SR 2401











Anerkennungsschreiben zur Verleihung der Goldmedaille der Leipziger Messe 1981 für das Stereo-Steuergerät RS 5001

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR ELEKTROTECHNIK UND ELEKTRONIK
DER MINISTER

Betriebsdirektor des
VEB Robotron-Büromaschinenwerk Sömmerda
Genossen Sternberger

z. Zt. Leipzig

Leipzig, den 18. März 1981

Werter Genosse Sternberger!

Durch das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung und das Leipziger Messeamt wurde anläßlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1981 dem Exponat

"Stereo-Steuergerät RS 5001"

eine Goldmedaille verliehen.

Mit diesem Erzeugnis wurde ein würdiger Beitrag in Vorbereitung des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geleistet.

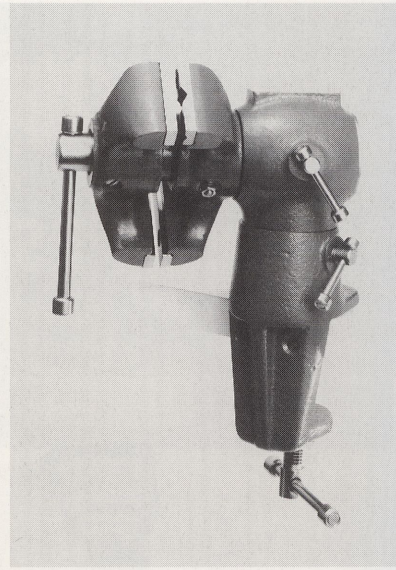
Zu dieser hohen Auszeichnung beglückwünsche ich die Arbeiter, Techniker und Ingenieure des von Ihnen geleiteten Betriebes.

Meine Anerkennung verbinde ich mit der Erwartung, daß diese Auszeichnung ein Ansporn für weitere Initiativen der Kollektive zur Sicherung eines hohen Leistungsanstieges der Volkswirtschaft unserer Republik sein wird.

Steger



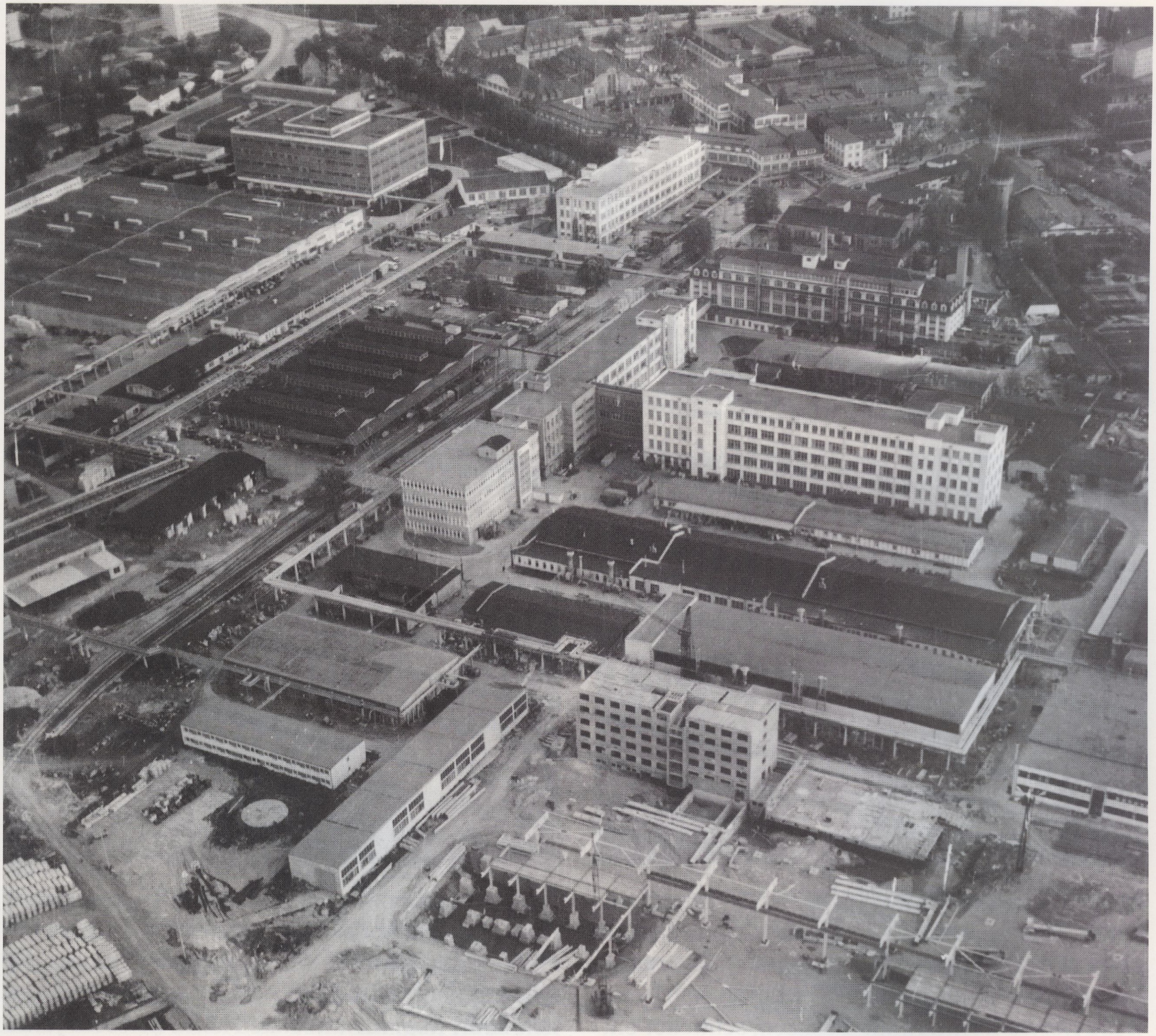
Universal-Heimwerker-Schraubstock

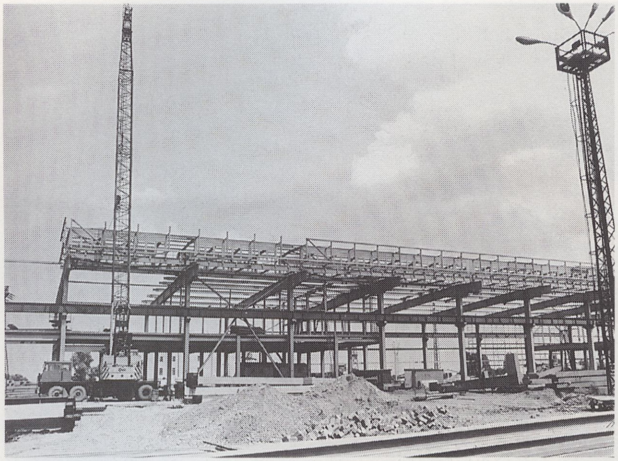


nische Revolution», die nun intensiviert werden sollte. Die Bedeutung der Mikroelektronik als Schlüsseltechnologie wurde auch in den zwei weiteren Fünfjahrplänen 1981-85 und 1986-90 festgeschrieben. Dabei war immer eine Steigerung der industriellen Warenproduktion zwischen 130 und 150 % vorgesehen.[50]

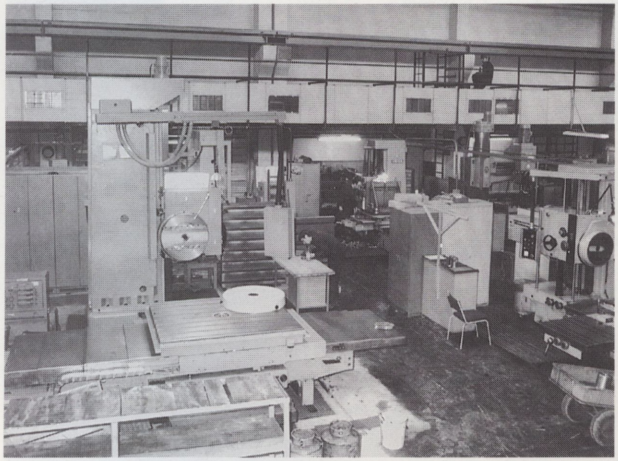
Die Direktiven des X. Parteitages 1981 stellten das Werk, so eine betriebsinterne Darstellung, vor die Aufgabe, *«mit dem umfassenden Einsatz der Mikroelektronik einen Generationswechsel*

Teilansicht des Werksgeländes mit der im Bau befindlichen neuen Leichtmetallgießerei

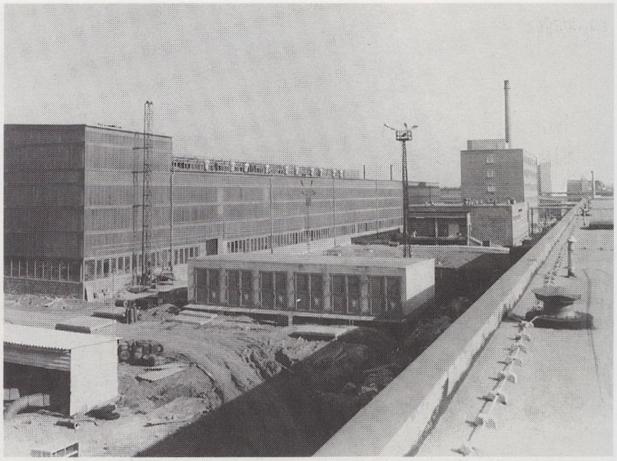




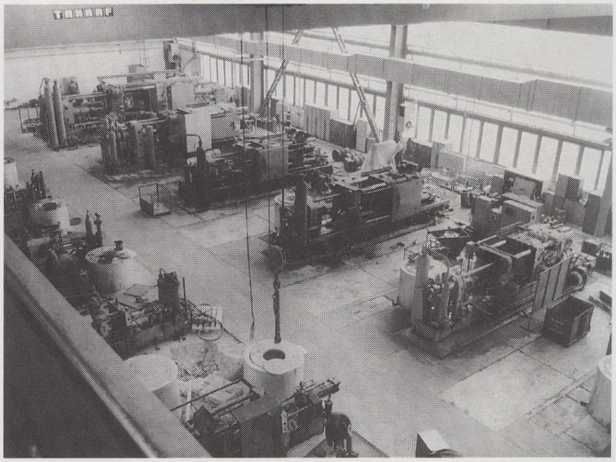
Die Gießerei-Halle im Bau



Im Formenbau



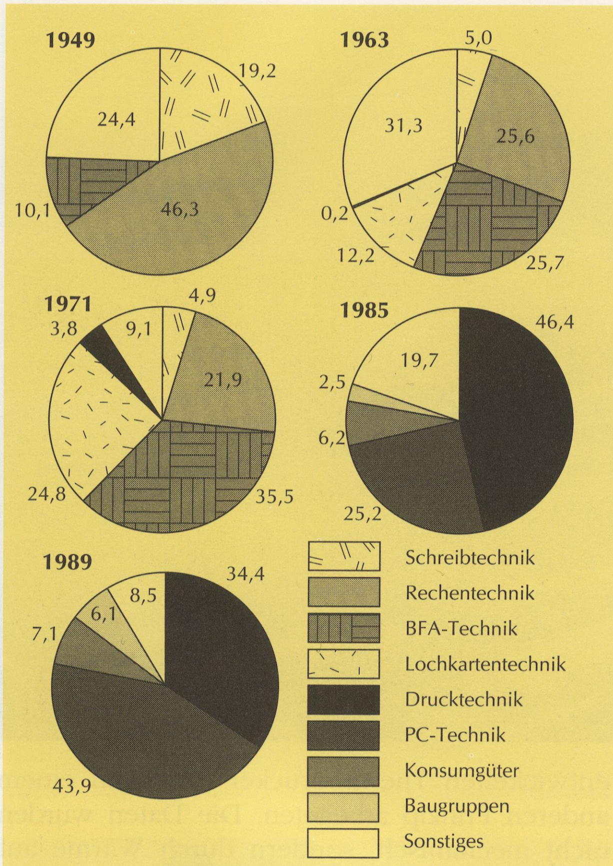
Die neue Gießerei (Teilansicht)



Druckgußmaschinen

im Erzeugnissortiment in den drei Erzeugnislinien Druck-, Buchungs- und Fakturiertechnik sowie Konsumgüter durchzusetzen».[51] Die neuen Erzeugnisse sollten weltmarktfähig sein, eine *«hohe Devisenrentabilität»* besitzen, schneller entwickelt werden und in der Produktion weniger Arbeitszeit, Material und Rohstoff benötigen. Mit Hilfe einer «Null-Fehler-Bewegung» sollte die Qualität der Produkte verbessert werden. Tatsächlich kann man für die erste Hälfte der 80er Jahre

Prozentualer Anteil der Haupterzeugnisgruppen am Produktionsvolumen [52]



In den 80er Jahren neu in die Produktion aufgenommene Erzeugnisse

1981 Bürocomputer BC A 5110
Kleinfakturierautomat KFA 1711 mit Lochbandausgabe
Typenraddrucker SD 1152/251 und 252
Thermostreifendrucker TSD 16.1
Stereo-Rundfunkempfänger und -Steuergerät RS 5001
Baureihe Netzfilter für Stromversorgungsmodule

1982 Nadeldrucker SD 1157/264
Nadeldrucker SD 1157/267
Typenraddrucker SD 1152/253
Baureihe permanenterregter Schrittmotoren
Nadeldrucker SD 1157/269
Typenraddrucker SD 1152/255

1983 Nadeldruckkopf
100-Zeichen-Typenscheibe
Thermodrucker TD 40
Nadeldrucker K 6311

1984 Schalterdrucker K 6316
Nadeldrucker K 6312
Stereorundfunkempfänger SR 2400
Graphikdrucker K 6313

1985 Personalcomputer PC 1715
Nadeldrucker K 6314
Thermostreifendrucker TSD 24
Druckender Tischrechner TR 20
Stereo-Rundfunkempfänger und -Steuergerät SR 2410
Stereo-Rundfunkempfänger und -Steuergerät SR 2420

1986 Typenraddrucker SD 1152/257
Thermostreifendrucker TSD 16.2
Thermostreifendrucker TS 80

1987 Thermodrucker TD 40
Nadeldrucker K 6320

1988 Nadeldrucker K 6327
Nadeldrucker K 6328
Stereo-Rundfunkempfänger und -Steuergerät SR 2500
Personalcomputer EC 1834

1989 Stereo-Rundfunkempfänger und -Steuergerät SR 2510
Personalcomputer EC 1835

von einem Innovationsschub im Werk sprechen. Von 1981 bis 1985 vervierfachte sich die Anzahl neuer Produkte. Die damals weiter oder neu entwickelten Geräte auf mikroelektronischer Basis waren die Grundlage dafür, daß das Büromaschinenwerk zum größten Produzent von Personalcomputern und zum einzigen Hersteller

Das Werksgelände mit der fertigen Gießerei



von Nadeldruckern in der DDR wurde. Am stärksten weitete sich der Bereich Drucktechnik aus.[53]

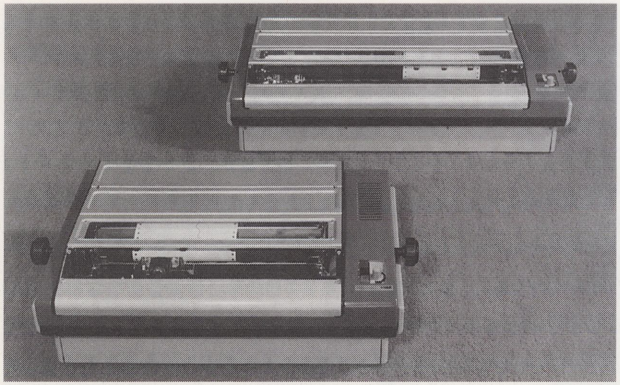
Von Generation zu Generation wurden die Geräte kleiner, sparsamer in der Herstellung und leistungsfähiger. Ein Beispiel dafür war die neue Baureihe K 6310 bei den Nadeldruckern, die bis zum Ende der Produktion im Werk eine wesentliche Rolle spielten. Ein Vertreter dieser Reihe, der K 6312, wurde 1984 auf der Leipziger Frühjahrsmesse mit einer Goldmedaille ausgezeichnet.[54] Kleiner und leichter waren auch die neu entwickelten Thermodrucker, die nach einem anderen Prinzip arbeiteten. Die Daten wurden nicht mechanisch, sondern durch Wärme auf Thermo-Reaktionspapier gebracht. Diese Geräte waren geräuscharmer als die Nadeldrucker. Ein zukunftsträchtiger nichtmechanischer Drucker war der Laserdrucker LD 20, dessen 1984 aufgenom-

[50] X. bis XI. Parteitag.
[51] Ebd., Bl. 1.
[52] Bilanz zum 40. Jahrestag, S. 4.
[53] Ebd., Bl. 4.

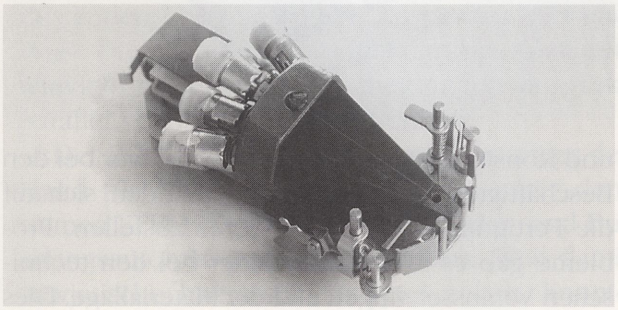
Typenraddrucker 1152 (schmale und breite Ausführung)

Typenraddrucker 1152 Modell 257

Nadeldruckkopf für SD 1157







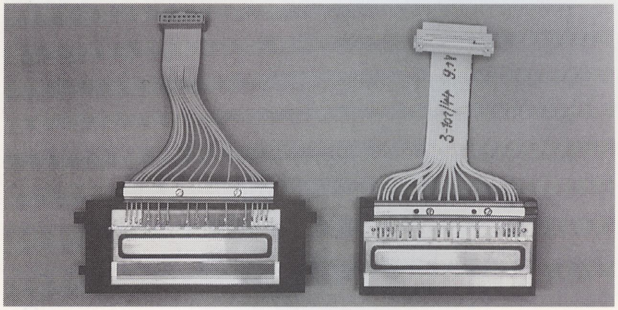
Thermodrucker K 6303

Schalterdrucker K 6316

Thermodruckköpfe für Thermodrucker





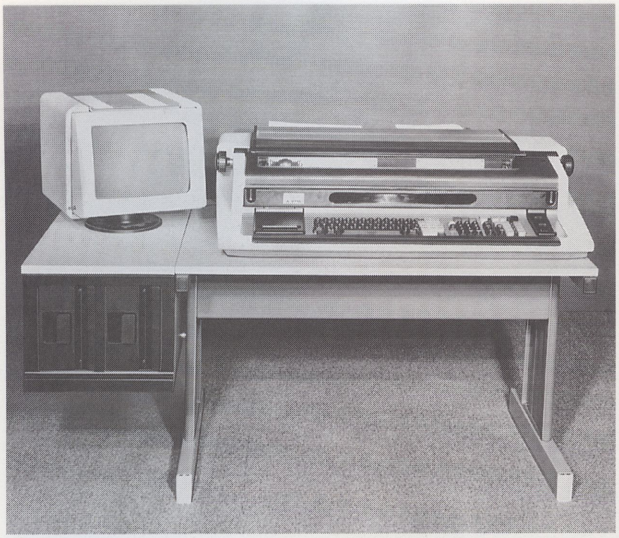


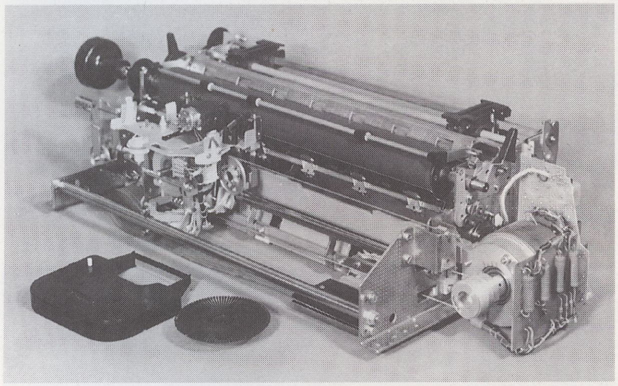
Bürocomputer A 5110

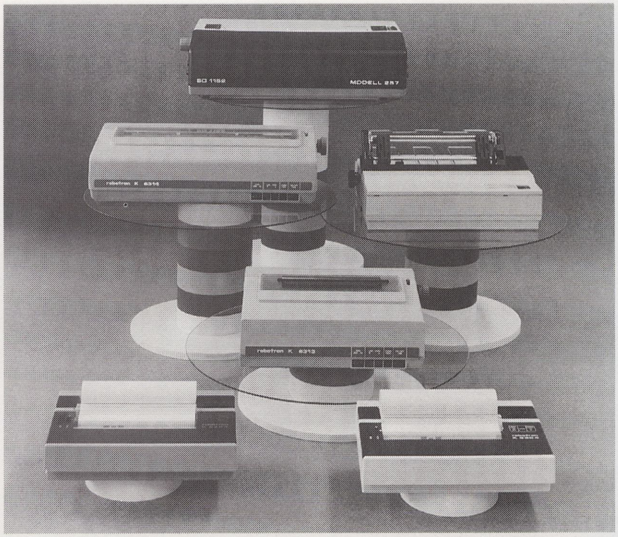
Druckerbaugruppe 253 des Typenraddruckers 1152

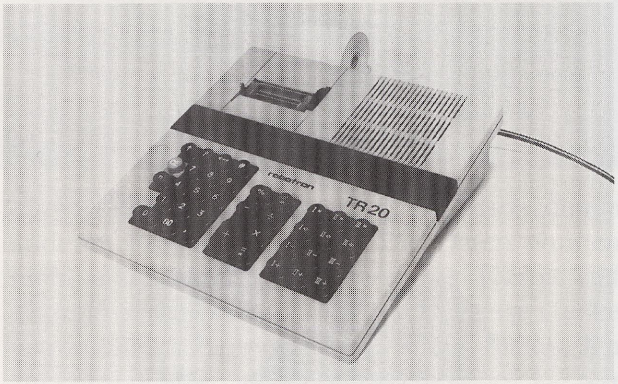
Verschiedene Seriendrucker

Tischrechner TR 20









mene Entwicklung jedoch nicht bis zur Serienfertigung weitergeführt wurde.

Die rasche Umstellung eines Großteils der Produktion auf elektronische Geräte bewies erneut das hohe kreative Potential in den Entwicklungs- und Konstruktionsteams. Auch sonst war bei den Beschäftigten die Bereitschaft vorhanden, sich auf die Fertigung neuer Produkte einzustellen. Probleme gab es allerdings wieder bei den technischen Voraussetzungen und der Materiallage. Dies

betraf vor allem die Lieferung von elektronischen Bauteilen. Sein großer Bedarf machte das Büromaschinenwerk zum größten Abnehmer der Elektronikindustrie in der DDR. Ein innerbetrieblicher Bericht sagte über diese Phase: *«Die große Anzahl von Überleitungen neuer Erzeugnisse in die Produktion führte zu Problemen der Bilanzierung und planmäßigen Bereitstellung von Vorrichtungen, Werkzeugen und Prüfmitteln sowie der materiell-technischen Sicherung spezieller Materialien und insbesondere der bedarfsdeckenden Bereitstellung von elektronischen Bauelementen. So konnten z. B. die Entwicklungsarbeiten an der Baureihe Nadeldrucker K 6310 nicht planmäßig im 1. Quartal 1981 aufgenommen werden (...)».*[55]

Diese Probleme verschärften sich, bis sich die politische Führung der DDR Mitte der 80er Jahre entschloß, mikroelektronische Bauelemente gegen teure Devisen aus dem westlichen Ausland zu importieren.

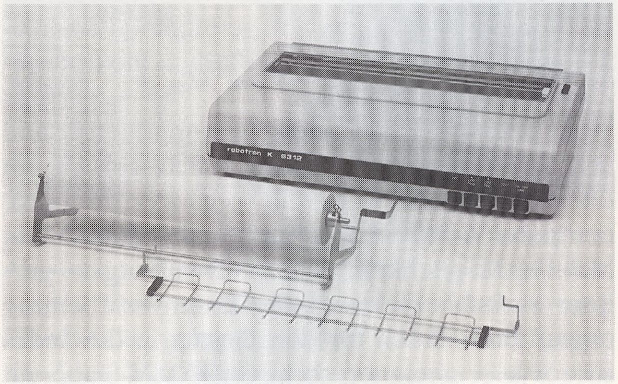
Geschichte hat das Büromaschinenwerk mit dem 1985 in die Produktion aufgenommenen Personalcomputer PC 1715 geschrieben. Als erster selbstentwickelter 8-Bit-Rechner läutete er ein neues Zeitalter in der Rechentechnik im gesamten östlichen Wirtschaftsraum ein. «Bit» steht für Binärzeichen und drückt das Grundprinzip der elektronischen Datenverarbeitung aus. Die Information wird nur durch den Wechsel von zwei Zuständen übertragen, den Zuständen «An» und «Aus». Die Anzahl der Bits gibt darüber Auskunft, wieviele solche Binärentscheidungen pro Takt parallel verarbeitet werden können.

Der PC 1715 war im Werk zunächst unter der Hand für einen russischen Partner unter dem Namen EFBM (Elektronischer Fakturier- und Buchungsautomat) entwickelt worden. Weil damit sowjetische Interessen im Spiel waren, konnte

Personalcomputer PC 1715

Nadeldrucker K 6312





Entwicklungsbereich des PC 1715

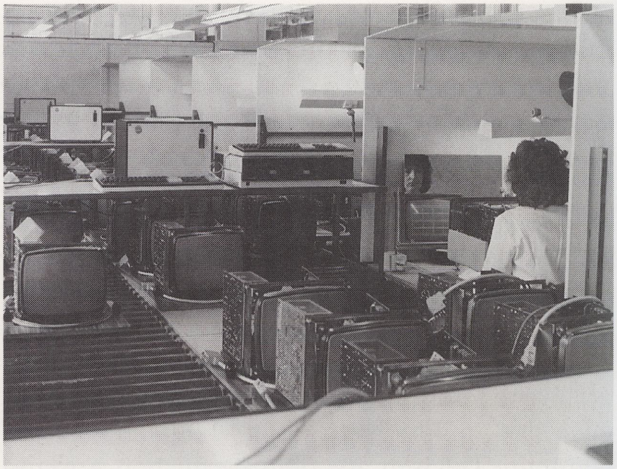


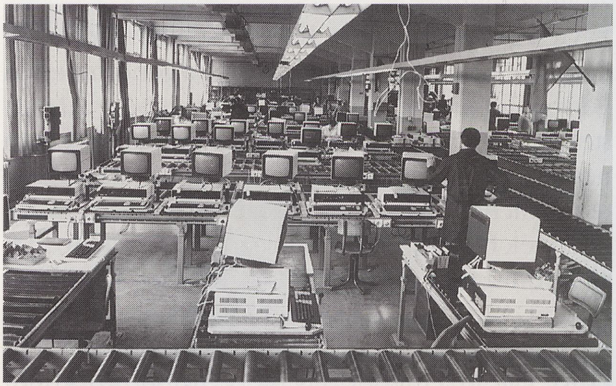
sich das Büromaschinenwerk gegen Friedrich Wokurka, seit 1982 Generaldirektor des Kombinats Robotron, durchsetzen. Dieser wollte Sömmerda auf einen Standort für Druckerproduktion reduzieren. Der Vorteil der Computerproduktion lag darin, daß aus verschiedenen Gründen der Plan leichter gesteigert werden konnte: Mehr Teile als bei den Druckern wurden von anderen Firmen bezogen, was zu einem geringeren Personalaufwand führte. Außerdem brachten die Computer höhere Erlöse.

Der PC 1715 war erheblich leistungsfähiger und sowohl in der Masse als im Stromverbrauch um die Hälfte sparsamer als sein Vorgänger, der Bürocomputer A 5110.[56] Mit ihm bot sich zum ersten Mal die Möglichkeit, in der Verwaltung in großem Maßstab elektronische Datenverarbeitung einzuführen. Auch für den Einsatz in der Industrie war er geeignet, so in CAD/CAM-Stationen

Monitor-Montage

Fertigungssaal PC 1715



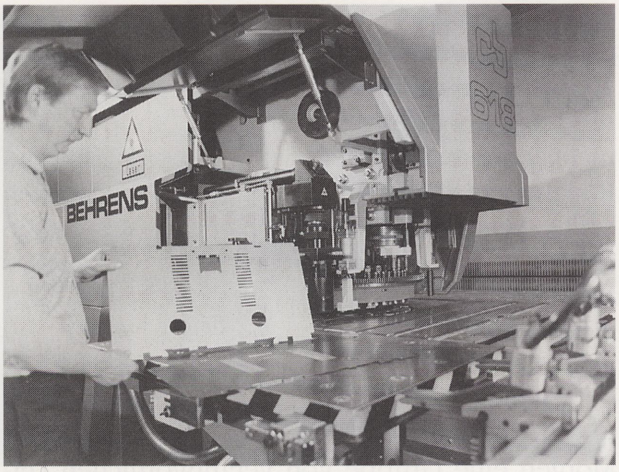


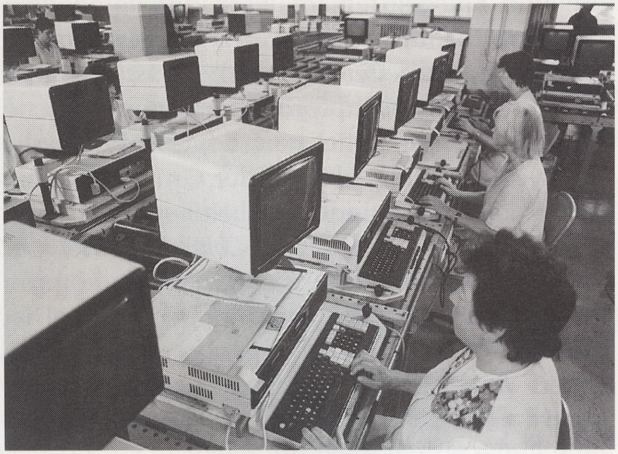
zur rechnergestützten Projektierung, Konstruktion, Produktionsvorbereitung und -steuerung. 1986 sollten nach Plan 11.000 PC 1715 gebaut werden. Daraus wurden 21.000. Hinter dieser «Planerhöhung» verbirgt sich eine aufschlußreiche Be-

[54] X. bis XI. Parteitag, Bl. 12.
[55] Ebd., Bl. 4.

Neue Technik im Einsatz
Vielstempelstanze

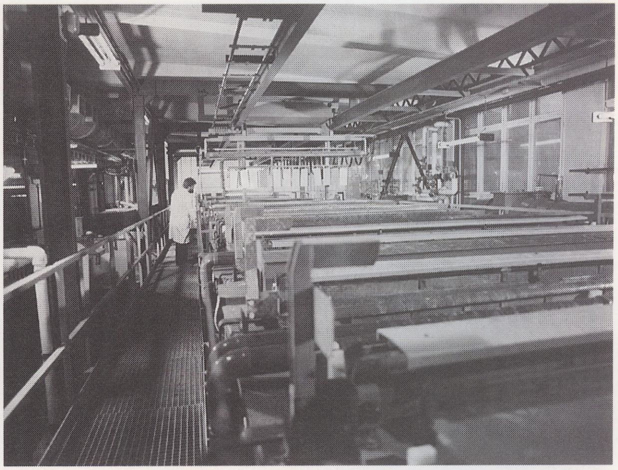
Fertigung PC 1715
Funktionstest





Galvanikautomaten

Montageband





gebenheit. Am 30. 11. 1985 fand im Werk eine SED-Betriebsdelegiertenkonferenz statt, an der Günter Mittag, SED-Politbüromitglied und ZK-Sekretär für Wirtschaft, teilnahm. Am Vorabend war Mittag mit Gerhard Müller, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung in Erfurt zusammengetroffen. Als «Bezirksfürst» verfolgte dieser regionale Interessen. Ihm war deshalb an der Aufwertung Sömmerdas gelegen. Müller war deshalb gegen die Idee, das Büromaschinenwerks zur reinen

Broschüre der SED-Bezirksleitung Erfurt



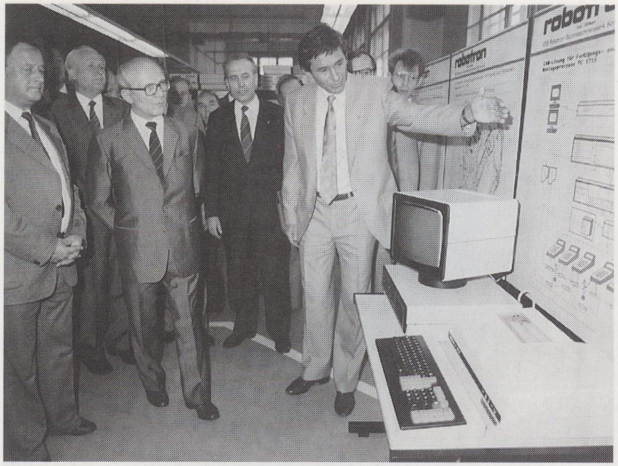
«Druckerschmiede» zu degradieren. Sicher hatte Mittag mit ihm bereits die Idee besprochen, mit der er am nächsten Tag die Werksangehörigen in Sömmerda überraschte. Am nächsten Morgen traf er um 7 Uhr mit dem Sömmerdaer Betriebsdirektor Jordan zusammen, der daraufhin seine Direktoren zusammenrief. Um 8 Uhr begann die Redaktionskommission, die die Anträge für die Delegiertenkonferenz bearbeitete. Als Höhe- und Schlußpunkt der Konferenz war eine Grußadresse an Erich Honecker vorbereitet worden, die die Verpflichtung der Beschäftigten enthielt, im kommenden Jahr zu den geplanten 11.000 PC 1715 weitere 1000 Stück zu produzieren.[57] Karl-Heinz Schenke, damals Musterbauleiter, berichtete, daß er als Chef dieser Redaktionskommission die Grußadresse vor dem Mittagessen verlesen sollte. In der Besprechung der Redaktionskommission wurde Schenke signalisiert, daß Mittag eventuell die Verpflichtung, 1.000 mehr zu produzieren, auf 10.000 aufzustocken gedenke. Selbst noch während der Konferenz konnte ihm vom Präsidium nichts anderes mitgeteilt werden, als daß er dem Redebeitrag Mittags die gültige Zahl entnehmen sollte. Mittag war der letzte Redner. Tatsächlich sprach er von der Verpflichtung der Beschäftigten, 1986 10.000 Computer zusätzlich zu produzieren. Nicht alle Zuhörerinnen und Zuhörer begriffen die Erhöhung sofort. Weder die Mehrheit der Delegierten noch Karl-Heinz Schenke wußten zu diesem Zeitpunkt, daß seit dem frühen Morgen eine Gruppe von verantwortlichen Leitern und Spezialisten im Werk bereits an dem Konzept für die Umsetzung dieser Zusatzverpflichtung arbeiteten. Auch beim Verlesen der Änderungen im «Kampfprogramm» ging die neue Zahl unter. Schenke fiel nun die Aufgabe zu, die zusätzlichen 10.000 als Teil der Grußadresse im Namen aller Kolleginnen und Kollegen laut und deutlich zu verkünden. Das *„blanke Entsetzen"* hätte er dabei auf den Gesichtern der Zuhörer in den vorderen Reihen wahrgenommen. Eine Diskussion war nicht mehr vorgesehen. Am selben Abend um 19 Uhr besprach sich Mittag mit den

[56] Ebd., Bl. 5.

[57] Protokolle der Konferenz in: Hohe Leistungen zum Wohle des Volkes und für den Frieden - vorwärts zum XI. Parteitag der SED. Betriebsdelegiertenkonferenz der BPO der SED VEB Büromaschinenwerk Sömmerda, 30. November 1985, S. 115, Historische Sammlung und Darstellung von Zeitzeugen.

[58] VEB Robotron Büromaschinenwerk «Ernst Thälmann» Sömmerda. Pressebericht zum PC 1715, 15. 5. 1986, Typoskript, 2 Bl., Historische Sammlung, Bl. 1. Und Darstellung von Zeitzeugen.

SED-Generalsekretär Erich Honecker bei seinem Besuch im Werk 1986



**Erich Honecker bei seiner Rede auf dem Sömmerdaer Marktplatz.
Im Vordergrund von links nach rechts:
Dr. Dieter Jordan, Günter Mittag, Erich Honecker,
Dr. Rolf Wehrhold, 1. Sekretär der SED-Kreisleitung,
Gerhard Müller, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung**



zuständigen Ministern sowie Alexander Schalck-Golodkowksi, um die nötigen Einkäufe gegen Devisen vorzubereiten. Um 20 Uhr wurden die Generaldirektoren der Kombinate, die an der Zulieferung beteiligt waren, unterrichtet und angewiesen.

Im Werk selbst stand ein Veto nicht zur Debatte. Wer die Durchführbarkeit anzweifelte, bekam zu hören, daß sich ein Mitglied des Politbüros nicht irren könnte. *«Der Wettlauf mit der Zeit begann»*, wie der Öffentlichkeitsreferent des Werkes in einem Zeitungsartikel schrieb.[58] Tatsächlich schaffte man es, 1986 insgesamt 21.000 PC 1715 herzustellen. Im Werk wurde damit eine organisatorische Spitzenleistung vollbracht. Für Sömmerda, das Werk und seine Beschäftigten war diese Aktion überwiegend ein Gewinn. Für nahezu 50 Millionen DM durfte der Betrieb aus dem *«Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet» «technologische Spezialausrüstung»*, wie es genannt wurde, zum Einsatz in der Vorfertigung und als Prüftechnik kaufen. Eine Ausgabe, an die unter normalen Umständen nicht zu denken gewesen wäre. Auch sonst flossen mehr Mittel nach Sömmerda. Die Löhne wurden erhöht und der Betrieb konnte mehr für die Stadt tun. Die bereits erwähnte Sanierung von Marktplatz und Bahnhof gehören in diesen Zusammenhang. Der Betriebsleitung, die seit April 1982 Dr. Dieter Jordan innehatte, gelang es unter diesen Umständen, das Büromaschinenwerk Sömmerda in eine Spitzenposition in der DDR-Wirtschaft zu bringen. Günter Mittag kam am 7. April 1986 erneut nach Sömmerda, um dem Betrieb den *«Ehrennamen»* Ernst Thälmann zu verleihen. Und kurz vor den Volkskammerwahlen am 8. Juni des Jahres kam Erich Honecker persönlich mit einer hochrangigen Delegation zu Besuch.

Kundgebung mit Erich Honecker auf dem Sömmerdaer Marktplatz

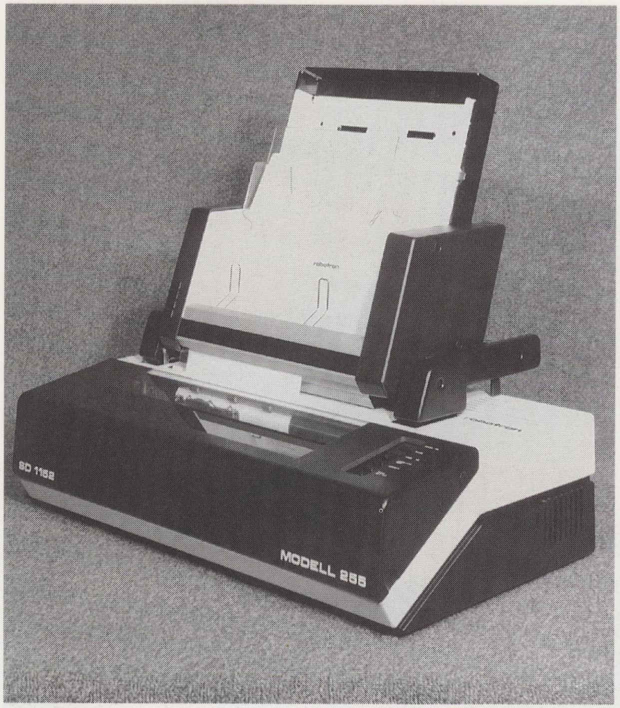


Erich Honecker hielt auf dem Sömmerdaer Marktplatz eine Rede. Mit 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war diese Kundgebung die größte, die in Sömmerda jemals stattfand. Honecker sprach von der *„guten Ehe“*, die ein großes Werk mit einer kleinen Stadt eingegangen wäre und die beiden zum Vorteil gereichen würde. Er beendete seine Rede mit den Worten, die *„ganze Republik (sieht) auf das, war hier im Bezirk Erfurt als einem Zentrum der Mikroelektronik und speziell im Büromaschinenwerk „Ernst Thälmann“ geleistet wird“*.[59]

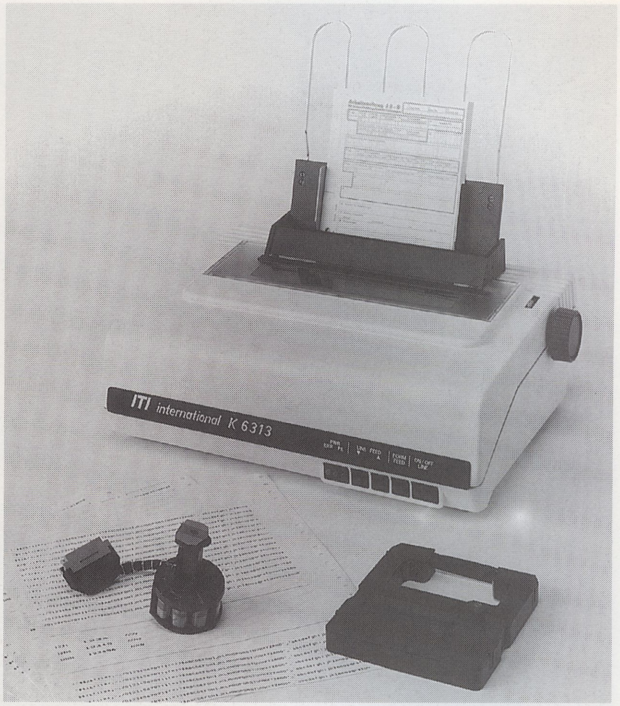
[59] Pulsschlag, Nr. 8, 15. 4. 1986 und Nr. 11, 27. 5. 1986. "Besuch in Sömmerda“, Video 1986, Historische Sammlung.

[60] rd. rechentechnik. datenverarbeitung, 26. Jahrgang, Juni 1989, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: rd, S. 9.

Typenraddrucker 1152 Modell 255 mit Einzelblatteinzug

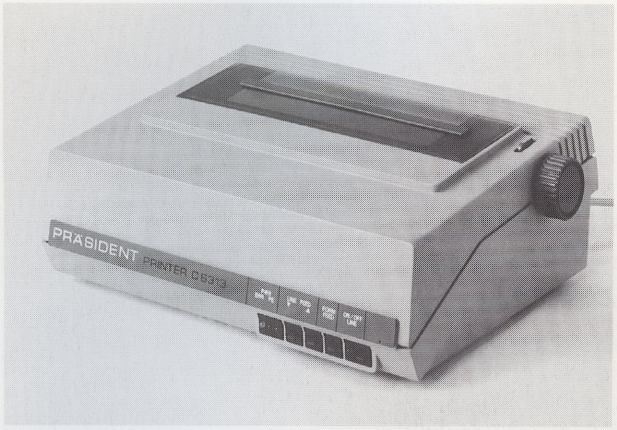


Nadeldrucker K 6313 mit Einzelblatteinzug

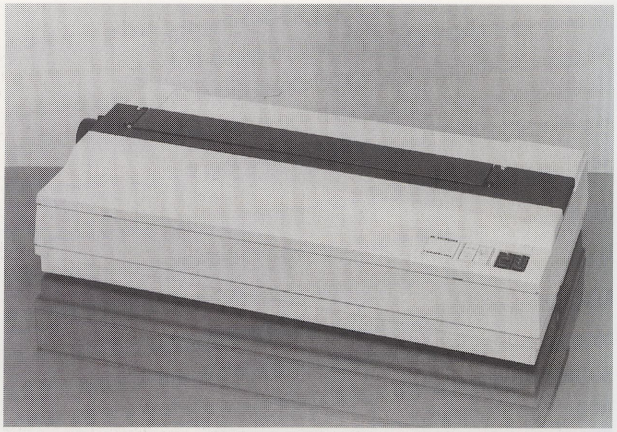


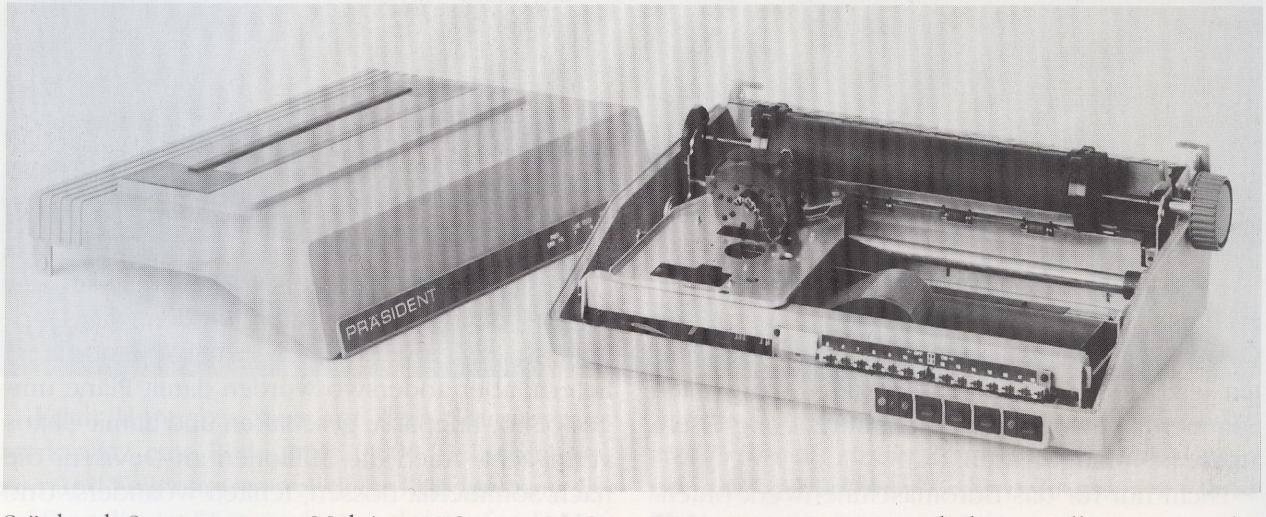
Angesichts der politischen Bedeutung, der technologischen Modernisierung, des materiellen Gewinns und des hohen Status des Werks konnten jetzt auch Fachleute für den Umzug nach Sömmerda gewonnen werden, die zuvor größere Städte bevorzugt hatten.

Nicht nur für das Büromaschinenwerk brachte diese *«Computerinitiative»*, wie die zusätzliche Verpflichtung genannt wurde,[60] eine große Anspannung. Auch die Zulieferindustrie stand vor ungeahnten Herausforderungen, da sie angehalten war, den kontinuierlichen Zulauf an Teilen zu sichern. In der zentralen Planwirtschaft der DDR konnte zwar befohlen werden, das Doppelte an Teilen und Material nach Sömmerda zu liefern, aber anderswo wurden damit Pläne umgestoßen, Engpässe geschaffen und damit Chaos verursacht. Auch die Millionen an Devisen, die nach Sömmerda flossen, fehlten woanders. Und dennoch war diese Initiative auch ein Gewinn für die DDR-Wirtschaft. Da die vorgeplanten 11.000 Geräte weitgehend für den Export, insbesondere in die Sowjetunion, bestimmt waren, bedeutete die Herstellung von weiteren 10.000



Nadeldrucker Präsident C 6313


Nadeldrucker K 6328

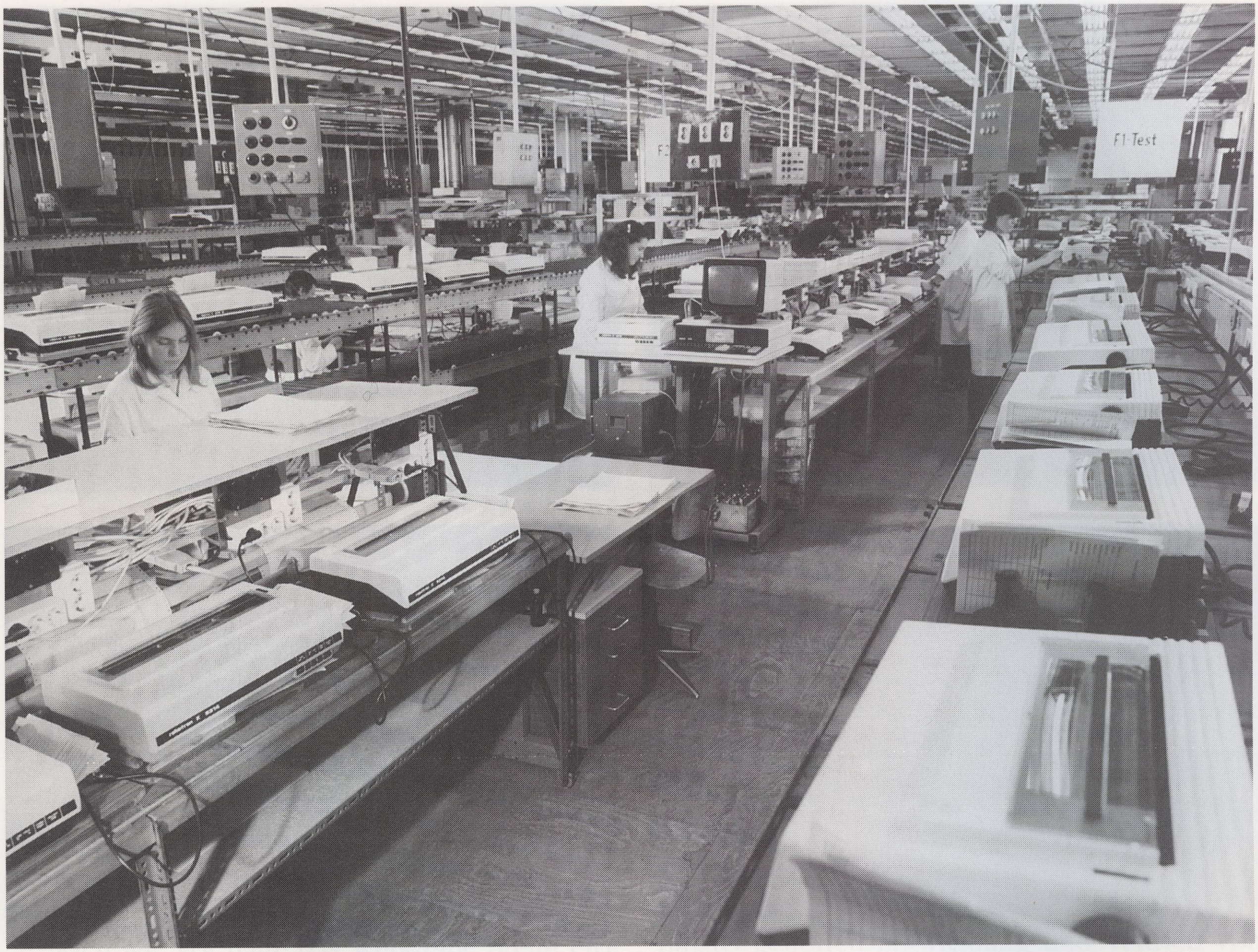


Nadeldrucker Präsident C 6313 geöffnet

Stück, daß zum ersten Mal in größerem Maße Personalcomputer auf dem internen Markt der DDR zum Einsatz kommen konnten. Diese Geräte waren ebenso begehrt wie ihre Beschaffung langwierig, da sie «bilanzierungspflichtig» waren.

Wer einen Computer haben wollte, mußte ihn zur Bilanz anmelden. Die kürzeste Frist bis zur Lieferung war dann ein Jahr. Diese Zeit verkürzte sich jetzt für Betriebe, auf deren Zulieferung das Büromaschinenwerk unbedingt angewiesen

Montage der Nadeldrucker-Reihe K 6310



war. Bei der hohen Steigerungsrate in der PC-Produktion war es kein Problem, über den Plan hinaus einige Stück mehr zu fertigen, die außerhalb der Bilanz an Zulieferbetriebe verkauft werden konnten. Es kam auch schon mal vor, daß eine LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft) ein Schwein als «Schmiergeld» schickte, um einen PC kaufen zu können. Ein Problem hatten die Wirtschaftsplaner um Mittag allerdings nicht bedacht, das Peter Wicht aus der Produkti-

Ansichten aus der Druckerfertigung



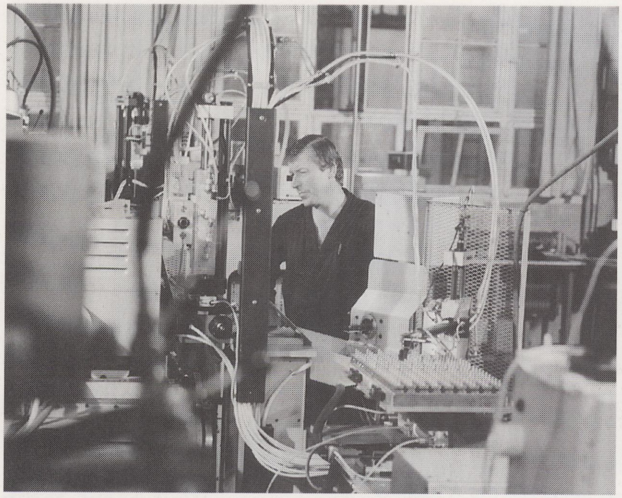




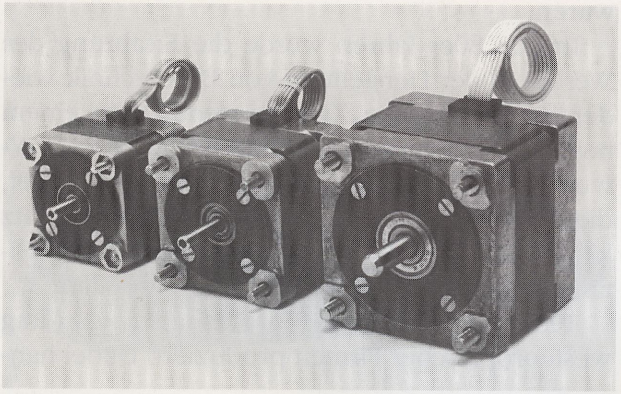


onsleitung so beschrieb: *«Mehr Computer standen am Jahresende zur Verfügung, aber trotz zusätzlicher Importe nicht ausreichend Drucker. So hielt auch manch nagelneuer PC dann seinen Dornröschenschlaf.»*[61] Dieser Engpaß entstand, obwohl parallel zur Computerherstellung auch die Druckerproduktion zunahm. Dank der neuen Ausrüstung konnte die Fertigungszeit von 40 Stunden auf 13 Stunden pro Gerät gesenkt werden.

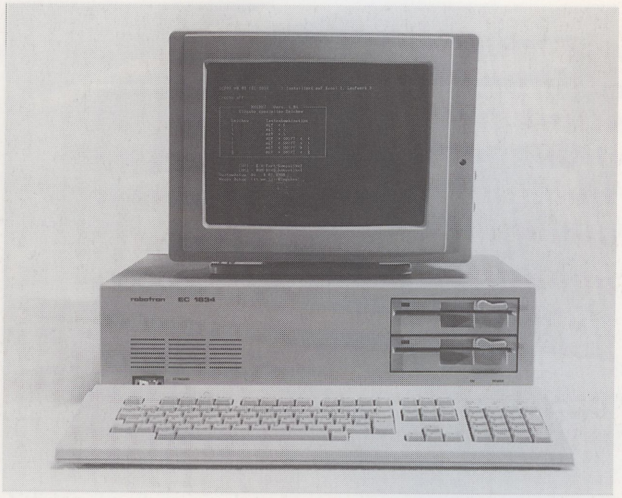
Schrittmotorenfertigung



Schrittmotorensortiment



16-Bit-Personalcomputer EC 1834



EC 1834 mit Barcode-Drucker K 6306



Nach wie vor hatte das Werk eine breite Produktpalette. Es lieferte nicht nur fertige Geräte der Druck- und Rechentechnik sowie die erwähnten Konsumgüter, sondern war auch der Hauptlieferant von Schrittmotoren, Typenscheiben und Aluminiumguß innerhalb des Kombinats. Darüber hinaus gehörten Entwicklung und Vertrieb von Software zum Angebot.

Die Schrittmotoren wurden als Impulsgeber für die spezifischen Bewegungsabläufe in Diskettenlaufwerken, elektrischen Schreibmaschinen, Druckern, Robotern usw. gebraucht. Üblicherweise

Fertigung des Personalcomputers EC 1834



wurden die Schrittmotoren von einem Büromaschinenwerk nicht selbst gebaut. Doch die Motorenhersteller in der DDR produzierten diese verhältnismäßig kleinen Motoren nicht. *„Wenn ihr sie braucht, dann macht sie"*, war die Haltung der staatlichen Wirtschaftsfunktionäre gegenüber dem Betrieb. Wieder einmal mußte in Sömmerda völliges Neuland beschritten werden. Mit hohen Kosten, großem Aufwand und viel Ausschuß wurde in Sömmerda der Schrittmotor entwickelt und auch nur dort produziert.

Nach der „Computerinitiative" 1986 erwartete die staatliche Führung nun, daß die einmalige Höchstleistung zur Dauerleistung auch in anderen Bereichen wurde. 1987 überschritt die jährliche Produktionsrate bei den Seriendruckern die 100.000er Grenze und die industrielle Warenproduktion (IWP) des Werkes erreichte mehr als eine Milliarde. 1988 wurden 1,2 Millionen Schrittmotoren gefertigt. Damit war die Schrittmotorenproduktion innerhalb von 3 Jahren verdreifacht worden. Ab 1984 wurde sie automatisiert. Im kombinatseigenen „VEB Robotron Rationalisierung Weimar" wurden die Roboter dafür gebaut. Sömmerdaer Schrittmotoren kamen im gesamten Kombinat und darüber hinaus zum Einsatz.

Der 1987 im Werk entwickelte 16-Bit-Computer EC 1834 war der Einstieg in eine neue Computergeneration. Wie schon beim PC 1715 betrug der Abstand zur weltweiten Computerentwicklung, die in Amerika und Japan am weitesten fortgeschritten war, eine Generation und das waren damals fünf bis acht Jahre. Was jedoch den östlichen Wirtschaftsraum anging, festigte die DDR mit den Sömmerdaer Computern ihre Spitzenstellung. Die Spezialisten im Büromaschinenwerk bewiesen, zu welchen Leistungen sie unter erschwerten Bedingungen und bei begrenztem Zugang zum Weltmarkt fähig waren.

In den 80er Jahren wurde die Erfahrung des Werkes in der Herstellung von Bürotechnik wieder für militärische Zwecke genutzt. In einem besonders abgeschirmten Produktionsbereich «Y» wurden Gehäuse für Nachtsichtgeräte bearbeitet, die dann in Aufklärungsfahrzeugen zum Einsatz kamen. Außerdem wurden Drucker für die militärische Nachrichtenübermittlung produziert.

1988 wurde erstmals Bürotechnik im Auftrag westeuropäischer Firmen produziert. Dabei han-

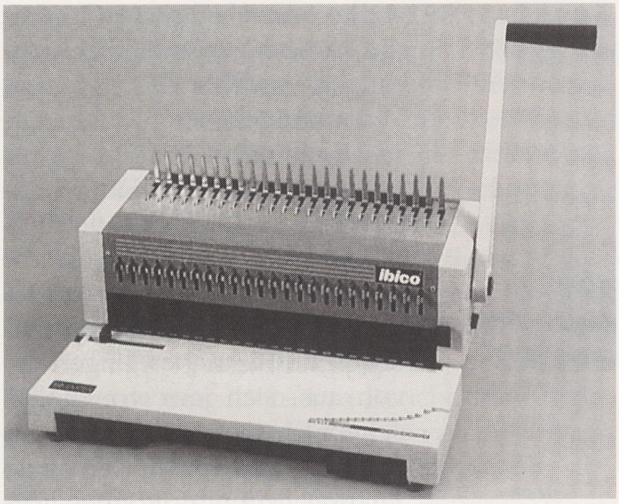
[61] Das Volk, 22. 12. 1989.

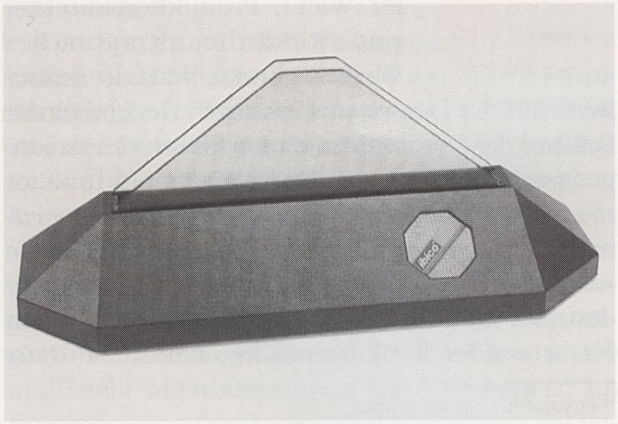
[62] Kaelble, Hartmut u.a. (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 440.

[63] Vgl. z. B. zu Leipzig: Hofmann, Michael und Rink, Dieter: Der Leipziger Aufbruch: Zur Genesis einer Heldenstadt, in: Grabner, Jürgen u. a. (Hrsg.): Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende, Berlin 1990, S. 114-122.

IBICO-Ringbindemaschine

IBICO-Thermobinder





delte es sich um Tintenstrahldruckköpfe, Ringbindemaschinen und Formulartechnik. Einer der damaligen westlichen Partner war die schweizer Firma IBICO, deren Produkte 1990 vom Werk vertrieben wurden.

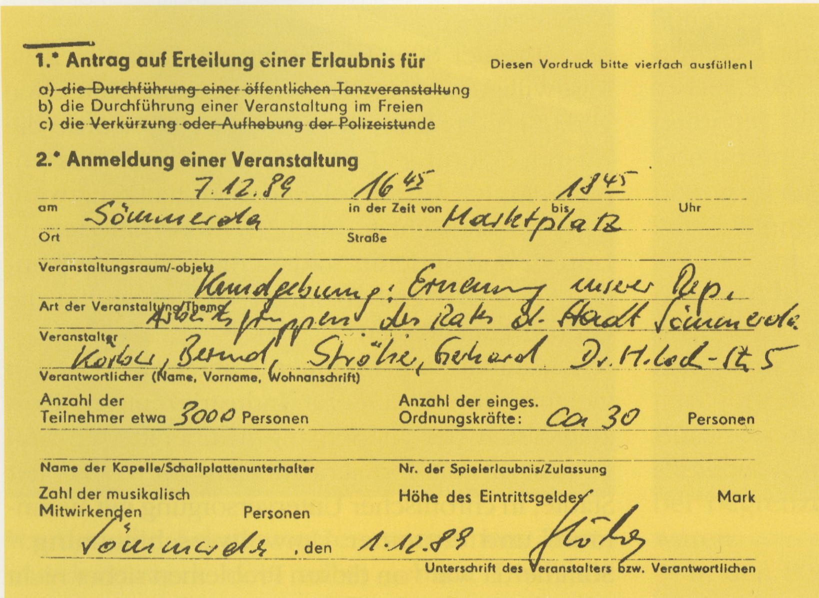
Rettungsversuche

Ab Mitte der 80er Jahre stieg die Zahl der Ausreisewilligen in der DDR. Viele jüngere Menschen verließen das Land. Im Sommer 1989 wurde die Ausreise- und Fluchtbewegung zum Massenphänomen.[62] In den folgenden Monaten erzwangen die Menschen durch Demonstrationen in Leipzig und anderen Städten die politische Wende. Am 9. November öffnete sich endgültig die Grenze zum Westen.

Die Situation in Sömmerda unterschied sich in vielem von der anderer Industriezentren. Dort zeigte sich der Niedergang in überalterten und verschlissenen Industrieanlagen, im Verfall der Städte, in chronischer Unterversorgung mit Wohnraum und extremer Umweltverschmutzung.[63] Sömmerda war von diesen Problemen sicher nicht ausgenommen, doch sie waren infolge der politischen Bedeutung und Förderung des Büromaschinenwerks und damit verbunden auch der Stadt erheblich abgemildert.

Von der Zuspitzung der politischen Verhältnisse war in Sömmerda bis in den Herbst 1989 hinein öffentlich nichts zu spüren. Erst Anfang November fanden drei große «Bürgergespräche» statt. Sie wurden von Manfred Hölzer, seit 1983 Bürgermeister der Stadt, sowie Vertretern des Kulturbundes und der Stadtverordnetenversammlung geleitet und hatten bis zu tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Dort entstanden thematische Arbeitsgruppen. Gemeinsam mit dem Neuen Forum und dem Demokratischen Aufbruch riefen sie zu einer Demonstration auf, die am

Anmeldung zur Kundgebung [64]



1.* Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis für Diesen Vordruck bitte vierfach ausfüllen!

a) ~~die Durchführung einer öffentlichen Tanzveranstaltung~~
b) die Durchführung einer Veranstaltung im Freien
c) ~~die Verkürzung oder Aufhebung der Polizeistunde~~

2.* Anmeldung einer Veranstaltung

am 7.12.89 in der Zeit von 16^{45} bis 18^{45} Uhr

Ort Sömmerda Straße Marktplatz

Veranstaltungsraum/-objekt

Art der Veranstaltung/Thema Kundgebung: Erneuerung unserer Rep.

Veranstalter Arbeitsgruppen des Rats d. Stadt Sömmerda

Verantwortlicher (Name, Vorname, Wohnanschrift) Körber, Bernd, Ströhe, Gerhard Dr. H.-Loch-Str. 5

Anzahl der Teilnehmer etwa 3000 Personen Anzahl der einges. Ordnungskräfte: ca 30 Personen

Name der Kapelle/Schallplattenunterhalter Nr. der Spielerlaubnis/Zulassung

Zahl der musikalisch Mitwirkenden Personen Höhe des Eintrittsgeldes Mark

Sömmerda, den 1.12.89

Unterschrift des Veranstalters bzw. Verantwortlichen

7. Dezember 1989 mit 2-3.000 Menschen stattfand. Ein *«neuer Sozialismus»* wurde gefordert. Nach dem Pressebericht der «Thüringer Allgemeinen» wurde dabei in mehreren Reden die Formulierung verwendet, Sömmerda solle aus seinem Dornröschenschlaf erwachen.[65]

Natürlich war das Büromaschinenwerk ein Thema auf diesen Versammlungen. Einerseits wurde wie seither die Verantwortung des Werkes im Zusammenhang mit Infrastrukturproblemen angesprochen. Es ging um den vom Werk geplanten Stadionbau im Kurt-Neubert-Park, um die Kläranlage und eine Tankstelle sowie den Zustand des Industriekraftwerkes. Andererseits kamen Werksinterna wie der Leitungsstil zur Sprache. Die Leitungskader würden sich nicht in den Kollektiven blicken lassen, war der Vorwurf eines Teilnehmers beim zweiten Bürgergespräch. In der dritten Versammlung am 12. November stellte Betriebsdirektor Jordan die im Werk geplanten Veränderungen vor. Der Leitungs- und Verwaltungsapparat sollte drastisch reduziert, Entlohnung für Meister und Produktionsgrundarbeiter verändert und die Produktion von Radios und schlecht verkäuflichen Druckern eingestellt werden.[66] Die Verantwortlichen des Betriebes gingen davon aus, sich jetzt von politischen Fesseln lösen und mit neuen Strukturen dem Werk eine Zukunft geben zu können. Peter Wicht, Produktionsdirektor und Sonderbeauftragter des Werkdirektors, warf in seiner Rede auf der Demonstration am 7. Dezember der Leitung des Werkes vor, daß auch sie viel zu lange geschwiegen hätte. Da es zu einem funktionierenden Büromaschinenwerk im Kreis Sömmerda keine Alternative gäbe, müßte der Betrieb in *«ein sozialistisches Unternehmen»* umgestaltet werden, das *«mit höchster Ökonomie»* auf dem freien Markt wieder konkurrenzfähig würde. *«Präzise*

[64] Privatarchiv Sabine Körber.
[65] Thüringer Allgemeine, im folgenden abgekürzt als: TA, 9. 12. 1989.
[66] TA, 4. 11., 14. 11., 6. 12. und 23. 12. 1989.
[67] Zitiert nach: TA, 9. 12. 1989.
[68] TA,16. 1. 1990
[69] Bericht vom «Vierten Runden Tisch» in TA, 26. 1. 1990.
[70] TA, 19. 1. 1990.
[71] TA, 21. 1. 1990.
[72] TA, 23. 2. 1990.

Kostenrechnungen, Führungsmethoden des Managements und Joint ventures» sowie das *«Leistungsprinzip»* unabhängig von der Parteizugehörigkeit nannte er als neue Wege, die in den bisherigen *«stalinistischen Strukturen»* nicht möglich gewesen wären.[67]

Als Gruppe meldeten sich die Belegschaftsangehörigen des Werkes erst im Januar 1990 in der Öffentlichkeit zu Wort. 2.500 Beschäftigte beteiligten sich an einem Warnstreik, der überwiegend im Bereich Drucktechnik vorbereitet worden war. *«Die totale Aufdeckung der Machenschaften der Stasi, die volle Offenlegung des SED-Vermögens sowie die Enteignung der SED-Betriebe und Übergang in Volkseigentum»* wie auch die *«volle Chancengleichheit der sich an den Wahlen beteiligenden Parteien und der oppositionellen Gruppen»* wurde dort nach dem Bericht der «Thüringer Allgemeinen» auf einer Streikveranstaltung gefordert. Dr. Jordan war einer der Redner bei dieser Kundgebung, die im gesamten Betrieb übertragen wurde.[68]

Die Forderung nach Bekanntgabe der inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter wurde am Sömmerdaer Runden Tisch von einer Bürgerinitiative erhoben, von der Mehrheit der Beteiligten jedoch auf Betreiben des FDGB abgelehnt. Die Sömmerdaer Kreisdienststelle der Staatssicherheit war bereits am 8. Dezember aufgelöst worden. Die Akten gingen nach Erfurt. Nach den Aussagen des ehemaligen Leiters Dieter Schulz hatte die Staatssicherheit im Kreis Sömmerda 24 offizielle und 200 inoffizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.[69] Im Büromaschinenwerk, das als «Großbetrieb mit besonderer Bedeutung» besonders sorgfältig überwacht wurde, soll die Staatssicherheit mit einem/einer inoffiziellen Mitarbeiter/in pro 100 Beschäftigten stärker als in anderen Betrieben vertreten gewesen sein. Im Januar 1990 wurden die Kampfgruppen in den Sömmerdaer Betrieben ebenfalls aufgelöst.[70]

Die Produktion des Büromaschinenwerkes war zunächst nur insofern von den politischen Umwälzungen betroffen, als durch die Massenausreise nach der Maueröffnung am 9. November Arbeitskräfte fehlten. Dies war auch im Betrieb zu spüren. Doch insbesondere die Zulieferung aus anderen Betrieben war dadurch gestört. Deshalb ging die Produktion im letzten Quartal 1989 zurück.[71] Vom Abbau betroffen war nur das Personal in der Verwaltung, das um 10 % reduziert werden sollte. Entlassen wurde niemand. Das Büromaschinenwerk organisierte werksinterne Umschulungen, in denen Verwaltungsangestellte für Tätigkeiten in der Produktion ausgebildet wurden.[72]

Die Menschen wußten schon, daß sich viel verändern würde. Doch keiner im Betrieb nahm damals an, daß das Werk selbst als größter Arbeitgeber in Stadt und Region in Gefahr sein könnte. Von der Betriebsleitung hörten sie wiederholt, daß Konzepte für die Zukunft des Betriebes vorhanden wären.

Über Jahre hinweg hatten die Beschäftigten als politische Botschaft vernommen: *«Auf Euch kommt es an, ihr seid wirklich wichtig.»* Diese Wertschätzung durch die politische Führung hatten sie als materiellen Vorteil erfahren. Sie waren zu *«Edelproletariern»* geworden. Sicher rechnete man jetzt damit, daß das Werk nicht in seiner ganzen Größe erhalten bleiben könnte. Aber man konnte sich einfach nicht vorstellen, daß diese politische Förderung ganz aufhören könnte: *«Die können das Werk nicht kaputtgehen lassen»*, war eine weitverbreitete Meinung.

Eine öffentliche Äußerung, daß die überragende Stellung des Werkes sich auch ins Negative wenden könnte, ist aus dieser Zeit nur von Mi-

chael Vogel, Mitglied des Neuen Forums, bekannt. Er forderte im Februar 1990: *«(...) wir drängen drauf, daß im BWS Konzepte erarbeitet werden, die dem Betrieb das Überleben sichern. Dieser Zusammenhang steht - und unser Territorium ist der Situation im Betrieb auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.»*[73]

Im Werk selbst gab es Veränderungen. Die SED, die 1988 über 2.500 Mitglieder im Betrieb gehabt hatte, verlor schnell an Größe und Einfluß.[74] Betriebsdirektor Dr. Dieter Jordan übernahm am 1. Februar 1990 die Leitung eines Robotron-Betriebes in Radeberg.[75] Eine geänderte Führungsmannschaft wurde auf einer Belegschaftsversammlung präsentiert. Sie war unter dem Aspekt zusammengestellt worden, wer von der Belegschaft noch als Direktor akzeptiert werden könnte. Betriebsdirektor wurde Diplom-Ingenieur Helmut Auge, bisher Betriebsleiter der Vorfertigung. Auch im Werk wurde ein runder Tisch gebildet, der Parteien, politische Gruppen, den FDGB, die KDT (Kammer der Technik) und die Betriebsleitung umfaßte.

Im technischen Bereich sahen der neue Vorstand und die Belegschaft kein Problem, sich den Herausforderungen durch die Öffnung des internationalen Marktes zu stellen. Sie wußten um ihr umfassendes Know-how, das sie durch die zu DDR-Zeiten notwendige große Fertigungstiefe erreicht hatten. Guß- und Plastteile waren immer in der eigenen Gießerei gegossen und die dafür benötigten Werkzeuge ebenfalls selbst hergestellt worden. Auch die gesamte mechanische Vorfertigung und die Wärme- und Oberflächenveredelung (Härterei, Galvanik und Lackierung) wurden im Werk selbst durchgeführt. Das Gleiche galt für die Herstellung der elektromechanischen und eines Teils der elektronischen Bauteile. Erst beim Übergang zur Mikroelektronik wurden die Bauteile überwiegend von anderen Betrieben bezogen.

Im Mai 1990 lief die Produktion trotz anhaltender Zulieferprobleme gut. In den aus dieser Zeit bekannten Produktionsplanungen ist Optimismus spürbar. Bis Ende des Jahres sollten 15.000 Personalcomputer, rund 117.000 Seriendrucker, knapp eine Million Schrittmotoren und 74.000 Ringbindemaschinen gefertigt werden. Ehrgeizige Pläne hatte man im Blick auf die Modernisierung der Produktion und der gesamten Produktpalette. Der Standard der Mikroelektronik sollte schnell das internationale Niveau erreichen. Neben einem neuen eigenen Computer, dem EC 1835 mit 16 bzw. 32 Bit, war der Vertrieb von Geräten und Software von Westfirmen geplant. Zudem sollte die Produktion von Laserdruckern, Telefax- und Kopiergeräten, Kassensystemen und Geldautomaten neu aufgenommen werden. Ein zentrales Ziel war die Kostensenkung und die Erwirtschaftung von Gewinn. Einzelne Gewerke und Bereiche sollten ausgegliedert werden und sich selbst tragen. Freie Kapazitäten im Werkzeug, Muster- und Rationalisierungsmittelbau sowie in der Gießerei und der Elektrotechnik wollte man anderen Betrieben zur Nutzung anbieten. Allerdings war dem Vorstand schon damals die größte Schwachstelle des neuen

[73] TA, 16. 2. 1990.
[74] Die Mitgliedszahlen der anderen Organisationen vor 1989 im Werk: FDGB über 11.200, FDJ über 2.400, DSF über 10.100, GST über 4.000, KDT über 680, BSG über 3000. Zahlen ohne Werksteile in Worbis und Halberstadt. Vgl.: Der VEB Robotron-Büromaschinenwerk «Ernst Thälmann» Sömmerda. - Informationsmaterial -, 1. 3. 1988, Typoskript, 18 Bl., Historische Sammlung, Bl. 8.
[75] Pulsschlag, Nr. 1, 16. Januar 1990.
[76] TA, 16. 5. und 21. 5. 1990.
[77] TA, 3. 5. 1990.
[78] Börsenzeitung, 5. 4. 1990.
[79] Handelsblatt, 2. 4. 1990.
[80] Frankfurter Allgemeine, 2. 4. 1990.
[81] Handelsblatt, 7./8. 4. 1990.

Personalcomputer EC 1835



Konzeptes klar. *«Solange die Sowjetunion zahlt und die Verträge nicht storniert, ist kein einziger Arbeitsplatz in Gefahr»*, wurde die Betriebsleitung im Mai 1990 in der «Thüringer Allgemeinen» zitiert.[76]

Bei den Beschäftigten wuchsen allerdings langsam Angst und Unzufriedenheit. Holger Brand, im April 1990 neu gewählter Vorsitzender der Betriebsgewerkschaftsleitung des FDGB und später Betriebsratsvorsitzender, stellte auf der Kundgebung am 1. Mai 1990 unter großem Beifall an den neuen Betriebsdirektor die Forderung: *«Herr Auge soll ein tragfähiges Konzept vorlegen, wie er dieses Werk mit seinen 13.000 Beschäftigten halten will. Er hat noch eine Chance, sonst muß ein anderer ran.»*[77]

Gemeinsam mit den Vertrauensleuten des FDGB im Büromaschinenwerk und der IG Metall Ost hatte die bundesdeutsche IG Metall im Februar und März 1990 ein Konzept entwickelt, das nach dem Willen seiner Initiatoren als «Sömmerdaer Modell» im ganzen Osten Deutschlands Schule machen sollte. Das Modell sah die Umwandlung des Büromaschinenwerks in eine Aktiengesellschaft vor, deren Anteile zu 75 % in die Hände der Belegschaft übergehen sollten. Die restlichen 25 % sollten von der Treuhandanstalt der DDR verwaltet und später von der Bundesrepublik übernommen werden. Eine Klausel garantierte, daß die Mehrheit der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat auch bei Aktienverkauf gesichert wäre. Ein Antrag auf Umstrukturierung des Betriebs nach diesem Konzept wurde am 14. März 1990 an den Ministerrat der DDR gestellt.[78] Auf heftigen Widerspruch stieß das «Sömmerdaer Modell» bei den bundesdeutschen Arbeitgeberverbänden und ihren politischen Vertretern. Dr. Fritz Heinz Himmelreich, der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, lehnte es ab als *«syndikalistische Wirtschaftsordnung»* und *«völlige Entmachtung der Eigentümer (...), wer immer diese in Zukunft auch sein mögen»*, ab.[79] Der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff sah darin die Basis für einen neuen *«Funktionärsklüngel»* und eine entscheidende Behinderung für die *«Neuorientierung der Kapitalströme»*.[80] Auch das Handelsblatt hoffte, *«daß dieses Modell nicht Schule macht, denn betriebs- wie gesamtwirtschaftlich gesehen sind die Mängel und Risiken dieses Konzepts gravierend»*.[81] Der Vorsitzende des Direktoriums der Treuhandanstalt

Der Vorstand:
Peter Schuchort, Helmut Auge, Heinz Löffler, Prof. Dr. Rolf Zeth (v.l.n.r.)



lehnte in Gesprächen mit der Betriebsleitung den Vorschlag am 25. April 1990 ab.[82] Am 29. Mai 1990 trafen sich der DGB Hessen, die IG Metall Erfurt und verschiedene Betriebsgewerkschaftsleitungen, darunter die des Büromaschinenwerks, zu einer regionalen Konferenz in Sömmerda, um weiter für ihr Modell zu werben.[83]

Eine einschneidende Änderung für das Büromaschinenwerk brachte der Staatsvertrag über die Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der DDR und der BRD, der am 1. Juli 1990 in Kraft trat. Die DM war nun einziges Zahlungsmittel in Deutschland. In Erfüllung des Staatsvertrages und auf der Grundlage der «Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinaten, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften» wurde das Büromaschinenwerk rückwirkend zum 1. Juni 1990 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Alternativ dazu hätte man sich an einer Robotron-Elektronik Holding AG beteiligen können.

Der Vorstand entschied sich mit Zustimmung der Belegschaft für die eigenständige, vom Kombinat unabhängige Aktiengesellschaft.[84] Nach der oben erwähnten Verordnung erhielt die von der Bundesregierung eingerichtete Treuhandanstalt 100 % der Gesellschaftsanteile.[85] Das «Sömmerdaer Modell» war damit endgültig vom Tisch.

Von der Treuhand wurde ein vorläufiger Vorstand eingesetzt, der später vom Aufsichtsrat bestätigt wurde. Helmut Auge wurde Vorstandsvorsitzender und Ing. Heinz Löffler sein Stellvertreter. Im Vorstand waren weiter Prof. Dr. Rolf Zeth, verantwortlich für Wissenschaft und Technik, und Diplom-Ökonom Peter Schuchort für den kaufmännischen Bereich.[86] *«Immer weiter kristallisiert sich heraus, daß die weitere Existenz unseres Unternehmens maßgeblich vom UdSSR-Export abhängt»*, lautete die Einschätzung des Vorstandes im Juli 1990. Nach den bisherigen Erfahrungen des Betriebs lag die Strategie nahe, weiter auf die UdSSR-Abnehmer zu bauen. Nach 40 Jahren UdSSR-Geschäft kannte man den dortigen Markt sowie die Struktur und Psychologie der Anwenderbereiche wie seine Westentasche. Zudem waren hunderttausende von BWS-Geräten in der

[82] Manuskript eines Referates zur Leiter- und Belegschaftsinformation am 5. 7. 1990, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Leiter und Belegschaftsinformation, Bl. 2.

[83] Pulsschlag der Arbeit, Juni 1990.

[84] Die Alternative einer eigenständigen GmbH kam wegen Struktur, Größe und Kapitalbedarf nicht in Frage. Vgl. Leiter- und Belegschaftsinformation, Bl. 1.

[85] Ebd.

[86] Ebd., Bl. 3.

[87] Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe = östliche Wirtschaftsgemeinschaft.

[88] Leiter- und Belegschaftsinformation, Bl. 17. Ab 1. 1. 1991 war der Rubel allerdings frei konvertierbar.

UdSSR im Einsatz. Das sowjetische Geschäft war immer ein «Heimspiel» gewesen. Vor 1989 hatte man dort Aufträge abwehren müssen. Die dortigen Geschäftspartner hatten damals mehr gewollt, als man liefern wollte oder konnte.

Doch ab 1. Juli 1990 mußten die Partner aus der UdSSR und den sonstigen RGW-Staaten[87] für alle Lieferungen, auch die schon vorher vertraglich vereinbarten, in DM bezahlen. Das Management des Büromaschinenwerks war sich der damit verbundenen Schwierigkeit bewußt. Den festgelegten Umrechnungskurs von 1 Rubel = 2,34 DM hielt man für noch tragbar, zumal jetzt mikroelektronische Bauelemente billiger und ungehindert eingekauft werden konnten. Zur Abwehr westdeutscher und amerikanischer Konkurrenz im UdSSR-und RGW-Geschäft wollte man vor allem die *«in den nächsten Jahren zu erwartenden niedrigeren Lohnkosten (...) intensiv nutzen»*.[88]

Schon Ende Juli, einen Monat nach Einführung der neuen Währung, zeigten sich die ersten Probleme. Mit einem 55 Millionen DM-Umsatz blieb das Werk zwar zahlungsfähig. Doch *«einige Partner auf dem Binnen- und dem osteuropäischen Markt mußten stornieren»*, wie

Mitteilung über die Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft

**Robotron
Büromaschinenwerk AG
Sömmerda**

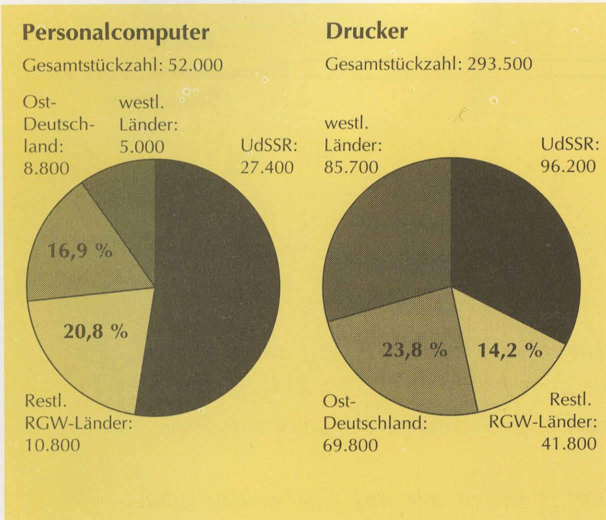
2. Juli 1990

Wir möchten Ihnen mitteilen, daß unser Unternehmen seit dem 1. Juni 1990 in Robotron Büromaschinenwerk AG Sömmerda umgewandelt wurde.
Auch zukünftig hoffen wir auf eine weitere solide und fruchtbringende Zusammenarbeit.

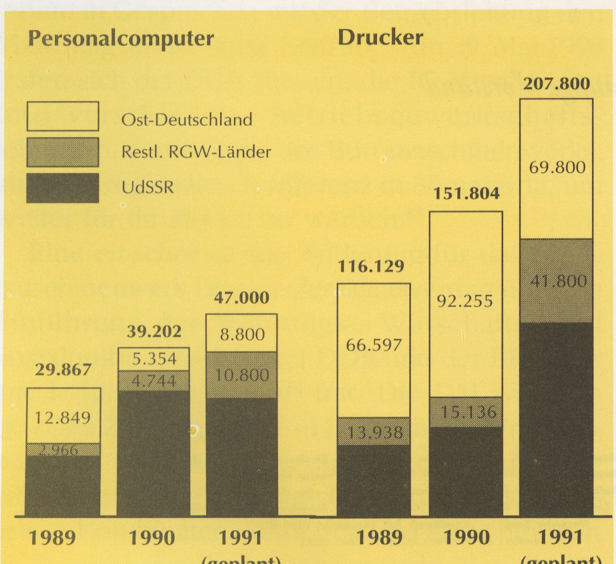
Der vorläufige Vorstand

Robotron Büromaschinenwerk AG Sömmerda · Weißenseer Straße 52 Sömmerda 5230
Beauftragter der Treuhandanstalt Prof. Dr. sc. Frieder Hülsenberg
Vorläufiger Vorstand: Dipl.-Ing. Helmut Auge (Vors.) · Ing. Heinz Löffler
Prof. Dr. Ing. Rolf Zeth · Dipl.-Jur. Karl Stumpp · Dipl.-Ök. Peter Schuchort · Dr. Ing. Manfred Hein
Deutsche Bank – Kreditbank AG Sömmerda 2300-820
Telefon: 40 · Telex: 617521 · Fax: 21173

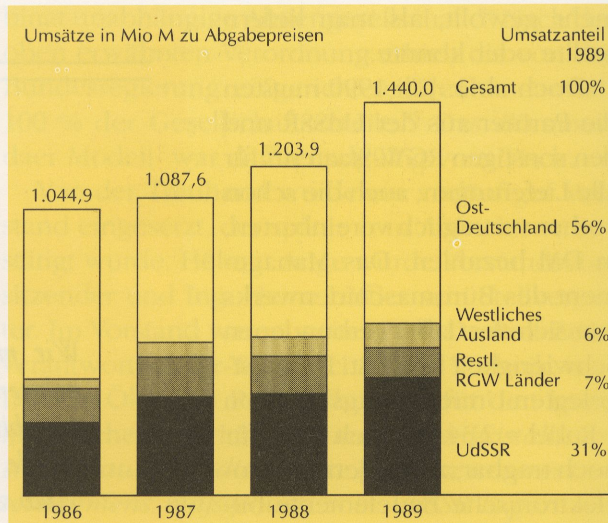
Für 1991 geplantes Absatzvolumen bei PC's und Druckern



Entwicklung des Absatzvolumens 1989-1991



Umsatzentwicklung nach Absatzgebieten 1986-1989



es Helmut Auge im Zeitungsinterview ausdrückte. Als direkte Konsequenz wurde im August für 1.713 Arbeitsplätze Kurzarbeit angezeigt.[89] Die Betriebsleitung blieb bei ihrer Konzentration auf den Ostmarkt. Die obigen Grafiken stammen aus dem «Sanierungskonzept der Robotron Büromaschinenwerk Sömmerda für den Zeitraum 1990 bis 1993», das im Auftrag der Treuhandanstalt erarbeitet wurde und auf der Beratung von drei westdeutschen Firmen basierte: Mc Kinsey & Company Inc. Frankfurt, Treuarbeit AG Düsseldorf und die Matuschka Gruppe TRV-Vermögens- und Beteiligungsverwaltungs GmbH München. Das Sanierungskonzept wurde am 30. Oktober 1990 vorgelegt. Die Grafiken zeigen, daß im

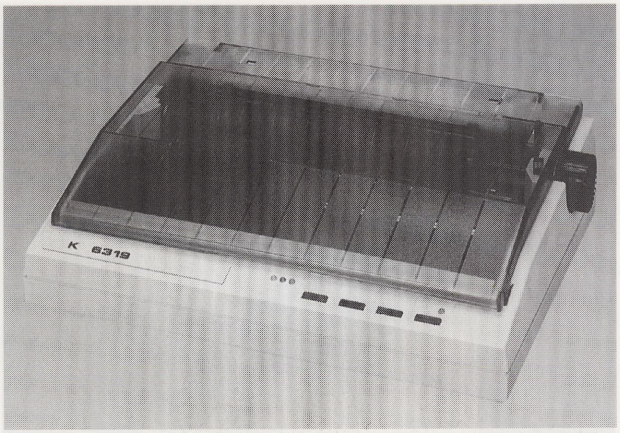
[89] TA, 11. 8. 1990.

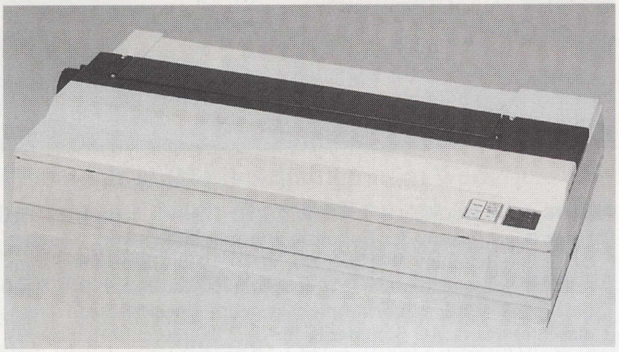
Nadeldrucker K 6319

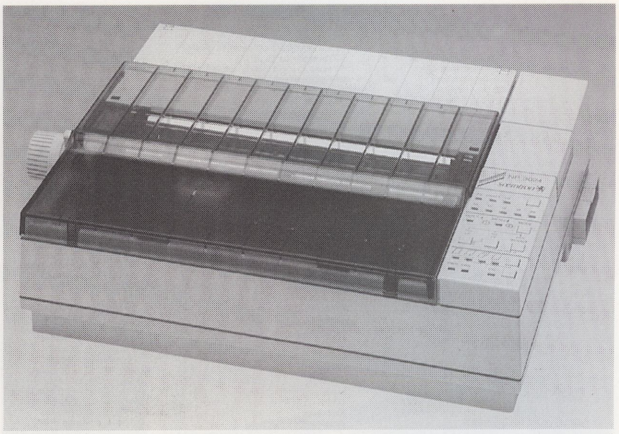
Nadeldrucker K 6324

Nadeldrucker NP 3024

Etigraph 100









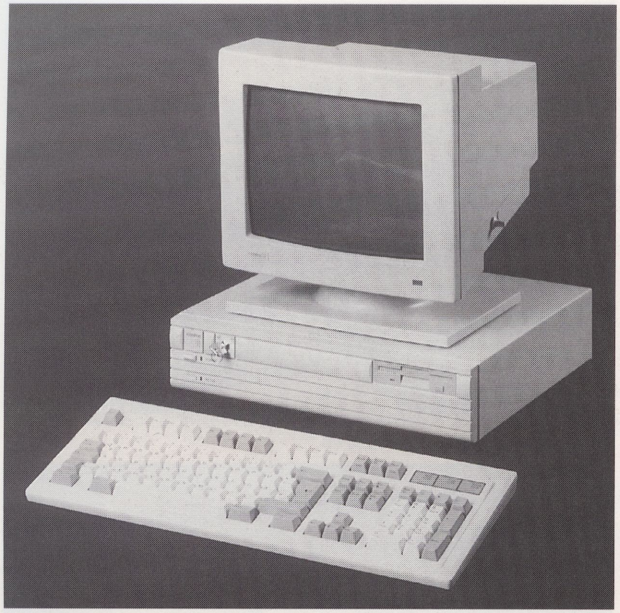
RGW-Geschäft eine massive Ausdehnung insbesondere bei den Druckern geplant war. Diese Orientierung auf den Ostmarkt wurde in den nächsten Monaten noch verstärkt. Ein am 26. Februar 1991 von AG-Vorstand vorgelegtes Unternehmenskonzept steigerte den Anteil der Computerproduktion, der 1991 im RGW abgesetzt werden sollte, von bisher geplanten 73,5 % auf 84 %.[90]

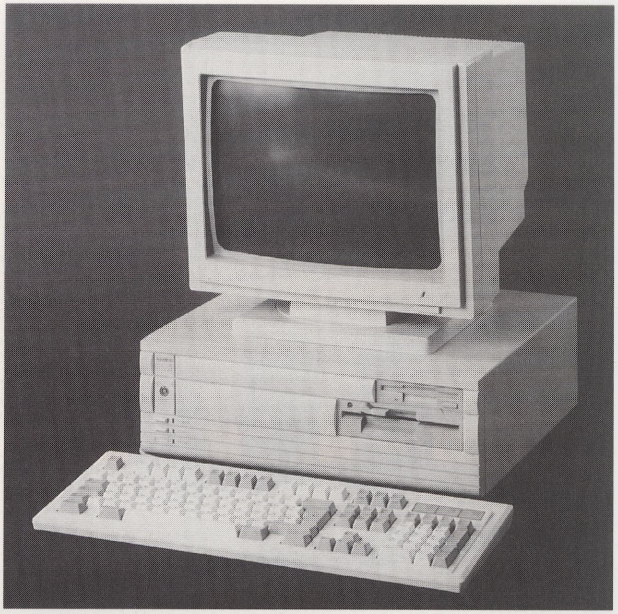
Neue Personalcomputer

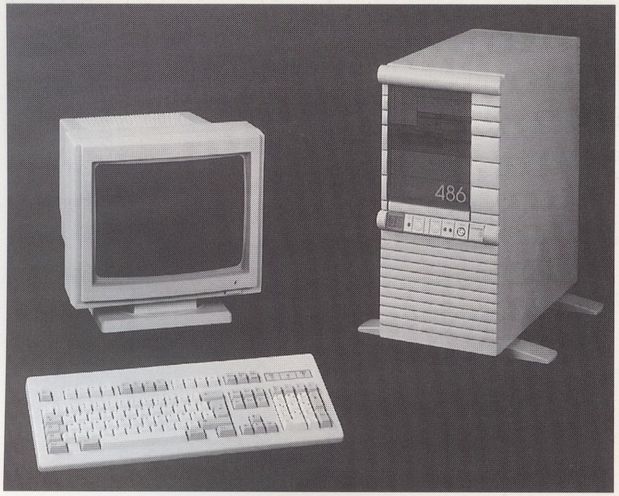
Soemtron 286

Soemtron 386

Soemtron 486







[90] Sanierungskonzept der Robotron Büromaschinenwerk Sömmerda für den Zeitraum 1990 bis 1993, 30. 10. 1990, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Sanierungskonzept, S. 4.5, 4.6 und 4.6.1. Und: Unternehmenskonzept der Robotron Büromaschinenwerk AG Sömmerda für den Zeitraum 1991 bis 1993. Sömmerda, 26. Februar 1991, Historische Sammlung, S. 23.

[91] Einzelne Gruppen wie die Lehrer in der Berufsausbildung, die an die staatliche Berufsschule wechselten und Jugendliche in der Berufsausbildung mit Abitur, die ans technische Gymnasium gingen, verließen ebenfalls 1990 den Betrieb. Gekündigt wurde in diesem Jahr nur den ausländischen Arbeitskräften.

[92] Sanierungskonzept, S. 14.3.

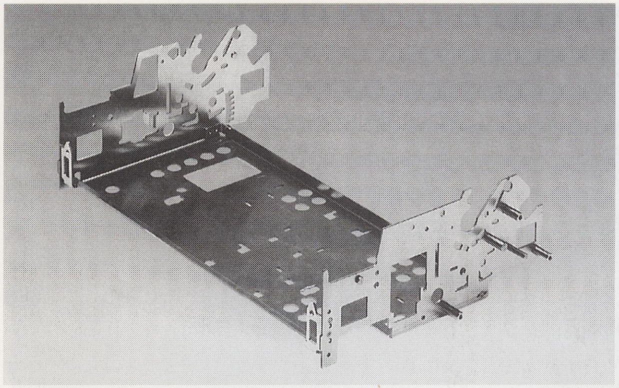
[93] Manuskript der Bekanntmachung von Helmut Auge, Historische Sammlung.

[94] TA, 17. 8. 1991 und Dresdner Neueste Nachrichten, 7. 8. 1995.

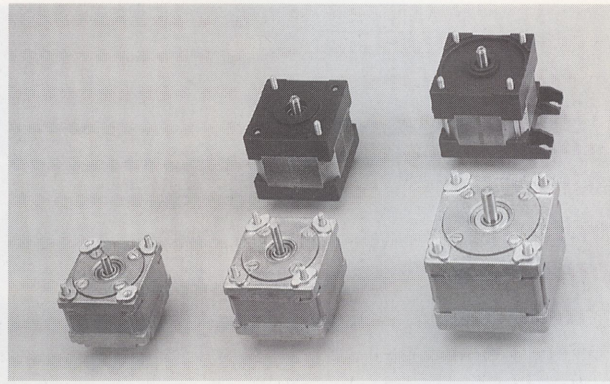
[95] Sanierungskonzept, S. 1ff.

[96] TA, 14. 8., 17. 8. und 6. 10. 1990. Die IG Metall Ost wurde zum 31. 12. 1990 aufgelöst. Ihre Mitglieder wurden in die IG Metall im DGB übernommen.

Mechanische Bauteile



Schrittmotore



Teil des Sanierungskonzepts vom Oktober 1990 war ein massiver Personalabbau ab 1991. Von den 13.812 Beschäftigten, die 1989 noch im Werk gearbeitet hatten, waren bereits über 2.500 in Rente und Vorruhestand gegangen oder zu ausgegliederten Firmen übergewechselt, so daß Ende 1990 noch 11.254 Beschäftigten im Werk beschäftigt waren.[91] Nach dem Sanierungskonzept sollte diese Zahl bis Ende 1993 stufenweise auf 6.070 Arbeitsplätze reduziert werden. Pro Arbeitskraft sollte kurzfristig 100-150.000 DM und mittelfristig mehr als 200.000 DM Umsatz erreicht werden.[92] Als diese Zahlen öffentlich wurden, widersprach Helmut Auge auch im Namen des Betriebsrats vehement und erklärte sie für falsch. Zur *«Sicherung eines Großteils der Arbeitsplätze für die Beschäftigten der BWS AG»* sei zwar ein *«Mitarbeiterabbau erforderlich»*, ließ Auge im Betriebsfunk bekanntgeben. Dieser würde jedoch *«vorrangig durch Zuführung von Mitarbeitern in gebildete bzw. noch zu bildende Tochtergesellschaften»* erfolgen.[93] Tochtergesellschaften gab es damals sechs. Die wichtigste war die am 25. Juni 1990 gegründete Aquarius Robotron Systems GmbH, die mit einem taiwanesischen Partner aus der Computerbranche gegründet wurde und 28 Mitarbeiter hatte. Sie machte sich im August 1991 selbständig und ist heute mit 315 Beschäftigten die größte Computerfirma in Sömmerda.[94] Die anderen Tochtergesellschaften hatten zwischen drei und dreißig Beschäftigten und waren vor allem im Vertrieb und im Import/Export tätig. In der Gimmy-tron GmbH wurden zudem elektronische Schaltungen und Anlagen hergestellt und in der ARBO-Robotron Medizin-Technologie GmbH Einwegartikel und Zubehör für den medizinischen Bereich.[95]

Im August fanden die Aufsichtsratswahlen, im September die Betriebsratswahlen und im Oktober die Vertrauensleutewahlen der IG Metall im Werk statt.[96] Die Betriebssportgemeinschaft wandelte sich in den «Sportverein robotron Sömmer-

Produktionsprogramm aus der Werbebroschüre zur Leipziger Messe 1990

DATENTECHNIK IN UNSEREM PRODUKTIONSPROGRAMM

- Personal-Computer Soemtron 286
- Personal-Computer Soemtron 386
- Personal-Computer Soemtron 386 SX
- Personal-Computer Soemtron 486

- Nadeldrucker K 6324
- Nadeldrucker K 6325
- Nadeldrucker K 6330

- Thermodrucker K 6305 Meßwertdrucker
- Thermodrucker K 6306 Etikettendrucker
- Thermotransferdrucker K 6307 Etikettendrucker

- Farbbandkassetten, Typenscheiben für Drucker und elektronische Schreibmaschinen, Schrittmotoren für die Schreib-, Druck-, Speicher- und Robotertechnik, Druckgußherstellung

PRODUKTIONSPALETTE UNSERER KOOPERATIONSPARTNER

IBICO
- Ringbindesysteme
- Thermobinder
- Tischrechner
- Taschenrechner

MITA
- Kopiertechnik
- Laserdrucktechnik

Mannesmann-Tally
- Drucktechnik (Nadeldrucker, Spezialdrucker)

NCR
- Kassensysteme
- PC-Technik

Philips
- Drucktechnik

ASI
- Zusammenarbeit im Rahmen der Aquarius-Robotron-Systems GmbH
- PC-Technik

da e.V.» um. Dort konnte man wie bisher Boxen, Faustball, Gewichtheben, Handball, Kanu, Kegeln, Leichtathletik, Radsport, Ringen, Schwimmen, Tennis, Tischtennis, Turnen, Volleyball, Billard, allgemeine Körpererziehung,[97] Billard, und Wandern betreiben. Die bisherige Sektion Ski löste sich auf, die Fußballer gründeten einen eigenen Verein.[98]

Zur Leipziger Herbstmesse 1990 konnte das Werk mit einem Angebot aufwarten, daß in seinem Niveau Weltstandard hatte. Die 16- und 32-Bit-Personalcomputer wurden mittlerweile mit den Intel-Mikroprozessoren 80 286, 80 386 sx, 80 386 und 80 486 geliefert.[99] Neben eigenen Druckkern und verschiedenen Einzelteilen hatte man auch Produkte verschiedener Westfirmen ins Programm aufgenommen. Eine Werbebroschüre der Robotron Büromaschinenwerk AG vom September 1990 listete unter dem Motto: *«Zuverlässig, zukunftssicher: in neuer Zeit mit neuer Leistung»* das aktuelle Angebot auf.

Generell war die Leipziger Herbstmesse nicht gut besucht. Auch für das Werk brachte sie magere Ergebnisse. Dennoch wurde das Jahr 1990 *«von der Bilanz her gut»* abgeschlossen, wie die Betriebsleitung mitteilte.[100] Für 1991 wurde ein Umsatz von rund 600 Millionen DM angepeilt.[101] Ende Dezember 1990 konnte ein Vertrag zur Zu-

97 Allgemeine Körpererziehung war eine Mischung unterschiedlicher Sportarten, die nicht als Leistungssport, sondern als Volkssport betrieben wurde.

98 Robotron. Soemtron. Wir im Blickpunkt. Betriebszeitung der Robotron Büromaschinenwerk AG Sömmerda, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Wir im Blickpunkt, Nr. 2, September 1990.

99 Informationsmaterial zur Robotron Büromaschinenwerk Aktiengesellschaft Sömmerda, -Stand 03/91-, Typoskript, 3 Bl., Historische Sammlung, Bl. 1.

100 TA, 6. 9. 1990.

101 Wie Anm. 99, Bl. 2.

102 Wir im Blickpunkt, Nr.1/1991.

103 Helmut Auge im Interview. Vgl.: Wir im Blickpunkt, Nr. 4, Nov. 1990.

Belegschaftsversammlung im großen Saal des Soemtronhauses



sammenarbeit mit der NCR GmbH Deutschland, Tochterunternehmen eines der weltweit größten Computerhersteller, unterzeichnet werden. Gemeinsam wollte man ab Januar 1991 elektronische Registrierkassen und Personalcomputer entwickeln, herstellen und vertreiben.[102]

Im ersten Quartal 1991 wurde die Druckerfamilie K 6330 und im zweiten Quartal die K 6340 neu in die Produktion aufgenommen.[103] Damit konnte bei den Nadeldruckern der Leistungsbereich 100 bis 240 Zeichen pro Sekunde abgedeckt werden.

So gut die Modernisierung der Produktpalette auch vorankam, Probleme gab es beim Absatz. Auf der Belegschaftsversammlung am 17. Januar 1991 im großen Saal des Soemtronhauses mußte

Helmut Auge bekanntgeben, daß die Lohn- und Gehaltszahlung nur über einen weiteren Kredit gesichert werden könnte. Nicht alle Versuche, mit neuen Partnern zu kooperieren, wären erfolgreich gewesen. Erstmalig erklärte Helmut Auge öffentlich, daß ein radikaler Personalabbau unumgänglich wäre. Die Belegschaft, die wie bereits oben dargestellt, zu diesem Zeitpunkt noch 11.254 Personen umfaßte, allerdings bereits viele auf Kurzarbeit Null,[104] sollte bis 1. Juli auf 5.300 und bis Ende 1991 auf 4.800 Beschäftigte abgebaut werden.[105] Der Betriebsrat stimmte dem unter der Bedingung zu, daß sich das Unternehmen für die Unterbringung von rund 2.300 Beschäftigten engagierte, etwa durch Umschulungen oder Vermittlung in neue Firmen, die durch Betriebsausgliederungen entstehen sollten. Den anderen sollte mit Unterstützung des Arbeitsamtes mindestens eine Qalifizierungsmaßnahme oder eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme angeboten werden. Ein Sozialplan regelte die Abfindungen und stockte für alle, die sich bis 30. Juni 1991 zu einer Umschulung entschlossen, die Bezüge bis 31. März 1992 auf 85 bzw. 90% des Nettoeinkommens auf.[106]

Vereinzelt gab es Widerstand gegen den Abbau. Als im April 1991 von den 430 Beschäftigten in der Abteilung C-Relais, vorwiegend Frauen, alle bis auf 46 entlassen werden sollten, entzündete sich der Protest an der Frage, wer die Entlassungsliste nach welchen Kriterien erstellt hätte. Die Frauen warfen dem Betriebsteilleiter Elektrotechnik vor, Kriterien wie Alter, Betriebszugehörigkeit und soziale Lage nicht berücksichtigt zu haben. Sie beschlossen, durch drei Vertreterinnen die Überarbeitung der Liste zu kontrollieren.[107]

Anfang 1991 wurde im Vorstand entschieden, neben dem massiven Personalabbau das Unternehmen nach dem Konzept von Mc Kinsey neu zu strukturieren. Die einzelnen Produktionsbereiche sollten in selbständige Geschäftsbereiche umgewandelt werden und in einer GmbH zusammengefaßt werden. Die neuen Geschäftsbereiche waren Bauteile, Kassen, Handel, Personalcomputer und Drucker.[108] In der Folge zeigte sich, daß diese Umstrukturierung schadete, weil sie noch funktionierende und an Personen gebundene Verbindungen zu Kundenkreisen zerstörte. Im Laufe des Jahres 1991 wurden die Kindereinrichtungen an die Kommune übergeben bzw. geschlossen, die Freizeitzentren wurden verkauft.

Helmut Auge wurde am 1. Juni 1991 durch Rudolf Blum, der aus den alten Bundesländern kam, als Vorstandvorsitzender abgelöst. Im August 1991 beriet die Leitung ein neues Konzept. Nach dem Vorschlag der Beratungsfirma Mc Kinsey wurde der Abbau von weiteren 2.800 Arbeitsplätzen bis Ende 1991 beschlossen. 2.000 sollten also noch übrigbleiben.

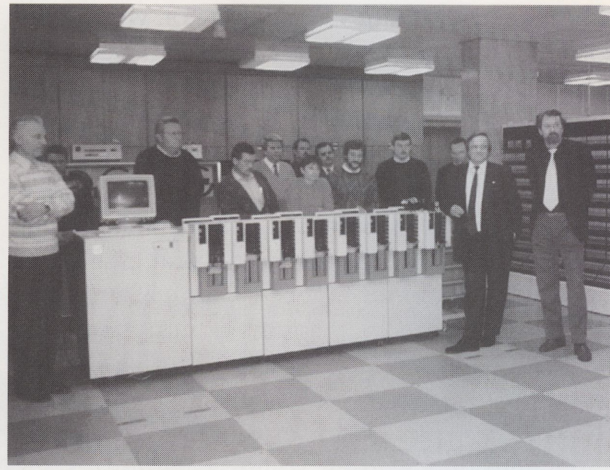
Dann ging alles sehr schnell. Ende August wurde bekannt, daß die Entlassung aller noch verbliebenen Werksangehörigen zum 31. Dezember 1991 vom Vorstand geplant war. Der Vorstand traf diese Entscheidung, obwohl sich allmählich ein gewisser Markt für die neuen Sömmerdaer Produkte abzeichnete. Erste Aufträge für Personalcomputer und Drucker lagen vor. Sie wurden nicht mehr bearbeitet.

Am 10. September sollte über die Liquidation auf einer Aufsichtsratssitzung entschieden wer-

[104] Ende 1991 waren 3.400 Beschäftigten in Kurzarbeit.
[105] Wir im Blickpunkt, Nr.1/1991.
[106] TA, 4. 5. 1991.
[107] TA, 9. 4. 1991.
[108] Wir im Blickpunkt, Nr.1/1991.
[109] TA, 3. 9. 1991. Nach Blum drohte ansonsten die Gesamtvollstreckung. Bei der stillen Liquidation konnte das Unternehmen noch vermarktet werden. TA, 13. 1. 1996.
[110] Zitiert nach: TA, 5. 9. 1991.

Der neue Amdahl-Rechner wird 1991 im Rechenzentrum übergeben





den. Daraufhin demonstrierten am 2. September 1991 rund 5.500 Beschäftigte vor dem Werk und blockierten den Verkehr. IG Metall und Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) hatten zu dieser Aktion aufgerufen. Betriebsratsvorsitzender Holger Brand kündigte die Besetzung des Betriebes an, wenn der Beschluß zur *«stillen Liquidierung»* aufrechterhalten bliebe.[109] Am 4. September fand eine Belegschaftsversammlung statt. Trotz Einladung waren die Vertreter der Treuhand nicht erschienen. Anwesend waren Landtagsabgeordnete von CDU und SPD, ein Staatssekretär aus dem Thüringer Wirtschaftsministerium sowie Landrat und Bürgermeister. Im Anschluß demonstrierten erneut 10.000 Mitarbeiter gegen die Liquidation. Vorstandsvorsitzender Blum rechtfertigte den Plan des Vorstands. Das Büromaschinenwerk wäre *«in der alten Grundstruktur nicht mehr zu halten»* und dieser *«geordnete Rückzug»* sicherte soziale Regelungen und würde eine echte Chance für künftige Arbeitsplätze enthalten. Er erklärte, daß im August einem Monatsumsatz von 4,4 Millionen DM ein Minus von 18 Millionen gegenüberstände. Für die derzeitigen Produkte würde ein funktionierendes Vertriebssystem fehlen. Die im Werk produzierten Computer wären nur teilweise konkurrenzfähig und träfen auf einen Markt, der gesättigt wäre. Auf der Kundgebung zeigte sich, daß der Aufsichtsrat des Büromaschinenwerks mehrheitlich eine andere Haltung als der Vorstand einnahm. Aufsichtsratssprecher und Arbeitnehmervertreter Alfred Hofmann lehnte die Entlassungen ab. Eine symbolische Bewachung der Betriebstore begann, die bis zur Aufsichtsratsitzung am 10. September dauern sollte.[110] Gleichzeitig wurden im Werk gemäß einer Weisung des Vorstands die Kündigungen vorbereitet. Am 10. September, als der Aufsichtsrat

in Sömmerda zusammentrat, folgten erneut über 6.000 Beschäftigte dem Aufruf von IG Metall, DAG und Betriebsrat zur Demonstration. Über sieben Stunden warteten sie auf das Ergebnis der Sitzung. Der Aufsichtsrat lehnte die Empfehlung des Vorstandes ab, allen 4.800 Werksangehörigen zu kündigen und schlug statt dessen vor, wenigstens noch 1.500 Mitarbeiter 1992 weiter zu beschäftigen.[111] Durch diese Kontroverse lag die Entscheidung bei der Treuhand als Eigentümerin der Aktiengesellschaft. Diese hatte während der Aufsichtsratssitzung erstmals Bereitschaft zum Gespräch mit den Beschäftigten signalisiert und lud die Vorsitzenden von Betriebsrat, Aufsichtsrat und Vorstand zu einem Gespräch am nächsten Montag, den 15. September, ein. Als durchsickerte, daß die Entscheidung über das Robotron Büromaschinenwerk AG schon am Freitag, dem 12. September vom Verwaltungsrat der Treuhand getroffen werden sollte, schafften es Betriebsrat und IG Metall, in kürzester Zeit für diesen Tag eine Demonstration zu organisieren. 1.500 Werksangehörige fuhren in 25 Bussen zur Treuhand nach Berlin.

Gleichzeitig arbeiteten AG-Vorstand, Landrat Dohndorf und Vertreter der Stadt an einem gemeinsamen Konzept, das sie am 11. September bekanntgaben. Es bestand aus drei Maßnahmen. Zum einen sollte ein Business-Park auf dem ehemaligen BWS-Gelände Investoren gewinnen und dafür eine internationale Werbekampagne in Millionenhöhe starten. Zum zweiten sollte eine von der öffentlichen Hand getragene Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigungs- und Strukturentwicklung (ABS) einen Teil der Beschäftigten übergangsweise unterbringen. Und zum dritten sollten die marktfähigen Geschäftseinheiten der AG mit dem Ziel vermarktet werden, dort 1.500 Arbeitsplätze zu sichern.[112]

Die Fahrt der Belegschaft nach Berlin erbrachte lediglich die Zusage des Treuhand-Verantwortlichen für Elektronik, Dr. Wolf R. Klinz, nach Sömmerda zu kommen. Horst Klaus, IG-Metall-Vertreter im Treuhand-Verwaltungsrat, erklärte den vor der Treuhand wartenden Kolleginnen und Kollegen, daß die Arbeitsplätze in der jetzigen Form nicht zu halten wären, die Verantwortung der Treuhand für Sömmerda jedoch über das Jahresende hinausreichen würde.[113]

Inzwischen erklärte das Thüringer Wirtschaftsministerium seine Bereitschaft, eine Arbeitsförderungsgesellschaft finanziell zu unterstützen.[114] Am 20. September kam Dr. Klinz nach Sömmerda, um Unternehmensleitung und Betriebsrat die Entscheidung der Treuhand mitzuteilen. Das Werk würde zum Jahresende liquidiert. *«Das Werk macht monatlich 18 Millionen Mark Minus»,* war laut «Thüringer Allgemeine» seine Begründung. Dr. Klinz erklärte auch, daß die Treuhand keine weitere finanzielle Begleitung der Strukturentwicklung in der Region geben würde. Zum letzten Mal demonstrierten an diesem Tag 4.000 Beschäftigte.

Am 31. Oktober 1991 ging Rudolf Blum in die alten Bundesländer zurück. Die noch verbliebenen 8.291 Werksangehörigen erhielten bis auf wenige Frauen im Mutterschutz und einige Schwerbehinderte zum 31. Dezember 1991 ihre Kündigung. Ende September wurde die ABS unter Beteiligung des Landrats, der Bürgermeister von Sömmerda und mehrerer Orte der Umgebung, des Arbeitsamtes, der IG Metall, der DAG,

[111] TA, 11. 9. 1991.
[112] TA, 12. und 18. 9. 1991.
[113] TA, 14. 9. 1991.
[114] TA, 19. 9. 1991.
[115] TA, 26. 9. 1991.
[116] TA, 25. 9. 1991.

Demonstration auf dem Marktplatz



der IHK, der Kreishandwerkerschaft, der Dresdner Bank sowie des Bildungsvereins der IHK Koblenz gegründet.[115] In einem Interessenausgleich vereinbarte der Betriebsrat, daß den Werksangehörigen, die in Umschulung waren, wie ursprünglich zugesagt bis zum 31. März 1992 die 85 bzw. 90 % ihres Netteeinkommens gezahlt würde. Jugendliche in der Erstausbildung sollten zu Ende lernen können. Die Geschäftsführung des Business-Parks erklärte, bis Ende 1992 mindestens 1.500 Arbeitsplätze zu sichern.[116] Anfang Oktober bot die Treuhand an, die ABS mit 60 Millionen zu fördern. Damit konnte für einen Großteil der zum 31. Dezember 1991

Gekündigten ein weiteres halbes Jahr Kurzarbeit finanziert werden.[117]

Ab 1. Januar 1992 befand sich das Werk in der Liquidation, dem Firmennamen Robotron Büromaschinenwerk AG wurde das «i. L.» hinzugefügt. Nach Angaben des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB traf der Arbeitsplatzabbau im Osten Deutschlands den heutigen Landkreis Sömmerda am härtesten. Dort gingen zwischen Januar 1991 und Juni 1992 vier von fünf Arbeitsplätzen in der Industrie verloren.[118]

[117] TA, 3. 10. 1991.
[118] Wochenpost, 30. 6. 1994.

Siebtes Kapitel 1992-1995

Industriepark Sömmerda

von Dr. Harald Hess

Vision und Entwicklung eines zukunftsorientierten Industriestandortes

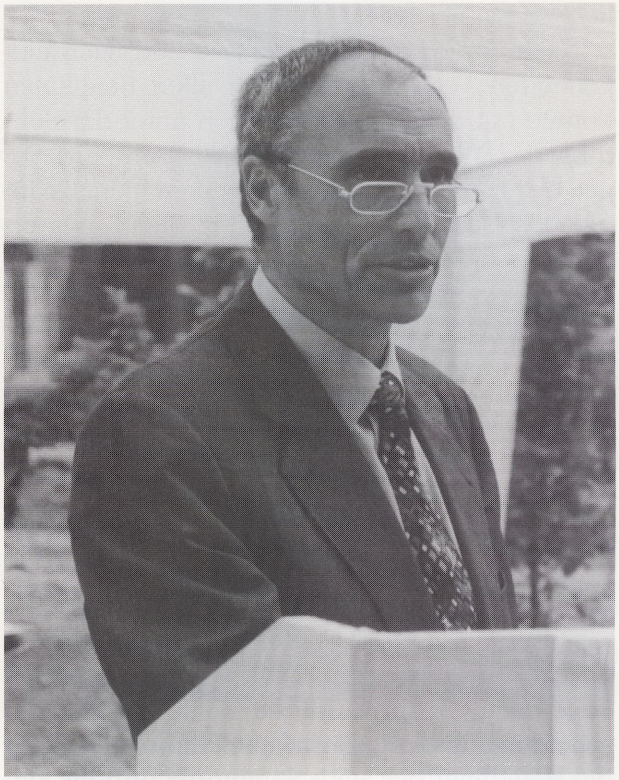
Das letzte, aber noch nicht abgeschlossene Kapitel des Büromaschinenwerkes Sömmerda wurde 1991 aufgeschlagen.

Der wiedervereinigungsbedingte Umbruch und der Zusammenbruch der Ostmärkte führte das Unternehmen 1991 in die Liquidation, weil eine Umstellung auf die marktwirtschaftliche Situation gescheitert war.

Das Unternehmen war mit seinen Produkten auf den Westmärkten nicht konkurrenzfähig, ein eingeführtes Vertriebssystem war nicht vorhanden. Die bisherigen Abnehmer in den Ostblockstaaten erteilten keine Aufträge mehr. Die ins Auge gefaßte Zusammenarbeit mit anderen Großunternehmen in der Computerindustrie scheiterte daran, daß weltweit Überkapazitäten vorhanden waren.

Eine vom Vorstand geplante Veräußerung des Unternehmens kam nicht zustande, die Entwicklung neuer Produkte bzw. die Konkretisierung weiterführungsfähiger Unternehmensteile wurde nicht verfolgt, so daß der Geschäftsbetrieb zum 31. Dezember 1991 eingestellt und die Belegschaft an allen Standorten mit insgesamt noch 8.291 Arbeitnehmern entlassen wurde.

Zunächst erfolgte in der Liquidation sowohl die weitere Sicherung der Energieversorgung für



Dr. Harald Hess

das Unternehmensgelände und der Wärmeversorgung für einen großen Teil der Stadt Sömmerda als auch die Weiterführung der Ausbildung der 294 Auszubildenden bis zum erfolgreichen Abschluß.

Ende März 1992 stand fest, daß eine Gesamtals auch eine Teilverwertung des Unternehmensgeländes nicht durchführbar ist. Auf Grund der

besonderen Bebauungssituation wäre es nur unter großem Aufwand möglich gewesen, Teilparzellen zu bilden und zur Privatisierung auszuschreiben. Die ungeordnet auf dem Gelände verlaufenden Versorgungsleitungen machten eine Abtrennung einzelner Grundstücke nicht möglich.

Nach einer Konzeptionsphase und nach eingehenden Verhandlungen mit allen Beteiligten konnte mit dem Land Thüringen unter der Führung des Ministerpräsidenten Dr. Bernhard Vogel, der Treuhandanstalt Berlin, dem hier zuständigen Vorstandsmitglied Dr. Klinz, dem Landkreis Sömmerda unter Führung des Landrats Dohndorf, der Stadt Sömmerda unter Beteiligung des Bürgermeisters Bollinger und dem Abwickler der BWS AG Dr. Harald Hess eine Vereinbarung abgeschlossen werden, wonach das Betriebsgelände der BWS AG i. L. im Auftrag der Treuhandanstalt bei unveränderten Besitzverhältnissen in einen Industriepark umgewandelt werden sollte.

Mit dem Konzept, das Gelände in einen Industriepark zu verwandeln, wurde der Grundstein zur Ansiedlung einer Vielzahl kleiner und mittelständischer Unternehmen gelegt. Nach den gescheiterten Versuchen, das Unternehmen und Teile daraus zu privatisieren, sollte mit der Entscheidung für den Industriepark eine Zukunft für die Bewohner der Stadt Sömmerda und ihr Einzugsgebiet gesichert werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, mußte das vorhandene Gelände völlig verändert werden. Im Verlauf der langen Geschichte industrieller Produktion auf demselben Gelände waren nach Bedarf immer neue Bauten hinzugekommen, so daß schließlich eine Bebauungsdichte von nahezu 80 % erreicht war.

Nach zeitgemäßen Vorstellungen, bedingt durch die Notwendigkeit entsprechender Zu- und Abfahrtswege auf einem Industriegelände, ist eine Bebauungsdichte von 15 bis 25 % realistisch.

Um diesen Zustand zu erreichen, mußten in erheblichem Umfang Abrißmaßnahmen durchgeführt werden. Parallel dazu war die Erschließung des Geländes nach dem heutigen Standard erforderlich.

Gebäude, die einer gewerblichen Nutzung zugeführt werden konnten, mußten saniert werden. Zudem wurden auf bereits erschlossenem und privatisiertem Gelände Neubauten errichtet. Die erfolgreiche Durchführung dieser Maßnahmen konnte durch unermüdlichen Einsatz der vor Ort tätigen Prokuristen, Herrn Dr. Georg Lemke und Herrn Hans-Joachim Ruhland, gelingen.

Die Erschließung wird mit dem maximalen Fördersatz von 70 % durch den Freistaat Thüringen finanziert. Die Treuhandanstalt Berlin sichert zu, die Kosten für den Abriß von nicht erhaltenswürdiger Gebäudesubstanz als Vorbereitung der Erschließung zu übernehmen. Es wurde ausdrücklich der Einsatz von Arbeitskräften im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Unterstützung der BWS AG i. L. und zur Kostenminimierung befürwortet.

Ende September 1992 konnte mit dem Innenminister des Freistaates Thüringen, Herrn Schuster, der gleichzeitig Leiter einer zur Realisierung des Planes gebildeten Projektgruppe war, der Antrag auf Fördermittel zur finanziellen Sicherung der Erschließungsmaßnahme abschließend beraten werden. Noch 1992 wurden erste Vorleistungen für die Erschließung erbracht.

Zum 1. Januar 1993 wurde das Bildungszentrum im Wege eines Management buy out ausgegründet, so daß die Fortführung der noch nicht abgeschlossenen Ausbildung der Auszubildenden nunmehr auf einen privatwirtschaftlichen Träger überging.

Die besondere Situation des Unternehmensstandortes und die sozialen Umstände bedingten das Interesse für die Fortschritte des Projektes „Industriepark Sömmerda“ weit über die regionale Grenze hinaus.

Im Februar 1993 besuchten der damalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Herr Rudolf Scharping, sowie der Fraktionsvorsitzende der SPD im Thüringer Landtag, Herr Dr. Schuchardt, das Unternehmen.

Im Jahre 1995 erhielt das Unternehmen Besuch von dem Landtagspräsidenten des Freistaates Thüringen, Herrn Dr. Pietsch sowie von einer Delegation, bestehend aus Bundesvorstand und Bundestagsfraktion des Bündnis 90/Die Grünen.

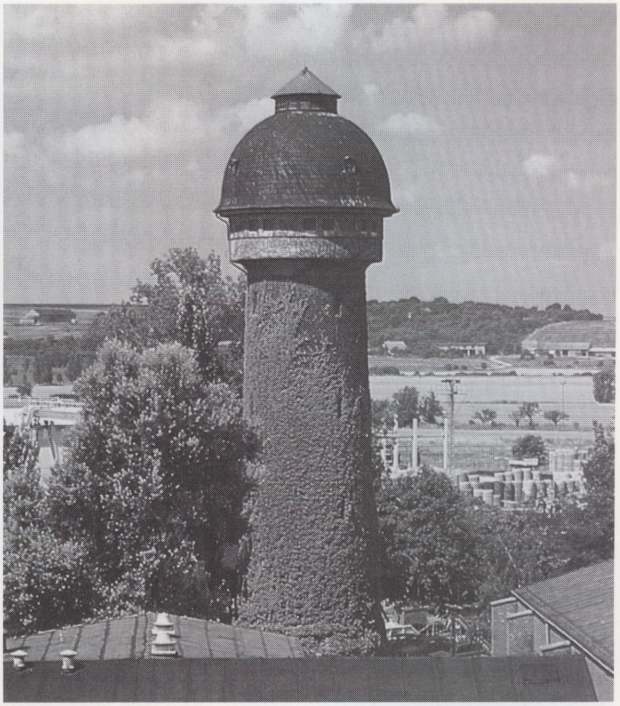
Von Anfang an war das Unternehmen in der Treuhandanstalt Berlin wohlwollend gefördert worden. Der jeweils zuständige Referent war gleichzeitig im Aufsichtsrat des Unternehmens vertreten.

Anfang 1993 ist die Referentin, Frau von Cunow, aus dem Aufsichtsrat und der Treuhandanstalt ausgeschieden. An ihre Stelle trat Herr Köhne, der seinerseits am 28. Januar 1994 von Frau Körner-Dombrowsky abgelöst wurde.

Das besondere Interesse der Treuhandanstalt an der sozialen Abfederung der Liquidation wird auch darin deutlich, daß Herr Dr. Link, Beauftragter der Treuhandanstalt für das Land Thüringen, zwei Jahre lang als Gast an den Sitzungen des Aufsichtsrates und den Tagungen der Projektgruppe der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen teilgenommen hat.

Mitte 1993 war absehbar, daß der ursprünglich angedachte Liquidationszeitraum im Hinblick auf die anstehenden Aufgaben nicht realisiert werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt war der Bebauungsplan, der die Grundlage für die Erschließung sein sollte, noch nicht verabschiedet.

Das Wahrzeichen des Industrieparks - der Wasserturm



Bis dahin konnte lediglich die Kommunalisierung der Sportstätten und des Heizkraftwerkes abgeschlossen werden. Die Abriß- und Erschließungsplanung wurde trotz fehlenden Bebauungsplanes weitergeführt.

Es war abzusehen, daß die Abriß- und Erschließungsaktivitäten mindestens das Jahr 1995 und das Jahr 1996 in Anspruch nehmen würden. Der für das Erschließungsgebiet maßgebliche Bebauungsplan wurde im März 1994 vom Stadtparlament beschlossen und vom Landesverwaltungsamt Anfang 1995 bestätigt.

V-Bau

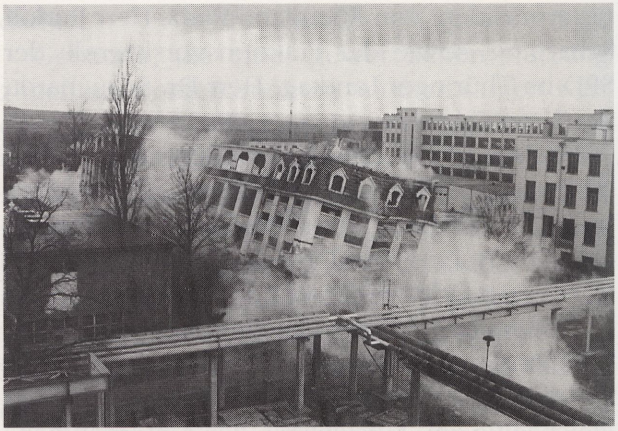


Die Jahre 1994 und 1995 waren geprägt von den Abriß- und Erschließungsmaßnahmen. Von 145 Gebäuden und baulichen Anlagen sind 77 Objekte bis Oktober 1995 abgerissen worden. Etwa 40 Gebäude bleiben erhalten und werden entweder durch die Käufer oder durch die Büromaschinenwerk AG i. L. saniert. Saniert werden u. a. der sogenannte Kopfbau des Flachbaues, das Verwaltungsgebäude, Schreibmaschine-Neubau, das Kulturhaus und die Maschinenbauhalle.

Bei den bis 1995 abgerissenen Gebäuden waren über 15.000 t belastetes Material über Biobeet und die Sonderdeponie zu entsorgen. An unbelastetem Schutt wurden 70.000 t geschreddert und zum Teil in das Gelände wieder eingebracht.

Bei den Abrißmaßnahmen ist die erste Teilsprengung des ehemaligen Vorfertigungsgebäudes hervorzuheben, bei der in 2.000 Sprenglöchern 180 kg Sprengstoff gezündet wurde. Resultat der Sprengung des über 80 m langen, 23 m breiten und 19 m hohen Gebäudes waren ca. 6.000 t Bauschutt.

Schreibmaschine Altbau



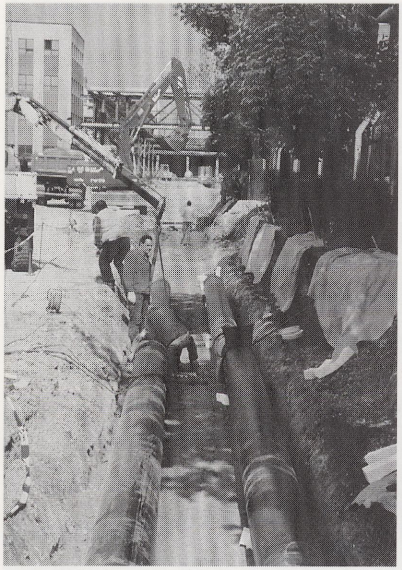
Der zweite Teil des Gebäudes wurde am 2. Dezember 1994 gesprengt. Auch hier waren 2.000 Sprenglöcher erforderlich. Das Gebäude maß ca. 71.000 m³ umbauten Raum und hinterließ ca. 9.000 m³ Bauschutt.

Bei dem Gebäude Schreibmaschine Altbau ist am 3. März 1995 eine Teilsprengung mißglückt, so daß eine Ergänzungssprengung erforderlich war. Trotzdem ist es gelungen, durch die partielle Sprengung der Obergeschosse das nicht kontaminierte Material von dem kontaminierten Bereich des Erdgeschosses und des Kellers zu trennen. Das Erdgeschoß und der belastete Keller konnten dann gesondert nach den verschärften Vorschriften für belastete Flächen entsorgt werden.

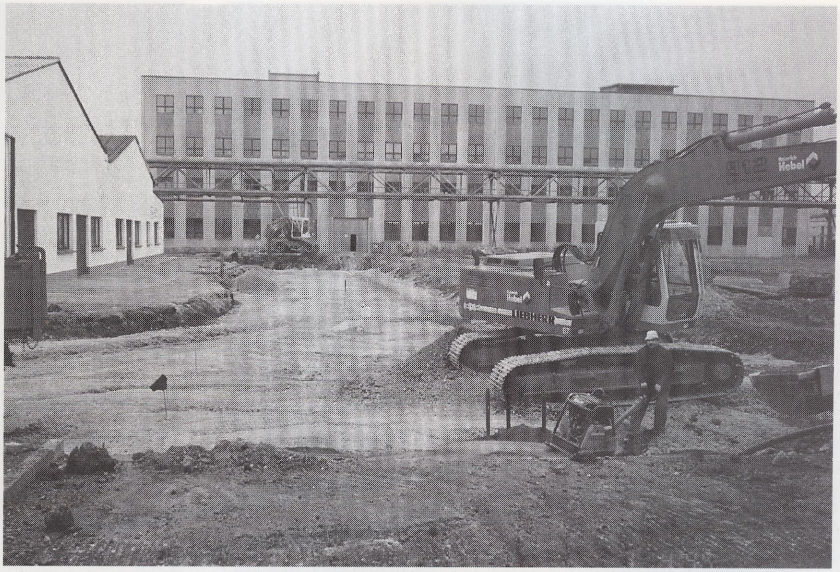
Im Mai 1995 begann der Abriß des mehr als 15.000 m² großen Flachbaus.

Erschließungsmaßnahmen

Verlegung von Versorgungsleitungen



Straßenbau



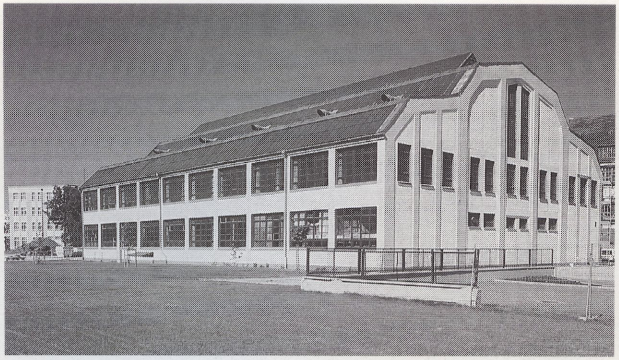
Anfang 1995 zeigte sich, daß sowohl die Kosten des Abrisses als auch die Kosten der Altlastenbeseitigung die ursprüngliche Planung deutlich übersteigen. Eingehende Verhandlungen mit dem Vorstand der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, der Nachfolgeorganisation der Treuhandanstalt und deren Genehmigungsgremien, Kredit- und Bürgeschaftsausschuß und Verwaltungsrat sowie der Landesregierung sicherten die Finanzierung der noch ausstehenden Aufgaben.

Im Dezember 1995 erfolgte der Abriß des Soemtronhauses. Die verkehrs- und versorgungsmäßige Neuerschließung des Geländes ermöglicht die Ansiedlung mittelständisch orientierter Industrie, beseitigt die veralteten Versorgungssysteme und sichert die Arbeitsfähigkeit angesiedelter Unternehmen.

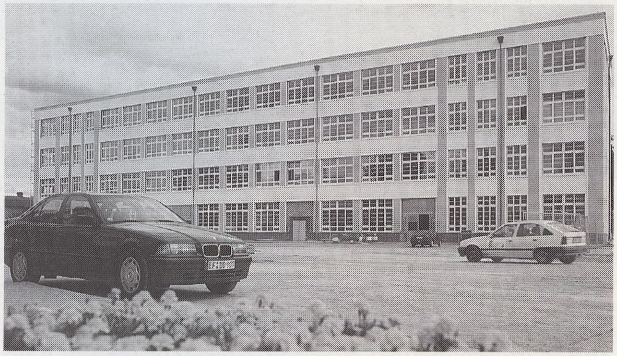
Bei der seit Mitte 1994 erfolgten Erschließung sind die ersten vier Bauabschnitte der Straßen abgeschlossen und werden bereits genutzt. Die restlichen Bauabschnitte sind vertraglich vereinbart, und die Realisierung ist teilweise bereits begonnen. Der Abschluß ist bis September 1996 vorgesehen. In den ersten vier Bauabschnitten, die 1995 im Rahmen einer Feierstunde der Öffentlichkeit übergeben wurden, sind 2.297 m Straße mit entsprechenden Fuß- und Radwegen sowie 2.173 m Abwasserleitungen mit entsprechenden Schachtbauwerken sowie die Leitungen für Wasser, Elektroenergie, Fernwärme und Telekom-Versorgung geschaffen worden. Zwischen-

Sanierte Gebäude

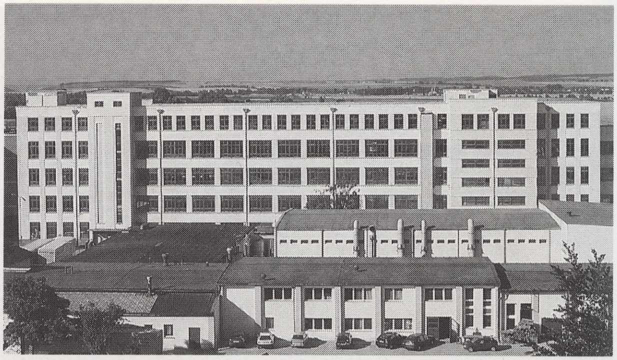
Maschinenbauhalle



Schreibmaschine Neubau



Rechenmaschine II



Verwaltungsgebäude



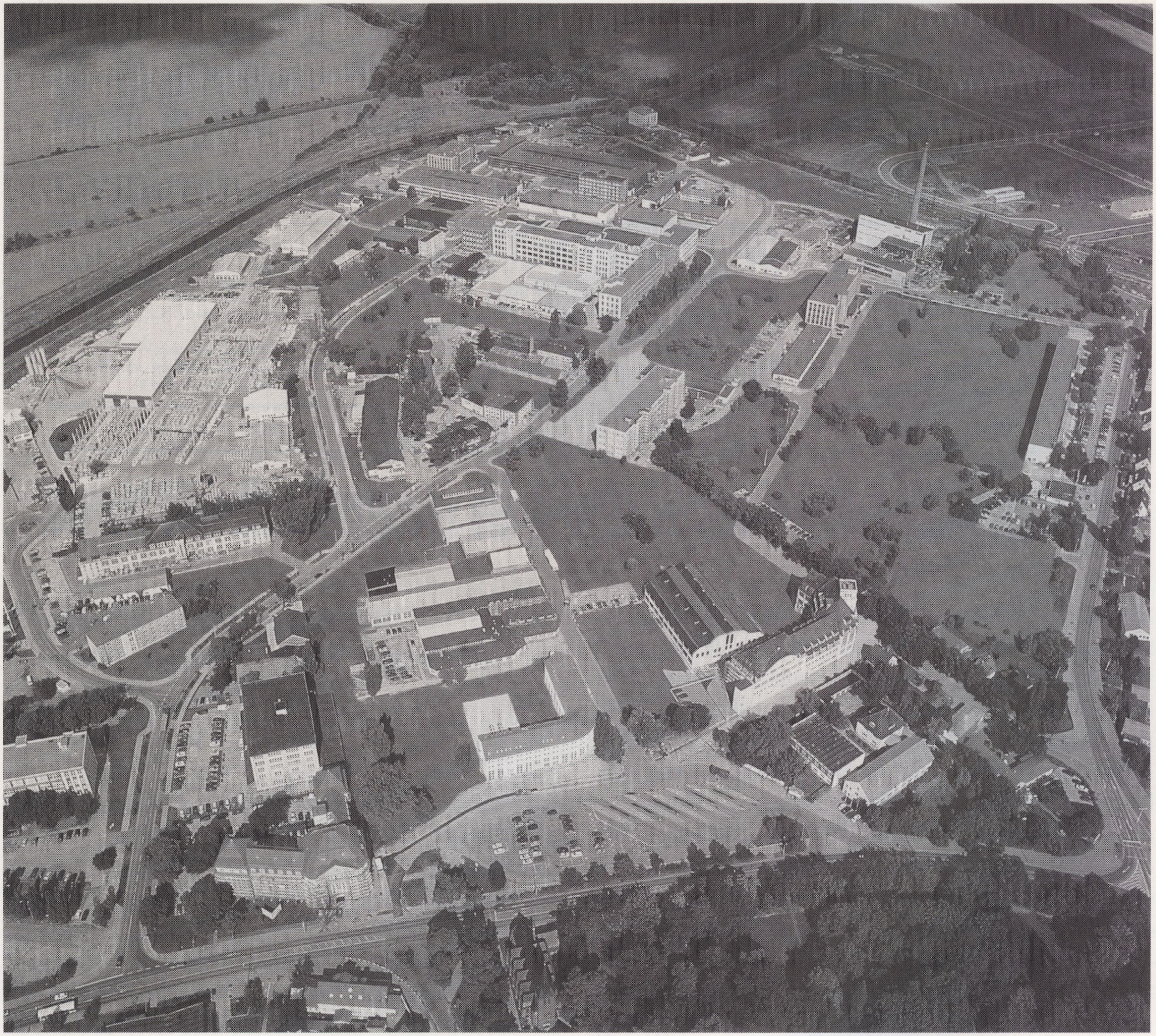
zeitlich konnte auf dem Gelände der erste Neubau für die AOK und das Arbeitsamt errichtet werden.

Eine der vorrangigsten Aufgaben, nämlich die Schaffung und der Erhalt von 2.500 bis 3.000 Arbeitsplätzen, wurde intensiv verfolgt.

Über die Vermietung von Flächen in den vorhandenen Gebäuden sowie über die Privatisierung von Grundstücken und Gebäuden wurde eine aktive Ansiedlungsstrategie verfolgt, so daß gegenwärtig ca. 1.800 Beschäftigte auf dem Gelände tätig sind. Dies, obwohl zwischenzeitlich die Firma Aquarius Robotron Systems GmbH mit 200 Beschäftigten einen Neubau an anderer Stelle in der Stadt Sömmerda errichtet hat und nicht verhindert werden konnte, daß die Firma Metallwerke Sömmerda von ursprünglich 248 Arbeitnehmern auf 40 Arbeitnehmer zurückging und die Firma ADC zuletzt ca. 100 beschäftigte Arbeitnehmer entlassen mußte.

Zum Jahreswechsel 1995/1996 folgt ein neuer Schritt in der Realisierung des Industrieparks

Der Industriepark nach Abschluß der Sanierungs- und Erschließungsarbeiten



Sömmerda, indem, initiiert durch den Aufsichtsrat der Liquidationsgesellschaft unter Vorsitz von Herrn Dr. Hubert Stadler, ein Marketingkonzept zur offensiven Verwertung der verbliebenen Parzellen erarbeitet und umgesetzt wird. Mit Hilfe dieser Maßnahmen sollen die weiteren Privatisierungen auf dem Gelände durch solche Ansiedlungen erfolgen, die eine Ergänzung des Leistungsangebotes mit den bereits auf dem Gelände tätigen Unternehmen bilden und damit den Erfolg der Einzelunternehmen erhöhen. Die so unterstützte Verwertung des erschlossenen Geländes soll 1997 abgeschlossen sein, nicht aber die Geschichte des Büromaschinenwerkes. Vielmehr sollen innovative Persönlichkeiten, wie Dreyse es war, mit dem der Industriestandort seinen Ausgangspunkt hatte, eine gute Basis für einen erfolgreichen Start in ein neues Jahrhundert und Jahrtausend vorfinden.

Anhang



Der Syndikalist

Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands

„Der Syndikalist", (hervorgegangen aus der „Einigkeit", die am 8. August 1914 nach 18jährigem Bestehen verboten wurde), erscheint jede Woche einmal Sonnabends.

Verlag und Expedition:
Fritz Kater, Berlin O. 34,
Kopernikusstr. 25, I

Nr. 24 - 1922

Abonnementspreis
für die angeschlossenen Gewerkschaften pro Exemplar 1,50 Mk., durch die Post ohne Bestellgeld 20,— Mk. vierteljährlich, durch die Expedition unter Kreuzband 27,— Mk., Ausland 37,— Mk

Einzelexemplar 1,80 Mk.

Vereinsanzeigen für angeschlossene Gewerkschaften 4,— Mk., für andere Vereine werden 8,— Mk. für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet.

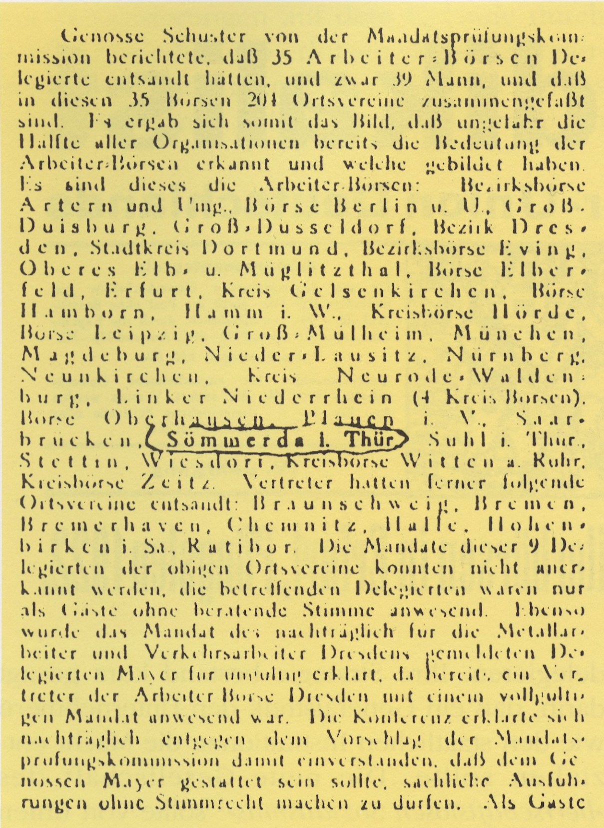
IV. Jahrgang

Bericht über die I. Konferenz der Arbeiterbörsen in Erfurt, Pfingsten 1922.

Politische Strömungen und Entwicklungen in der Belegschaft nach dem 1. Weltkrieg

Der Anarchosyndikalismus in Sömmerda soll genauer beleuchtet werden, weil die wichtigsten Vertreter und ein großer Teil der Belegschaft sich nach dem ersten Weltkrieg zeitweise dort organisierten. Die FAUD verstand sich als sozialrevolutionäre Gewerkschaft.[1] Sie lehnte es ab, die Interessensvertretung der Arbeiterschaft an politische Parteien und parlamentarische Vertreter zu delegieren. Ihre Strategie bestand kurz gesagt darin, daß ein Generalstreik den Unternehmern wie den staatlichen Institutionen die Macht entziehen sollte. Die neue Gesellschaft des *«herrschaftslosen Sozialismus»*[2] sollte von unten nach oben aufgebaut werden, indem die Menschen in selbstverwalteten Betrieben und Verteilzentren die Produktion und den Konsum nach ihren Bedürfnissen regeln. Staat und Zentralismus waren für die Anarchosyndikalisten die Quelle allen Übels, da sie den Mensch zur *«Marionette»* machten und in ihm das *«Gefühl der Selbständigkeit töten»*.[3] Im Föderalismus als *«freiwilligem, gleichberechtigten Zusammenschluß»*[4] sahen

Aus „Der Syndikalist“ Nr. 24 - 1922



Genosse Schuster von der Mandatsprüfungskommission berichtete, daß 35 Arbeiter-Börsen Delegierte entsandt hätten, und zwar 39 Mann, und daß in diesen 35 Börsen 204 Ortsvereine zusammengefaßt sind. Es ergab sich somit das Bild, daß ungefähr die Hälfte aller Organisationen bereits die Bedeutung der Arbeiter-Börsen erkannt und welche gebildet haben. Es sind dieses die Arbeiter-Börsen: Bezirksbörse Artern und Umg., Börse Berlin u. U., Groß-Duisburg, Groß-Düsseldorf, Bezirk Dresden, Stadtkreis Dortmund, Bezirksbörse Eving, Oberes Elb- u. Müglitzthal, Börse Elberfeld, Erfurt, Kreis Gelsenkirchen, Börse Hamborn, Hamm i. W., Kreisbörse Hörde, Börse Leipzig, Groß-Mülheim, München, Magdeburg, Nieder-Lausitz, Nürnberg, Neunkirchen, Kreis Neurode-Waldenburg, Linker Niederrhein (4 Kreis-Börsen), Börse Oberhausen, Plauen i. V., Saarbrücken, Sömmerda i. Thür, Suhl i. Thür., Stettin, Wiesdorf, Kreisbörse Witten a. Ruhr, Kreisbörse Zeitz. Vertreter hatten ferner folgende Ortsvereine entsandt: Braunschweig, Bremen, Bremerhaven, Chemnitz, Halle, Hohenbirken i. Sa., Ratibor. Die Mandate dieser 9 Delegierten der obigen Ortsvereine konnten nicht anerkannt werden, die betreffenden Delegierten waren nur als Gäste ohne beratende Stimme anwesend. Ebenso wurde das Mandat des nachträglich für die Metallarbeiter und Verkehrsarbeiter Dresdens gemeldeten Delegierten Mayer für ungültig erklärt, da bereits ein Vertreter der Arbeiter-Börse Dresden mit einem vollgültigen Mandat anwesend war. Die Konferenz erklärte sich nachträglich entgegen dem Vorschlag der Mandatsprüfungskommission damit einverstanden, daß dem Genossen Mayer gestattet sein sollte, sachliche Ausführungen ohne Stimmrecht machen zu dürfen. Als Gäste

sie die einzige Garantie gegen autoritäre Strukturen, die sie in der bürgerlichen Gesellschaft, aber auch in den Arbeiterparteien SPD und KPD orteten. Ihre Organisationsgeschichte geht bis 1897 zurück, als Arbeiter aus Opposition zum Zentralismus der sozialdemokratisch orientierten «Freien Gewerkschaften» eine neue Organisation, die «Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften» (FVdG)[5] gründeten. Sie hatte rund 20.000 Mitglieder, vor allem unter Handwerkern in kleinen Betrieben. 1908 kehrte ein Teil zu den «Freien Gewerkschaften» zurück, die bei der FVdG Verbliebenen bekannten sich zum ersten Mal zum Syndikalismus.[6] Dazu kamen anarchistische Einflüsse durch jahrelange Verbindungen zu kleinen anarchokommunistischen Gruppen. Nach dem

1 Zu Literaturhinweisen siehe Anmerkungen 111 und 112 im dritten Kapitel.

2 Klan, Ulrich, Nelles, Dieter: «Es lebt noch eine Flamme». Rheinische Anarcho-Syndikalisten/innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau-Döffingen 1990, im folgenden abgekürzt als: Klan/Nelles 1990, S. 31.

3 «Prinzipienerklärung des deutschen Syndikalismus» in: Barwich u. a.: Arbeiterselbstverwaltung. Räte-Syndikalismus, Berlin 1971, im folgenden abgekürzt als: Prinzipien 1919, S. 25.

4 Ebd., S. 30.

5 Dies war der Name seit 1901.

6 Der Begriff kommt aus dem Französischen, von syndicat = Gewerkschaft. Er meint eine sozialistische Bewegung, die sich allein auf die Gewerkschaften konzentriert und politische Parteien ablehnt.

7 Erinnerungen von Otto Bach, 1970, Typoskript, 13 Bl., Historische Sammlung, Bl. 9. Otto Bach war Mitglied der FAUD und wurde 1922 der Vorsitzende des in Sömmerda neugegründeten Ortsverein der Bauberufe in der FAUD, vgl. Der Syndikalist, Organ der FAUD (AS), Berlin 1.-14. Jg. (1919-32), erschien wöchentlich, Institut zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung der Ruhruniversität Bochum SZD 3147, im folgenden abgekürzt als: Der Syndikalist, Nr. 13/1922. Die Kontaktaufnahme in Erfurt ist wahrscheinlicher als die Aussage einer anderen Quelle, wonach der Kontakt im Ausland entstand, als junge Gesellen aus Sömmerda nach dem Ende des ersten Weltkriegs auf ihrer Wanderschaft durch Frankreich und Belgien kamen, vgl. Anarchosyndikalismus, Videofilm von Thomas Beckmann, Markus Hoffmann und Barbara Uebel, o. J. (Anfang der 90er Jahre).

8 Der Syndikalist, 14. 7. 1919.

9 Erinnerungen von Heinrich Kusche, Material der Betriebsgeschichtskommission der SED, Arbeitsgruppe 2, Typoskript, 4 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Heinrich Kusche, Bl. 4.

10 Zitiert nach Teil 2 (Zeitabschnitt von 1900 bis 1945) der Betriebsgeschichte, die von der Parteiorganisation im Werk in Auftrag gegeben wurde, aber nicht veröffentlicht wurde, Typoskript in der Historischen Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Betriebsgeschichte 2, S. 27. Die USPD spielte noch eine große Rolle in den Wahlen 1919 und 1920. Da die FAUD keine Kandidaten aufstellte, wählte ihre Basis in Sömmerda die USPD, die damit jeweils die absolute Mehrheit erreichte. Vgl. Betriebsgeschichte 2, S. 36.

ersten Weltkrieg wuchs die Mitgliederzahl der FVdG in nur einem Jahr um ein Vielfaches. Ihr 12. Kongreß im Dezember 1919, auf dem die Umbenennung zur Freien Arbeiterunion Deutschlands (FAUD) erfolgte, repräsentierte bereits 111.675 Mitglieder. Diese kamen vor allem aus dem Ruhrgebiet, aber auch aus zahlreichen anderen großen Städten.

Sömmerdaer Arbeiter lernten die FAUD beim Besuch eines Vortrags in Erfurt kennen, wie sich der Beteiligte Otto Bach erinnerte.[7] Die Erfurter Gruppe der Anarchosyndikalisten reichte als einzige in Thüringen bis vor den ersten Weltkrieg zurück. Die politische Umorientierung der bisher linkssozialdemokratisch orientierten Rheinmetall-Belegschaft war kein Akt Einzelner. An der Gründung der Sömmerdaer FAUD nahmen 600 Arbeiter teil. Stolz berichtete die syndikalistische Zeitung am 14. Juli 1919: *«In Sömmerda, einem kleinen Städtchen von 8000 Einwohnern, haben wir, nachdem Genosse Rocker zweimal dort referiert hatte, bereits ca. 1.500 Mitglieder. (...) Das ganze Gewerkschaftskartell ist geschlossen zu uns übergetreten, nachdem sie ihre Kassen dem Revolutionsfonds überwiesen hatten.»*[8] Das deckt sich mit den Erinnerungen von Heinrich Kusche, Dreher bei Rheinmetall. Seine langjährige Vorkriegsaktivitäten in der SPD und dem Metallarbeiterverband wurden bereits dargestellt. Er schrieb über 1919: *«Nachdem wir fast alle der USPD angehörten, wurden wir fast zu 95 % Syndikalisten.»*[9] Dem entspricht das Protokoll einer Befragung der Zeitzeugen Sonntag, Bach, Hähnel und anderen im April 1964, in dem es heißt: *«Die USPD zerfiel mit der Gründung der FAUD»*.[10] Im März 1920 war die FAUD auf rund 2.100 Mitglieder [11] in Sömmerda und Umgebung angewachsen, davon der größte Teil Rheinmetaller. In einem Bericht über eine Sitzung von Betriebsrat und Betriebsdirektion am 30. April 1920 wurde der Betriebsrat mit den Worten zitiert, daß es in der Rheinmetall *«nur Syndikalisten»* und keine Angehörigen des Metallarbeiterverbandes und der anderen Arbeitervertretungen mehr gäbe.[12]

Es erhebt sich die Frage, warum gerade die Rheinmetaller in Sömmerda so geschlossen zur FAUD übertraten? Rudolf Rocker, führender Theoretiker der FAUD, sah in der Sömmerda-typischen Verbindung von bäuerlicher Tradition und starker Industrialisierung den Grund für den Erfolg der Syndikalisten. Nach seinen Besuchen in Sömmerda schrieb er: *«Doch meine größte Überraschung erlebte ich in Sömmerda, einem kleinen Städtchen nördlich von Erfurt, inmitten einer kleinbäuerlichen Gegend. Sömmerda besaß außer einer Ziegelbrennerei und einigen kleinen Industrien auch eine Gewehrfabrik. (...) Ich fühlte sofort, daß ich hier ein junges, frisches Menschenmaterial vor mir hatte, das noch nicht durch die Tretmühlen der politischen Parteien gegangen und deshalb für neue Gedanken empfänglich war. (...) Dazu waren sie bodenständig und mit ihrer örtlichen Umgebung innerlich verwachsen. (...) Gerade in kleineren Städten mit einer angesessenen Bevölkerung (...) fand ich häufig (...) einen viel höheren Grad von geistiger Regsamkeit und gewisse kulturelle Ansprüche, die man in den großen Industriegebieten oft vergeblich sucht. (...) Jene prächtige Arbeiterschaft in Sömmerda war noch nicht Masse.»*[13] Auch wenn diese Worte einen zwiespältigen Eindruck hinterlassen, da *«Menschenmaterial»* arrogant und «prächtige *Arbeiterschaft»* herablassend klingt, so erhellen sie doch einen interessanten Zug der spezifischen Sömmerdaer Entwicklung.

Die DDR-Geschichtsschreibung über Sömmerda hatte es schwer mit dem Anarchosyndikalismus. Die Ideologie verlangte einen Spa-

Aufruf aus dem „Syndikalisten" zur Unterstützung des Streiks bei Rheinmetall Sömmerda

Nr. 7 -1922

Aufruf

zur Solidarität an alle Mitglieder der Förderation der Metall- und Industriearbeiter Deutschlands (F.A.U.D.S.)

Kollegen! Klassengenossen!

Staat und Unternehmertum hält die Zeit für gekommen, alle Kriegslasten und den Aufbau ihre kapitalistischen Wirtschaft im schnellsten Tempo auf die Schultern der breiten proletarischen Massen abzu wälzen.

Die Teuerungswelle steigt, die Arbeitslosenziffern schwellen an. Die Arbeitszeit soll auf 9 Stunden erhöht, Lohnabzüge zur Tagesordnung werden, dadurch wird die Reservearmee der Arbeitslosen vermehrt und die winzigen Rechte den Proletariern geraubt.

Die Stinnes, Thyssen, Kardorf, sie wollen und werden die Arbeiterschaft in die Knie zwingen, wenn sie ihre Kampfesmittel der direkten Aktion nicht aufs schärfste zur Anwendung bringt.

Streik, Sabotage, Boykott und passive Resistenz sind die wirksamsten Kampfesmittel der revolutionären Syndikalisten. Im Weltkriege hat man euch Kameraden gelehrt, wo und wie ihr diese anzuwenden hattet gegen eure Interessen. Denkt immer an eure Interessen und handelt danach.

Unsere gesamten Kollegen in Sömmerda stehen seit dem 5. Januar im Streik, eine Beendigung ist noch nicht abzusehen.

Im Bezirk Hagen Schwelm stehen 48000 Metallarbeiter im Streik, darunter unsere Ortsgruppen Witten und Haspe bis zum letzten Mann. Die Kämpfe sind hartnäckiger Natur.

Die Streikenden benötigen dringend die Hilfe aller uns angeschlossenen Organisationen. Wohlwissend, daß viele unserer Ortsgruppen selbst durch örtliche Teilstreiks schwer in Mitleidenschaft gezogen sind, appelieren wir trotzdem an alle: Helft! — — — denn

schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe!

Kollegen, tut allerwärts das Menschenmöglichste, beweist den größten Opfermut für unsere kämpfenden Arbeitsbrüder.

Alle Kassierer unserer örtlichen Förderationen werden dringend ersucht, der Geschäftsleitung sofort Gelder zur Verfügung zu stellen, damit sie ihre Aufgabe erfüllen kann. Diese sind nur an die Adresse des Geschäftsleiters zu senden.

Mit solidarischem Gruß Die Geschäftsleitung
R. Wiesberg, Berlin SO 16, Brückenstr. 10 b.

gat, der darin bestand, die revolutionären Sömmerdaer Arbeiter zu ehren und ihre politische Organisation gleichzeitig als *«Feinde der Sowjetunion und damit Feinde der Arbeiterklasse»*[14] zu verurteilen. Gleichzeitig bemühte man sich krampfhaft darum, den Einfluß der KPD auf die Arbeiterschaft in dieser Zeit nachzuweisen. Unfreiwillig komisch wirkt das zum Beispiel in einer wissenschaftlichen Hausarbeit von 1964: *«Die*

[11] Havers, Frank: Die FAUD in Sömmerda (Thüringen) während des «Kapp-Putsches», 1995, Typoskript, 8 Bl., Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Die FAUD in Sömmerda 1995, Bl. 1. Damit war ihr Höchststand in Sömmerda erreicht.

[12] ThHStAW Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion 01/62.

[13] Zitiert nach: Klan/Nelles 1990, S. 349f.

[14] Wir über uns. 1817-1945, hg. vom VEB Robotron-Büromaschinenwerk «Ernst Thälmann» Sömmerda, 1989, im folgenden abgekürzt: als: Wir über uns 1989, S. 38. Die Verbindung zur Sowjetunion war so bedeutend, daß selbst die Produktionsgeschichte dafür verändert wurde. 10.000 einscharige Ackerpflüge soll Lenin 1920 in Sömmerda bestellt haben und dadurch *«1.500 Werktätigen (...) Arbeit und Lohn»* verschafft haben, vgl. Broschüre über Sömmerda, o. O., o. J., Historische Sammlung. Nach den Quellen sind landwirtschaftliche Maschinen, darunter Dampfpflüge, nach dem Krieg nur bei Rheinmetall Düsseldorf hergestellt worden, vgl. Waffenschmiede der deutschen Wehrmacht. Vom Wollen, Werden und Wirken der Rheinmetall-Borsig Aktiengesellschaft, von H. J. Krug, Berlin, o. J. (1943), Rheinmetall-Archiv, S. 32 und Kurzer Chronologischer Abriß der RH-AG vom 23. 2. 1988, Rheinmetall-Archiv HO 161.

[15] Waldszus, Waldemar: Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse Sömmerdas/Thüringen und ihre Niederschlagung durch die Konterrevolution im Frühjahr 1920 (Kapp-Putsch), Wissenschaftliche Hausarbeit an der Pädagogischen Hochschule Potsdam, 1964, SAS, im folgenden abgekürzt als: Waldszus 1964, S. 89.

[16] Wir über uns 1989, S. 38 und 56. Vgl. auch: Material zu Viktor Bode aus der Betriebsgeschichtskommission der SED, Arbeitsgruppe 2, Typoskript, 6 Bl., Historische Sammlung.

[17] Der Syndikalist 2/1923.

[18] Der Syndikalist 19/1923.

[19] Der Austritt erfolgte im Februar 1931, da *«er den harten Kurs der KPD in der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten nicht mitgehen»* wollte, vgl. Körber, Bernd: Untergang der Information oder Geschichtsfälschung? Hausarbeit am Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Freien Universität Berlin, 1993, Historische Sammlung, im folgenden abgekürzt als: Körber 1993, S. 3.

[20] Betriebsgeschichte 2, S. 52. Vgl. dazu auch Körber 1993.

[21] Ebd.

Auffassungen der fortschrittlichen Sömmerdaer Arbeiter deckten sich mit den Forderungen der KPD und so erkannten die Arbeiter diese stillschweigend als führende Kraft an, ohne daß nur ein einziger ihr als Mitglied angehörte.»[15] In diesem Zusammenhang ist interessant, was über die Anfänge der Sömmerdaer KPD-Ortsgruppe berichtet wurde. Im Januar 1919 in der Gaststätte «Vier Jahreszeiten» von 40-50 Menschen gegründet und bald darauf wieder aufgelöst, wurde sie am 9. November 1922 durch Viktor Bode, Schlosser bei Rheinmetall, wieder gegründet.[16] Vier Tage zuvor, am 5. November, nahm ein *«Genosse Bode, Sömmerda»* an der Herbstkonferenz des Agitationsbezirkes Groß-Thüringen der Syndikalisten in Erfurt teil.[17] Ein halbes Jahr später, im April 1923, war ein Viktor Bode in der Bismarckstraße 55, Sömmerda, Obmann der Redaktionskommission des FAUD-Mitteilungsblatts dieses Agitationsbezirkes.[18] Wir dürfen davon ausgehen, daß es sich hier um den gleichen Mann handelt. Vermutlich war er eine Zeitlang gleichzeitig FAUD- und KPD-Mitglied. Bekannt ist, daß er im Februar 1931 wieder aus der KPD austrat.[19] Daß die Sömmerdaer Arbeiter mehr ihre gemeinsamen Erfahrungen und Interessen als die politischen Verschiedenheiten in den Vordergrund stellten, zeigte sich auch 1932, als Viktor Bode kurze Zeit Bürgermeister wurde.[20] Die Stadtverordnetenmehrheit, auf die er sich stützte, wurde von einer Arbeiterliste aus Kommunisten, Syndikalisten und Sozialdemokraten gestellt.[21] Diese Liste hatte 10 von 18 Sitzen im Stadtparlament.[22]Daß es 1920 während des Kapp-Putsches zu bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen in Sömmerda kam, wurde im dritten Kapitel bereits erwähnt. Die zu dieser Zeit anarchosyndikalistisch organisierten Arbeiter in der Rheinmetall waren daran wesentlich beteiligt.

Aufruf aus dem „Syndikalisten" zur Unterstützung des Streiks bei Rheinmetall Sömmerda

Nr. 9 - 1922

Aufruf zur Solidarität!

Der Kampf unserer Genossen in der „Rheinmetall" zu Sömmerda dauert nun schon 9 Wochen. Mehr als 500 Mitglieder der syndikalistischen Organisation der Metallarbeiter Sömmerdas sind daran beteiligt. Wöchentlich werden 60 000 Mark Streikunterstützung gebraucht.

Die Vorstände der Zentralverbände und der christlichen Organisation sind daran, den Streik abzuwürgen. Auch in diesem Streik wollen die ‚anerkannten' Organisationsvertreter darein willigen, daß eine Reihe der besten unserer Genossen als Gemaßregelte auf der Strecke bleiben. Man glaubt, damit unserer Organisation einen schweren Schlag versetzen zu können.

Gerade deshalb ist es die Pflicht aller unserer Genossen und Organisationen im Lande, höchste Solidarität zu beweisen, damit der Kampf solange geführt wird, bis die Scharfmacherfirma ihre Maßregelungsgelüste zurückrevidiert.

Die Organisationen, die der Förderation der Metallarbeiter angeschlossen sind, schicken ihre Solidaritätsgelder an den Geschäftsleiter

R. Wiesberg, Berlin SO 16, Brückenstr. 10 b.

Die Thüringer Organisationen senden die Gelder an

Emil Zehner, Erfurt, Yorkstr. 48.

Alle anderen Organisationen werden dringend ersucht, nicht an ihre Förderationsleitungen die Streikunterstützungsgelder für Sömmerda zu senden, sondern an die persönliche Adresse

Fritz Kater, Berlin O 34, Kopernikusstr. 25 mit der Bemerkung auf dem Postabschnitt: Solidarität Sömmerda.

Die Geschäftskommission.

Die durch den Militärputsch angespannte Lage spitzte sich durch das Verhalten des für den Bezirk Erfurt zuständigen Befehlshabers der Reichswehr, Oberst von Selle, weiter zu. Er stand auf der Seite der Putschisten.[23] Am 13. März, Tag des Putsches, ordnete er den verschärften Belage-

rungszustand an, nachdem reichsweit bereits Ende Februar der Ausnahmezustand verhängt worden war. Dies bedeutete das Verbot politischer Versammlungen, die Überwachung von Betriebsversammlungen, die Ausstattung der Offiziere mit Polizeirechten und Gefängnis- oder Geldstrafen für das Tragen von Waffen ohne Genehmigung des Bezirksbefehlhabers. Für Delikte wie *«Rädelsführerschaft bei Aufruhr und Landfriedensbruch»* konnte die Todesstrafe verhängt werden. Gerechtfertigt wurden diese Maßnahmen damit, daß *«die Ruhe und Ordnung mit allen Mitteln aufrechterhalten»* werden sollte, wie der zuständige Reichswehrkommandeur Stolzmann, Vorgesetzter des Oberst von Selle, verlautbaren ließ.[24] Das in den Sömmerdaer Betrieben gebildete Exekutivkomitee befürchtete, daß diese Verschärfungen gegen die Arbeiter gerichtet werden. Eine Bedrohung sahen sie unter diesen Umständen vor allem in den Einwohnerwehren, die Ende Januar 1920 durch staatliche Initiative gegründet worden waren. Damals schürte der folgende Aufruf des Kreisrats Riemann beim Landratsamt Weißensee die Angst unter den Bauern in den Landgemeinden, daß die Arbeiter ihre Vorräte plündern könnten: *«Im Frühjahr dieses Jahres besteht wegen der allgemeinen Notlage und Teuerung die Möglichkeit, daß größere Unruhen ausbrechen. Der Städter wird bei diesen Unruhen sicher auf das Land gehen, um sich dort das zu holen, was ihm in der Stadt fehlt. Die Regierung will dem vorbauen und rät der Landbevölkerung, sich selbst zu schützen,(...). Sie gibt der Landbevölkerung kostenlos Waffen zum Schutz des eigenen Herdes. Sie versichert kostenlos die im Kampf gegen Diebe und Einbrecher verletzten Landbewohner.»*[25] Um diese Einwohnerwehren in Sömmerda und den umliegenden Dörfern zu entwaffnen,[26] beschloß das Exekutivkomitee am 14. März, zur Bildung von Arbeiterwehren aufzurufen. Sie sollten auch die öffentlichen Gebäude, Bahn, Post und Betriebe bewachen sowie den Kontakt zu den Aktionsausschüssen in Erfurt,[27] Gotha und Suhl halten. Insgesamt sollen sich 500 Arbeiter der Arbeiterwehr zur Verfügung gestellt haben, *«meist Mitglieder der FAUD»*, wie in Zeitzeugenberichten überliefert wurde,[28] und sicher mehrheitlich Rheinmetaller. Am Montag, 15. März, entwaffnete die in sechs Zügen mit je 40 Arbei-

[22] Die Kandidatur der FAUD-Mitglieder wurde im «Syndikalisten» kritisiert, weil sie der Ablehnung des Parlamentarismus widersprach. Vgl. Der Syndikalist, 9. 7. 1932.

[23] Waldszus 1964, S. 46f.

[24] Die FAUD in Sömmerda 1995, Bl. 1.

[25] Aufruf zur Gründung von Einwohnerwehren, 28. Januar 1920, ThHStAW Rheinmetall Borsig AG 01/104.

[26] Die Entwaffnung der Einwohnerwehren war eine Forderung eines zwischen den Gewerkschaften und der Reichsregierung ausgehandelten 9-Punkte-Programm. Vgl. Wir über uns 1989, S. 48.

[27] Der Erfurter Aktionsausschuß war am 13. 1. 1920 von USPD, ADGB, KPD und FAUD gegründet worden. Vgl. Die FAUD in Sömmerda 1995, Bl. 1.

[28] Akten aus dem ehemaligen Kreisarchiv Sömmerda, zitiert bei Waldzsus 1964, S. 14.

[29] Waldszus 1964, S. 19.

[30] Der Name wurde schon in der zeitgenössischen Presse variiert, entweder Hünicke oder Hünnecke, Historische Sammlung. In der Geschichtsschreibung wurde er weiter verändert: Hünniken, vgl. Wir über uns 1989, S. 48, oder Hünicken, vgl. Waldszus 1964, S. 26.

[31] Die Freiwilligenkorps waren von staatlichen Stellen initiiert worden, um gegen revolutionäre Kräfte vorzugehen. Vgl. dazu u. a. Waldszus 1964, S. 48ff.

[32] In einem zeitgenössischen Pressebericht ist nur von Einwohnerwehren die Rede, die sich unter Führung von Langenhagen in Weißensee gesammelt hätten. Historische Sammlung. Von der Beteiligung von Mitgliedern der Freikorps wurde in den Erinnerungen von Albert Winter, Kreiskommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung des Kreises Sömmerda, S. 26 , Historische Sammlung, sowie in einer Broschüre namens «Freikorps Thüringen» von 1935, Geschichtswerkstatt Dortmund, gesprochen. Siehe auch den Bericht eines Zeitfreiwilligen, Anmerkung 36.

[33] Eine kritische Darstellung erschien kurz danach vermutlich in der Erfurter «Freien Presse». Der Zeitungstitel ist nur durch eine Erwiderung in der Mitteldeutschen Zeitung rekonstruierbar. Historische Sammlung. Die Fakten wurden oft dargestellt, vgl. z. B. Waldszus 1964, S. 26-42.

[34] Erinnerungen des Genossen Viktor Bode von 1968, Typoskript, Historische Sammlung, S. 8.

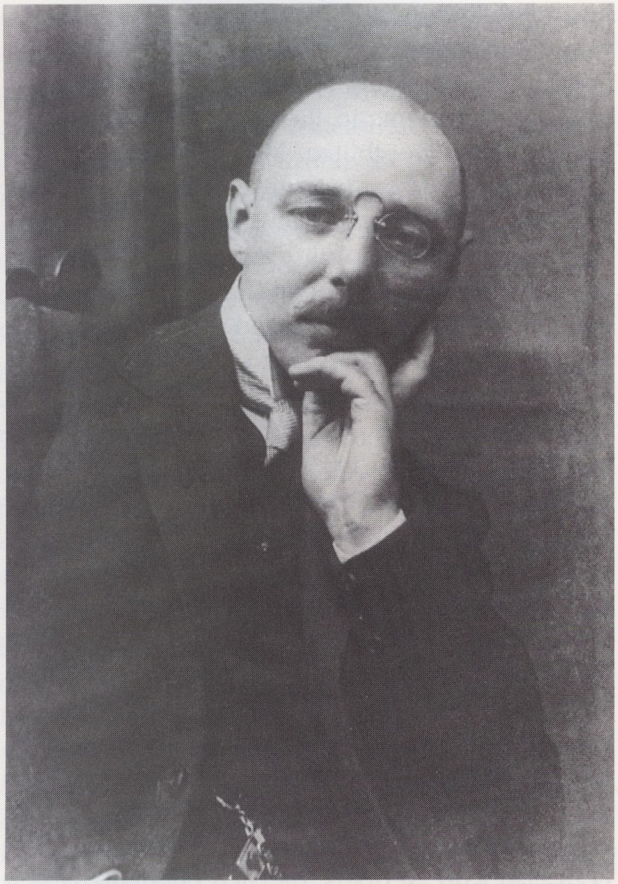
tern organisierte Arbeiterwehr die Sömmerdaer Einwohnerwehr. Beide Seiten, Arbeiter- wie Einwohnerwehr hatten sich mit Waffen aus der Rheinmetall versorgt.

Eine neue Phase der Auseinandersetzung begann am 17. März. Nachdem der Staatsstreich zusammengebrochen war, riefen die Reichsregierung, die Gewerkschaftsvorstände sowie SPD und USPD zum Abbruch des Generalstreiks auf. Doch dieser Aufruf fand bei der Arbeiterschaft in Sömmerda wie in ganz Thüringen kein Gehör. Die Arbeiter sahen es nicht als gewährleistet an, daß die rechtsradikalen Kräfte tatsächlich aufgegeben hatten. Am 20. März eskalierte die Situation. Die noch unter Waffen stehenden Einwohnerwehren der umliegenden Dörfer wurden gegen Sömmerda mobil gemacht, alle Lebensmittellieferungen nach Sömmerda gesperrt. Zeitgleich setzte das Exekutivkomitee der streikenden Arbeiter die städtischen Behörden ab und stellte die Verwaltung unter seine Aufsicht. Dem Sömmerdaer Bürgermeister Hohendahl war bereits am 17. März von den Stadtverordneten das Mißtrauen ausgesprochen worden, weil er den Kapp-Putsch unterstützt hatte. Sein Amt übernahm Heinrich Kusche.

Unterstützt von 70 Kollegen aus Artern, begann die Sömmerdaer Arbeiterwehr am 21. März mit der Entwaffnung der Einwohnerwehren in der Region. Diese leisteten Widerstand und es kam zu Schießereien, bei denen ein Todesopfer und ein Verletzter aus den Reihen der Einwohnerwehr zu beklagen waren. Am 24. März, 4 Uhr morgens waren die Einwohnerwehren in den neun Dörfern Schallenburg, Rohrborn, Frohndorf, Orlishausen, Kölleda, Altenbeichlingen, Schillingstedt, Büchel und Tunzenhausen entwaffnet. Dabei wurden auch Lebensmittel beschlagnahmt, um die Versorgung der Sömmerdaer Bevölkerung zu sichern. Nach Aussagen von Zeitzeugen war Plündern vom Exekutivkomitee *«streng verboten»* worden.[29]

An diesem 24. März wollten die Sömmerdaer Arbeiter darüber beraten, ob sie dem erneuten Aufruf aus Berlin, den Generalstreik abzubrechen, Folge leisten. Doch dann nahm der Tag eine völlig andere Wendung. Am vorhergehenden Abend war unter Leitung von Major Hünicke[30] ein Bataillon des in Erfurt stationierten Reichswehr-Infanterieregiments in Richtung Sömmerda ausgerückt. Ihre Geschütze, Minenwerfer und Maschinengewehre stammten vermutlich aus Fabrikhallen der Rheinmetall. Am 24. März vereinigten sich die Soldaten um 7.30 Uhr mit Einwohnerwehren aus neun Gemeinden, die nicht entwaffnet worden waren und sich in Weißensee gesammelt hatten. Von dort stieß auch ein Zeitfreiwilligenkorps[31] unter Führung des Landrats Langenhagen dazu.[32] Sömmerda wurde eingekreist und um 10 Uhr 30 mit Artillerie beschossen. Die waffentechnische Überlegenheit der Reichswehr war eindeutig. Die Arbeiterwehr gab kampflos auf und ließ sich ohne Widerstand entwaffnen. Doch dies genügte den Militärs und den Einwohnerwehren nicht. Sie richteten ein Blutbad an.[33] Kurt Neubert wurde mißhandelt und erschossen, als er gemeinsam mit dem Rheinmetall-Arbeiter Walter Arlt, ebenfalls Anarchosyndikalist,[34] über die Übergabe der Stadt verhandeln wollte. Arlt wurde nach seiner Festnahme auf dem Markplatz zusammengeschlagen. Die Frau von Kurt Neubert, die sich ebenfalls gegen den Kapp-Putsch engagiert hatte, wurde als «rote Rosa» verhöhnt, inhaftiert und von Soldaten mehrfach vergewaltigt.

Über 200 Menschen, darunter auch Frauen, wurden im Rathauskeller eingesperrt, viele von ihnen mißhandelt. Bereits auf dem Weg nach Sömmerda hatten Reichswehr und Einwohner-



wehren Albert Winter und Otto Jessing, zwei Mitglieder der Schallenburger Arbeiterwehr, geschlagen und mit Schüssen tödlich verwundet. In Tunzenhausen wurden sechs Menschen erschossen: Otto Schönfeld und seine Söhne Paul [35] und Hermann, Richard Heßler, Willi Große und Hugo Schröder. Ein Zeitfreiwilliger rechtfertigte diese Erschießungen in der «Mitteldeutschen Zeitung» damit, daß die Gefangenen selbst zugegeben hätten, *«mit der Waffe in der Hand gesehen worden zu sein, und da das Standrecht verhängt war, so stand darauf die Todesstrafe»*.[36]

Auf dieselbe Weise wurden Hermann Heßler, Karl Henne und Edmund Schäffner ermordet. Moritz Wandt, sein Sohn Rudolf und sein Schwiegersohn Louis Eckstein, die der Inhaftierung im Ratskeller durch Flucht hatten entgehen können, wurden an der Straße nach Schloßvippach von einer Reiterpatrouille gestellt und erschossen. Die drei Männer aus der Familie Wandt waren sicher FAUD-Mitglieder.[37] Albert Schuchardt versuchte, am 24. März abends nach Sömmerda durchzukommen. Er wurde von Mitgliedern der Einwohnerwehr aufgegriffen und in der Nacht im Ratskeller ermordet. Dasselbe Schicksal erlitt Hugo Schmidt. Beide waren, wie erwähnt, Rheinmetaller und gewählte Sömmerdaer Stadtverordnete.[38] Die syndikalistische Presse nannte neben diesen bekannten Sömmerdaer Opfern drei weitere Namen, die in der DDR-Geschichtsschreibung fehlen: Urban Lianning, Wilhelm Braun und Fritz Rink.[39] Somit wurden zwanzig Männer aus Sömmerda und Umgebung an diesem 24. März 1920 ermordet, zum Teil im Beisein ihrer Frauen und Kinder.

[35] Viktor Bode nannte ihn in seinen Erinnerungen Paul Jozefiak, genannt Schönfeld. In der Literatur wird er zum Teil auch nur Paul Jozefiak genannt. Vgl. z. B. Wir über uns 1989, S. 49. Die Todesanzeige sprach eindeutig von Otto, Paul und Hermann Schönfeld. Historische Sammlung.
[36] Mitteldeutsche Zeitung, Datum nicht rekonstruierbar, Historische Sammlung.
[37] Interview von Frank Havers mit Karl Wandt, 23. 9. 1992, Privatarchiv Frank Havers.
[38] Sömmerdaer Zeitung, 3. Februar 1920, SAS.
[39] Der Syndikalist 15/1921.
[40] Die FAUD in Sömmerda 1995, Bl. 3.
[41] Waldszus 1964, S. 28ff. und 34ff. Siehe auch zeitgenössische Presse, Historische Sammlung.

Eingang zur ehemaligen Gedenkstätte der Märzkämpfer (heute Gaststätte Ratskeller von Sömmerda).
Über 200 Menschen, darunter auch Frauen, wurden am 24. März 1920 im Ratskeller eingesperrt und mißhandelt. Zwei Rheinmetall-Arbeiter wurden dort ermordet.

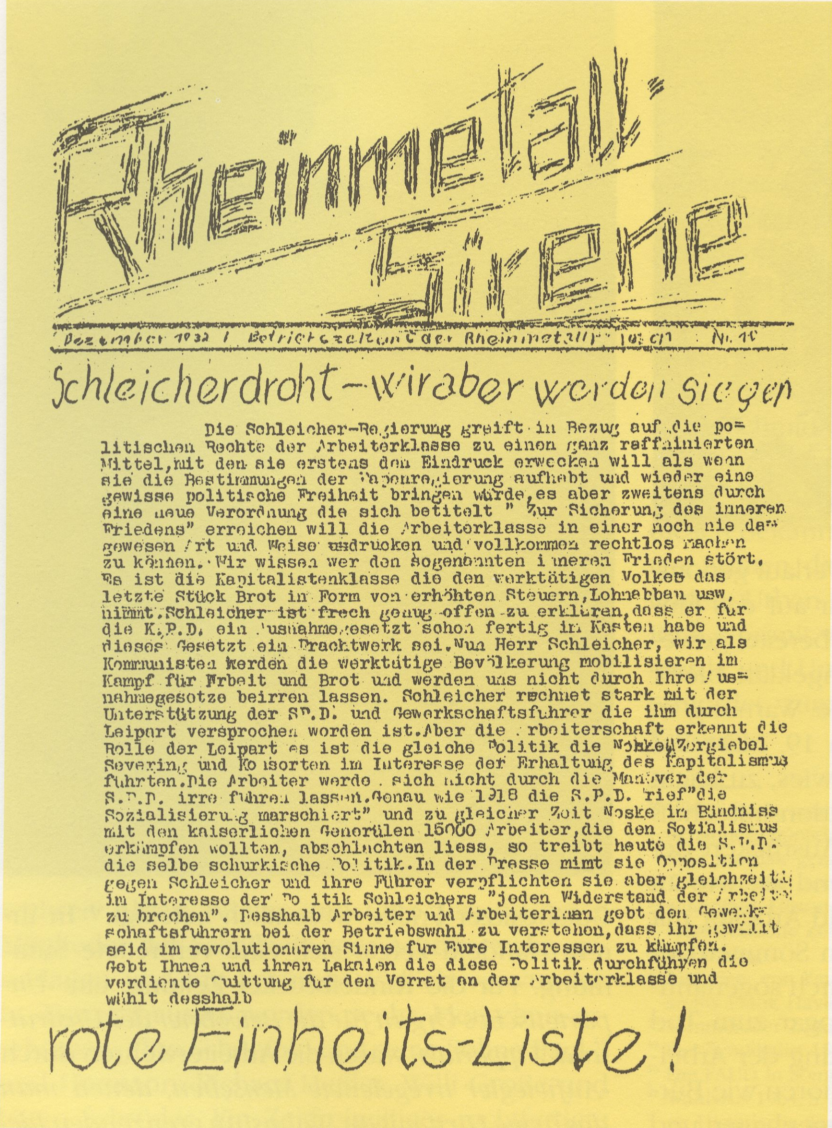


Ob der Konflikt einen anderen Verlauf genommen hätte, wenn die Arbeiterwehr auf das Eingreifen der Reichswehrtruppen vorbereitet gewesen wäre, muß offen bleiben. Ungeklärt bleibt auch, ob das Exekutivkomitee die Warnung in der Sömmerdaer Zeitung, die am 19. März auf die Gefahr eines Einmarsches hinwies, zu leicht nahm und warum der Erfurter Aktionsausschuß die Sömmerdaer nicht über das Ausrücken der Truppen informierte.[40] Erschreckend ist, wie an diesem Tag der Haß eskalierte und Arbeiter mit Hilfe der Reichswehr von anderen Sömmerdaer Bürgern gejagt, denunziert und durch sogenannte «Volksgerichte» zu Haft oder sogar zum Tod verurteilt wurden. An der Verfolgung der Arbeiter waren Amtsträger und Honoratioren wie Bürgermeister Hohendahl, Landrat Langenhagen und

Denkmal für die Opfer des Kapp-Putsches auf dem Sömmerdaer Friedhof



Gutsbesitzer Fricke wesentlich beteiligt.[41] In ihrem Handeln zeigte sich eine verbreitete Stimmung. Für die Kindelbrücker Zeitung, ein *«Unparteiisches Organ für die Bewohner des Unstrut- und Wippertals»* waren die Arbeiterwehren durch *«Aufwiegler irregeleitete Menschen, denen man das arme Hirn mit an Wahnsinn grenzenden Ide-*



Rheinmetall-Sirene

Dezember 1932 / Betriebszeitung der Rheinmetall

Schleicher droht – wir aber werden siegen

Die Schleicher-Regierung greift in Bezug auf die politischen Rechte der Arbeiterklasse zu einen ganz raffainierten Mittel, mit den sie erstens den Eindruck erwecken will als wenn sie die Bestimmungen der Papenregierung aufhebt und wieder eine gewisse politische Freiheit bringen würde, es aber zweitens durch eine neue Verordnung die sich betitelt " Zur Sicherung des inneren Friedens" erreichen will die Arbeiterklasse in einer noch nie dagewesen Art und Weise undrucken und vollkommen rechtlos machen zu können. Wir wissen wer den sogenannten inneren Frieden stört. Es ist die Kapitalistenklasse die den werktätigen Volkes das letzte Stück Brot in Form von erhöhten Steuern, Lohnabbau usw, nimmt. Schleicher ist frech genug offen zu erklären, dass er für die K.P.D. ein Ausnahmegesetzt schon fertig im Kasten habe und dieses Gesetzt ein Prachtwerk sei. Nun Herr Schleicher, wir als Kommunisten werden die werktätige Bevölkerung mobilisieren im Kampf für Arbeit und Brot und werden uns nicht durch Ihre Ausnahmegesetze beirren lassen. Schleicher rechnet stark mit der Unterstützung der S.P.D. und Gewerkschaftsführer die ihm durch Leipart versprochen worden ist. Aber die Arbeiterschaft erkennt die Rolle der Leipart es ist die gleiche Politik die Noske Zörgiebel Severing und Konsorten im Interesse der Erhaltung des Kapitalismus führten. Die Arbeiter werden sich nicht durch die Manöver der S.P.D. irre führen lassen. Genau wie 1918 die S.P.D. rief "die Sozialisierung marschiert" und zu gleicher Zeit Noske im Bündniss mit den kaiserlichen Generälen 15000 Arbeiter, die den Sozialismus erkämpfen wollten, abschlachten liess, so treibt heute die S.P.D. die selbe schurkische Politik. In der Presse mimt sie Opposition gegen Schleicher und ihre Führer verpflichten sie aber gleichzeitig im Interesse der Politik Schleichers "jeden Widerstand der Arbeiter zu brechen". Desshalb Arbeiter und Arbeiterinnen gebt den Gewerkschaftsführern bei der Betriebswahl zu verstehen, dass ihr gewillt seid im revolutionären Sinne für Eure Interessen zu kämpfen. Gebt Ihnen und ihren Lakaien die diese Politik durchführen die verdiente Quittung für den Verrat an der Arbeiterklasse und wählt desshalb

rote Einheits-Liste!

en angefüllt (hat), sie zu verarbeiten es aber zu schwach ist». Die Zeitung stellte am Ende ihres Berichts über den Einmarsch in Sömmerda befriedigt fest: *«Es kann angenommen werden, der Denkzettel, welchen Spartakus heute erhalten hat, wird kühlend auf seine überhitzten Gemüter wirken und nun (wird) endlich Ruhe auch in unserer Gegend wieder einkehren.»*[42]

Ungefähr 150 der im Ratskeller Eingesperrten, darunter Frau Neubert, wurden nach Erfurt auf den Petersberg in Festungshaft gebracht und erst nach rund einem Monat wieder freigelassen.

Rund 100 Arbeiter waren flüchtig, weil sie weiterhin mit Verfolgung rechnen mußten. Der verschärfte Belagerungszustand wurde erst am 5. April 1920 aufgehoben. Und erst Wochen später wurde eine Amnestie für alle an den Unruhen Beteiligten verfügt.[43] Trotz parlamentarischer und gerichtlicher Untersuchung der Mißhandlungen und Tötungen wurde niemand angeklagt. Bürgermeister Hohendahl verließ die Stadt und nahm anderswo einen Bürgermeisterposten an. Auf Vorschlag von Landrat Langenhagen wurde ein *«Ausschuss zur Feststellung von Entschädigungen für Aufruhrschäden»* gebildet. Der Ausschuß verschleppte die An-

träge der Opfer. Letztendlich erhielten weder die Hinterbliebenen eine Unterstützung noch die Mißhandelten und Inhaftierten eine Entschädigung.[44] Einige ergänzende Hinweise zur weiteren Entwicklung der KPD-Ortsgruppe Sömmerda sollen diesen Anhang beschließen, da sie neben der FAUD im Wesentlichen die politisch aktiven Rheinmetaller stellte. Sie konnte erst nach 1930 ihren Einfluß verstärken.[45] Aus den Jahren 1931 und 1932 existieren noch einige Ausgaben der mit Wachsmatrizen hergestellten KPD-Betriebszeitung, die «Rheinmetall-Sirene»[46]. In der Dezember-Ausgabe 1931 rief die KPD dazu auf, bei der Betriebswahl die Arbeiter Russwurm, Kästner und Hähnel von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) zu wählen. In deren *«Kampfprogramm»* ging es unter anderem um die Erhöhung der Akkordpreise und der Löhne.[47] 1932 war das KPD-Mitglied Max Rußwurm Betriebsratsvorsitzender der Rheinmetall.[48] Er wurde im Juli 1932 aus dem Werk entlassen. Ihm wurde die Zulassung Nicht-Betriebsangehöriger zur Betriebsversammlung vorgeworfen sowie die Verwendung von Vokabeln wie *«Lohnraub»* in den Veröffentlichungen des Betriebsrates.[49] In den Polizeiakten sind zahlreiche Versammlungen der KPD in den Jahren 1930 bis 1932 dokumentiert, darunter auch eine öffentliche Rheinmetall-Belegschaftsversammlung der KPD am 23. 10. 1931.[50] Am Ende der Weimarer Republik war die KPD-Ortsgruppe mit 35 Mitgliedern ungefähr halb so groß wie die damalige FAUD.[51]

[42] Kindelbrücker Zeitung, 26. März 1920, Historische Sammlung.
[43] Die FAUD in Sömmerda 1995, Bl. 6f. Dem widerspricht die Darstellung bei Waldszus 1964, S. 82, daß noch während der Unruhen vom Oberpräsident der Provinz Sachsen-Anhalt verfügt wurde, daß *«Maßregelungen von Arbeitnehmern aus Anlaß des Generalstreiks unterbleiben»* sollen.
[44] Waldszus 1964, S. 61ff, 72ff und 81.
[45] Nach einer Ausarbeitung zur Stadtgeschichte aus der DDR-Zeit, o. T., o. J., Typoskript, 1 Bl., Stadt- und Kreisbibliothek. Das deckt sich auch mit: Betriebsgeschichte 2, S. 48ff.
[46] Historische Sammlung.
[47] Rheinmetall-Sirene Nr. 5 vom Dezember 1931, Historische Sammlung.
[48] Wir über uns 1989, S. 70.
[49] Ebd.
[50] Betriebsgeschichte 2, S. 48ff.
[51] Körber 1993, S. 8.

Zeitungskopf der Heimatblätter der Sömmerdaer Zeitung



Rund um die Dreyse-Stadt

Heimatblätter der Sömmerdaer Zeitung / Februar 1938

Wie Sömmerda
zur Waffenschmiede wurde
und Dreyse seiner Vaterstadt zu Rang und Ansehen verhalf

Dreyses Schriftwechsel mit der hohen Behörde in Berlin — Der Unternehmer in dauernden Geldsorgen — Die Verhandlungen mit dem Sömmerdaer Magistrat

Vom Umgang mit der Geschichte

180 Jahre Geschichte sind in diesem Buch dargestellt. Die Quellen sagen nicht nur etwas über das Geschehene aus, sondern auch über den geschichtlichen Umgang mit dem Geschehenen. Wie sich die rückblickende Wertung je nach politischem Zeitgeist geändert hat, wird exemplarisch an der Person Nikolaus von Dreyse deutlich. Sömmerda hätte den *«beliebtesten Bürger»*, den *«eifrigsten und thätigsten Patrioten»* und ei-

1 Siehe Kapitel 1.
2 Hübschmann, S. und Eckhardt, W.: Johann Nikolaus von Dreyse. Mitteldeutsche Lebensbilder, Bd. 1, hg. von der historischen Kommision für die Provinz Sachsen und für Anhalt, Magdeburg 1926, S. 8.
3 Sömmerdaer Zeitung, 14. Oktober 1940, ThHStAW Dreyse und Collenbusch 100.
4 Pulsschlag der Arbeit. Betriebszeitung für die Belegschaft des VEB Büromaschinenwerk Sömmerda, hg. von der Betriebsparteiorganisation der SED, Jg. 6, Nr. 31, 2. Dezember 1955, Historische Sammlung.
5 Ein weiteres Beispiel dafür, daß in de SBZ/DDR die Erinnerung an Dreyse aus dem öffentlichen Leben getilgt werden sollte, ist die Einebnung des Familiengrabes auf dem Friedhof an der Frohndorfer Straße, die Anfang de 70er Jahre erfolgte. Nach der Wende wurden die Grabstellen wieder hergerichtet, jedoch nicht im ursprünglichen Zustand. Diese Hinweise verdanke ich Herrn Ulrich von Dreyse.

Notgeldschein der Stadt Sömmerda 1921

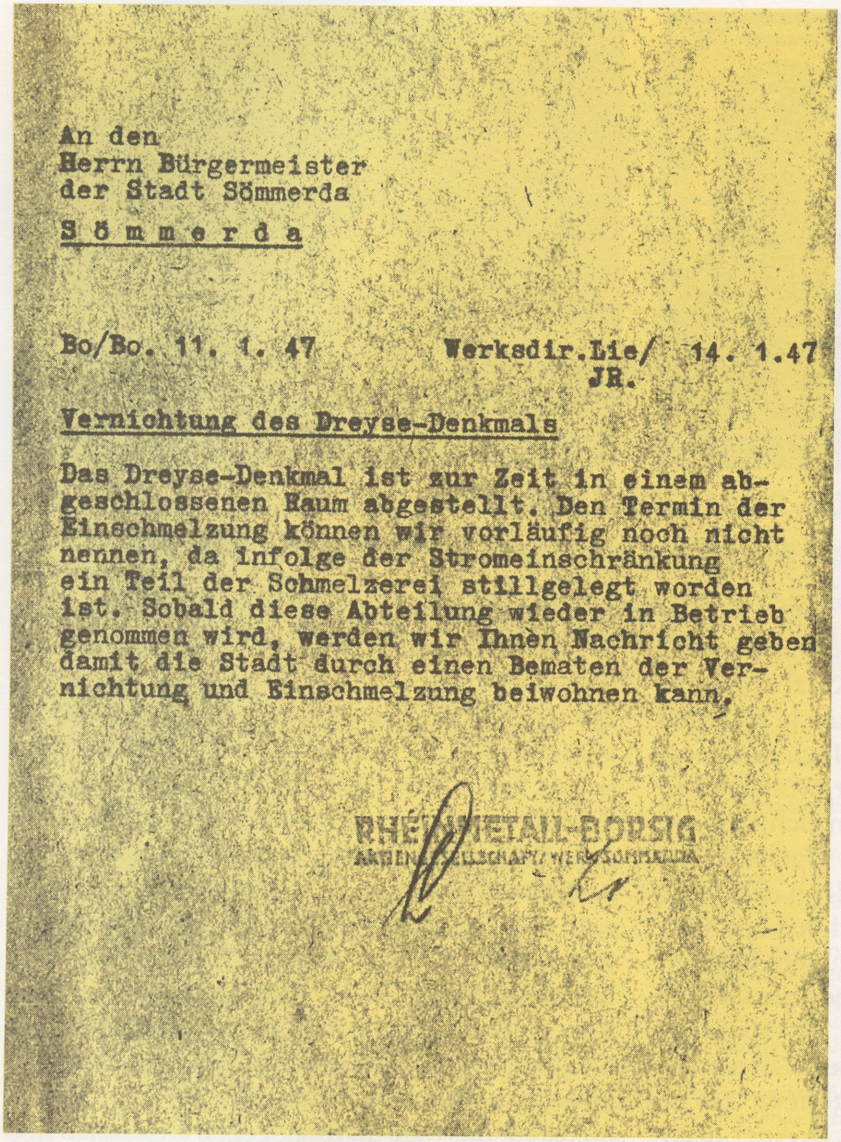


Das Dreyse-Denkmal auf dem Sömmerdaer Marktplatz



nen der *«wichtigsten Förderer der Größe und Macht»* des *«siegreichen (preußischen) Heeres»* verloren, hieß es 1867 in einem Nachruf.[1] In der Weimarer Republik wurde dieses Bild aus dem Kaiserreich übernommen, jedoch etwas versachlicht. In einer 1926 erschienen Kurzbiographie hieß es zum Beispiel: «Er blieb auch in hoher Lebenstellung ein Mann treuer Pflichterfüllung, tiefer Frömmigkeit, geräuschloser Wohltätigkeit und ernsten Bürgersinnes, so gänzlich frei von den schlechten und lächerlichen Eigenschaften glücklicherer Emporkömmlinge: denn er war ein ganzer Mann, dessen tiefe Innerlichkeit und Charakterstärke erhaben waren über äußere Dinge.»[2] Einen neuen Zungenschlag bekamen die Darstellungen nach 1933. Dreyse wurde als *«Vorkämpfer deutschen Wehrwillens»* in den Dienst der nationalsozialistischen Ideologie gestellt.[3] Ein radikaler Bruch erfolgte nach 1945. In einer historischen Reihe der Betriebszeitung *«Pulsschlag der Arbeit»* aus den 50er Jahren war Dreyse für den Autor ein *«Despot»*, ein *«auf Profit bedachter, gewinnsüchtiger Emporkömmling»*, ein *«sich formender, der Vollendung entgegenstrebender, sich bildender Bourgeois, ein Raffer nach Gewinnen.»*[4] Zur Zerstörung des überlieferten Dreyse-Bildes gehörte auch die Demontage des Denkmals,[5] das am 20. November 1909, zum 122. Geburtstag des Erfinders, auf dem Sömmerdaer Marktplatz eingeweiht worden war. Es zeigte Dreyse auf einem Amboß sitzend, wie er einem für den Kriegeinsatz ausgerüsteten Soldaten das Zündnadel-Gewehr erklärte. Kaiser Wilhelm II. billigte persönlich den Entwurf und schickte als Vertretung einen hohen Militär zur Enthüllungsfeier. Dieses Denkmal war gleichzeitig als Kriegerdenkmal gedacht und erinnerte an die vier Sömmerdaer Soldaten, die 1866 im Krieg gegen Österreich und

Brief der Werksdirektion betreffs Einschmelzen des Dreyse-Denkmals



An den
Herrn Bürgermeister
der Stadt Sömmerda
S ö m m e r d a

Bo/Bo. 11. 1. 47 Werksdir.Lie/ 14. 1.47
JR.

Vernichtung des Dreyse-Denkmals

Das Dreyse-Denkmal ist zur Zeit in einem abgeschlossenen Raum abgestellt. Den Termin der Einschmelzung können wir vorläufig noch nicht nennen, da infolge der Stromeinschränkung ein Teil der Schmelzerei stillgelegt worden ist. Sobald diese Abteilung wieder in Betrieb genommen wird, werden wir Ihnen Nachricht geben damit die Stadt durch einen Bematen der Vernichtung und Einschmelzung beiwohnen kann.

1870 im Krieg gegen Frankreich gefallen waren. Finanziert wurde die von dem Berliner Professor Wandschneider gestaltete Skulptur aus öffentlichen Mitteln und Spenden. Die Nachkommen von Nikolaus von Dreyse spendeten damals 15.000 RM.[6]

Ursprünglich sollte das in der sowjetischen Besatzungszeit abgebaute Denkmal eingeschmolzen werden, wie ein Brief der Werksdirektion vom Januar 1947 zeigt.[7] Offensichtlich kam es jedoch nicht dazu, denn Jahrzehnte später wurden bei Bauarbeiten auf dem Werksgelände die beiden Köpfe gefunden. Heute ist von dem Denkmal nur noch der Kopf von Nikolaus von Dreyse erhalten.[8] Er befindet sich im Archiv des Sömmerdaer Heimat- und Geschichtsvereins.

Mit dem Ende der DDR wandelte sich das Dreyse-Bild erneut. An seinem 203. Geburtstag am 20. November 1990 wurde Nikolaus von Dreyse wieder öffentlich geehrt. Eine im Werk hergestellte Gedenktafel wurde an seinem Geburtshaus in der Langen Straße 2 angebracht. An der Feier nahmen der Bürgermeister, der Landrat, Vertreter des Büromaschinenwerks, des neugegründeten Schützenvereins «Nikolaus von Dreyse» sowie ein Oberst des Erfurter Verteidigungsbezirkskommandos 71 teil.[9]

Gedenktafel an Nikolaus von Dreyses Geburtshaud

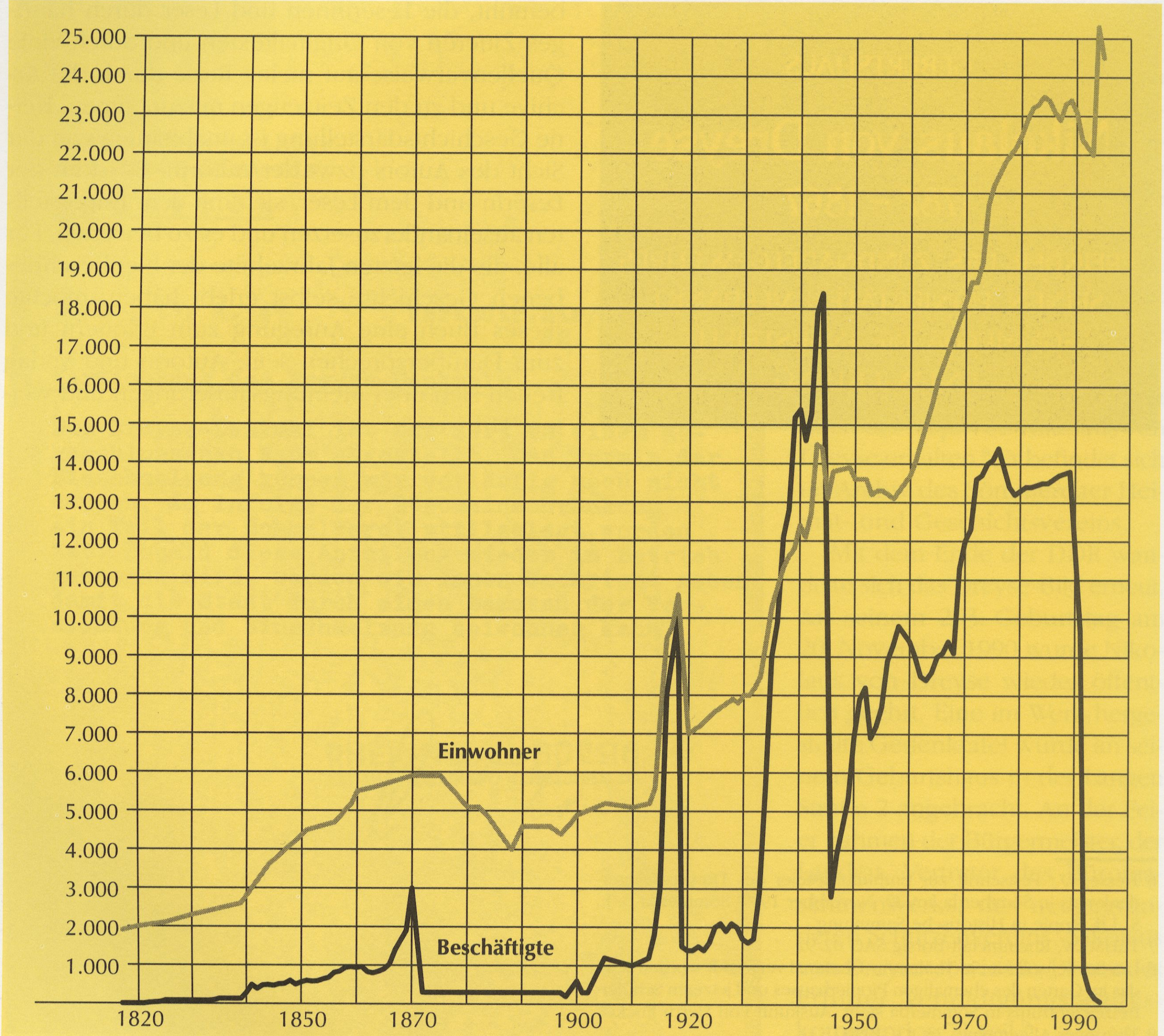


Die historische Entwicklung des Dreyse-Bildes ist ein Beispiel für die politische Instrumentalisierung von historischen Persönlichkeiten und Begebenheiten. Geleugnet wurde, was nicht ins herrschende Bild paßte, verklärt, was herrschende Verhältnisse rechtfertigte. Ich habe mich bemüht, die Leserinnen und Leser durch häufiges Zitieren von Originaltexten und durch viele Quellenverweise auf meine Reise durch die Archive und zu den Zeitzeugen mitzunehmen. Keine Geschichtsdarstellung ist unabhängig von der Sicht des Autors bzw. der Autorin. Es ist an der Leserin und dem Leser, sich mit dem Dargestellten auseinanderzusetzen und es zu bewerten. Für alle, die die letzten Jahrzehnte der hier beschriebenen Geschichte selbst erlebt haben, möchte dieses Buch eine Anregung zum Erinnern und zum Darübersprechen sein. Autorin und Verlag freuen sich über Meinungsäußerungen und weitere Hinweise.

6 Hesse, O.: Festschrift zur Enthüllungsfeier des Dreyse-Kriegerdenkmals in Sömmerda am 20. November 1909, Sömmerda o. J., S. 12f, Kopie in Historische Sammlung.
7 ThHStAW, Rheinmetall-Borsig SAG 02/92.
8 Der Sockel soll für ein Thälmann-Denkmal verwandt worden sein, das im Garten des ehemaligen Pionierhauses und jetzigen Schülerfreizeitzentrums in Sömmerda steht. Auskunft von Herrn Fricke.
9 Thüringer Allgemeine, 23. 11. 1990.

Beschäftigten- und Einwohnerstatistik

Die Arbeitskräfteentwicklung des Unternehmens und die Einwohnerzahlen der Stadt Sömmerda von 1817 bis 1995
Graphischer Überblick



Die Arbeitskräfteentwicklung des Unternehmens und die Einwohnerzahlen der Stadt Sömmerda von 1817 bis 1995
Tabellarische Auflistung

	A+A+Lehrlinge gesamt/Frauen	Angestellte/ dv. Frauen	Arbeiter/ dv. Frauen	Besonder-heiten	Einwohner von Sömmerda
1817					1.933
1818					
1819					
1820					1.950
1821					
1822	19				
1823	34				
1824	30 - 40				
1825	~ 80 - 86				2.147
1826	~ 80				
1827	~ 80				
1828	~ 80				
1829	~ 80				
1830	~ 80				2.340
1831	~ 80				
1832	~ 80				
1833	~ 80				
1834	~ 80 - 100				
1835	~ 125 - 130				
1836	~ 125 - 130				
1837	~ 125 - 130				
1838	~ 125 - 130				
1839	~ 125 - 130				2.591
1840	~ 281				
1841	~ 493			36 Militärarb.	
1842	386		220 / 30	136 Militärarb.	
1843	482		307 / 20	155 Militärarb.	
1844	490		316 / 29	145 Militärarb.	3.610
1845	471		321 / 26	124 Militärarb.	
1846	515				

	A+A+Lehrlinge gesamt/Frauen	Angestellte/ dv. Frauen	Arbeiter/ dv. Frauen	Besonder- heiten	Einwohner von Sömmerda
1847	518				
1848	604		443 / 56	105 Militärarb.	
1849	507		409 / 36	62 Militärarb.	
1850	562		512 / 50		
1851	595		562 / 33		4.528
1852	584		541 / 43		
1853	593				
1854	645		573 / 72		
1855	680		596 / 84		
1856	808		720 / 88		4.700
1857	840		750 / 90		
1858	945		794 / 151		
1859	963		789 / 174		5.161
1860	939		796 / 143		5.508
1861	964		860 / 104		
1862	833		740 / 93		
1863	798		709 / 89		5.560
1864	839		746 / 93		
1865	899		775 / 124		
1866	1.031		872 / 159		
1867	1.397		1.144 / 253		
1868					
1869	~ 1.900				
1870	~ 3.000				5.864
1871					5.848
1872	~ 300				
1873					
1874					
1875					5.912
1876					
1877					
1878					
1879					
1880	320				5.078
1881					
1882					5.081

	A+A+Lehrlinge gesamt/Frauen	Angestellte/ dv. Frauen	Arbeiter/ dv. Frauen	Besonder- heiten	Einwohner von Sömmerda
1883					
1884					4.786
1885					
1886					
1887					
1888					4.036
1889					
1890	290				4.583
1891	300				
1892	300				4.581
1893	300				
1894	300				
1895	300				4.571
1896	300				
1897	280	15 Beamte			4.388
1898	180				
1899	400				
1900	600				4.921
1901	300	30 Beamte			
1902	300				
1903					
1904					
1905	1.200				5.155
1906					
1907					
1908					
1909					
1910	1.000				5.119
1911					
1912					
1913	1.200	50			5.200
1914	1.800				5.556
1915	3.000				7.682
1916	8.000				9.506
1917					9.750
1918	10.000				10.591

	A+A+Lehrlinge gesamt/Frauen	Angestellte/ dv. Frauen	Arbeiter/ dv. Frauen	Besonder- heiten	Einwohner von Sömmerda
1919	1.500				
1920	1.400				7.000
1921	1.384				
1922	1.545				7.200
1923	1.406				
1924	1.602				
1925	2.060	306 / 24	1.754 / 299		7.590
1926	2.115	283 / 25	1.832 / 329		7.722
1927	1.862	327 / 35	1.535 / 230		7.758
1928	2.066	331 / 40	1.735 / 304		7.858
1929	2.017	360 / 43	1.657 / 211		7.817
1930	1.708	366 / 43	1.372 / 203		7.980
1931	1.653	318	1.335 / 170		8.064
1932	1.731	296 / 32	1.435 / 205		8.239
1933	2.903	425 / 47	2.478 / 328		8.490
1934	5.575	720 / 66	4.855 / 348		9.345
1935	8.955	1.066 / 116	7.889 / 615		10.343
1936	9.914	1.254 / 136	8.660 / 622		10.803
1937	12.118	1.635 / 186	10.483 / 1.156		11.285
1938	12.822	1.806 / 259	11.016 / 1.478		11.619
1939	15.243	1.986 / 274	11.809 / 1.955		11.765
1940	15.434	2.153 / 418	11.414 / 2.239		12.371
1941	14.616	2.020 / 405	10.771 / 1.929		12.137
1942	15.321	1.782	10.046		12.728
1943	17.914	1.753	11.707		14.468
1944	18.427	1.952	11.490		14.414
1945			Deutsche		13.104
Januar	17.448	1.611 / 447	6.104 / 1.598		
			Ausländer		
			4.771 / 2.746	Zahlen beinh.	
				4.617 Zwangs-	
				arbeiter einschl.	
				1.294 KZ-Häftl.	
Juli	815	117	698		
Dez.	2.448	270	2.178		
1946	2.767			177 Lehrlinge	13.797

	A+A+Lehrlinge gesamt/Frauen	Angestellte/ dv. Frauen	Arbeiter/ dv. Frauen	Besonder- heiten	Einwohner von Sömmerda
1947	3.914			159 Lehrlinge	13.834
1948	4.570			175 Lehrlinge	13.805
1949	5.300			215 Lehrlinge	13.899
1950	6.858 / 1.625			374 Lehrlinge	13.568
1951	7.929 / 2.040			621 Lehrlinge	
1952	8.229 / 2.110			594 Lehrlinge	13.594
1953	6.903 / 1.935			479 Lehrlinge	13.226
1954	7.246 / 2.371				13.283
1955	7.683 / 2.305				13.286
1956	8.860				13.186
1957	9.279 / 2.990			586/171 Lehrl.	13.139
1958	9.754 / 3.028			603/175 Lehrl.	13.301
1959	9.565 / 3.130			647/194 Lehrl.	13.529
1960	9.429 / 3.243			568/174 Lehrl.	13.710
1961	9.003 / 3.124			400/106 Lehrl.	14.100
1962	8.538 / 2.863			332/ 90 Lehrl.	14.600
1963	8.412 / 2.753			350/ 90 Lehrl.	15.100
1964	8.594 / 2.870			442/141 Lehrl.	15.600
1965	9.000 / 3.056			580/229 Lehrl.	16.200
1966	9.145 / 3.187			623/248 Lehrl.	
1967	9.374 / 3.349			629/266 Lehrl.	
1968	9.127 / 3.578			715/315 Lehrl.	
1969	11.316 / 4.216			897 Lehrlinge	
1970	12.028 / 4.574			1.028/493 Lehrl.	18.158
1971	12.337 / 4.670			1.086/521 Lehrl.	18.666
1972	13.580 / 5.367			1.016/488 Lehrl.	18.692
1973	13.748 / 5.570			887/425 Lehrl.	19.172
1974	14.033 / 5.867			741/356 Lehrl.	20.682
1975	14.140 / 5.963			660 Lehrlinge	21.207
1976	14.411 / 6.099			696 Lehrlinge	21.453
1977	13.914 / 5.926			733 Lehrlinge	21.844
1978	13.349 / 5.718			720 Lehrlinge	22.002
1979	13.206 / 5.659			695 Lehrlinge	22.154
1980	13.294 / 5.668			698 Lehrlinge	22.484
1981	13.375 / 5.670			695 Lehrlinge	22.893
1982	13.424 / 5.675			687 Lehrlinge	23.196

	A+A+Lehrlinge gesamt/Frauen	Angestellte/ dv. Frauen	Arbeiter/ dv. Frauen	Besonder- heiten	Einwohner von Sömmerda
1983	13.436 / 5.631			691 Lehrlinge	23.251
1984	13.521 / 5.652			692 Lehrlinge	23.455
1985	13.527 / 5.653			685 Lehrlinge	23.382
1986	13.651 / 5.733			664/339 Lehrl.	23.136
1987	13.719 / 5.763			659/336 Lehrl.	22.869
1988	13.771 / 5.791			682/322 Lehrl.	23.271
1989	13.812 / 5.845			672 Lehrlinge	23.411
1990	11.801 / 4.646			547/254 Lehrl.	23.077
1991	9.720 / 4.244			468/223 Lehrl.	22.417
1992	915			291 Lehrlinge	22.167
1993	394			152 Lehrlinge	21.925
1994	220			32 Lehrlinge	25.276
1995	142			6 Lehrlinge	24.475

Quellen:

1817-1841 Beiträge zur Geschichte mit AK-Zahlen/Nr. 21434, BWS Archiv

1842-1867 Meldungen der Firma Dreyse an den Sömmerdaer Magistrat, Ordner 39

1848-1924 Beiträge zur Geschichte mit AK-Zahlen/Nr. 21434, BWS Archiv

1925-1938 Belegschaftsbewegung vom Jahre 1826-1940/15. 1. 1941, BWS Historische Sammlung

1939-1945 Gesamt Belegschaftsstärke des Werkes Sömmerda/1945, BWS Archiv

1946-1963 Beiträge zur Geschichte mit AK-Zahlen/Nr. 21434, BWS Archiv

1963-1989 Arbeitskräftezahlen, BWS Archiv

1990-1995 Arbeitskräftezahlen Personalverwaltung ZA/BWs AG i. L.

1974 kamen die Stadtteile Rohrborn und Wenigensömmern zur Stadt Sömmerda
1993 wurde Schallenburg Stadtteil
1994 kamen im Rahmen der Gebietsreform die Orte Frohndorf, Orlishausen, Tunzenhausen und Leubingen mit Stödten zur Stadt

Erzeugnisstatistik

Chronistische Erfassung der einzelnen Erzeugnisse seit 1816

Erzeugnis	Produktions-Zeitraum	Stückzahl
Metallwaren		
die auf kaltem Wege hergestellt wurden	1816-	
Fabrikationseinrichtungen		
Knöpfe		
Nägel		
Fensterbeschlagteile		
Blechwaren		
Eisengußteile für landwirtschaftliche Maschinen		
Waffen und Munition		
Zündhütchen	1824-1840	
Leichtes Perkussionsgewehr (Zündnadel-hinterlader) M/41	1839/40	
Zündnadelgewehr M/45 (in Varianten)	1844-	
Zündnadelgewehr M/46	1846-	
Zündnadeljägerbüchse M/49	1852-	
Zündnadelbüchse M/54	1852-	
Zündnadelpistole	1856-	
Zündnadelkarabiner M/57	1857-1870	46.509
Füsiliergewehr M/60	1859-	
Zündnadelgewehr M/62	1862-	
Zündnadelwallbüchse M/65	1865-	
Zündnadelgeschütze	1866-	
Zündnadelgranatgewehr	1867-	
Festungsgewehr bzw. Granatbüchse	1868-	
Defisions-Zündnadelbüchse U/M	1869-	
Aptiertes Zündnadelgewehr M/62		
Aptiertes Zündnadelgewehr M/41		

Erzeugnis	Produktions-Zeitraum	Stückzahl
Versuchsgewehre / Jägerbüchse	1871-1899	
Handwaffen		
Zünder	1901-1918	
Richtmittel für Geschütze	1902-1918	
Automatische Pistolen	1906-	
Zünder u.a.	1901-1945 (Unterbrechung 1919-1924)	
· Kleinzünder		
· Großzünder		
· Bodenzünder		
· Bombenzünder	gegenwärtig nicht feststellbar	
· Elektrische Zünder	gegenwärtig nicht feststellbar	
Maschinengewehre	1922-1945	
· MG 42	1942-1945	
Maschinenkanonen	-1945	
Muniton	1939-1945	
Geschoßhüllen	1939-1945	
Kreiselgeräte für V1 und V2	1944-1945	
Zünderstellmaschinen	-1945	
Automobiltechnik		
Vergaser	1918-	
Kardanwellen	1925-1950	
Kardangelenke	1925-1937	~ 800.000
	-1950	
Büromaschinen		
Schreibtechnik insgesamt	**1920-1984**	**1.032.377**
Standardschreibmaschinen	1920-1950	134.557
Kleinschreibmaschine	1931-1966	608.654
GS Großschreibmaschine	1945-1962	267.252
GSE elektr. Großschreibmaschine	1951-1977	119.648
Schreibwerk 527	1966-1977	5.806
Schreibwerk 528	1966-1977	16.991
Schreibwerk 530	1968-1984	60.726
Schreibwerk 531	1975-1977	11.658

Erzeugnis	Produktions-Zeitraum	Stückzahl
Rechentechnik insgesamt	**1921-1972**	**990.714**
Handrechenmaschinen	1922-1957	
Rechenmaschinen, elektrisch angetrieben	1924-1968	
Modelle: KE, KES, KEW		
Halbautomaten	1929-1961	
Modelle: ED, EDW, EDWS		
Superautomaten	1931-1971	
Modelle: SA, SAS, SAL, SASL		
Addier- und Saldiermaschinen	1931-1966	342.097
· Hand- und elektrisch angetriebene Modelle		
Rechenautomat SAR	1951-1971	230.680
Elektronischer Tischrechner ETR 220	1966-1977	155.142
Elektronischer Tischrechner ETR 222	1970-1972	3.203
Elektronischer Tischrechner ETR 224	1968-1974	526
Tischrechner TR 20	1985-1990	12.959
Buchungs- und Fakturiertechnik insgesamt	**1932-1986**	**299.468**
Fakturiermaschine mechanisch FMR	1932-1953	11.423
Fakturiermaschine elektrisch FME	1949-1973	142.562
Elektronischer Fakturierautomat EFA 381	1964-1969	850
Elektronischer Fakturierautomat EFA 372	1968-1970	1.481
Elektronischer Fakturierautomat EAA 382 - 385	1969-1982	82.331
Kleinfakturierautomat KFA 372	1969-1972	1.782
Datenerfassungsplatz RANDEP 363	1971-1975	906
Buchungs- und Fakturierautomat BFA 1720	1975-1985	28.345
Buchungs- und Fakturierautomat KFA 1711	1978-1886	29.535
Lochkartentechnik insgesamt	**1957-1982**	**191.152**
Magnetlocher 413	1957-1972	10.566
Magnetprüfer 423	1957-1972	7.926
Sortiermaschine 431, 432	1957-1966	1.041
Tabelliermaschine 401	1957-1972	433
Motorstreifenlocher	1957-1964	843
Relaisverschlüssler	1957-1961	210
Sortiermaschine 433 für ES	1962-1965	42
Tabelliermaschine 402 (teilweise mit ASM 18 gekoppelt)	1962-1968	541

Erzeugnis	Produktions-Zeitraum	Stückzahl
Tabelliermaschine 401 mit ASM 18	1962	29
Summenlocher 440	1961-1967	600
Diodenverschlüssler	1961-1965	210
Sortiermaschine 434	1964-1979	2.927
Streifenlocher-Leserkombination 471	1964-1966	168
Streifenlocher 470	1964-1981	53.722
Lochstreifenleser 472	1964-1980	50.745
Ein- und Ausgabegerät 420 (für Lochkartenrechner R 100)	1965-1968	107
Summenlocher 441	1967-1969	197
Motorschrittlocher 415	1967-1982	44.041
Motorschrittprüfer 425	1967-1982	16.402
Lochkartenstanzeinheit 429	1967-1971	371
PC-Technik	**1981-1990**	
Bürocomputer A 5110	1981-1987	4.226
Personalcomputer PC 1715	1985-1989	93.096
Personalcomputer EC 1834	1988-1989	13.799
Personalcomputer EC 1835	1990	8.055
Personalcomputer PC 286	1991	9.014
Personalcomputer PC 386	1991	401
PC-Technik mit Kooperationspartnern	1990-1991	348
Drucktechnik	**1967-1991**	
Paralleldrucker PD 475	1967-1977	706
Paralleldrucker PD 478	1971-1983	1.312
Nadeldrucker SD 1156	1974-1987	93.501
Nadeldrucker SD 1154	1976-1987	40.420
Nadeldrucker SD 1157	1981-1987	16.324
Thermostreifendrucker TSD 16	1980-1990	34.508
Typenraddrucker SD 1152/251 - 257	1980-1989	86.484
Thermodrucker TD 40	1983-1990	2.052
K 6310 (6311 - 6314, 6319)	1983-1990	401.368
Schalterdrucker K 6316	1984-1990	16.110
Nadeldrucker K 6320	1988-1989	784
Thermodrucker TS 80	1987-1989	24.627
Nadeldrucker K 6328	1988-1990	21.026

Erzeugnis	Produktions-Zeitraum	Stückzahl
Drucker Nagema	1989-1991	998
Nadeldrucker K 6330	1991	710
Durcktechnik mit Kooperationspartnern	1991	
Bindetechnik (Lizenzproduktion)	**1986-1991**	
Komborella / Kombo	1986-1991	356.002
Konsumgüter		
Füllhalter, Kugelschreiber	1950-	
Fotoapparate	1953-1957	1.087.350
Reißzeuge	1953-1956	114.754
Episkope	1953-1955	9.658
Brotschneidemaschinen	1972-1986	790.451
RG 25	1972-1985	2.972.660
Lötpistolen	1972-1987	460.967
Schraubstöcke	1972-1989	100.463
Türriegel	1972-1989	123.234
Gasanzünder	1972-1990	11.273.459
Rundfunkempfänger	1984-1989	207.836
Kleingebäckpresse	1983-1989	39.819
Automatische Fruchtentsafter	1988-1990	58.613
Sonstige Produktion		
Brücken und Brückenteile	1876-1896	
Fahrräder	1876-1896	
Eisenbahnbedarfsteile	1876-1896	
Wasserhähne	1918-1920	
Dampfarmaturen	1918-1920	
Milchzentrifugen	1918-1920	
Kochkisten	1918-1920	
Schleifhexen	1932-1945	
Feuerwehrarmaturen	1933-	
Preßteile	1939-1945	
Kundenguß (Eisen- und Leichtmetall)	1935-1991	
Motoren für Büromaschinen	1947-	

Erzeugnis	Produktions-Zeitraum	Stückzahl
Bohrhämmer	1948-1955	51.500
Dreifräsermeißel	1948-1955	10.216
Vakuum-Pumpen	1951-	
Mopedmotoren	1954-1964	1.360.349
Funkentstörmittel	1972-1991	mit Übernahme der Firma Ernst Groß am 1. 1. 1972 als Betriebsteil «Elektrotechnik» im Produktionsprogramm des Werkes weitergeführt
Magnetspulen	1972-1991	
C-Relais	1972-1991	
Vulkanisier-Geräte	1972-1986	
Nadeldruckköpfe	1974-1991	
Schrittmotoren	1982-1990	4.761.161
Typenscheiben	1980-1991	
Rena Nadeln und Magnete	1986-1991	
Thermozeile	1986-1991	
Atemvolumeter	1986-1991	
Formkabel	1986-1991	
Tastaturen	1987-1991	
Monitore	1988-1991	
Thermodruckköpfe	1988-1991	
Stabfarbbandkassette	1989-1991	
Autoschonbezüge	1990-1991	
Videokabel	1991	
Netzteile	1991	
Sheet Feeder	1991	
Elektronische Registrierkassen	1990-1991	
Ersatzteile für alle Produkte		
Elektroenergie	1913-1991	
Wärmeenergie	1969-1991	

Quellen und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen und Zeitschriften aus folgenden Archivbeständen:

Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar
Dreyse und Collenbusch
1-4, 23, 35, 47, 51, 52, 54, 55, 57, 60, 63, 64-66, 67, 68, 69, 70, 78, 83, 98-99, 100, 101, 106, 114, 121-122, 123-43
Rheinmetall Borsig AG, Werk Sömmerda
01/6, 01/7, 01/10, 01/11, 01/12, 01/13, 01/14, 01/15, 01/16, 01/17, 01/18, 01/22a, 01/23, 01/24, 01/27, 01/29, 01/31, 01/37, 01/39, 01/42, 01/45, 01/47, 01/60, 01/62, 01/62a, 01/63, 01/67, 01/68, 01/69, 01/89, 01/98, 01/100, 01/101, 01/103, 01/104, 01/105, 01/106, 01/106a, 01/108, 01/109, 01/110, 01/114, 02/81-86, 03/4, 03/5, 03/124, 04/1, 04/4, 04/6, 04/18, 04/32, 04/42, 05/16, 05/17, 05/18, 05/19, 05/23, 05/39, 05/ 42, 05/43, 05/67, 05/76, 06/13, 08/14, 45/9, 45/10, 45/13, 45/20, 45/22,
Rheinmetall Borsig SAG Sömmerda
01/2, 01/5, 01/7, 01/16, 02/1, 02/4, 02/5, 02/7, 02/12, 02/18, 02/28, 02/31, 02/37, 02/42, 02/81, 02/92, 02/100, 02/101, 08/14, 08/15, 08/36, 17/1, 45/10, 45/13, 45/20, 45/22
SD-Außenstelle NS 29/67 und 68

Historisches Archiv
Rheinmetall Industrie GmbH Ratingen
HO 52, 121, 128, 161, 246, 248, 275, 312, 324, 327
HOO 61, 69
IWM 02, 05, 06
WA 20, 22
WB 3608
FD 4556/45

Stadtarchiv Sömmerda
B 39, B 3161, B 4618-4775

Archiv des Sömmerdaer Heimat- und Geschichtsvereins
Mappe 13 Dok. 5/1
Mappe 41 Dok. 4, 5
Mappe 41a Dok. 1, 11-14, 35, 37, 49-51, 52, 55-57

Archiv der historischen Sammlung der Robotron Büromaschinenwerk AG i. L. Sömmerda

Archiv der Thüringer Allgemeinen, Sömmerda

Bauamt der Stadtverwaltung Sömmerda, Akte 231

Privatarchiv Gerd Leuthäusser
Privatarchiv Ulrich von Dreyse
Privatarchiv Frank Havers

Literatur:

Alte Handfeuerwaffen, Text von Jan Durdick u. a., Praha 1980.

Barwich, F. u. a.: Arbeiterselbstverwaltung. Räte-Syndikalismus, Berlin 1971.

Brant, Stefan: Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, Stuttgart 1954.

Ehrhardt, Heinrich: Hammerschläge, Leipzig 1923.

Ehrhardt, Heinrich: Erinnerungen eines 89jährigen Mannes und Erfinders, Zella-Mehlis 1928.

Freie Arbeiterunion/IAA: Anarchosyndikalismus in Deutschland, Berlin 1986.

Görtemaker, Manfred: Deutschland im 19. Jahrhundert, Opladen 1983.

Hesse, O.: Aus Sömmerdas Vergangenheit und Gegenwart, Versuch einer Zusammenstellung der geschichtlichen Begebenheiten, Erfurt 1898.

Heß, Ulrich: Geschichte Thüringens 1866-1914, aus dem Nachlaß hg. von Volker Wahl, Weimar 1991.

Hübschmann, Siegfried; Werner Eckhardt: Johann Nikolaus von Dreyse. Mitteldeutsche Liebensbilder, Bd. 1, hg. von der historischen Kommission für die Provinz Sachsen und für Anhalt, Magdeburg 1926.

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 25. Jg., September 1989, Heft 3.

Kaelble, Hartmut u. a. (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994.

Katholische Kirchengemeinde Sömmerda (Hrsg): 1893-1993. 100 Jahre Katholische Pfarrkirche Sömmerda, Sömmerda 1993.

Klan, Ulrich und Nelles, Dieter: «Es lebt noch eine Flamme». Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau-Döffingen 1990.

Kocka, Jürgen: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Frankfurt am Main 1988.

Kutzner, Renate: Johann Nikolaus von Dreyse. Erfinder des Zündnadelgewehrs. 1787-1867. Sein Leben und Wirken, Darmstadt 1982.

Lehmann, Hans Georg: Chronik der DDR 1945/49 bis heute, München 1987.

Lugs, Jaroslav: Handfeuerwaffen. Systematischer Überblick über die Handfeuerwaffen und ihre Geschichte, Bd. 1, Berlin 1986.

Rübner, Hartmut: Freiheit und Brot. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, Berlin/Köln 1995.

Schumann, Dieter: Städte im nordöstlichen Thüringer Becken und ihr Umland. Ein geographischer Beitrag zur Stadt und Gebietsforschug und -planung. Dissertation an der Historisch-Philologischen Fakultät der Pädagogischen Hochschule Potdam 1961.

Sömmerda gestern-heute, Erfurt 1994.

Sömmerdaer Heimathefte Nr. 1 (1989), Nr. 5 (1994), Nr. 6 (1994).

Tietze, Gerhard u. a.: Sozialpolitik im Betrieb und die Mitwirkung der Gewerkschaften, Berlin 1986.

Thüringen. Blätter zur Landeskunde. Die Schlachten bei Jena und Auerstedt, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 1994.

Thüringen. Blätter zur Landeskunde. Thüringen in der Deutschen Revolution 1848/49, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 1994.

Thüringer Schützenzeitung, Heft 1, 7/1994.

Weber, Hermann: DDR. Grundriß der Geschichte 1945-1990, Hannover 1991.

Wir über uns. 1817-1945, hg. vom VEB Robotron-Büromaschinenwerk «Ernst Thälmann» Sömmerda, 1989.

Wirtgen, Rolf (Bearbeiter) u. a.: Das Zündnadelgewehr. Eine militärische Revolution im 19. Jahrhundert. Katalog zur gemeinsamen Ausstellung von Wehrtechnischer Studiensammlung Koblenz, Militärhistorischem Museum Dresden, Wehrgeschichtlichem Museum Rastatt und Deutschem Historischem Museum (Zeughaus Berlin), hg. von der Wehrtechnischen Studiensammlung des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und Förderer der WTS Koblenz e.V., Herford und Bonn 1991.

Quellen der Bilder und Illustrationen

Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar
Seiten: 29, 36, 39, 42, 78, 100, 101, 216, 217
Wehrtechnische Studiensammlung der Rheinmetall Industrie GmbH Rathingen
Seite: 199
Sömmerdaer Heimat- und Geschichtsverein e. V.
Seiten: 25, 95
Ulrich von Dreyse, Krefeld
Seite: 48
Renate Biermann-Ernst, Kreuzau-Untermaubach
Seite: 60
Hartmut Sieckmann, Weimar
Seite: 65
Stadt- und Kreisbibliothek Sömmerda
Seiten: 174, 175, 176, 177
Sabine Körber, Sömmerda
Seite: 340
Robotron Büromaschinenwerk AG i. L. Sömmerda, Historische Sammlung
Alle übrigen Illustrationen und Bilder.

Lesehilfe für die Anmerkungen

Damit die in dieser Industriegeschichte gemachten Aussagen zu den historischen Quellen zurückverfolgt werden können, verfügt das Buch über einen umfangreichen Anmerkungsapparat. Die Anmerkungen folgen nachstehenden Regeln: Mit jedem Kapitel beginnt die Numerierung neu. In jedem Kapitel werden außerdem die Abkürzungen für die Literatur- und Quellenangaben bei der ersten Erwähnung wieder neu eingeführt. Eine Ausnahme machen die benutzten Archive, deren Abkürzung nur bei der ersten Erwähnung in diesem Buch erläutert wird. Deshalb seien die Archive und ihre Abkürzung hier noch einmal aufgeführt:

ThHStAW:
Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar
Historische Sammlung:
Archiv der historischen Sammlung der Robotron Büromaschinenwerk AG i. L. Sömmerda
SHGV: Archiv des Sömmerdaer Heimat- und Geschichtsvereins
SAS: Stadtarchiv Sömmerda
Rheinmetall-Archiv:
Historisches Archiv Rheinmetall Industrie GmbH Ratingen

Außerdem werden die folgenden Abkürzungen verwendet:

a.a.O.	am angeführten Ort
ebd.	ebenda, an derselben Stelle
vgl.	vergleiche
Jg.	Jahrgang
o. J.	ohne Jahrgang (folgt eine Jahreszahl in Klammern, ist dies eine Annahme)
o. T.	ohne Titelangabe
o. O.	ohne Ortsangabe
f	und die folgende Seite (nach einer Seitenzahl)
ff	und die folgenden Seiten (nach einer Seitenzahl)

Typoskript bezeichnet ein maschinengeschriebenes Manuskript.

Fricke, [illegible] Deutschland, Berlin 1986.

Gottwaldt?, [illegible] hundert, Opladen 1983.

Hesse, O., [illegible] Gegenwart. Versuch [illegible] der geschichtlichen Entwicklung [illegible]

Hess, Ulrich, Geschichte Thüringens 1866 bis 1914, [illegible] des Nachlasses [illegible]

[illegible] Kreises [illegible] Bd. 5, hg. von der historischen Kommission für die Provinz Sachsen und für Anhalt, Magdeburg 1926.

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung [illegible] September 1989, Heft 3.

Kocka, [illegible] (Hrsg.), Sozialgeschichte [illegible]

[illegible] 1914 [illegible] Kirche [illegible]

[illegible] und Nebel?, Dieter: Es lebt noch [illegible]

[illegible] in der Weimarer Republik [illegible]

[illegible] Sozialgeschichte 1914-1918 [illegible]

[illegible] 1867 [illegible] Sein Leben und Wirken [illegible]

Schumann, Hans Georg, [illegible] bis heute, München 1988.

Lugs?, [illegible] Überblick über [illegible] Geschichte, Bd. 1 [illegible]

[illegible] Freiheit und Brot. Eine Studie [illegible] Berlin/Köln 1988.

Schumann, [illegible] ringer Becken und ihr Umland. Ein geographischer [illegible] logischen [illegible] schule [illegible]

Sömmerda gestern-heute, [illegible]

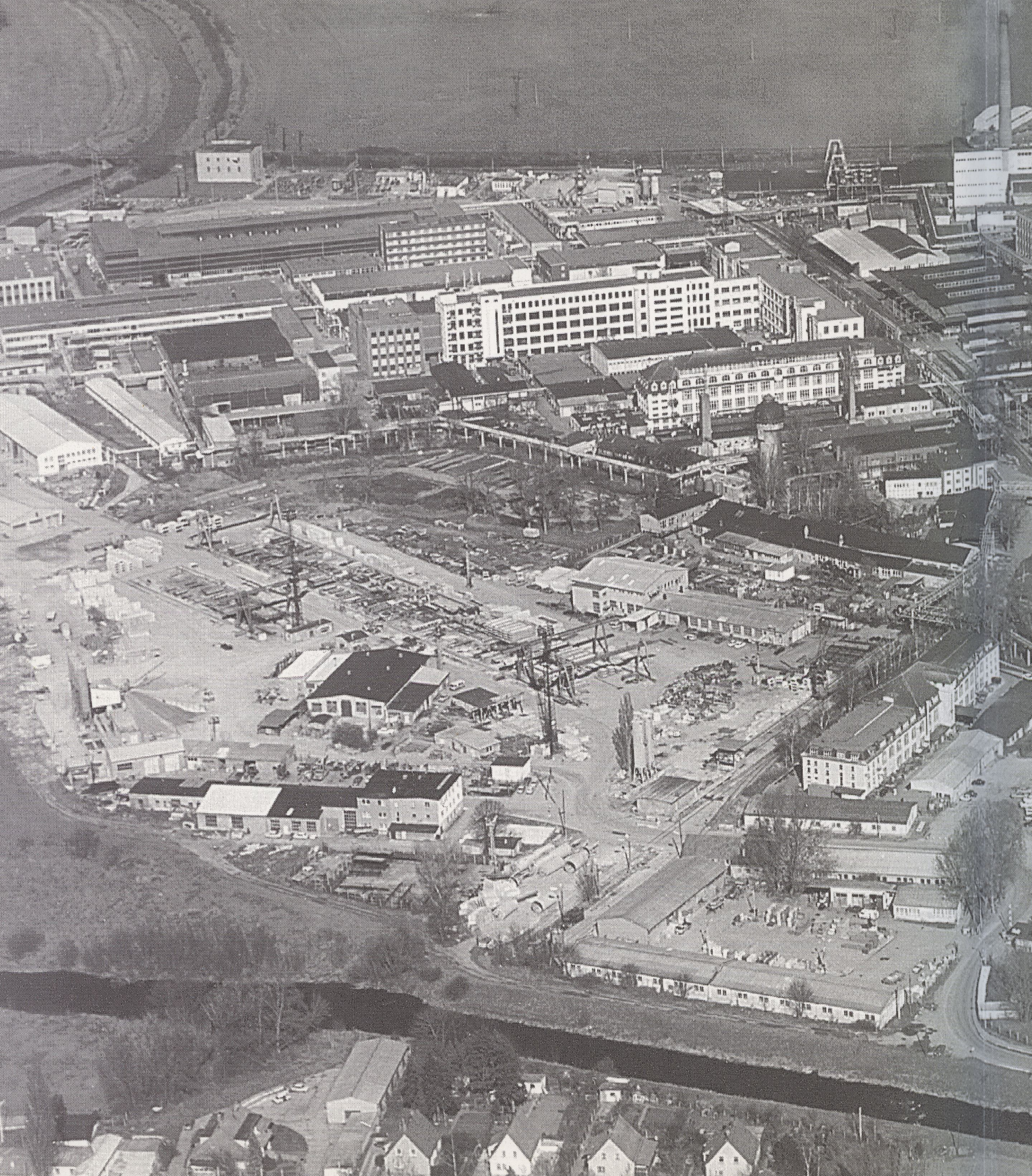
Sömmerdaer Heimathefte Nr. 1 (1989) [illegible] Nr. 5 (1994), Nr. 6 (1995).

Tietze, Gerhard u. a., Sozialpolitik im Betrieb. [illegible] die Mitwirkung der Gewerkschaften, Berlin [illegible]

Thüringen. Blätter zur Landeskunde. Die [illegible] ten bei Jena und Auerstedt, hg. von der [illegible] zentrale [illegible] Erfurt 1994.

Thüringen. Blätter zur Landeskunde. [illegible]

[illegible] von Wehrtechnischer Studiensammlung Koblenz, Militärhistorischem Museum [illegible] schem Historischem Museum [illegible] und Beschaffung in Zusammenarbeit [illegible] Verein der Freunde [illegible] Koblenz e. V. [illegible]







Annegret Schüle, geb. 1959 in Neckarsulm (Baden-Württemberg). Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften in Heidelberg und Köln. Historikerin, lebt seit 1992 in Leipzig. Sie hatte bereits vor der Wende langjährige persönliche Kontakte zu Menschen in der DDR.

Die Erfinder- und Unternehmerpersönlichkeiten werden vorgestellt. Die Vertreter der Arbeiterschaft, die durch ihr politisches Handeln die Geschicke des Betriebes mitbeeinflußten, finden Erwähnung. Die Lebens- und Arbeitssituation der Beschäftigten, die oft über Generationen hinweg dem Werk angehörten, wird beschrieben. Geschildert wird auch der Leidensweg der über tausend Jüdinnen aus dem KZ Buchenwald und der Fremdarbeiter/innen, die im Nationalsozialismus zur Arbeit im Werk gezwungen wurden.

Die Darstellung beruht auf einer breiten Quellenbasis und der Befragung zahlreicher Zeitzeugen. Überlieferungen und ideologisch motivierte Deutungen werden kritisch hinterfragt. Der Band ist reich illustriert und im Anhang mit statistischen Angaben versehen.



Belegschaft der Eisengießerei 1906



Belegschaft vor dem Laborierwerk 1913



Sommerfest des Siedlungsvereins «Gartenberg» 1922



Facharbeiterprüfung Ostern 1935



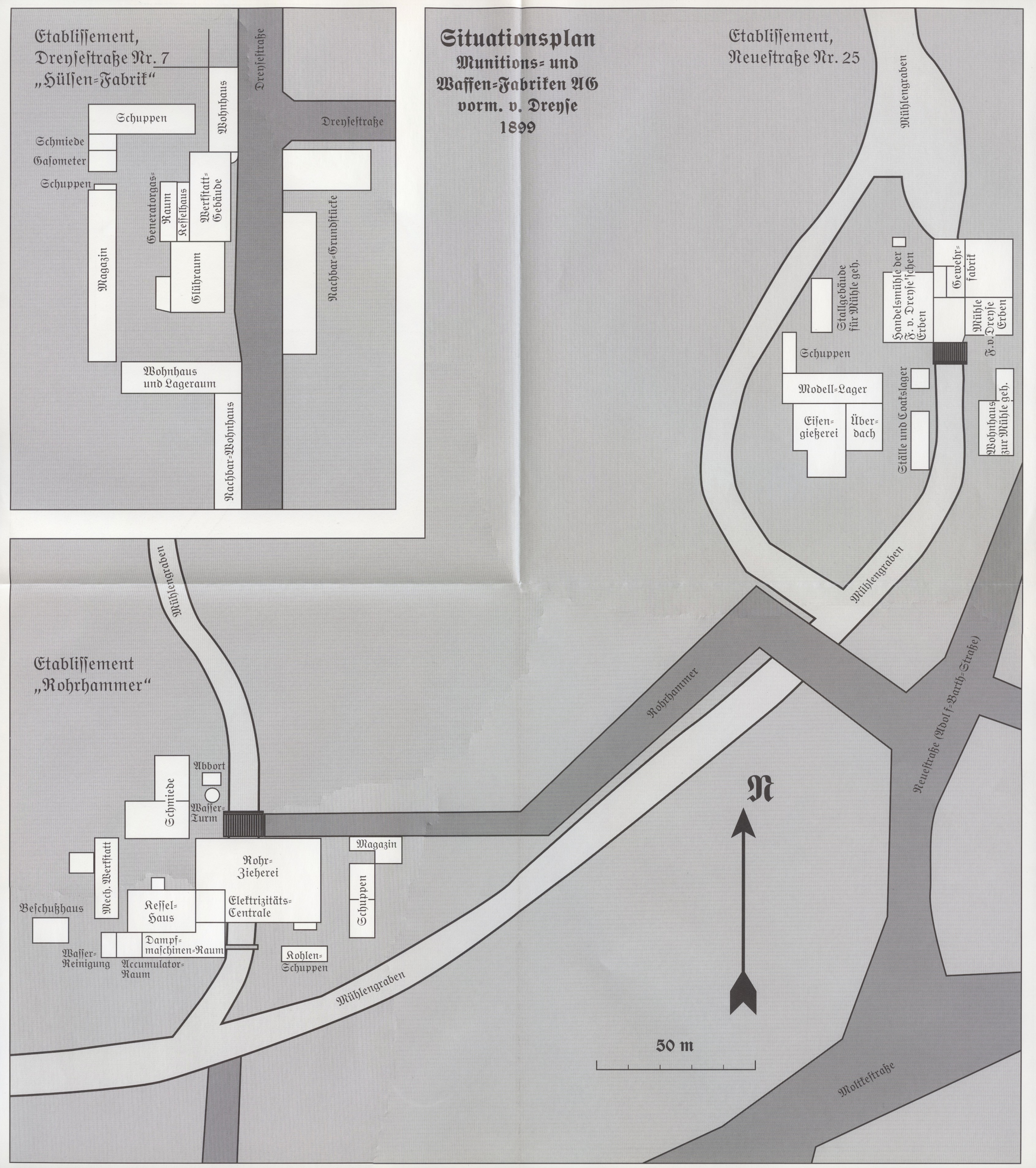
Gruppenaufnahme in der Versuchswerkstatt 1957



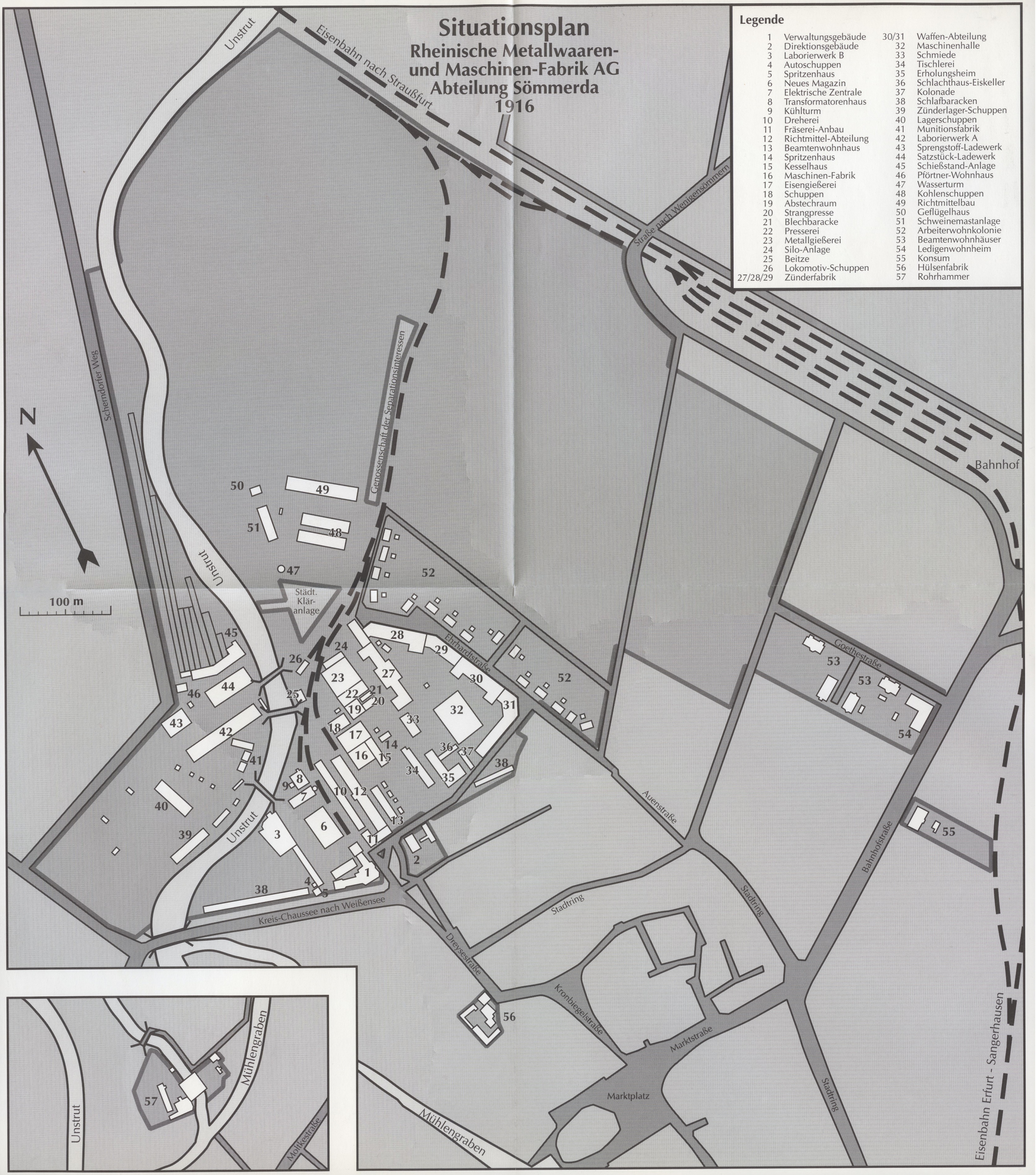
Brigade aus der Druckermontage in den 80er Jahren

«Das Werk war alles für uns...»

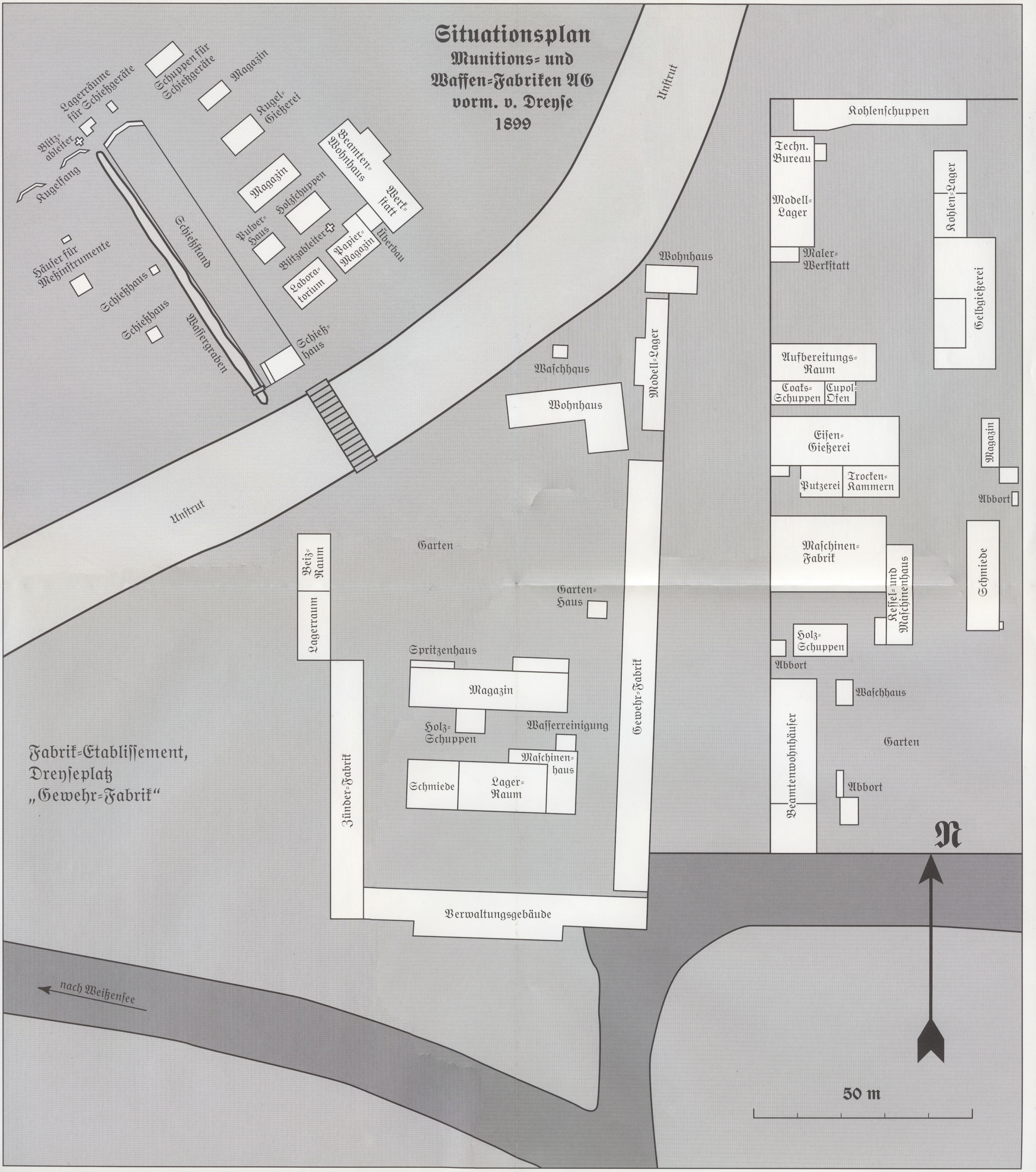
ISBN 3-9803931-1-9

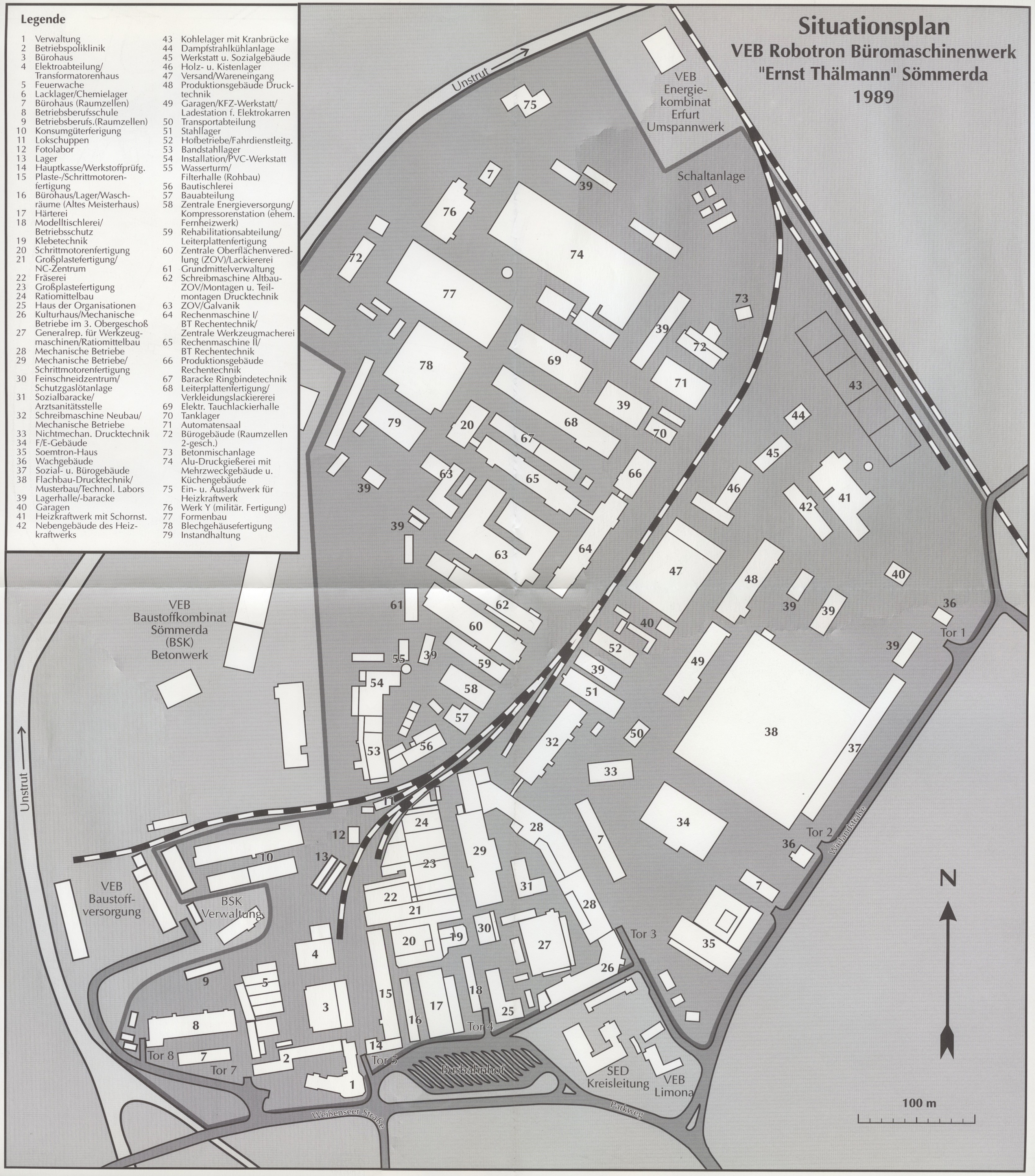


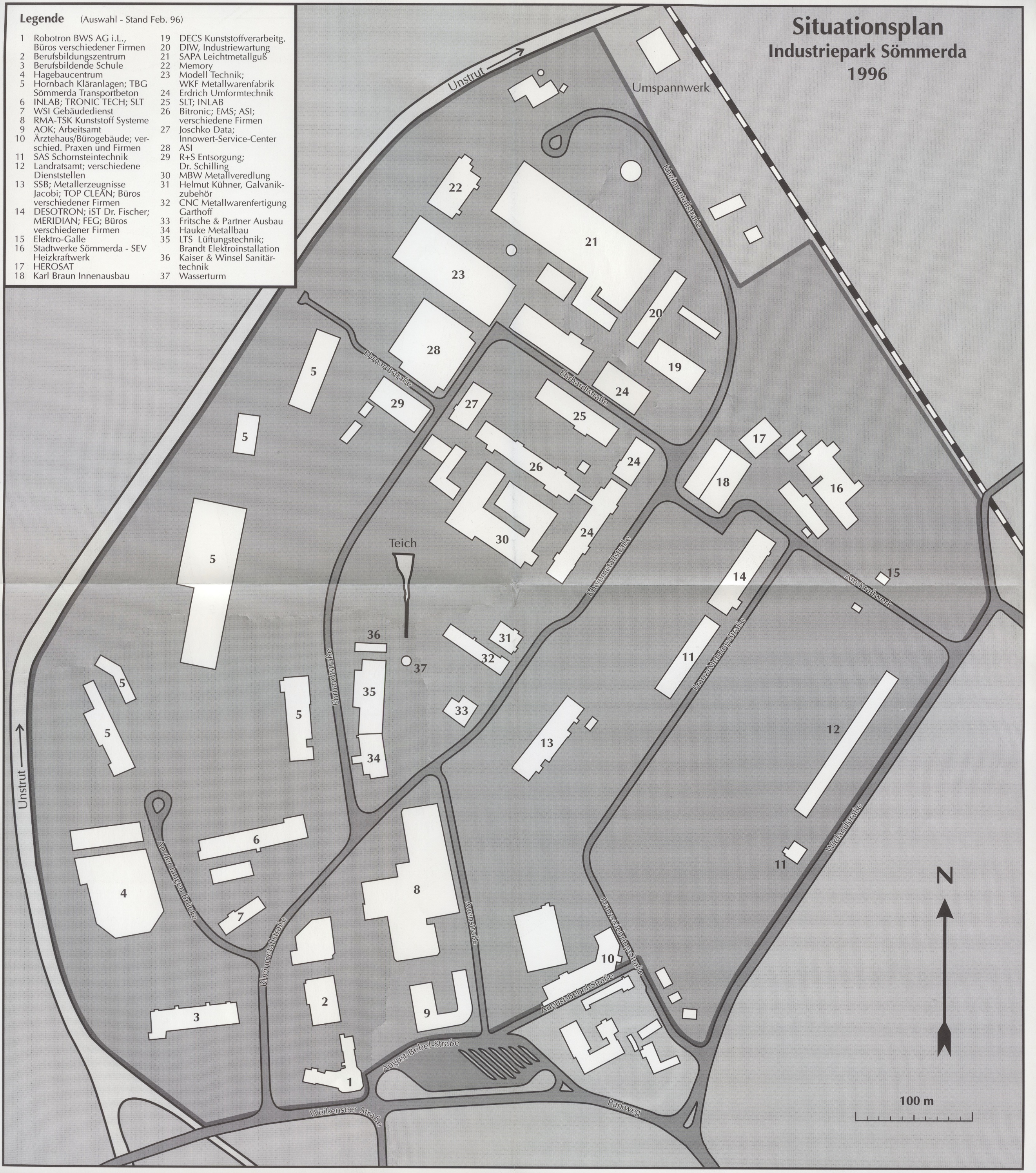
Situationsplan
Munitions- und
Waffen-Fabriken AG
vorm. v. Dreyse
1899
Etablissement,
Dreysestraße Nr. 7
„Hülsen-Fabrik"
Dreysestraße
Dreysestraße
Schuppen
Wohnhaus
Schmiede
Gasometer
Schuppen
Generatorgas-
Raum
Kesselhaus
Werkstatt-
Gebäude
Magazin
Glühraum
Nachbar-Grundstücke
Wohnhaus
und Lageraum
Nachbar-Wohnhaus
Etablissement,
Neuestraße Nr. 25
Mühlengraben
Stallgebäude
für Mühle geh.
Handelsmühle der
F. v. Dreyse'schen
Erben
Gewehr-
fabrik
Mühle
F. v. Dreyse
Erben
Schuppen
Modell-Lager
Ställe und Coakslager
Eisen-
gießerei
Über-
dach
Wohnhaus
zur Mühle geh.
Mühlengraben
Etablissement
„Rohrhammer"
Mühlengraben
Rohrhammer
Neuestraße (Adolf-Barth-Straße)
Abbort
Schmiede
Wasser-
Turm
Rohr-
Zieherei
Magazin
Mech. Werkstatt
Schuppen
Kessel-
Haus
Elektrizitäts-
Centrale
Beschußhaus
Dampf-
maschinen-Raum
Wasser-
Reinigung
Accumulator-
Raum
Kohlen-
Schuppen
Mühlengraben
N
50 m
Moltkestraße


Situationsplan
Rheinische Metallwaaren- und Maschinen-Fabrik AG
Abteilung Sömmerda
1916
Legende
1 Verwaltungsgebäude
2 Direktionsgebäude
3 Laborierwerk B
4 Autoschuppen
5 Spritzenhaus
6 Neues Magazin
7 Elektrische Zentrale
8 Transformatorenhaus
9 Kühlturm
10 Dreherei
11 Fräserei-Anbau
12 Richtmittel-Abteilung
13 Beamtenwohnhaus
14 Spritzenhaus
15 Kesselhaus
16 Maschinen-Fabrik
17 Eisengießerei
18 Schuppen
19 Abstechraum
20 Strangpresse
21 Blechbaracke
22 Presserei
23 Metallgießerei
24 Silo-Anlage
25 Beitze
26 Lokomotiv-Schuppen
27/28/29 Zünderfabrik
30/31 Waffen-Abteilung
32 Maschinenhalle
33 Schmiede
34 Tischlerei
35 Erholungsheim
36 Schlachthaus-Eiskeller
37 Kolonade
38 Schlafbaracken
39 Zünderlager-Schuppen
40 Lagerschuppen
41 Munitionsfabrik
42 Laborierwerk A
43 Sprengstoff-Ladewerk
44 Satzstück-Ladewerk
45 Schießstand-Anlage
46 Pförtner-Wohnhaus
47 Wasserturm
48 Kohlenschuppen
49 Richtmittelbau
50 Geflügelhaus
51 Schweinemastanlage
52 Arbeiterwohnkolonie
53 Beamtenwohnhäuser
54 Ledigenwohnheim
55 Konsum
56 Hülsenfabrik
57 Rohrhammer
Unstrut
Eisenbahn nach Straußfurt
Straße nach Wenigensömmern
Scherndorfer Weg
Genossenschaft der Separationsinteressen
N
100 m
Städt. Kläranlage
Ehrhardtstraße
Goethestraße
Bahnhof
Auenstraße
Bahnhofstraße
Stadtring
Kreis-Chaussee nach Weißensee
Dreysestraße
Kronbiegelstraße
Marktstraße
Marktplatz
Mühlengraben
Moltkestraße
Eisenbahn Erfurt - Sangerhausen


Situationsplan
Rheinmetall-Borsig AG
Werk Sömmerda
1943
Legende
1 Verwaltung
2 Bürohaus (Baracke)
3 Hauptmagazin
4 Elektr. Zentrale/Schalthaus
5 Garagen/Feuerwache/Materialprüfung
6 Lagerraum für leicht brennbare Flüssigkeiten
7 Säureschuppen
8 Gerätebau (elektr. Zünder)
9 Elektr. Labor-Rüttelraum
10 Baracke für Arbeitsmaiden
11 Kistenlager
12 Zündlager-Schuppen
13 Preßraum
14 Abstechraum u. Labor
15 Laborierwerk
16 Lagerschuppen
17 Materialabnahme
18 Sprengstoff-Ladewerk
19 Satzstück-Ladewerk
20 Büro u. Packraum
21 Frühstückshalle
22 Patronierungsgebäude
23 L-Spurmunitionsfabrikation
24 Werkzeugmacherei
25 Lagerschuppen
26 Schießstandanlage
27 Laboratorium
28 Gußputzerei/Kaufmänn. Schule
29 Härterei
30 Modelltischlerei
31 Kantine
32 Bürohaus (Baracke)
33 Gelenkwellenbau
34 Feinmechanische Werkstatt/mechan. Zünderfabrik
35 Schmiede
36 Eisen- u. Leichtmetallgießerei/Formerei/Heimstoffspritzerei
37 Presserei
38 Metallspritzgußgießerei (Druckguß)
39 Tischlerei
40 Vergütung/Beize/Installation
41 Gaswerk
42 Wasserturm
43 Fernheizwerk
44 Bau-Lagerschuppen
45 Archivbaracke
46 Druckerei/Maschinenverwaltung
47 Lehrwerkstatt
48 Schreibmaschine-Altbau
49 Rechenmaschine I
50 Rechenmaschine II
51 Montagehalle für Gelenkwellen
52 Neues Schalthaus
53 Neues Magazin und Versandgebäude
54 Garagen/Elektrokarrenstation
55 Gelenkwellen-reparaturwerkstatt
56 Versuchswerkstatt (Schreibmaschine-Neubau)
57 Materiallager und Versuchswerkstatt
58 Gärtnerei mit Treibhäusern
59 Direktoren-Villa
60 Wohnhäuser
61 Wohnbaracken
62 Wohngebäude (ehem. Hülsenfabrik)
63 Rohrhammer
Eisenbahn nach Straußfurt
Unstrut
Straße nach Weningensömmern
Bahnhof
N
Scherndorfer Weg
Städt. Kläranlage
100 m
Kiesgrube
Kreis-Chaussee nach Weißensee
Ehrhardstraße
Wielandstraße
Uhlandstraße
Goethestraße
Auenstraße
Bahnhofstraße
Stadtring
Dreysestraße
Kronbiegelstraße
Marktstraße
Marktplatz
Mühlengraben
Mollkestraße
Eisenbahn Erfurt - Sangerhausen


Situationsplan
Munitions- und Waffen-Fabriken AG vorm. v. Dreyse
1899
Fabrik-Etablissement,
Dreyseplatz
„Gewehr-Fabrik"
Schuppen für Schießgeräte
Magazin
Lagerräume für Schießgeräte
Blitzableiter
Kugelfang
Kugel-Gießerei
Beamten-Wohnhaus
Werkstatt
Magazin
Holzschuppen
Pulver-Haus
Blitzableiter
Papier-Magazin
Überbau
Laboratorium
Schießstand
Häuser für Meßinstrumente
Schießhaus
Schießhaus
Wassergraben
Schieß-haus
Unstrut
Unstrut
Wohnhaus
Modell-Lager
Waschhaus
Wohnhaus
Garten
Garten-Haus
Beiz-Raum
Lagerraum
Spritzenhaus
Magazin
Holz-Schuppen
Wasserreinigung
Maschinen-haus
Schmiede
Lager-Raum
Zünder-Fabrik
Gewehr-Fabrik
Verwaltungsgebäude
Kohlenschuppen
Techn. Bureau
Modell-Lager
Maler-Werkstatt
Kohlen-Lager
Gelbgießerei
Aufbereitungs-Raum
Coaks-Schuppen
Cupol-Ofen
Eisen-Gießerei
Putzerei
Trocken-Kammern
Magazin
Abbort
Maschinen-Fabrik
Kessel- und Maschinenhaus
Schmiede
Holz-Schuppen
Abbort
Waschhaus
Beamtenwohnhäuser
Garten
Abbort
nach Weißensee
N
50 m


Situationsplan
VEB Robotron Büromaschinenwerk
"Ernst Thälmann" Sömmerda
1989
Legende
1 Verwaltung
2 Betriebspoliklinik
3 Bürohaus
4 Elektroabteilung/Transformatorenhaus
5 Feuerwache
6 Lacklager/Chemielager
7 Bürohaus (Raumzellen)
8 Betriebsberufsschule
9 Betriebsberufs.(Raumzellen)
10 Konsumgüterferigung
11 Lokschuppen
12 Fotolabor
13 Lager
14 Hauptkasse/Werkstoffprüfg.
15 Plaste-/Schrittmotorenfertigung
16 Bürohaus/Lager/Waschräume (Altes Meisterhaus)
17 Härterei
18 Modelltischlerei/Betriebsschutz
19 Klebetechnik
20 Schrittmotorenfertigung
21 Großplastefertigung/NC-Zentrum
22 Fräserei
23 Großplastefertigung
24 Ratiomittelbau
25 Haus der Organisationen
26 Kulturhaus/Mechanische Betriebe im 3. Obergeschoß
27 Generalrep. für Werkzeugmaschinen/Ratiomittelbau
28 Mechanische Betriebe
29 Mechanische Betriebe/Schrittmotorenfertigung
30 Feinschneidzentrum/Schutzgaslötanlage
31 Sozialbaracke/Arztsanitätsstelle
32 Schreibmaschine Neubau/Mechanische Betriebe
33 Nichtmechan. Drucktechnik
34 F/E-Gebäude
35 Soemtron-Haus
36 Wachgebäude
37 Sozial- u. Bürogebäude
38 Flachbau-Drucktechnik/Musterbau/Technol. Labors
39 Lagerhalle/-baracke
40 Garagen
41 Heizkraftwerk mit Schornst.
42 Nebengebäude des Heizkraftwerks
43 Kohlelager mit Kranbrücke
44 Dampfstrahlkühlanlage
45 Werkstatt u. Sozialgebäude
46 Holz- u. Kistenlager
47 Versand/Wareneingang
48 Produktionsgebäude Drucktechnik
49 Garagen/KFZ-Werkstatt/Ladestation f. Elektrokarren
50 Transportabteilung
51 Stahllager
52 Hofbetriebe/Fahrdienstleitg.
53 Bandstahllager
54 Installation/PVC-Werkstatt
55 Wasserturm/Filterhalle (Rohbau)
56 Bautischlerei
57 Bauabteilung
58 Zentrale Energieversorgung/Kompressorenstation (ehem. Fernheizwerk)
59 Rehabilitationsabteilung/Leiterplattenfertigung
60 Zentrale Oberflächenveredlung (ZOV)/Lackiererei
61 Grundmittelverwaltung
62 Schreibmaschine Altbau-ZOV/Montagen u. Teilmontagen Drucktechnik
63 ZOV/Galvanik
64 Rechenmaschine I/BT Rechentechnik/Zentrale Werkzeugmacherei
65 Rechenmaschine II/BT Rechentechnik
66 Produktionsgebäude Rechentechnik
67 Baracke Ringbindetechnik
68 Leiterplattenfertigung/Verkleidungslackiererei
69 Elektr. Tauchlackierhalle
70 Tanklager
71 Automatensaal
72 Bürogebäude (Raumzellen 2-gesch.)
73 Betonmischanlage
74 Alu-Druckgießerei mit Mehrzweckgebäude u. Küchengebäude
75 Ein- u. Auslaufwerk für Heizkraftwerk
76 Werk Y (militär. Fertigung)
77 Formenbau
78 Blechgehäusefertigung
79 Instandhaltung
Unstrut
VEB Energiekombinat Erfurt Umspannwerk
Schaltanlage
VEB Baustoffkombinat Sömmerda (BSK) Betonwerk
VEB Baustoffversorgung
BSK Verwaltung
Tor 1
Tor 2
Tor 3
Tor 4
Tor 5
Tor 7
Tor 8
Wielandstraße
Busbahnhof
SED Kreisleitung
VEB Limona
Weißenseer Straße
Parkweg
N
100 m


Situationsplan
Industriepark Sömmerda
1996
Legende (Auswahl - Stand Feb. 96)
1 Robotron BWS AG i.L., Büros verschiedener Firmen
2 Berufsbildungszentrum
3 Berufsbildende Schule
4 Hagebaucentrum
5 Hornbach Kläranlagen; TBG Sömmerda Transportbeton
6 INLAB; TRONIC TECH; SLT
7 WSI Gebäudedienst
8 RMA-TSK Kunststoff Systeme
9 AOK; Arbeitsamt
10 Ärztehaus/Bürogebäude; verschied. Praxen und Firmen
11 SAS Schornsteintechnik
12 Landratsamt; verschiedene Dienststellen
13 SSB; Metallerzeugnisse Jacobi; TOP CLEAN; Büros verschiedener Firmen
14 DESOTRON; iST Dr. Fischer; MERIDIAN; FEG; Büros verschiedener Firmen
15 Elektro-Galle
16 Stadtwerke Sömmerda - SEV Heizkraftwerk
17 HEROSAT
18 Karl Braun Innenausbau
19 DECS Kunststoffverarbeitg.
20 DIW, Industriewartung
21 SAPA Leichtmetallguß
22 Memory
23 Modell Technik; WKF Metallwarenfabrik
24 Erdrich Umformtechnik
25 SLT; INLAB
26 Bitronic; EMS; ASI; verschiedene Firmen
27 Joschko Data; Innowert-Service-Center
28 ASI
29 R+S Entsorgung; Dr. Schilling
30 MBW Metallveredlung
31 Helmut Kühner, Galvanikzubehör
32 CNC Metallwarenfertigung Garthoff
33 Fritsche & Partner Ausbau
34 Hauke Metallbau
35 LTS Lüftungstechnik; Brandt Elektroinstallation
36 Kaiser & Winsel Sanitärtechnik
37 Wasserturm
Unstrut
Umspannwerk
Rheinmetallstraße
Ehrhardtstraße
Am Kraftwerk
Teich
Franz-Mehring-Straße
Wielandstraße
An der langen Brücke
Auenstraße
August-Bebel-Straße
Weißenseer Straße
Parkweg
N
100 m


Situationsplan
Rheinmetall Sömmerda AG
1929
Legende
1 Verwaltungsgebäude
2 Direktorenvillen
3 Lehrwerkstatt
4 Neues Magazin
5 Elektrische Zentrale
6 Transformatorenhaus
7 Kühlturm
8 Fräserei-Anbau
9 Richtmittel-Abteilung
10 Beamtenwohnhaus
11 Spritzenhaus
12 Kesselhaus
13 Maschinen-Fabrik
14 Eisengießerei
15 Schuppen
16 Abstechraum
17 Strangpresse
18 Blechbaracke
19 Presserei
20 Metallgießerei
21 Silo-Anlage
22 Beitze
23 Lokomotiv-Schuppen
24/25/26 Zünderfabrik
27/28 Waffen-Abteilung
29 Maschinenhalle
30 Schmiede
31 Tischlerei
32 Erholungsheim
33 Schlachthaus-Eiskeller
34 Kolonade
35 Zünderlager-Schuppen
36 Lagerschuppen
37 Laborierwerk
38 Sprengstoff-Ladewerk
39 Satzstück-Ladewerk
40 Schießstand-Anlage
41 Pförtner-Wohnhaus
42 Wasserturm
43 Gaswerk
44 Kohlenschuppen
45 Fernheizwerk
46 Richtmittelbau
47 Geflügelhaus
48 Schweinemastanlage
49 Arbeiterwohnkolonie
50 Beamtenwohnhäuser
51 Ledigenwohnheim
52 Hülsenfabrik
53 Rohrhammer
N
100 m
Unstrut
Eisenbahn nach Straußfurt
Straße nach Weningensömmern
Scherndorfer Weg
Genossenschaft der Separationsinteressen
Städt. Kläranlage
Bahnhof
Ehrhardstraße
Wielandstraße
Goethestraße
Uhlandstraße
Auenstraße
Bahnhofstraße
Kreis-Chaussee nach Weißensee
Stadtring
Dreysestraße
Kronbiegelstraße
Marktstraße
Marktplatz
Eisenbahn Erfurt - Sangerhausen
Mühlengraben
Moltkestraße